



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien*

Band 173

Bettina Tüffers

Die 10. Volkskammer der DDR Ein Parlament im Umbruch

Selbstwahrnehmung, Selbstparlamentarisierung,
Selbstauflösung

Droste Verlag 2016

»Die 10. Volkskammer der DDR. Ein Parlament im Umbruch. Selbstwahrnehmung, Selbstparlamentarisierung, Selbstauflösung« wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert.



Copyright © 2016 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2016
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5333-9

Vorwort

Dieses Buch ist das Ergebnis eines Forschungsprojekts, für dessen Durchführung ich eine großzügige Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft erhalten habe. Zwischenergebnisse meiner Studie wurden auf Konferenzen vorgestellt und später veröffentlicht. Wichtig für das Entstehen war der kontinuierliche Austausch mit den Kollegen bei der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V., Dr. Andreas Biefang, Dr. Tobias Kaiser und Benedikt Wintgens, sowie die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe »Parliaments in Transition« am »Institute for Contemporary History« der Tschechischen Akademie der Wissenschaften. Hier möchte ich besonders Dr. Adéla Gjuríčová nennen, die mit einem vergleichbaren methodischen Ansatz den Transformationsprozess der tschechoslowakischen Föderalen Versammlung zwischen 1989 und 1992 untersucht.

Unterstützt wurde das Projekt durch den ehemaligen Präsidenten der KGParl, Prof. Dr. Andreas Wirsching, sowie von ihrer derzeitigen Präsidentin, Prof. Dr. Marie-Luise Recker, und ihrem Generalsekretär, Prof. Dr. Andreas Schulz. Ihnen allen gilt mein Dank.

Berlin, im Oktober 2016

Bettina Tüffers

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	9
Vorgeschichte	31
Die Volkskammer der DDR vom Oktober 1989 bis März 1990	31
Der Zentrale Runde Tisch	45
9. Volkskammer und Zentraler Runder Tisch im Fernsehen	51
Erstes Kapitel – Parlament – Medien – Öffentlichkeit	57
1. Abgeordnete	57
Who is Who? Oder: Das Parlament der 400 Unbekannten.	57
Sozialstruktur	64
Parteizugehörigkeit	69
Anpassungsschwierigkeiten.	72
2. Medien	77
Die 10. Volkskammer im Fernsehen.	77
Die Kommentatoren	86
Strategische Kommunikation.	90
3. Öffentlichkeit	93
Besucher.	93
Die Bannmeile	101
Transparenz	113
Imageprobleme	117
Ausschluss der Öffentlichkeit	129
Zweites Kapitel – Parlamentarische Praxis	137
1. Orte	137
Palast der Republik	138
»Haus der Parlamentarier«	146
Sitzordnung	148
2. Parlamentarier-Identität	153
Politik als Beruf?	153
Diäten	159
Lebenswelten.	164
Arbeitsbedingungen	171
3. Parlamentarisches Prozedere	177
PDS	192
Bündnis 90/Grüne	199

SPD	204
CDU/DA	208
Die großen Geschwister aus dem Westen	216
Der Faktor Zeit	224
Drittes Kapitel – Inszenierungen und Symbolik	231
1. Inszenierungen	231
Politik als Theater	231
Die Abgeordneten	236
Reden	247
Das Präsidium	257
2. Symbolische Aktionen	267
Die Wahl des Volkskammerpräsidenten	271
Spenden	283
Der 17. Juni 1990	286
Der Sitzstreik vom 28. September 1990	292
Auszug aus dem Plenarsaal	297
Viertes Kapitel – Das ideale Parlament?	305
Die »politische Kultur« der 10. Volkskammer	305
Traditionen	318
Parlamentarische Anfänge	321
Nach dem 3. Oktober 1990	325
Zwei Monate im Deutschen Bundestag	325
Politische Karrieren in der Zeit nach der Volkskammer	330
Schluss	335
Abkürzungsverzeichnis	343
Abbildungsverzeichnis	346
Quellen und Literatur	348
Personenregister	374

Einleitung

»Was ist Ihnen an Ihrer Zeit in der Volkskammer besonders in Erinnerung geblieben?« Die Frage stammt aus einem 2010 mit dem CDU/DA-Abgeordneten Michael Luther geführten Interview. Der schwärmte mit einer auch nach 20 Jahren noch spürbaren Begeisterung von dieser Erfahrung:

»Zum einen waren wir ein vom Freiheitswillen der Herbstrevolution geprägtes Parlament. Zum anderen gab es keine Geschäftsordnung, die die Parlamentsarbeit regelte, wie sie der Bundestag kennt. Das heißt, es gab weder vereinbarte Debattenzeiten noch Rednerlisten. Jeder konnte sich melden, wann immer er wollte. Das führte dazu, dass die Debatten immer bis spät in die Nacht dauerten. Jede, auch jede offene Abstimmung wurde ausgezählt.«

Passenderweise erschien das Interview unter der Überschrift »Es war großartig«.¹

Luther war aber nicht der einzige, der sich detailliert und mit einer Portion Wehmut an seine Abgeordnetenzeit im Jahr 1990 erinnerte. Seine Fraktionskollegin Sabine Bergmann-Pohl zum Beispiel wies in einer Rückschau auf diese ereignisreichen Monate ebenfalls darauf hin, dass die 10. Volkskammer der DDR keine fest gefügte Geschäftsordnung besaß;² Für Dagmar Enkelmann (PDS) hingegen war es wichtiger, dass es »einen freieren Umgang mit Redezeiten, keine starre Fraktionsdisziplin und keine Banneile« gab;³ und Katharina Landgraf (CDU/DA) waren die »unendlich vielen Marathon-Sitzungen« (»Wir waren oft von neun Uhr morgens und bis weit in die Nacht hinein zusammen«) und »kaum leere Sitzplätze im Plenum« noch lebhaft im Gedächtnis.⁴ Etwas, was Richard Schröder (SPD) nur bestätigen konnte: »Wir waren euphorisch, erwartungsvoll, gespannt und engagiert. In den Sitzungen waren fast immer alle Plätze besetzt – anders als heute in den Landtagen oder im Bundestag.«⁵ Rolf Schwantz (SPD) erklärte dies damit, dass es die »gegenwärtige Parallelität von Plenum und anderen Veranstaltungen« nicht gegeben habe. Schon weil oft Situationen eintraten, in denen Plenarsitzungen unterbrochen wurden, um in der Fraktion Vorlagen nochmals zu diskutieren oder zu ändern, hätten alle »unbedingt« anwesend sein müssen.⁶ Uwe-Jens Heuer (PDS) schließlich hob hervor, dass im Gegensatz zum Deutschen Bundestag in der Volkskammer frei gesprochen worden sei.⁷

Die 10. Volkskammer der DDR war ohne Zweifel außergewöhnlich. Der DDR-Bürgerrechtler und Abgeordnete von Bündnis 90/Grüne, Wolfgang Ullmann, stellte

¹ »Es war großartig«, in: <https://blogfraktion.de/2010/03/17/es-war-grossartig/>.

² »Betr.: Berliner Volkskammerer«, *taz* vom 5. April 2010.

³ »Bleibende Maßstäbe für Demokratie« vom 18. März 2010, in: <http://www.dielinke-brandenburg.de/nc/politik/presse/detail/archiv/2010/maerz/browse/1/zurueck/archiv-2/artikel/bleibende-maassstaebe-fuer-demokratie> (18. Juli 2013). Vgl. auch die Darstellung in N. GLOCKE, Spontaneität, 2012, S. 209 u. 214.

⁴ »Freude, Erleichterung und Genugtuung«, in: <https://blogfraktion.de/2010/03/17/freude-erleichterung-und-genugtuung/>.

⁵ »Plötzlich sollte ich für mich selbst werben«, *Die Zeit* vom 18. März 2010.

⁶ N. GLOCKE, Spontaneität, 2012, S. 50 u. 52.

⁷ Interview Heuer.

sogar die Frage, ob es »je ein so merkwürdiges Parlament« wie sie gegeben habe.⁸ Sie existierte nur knappe sechs Monate, vom Tag ihrer Konstituierung, dem 5. April 1990, bis zum 2. Oktober 1990, und verabschiedete in dieser Zeit während insgesamt 38 Plenarsitzungen mehr als 150 Gesetze und 100 Beschlüsse.⁹ Darunter so wichtige wie den Vertrag zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, den Einheitsvertrag, das Ländereinführungsgesetz oder das Stasiunterlagengesetz. Als erste und gleichzeitig letzte frei gewählte demokratische Volksvertretung der DDR war sie angetreten, den rechtlich wie wirtschaftspolitisch hochkomplexen deutschen Vereinigungsprozess für die ostdeutsche Seite zu organisieren und dabei sich selbst und den Staat, deren Bürger sie repräsentierte, abzuwickeln. Damit nicht genug, musste diese Aufgabe von Abgeordneten bewältigt werden, die über so gut wie keine Erfahrungen mit der Funktionsweise des parlamentarischen Systems und seinen Arbeitsabläufen verfügten.¹⁰

Doch überprüft man die Zitate, erweist sich schnell: Davon stimmt nicht viel. Die 10. Volkskammer besaß sehr wohl eine Geschäftsordnung. In der konstituierenden Sitzung bediente man sich noch derjenigen der 9. Volkskammer. Aber weil diese entscheidende Aspekte der parlamentarischen Arbeit gerade nicht regelte, viel zu unbestimmt und daher für die Leitung und Durchführung einer Plenarsitzung nicht zu gebrauchen war, verabschiedete man am 5. April bereits eine vorläufige, die die Bundestagsgeschäftsordnung zum Vorbild hatte. Sie wurde in der alltäglichen Arbeit modifiziert, ständig den aktuellen Erfordernissen angepasst, ergänzt und bisweilen auch recht phantasievoll ausgelegt. Manchmal musste einfach improvisiert werden, weil die Novellierungen nicht mit den Anforderungen Schritt hielten. Von Juli 1990 arbeitete man dann mit einer eigenen Geschäftsordnung, die sich eng an die des Deutschen Bundestages anlehnte.

Redezeiten wurden im Vorhinein von den Parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktionen und dem Volkskammerpräsidium festgelegt, ebenso bestimmten die einzelnen Fraktionen vor den Sitzungen, wer für sie im Plenum sprach. Während der sechsten Tagung stand sogar eine Stoppuhr auf dem Präsidiumstisch, die allerdings in der nächsten Sitzung wieder verschwunden war. Doch auch ohne sie wurden die Zeiten generell strikt kontrolliert und Abgeordnete mit dem Läuten einer Glocke daran erinnert, dass auch der weitschweifigste Beitrag einmal ein Ende haben musste. Eine angeblich unbeschränkte Redezeit war jedenfalls nicht der Grund, warum die Debatten manchmal, längst nicht immer, bis spät in die Nacht dauerten. Das hatte eher et-

⁸ W. ULLMANN, *Eigentum*, 2000, S. 123.

⁹ Zahlen nach S. SCHMIDT, *Leistungsbilanz*, 2010, S. 8.

¹⁰ Lediglich 14 Mitglieder der 9. Volkskammer wurden am 18. März 1990 erneut als Abgeordnete gewählt, wengleich auch sie mit der Arbeitsweise von demokratischen Parlamenten keine Erfahrung hatten: Für die PDS (zuvor SED) Kerstin Bednarsky, Jurij Groß, Hans Modrow, Käthe Niederkirchner, Gustav Adolf Schur und Hans-Joachim Willerding. Für die Liberalen Klaus-Christian Fischer, Gerd Staegemann (beide zuvor NDPD) und Günter Hielscher (zuvor LDPD). Für den DBD Günther Maleuda, Werner Marusch, Hans Watzek und für die CDU Gerhard Pohl und Burkhard Schneeweiß.

was mit der kurzen Lebensdauer der Volkskammer, dem gegen Ende massiv steigenden Arbeitspensum und dem späten Beginn mancher Sitzungen zu tun. Vor allem in der Endphase der 10. Volkskammer nahmen die Sitzungen zu, die bis in die Abendstunden gingen, darunter waren vier, die bis in die ersten Stunden des nächsten Tages andauerten.¹¹

Es gab – zumindest in der Theorie – auch eine Bannmeile und zwar schon seit Beginn der Legislaturperiode. Eigentlich sogar bereits seit den letzten Tagen der 9. Volkskammer, die mit dem Versammlungsgesetz vom 7. März 1990 die rechtliche Grundlage dafür geschaffen hatte. Mit dem Mai 1990 kam dann eine zusätzliche Absperrung in einem engeren Radius rund um den Palast der Republik, dem Tagungsort der Volkskammer, hinzu. Im Unterschied zum Deutschen Bundestag wurde die Regelung nicht konsequent angewandt, sondern je nach Anlass in Kraft gesetzt. Es war die alte Volkskammer der DDR, also diejenige vor den revolutionären Ereignissen des Herbstes 1989, die gänzlich ohne Bannmeile und Absperrungen ausgekommen war.

Und selbstverständlich wurde nicht jede Abstimmung ausgezählt. Wenn nicht gerade namentliche Abstimmung beantragt wurde und wenn die Mehrheitsverhältnisse von der Präsidiumsbank aus klar zu erkennen waren, verzichtete man darauf. Alles andere hätte die Sitzungen noch weiter als ohnehin schon in die Länge gezogen. Auch mit der freien Rede war es nicht so weit her: Viele Abgeordnete klebten geradezu an ihren vorformulierten Texten, diejenigen, die wirklich frei sprachen, konnte man an den Fingern einer Hand abzählen. Die oftmals gährende Leere im Plenarsaal schließlich wurde nicht nur von den Fernsehzuschauern bemerkt und bemängelt, sondern war durchaus auch Anlass zu Selbstkritik unter den Abgeordneten. Sie zog in den einzelnen Fraktionen überdies eine Reihe von Sanktionen nach sich.¹²

Ganz offensichtlich spielte den ehemaligen Abgeordneten ihr Gedächtnis hier einen Streich. Und beileibe nicht nur »einfachen« Abgeordneten wie Katharina Landgraf. Michael Luther war immerhin einer der vier Parlamentarischen Geschäftsführer seiner Fraktion, zu deren Aufgaben es gehört, parlamentarische Abläufe zu organisieren, und die sich deshalb permanent um Dinge wie Festlegung der Redezeiten oder die Befolgung der Geschäftsordnung zu kümmern haben. Dagmar Enkelmann übte dieselbe Funktion in der PDS-Fraktion aus, Richard Schröder war bis zum 21. August 1990 sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender und Sabine Bergmann-Pohl gar die

¹¹ So endete die 29. Tagung um 0.27, die 30. um 2.20, die 32. um 3 und die 37. um 1.40 Uhr morgens.

¹² Vgl. die zahlreichen Zuschriften an das Volkskammerpräsidium zu diesem Thema, BArch, DA 1/16731, sowie die Diskussionen in den Fraktionen von SPD u. CDU/DA, AdSD, Mappe 137, 238 oder ACDP, TA CDU/DA 07-012 6180, 6110, 6111. Dass die Erinnerung fraktionsübergreifend verzerrt war, zeigt auch folgende Passage aus der Darstellung der ehemaligen PDS-Abgeordneten Uwe-Jens Heuer und Gerhard Riege: »Die Plenardebatten fanden gewöhnlich in einem gut besetzten Saal statt. Gährende Leere des Sitzungssaales war kein Merkmal der Volkskammer. Ob sie beschlußfähig war, unterlag selten einem Zweifel. Nie wäre eine Abstimmung toleriert worden, wenn nicht die Beschlußfähigkeit eindeutig festgestanden hätte. [...] Stets wurden die realen Abstimmungsmehrheiten ermittelt. Oft genug wurden die Stimmen ausgezählt.« U.-J. HEUER/G. RIEGE, Rechtsstaat, 1992, S. 189. Zur Frage der Beschlußfähigkeit vgl. S. 198 f.

Präsidentin der Volkskammer. Sie alle hätten es daher eigentlich besser wissen müssen. Weshalb also klaffen Erinnerungen und Realität hier so weit auseinander?

Auffällig viele ehemalige Volkskammerabgeordnete erinnern sich an Dinge, die so nie stattgefunden haben.¹³ Ebenso auffällig ist, dass es immer dieselben Dinge sind, an die sie sich zu erinnern meinen. Vor allem sind es Ereignisse, die sich am Anfang ihrer Abgeordnetentätigkeit, in den ersten Plenartagungen zugetragen hatten, also zu einem Zeitpunkt, als die Situation für alle neu, ungewohnt und aufregend war. So wurden in den ersten beiden Sitzungen, als die Wahl des Volkskammerpräsidenten und seiner Vertreter anstand, in der Tat alle Stimmen einzeln ausgezählt. Dabei standen jeweils die 14 Schriftführer der Fraktionen zusammen mit dem Leiter der Volkskammerverwaltung im Plenarsaal um einen Tisch vor der Regierungsbank und kontrollierten jeden einzelnen Wahlzettel, den dieser zuvor laut verlesen hatte. Die gesamte Prozedur dauerte 16 Minuten. An ihrem Ende musste der Alterspräsident feststellen, dass die Kandidatin der CDU, Sabine Bergmann-Pohl, die nötige absolute Mehrheit verfehlt hatte und deshalb ein weiterer Wahlgang erforderlich war. Dessen Auszählung dauerte noch einmal so lange. Zwar verzichtete man – unter dem Beifall der Abgeordneten – recht schnell darauf, akademische Titel zu nennen sowie dem Namen jeweils »Abgeordneter« bzw. »Abgeordnete« voranzustellen, sondern verlas nur noch den Nachnamen der Kandidaten. Das beschleunigte das Verfahren jedoch nur unwesentlich. Es war allen, Abgeordneten wie den anwesenden Journalisten, unmittelbar klar, dass dieses Vorgehen, bei aller begrüßenswerten Transparenz, äußerst umständlich und langwierig war. Weshalb man schon bei den nächsten Abstimmungen darauf verzichtete.¹⁴

Was die als vorbildlich empfundene Anwesenheitsdisziplin der Abgeordneten im Plenarsaal angeht, stimmt die Beobachtung sicherlich ebenfalls für die ersten Sitzungen. Für die weiteren jedoch nicht. Spätestens als sich eine gewisse Routine eingestellt hatte, fanden, auch aufgrund des zunehmenden Zeitdrucks, parallel zu den Plenarsitzungen Ausschuß- oder Fraktionssitzungen sowie andere Zusammenkünfte statt, waren Abgeordnete mit diesem und jenem beschäftigt und nahmen eben nicht mehr vollzählig an den Tagungen teil. Folge davon waren leere Bänke und als weitere Konsequenz – erboste Reaktionen von Fernsehzuschauern. Dementsprechende Briefe finden sich zuhauf im Volkskammerbestand des Bundesarchivs.¹⁵

Sicherlich kam es hin und wieder vor, zumindest öfter, als das im Deutschen Bundestag der Fall ist, dass Abgeordnete dem Redner einer anderen Fraktion Beifall zollten oder sich erlaubten, bei Abstimmungen gegen die fraktionsinterne Abmachung zu votieren. Dennoch war auch in der 10. Volkskammer Fraktionsdisziplin ein hohes Gut. Solange die große Koalition von CDU/DA, SPD, DSU und den Liberalen

¹³ Vgl. hierzu: J. FRIED, *Schleier der Erinnerung*, 2004; H. WELZER, *Das kommunikative Gedächtnis*, 2005.

¹⁴ Vgl. die Fernsehaufnahmen: http://bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/parlamentarismus/10_volkskammer/mediathek/-/283290 (0:35:00–0:57:00 sowie 1:24:05–1:38:37) u. S. 279.

¹⁵ BArch, DA 1/16731.

mit ihrer, aus Sicht der Regierung beruhigenden, Mehrheit von 308 zu 97 Stimmen existierte, waren solche Ausreißer relativ leicht zu verschmerzen. Aber schon als die Liberalen Ende Juli aus der Koalition austraten und spätestens, als das Regierungsbündnis zwischen CDU und SPD im August endgültig auseinanderbrach und sich das Zahlenverhältnis von Regierung zu Opposition damit auf 192 zu 208 verschoben hatte, wollte das Beschaffen von Mehrheiten gut überlegt sein. Von dieser Zeit an ist ein deutliches Anziehen der Fraktionsdisziplin und das heißt auch ein strengerer Umgang mit fraktionsinternen Abweichlern zu bemerken. Es gab auch in der 10. Volkskammer vor heiklen Plenarsitzungen in den Fraktionen Probeabstimmungen, auch hier wurden fehlende Abgeordnete herbeitelefoniert, bei wichtigen Abstimmungen herrschte Anwesenheitspflicht und das Ausscheren aus der Reihe wurde gar nicht mehr gerne gesehen.

Was also bedeuten diese offensichtlichen Diskrepanzen zwischen den Erinnerungsberichten der Beteiligten und dem, was sich in der 10. Volkskammer tatsächlich abgespielt hat? Für den Historiker handelt es sich zu allererst natürlich um ein hermeneutisches Problem bzw. eines der Quellenkritik. »Alle Erinnerungszeugnisse unterliegen grundsätzlich einem Anfangsverdacht, die Wirklichkeit nämlich, von der sie handeln, nur verschwommen und verformt wiederzugeben.«¹⁶ Als Mediävist hat Johannes Fried dies zwar vor allem im Hinblick auf mittelalterliche Quellen und die besondere Situation vorwiegend mündlich überlieferter Erinnerungen formuliert, es gilt aber umstandslos für alle Erinnerungszeugnisse. Derartige Zeitzeugenberichte verleiten dazu, vieles für bare Münze zu nehmen, das einer genaueren Überprüfung nicht standhält.

Dieser Einwand ist insofern wichtig, als es bis heute vor allem solche Erinnerungen der Beteiligten sind, die das Bild bestimmen, das wir von der 10. Volkskammer der DDR haben. Auf diese Weise ist das Narrativ eines Parlaments entstanden, das es so nicht gegeben hat. Doch die an sich richtige Feststellung, dass die Erinnerungen nicht mit der Realität übereinstimmen, also »falsch« sind, verkennt, dass es nicht allein auf die reinen Fakten ankommt. Auch falsche Erinnerungen sind aussagekräftige Quellen, sie erzählen eben nur ihre eigene Geschichte. Schließlich kann man davon ausgehen, dass es sich bei den Berichten der ehemaligen Abgeordneten nicht um vorsätzliche Täuschung oder die bewusste Konstruktion einer Legende handelt. Die interessante Frage ist eher, wie diese Erinnerungen zustande kamen und wovon sie beeinflusst waren. Es ist anzunehmen, dass die Selbstwahrnehmung der Abgeordneten zum Zeitpunkt der Befragung bzw. Erzählung eine gewichtige Rolle spielte, also davon, wie sie zum einen glaubten, in dieser Zeit gewesen zu sein und zum anderen, wie sie sich im Nachhinein gerne sahen. Der damalige PDS-Abgeordnete Dietmar Kel-

¹⁶ J. FRIED, *Schleier der Erinnerung*, 2004, S. 368. Marianne BIRTHLER (Bündnis 90/Grüne) hatte bereits fünf Jahre nach den Ereignissen anlässlich der Vorbereitung einer Podiumsdiskussion feststellen müssen, dass die Durchsicht der Volkskammerprotokolle sehr wichtig gewesen sei, »weil ich gemerkt habe, daß meine Erinnerung sich doch unterscheidet von dem, was ich da gelesen habe.« *Revolution und Demokratie*, 1995, S. 65.

ler hat das 1995 durchaus selbstkritisch folgendermaßen formuliert: »Wenn man sich heute versucht zu erinnern, was man eigentlich 1989 gedacht hat, so unterliegt man sehr schnell der Gefahr, daß man das sagt, was man heute denkt, daß man damals gedacht hat.«¹⁷

Das auf diese Weise entstandene Bild des letzten DDR-Parlaments war dabei nicht statisch oder gar fertig, sondern veränderte sich im Lauf der Zeit. Das unmittelbare Fazit der Volkskammerabgeordneten im Oktober 1990 fiel noch harsch aus: »Die Bilanz ist: in allen Punkten Niederlagen. Also ziemlich negativ, verheerend negativ. Das Parlament und die Regierung haben in wesentlichen Punkten versagt.«¹⁸ Oder aber:

»Ich gehöre nicht zu den Leuten, die gern im Negativen schwelgen, aber es ist wirklich sehr schwierig, positive Ergebnisse zu finden [...] Auf Ganze gesehen muß man [...] zu der Bilanz kommen, dieses Parlament ist den Aufgaben, die es nach der Wahl am 18. März übernommen hat, nicht gerecht geworden.«¹⁹

Unmittelbar vor und nach dem Ende ihrer Volkskammerzeit ließen nicht nur die hier zitierten Jens Reich und Wolfgang Ullmann, beide Mitglieder der Oppositionspartei Bündnis 90/Grüne, sondern eigentlich alle Abgeordneten kaum ein gutes Haar an der von ihnen in den vorangegangenen sechs Monaten geleisteten Arbeit.²⁰

Vorherrschend war der Eindruck von Ohnmacht, des Getrieben-Seins, angesichts einer politischen und gesellschaftlichen Entwicklung, der sie immer nur hinterherlaufen und die sie nie kontrollieren oder selten nennenswert beeinflussen konnten. Es war eine Arbeit unter ständigem Zeitdruck und permanenter, auch physischer, Überbelastung. »Es war schon enttäuschend, was wir damals alles nicht schafften«²¹, bilanzierte Reinhard Höppner (SPD), der schon an anderer Stelle bemerkt hatte, dass die Gestaltungskraft der Volkskammer von Monat zu Monat, »am Ende unserer Amtszeit sogar von Woche zu Woche« ständig abnahm.²² Und je nach Fraktionszugehörigkeit kamen weitere Kritikpunkte hinzu: So empfanden die PDS-Abgeordneten die 10. Volkskammer vor allem als von westdeutscher Politik und Wirtschaft fremdgesteuert – »Zeitdruck bestand in der Tat. Er war weniger selbst verordnet als von außen, von Bonn, festgelegt.« – und sich selbst als Opfer oder Sündenböcke.²³

Auch wenn man die in der zeitgenössischen Presse und andernorts zu findenden Attribute der Volkskammer denen des Deutschen Bundestags gegenüberstellt, ergibt sich für die Volkskammer in der Tat ein wenig schmeichelhaftes Bild: Die Abgeordneten stotternde Duckmäuser, dümmlich-unbeholfen, übereifrig, amateurhaft, ungeschickt, unsicher in prozeduralen Fragen, ohne strikte Disziplin oder parlamen-

¹⁷ Revolution und Demokratie, 1995, S. 71. Ähnlich DERS., Demut, 2015, S. 80.

¹⁸ Parlamentarischer Pressedienst der Volkskammer der DDR, Nr. 11, 1. Oktober 1990, S. 12.

¹⁹ Ebd., S. 10.

²⁰ Vgl. die weiteren Interviews in: Ebd., S. 3–15.

²¹ R. HÖPPNER, Die Volkskammer als Schule der Demokratie, 1995.

²² R. HÖPPNER, Beitritt zum heutigen Tage, 2000, S. 121.

²³ Vgl. dazu die Äußerungen von Ruth Fuchs oder Hans Modrow, R. FUCHS, Gott schütze, 1990; H. MODROW, Neues Deutschland, 1998. Zitat aus U.-J. HEUER/G. RIEGE, Rechtsstaat, 1992, S. 190.

tarische Routine, unüberlegt, chaotisch, die Redebeiträge von moralischem Impetus geleitet, der einer abgeklärten Demokratie fremd ist, Eiferertum, ein Scheinparlament, so lauten die Charakterisierungen.²⁴ Positiv zu Buche schlugen auf der anderen Seite unpolemische Sachlichkeit, Lebendigkeit, Ernst, Leidenschaft, Natürlichkeit und ein anregender und rücksichtsvoller Diskussionsstil.²⁵ Doch auch die Forschung tendierte bislang eher zu einem kritischen Fazit: »Was gelegentlich als neue Qualität parlamentarischer Kultur missverstanden wurde, war vor allem Ausdruck mangelnder Reife von Parlament, politischem und vorpolitischem Raum.«²⁶

Mit zunehmendem zeitlichen Abstand jedoch lässt sich ein Umschwenken beobachten. In den Interviews und Erinnerungsberichten zehn und erst recht zwanzig Jahre danach wird die Volkskammer zu einem Parlament, das vor allem anders war. Und damit ist immer auch gemeint: besser. Besser als etablierte Parlamente, besser als das, was man aus Bonn kannte. Jetzt wurde all das, was noch 1990 als negativ und defizitär empfunden wurde, umgedeutet ins Positive: Aus Chaos wurde Improvisationstalent, aus mangelnder Streitlust eine Präferenz für sachliche Diskussion und Entscheidungsfindung im Konsens.²⁷ Für Rosemarie Priebus (CDU) war das, was die Volkskammer in den sechs Monaten ihrer Existenz geleistet hatte, auch noch 25 Jahre danach der Idealzustand: »Ich finde, in dieser Volkskammer wurde Demokratie so gemacht, wie sie in einem Parlament eigentlich gemacht werden sollte.«²⁸ Und Innenminister Peter-Michael Diestel (DSU, später CDU) hielt die 10. Volkskammer schlicht für beispielhaft und einen der Höhepunkte des europäischen Parlamentarismus.²⁹

Akteure selbst wie auch Beobachter der Ereignisse hatten die Mitglieder der 10. Volkskammer wiederholt als »Laienschauspieler« bezeichnet, und das war oft, aber längst nicht immer negativ gemeint.³⁰ Sabine Bergmann-Pohl machte darauf aufmerksam, dass auch dieser anfangs eher abschätzig verwendete Begriff im Lauf der Zeit anders konnotiert wurde: »Zehn Jahre danach kann man bereits hier und da das Bedauern vernehmen, daß diese ›Zeit der Laienspieler‹ leider sehr kurz war. Es wäre wohl gut gewesen, sie hätte noch etwas länger gedauert.«³¹ Denn der Laie stand unter anderem für Enthusiasmus, Experimentierfreude, Lebendigkeit, unorthodoxe Vorgehensweise, Improvisation – alles Eigenschaften, mit denen man die Unerfahrenheit

²⁴ »Parlament der Amateure«, *Bonner Rundschau*, 6. April 1990, »Als entglitte der Republik der Boden unter den Füßen«, *Die Welt*, 14. April 1990, »Überwiegend positive Bilanz der Volkskammer«, *NZZ*, 2. Oktober 1990, »Ratlosigkeit und Ohnmacht«, *Der Spiegel*, 9. April 1990, »Ehrloser Abgang«, *taz*, 29. September 1990.

²⁵ »DDR-Parlament lernt«, *Bonner Rundschau*, 14. April 1990, »Einfach hinreißend, dieses Parlament«, *Rheinischer Merkur*, 7. September 1990.

²⁶ R. SCHIRMER, *Institutionelle Evolution*, 2012, S. 200.

²⁷ S. BERGMANN-POHL, *Die Volkskammer der DDR im Jahr 1990*, 2011, S. 62.

²⁸ »Demokratie, wie sie eigentlich gemacht werden sollte« (abrufbar unter: www.rbb-online.de/politik/beitrag/2015/03/25-jahre-erste-freie-wahlen-zur-volkskammer-rosemarie-priebus.html) [1.6.2015].

²⁹ Interview Diestel.

³⁰ H. MÜLLER-ENBERGS, *Charakter*, 1991, S. 460 f.

³¹ S. BERGMANN-POHL, *Die frei gewählte Volkskammer*, S. 57 f.

im Umgang mit den geschriebenen wie ungeschriebenen Regeln parlamentarischen Arbeitens meinte wettgemacht zu haben. Abgesehen von den reinen Verfahrensfehlern, die sich aus der Unkenntnis des parlamentarischen Reglements und den Schwierigkeiten bei der Auslegung der Geschäftsordnung ergaben, und Vorkommnissen, die in etablierten Parlamenten sanktioniert worden wären, wie Sitzstreiks oder Blockaden der Rednertribüne, kam dabei ein anderes politisches Grundverständnis zum Vorschein. So wurde beispielsweise das Abstimmen gegen die Mehrheit der eigenen Fraktion als genuin demokratisches Vorgehen und nicht als Verstoß gegen die Fraktionsdisziplin interpretiert. Es galt gleichzeitig als Ausdruck eines angeblich menschlichen, unbefangenen Umgangs mit Politik und dem politischen Gegner. Den Kontrast dazu bildete die »kalte« Professionalität des Deutschen Bundestages.³² Er galt und gilt zwar als pragmatisch, effizient, als eine eingespielte Maschinerie, die über eindeutige politische Fronten und feste Regularien verfügt. Aber auch das lässt sich negativ sehen: Er ist erstarrt, die Rhetorik vorgestanz, die Abläufe und Ergebnisse vorhersehbar.

Es gibt wenige, die hier Wasser in den Wein gießen, Marianne Birthler (Bündnis 90/Grüne) zum Beispiel, die es für »eine sentimentale Legende« hält,

»daß in der Volkskammer an Sachfragen entlang entschieden wurde. Wir haben an Sachfragen entlang diskutiert, und das war manchmal erfrischend. Es gab sehr viele Leute mit gutem Willen. Wenn Sie sich aber den ›Output‹ dieses Parlaments anschauen, dann war das ganz und gar *parteilpolitisch*«. ³³

Auch der Politologe Roland Schirmer betrachtet die Verklärung der Arbeit der 10. Volkskammer eher skeptisch. Bei der oft behaupteten Harmonie über Fraktionsgrenzen hinweg handelt es sich seiner Meinung nach lediglich um ein besonders lieb-gewonnenes Klischee. Die Attraktivität dieser Vorstellung liege an einer gewissen Parlamentsmüdigkeit der Bürger, die unter anderem »aus der stereotypen Berechenbarkeit immer wiederkehrender parlamentarischer Rituale und Handlungsabläufe und dem gleichzeitig oft als ungenügend bewerteten Output der Parlamente resultiere.«³⁴

Was war die 10. Volkskammer also? Nur eine schlechte Kopie eines »richtigen« Parlaments, dilettantisch ausgeführt oder der alternative Entwurf eines menschlichen, neuartigen Parlamentarismus, dem es aufgrund der Umstände nur nicht vergönnt war, sein Potential zu entfalten und seinerseits in gewisser Weise stilbildend zu wirken? Und stimmt das Urteil des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, dass die Arbeit der Volkskammer »in nahezu jeder Beziehung ein außerordentlicher Beitrag zur Geschichte des deutschen Parlamentarismus« war?³⁵

Woher wissen wir überhaupt so genau, dass die Abgeordneten in entscheidenden Punkten mit ihren Erinnerungen falsch lagen? Die Antwort lautet schlicht: Zu großen Teilen können wir es sehen. Alle 38 Plenarsitzungen der 10. Volkskammer wur-

³² Vgl. »Ratlosigkeit und Ohnmacht«, *Der Spiegel* vom 9. April 1990.

³³ Revolution und Demokratie, 1995, S. 113. (Kursivierung im Original).

³⁴ R. SCHIRMER, Institutionelle Evolution, 2012, S. 201 f.

³⁵ N. LAMMERT, Beitrag der Volkskammer, 2015.

den live und mehr oder weniger vollständig im Fernsehen übertragen und liegen als Videoaufzeichnungen vor. Sie wurden für diese Studie erstmals systematisch ausgewertet und bilden ihre Hauptquelle. An dieser Stelle daher kurz ein Wort zu Quellen und Methodik:

Beginnend mit dem 13. November 1989 waren bereits die letzten acht Sitzungen der 9. Volkskammer live im Fernsehen übertragen worden.³⁶ Nach der Wahl vom 18. März 1990 setzte das Fernsehen der DDR mit den Übertragungen der Plenarsitzungen der 10. Volkskammer diese Praxis bis zum 2. Oktober 1990 fort. So sind insgesamt knapp 260 Stunden Filmmaterial entstanden.³⁷ Dieses Material ist für die Analyse des parlamentarischen Geschehens nicht nur deshalb so aufschlussreich, weil es die auf herkömmliche Weise, in der Regel aus schriftlichen Quellen wie Protokollen oder Fraktionsunterlagen gewonnenen Erkenntnisse über die Arbeit im Parlament um einen ganz entscheidenden, nämlich den visuell-akustischen Aspekt ergänzt; Es erlaubt zudem, die besondere und für den modernen Parlamentarismus konstitutive Beziehung zwischen Medien, Parlament und Öffentlichkeit darzustellen und zu analysieren.³⁸ Medien berichten nicht nur über das Parlament, sie sind für den modernen Parlamentsbetrieb essentiell, weil erst sie seine Funktionsfähigkeit gewährleisten.³⁹ Dieser Funktionszusammenhang ist dabei beileibe kein neues Phänomen, sondern existiert bereits seit der Französischen Revolution.⁴⁰

Die Aufnahmen wurden bislang jedoch so gut wie nicht rezipiert. Christina von Hodenberg hat bereits vor einiger Zeit darüber geklagt, dass »die meisten Zeithistoriker einen weiten Bogen um die audiovisuellen Massenmedien« machten,⁴¹ wobei ihre anhaltende Scheu nur zum Teil methodisch-theoretisch begründet sei. Dieses Zögern liege vielmehr an »dem gestörten interdisziplinären Dialog mit den Medien- und Kommunikationswissenschaften«, aber auch an »der relativen Flüchtigkeit au-

³⁶ Die 10. Tagung am 24. Oktober 1989 wurde nur in Ausschnitten übertragen.

³⁷ Die Videoaufzeichnungen der Sitzungen der 9. und 10. Volkskammer werden vom DRA archiviert. Die Aufnahmen der 10. Volkskammer können auch über die Mediathek des Deutschen Bundestages abgerufen werden. www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/parlamentarismus/10_volkskammer/mediathek/index.jsp

Von zwei Tagungen (den Sondertagungen am 8. Mai und 29. Juni 1990) existieren keine Aufzeichnungen. Bei 20 Sitzungen bricht die Übertragung vor dem Ende ab. In der Regel sind aber auch sie zu drei Vierteln bis zu vier Fünfteln aufgezeichnet. Hin und wieder treten bei einigen Sitzungen kurze Ton bzw. Bild-Tonstörungen auf. Die Anmerkungen in diesem Buch beziehen sich immer auf das über das Internet zugängliche Material. Im Folgenden werden Verweise auf die Videoaufzeichnungen mit der Sitzungsnummer, dem Datum und der genauen Zeitangabe der gezeigten Szene angegeben. Die Beiträge lassen sich dann unter der angegebenen Web-Adresse leicht ausfindig machen. Allerdings stimmen diese Angaben nicht mit den Zeiten des *Real Time Code* der Originalbänder überein. Der Nachweis der Abbildungen am Ende des Buches richtet sich nach der Bestandsbezeichnung des DRA unter Angabe des *Real Time Code*.

³⁸ Vgl. u. a. S. HAAS, Wende, 2012.

³⁹ A. BIEFANG, Die andere Seite, 2009, S. 70.

⁴⁰ Ebd., S. 74. Vgl. auch P. MANOW, Im Schatten, S. 80 f.

⁴¹ C. VON HODENBERG, Expeditionen, 2012, S. 24. Tagungsbericht HT 2012; D. SCHILLER, Brennpunkt Plenum, 2002.

diovisueller Quellensorten und der mangelhaften Zentralisation und Zugänglichkeit von Funkarchiven«. ⁴²

Im vorliegenden Fall war ein möglicherweise schwieriger oder gar fehlender Zugang zu den Quellen jedoch nicht das Problem. Ganz im Gegenteil: In Kooperation von Deutschem Rundfunkarchiv und Deutschem Bundestag ist auf der Homepage des Bundestags eine Internetpräsenz entstanden, die diese Aufzeichnungen geradezu mustergültig zugänglich macht. Zusätzlich zu den Aufnahmen der Plenarsitzungen kann der Nutzer die jeweiligen – digitalisierten – Stenografischen Berichte und Drucksachen aufrufen, in Redner- und Stichwortregister recherchieren und sogar auf den digitalisierten Bestand des Bundesarchivs zur 10. Volkskammer zugreifen.

Was allerdings die Methode betrifft, wie diese Aufnahmen auszuwerten und zu interpretieren sind, gibt es in der Tat kaum Vorbilder. ⁴³ Die historische Forschung über das Fernsehen konzentriert sich nach wie vor eher auf Institutionengeschichte und die Darstellung politischer Rahmenbedingungen oder technischer Aspekte. ⁴⁴ Und die klassischen Formate, mit denen sich Politologen wie Medienwissenschaftler beschäftigen, wenn sie die Beziehung zwischen Politik und Fernsehen analysieren, sind in der Regel Wahlkämpfe und Talkshows. ⁴⁵ Das Parlament gehörte bislang nicht zu den bevorzugten Untersuchungsobjekten. Wenn es doch ins Zentrum des Interesses gerückt ist, behandelten diese Untersuchungen vorwiegend die Geschichte der Fernsehberichterstattung aus dem Parlament, also wann, warum und unter welchen Umständen es zu einer Kooperation der Parlamente mit den Fernsehanstalten kam – weniger die eigentlichen Sitzungen selbst. ⁴⁶ Die bislang umfangreichste Studie über »Die Präsentation von Parlamenten im Fernsehen« von Dietmar Schiller vergleicht die Fernsehberichterstattung über das britische *House of Commons* mit der über den

⁴² C. VON HODENBERG, ebd., S. 25.

⁴³ Es gibt Langzeitbeobachtungen von Parlamentariern, die aber mit dieser Situation nicht ganz vergleichbar sind. Vgl. z. B. den Bericht des Ethnologen Marc Abélès, M. ABÉLÈS, *Un ethnologue*, 2001. Oder die Studie von Richard F. Fenno, der über einen längeren Zeitraum hinweg Kongressmitglieder in Washington bei ihrer Arbeit begleitet und beobachtet hat, R. F. FENNO, *Watching politicians*, 1990. Am nächsten kommt dem noch das Experiment des Publizisten Roger Willemsen, der ein Jahr lang die Sitzungen des Deutschen Bundestages im Plenarsaal, allerdings aus nicht-wissenschaftlicher Perspektive, verfolgt hat. R. WILLEMSSEN, *Das Hohe Haus*, 2014; Ein weiteres Beispiel für Deutschland wäre L. SCHERZER, *Der Letzte*, 2000.

⁴⁴ Vgl. die fünfbandige Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland herausgegeben von KREUZER/THOMSEN oder auch K. HICKETHIER, *Geschichte*, 1998.

⁴⁵ Vgl. dazu stellvertretend C. SCHEURLE, *Kanzler*, 2009.

⁴⁶ Eine Ausnahme sind die Arbeiten von Dietmar Schiller, Stefan Marschall und Gregor Mayntz. Vgl. D. SCHILLER, *Brennpunkt Plenum*, 2002; DERS., *Nachrichtenfaktor Parlament*, 2002; DERS., *Parlamente im Fernsehen*, 2007; DERS., *Images of Parliament*, 1999; G. MAYNTZ, *Zwischen Volk und Volksvertretung*, 1992; DERS., *Der unbekannteste Star*, 2002; DERS., *Die Fernsehberichterstattung*, 1993; S. MARSCHALL, *Parlament in der Mediengesellschaft*, 2001; DERS., *TV-Berichterstattung*, 1997. Für Großbritannien vgl. V. GIBBONS, *Lights, Camera, Inaction?*, 2007; S. FRANKS/A. VANDERMARK, *Televising Parliament*, 1995; M. RYLE, *Televising*, 1991; J. M. WÖBER, *Television in the House of Commons*, 1990.

Deutschen Bundestag, analysiert dabei aber nicht die performativen Aspekte. Zum Fernsehen der DDR, vor allem in der Umbruchphase der Jahre 1989/90, gibt es einige wenige Arbeiten, die sich aber ebenfalls eher auf den Wandlungsprozess auf institutioneller und personeller Ebene konzentrieren und auch nur die Zeit bis zum Ende des Jahres 1989 behandeln.⁴⁷

Im vorliegenden Fall wurde so verfahren, dass die veröffentlichten Plenarprotokolle mit den Filmaufnahmen abgeglichen, Abweichungen zwischen Text und Bild oder Auslassungen im Text ebenso wie generell Auffälliges notiert wurden. Bei einem solchen Vergleich von Filmmaterial und Stenografischen Berichten wird schnell deutlich, worin die Vorteile der Filme liegen und dass es eine ganze Reihe entscheidender Abweichungen zwischen beiden gibt. Zum einen rühren diese Abweichungen daher, dass immer nur die eigentliche Verhandlung protokolliert wurde, das heißt, alles was zum Beispiel während der Sitzungspausen passierte, fehlt in den schriftlichen Berichten.⁴⁸ Die Kameras und Mikrofone jedoch liefen während Unterbrechungen – sofern sich der DFF bei längeren Pausen nicht aus der Übertragung völlig ausklinkte –, aber auch bei spektakulären Aktionen wie dem gut einstündigen Sitzstreik einiger Abgeordneter am 28. September 1990 weiter. Sie dokumentierten damit, bisweilen als einzige, auch Dinge, die nicht zur eigentlichen Sitzung gehörten.

Zum anderen erklären sich einige der Unterschiede zwischen Text und Bild auch durch äußere Umstände, wie zum Beispiel akustische Probleme. Der Arbeitsplatz der insgesamt zehn Stenografen in der 10. Volkskammer lag nicht zentral, sondern befand sich links vor der Präsidiumsbank.⁴⁹ Das führte regelmäßig dazu, dass Zwischenrufe der PDS-Fraktion, die direkt vor dem Stenografentisch saß, von den Protokollanten gut wahrgenommen wurden, diejenigen der CDU/DA, die am weitesten davon entfernt saß, jedoch nur schlecht. Die Mikrofone im Saal zeichneten sie jedoch gleichmäßig auf. Überdies hatten der ungewohnt hohe Arbeitsanfall und die neuen Anforderungen an die Stenografen zur Folge, dass Protokolle nicht rechtzeitig fertig wurden, weil zum Beispiel das Aufzeichnen der vielen Zwischenrufe – etwas, was die alte Volkskammer überhaupt nicht kannte – Schwierigkeiten bereitete.⁵⁰ »Vermerke über Beifalls- und Mißfallensbekundungen [waren] nicht standardisiert«, syntakti-

⁴⁷ J. A. BÖSENBERG, *Aktuelle Kamera*, 2008; DERS., *Aktuelle Kamera*, 2004; T. GROSSMANN, *Fernsehen*, 2015; H. OBERREUTER, *Medien*, 1996.

⁴⁸ Die von mehreren Ausschüssen durchgeführte, gut zweistündige Öffentliche Anhörung am 13. Juli 1990 zum Thema Handel ist überhaupt nur durch die Fernsehaufnahmen überliefert. Sie fand im Plenarsaal statt, wurde aber nicht schriftlich protokolliert, da es sich nicht um eine Plenarsitzung handelte. 24. Tagung am 13. Juli 1990 (02:17:10–03:39:49).

⁴⁹ Mit gespitztem Bleistift, 1990, S. 87. Sie wechselten sich jeweils im Fünf-Minuten-Takt ab. Sechs von ihnen waren fest angestellt, vier arbeiteten freiberuflich. Zumindest zwei von ihnen stenografierten bereits seit den fünfziger Jahren in der Volkskammer. Zweimal wurden sie von Kollegen aus dem Deutschen Bundestag unterstützt, vgl. ebd. Zu den Stenografen in der Volkskammer siehe auch A. BURKHARDT, *Das Parlament und seine Sprache*, 2003, S. 517–521.

⁵⁰ Protokoll der Dienstberatung der Volkskammerverwaltung am 21. Mai 1990, BArch DA 1/18748.

sche Mängel wurden nicht korrigiert⁵¹ oder es fehlt hin und wieder ein ganzer Absatz einer Rede im Protokoll, ohne dass klar würde, warum.⁵²

Wenn man so verfährt wie hier beschrieben, gibt es notwendigerweise ein Referenzmodell, mit dem das Gesehene verglichen wird. Da der Betrachter normalerweise das als auffällig empfindet, was von Bekanntem abweicht, bedeutet ein solches Vorgehen quasi automatisch, dass hier der Deutsche Bundestag zum parlamentarischen Regelfall wird und das, was sich in der 10. Volkskammer davon unterschied, zur Abweichung von der Norm. Man kann nun natürlich einwenden, dass ein solch normativer Ansatz eine eigenständige parlamentarische Entwicklung oder mögliche spezifische, charakteristische Merkmale der Volkskammer nicht ausreichend würdigt bzw. gar nicht erst wahrnehmen lässt. So vorzugehen ist aber insofern vertretbar, als auch die 10. Volkskammer selbst den Bundestag als ihr Referenzmodell betrachtete – was damals von einigen ostdeutschen Akteuren durchaus sehr kritisch gesehen wurde. Die Anlehnung an den Bundestag war vor allem deshalb so eng, weil die Volkskammer ein reines Übergangsparlament war und ihre primäre Aufgabe darin bestand, von ostdeutscher Seite aus die rechtlichen Voraussetzungen für eine möglichst schnelle und reibungslose Vereinigung mit der Bundesrepublik zu schaffen; die DDR zuzusagen rechtlich kompatibel zu machen. Dennoch ist Vorsicht geboten, bei der Bestimmung dessen, was als »normal« betrachtet wird und was nicht.

Ein großer Vorteil der Filmaufnahmen besteht also darin, dass sie verglichen mit dem Text der Sitzungsprotokolle ein Mehr an Information bieten. Darüber hinaus übertragen sie aber auch Dinge, die schriftlich überhaupt nicht erfasst werden können: atmosphärische Veränderungen, Emotionen, rhetorische Eigenheiten der Sprecher wie zum Beispiel dialektale Färbungen, ihre Gestik und Mimik, aber auch ihre Körperlichkeit, wie sie angezogen sind, wie sie sich bewegen, die Dynamik einer Sitzung. Wir können ihnen entnehmen, wie die Abgeordneten gekleidet waren, wie sie sich bewegten.⁵³ Wie Thomas Mergel bemerkt hat, ist »Parlamentarisches Sprechen bei aller medialen Orientierung vor allem Anwesenheitskommunikation, und die Dynamik die sich in der Situation ergibt, ist von uns anhand schriftlicher Quellen nicht nachzuvollziehen«.⁵⁴ Die Parlamentarische Sprache, die wir in schriftlich überlieferter Form, das heißt als Stenografische Berichte oder in der Presse lesen können, ist nur eine »Schwundform, die die tatsächliche kommunikative Bedeutung der Sprechakte [...] in actu kaum ermessen lässt«.⁵⁵ Und nicht nur der Sprechakte, möchte man hinzufügen: Es ist nicht dasselbe, ob *mit* einem Redner gelacht wird oder *über* ihn. Anhand des Eintrags »Heiterkeit« im Sitzungs-

⁵¹ A. OLSCHESKI, Die Verschriftung, 2000, S. 352.

⁵² So zum Beispiel in Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 10. Wahlperiode, Protokolle (im folgenden PV), 27. Tagung am 22. Juli 1990, S. 1248.

⁵³ Zur Bedeutung der einzelnen Quellengattungen vgl. F. BÖSCH, Politik als kommunikativer Akt, 2004. Siehe auch T. MERGEL, Parlamentarische Kultur, 2012, S. 21.

⁵⁴ T. MERGEL, Funktionen und Modi, 2012, S. 240.

⁵⁵ Ebd.

protokoll lässt sich das eine vom anderen nicht unterscheiden.⁵⁶ Am Bildschirm hingegen schon.

Doch eines darf dabei nicht außer Acht gelassen werden: Auch wenn »Live-Übertragung« Objektivität suggeriert: Die Filmaufnahmen bilden das Geschehen natürlich nicht einfach nur ab. Zum einen sehen wir nur das, was im Plenarsaal vor sich ging, also lediglich einen kleinen Ausschnitt der parlamentarischen Arbeit. Für alles andere – die Arbeit in Ausschüssen, Fraktionen etc. – sind wir auf schriftliche Zeugnisse oder sogar Berichte aus zweiter Hand angewiesen, weil die Sitzungen nichtöffentlich waren. Das verzerrt das Gesamtbild. Zum anderen müssen wir uns bewusst sein, dass wir nur das sehen, was die Kameraleute des Deutschen Fernsehfunks damals ihrerseits beobachtet, ausgewählt, für wichtig erachtet haben. Sie haben sich – aus welchen Gründen auch immer – in bestimmten Momenten jeweils für eine bestimmte Kameraeinstellung, ein bestimmtes Motiv, für die bestimmte Dauer einer Einstellung, und damit gleichzeitig immer auch gegen viele andere, ebenso mögliche Einstellungen und Motive entschieden. Es handelt sich also nicht um neutrale Abbildung, sondern um das Ergebnis einer komplexen Interaktion mehrerer Akteure.

Eine weitere, ähnlich aufschlussreiche und bislang ebenfalls nicht ausgewertete Quelle sind die Tonbandaufzeichnungen der Fraktionssitzungen von CDU/DA.⁵⁷ Dass diese Bänder überhaupt existieren, ist wohl eher einem Zufall zu verdanken. Schenkt man der Aussage des zeitweiligen Fraktionsgeschäftsführers und späteren Direktors der Volkskammerverwaltung Adolf Niggemeier Glauben, lag es vor allem an der guten technischen Ausstattung des Sitzungsorts, dass die Sitzungen aufgezeichnet wurden. Weil es im Sitzungssaal des ehemaligen ZK der SED, in dem die Fraktion vom 2. April an tagte, Aufnahmegeräte gab, schnitten die dort beschäftigten Techniker die Fraktionssitzungen einfach genauso mit, wie sie es zuvor mit denjenigen des ZK getan hatten.⁵⁸ Da nur von den ersten neun der insgesamt 27 Fraktionssitzungen, die in der Regel zwischen drei und fünf Stunden dauerten, schriftliche (Ergebnis-)Protokolle überliefert sind, ist der Großteil der Sitzungen somit allein per Tonband dokumentiert.⁵⁹ Weitaus wichtiger ist aber, dass auch diese Aufnah-

⁵⁶ A. Burkhardt behauptet hingegen, die Volkskammer habe die ausführliche Skala des Deutschen Reichstages, die u. a. zwischen »Heiterkeit« und »Lachen« bzw. »Gelächter« unterscheidet, übernommen. Ein Vergleich mit den Filmaufnahmen stützt diese Behauptung jedoch nicht. Vgl. DERS., *Das Parlament und seine Sprache*, 2003, S. 541.

⁵⁷ Zur Bedeutung der Audioquellen allgemein vgl. J. MÜLLER, *The Sound of Silence*, 2011. D. MORAT, *Der Klang*, 2011, G. PAUL/R. SCHOCK (Hrsg.), *Sound des Jahrhunderts*, 2013. T. LINDENBERGER, *Vergangenes Hören und Sehen*, 2004.

⁵⁸ A. NIGGEMEIER, *Die CDU/DA-Fraktion*, o. J., S. 1.

⁵⁹ ACDP, 07-012 6100–6124 (Zitate aus diesen Bändern werden im Folgenden mit TA gekennzeichnet). Die schriftlichen Protokolle finden sich in ACDP, 07-012 3897, 3611, 6013 u. BArch DA 1/16627. Im Auftrag des Archivs hat Adolf Niggemeier diese Tonbänder zumindest teilweise verschriftlicht bzw. den Inhalt zusammengefasst. Niggemeier verstand diese Arbeit als »Darstellung von Wirksamkeit von Christlich-Demokratischer Union und der Partei des Demokratischen Aufbruchs in der 10. Wahlperiode der Volkskammer der DDR«. Sie taugen als Quelle aber nur bedingt, da sie vielfach mit eigenen Kommentaren vermischt sind. A. NIGGEMEIER, *Die CDU/DA-Fraktion*, o. J. Zum CDU/DA-Bestand vgl. auch M. AGETHEN, *Akten*, 1995.

men, wie die Fernsehaufzeichnungen, über den reinen Text hinaus eine Vielzahl an zusätzlichen Informationen liefern. Denn die Atmosphäre im Fraktionsaal, die jedem Redner eigene Diktion, seine körperliche Verfassung, sein Alter, Sprechtempo, Lautstärke, eine möglicherweise regionale Sprachfärbung, Tonhöhe, all das lässt sich entweder überhaupt nicht verschriftlichen oder wird, wie beispielsweise auch unvollständige Sätze und fehlerhafte Aussprache, beim Aufschreiben normalerweise stillschweigend bereinigt.

Das audiovisuelle Material macht zwar die Basis der Untersuchung aus, doch es wurden auch andere Quellen herangezogen. Die Fraktionen der Volkskammer selbst haben, mit Ausnahme von CDU/DA, in unterschiedlichem Maß nur schriftliche Zeugnisse ihrer Arbeit hinterlassen. Wie in einer politischen Umbruchsituation allerdings kaum anders zu erwarten, ist das Material zum Teil disparat, unvollständig und oft nicht besonders umfangreich, wobei die Menge je nach Fraktion differiert. Schriftliche Protokolle der Fraktionssitzungen sind vor allem von der SPD überliefert, jedoch nur von 41 Sitzungen, von weiteren neun existieren nur die Anwesenheitslisten und/oder Tagesordnungen.⁶⁰ Von der SPD-Fraktion gibt es auch Protokolle der Sitzungen des Fraktionsvorstands sowie der Sitzungen des Geschäftsführenden Fraktionsvorstands.⁶¹ Bei den Liberalen,⁶² bei DBD/DFD,⁶³ der DSU und der PDS⁶⁴ fehlen solche Protokolle völlig, bei Bündnis 90/Grüne sind sie lückenhaft.⁶⁵ Allerdings gibt es für die Liberalen, die PDS und Bündnis 90/Grüne ausreichend anderes schriftliches Material (Positionspapiere etc.), um unterschiedlichste Aspekte ihrer Tätigkeit in der Volkskammer untersuchen zu können.

Die Unterlagen der 10. Volkskammer aus den Beständen des Bundesarchivs – Akten des Präsidiums, der Ausschüsse, der Verwaltung etc. – sind, sofern nicht archivrechtliche Gründe dagegensprochen, inzwischen digitalisiert und über das Internet zugänglich.⁶⁶ Sie sind weitaus vollständiger überliefert als das Material der Fraktionen und erlauben damit einen detaillierten Einblick in die Verhandlungen des Präsidiums, der einzelnen Volkskammerausschüsse, der Treffen der Parlamentarischen Geschäftsführer oder auch der Besprechungen der Volkskammerverwaltung.

⁶⁰ AdsD, Bestand SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR, Mappen 13–65.

⁶¹ Von den Fraktionsvorstandssitzungen sind zwölf Protokolle überliefert, von weiteren sieben Sitzungen gibt es nur die Tagesordnungen, von den Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands sind sechs Protokolle überliefert, von einer Sitzung nur die Tagesordnung, AdsD, Mappen 66–84, bzw. 85–91.

⁶² ADL, Bestände LI – Bund Freier Demokraten und A 34 – Deutsche Forumpartei.

⁶³ Der Bestand der Bauernpartei im SAPMO, BArch, DŸ 60 umfasst hauptsächlich Akten bis zum Jahr 1990.

⁶⁴ ADS, Bestand PDS-Fraktion in der Volkskammer der DDR (10. Wahlperiode) – VK/10. WP.

⁶⁵ AGG B III – Bündnis 90/Grüne, Volkskammerfraktion (1990). 23 Fraktionssitzungen sowie 3 Vorstandssitzungen sind protokolliert. Zum Bestand vgl. auch A. HÜNNINGHAUS, Bündnis 90/Grüne, 2009.

⁶⁶ BArch DA 1 – Volkskammer der DDR (abrufbar unter: www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DA1-26809/index.htm).

Hinzu kommen die recht zahlreichen Interviews in Zeitungen, Memoirenliteratur und mehr oder weniger ausführliche Erinnerungsberichte einzelner Akteure. Von der Problematik der Erinnerungszeugnisse in diesem Zusammenhang war bereits zu Beginn die Rede. Für die Interviews, die Roland Schirmer im Rahmen des Projekts »Die instrumentellen und symbolischen Funktionen von Repräsentationsinstitutionen« im Sonderforschungsbereich »Institutionalität und Geschichtlichkeit« an der Technischen Universität Dresden mit Mitgliedern der 9. und der 10. Volkskammer geführt hat, beispielsweise gilt, dass sich viele der Beteiligten selbst an zentrale Ereignisse dieser Monate überhaupt nicht mehr erinnern können.⁶⁷

Auffällig ist, dass einige der Protagonisten von damals diese sechs Monate im Parlament lediglich streifen oder in ihren Schilderungen seltsam unbestimmt bleiben.⁶⁸ Das gilt unter anderem auch für drei prominente Mitglieder der damaligen Fraktion von Bündnis 90/Grüne: So überschreibt Joachim Gauck zwar ein Kapitel seiner Erinnerungen mit »Volkskammer: frei und frei gewählt«, beschränkt sich aber weitgehend auf die Darstellung seiner Arbeit als Vorsitzender des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS.⁶⁹ Auch Marianne Birthler widmet ihren Erfahrungen in der Volkskammer ein eigenes Kapitel (»Frei gewählte Abgeordnete«).⁷⁰ Aber dieser Rückblick fällt ebenfalls erstaunlich knapp und wenig detailliert aus, während die Schilderung ihrer Amtszeit als Bildungsministerin im neugebildeten Bundesland Brandenburg viel Raum einnimmt und Einblick in den Lernprozess bei Aufbau und Leitung eines Ministeriums gewährt. Gleiches gilt für Matthias Platzeck, auch bei ihm überwiegt die Darstellung der Ereignisse in Brandenburg und später der Erfahrungen während seiner Zeit als SPD-Vorsitzender. Die Volkskammer wird auf wenigen Seiten abgehandelt.⁷¹ Waren die Autoren Mitglieder der PDS-Fraktion, ist vorwiegend Kritisches zu lesen.⁷² Ob nun Uwe-Jens Heuer, Gerhard Riege, Ruth Fuchs oder Dietmar Keller: In ihren Erinnerungen überwiegt das Gefühl, zu den Opfern der Entwicklung zu gehören. Dasselbe trifft auf die Schilderung Günter Maleudas zu.⁷³

Was die rein biographischen Daten der 400 Abgeordneten angeht, ist an erster Stelle das Internetportal »Volkparl« zu nennen.⁷⁴ Diese Datenbank, eine Unterab-

⁶⁷ Es handelt sich um insgesamt 44 semistrukturierte Interviews (davon 19 mit Abgeordneten der 9. und 25 mit Abgeordneten der 10. Volkskammer). Die Ergebnisse der Auswertung sind später in verschiedene Aufsätze und Studien eingeflossen. Dankenswerterweise hat Roland Schirmer diese Interviews zur Verfügung gestellt.

⁶⁸ Vgl. u. a. E. ACKERMANN, *Gewissen*, 2013; C. CRAWFORD, *Gegenteil*, 2013; B. C. KÖGLER, *Alles hat seine Zeit*, 2013; K. LANDGRAF, *Tor*, 2013; S. BERGMANN-POHL, *Politik*, 2013.

⁶⁹ J. GAUCK, *Winter im Sommer*, 2009.

⁷⁰ M. BIRTHLER, *Halbes Land*, 2014, S. 189–216.

⁷¹ M. PLATZECK, *Zukunft*, 2009, S. 63–78.

⁷² So zum Beispiel U.-J. HEUER/G. RIEGE, *Rechtsstaat*, 1992; C. LUFT, *Zwischen Wende und Ende*, 1991; R. FUCHS, *Gott schütze*, 1990; N. GLOCKE, *Spontaneität*, 2012; um nur einige zu nennen.

⁷³ G. MALEUDA, *Entdeckter Parlamentarismus*, 1994.

⁷⁴ Abrufbar unter: zhsf.gesis.org/ParlamentarierPortal/vk_db/vk_db.php.

rik des Parlamentarierportals »Bioparl«, das die Biographien deutscher Parlamentarier von 1848 bis heute sammelt, wird vom Gesis Leipzig-Institut für Sozialwissenschaften in Köln bereitgestellt und aktualisiert. Als Datengrundlage dienen hier die Selbstauskünfte der damaligen Abgeordneten, die für das unveröffentlichte Handbuch der Volkskammer gesammelt wurden,⁷⁵ die Angaben, die Christopher Hausmann für sein Biographisches Handbuch⁷⁶ zusammengetragen hat sowie der Quellenbestand des Bundesarchivs.

Zu Sozialstruktur und Biographien der Volkskammerabgeordneten liegen nur wenige Arbeiten vor. In einem größeren Umfang hat sich, bezogen auf die 10. Volkskammer, erstmals Christopher Hausmann mit diesem Thema befasst.⁷⁷ Eine weitere Analyse stammt von Hans Michael Kloth.⁷⁸ Entsprechende Untersuchungen zur 9. Volkskammer fehlen völlig. Vor einiger Zeit ist lediglich eine biographische Übersicht über die weiblichen Mitglieder der Volkskammer erschienen, die jedoch auf eine Analyse der Daten verzichtet.⁷⁹ Genau genommen wissen wir also nicht viel über die Akteure.

Die Literatur über die Volkskammer ist bislang vorwiegend von Politikwissenschaftlern oder Juristen verfasst worden und vielfach schon älteren Datums.⁸⁰ Historiker haben sich erstaunlich wenig mit ihr beschäftigt, so dass die Feststellung Ilko-Sascha Kowalczyks, die Volkskammer sei »von der Forschung [noch] nicht entdeckt worden«, sicher nach wie vor gültig ist.⁸¹ Das Zögern gerade der Parlamentarismusforschung auf diesem Gebiet liegt wohl nicht zuletzt daran, dass durchaus berechtigte Zweifel bestanden, ob es sich überhaupt lohnt, die Volkskammer näher zu untersuchen.⁸² Denn legt man einen engen Parlamentsbegriff zugrunde, das heißt, versteht

⁷⁵ Vgl. G. PETERS, Handbuch, 2010.

⁷⁶ C. HAUSMANN, Biographisches Handbuch, 1990.

⁷⁷ Ebd., S. XVIII–XXIV sowie DERS., Elitenpool, 2000.

⁷⁸ H. M. KLOTH, Einige Zahlen, 1991.

⁷⁹ R. PAWLOWSKI (Hrsg.), Unsere Frauen, 2008.

⁸⁰ Stellvertretend dafür vgl. P. J. LAPP, Volkskammer 1975 und E. JESSE, Volkskammer, 1989 aber auch W. KALWEIT, Konzeption, 2002.

⁸¹ I.-S. KOWALCZYK, Endspiel, 2009, S. 535. Im übrigen hat sich auch die Transformationsforschung mit diesen innerparlamentarischen Prozessen bislang nicht beschäftigt. Vgl. dazu W. MERKEL, Systemtransformation, 1999, dort auch die weiterführende Literatur, sowie die Beiträge zu den Themen »Theoretische Probleme der Transformationsforschung« und »Transformationsprozess in Osteuropa« im Berliner Journal für Soziologie, 1994; die Beiträge in: Wissenschaftliche Mitteilungen aus dem Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien 6 (1992); H. SÜSSMUTH (Hrsg.), Transformationsprozesse, 1998; und G.-J. GLAESSNER (Hrsg.), Der lange Weg zur Einheit, 1993. Es ist ohnehin auffällig, dass gerade der Wandlungsprozess der Volkskammer von der Forschung über die Systemumbrüche in Ostmitteleuropa kaum beachtet wurde. Eine Ausnahme ist der SFB 580 »Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition, Strukturbildung« der Uni Jena. In dem Teilprojekt »Delegationseliten nach dem Systemumbruch« wurden bundesdeutsche Abgeordnete vorwiegend nach Rekrutierungsmustern, Karrierepfaden und politischer Orientierung seit der Vereinigung befragt. Vgl. auch U. THAYSEN/H. M. KLOTH (Hrsg.), Wandel, 1992.

⁸² Zur grundsätzlichen Frage nach der Relevanz siehe auch H. BISPINCK u. a., Zukunft der DDR-Geschichte, 2005.

man darunter nur die Parlamente in pluralistisch-demokratischen Gesellschaften, also *das* Organ der Legislative, kann man zumindest die Volkskammer bis zum März 1990 nicht dazu zählen.⁸³ Werner J. Patzelt hat allerdings mehrfach und mit guten Gründen dafür plädiert, das Untersuchungsspektrum auf Vertretungskörperschaften zu erweitern, die nicht dem klassischen Parlamentsbegriff entsprechen.⁸⁴

Neben den Studien von Werner J. Patzelt und Roland Schirmer sind für die 10. Volkskammer die Untersuchungen von Helmut Müller-Enbergs zu nennen, der ihre Arbeit nach ihren unterschiedlichen Funktionen in drei Phasen unterteilt und einen Wandel vom Ausschuss- zum Übergangsparlament und schließlich, nach Abschluss der Gesetzgebungstätigkeit, zu einem Revolutionstribunal konstatiert.⁸⁵ Vom selben Autor stammt eine Studie über die politische Einstellung und die Wertvorstellungen der Volkskammerabgeordneten, die auf einer Abgeordnetenbefragung basiert.⁸⁶ Vergleiche mit dem Bundestag zur selben Zeit haben Bettina Scholz, die auf dasselbe Datenmaterial wie Müller-Enbergs zurückgreift, und Gunnar Peters angestellt.⁸⁷ Peters hat überdies in einem weiteren Aufsatz Verfassungsfragen in der 10. Volkskammer untersucht.⁸⁸

Ihnen ist gemeinsam, – mit Ausnahme der Arbeiten Schirmers –, dass der Lernprozess, den die Abgeordneten durchlaufen mussten und die spezifische parlamentarische Kultur der Volkskammer kaum eine Rolle spielen, auch wenn sich vereinzelt Hinweise zum Beispiel auf den besonderen Verhandlungsstil dieses Parlaments finden. Lediglich der Linguist Armin Burkhardt hat sich mit solchen Fragen, wenn auch nur ansatzweise, beschäftigt. Dabei gilt sein Interesse allerdings weniger der Zäsur vom März 1990, die für den Großteil der Forschung die Wegscheide zwischen der Bedeutungslosigkeit der Volkskammer und ihrer Rolle als eigenständiger politischer Akteur markiert. Denn er vertritt die These, die Volkskammer sei mit der Wiedererlangung ihrer Kommunikationsfähigkeit bereits im November 1989 von einem reinen Akklamationsorgan zu einem wirklichen Parlament geworden.⁸⁹ Problematisch ist dabei allerdings sein sehr idealisiertes Parlamentarismusverständnis, weil er in der

⁸³ Dafür stellvertretend H. OBERREUTER, *Idee, Norm und Realität*, 2002.

⁸⁴ So hat vor allem der an der TU Dresden angesiedelte Sonderforschungsbereich »Institutionalität und Geschichtlichkeit« eine ganze Reihe von Arbeiten vorgelegt, die zu klären versuchen, was die Volkskammer der DDR ausmachte, welche Funktion sie im SED-Staat übernahm und wie sie arbeitete. Vgl. dazu vor allem die Arbeiten von Werner J. Patzelt und Roland Schirmer: W. J. PATZELT, R. SCHIRMER (Hrsg.), *Volkskammer*, 2002; R. SCHIRMER, *Machtzerfall*, 2005.

⁸⁵ H. MÜLLER-ENBERGS, *Charakter*, 1991, S. 463 f.

⁸⁶ H. MÜLLER-ENBERGS, *Bewahrung*, 1993.

⁸⁷ B. SCHOLZ, *Bundestag und Volkskammer*, 1993. Es handelt sich um die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, die für das Forschungsprojekt der FU Berlin »MdB – Rolle und Kommunikationsbeziehungen des Abgeordneten in der repräsentativen Demokratie« im März 1990 erhoben wurde. Der Katalog von 22 Fragen ist abgedruckt in: P. SCHINDLER (Hrsg.), *Datenhandbuch*, 1999, S. 3897 ff. G. PETERS, *Ungleiche Parlamente*, 2009. Einen ebenfalls vergleichenden Ansatz wählt C. WERNER, *Direktdemokratische Entscheidungsverfahren*, 1991.

⁸⁸ G. PETERS, *Verfassungsfragen*, 2004.

⁸⁹ A. BURKHARDT, *Ein Parlament sucht(e)*, 1992; DERS., *Vom »Akklamations-« zum »Abwicklungsparlament-«*, 2000, S. 73–98; DERS., *»Verehrte Abgeordnete!«*, 2004.

Volkskammer einen deliberativen Parlamentarismus verwirklicht sieht, wie ihn seiner Meinung nach auch das Paulskirchenparlament praktiziert habe, ganz im Gegensatz zu dem von ihm kritisierten »Schaufensterparlamentarismus« des Deutschen Bundestages.⁹⁰

Die Kommunikation und politische Kultur bzw. den parlamentarischen Lernprozess der 10. Volkskammer hat systematisch noch niemand untersucht. Gerade bei diesem ungewöhnlichen Parlament sind diese Aspekte jedoch einen genaueren Blick wert. Denn sie können Aufschluss geben über sein Selbstverständnis in einer Phase der Neuformierung: So wäre beispielsweise interessant zu wissen, ob der mit der Wahl vom 18. März 1990 einhergehende beinahe hundertprozentige Austausch des Personals gleichbedeutend war mit der Neubegründung der Institution? Denn immerhin übernahm sie nach diesem Termin mit neuem Personal ganz andere Aufgaben und eine völlig neue Rolle im politischen System.⁹¹ Oder überdauerten gewisse Mechanismen, Verhaltens- und Arbeitsweisen unabhängig von den in ihr tätigen Personen?⁹²

Dieses Buch will weniger als ein Beitrag zur DDR-Geschichtsschreibung verstanden werden – obwohl es das natürlich auch ist –, sondern mehr als Darstellung eines Beispiels für einen parlamentarischen Anfang und das Selbstverständnis einer Institution im Wandel. Es geht auch nicht vorrangig darum, die Arbeit der Volkskammer anhand einzelner Gesetzesvorhaben zu schildern, also im einzelnen die von ihr getroffenen Entscheidungen zu zeigen, sondern das Hauptaugenmerk liegt auf dem Lernprozess der 400 am 18. März 1990 gewählten Abgeordneten, die quasi von heute auf morgen zu Berufspolitikern wurden, auch wenn sie nur ungenaue Vorstellungen von Art und Ablauf ihrer Arbeit hatten. Es geht um die spezifische Kultur dieses Parlaments. Barbara Stollberg-Rilinger hat in einem Definitionsversuch die Faktoren aufgezählt, die politische Kultur, so wie sie auch hier verstanden wird, ausmachen: Sprache und Stil der Debatten, Eröffnungszereemonien und Feierstunden, geschriebene und ungeschriebene Verfahrensregeln, Sitz- und Kleiderordnungen, Parlamentsarchitektur und Parlamentsberichterstattung, Kommunikation *im* Parlament und Kommunikation *über* das Parlament.⁹³ Also die Form, die ungeschriebenen, impliziten Regeln

⁹⁰ Burkhardt ignoriert dabei zum Beispiel konsequent die in der Politikwissenschaft etablierte Unterscheidung in Rede- und Arbeitsparlament, bzw. in ihren differenzierteren Fassungen die nach ihren einzelnen Funktionen unterschiedenen Formen von Parlamenten, oder bestreitet die Anwendbarkeit solcher Kategorien.

⁹¹ Vgl. W. J. PATZELT/R. SCHIRMER (Hrsg.) *Volkskammer*, 2002; R. SCHIRMER, *Machtzerfall*, 2005; H. MÜLLER-ENBERGS, *Charakter*, 1991; DERS., *Bewahrung*, 1993; H. OBERREUTER, *Idee, Norm und Realität*, 2002, S. 80, 83;

⁹² Einen derartigen Lernprozess hatten im Übrigen alle neuen Parlamente ehemaliger Ostblockstaaten ab dem Herbst 1989 zu bewältigen, vgl. z.B. A. ÁGH, *Experiences*, 1995; Die 10. Volkskammer war jedoch ein Sonderfall aufgrund ihrer besonderen Ausgangssituation als Volksvertretung eines deutschen Teilstaates und als reines Übergangsparlament, das die ungewöhnliche Aufgabe hatte, den Staat, in dem es existierte, und sich selbst aufzulösen. Auch die personelle Zusammensetzung sah grundsätzlich anders aus, vgl. G. ILONCZKI/M. EDINGER, *MPs*, 2007.

⁹³ B. STOLLBERG-RILINGER, *Parlamentarische Kultur*, 2012, S. 92 (Kursivierung im Original).

der Kommunikation und die symbolischen Aspekte parlamentarischer Kommunikation.⁹⁴ Gerade Umbruchphasen machten die Konstruiertheit einer bestehenden Ordnung deutlich, sagt Stollberg-Rilinger an anderer Stelle, und eine Kulturgeschichte des Politischen sei in der Lage, Bestand wie Wandel von Herrschaftsstrukturen, Normen und Regelsystemen unter die Lupe zu nehmen.⁹⁵

Das Parlament wird dabei als ein politischer Kommunikationsraum verstanden, dessen Akteure die Regeln, nach denen sie arbeiteten, diskursiv aushandeln und ausprobieren mussten und sich dabei nur in geringem Umfang auf eigene Erfahrungen und Bekanntes stützen konnten.⁹⁶ Parlamente sind zwar große »Konventionsmaschinen« (Joachim Raschke), denen es in der Regel gelingt, Neuankömmlinge, seien es einzelne Abgeordnete oder komplette Fraktionen, zu integrieren und zu assimilieren. Hier aber war alles neu, es gab niemanden mit einem nennenswerten Informations- oder Erfahrungsvorsprung. All das musste quasi importiert werden, sei es durch personelle und materielle Hilfe, sei es immateriell durch die Orientierung an andernorts bestehenden Regeln bzw. deren Übernahme. Hinzu kam die für die Abgeordneten völlig ungewohnte Mediensituation, bedingt dadurch, dass parlamentarische Kommunikation sich in modernen westlichen Parlamenten vor den Augen von Öffentlichkeit und Presse und in Interaktion mit ihnen abspielt. Das Buch will daher, wie Frank Bösch es gefordert hat, die mediale Öffentlichkeit als integralen Bestandteil der Parlamentsgeschichte verstehen und die wechselseitige Interaktion zwischen Parlament und – in diesem Fall – dem Fernsehen untersuchen.⁹⁷

Wenn mit all diesen Vorgaben und Bedingungen ein bestimmter Weg bereits vorgezeichnet zu sein schien, gibt es dann überhaupt so etwas wie eine eigene politische Kultur der 10. Volkskammer? War sie wirklich so anders, so besonders und einzigartig, wie ehemalige Abgeordnete behaupten? In dieser Hinsicht sind zumindest Zweifel angebracht.⁹⁸

Die Untersuchung nähert sich diesen Fragen in mehreren Schritten. Den Anfang bildet ein Blick auf die *Vorgeschichte*. Sie zeichnet die Entwicklung des Parlaments der DDR in den Wochen zwischen dem 24. Oktober 1989, an dem Erich Honecker offiziell als Vorsitzender des Staatsrates zurücktrat, und dem 18. März 1990, dem Tag der Wahl zur 10. Volkskammer, nach. Das Parlament lernte in diesen Wochen zu laufen, wie es die Presse formulierte.⁹⁹ Die Abgeordneten begannen in diesen Wochen Eigeninitiative zu entwickeln, in der Volkskammer fanden erstmals geheime Abstim-

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ B. STOLLBERG-RILINGER, Was heißt Kulturgeschichte, 2005, S. 21.

⁹⁶ Vgl. A. SCHULZ/A. WIRSCHING, Parlamentarische Kulturen, 2012.

⁹⁷ F. BÖSCH, Parlamente und Medien, 2012, S. 372.

⁹⁸ Vgl. G. PETERS, Alte und neue Parteien, 2011.

⁹⁹ »Unser Parlament lernt laufen«, *Der Tagesspiegel*, 16. November 1989. Andere Zeitungen bedienten sich ähnlicher Metaphern, von »Gehversuche[n] der Demokratie« sprach *Die Welt*, 18. November 1989, von »Zögernde[n] Gehversuchen« die *NZZ*, 15. November 1989. Bei den *Badischen Neuesten Nachrichten* erwachten »Wachsfiguren« zum Leben, 14. November 1989, und bei der *SZ* absolvierten die Abgeordneten einen »Trockenschwimmkurs in Parlamentarismus«, 14. November 1989.

mungen und wirkliche Wahlen mit mehreren Kandidaten statt. Erste, zögerliche Diskussionen kamen in Gang. Das Fernsehen startete eine Live-Berichterstattung von den Tagungen. Das Kapitel richtet den Blick aber auch auf den großen Konkurrenten der Volkskammer, den Zentralen Runden Tisch, der vom Dezember 1989 an erstmals das erprobte, was die 9. Volkskammer zu leisten (noch) nicht willens oder imstande war: Obwohl nicht gewählt und somit ebenfalls ohne demokratische Legitimation, versammelte er die Vertreter des alten Regimes und die Repräsentanten von Oppositionsgruppen und versuchte, in einem diskursiven Verfahren unter gleichberechtigten Akteuren Lösungen für die aktuellen politischen wie gesellschaftlichen Probleme zu finden. Hier wurde demokratische Entscheidungsfindung vor den Augen der Öffentlichkeit demonstriert.¹⁰⁰

Kapitel I, *Parlament – Medien – Öffentlichkeit*, stellt die Hauptakteure, ihre wechselseitige Beeinflussung und die daraus resultierenden Probleme vor. Die 10. Volkskammer agierte vom Wahltag an in einem Beziehungs-Dreieck, bestehend aus ihr selbst, den sie beobachtenden nationalen und internationalen Medien und einer sich in der DDR seit dem Herbst 1989 herausbildenden Öffentlichkeit.¹⁰¹ Sofern es sich bei den Medien um Presse und Fernsehen der DDR handelte, waren auch diese während dieser Monate einem starken Wandlungs-, Demokratisierungs- und vor allem Lernprozess unterworfen und mussten gleichzeitig mit den etablierten West-Medien um die Aufmerksamkeit ihrer Leser, Hörer und Zuschauer konkurrieren.

Die 10. Volkskammer definierte sich als Gegenentwurf zu der bisherigen politischen Praxis in der DDR, die gleichbedeutend war mit Vertuschung, Intransparenz und undemokratischer Entscheidungsfindung. Sie hingegen sah sich Öffentlichkeit, Transparenz und Information verpflichtet. Die Bürger sollten sehen und nachvollziehen können, wie die sie betreffenden Entscheidungen im Parlament gefällt wurden. Die Live-Übertragungen der Plenarsitzungen im Fernsehen, mit denen bereits in den letzten Sitzungen der 9. Volkskammer begonnen wurde, spielten dabei eine zentrale Rolle. Die Arbeit der 10. Volkskammer ist ohne die Beobachtung durch das Fernsehen und anderer Medien nicht denkbar. Dass diese (Dauer-)Beobachtung durch die Fernsehkameras jedoch auch unerwünschte und nicht vorhergesehene Nebeneffekte hatte, war eine Erkenntnis, die sich erst im Lauf der Zeit einstellte. Denn mit der Anpassung an vor allem das westdeutsche Vorbild und dessen Arbeitsweise übernahm die 10. Volkskammer automatisch auch die ganzen Begleiterscheinungen, das »Drumherum«, das für diese Form des Parlamentarismus konstitutiv ist. Es handelt sich, wie Andreas Schulz und Andreas Wirsching es formuliert haben, um die »transatlantisch->westliche« Form medial bestimmter Repräsentationskultur.¹⁰² Essentiell ist dabei vor allem der funktionelle Zusammenhang zwischen parlamentarischer Repräsentation und Öffentlichkeit, dessen Ursprünge in der Französischen Re-

¹⁰⁰ BArch DA 3 (Zentraler Runder Tisch).

¹⁰¹ Zum Öffentlichkeitsbegriff vgl. K. C. FÜHRER/K. HICKETHIER/A. SCHILDT, *Öffentlichkeit*, 2001. Vgl. auch S. MARTENSON, *Parlament*, 1989.

¹⁰² A. SCHULZ/A. WIRSCHING, *Parlamentarische Kulturen*, 2012, S. 16.

volution zu suchen sind. Denn seit dieser Zeit musste »[d]er neu entstehende Typus des Volksrepräsentanten [...], wollte er erfolgreich sein und wiedergewählt werden, fortan sein Medienimage beachten. Öffentliche Repräsentation wurde zu einer ›systemnotwendigen Prozedur.«¹⁰³ Darauf waren aber weder die 10. Volkskammer noch die Öffentlichkeit noch die DDR-Medien vorbereitet.

Hatte die Volkskammer in den Jahrzehnten zuvor in erster Linie eine affirmative Rolle, und zielte ihre Außendarstellung nur darauf ab, Geschlossenheit und Einheit zu demonstrieren und zu propagieren, musste sie nun, wo sie zu einer zentralen politischen Institution avancierte, auch eine neue Rolle in der politischen Kommunikation übernehmen. Nach Jahrzehnten der Intransparenz und Marginalität wurde sie quasi über Nacht zu einem der am besten dokumentierten und beobachteten Parlamente der Welt. Durch die Live-Übertragungen des Fernsehens spielte sich ihr parlamentarischer Lernprozess permanent vor den Augen der Öffentlichkeit ab.

Mit dem neu erwachten Interesse der Medien an der Volkskammer und umgekehrt der Einsicht der Volkskammerabgeordneten, dass Medien ein wesentliches Instrument politischer Kommunikation mit dem Bürger, und das heißt: mit dem Wähler sind, entstand ein neu auszubalancierendes Gefüge von Mitspielern im politischen Entscheidungsprozess. Die Kommunikation fand fortan nach einem trialogischen Muster statt: nicht beschränkt auf den Interessenausgleich zweier Konkurrenten, sondern immer auch in Richtung eines dritten, äußeren, Adressaten.¹⁰⁴ Das führte nicht nur in der Anfangsphase der 10. Volkskammer zu Missverständnissen. Dass sich dieses Verhältnis nicht immer konfliktfrei gestaltete, zeigen vor allem zwei Diskussionen, die in diesem Kapitel behandelt werden, und bei denen es darum ging zu entscheiden, ob und wie die parlamentarische Öffentlichkeit begrenzt werden darf: Der Diskussion über die Bannmeile, und als darüber entschieden werden sollte, Besucher und Journalisten von den Verhandlungen zumindest temporär auszuschließen.

Ein Blick auf die *parlamentarische Praxis* der 10. Volkskammer, wie in Kapitel II beschrieben, zeigt genauer, wie und unter welchen Bedingungen der Lernprozess der Abgeordneten verlief und mit welchen Problemen sie sich tagtäglich konfrontiert sahen. Ausgangspunkt der Darstellung sind die beiden Tagungsorte, der Palast der Republik, in dem der Löwenanteil der Sitzungen stattfand, und das Haus der Parlamentarier, das als Ausweichquartier für die letzten beiden Tagungen fungierte. Beide sollten sich aus unterschiedlichen Gründen als für einen Parlamentsbetrieb nicht adäquat erweisen.

Die Arbeit der 10. Volkskammer litt dabei die gesamte Zeit hinweg nicht unerheblich unter schlechten Arbeitsbedingungen: dem Mangel an Arbeitsräumen, Material und Personal ebenso wie den unzureichenden Unterkunftsmöglichkeiten für die Parlamentarier. Die Tatsache, dass das Volkskammermandat von März 1990 an hauptamtlich ausgeübt wurde und die Abgeordneten somit, wenn auch nur für kurze Zeit, zu bezahlten Berufsparlamentariern wurden, veränderte ihre Lebenswelt radikal. Für viele Abgeordnete kam das überraschend, es war eine völlige Abkehr von dem tradi-

¹⁰³ Vgl. A. BIEFANG, *Die andere Seite*, 2009, S. 74; F. BÖSCH, *Parlamente und Medien*, 2012.

¹⁰⁴ Vgl. W. DIECKMANN, »Inszenierte Kommunikation«, 1981, S. 265 ff.

tionellen Bild des Abgeordneten in der DDR und mit großen Anpassungsschwierigkeiten verbunden.

Eine Reihe von Beispielen aus dem parlamentarischen Alltag, aus dem Plenum, wie auch aus den Fraktionen von CDU/DA, SPD, Liberalen, PDS und Bündnis 90/Grüne zeigt die parlamentarische Arbeit im Detail und auf welcher unterschiedlichen Weise die einzelnen Fraktionen auf die Anforderungen reagierten. Für diese Arbeit war die materielle wie immaterielle westdeutsche Hilfe unverzichtbar, sei es von den jeweiligen Schwesterparteien, sei es vom Deutschen Bundestag.

Kapitel III untersucht *Selbstwahrnehmung und Inszenierung* der Abgeordneten. Wie verhalten sich Abgeordnete, die vorgeben, sich nicht verstellen zu wollen, die den Anspruch haben, authentisch zu sein und zu bleiben und die sich als Spiegelbild der Bürger sehen, von denen sie gewählt wurden? Denen aber gleichzeitig vorgeworfen wurde, lediglich eine Truppe von Laienschauspielern zu sein?

Dass Formlosigkeit sowie Skepsis gegenüber inszenatorischen oder zeremoniellen Elementen durchaus problematisch sein konnte, zeigt der Abschnitt des Kapitels, der dem Präsidium der Volkskammer gewidmet ist. Bei einem Parlamentspräsidium wird ein gewisses Maß an Inszenierung vorausgesetzt, der Sitzungsleiter spielt eine herausgehobene Rolle, von ihm wird erwartet, souverän zu sein, auch in unübersichtlichen Situationen. Ist das, wie oftmals in der 10. Volkskammer, nicht der Fall, droht also das Präsidium an seinen Aufgaben zu scheitern und wird so den mit ihm verbundenen Erwartungen nicht gerecht, sorgt diese offensichtlich Diskrepanz dafür, dass das Image der Institution Schaden nimmt.

Doch insbesondere im Zusammenspiel mit den Fernsehkameras entwickelten auch die Abgeordneten der 10. Volkskammer Strategien, sich in Szene zu setzen, obwohl das als Verhaltensweise westdeutscher Parlamentarier verpönt war. Die 10. Volkskammer machte darüber hinaus mit einigen für Parlamente ungewöhnlichen symbolischen und sehr publikumswirksamen Aktionen von sich reden, aus denen sich Rückschlüsse auf das Selbstverständnis der Akteure ziehen lassen, als Beispiel seien hier nur der Ablauf der Wahl des Volkskammerpräsidenten und der Verlauf der Sondersitzung am 17. Juni genannt.

Das ideale Parlament? Das letzte Kapitel ist der Frage gewidmet, aus welchen Quellen sich das Parlamentsverständnis der Abgeordneten speiste – und nicht nur ihres, denn das der Öffentlichkeit war diesem erstaunlich ähnlich. Die Selbsteinschätzung der Abgeordneten wie die Kritik an ihnen lassen gleichermaßen erkennen, dass die 10. Volkskammer der DDR an einem parlamentarischen Ideal gemessen wurde. Es ist auffallend, dass ihre Arbeit quasi vom ersten Tag an begleitet wurde durch die klassischen Topoi der Parlamentskritik. Das betraf die angeblich zu hohe Bezahlung der Abgeordneten, die geringe Anwesenheit im Plenarsaal, das »Parteiengedöns« und ähnliches. Auch die Abgeordneten selbst orientierten sich bewusst oder unbewusst an solchen Vorstellungen. Ein kurzer Vergleich mit anderen parlamentarischen Anfängen wie beispielsweise der Weimarer Nationalversammlung oder dem ersten Deutschen Bundestag zeigt, dass der Eindruck der Einzigartigkeit und besonderen parlamentarischen Kultur der 10. Volkskammer ein wenig relativiert werden muss, weil sich die Probleme ähneln.

Die Volkskammer der DDR vom Oktober 1989 bis März 1990

Die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Krise, in der sich viele Staaten des Warschauer Paktes in den 1980er Jahren befanden, spitzte sich gegen Ende des Jahrzehnts merklich zu. Die Politik Michail Gorbatschows, seit 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU, wirkte als Motor und Katalysator für politische Veränderungen auch in anderen Ostblockstaaten wie Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei. In der DDR kam es seit 1988 angesichts des katastrophalen Zustands von Wirtschaft und Umwelt und der Repressionen des Regimes in verschiedenen Städten immer öfter zu Protesten von Friedens- und Menschenrechtsgruppen, oft im Schutz der Kirche.¹

Eine entscheidende Etappe in diesem Prozess sollten in der DDR die Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 werden. Erstmals überwachten Mitglieder von Bürgerrechtsgruppen die Stimmauszählung und wiesen Wahlfälschungen in großem Stil nach. Ihre Ergebnisse wichen eklatant von denen der offiziellen Stellen ab, die, von den Überprüfungen unbeeindruckt, ohne jegliche Skrupel am Wahlabend eine Beteiligung von 98,77 Prozent und 98,85 Prozent Ja-Stimmen für die Einheitsliste der Kandidaten der Nationalen Front, dem Zwangszusammenschluss der Parteien und Massenorganisationen in der DDR, verkündeten.

Im Sommer 1989 nutzten viele DDR-Bürger die Lockerung der restriktiven Politik von Warschauer-Pakt-Staaten wie Ungarn, Polen oder der CSSR, um während ihres Sommerurlaubs in den Westen zu fliehen. Der Strom von Flüchtlingen schwoll mit jeder Woche mehr an. Er weitete sich zu einer Massenflucht aus, als Ungarn am 11. September die Grenzen nach Österreich öffnete und der Eiserne Vorhang damit nicht mehr existierte. Allein im Jahr 1989 sollten bis zum Fall der Mauer am 9. November mehr als 300 000 DDR-Bürger ihr Land verlassen.²

In Leipzig hatten im September 1989 im Anschluss an die Friedensgebete in der Nikolaikirche die sogenannten Montagsdemonstrationen begonnen, denen sich mit jeder Woche mehr Teilnehmer anschlossen. Sie forderten demokratische Reformen, freie Wahlen, Reise-, Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Zulassung der Oppositionsgruppen. Höhepunkt der landesweiten Demonstrationen war der Massenprotest auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November mit an die 200 000 Teilnehmern.³

Zwischen August und Oktober 1989 hatten sich überdies in schneller Folge mit dem Neuen Forum, Demokratie Jetzt und dem Demokratischen Aufbruch drei lan-

¹ Vgl. u. a. I.-S. KOWALCZUK, *Endspiel*, 2009; U. MÄHLERT, *Kleine Geschichte*, 2004; E. NEUBERT, *Geschichte der Opposition*, 2000; E. KÜHRT (Hrsg.), *Opposition in der DDR*, 1999.

² Zahlen nach J. RITTER/P. J. LAPP, *Grenze*, 1997, S. 198.

³ Zur Schwierigkeit, exakte Teilnehmerzahlen zu ermitteln vgl. I.-S. KOWALCZUK, *Endspiel*, 2009, S. 451 f.

desweite Oppositionsgruppen gegründet.⁴ Als erste Gruppe beantragte das Neue Forum am 19. September seine offizielle Zulassung, die jedoch einen Tag später abgelehnt wurde. Am 1. Oktober folgte der DA. Im August 1989 war der Aufruf zur »Bildung einer Initiativgruppe zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei« publik gemacht worden. Die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) wurde schließlich am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der DDR, im nördlich von Berlin gelegenen Dorf Schwante (Kreis Oranienburg) ins Leben gerufen.⁵ Das war als Kampfansage an den Alleinvertretungsanspruch der SED gedacht. Dem Regime begann die Kontrolle über die Ereignisse zu entgleiten.

Auch im Parlament der DDR setzten die Ereignisse des Herbstes 1989 schließlich einen Veränderungsprozess in Gang.⁶ Notgedrungen allerdings und mit großer Verspätung. Bis zur 10. Tagung am 24. Oktober hatte die Abgeordneten dem anschwellenden Protest auf den Straßen lediglich ohnmächtig zugesehen und so getan, als gehe sie das alles gar nichts an. Sie hatten sich allenfalls dazu aufraffen können, die Ereignisse zu kritisieren, jetzt erwachte das »bislang langweiligste Parlament der Welt«⁷ aus seiner Starre und versuchte, Boden wieder gutzumachen.

Die Volkskammer, laut Verfassung das oberste staatliche Machtorgan der DDR, die »über die Grundfragen der Staatspolitik« entschied,⁸ war bis in den Herbst 1989 hinein ein typisches Beispiel für eine sogenannte »sozialistische Vertretungskörperschaft«.⁹ Ihre 500 Abgeordneten, die für fünf Jahre über die Einheitsliste der Nationalen Front bestimmt waren, trafen sich zwei- bis dreimal im Jahr in Berlin im Palast der Republik zu einer Tagung, die maximal zwei Tage dauerte, und kehrten dann wieder an ihre Wohn- und Arbeitsorte zurück. Die Zahl der Sitzungen hatte seit den fünfziger Jahren kontinuierlich abgenommen. Gab es zwischen 1950 und 1959 noch 111 Sitzungen an 116 Sitzungstagen, also 11,1 Sitzungen pro Jahr, war es in der folgenden Dekade nur noch etwas mehr als die Hälfte (60 Sitzungen an 66 Sitzungstagen, das entsprach sechs Sitzungen pro Jahr). In den zehn Jahren danach halbierte sich die Zahl ein weiteres Mal. Zwischen 1980 und 1986 schließlich gab es nur noch 18 Sitzungen an 19 Tagen, das heißt 2,6 Sitzungen pro Jahr.¹⁰

In offiziellen Texten konnte man über diese auffällige Inaktivität lesen, dass der »Maßstab der Tätigkeit der Volkskammer [...] nicht die Turbulenz von Beratungen,

⁴ Vgl. dazu u. a. W. KÜHNEL/J. WIELGOHS/M. SCHULZ, Die neuen politischen Gruppierungen 1990; H. MÜLLER-ENBERGS/M. SCHULZ/J. WIELGOHS (Hrsg.), Illegalität, 1992; S. KAMMRADT, Der Demokratische Aufbruch, 1997; E. NEUBERT, Der Demokratische Aufbruch, 1999; L. MEHLHORN, Demokratie Jetzt!, 1999; S. PFLUGBEIL, Das Neue Forum, 1999.

⁵ Vgl. W. GRÖF, Tradition, 1996; M. GUTZEIT/S. HILSBURG, SDP/SPD, 1999; W. HERZBERG/P. VON ZUR MÜHLEN, Anfang, 1993; G. NEUGEBAUER, SDP/SPD, 1994.

⁶ Vgl. hierzu U. KRANENPOHL, Volkskammer, 2010; R. SCHIRMER, Machtzerfall, 2005 und P. J. LAPP, Anspruch, 1990.

⁷ P. J. WINTERS, Ein neues Demokratiegefühl, 1989, S. 133f.

⁸ Art. 48 Abs. 1 Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1974.

⁹ Vgl. vor allem die Arbeiten von P. J. LAPP, Volkskammer, 1975; E. JESSE, Volkskammer der DDR, 1989; R. SCHIRMER, Stummes Parlament, 2002; DERS., Machtzerfall, 2005.

¹⁰ Zahlen nach E. JESSE, Volkskammer der DDR, 1989, S. 1840.

die Häufigkeit ihrer Tagungen, die Anzahl der verabschiedeten Gesetze« sei, »sondern ihr erfolgreiches Wirken für die Sicherung des Friedens und zum Wohle des Volkes.«¹¹ Nach dieser Lesart waren zahlreiche und regelmäßige Tagungen kein Zeichen für intensive Arbeit oder für die Bedeutung der Institution. Denn die »emsigste Geschäftigkeit, die in den meisten Parlamenten imperialistischer Länder« herrsche, täusche lediglich darüber hinweg, dass diese nur »demokratische Fassade« seien.¹²

Ein Abgeordneter der Volkskammer versah sein Mandat grundsätzlich ehrenamtlich. Der Verzicht auf Berufsparlamentarier war sozialistischer Vorstellung zufolge nur von Vorteil, weil angeblich nur so ein enger Kontakt zur »werkstätigen« Bevölkerung garantiert war. Wenngleich diese behauptete Bürgernähe im Lauf der Zeit immer mehr zum »ideologischen Dogma« wurde, »dem es nicht gelang, die Brücke zwischen marxistischer Theorie hin zur Praxis eines sozialistischen Parlaments zu schlagen.«¹³

De facto hatte die Volkskammer nichts zu sagen. Politische Entscheidungen wurden vom Zentralkomitee der SED beziehungsweise dem Ministerrat gefällt. Roland Schirmer bezeichnet die Volkskammer denn auch als »Transmissionsorgan«, das den »Willen der Parteiführung in allgemein verbindliche Gesetze überführte.«¹⁴ Gewaltenteilung existierte nicht. Jens Reich (Bündnis 90/Grüne) fasste rückblickend die marginale Bedeutung dieses Parlaments schlicht mit »40 Jahre Händchenheben«¹⁵ zusammen.

Auf dem Papier hingegen stand etwas ganz anderes. Denn laut Verfassung der DDR bestimmte die Volkskammer »durch Gesetze und Beschlüsse endgültig und für jedermann verbindlich die Ziele der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik«, sie legte »die Hauptregeln für das Zusammenwirken der Bürger, Gemeinschaften und Staatsorgane sowie deren Aufgaben bei der Durchführung der staatlichen Pläne der gesellschaftlichen Entwicklung fest«, sie gewährleistete »die Verwirklichung ihrer Gesetze und Beschlüsse« und bestimmte »die Grundsätze der Tätigkeit des Staatsrates, des Ministerrates, des Nationalen Verteidigungsrates, der Obersten Gerichts und des Generalstaatsanwalts«, deren Mitglieder bzw. Vorsitzende sie auch wählte.¹⁶

Die Verfassung präzisierte die Pflichten der Abgeordneten weiter. Sie bestanden vorrangig darin, »die Mitwirkung der Bürger an der Vorbereitung und Verwirklichung der Gesetze« zu fördern und ihnen »die Politik des sozialistischen Staates« zu erläutern«. Und schließlich erweiterte die Geschäftsordnung der Volkskammer den Pflichtenkatalog noch um die aktive Mitwirkung »an der Vorbereitung der Entscheidungen der Volkskammer sowie an der Kontrolle ihrer Durchführung«, um das Studium der »Erfahrungen der Werktätigen bei der Durchführung der Gesetze und

¹¹ H. KELLE/G. SCHULZE, *Die Volkskammer*, 1984, S. 772.

¹² Ebd., S. 8.

¹³ R. SCHIRMER, *Selbstsymbolisierung*, 2001, S. 163.

¹⁴ R. SCHIRMER, *Stummes Parlament*, 2002, S. 107.

¹⁵ PV, 8. (Sonder-)Tagung am 21. Mai 1990, S. 224.

¹⁶ Art. 48–50, Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1974.

Beschlüsse«, die »enge Verbindung mit ihren Wählern«, die Durchführung »regelmäßiger Sprechstunden« und die Pflicht, »den Wählern über ihre Tätigkeit Rechenschaft abzulegen«. ¹⁷

Die 8. und 9. Tagung der 9. Volkskammer hatte turnusgemäß im März und Juni 1989 stattgefunden. Auch die Tatsache, dass es am 1. September 1989 eine Sondertagung gab, konnte man noch nicht als Anzeichen für eine Reaktion auf die aufziehenden politischen Veränderungen werten. Denn an diesem Tag wurde in Anwesenheit einer polnischen Staatsdelegation und von Musik umrahmt des 50. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs gedacht. Über die aktuelle politische Situation verlor niemand ein Wort. Doch die nächste, die 10. Tagung der Volkskammer – das war ungewöhnlich – fand dann bereits am 24. Oktober statt. Sie war ebenfalls eine außerordentliche Sitzung, einberufen auf Antrag der SED. Denn in der 9. Tagung des ZK der SED am 18. Oktober hatte der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker erzwungenermaßen den Rücktritt von all seinen Funktionen erklärt. Das Zentralkomitee bestimmte am selben Tag den langjährigen Ersten Sekretär des Zentralrates der FDJ, das Mitglied des Politbüros und Stellvertreter Honeckers, Egon Krenz zu seinem Nachfolger. ¹⁸

In der Volkstammertagung sechs Tage später wurde daher als erster Tagesordnungspunkt in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen dem Antrag der SED entsprochen, Erich Honecker als Vorsitzenden des Staatsrates abzuberaufen. Im zweiten Tagesordnungspunkt wurde er auf dieselbe Weise von seiner Funktion als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates entbunden. Punkt 3 und 4 der Tagesordnung wiederholten dieselbe Prozedur für Günter Mittag: Er verlor seine Posten als Stellvertreter Honeckers im Staatsrat und als Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Bauwesen und Verkehr. Auch hier fiel das Votum einstimmig aus. Die Wahl von Egon Krenz zu Honeckers Nachfolger als Staatsratsvorsitzender war zwar ebenfalls nicht geheim, aber immerhin gab es jetzt erstmals Gegenstimmen und Enthaltungen (je 26). Volkskammerpräsident Horst Sindermann (SED), in solchen Dingen ungeübt, verzählte sich prompt. Bei Krenz' anschließender Wahl zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates stimmten acht Abgeordnete mit Nein, 17 enthielten sich der Stimme. ¹⁹ Für die Volkskammer war das eigentlich eine Sensation. Lediglich ein einziges Mal zuvor, im Jahr 1972 bei der Abstimmung über das Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch hatten es 14 Abgeordnete gewagt, gegen den Rest der Volkskammer zu stimmen, weitere acht Abgeordnete hatten sich damals der Stimme enthalten.

Doch was am 24. Oktober 1990 zur Abstimmung stand, waren Entscheidungen des Zentralkomitees der SED, nicht der Volkskammer. Die blieb auch in dieser Situation das, was sie immer gewesen war, ein nachrangiges und lediglich ausführendes

¹⁷ Vgl. §§ 38, 39 GO VK vom 7. Oktober 1974, GBl. DDR I Nr. 50 S. 469.

¹⁸ Das Wortprotokoll der Sitzung ist abgedruckt bei H.-H. HERTLE/R. STEPHAN (Hrsg.), *Das Ende*, 2013, S. 103–134.

¹⁹ Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 9. Wahlperiode, Protokolle (im folgenden PV), 10. Tagung am 24. Oktober 1989, S. 223.

Organ: Sie vollzog mit den Ab- bzw. Neuwahlen nur nach, was ihr durch den ZK-Beschluss und den Antrag der SED-Fraktion diktiert worden war. Eine Diskussion der von den Abgeordneten zuvor eingereichten Anfragen hatte Sindermann gleich zu Beginn auf kommende Sitzungen verschoben und nur den Antrag der SED für die Tagesordnung zugelassen. Er erklärte sich allerdings einverstanden, »den Formalismus aus unserem Haus [zu] verbannen und den Marxschen Grundsatz [zu] respektieren, daß unser Parlament ein im Interesse des Volkes arbeitendes Gremium ist«, wie viele Abgeordnete es verlangten.²⁰ Krenz' Antrittsrede ließ erkennen, wie sich die SED den weiteren Gang der Ereignisse erträumte: Möglichst keine weiteren Auseinandersetzungen, den Wunsch nach Änderung im Keim ersticken und am besten alles unter einer dicken Schicht verordneter Harmonie verschwinden lassen. Krenz sprach von »konstruktiver Zusammenarbeit«, wollte »das Einende denken und das Gemeinsame suchen«, »jede Zuspitzung oder gar Konfrontation vermeiden« und eine »Erneuerung unter Beachtung sinnvoller Kontinuität«. »Die Demonstrationen mögen ihre Funktion gehabt haben«²¹ –, doch seiner Meinung nach hatten sie ihren Zweck nun erfüllt, weitere waren nicht nötig, ja sogar schädlich. Denn das würde ja

»die Gefahr heraufbeschwören, vieles, was in Bewegung gekommen ist, in Frage zu stellen. Demonstrationen, liebe Freunde, so friedlich sie gedacht und angelegt sein mögen, tragen in dieser Zeit immer die Gefahr in sich, anders zu enden als sie begonnen haben.«

Gefragt sei nun mehr denn je der sachliche Dialog über die gegensätzlichen Ideen und Meinungen.²² Die *taz* hatte das in Bezug auf das Weltbild der Einheitssozialisten treffend »ein klebriges Gebräu allgemeiner ›Freundschaft‹« genannt.²³

Konfrontation, das Austragen politischer Meinungsverschiedenheiten, Pluralismus waren generell unerwünscht. Von Beginn an war das Ignorieren und Verdrängen von Konflikten, das Beharren auf Gemeinsamkeit und Konsens um jeden Preis für die Volkskammer charakteristisch. Und daran änderte sich bis zum Schluss nicht viel.

»Wir haben keinen Wert darauf gelegt, parteipolitische Meinungsunterschiede künstlich zu vergrößern und zu vergrößern und sie aus allen Fenstern hinauszuposaunen. Wir sind und waren vielmehr der Auffassung, daß es unsere Pflicht sei, dieses unser vielfach noch verwirrtes Volk nicht erneut und weiter zu verwirren, sondern ihm ein Beispiel und Vorbild für die neue Gemeinschaft zu geben, zu der wir es in seiner Gesamtheit führen wollen. Wo uns Meinungsunterschiede trennten, da haben wir sie in ehrlichem demokratischen Ringen miteinander im Block oder in den Ausschusssitzungen des Parlaments ausgetragen, und am Ende solchen Ringens stand immer und in jedem Falle wieder die Einheit, die Gemeinschaft.«²⁴

Volkskammerpräsident Horst Sindermann hatte die Abgeordneten zu Anfang der 10. Tagung damit getröstet, dass »alle Vorschläge von Abgeordneten, Fraktionen

²⁰ Ebd., S. 222.

²¹ Ebd., S. 226.

²² Ebd., S. 224 ff.

²³ »Lernprozesse im Establishment«, *taz* vom 15. November 1989.

²⁴ So der Präsident der Provisorischen Volkskammer, Johannes Dieckmann, im Jahr 1950, Zitiert nach P. J. LAPP, Volkskammer, 1975, S. 21.

und Ausschüssen gründlich beraten« würden und dementsprechend dann auch die Tagesordnung für die anstehenden »Problemdiskussionen« konzipiert werde. So dass die nächste Sitzung »schon« in der zweiten Novemberhälfte stattfinden könne.²⁵ In dem Glauben, damit sei alles Wesentliche getan, vertagte sich die Volkskammer auf den 13. November 1989. Das war natürlich eine geradezu groteske Verkennung der Lage. Als die Abgeordneten drei Wochen später an jenem Montag erneut zusammentraten, taten sie das unter radikal veränderten politischen Bedingungen. Am 7. November war die Regierung zurückgetreten. Seit fünf Tagen war die Mauer offen.

Aber nicht alle hatten sich von den Ereignissen so demonstrativ unbeeindruckt gezeigt wie der Volkskammerpräsident. Schon am 27. Oktober hatte die FDJ-Fraktion in einem Gespräch mit Sindermann »eine unverzügliche Stellungnahme der obersten Volksvertretung zur Lage im Land« gefordert, »wozu eine Plenartagung einberufen werden solle.«²⁶ Doch auch Mitgliedern des Präsidiums hatte nach der letzten Sitzung zu dämmern begonnen, dass sich etwas ändern müsse. Denn die Volkskammer drohte von den Ereignissen völlig überrollt zu werden: Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Wolfgang Heyl hielt eine Belebung der Sitzungen der Volkskammer – »auch als in der Öffentlichkeit erkennbare Autorität« – für zumindest überlegenswert. Bewerbstelligt werden sollte das durch »breitere Diskussion, durch Anfragen der Abgeordneten und die Befreiung der Tagung von einem hohlen Ritual.«²⁷ Die Konsequenzen aus solchen Überlegungen ließen jedoch auf sich warten. In der ersten Novemberwoche folgten NDPD, CDU und Kulturbund dem Beispiel der FDJ und verlangten ihrerseits, eine Tagung anzusetzen. Am 7. November missbilligte der Verfassungs- und Rechtsausschuss der Volkskammer öffentlich das Zögern des Präsidiums in dieser Angelegenheit und forderte eine »unverzügliche Einberufung« der Volkskammer.²⁸ Da sich mehr als zwei Drittel der Abgeordneten dafür ausgesprochen hatten, konnte er sich dafür auf Artikel 62 (3) der Verfassung berufen, die als Quorum ein Drittel der Abgeordneten vorschrieb. Jetzt endlich kam eine Reaktion: Am 9. November trat das Präsidium zusammen, um »die Anträge zur baldmöglichsten Durchführung einer Plenartagung« zu behandeln.²⁹ Die Fraktionen hatten sie bereits zum Wochenende des 11./12. November gefordert, es blieb aber schließlich doch bei Montag, dem 13. November.³⁰ Inzwischen hatte der Verfassungs- und Rechtsausschuss der Volkskammer das vom Ministerrat vorgelegte Reisegesetz als unzureichend abgelehnt.³¹

²⁵ PV, 10. Tagung am 24. Oktober 1989, S. 222.

²⁶ »Volkskammer muß jetzt Stellung nehmen«, *BZ* vom 28. Oktober 1989.

²⁷ Wolfgang Heyl an Präsident Sindermann vom 1. November 1989, ACDP, 07-012 3756.

²⁸ Vgl. die gleichlautenden Presseberichte in *ND*, *BZ* und *NZ* vom 8. November 1989.

²⁹ »Präsidium der Volkskammer einberufen«, *ND* vom 9. November 1989.

³⁰ »Am Montag 11. Tagung der Volkskammer«, *ND* vom 10. November 1989.

³¹ Reisen sollten dem Entwurf zufolge nur für 30 Tage und nach Genehmigung gestattet werden. Der Entwurf ist abgedruckt in: »Zur öffentlichen Diskussion: Entwurf des Gesetzes über Reisen ins Ausland«, *ND* vom 6. November 1989.

Die Volkskammer musste schon allein deshalb aktiv werden, weil inzwischen ihr Präsident Horst Sindermann (SED), sein Stellvertreter Gerald Götting (CDU), sowie die anderen Mitglieder des elfköpfigen Präsidiums ihre Plätze hatten räumen müssen. Als Repräsentanten des alten Systems waren sie angesichts des zunehmenden öffentlichen Drucks nicht mehr zu halten: Sindermann wurde jetzt zum Verhängnis, dass er die Forderung nach schnellerer Einberufung der Volkskammer ignoriert hatte. Am 13. November wurde daher erstmals in der Geschichte der Volkskammer in Form einer geheimen Abstimmung mit mehreren Kandidaten ein neues Präsidium gewählt. Die Fraktionen hatten sich zuvor darauf geeinigt, dass eine Stimmenthaltung nicht möglich sei. Der DBD, die CDU, die LDPD, die NDPD und der Kulturbund der DDR schickten jeweils einen Kandidaten ins Rennen, die SED, obwohl stärkste Fraktion, verzichtete darauf.³² Prompt wurde eine Stichwahl zwischen dem Vertreter der LDPD, Manfred Gerlach, und dem des DBD, Günther Maleuda, nötig, weil im ersten Wahlgang keiner die zur Mehrheit erforderlichen 240 Stimmen erzielte. Den zweiten Wahlgang entschied Günther Maleuda mit 246 Stimmen knapp für sich vor Gerlach, der 230 Stimmen erhielt. Mit Maleuda hatte die Volkskammer einen neuen Präsidenten, der für sie selbst kein Unbekannter war, denn der promovierte Agrarwissenschaftler war seit zwei Jahren Vorsitzender seiner Partei und gehörte der Volkskammer seit 1981 als Abgeordneter und seit 1986 ihrem Präsidium an. Zudem war er seit 1987 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates. Zur Politprominenz der DDR gehörte er dennoch nicht. Er selbst hatte angeblich sogar seinen Konkurrenten Gerlach für diesen Posten favorisiert.³³ Gerlach war unter den Vorsitzenden der Blockparteien der erste, der Ende September Reformen in der DDR gefordert hatte.

Die Auszählung der Stimmen erfolgte öffentlich im Plenarsaal durch Mitarbeiter des Sekretariats der Volkskammer, weil es keine Schriftführer gab, die diese Aufgabe hätten übernehmen können. Der Leiter des Sekretariats, Herbert Kelle, stand vor der Ministerterrassbank an einem eigens aufgestellten Tisch und las jeden einzelnen Stimmzettel, der ihm gereicht wurde, laut vor. Anfangs noch, indem er jedem Namen »Abgeordneter«, den Vornamen und eventuell vorhandene akademische Titel voranstellte.³⁴ Später verzichtete er darauf und beschränkte sich auf den Nachnamen. Trotzdem wurde es »eine anstrengende halbstündige Prozedur für die Beteiligten«, wie die *Neue Zeit* am Tag danach schrieb.³⁵ Um Kelle herum hatten sich die Vertreter der Fraktionen postiert, um den Vorgang zu überwachen. Sie wurden ihrerseits von den Abgeordneten beobachtet, die auf ihren Plätzen auf Strichlisten die Auszählung mitnotierten. Und die ganze Szenerie wurde wiederum von den Fernsehkameras festgehalten. Der Vorgang sollte so öffentlich und transparent wie möglich sein. Der

³² Günther Maleuda (DBD), Christine Wiewnk (CDU), Manfred Gerlach (LDPD), Manfred Mühlmann (NDPD) und Günther Drefahl (Kulturbund).

³³ W. JÄGER/M. WALTER, Die Demokratische Bauernpartei, 1997, S. 148 f.

³⁴ II. Tagung am 13. November 1989, DRA, ID Nr. 168427: 11:01:55–11:43:00.

³⁵ »Neuer Volkskammerpräsident übernimmt Amt mit großer Verantwortung in schicksalsschwerer Zeit«, *NZ* vom 14. November 1989.

DFF-Kommentator Bert Sprafke erkannte »Sorgfalt und Verantwortungsbewusstsein« bei der Stimmauszählung durchaus an, aber es dauerte auch ihm eindeutig zu lange: Er wünschte »sich im Zeitalter der Mikroelektronik etwas modernere Verfahrensweisen bei der Stimmauszählung.«³⁶ Da der zweite Wahlgang ebenso viel Zeit wie der erste beanspruchte, war dieser Tagesordnungspunkt erst nach gut zweieinhalb Stunden beendet. Das Ergebnis verkündete dann nicht der Alterspräsident, sondern in dessen Auftrag der Direktor der Verwaltung der Volkskammer.

Die zweite Wahl an diesem Tag galt dem Stellvertreter des Präsidenten und den elf Mitgliedern des Präsidiums der Volkskammer. Sie fand zwar offen und *en bloc* statt, aber es gab immerhin eine Gegenstimme und drei Enthaltungen.³⁷ Anschließend folgte die Aussprache zur politischen Lage in der DDR. Eine Fraktion nach der anderen durfte nun das Wort ergreifen und jeweils 15 Minuten lang darlegen, wie sie die Situation bewertete und welchen Weg aus der Misere sie vorschlug.³⁸ Den Anfang machten die zehn Sprecher, das heißt die Vorsitzenden, der Fraktionen, dann kamen weitere Abgeordnete und einzelne Minister an die Reihe. Dabei wurde neben Kritik an der Verzögerungstaktik des Präsidiums der vergangenen Wochen vor allem der Ruf nach demokratischer Erneuerung, Vertrauensbildung und Wiederherstellung von Autorität und Glaubwürdigkeit der Volkskammer laut. Dafür musste sie ihre Arbeitsweise jedoch grundlegend ändern. Die Vorschläge reichten von der Einführung fester Sitzungswochen – wengleich nur monatlich oder alle zwei Monate –, über Informationsveranstaltungen, das Einbeziehen interessierter Bürger und Vertreter der neuen politischen Initiativen sowie Spezialisten in die Arbeit der Ausschüsse und Fraktionen bis zur Schaffung eines Ältestenrates, allerdings eher als ein Art Rat der Weisen verstanden. In späteren Sitzungen kam die Forderung nach Stärkung der Rechte des Präsidiums gegenüber der Regierung, aber Schwächung dieser Rechte gegenüber den Abgeordneten und der Wunsch nach einer neuen Geschäftsordnung hinzu. Die Mitglieder des Ministerrats mussten sich auf einmal unangenehme Fragen gefallen lassen, dabei kam es zum legendären unglücklichen letzten Auftritt von Erich Mielke vor dem Plenum.

Danach musste zum dritten Mal an diesem Tag gewählt werden. Als Nachfolger für Willi Stoph, dem Vorsitzenden des Ministerrats, der am 7. November zusammen mit der gesamten Regierung zurückgetreten war, hatte die SED den Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung in Dresden und Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Hans Modrow, nominiert. Bei dieser Wahl gab es eine einzige Gegenstimme.³⁹

³⁶ 11. Tagung vom 13. November 1989, DRA, ID Nr. 168427.

³⁷ Gewählt wurden Werner Jarowinsky (SED) als Stellvertreter des Präsidenten, Käte Niederkirchner (SED), Michael Koplanski (DBD), Wolfgang Heyl (CDU), Hans-Dieter Raspe (LDPD), Günter Hartmann (NDPD), Christel Bednarek (FDGB), Eva Rohmann (DFD), Cornelia Wolfram (FDJ), Karl-Heinz Schulmeister (Kulturbund), Manfred Scheler (VdgB), Heinz Eichler (Sekretär des Staatsrates).

³⁸ PV, 11. Tagung vom 13. November 1989, S. 232–263.

³⁹ Zur Rolle Modrows als angeblicher Reformers und Hoffnungsträger der SED vgl. I.-S. KOWALCZUK, Endspiel, 2009, S. 314–317.

Der neue Präsident der Volkskammer, Günther Maleuda, sah bereits in dieser 11. Tagung »eine Lehrstunde der Demokratie«⁴⁰. Wenn überhaupt, war sie allerdings bescheiden. Denn gegenüber dem nur zu vorhersehbaren Ablauf einer Volkskammertagung alten Stils mit ihren Ergebnisadressen an Staat und Partei hatte sich nicht wirklich viel verändert. Dass die alte Staatsspitze abgesetzt worden war und eine neue – ohne Aussprache gewählt – an ihre Stelle trat, war in der Tat neu. Die meisten Abgeordneten betrachteten es jedoch immer noch als ihre vorrangige Aufgabe, in der Volkskammer Detailfragen zu behandeln, ergingen sich in ideologiegeladenen Leerformeln oder verhedderten sich im Klein-Klein. Da ging es um »wirkungsvolle und ergebnisreiche Aktivitäten wie Schrotterfassen«, oder um die mit großem Ernst vorgetragene Forderung einer »schnelleren und unkonventionellen Versorgung mit modischem Schuhwerk«⁴¹. Dem Sprecher des Kulturbundes bereitete »die allgemeine Kultur des Volkes« Sorgen.⁴² Gustav Adolf »Täve« Schur hingegen stimmte es traurig, »dass es heute in unserem Lande Stimmen gibt, die sich gegen Rekorde und erstaunliche Leistungen im Sport richten«.⁴³ Und ein Satz wie »Als ein entscheidendes Anliegen künftiger Arbeit sehen wir: Wir wollen für mehr eintreten als unbedingt zum Leben notwendig ist. Aber vorrangig wollen wir sichern Arbeit, Brot, Wohnung für alle, Licht und Wärme und vor allem Frieden«⁴⁴, klang angesichts der Probleme, denen sich die DDR gegenüber sah, nachgerade bizarr.

Wirklich debattiert wurde nach wie vor nicht: Auf die Fragen des Präsidenten nach Gegenstimmen oder Bemerkungen herrschte regelmäßig tiefes Schweigen im Saal. Das hatte durchaus Tradition, denn diese Fragen waren in den Jahren zuvor immer rein rhetorisch gewesen. Bestes Indiz für das »stumme« Parlament war der Mangel an Mikrofonen in den Abgeordnetenreihen, verständlich machen konnte man sich nur von den Plätzen des Präsidiums und vom zentralen Rednerpult aus.⁴⁵

Für den Linguisten Armin Burkhardt war der 13. November »eine der bewegendsten Debatten der deutschen Parlamentsgeschichte«,⁴⁶ er sah mit ihr das Ende des »Akklamationsparlaments« gekommen. Die deutschsprachige Presse jedoch war weniger beeindruckt: Die *Süddeutsche Zeitung* befand, die Volkskammer habe sich zwar »den Ritualen der parlamentarischen Demokratie mit wahrer Inbrunst« hingegeben.⁴⁷ Aber sie deshalb als Parlament wirklich ernst zu nehmen, fiel ihr gar nicht ein, dafür war hinter der aufregenden neuen Fassade doch zu wenig Substanz. Das, was die Volkskammer an diesem Tag geboten hatte, sei lediglich eine »Demokratie-Imita-

⁴⁰ PV, 11. Tagung am 13. November 1989, S. 265.

⁴¹ PV, 12. Tagung am 17./18. November 1989, S. 301.

⁴² Karl-Heinz Schulmeister, ebd., S. 293.

⁴³ Ebd., S. 296. Aber immerhin konnte er voller Stolz berichten, dass sein Sohn im Trainingsjahr 1988/89 35 000 km hatte zurücklegen müssen, ebd., S. 297.

⁴⁴ Eva Rohmann (DFD), PV, 11. Tagung am 13. November 1989, S. 290.

⁴⁵ »Fragen an sich selbst haben die Abgeordneten nicht gestellt«, *FAZ* vom 15. November 1989.

⁴⁶ A. BURKHARDT, *Das Parlament und seine Sprache*, 2003, S. 75.

⁴⁷ »Ein Trockenschwimmkurs in Parlamentarismus«, *SZ* vom 14. November 1989.

tion« gewesen.⁴⁸ Und die *Neue Zürcher Zeitung* bedauerte, »dass die Stimme der Opposition, die sich in den letzten Wochen auf der Straße formierte, an diesem Tag in der Volkskammer kaum ein Echo fand«. Denn am Begriff des Sozialismus habe am Ende fast jeder Redner festgehalten, kaum einer sei auf die »Grundforderungen einer wirklich freien Demokratie« zu sprechen gekommen.⁴⁹ Generell begleitete die Presse diesen mühsamen Anfang teils staunend, teils belustigt: »Zögernde Gehversuche im Parlament der DDR«⁵⁰, »Ein Trockenschwimmkurs in Parlamentarismus«⁵¹ oder »Unser Parlament lernt laufen«⁵² lauteten nur einige der Überschriften.

Doch Günther Maleuda hielt an seiner Deutung dieses Tages eisern fest. Für ihn repräsentierte der 13. November einen Charakterwandel. Selbst- und Verantwortungsbewusstsein der Abgeordneten hätten von da an eine neue Qualität gehabt. Seiner Meinung nach war es die »Uraufführung« einer neuen, einer verantwortungsbewußten parlamentarischen Arbeit vor großem nationalen und internationalen »Publikum«.⁵³ Mit Blick auf die Bundesrepublik ergänzte er: »Die Mikrofone und Bildschirme waren weit geöffnet, weiter als es selbst heute im Bundestag und in anderen Parlamenten der Fall ist.«⁵⁴

Von nun an wurden die Abstände zwischen den Tagungen der Volkskammer kürzer, die Tagungen selbst bedeutend länger. Lag zwischen 10. und 11. Tagung noch ein ganzer Monat, folgte die 12. auf die 11. schon nach vier Tagen. Und während die 10. Tagung in gerade mal einer Stunde über die Bühne ging, dauerte die 11. – mit Unterbrechungen – bereits von 10.30 bis 20.10 Uhr; die 12., mit Regierungserklärung und Aussprache, dann gleich zwei Tage. Mit der 14. Tagung traten überdies die ständigen Ausschüsse in Aktion,⁵⁵ die es zwar zuvor in der Volkskammer auch schon gegeben hatte, doch nun mussten sie sich intensiv mit Beratung und Bearbeitung der Gesetzentwürfe beschäftigen. Darüber hinaus wurden drei zeitweilige Ausschüsse bzw. Kommissionen zur Überprüfung von Amtsmissbrauch, Korruption und ungerechtfertigte Bereicherung, zur Änderung und Ergänzung der Verfassung und zur Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes gebildet. So tastete man sich Schritt für Schritt auf die *terra incognita* des Parlamentarismus westlicher Prägung vor.

Für den detaillierten Ablauf der Tagungen mussten auf die Schnelle Verfahren gefunden und etabliert werden. Die bestehende Geschäftsordnung war keine Hilfe, weil sie sich zum parlamentarischen Prozedere weitgehend ausschwig, und das wenige, was sie regelte, war schon seit geraumer Zeit nicht mehr praktiziert worden. Die Volkskammer fing sozusagen ganz von vorne an. Auch wenn es nicht explizit gesagt wurde, orientierte man sich am Deutschen Bundestag. Aber auch aus den eigenen Reihen kamen

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ »Zögernde Gehversuche im Parlament der DDR«, *NZZ* vom 15. November 1989.

⁵⁰ *NZZ* vom 15. November 1989.

⁵¹ *SZ* vom 14. November 1989.

⁵² *Der Tagesspiegel* vom 16. November 1989.

⁵³ G. MALEUDA, *Entdeckter Parlamentarismus*, 1994.

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ PV, 14. Tagung am 11./12. Januar 1990, S. 384.

mal mehr mal weniger praktikable Vorschläge. Ob es nun die Idee war, Zettelchen mit dem Aufdruck »Wortmeldung« auf den Plätzen zu verteilen⁵⁶, um die Redebeiträge zu koordinieren oder die Bitte des Präsidiums an die Abgeordneten, bei Anfragen immer Namen, Fraktion bzw. Ausschuss zu nennen.⁵⁷ Auch über die Art und Weise, wie man Mehrheitsverhältnisse bei Abstimmungen ermittelt, musste erst Einigung erzielt werden: Wenn die Mehrheit klar zu erkennen sei, sollten gleich die Gegenstimmen und Enthaltungen ausgezählt werden, um das Verfahren zu beschleunigen.⁵⁸

Die Reihenfolge der Redner wurde durch das Präsidium ausgelöst.⁵⁹ Das suggerierte die gleichberechtigte Behandlung aller Abgeordneten, so dass im Gegensatz zu früher niemand in den Genuss einer Vorzugsbehandlung kam. Doch in manchen Fällen war das weder praktisch noch sinnvoll. Um am 1. Dezember bei den Anfragen an die Regierung zu aktuellen Problemen die ungewohnte Menge an Wortmeldungen zu steuern und keine Fraktion zu benachteiligen, schlug Günther Maleuda ein geregelteres Vorgehen vor. Zunächst solle von jeder Fraktion ein Vertreter sprechen, dann müsse man weiter sehen. Auf Zuruf das Rederecht zu gewähren sei schwierig, da die Proportionen, das heißt eine gerechte Zuordnung, vom Präsidium aus schwer zu wahren seien.⁶⁰

Das Verhalten der Volkskammermitglieder begann sich in den auf den 13. November folgenden Sitzungen zu ändern: In den ersten Sitzungen sah man auf den Fernsehbildern noch sich zu jeder Gelegenheit beflissen Notizen machende Abgeordnete. Sie notierten Namen, schrieben Redetexte mit und führten bei Abstimmungen Strichlisten, was dem Ganzen die Anmutung eines Universitätsseminars gab. Doch bald waren sie weniger passiv: Auf einmal beanspruchten die Parlamentarier die Initiative und forderten Diskussionen ein. Sie strichen den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung und ließen sich mehrfach vom Generalstaatsanwalt über die »Übergriffe der Sicherheitsorgane anlässlich der Demonstration im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der DDR«, den »Stand der Durchführung der Amnestie vom 6. Dezember 1989«, den »Ermittlungsstand in den Verfahren wegen Korruption und Amtsmissbrauch« oder die »Ergebnisse der Überprüfung der Übergriffe der Sicherheitsorgane anlässlich der Demonstration im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der DDR« informieren.

Es kam zu teilweise heftigen Diskussionen, die allerdings wegen fehlender Mikrofone für Außenstehende nicht zu verstehen waren. Die Unruhe im Saal und Zwischenrufe nahmen zu. Bisweilen wurde es emotional, hin und wieder flossen sogar Tränen.⁶¹ Man buhlte regelrecht um die Gunst der Öffentlichkeit: Plötzlich wollte jede Fraktion die erste gewesen sein, die die erneute und vorzeitige Einberufung der

⁵⁶ PV, 11. Tagung am 13. November 1989, S. 258.

⁵⁷ PV, 14. Tagung am 11./12. Januar 1990, S. 375. Weil manche es dennoch vergaßen, blieb den Stenographen nichts anderes übrig, als im Protokoll lediglich »Abg. ...:« zu vermerken – selbst ihnen waren sie unbekannt, vgl. PV, 13. Tagung am 1. Dezember 1989, S. 343, 348.

⁵⁸ PV, ebd., S. 411.

⁵⁹ PV, 12. Tagung am 17./18. November 1989, S. 283.

⁶⁰ PV, 13. Tagung am 1. Dezember 1989, S. 333.

⁶¹ Vgl. S. 54.

Volkskammer gefordert hatte.⁶² Auch Äußerlichkeiten fielen auf: Die Vertreter der FDJ erschienen von Januar an in Zivil und nicht mehr wie früher im Blauhemd.⁶³

Die Abgeordneten versuchten sich an einer Neudefinition ihrer Rolle und ihres Selbstverständnisses: Hans-Dieter Raspe, der Sprecher der LDPD-Fraktion, hob am 13. November hervor, dass die Regierung allein der Volkskammer verantwortlich sei.⁶⁴ Und die Kommentare der anderen Abgeordneten klangen fast schon wie eine Beschwörung: Günter Hartmann von der NDPD war »von dem Bemühen erfüllt, der Volkskammer den Platz zu sichern, zu bewahren, der ihr nach der Verfassung zukommt.«⁶⁵ Für Manfred Gerlach (LDPD) war die »Dominanz der Volkskammer und aller Volksvertretungen weiterhin unverzichtbar, auch bei Gewaltenteilung.«⁶⁶ Auch wenn einzelnen klar geworden war, »daß wir natürlich in mancher Beziehung nicht Demokratie, wohl aber Parlamentarismus lernen müssen«, wollte man die Anpassung an das westliche parlamentarische Modell auch nicht zu weit treiben: »Wir haben natürlich keine Veranlassung, beispielweise den Bundestag als unser Vorbild zu bezeichnen.«⁶⁷ Ein Satz, der aus dem Plenum mit Beifall quittiert wurde. Zu einem Austausch von Abordnungen beider Parlamente und einer engeren Kontaktaufnahme war man durchaus bereit. Zu mehr aber nicht. Denn »wir Abgeordnete sind keine Berufspolitiker, wir sind Vollbeschäftigte, die an der Basis arbeiten.«⁶⁸ Um überhaupt keine Gewöhnung an westdeutsche Verhältnisse aufkommen zu lassen, sollte außerdem ein Mandat künftig nicht länger als eine Wahlperiode dauern.

Mit der zaghaften Anpassung an westliche parlamentarische Gepflogenheiten wurden aber auch schnell Defizite deutlich: Beispielsweise war die räumliche und technische Ausstattung des Palasts der Republik völlig unzureichend. Im Plenum gab es zu wenig Mikrofone, Zwischenfragen von den Plätzen aus waren deshalb so gut wie unmöglich. Auch die Stenografen mussten sich umstellen, zum einen, weil es auf einmal wirklich etwas zu stenografieren gab. Zum anderen, weil sie ungünstig saßen, nämlich in einer der mit Schiebefenstern versehenen Kabinen in der Saalwand, und nicht alle Fraktionen gleichermaßen gut hören konnten.⁶⁹ Sie wussten sich bisweilen nicht

⁶² Diesen Anspruch erhoben, jeweils für ihre Fraktion, Christine Wiewnk (CDU), Günter Hartmann (NDPD), Annelis Kimmel (FDGB), Eva Rohmann (DFD), Lutz Ahnfeld (FDJ) und Sabine Wenzel (NDPD), PV, 11. Tagung am 13. November 1989, S. 235, 238, 240, 241, 243, 253.

⁶³ »Die blauen Hemden sind aus dem Saal verschwunden«, *FAZ* vom 12. Januar 1990.

⁶⁴ PV, 11. Tagung am 13. November 1989, S. 237.

⁶⁵ Ebd., S. 238.

⁶⁶ PV, 12. Tagung am 17./18. November 1989, S. 281.

⁶⁷ Gerd Staegemann (NDPD), PV, 11. Tagung am 13. November 1989, S. 254. Staegemann war im Übrigen – als Abgeordneter der Liberalen – einer der insgesamt 14 Mitglieder der 9. Volkskammer, die im März 1990 in die 10. Volkskammer gewählt wurden. Dort ist von ihm kein Redebeitrag überliefert.

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ Vgl. A. BURKHARDT, *Das Parlament und seine Sprache*, 2003, S. 517–520. Gelegentlich ist zu lesen, die 9. Volkskammer der DDR habe keinen stenographischen Dienst gehabt, deshalb seien auch keine Protokolle überliefert vgl. H. HERLES/E. ROSE, *Parlaments-Szenen*, 1990 sowie *Der Spiegel* 1/1990, S. 160. Was die Herausgeber des Bandes zu ihrer Behauptung veranlasst hat – und vom *Spiegel* offensichtlich ungeprüft übernommen wurde –, bleibt ein Rätsel. Vgl. die Rezension

anders als mit Protokolleinträgen wie »... (nicht zu verstehen, der Stenograf)«⁷⁰ oder »Der Vorsitzende des Ministerrats sprach vom Platz aus und war in der Kabine der Stenografen nicht zu verstehen«⁷¹ zu helfen.

Im Palast der Republik selbst fehlten Arbeits- und Versammlungsräume, das Gebäude war auf einen auch nur geringfügig länger andauernden Parlamentsbetrieb als die üblichen zwei bis drei Mal im Jahr überhaupt nicht eingestellt. Was wunderbar funktioniert hatte, solange die Volkskammer ein politisch belangloses Anhängsel mit rein kosmetischer Funktion war, ging nun nicht mehr: »Das Haus der Volkskammer kann kein Kongreßzentrum sein!!!«⁷², klagte beispielsweise die Abteilung Verwaltung im Oktober 1989. Als sofortige Maßnahmen schlug sie vor, sowohl die Fremdveranstaltungen als auch die Zahl der Besuchergruppen im Haus signifikant zu reduzieren. Zur Zeit seien bisweilen bis zu 15 Besuchergruppen am Tag in den Konferenzräumen. Dasselbe galt für die Gastronomie, auch sie wurde zur Mittagszeit von Besuchern des Hauses blockiert, die man nun an Restaurants im Stadtzentrum verweisen wollte. Außerdem mussten die technischen Anlagen im Plenarsaal dringend auf den neuesten Stand gebracht und mehr Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten geschaffen werden. Der Einsatz einer elektronischen Wahl- und Abstimmungsanlage wurde genauso erwogen wie die Verlagerung des Kamerastandortes von der Mitte in den hinteren Teil des Saales oder der Einbau weiterer Schiebefenster in den Pressekabinen des Plenarsaals, um die Arbeitsbedingungen vor allem des Fernsehens zu verbessern.⁷³ Die Stenografen brauchten moderne Aufnahmegeräte, die Tontechnik im Saal musste erneuert werden, eine »Installation stationärer Sprechbereiche«, sprich: Standmikrofone, wurde ebenso in Betracht gezogen wie Umbauten im Präsidiumsbereich, vor allem auch des Rednerpults.⁷⁴

Ein großes Problem waren die fehlenden Übernachtungsmöglichkeiten für die Abgeordneten, eine vorläufige Planung ging von einem Bedarf von 100 bis 150 Zimmern aus. Zur 14. Tagung bestand erstmals die Möglichkeit, eine Etage im Ledigenheim für Stasioffiziere in der Ruschestraße zu nutzen. Auch hier sollte geprüft werden, inwieweit das Gebäude in Zukunft für die Volkskammer genutzt werden konnte.⁷⁵

in: Neue Stenographische Praxis, 39 (1990), S. 31 f. (Gu.). In jeder Fassung der Geschäftsordnung der Volkskammer seit 1967 stand, dass »[ü]ber die Verhandlungen der Volkskammer [...] ein stenographisches Protokoll geführt« wird, vgl. GO VK von 1967 (§ 42), 1969 (§ 50), 1974 (§ 21). Vgl. hierzu: Mit gespitztem Bleistift, 1990, S. 86 ff. und A. OLSCHESKI, Die Verschriftung, 2000, S. 351 ff. »Parlaments-Szenen einer deutschen Revolution« ist als Quelle ohnehin nicht zuverlässig. Insbesondere der zweite Abschnitt weist eklatante Textlücken auf. Er koppelt u. a. Textstellen zusammen, zwischen denen in Wahrheit zum Teil mehrere Minuten lagen, Zuordnungen der Textpassagen zu einzelnen Rednern stimmen ebenfalls nicht.

⁷⁰ PV, 11. Tagung am 13. November 1989, S. 252.

⁷¹ PV, 13. Tagung am 1. Dezember 1989, S. 340.

⁷² »Erste Überlegungen zu veränderten Bedingungen in der Arbeitsweise der Volkskammer«, Oktober 1989, BArch, DA 1/17900.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Herbert Kelle an den Leiter des Sekretariats der Volkskammer, Harry Möbis vom 28. Dezember 1989, BArch DA 1/17900. Zur Nutzung des Gebäudes von März 1990 an siehe Kap. 2.

Schließlich begannen erste Abgeordnete sich zu fragen, wie es denn nun weitergehen solle. So apodiktisch und selbstgewiss wie Gerd Staegemann (NDPD), der am 13. November noch behauptet hatte, Volkskammerabgeordnete seien keine Berufspolitiker, sondern Vollzeitbeschäftigte, die an der Basis arbeiteten, klangen andere nun nicht mehr. Die Frage tauchte auf, welche Vorstellungen es zur zukünftigen Aufgabe der Abgeordneten gebe:

»Ist es weiter so gedacht, daß Kombinatdirektoren, Ärzte, Pädagogen, Arbeiter, Bauern – alles, was hier vertreten ist – ehrenamtlich nach Berlin fahren und hier die Funktion als Abgeordnete der Volkskammer ausüben? Bei all den Dingen, die zu Hause am Arbeitsplatz gemeinsam mit den Kollektiven zu bewerkstelligen sind können wir uns das in Zukunft nicht mehr erlauben, weil wir in unseren Kollektiven auch gebraucht und gefordert werden und gemeinsam mit den Kollektiven viel zu verändern haben.«⁷⁶

Peter Moreth, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates für Örtliche Staatsorgane, konnte sich inzwischen sogar ein Berufsparlamentarierium und die Einführung von Diäten vorstellen, wollte aber der Entscheidung der Volkskammer nicht vorgehen.⁷⁷

Doch der Aufbruchseifer täuschte: Denn gleichzeitig machte sich trotz aller Gegenanstrengungen der rasante Autoritätsverlust der Kammer bemerkbar. Auflösungserscheinungen wurden immer offensichtlicher: Von der 13. bis zur 15. Tagung traten Abgeordnete gleich reihenweise von ihren Mandaten zurück – darunter Volkskammerprominenz wie Günter Schabowski, Egon Krenz, Kurt Hager, das Ehepaar Honecker, Erich Mielke, Günter Mittag, Willi Stoph, Harry Tisch oder Gerald Götting – und wurden zumindest zum Teil durch die sogenannten Nachfolgekandidaten ersetzt.⁷⁸ Viele Fraktionen wechselten ihre Vorsitzenden aus: SED, FDJ und CDU im November, LDPD, DFD sowie ein weiteres Mal die SED im Januar.⁷⁹ Zu Beginn des Jahres 1990 blieben immer mehr Plätze im Plenarsaal leer. Gerade bei SED und FDGB war der Exodus erheblich, hier zogen sich 40 bzw. 11 Abgeordnete aus der Volkskammer zurück. Die SED-Fraktion hatte auf einer Sitzung am 16. November 1989 allein 27 ihrer Mitglieder den Rücktritt nahegelegt.⁸⁰ Die Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des FDGB Johanna Töpfer beging am 7. Januar Selbstmord.⁸¹ Der weitgehend unfreiwillige Elitenwechsel hatte unter anderem auch damit

⁷⁶ Verena Schlüsselburg (DBD), PV, 15. Tagung am 29. Januar 1990, S. 444.

⁷⁷ Ebd., S. 445.

⁷⁸ Insgesamt legten im Zeitraum vom 16. November 1989 bis 29. Januar 1990 gut 70 Abgeordnete ihr Mandat nieder.

⁷⁹ Bei der SED löste am 12. November Werner Jarowsky Erich Mückenberger ab, der wiederum im Januar von Käte Niederkirchner ersetzt wurde. Bei der FDJ übernahm Lutz Ahnfeld das Amt von Jochen Willerding. Am 16. November wählte die CDU Adolf Niggemeier zum Nachfolger von Wolfgang Heyl. Bei der LDPD wurde im Januar Paul Eberle statt Rudolf Agsten Fraktionsvorsitzender, beim DFD Hannelore Hauschild anstelle Eva Rohmanns.

⁸⁰ Vgl. »Fraktion der SED tagte«, *ND* vom 17. November 1989.

⁸¹ Vorwürfe des Volkskammerausschusses zur Untersuchung von Amtsmissbrauch, Korruption und Bereicherung gegen sie stellten sich später als ungerechtfertigt heraus. Vgl. U. GRASHOFF, Anfall, S. 241 f.

zu tun, dass sich in den einzelnen Parteien neue Leute durchzusetzen begannen, während die alte diskreditierte Riege, die im Fall der Blockparteien eng mit der SED verbunden war, abtreten musste.⁸²

Je stärker sie ins Blickfeld der Öffentlichkeit geriet, desto mehr Kritik wurde an der Volkskammer geübt und desto mehr wurde sie zum Ziel von Demonstrationen. Am 11. Januar endete eine Protestkundgebung vor dem Haus mit dem Zerfetzen der Staatsflagge. Es waren Rufe wie »Volkskammer, Volkskammer was für ein Jammer« zu hören.⁸³ Und es blieb nicht nur bei verbalen Attacken: »[T]rotz terroristischer Bombendrohung waren die Abgeordneten von ihrer verantwortungsvollen Entscheidungsfindung am heutigen Tage nicht abzubringen« lobte der DFF-Kommentator.⁸⁴ Ein Novum in der DDR, wie er bemerkte, die Sitzung musste für 15 Minuten unterbrochen werden. Volkskammerpräsident Günther Maleuda verurteilte diese Aktionen und forderte, die Würde des Obersten Parlaments der DDR zu achten.⁸⁵

Während der Volkskammertagungen waren bereits in der Vergangenheit alle anderen Einrichtungen im Palast der Republik geschlossen worden, um eine »ordentliche Versorgung und einen gesicherten Ablauf zu gewährleisten«. Jetzt wurde auch eine Verlagerung des ebenfalls im Gebäude untergebrachten Theaters *TiP* in Betracht gezogen.⁸⁶ Die Verwaltung hielt eine grundsätzliche Regelung für nötig, auch im Hinblick darauf, dass Demonstranten ins Gebäude eingedrungen waren. Andere Parlamente kannten dieses Problem nicht, weil sie Bannmeilen hatten, was bei der Volkskammer zu diesem Zeitpunkt noch nicht der Fall war.⁸⁷

Der Zentrale Runde Tisch

Für die Volkskammer kam erschwerend hinzu, dass ihr seit Anfang Dezember 1989 eine Konkurrenzinstitution die Schau zu stehlen begann und die gerade erst mühsam erworbene Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder von ihr abzog: der Zentrale Runde Tisch.⁸⁸ Der spätere Vizepräsident der Volkskammer, Reinhard Höppner, selbst für die SPD dort Teilnehmer, hat ihn einmal als den »institutionellen Ausdruck des Rufes der Demonstranten ›Wir sind das Volk« bezeichnet.⁸⁹

⁸² Vgl. M. RICHTER, Ost-CDU, 1994, S. 126; P. J. LAPP, Ehemalige DDR-Blockparteien, 1990. Allgemein vgl. H. GERGS/C. HAUSMANN/M. POHLMANN, Political and economic elites, 1997.

⁸³ Tagung am 29. Januar 1990, DRA, ID Nr. 135867.

⁸⁴ Kommentator Bert Sprafke am 5. Februar 1990, DRA, ID Nr. 139364, 11:22:57.

⁸⁵ PV, 14. Tagung am 11./12. Januar 1990, S. 390.

⁸⁶ »Konsequenzen und Voraussetzungen zur Gewährleistung notwendiger Bedingungen für die zukünftige Arbeitsweise der Volkskammer aus der Sicht der Abteilung Verwaltung« vom 15. November 1989, BArch DA 1/17900.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Vgl. F. WEIL, Die Runden Tische, 2014, E. SÄNGER, Einfluss, 2009; U. THAYSEN, Der Runde Tisch, 1990 und: Der Zentrale Runde Tisch der DDR, 2000 (im Folgenden: PRT).

⁸⁹ R. HÖPPNER, Die Volkskammer als Schule der Demokratie, 1995, S. 11.

Die Runden Tische, die es auch auf regionaler und kommunaler Ebene gab, wurden in den achtziger Jahren zu »unverzichtbare[n] Institutionen des Systemwechsels«, weil an ihnen die die Repräsentanten der alten Macht mit den Vertretern der (zum Teil noch illegalen) Opposition zusammentrafen. Die Runden Tische traten damit an die Stelle der alten erodierenden oder bereits nicht mehr existierenden politischen Institutionen, die jegliche Legitimität und Glaubwürdigkeit eingebüßt hatten.⁹⁰ Diese spezielle Form der Aushandlung politischer Fragen unter gleichberechtigten Akteuren war in Polen und Ungarn erstmals erfolgreich praktiziert worden.⁹¹ Im Februar 1989 waren Vertreter der Gewerkschaft *Solidarność*, der polnischen Opposition, der katholischen Kirche und der Regierung zu Verhandlungen zusammengetroffen. Diese Gespräche, die bis zum 5. April dauerten, markierten den Anfang vom Ende des kommunistischen Regimes in Polen.

Nach polnischem Vorbild trafen sich auf Vorschlag von Demokratie Jetzt erstmals am 7. Dezember 1989 auch in Ostberlin die zuerst 30, vom 12. Dezember an dann 38 Repräsentanten des alten Regimes, nämlich der SED, der Blockparteien CDU, DBD, LDPD, NDPD, sowie des FDGB und des VdGB und der neuen politischen Gruppen Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt, Grüne Partei, Initiative für Frieden und Menschenrechte, Neues Forum, SDP, Grüne Liga, Unabhängiger Frauenverband und Vereinigte Linke. Ort der Zusammenkunft war der Gemeindesaal der Herrnhuter Brüdergemeinde im Dietrich-Bonhoeffer-Haus. Dort fanden auch noch die beiden nächsten Sitzungen statt. Weil der Saal jedoch für die Menge der Teilnehmer zu klein war, zog man für die restlichen 13 Treffen bis zum 12. März 1990 um nach Berlin-Pankow ins Schloss Schönhausen, das offizielle Gästehaus der DDR-Regierung.

Zum ersten Treffen eingeladen hatte das Sekretariat des Bundes Evangelischer Kirchen in Abstimmung mit dem Sekretariat der Berliner Bischofskonferenz und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen. Moderiert wurden die Sitzungen bezeichnenderweise ebenfalls von drei Geistlichen: dem Oberkirchenrat Pfarrer Martin Ziegler, dem Stellvertreter des Generalsekretärs der Berliner Bischofskonferenz Karl-Heinz Ducke und dem evangelisch-methodistischen Pastor und Sekretär der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der DDR, Martin Lange. Das spiegelte zum einen die bedeutende Rolle der Kirchen für die Oppositionsbewegung in der DDR wider.⁹² Zum anderen vertraute man damit die Gesprächsführung bewusst einer nicht aus der Politik stammenden Institution an.

Der Zentrale Runde Tisch der DDR wurde für kurze Zeit zum Zentrum politischer Diskussion und Entscheidungsfindung, sehr zum Missfallen der Abgeordneten in der Volkskammer. Und, nicht weniger wichtig, er demonstrierte erstmals vor aller Augen, wie demokratische Entscheidungsprozesse ablaufen konnten. Für Wolf-

⁹⁰ Vgl. F. WEIL, *Die Runden Tische*, 2014, S. 7–12, hier S. 7.

⁹¹ Zu den Runden Tischen in Polen, Ungarn, der ČSSR, der DDR und Bulgarien vgl. J. ELSTER (Hrsg.), *Roundtable Talks*, 1996.

⁹² Vgl. J. SCHMID, *Die politische Rolle*, 1992.

gang Ullmann, der als Vertreter von »Demokratie Jetzt« daran teilnahm, war er eine »Vorschule der Demokratie«. ⁹³

Einige Äußerungen der Volkskammerabgeordneten sind in dieser Hinsicht aufschlussreich. Sie zeugen von Unverständnis, vor allem aber von der Angst vor dem Machtverlust. Die Parlamentarier fürchteten, ihren minimalen, mühsam erkämpften Einfluss und Glaubwürdigkeit wieder zu verlieren, nachdem sie gerade erst begonnen hatten, aus ihrer jahrzehntelangen Passivität und Marginalität herauszutreten.

Die Abgeordneten gestand dem Runden Tisch zwar durchaus zu, die Probleme des Landes zu diskutieren, mehr aber auch nicht. Eigentlicher Ort politischer Entscheidungen war ihrer Meinung nach die Volkskammer selbst: Schließlich sei man ja gewählt. »Wir sind gewählte Vertreter des Volkes und wollen unsere Abgeordnetentätigkeit bis zur neuen Wahl auch gut erfüllen«. ⁹⁴ So erklärte es eine Vertreterin des FDGB im Interview mit der Fernsehjournalistin Anett Wundrak. Sie sah sich in diesem Punkt durch die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten bestätigt, die wohl vielen, nicht nur den FDGB-Abgeordneten aus dem Herzen gesprochen hatte. Hans Modrow hatte am 17. November gefordert, dass die »aktive Wechselwirkung zwischen Parlament und Regierung [...] zu einer politischen Produktivkraft werden« müsse. Die Regierung sei und bleibe ein Organ der Volkskammer. ⁹⁵

Auch Bernhard Mögling (NDPD) weigerte sich, die Dominanz des Runden Tisches über die Volkskammer zu akzeptieren:

»Wir sind ein Parlament und haben über Gesetze abzustimmen. Der Runde Tisch kann eine beratende Funktion haben; er hat noch keine gesetzgebende Kraft, und darum ist immer wieder der Verweis auf den Konsens am Runden Tisch für uns eigentlich nicht bindend. Solange wir noch das Parlament sind, müssen wir nach unserem Gewissen entscheiden ...« ⁹⁶

Auch wenn es stimmt, dass die Mitglieder des Zentralen Runden Tisches lediglich Delegierte ihrer jeweiligen Gruppen und Initiativen waren und ihnen damit eine Legitimation durch Wahlen fehlte, waren solche Einwände gerade aus dem Mund von Volkskammerabgeordneten kühn, denn *demokratisch* gewählt waren sie selbst natürlich ebenfalls nicht. Sie verdankten ihre Anwesenheit in der Volkskammer dem Einzug über die Einheitsliste der Nationalen Front, bestätigt in Wahlen, die diesen Namen zu keiner Zeit verdient hatten. – Nicht umsonst hatte der Volksmund dafür den despektierlichen Begriff »Zettelfalten« geprägt. ⁹⁷ Ihre Legitimation war damit mindestens ebenso zweifelhaft, wenn nicht sogar, aufgrund ihrer Vorgeschichte, noch weniger vorhanden als diejenige der Oppositionsgruppen am Runden Tisch. Wenngleich natürlich auch diese ein Legitimitätsproblem hatten. ⁹⁸ Doch das Pfund, mit dem sie wuchern konnten und das ihnen in weiten Kreisen der Öffentlichkeit Anerkennung

⁹³ W. ULLMANN, Vorschule, 1990.

⁹⁴ 14. Tagung am 11. Januar 1990, DRA, ID-Nr. 135936, 13:42:29.

⁹⁵ PV, 12. Tagung am 17. November 1989, S. 278.

⁹⁶ PV, 17. Tagung am 20./21. Februar 1990, S. 489.

⁹⁷ H. M. KLOTH, Zettelfalten, 2000.

⁹⁸ U. K. PREUSS, Roundtable Talks, 1996, S. 125 ff.

und Glaubwürdigkeit verschaffte, war die Tatsache, dass ihre Macht vor allem eine moralische war.

Dass die Sorge der Abgeordneten nur zu berechtigt war, zeigte der weitere Gang der Ereignisse. Denn in den auf Dezember folgenden zwei Monaten etablierte sich der Runde Tisch nicht nur als reines Diskussionsgremium, sondern griff mit eigenen Entwürfen und Vorschlägen massiv in die politische Entscheidungsfindung ein. Seinem Selbstverständnis nach war er ohnehin ein Kontrollorgan, das zwar »keine parlamentarische oder Regierungsfunktion ausüben« konnte, sich aber dennoch »mit Vorschlägen zur Überwindung der Krise an die Öffentlichkeit wenden« wollte und zu diesem Zweck von der Volkskammer und der Regierung forderte, »rechtzeitig vor wichtigen rechts-, wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen informiert und einbezogen zu werden«. ⁹⁹

Die Machtverhältnisse hatten sich eindeutig verschoben, was jetzt auch für alle sichtbar wurde. Am 15. Januar nahm Ministerpräsident Hans Modrow an einer Sitzung des Runden Tisches teil und bat um Unterstützung und Beratung. In seiner Regierungserklärung wenige Tage zuvor hatte er ihn bereits aufgefordert, konkrete Vorschläge zu machen und »in voller Verantwortung gegenüber dem Volk in konstruktiver Weise mit uns zu wirken«. ¹⁰⁰ Die SED versuchte damit, die neuen Gruppen mit in die Verantwortung einzubinden und damit die Bedrohung, die von ihnen für ihren eigenen Machterhalt ausging, sozusagen zu entschärfen. Das tat dem Selbstwertgefühl der Teilnehmer am Runden Tisch keinen Abbruch. In der 8. Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 18. Januar wurde missbilligt, »daß die Regierung ein verfassungsänderndes Gesetz ohne vorherige öffentliche Diskussion der Volkskammer zur Beschlussfassung am 11./12. Januar 1990 vorgelegt« ¹⁰¹ hatte und im gleichen Atemzug gefordert, Gesetzentwürfe

»insbesondere auch solche, die die Verfassung sowie die Eigentumsverhältnisse in der DDR grundsätzlich berühren, vor der Beschlussfassung durch die Volkskammer dem Runden Tisch zur Stellungnahme zuzuleiten und ausreichende Zeit für die öffentliche Diskussion zu garantieren.« ¹⁰²

Außerdem beschwerten sich die Teilnehmer darüber, dass das Präsidium der Volkskammer es abgelehnt hatte, »Teilnehmer des Runden Tisches mit Rederecht zur 14. Tagung der Volkskammer am 11. und 12. Januar zuzulassen«. Sie verlangten, Mitglieder aller am Runden Tisch vertretenen neuen Parteien und Gruppierungen zu allen weiteren Tagungen bis zur Volkskammerwahl einzuladen und mit beschränkten

⁹⁹ Am 7. Dezember 1990 einstimmig angenommene Selbstverständniserklärung des Zentralen Runden Tisches, in: PRT, 1. Sitzung, S. 62. U. K. PREUSS, Roundtable Talks, 1996, S. 121 f.

¹⁰⁰ PV, 14. Tagung am 11./12. Januar 1990, S. 363 bzw. S. 369.

¹⁰¹ Gemeint war das Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik im Zusammenhang mit der Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in der DDR. Ergebnisse des Runtischgespräches am 18. Januar 1990, Abschnitt 6. Beziehungen des Runden Tisches zur Regierung, BArch, DA 3/8.

¹⁰² Ebd.

parlamentarischen Rechten (Rederecht und dem Recht, Anfragen an die Regierung zu richten) auszustatten.¹⁰³

Und tatsächlich: Während in der Tagung vom 11./12. Januar die Vertreter des Runden Tisches noch auf der Gästetribüne des Plenarsaals Platz genommen hatten, saßen am 29. Januar 1990 erstmals Mitglieder der Oppositionsgruppen, ein wenig gedrängt zwar, im Plenum an den Seitenwänden auf zusätzlich aufgestellten Stühlen. Ihre Zulassung führte zu der für ein Parlament ungewöhnlichen Situation, dass gleich eine ganze Reihe von Nicht-Abgeordneten – mit Billigung des Plenums – vor der Volkskammer sprechen durfte: so zum Beispiel Tatjana Böhm (Unabhängiger Frauenverband), Konrad Weiß (Demokratie Jetzt) und Wolfgang Ullmann (ebenfalls Demokratie Jetzt), in ihrer Eigenschaft als Vertreter der Arbeitsgruppen Neue Verfassung, Medien und Neues Wahlgesetz des Zentralen Runden Tisches.¹⁰⁴ Wolfgang Ullmann bezeichnete es als einen »besonderen Augenblick [...] in diesem Haus das Wort zu ergreifen«, dem er attestierte, »nach langen Jahren der lähmenden Alternative zwischen Akklamation und Schweigen nun wie unser ganzes Land ein Haus des demokratischen Diskurses und gerade so ein Haus des Volkes geworden« zu sein.¹⁰⁵

Der Runde Tisch war zu einem Gremium geworden, das alle entscheidenden Funktionen eines Parlaments beanspruchte.¹⁰⁶ Ulrike Rommel (NDPD) hingegen, »obwohl schon seit 18 Jahren Mitglied der Volkskammer«, verstand die Welt nicht mehr: »Ist es denn notwendig, daß erst der Runde Tisch diesen Entwurf [gemeint war der Wahlgesetzentwurf, d. Verf.] bekommt und ihn diskutieren darf, und dann dürfen wir Abgeordnete auch mal reingucken?«¹⁰⁷

Wenn sie ihre Einflussnahme schon nicht verhindern konnten, wollte einige die Abgesandten des Runden Tisches dann wenigstens in die Pflicht nehmen: Johannes Zillig (CDU), der »mit Zorn und Empörung« aus den Nachrichten erfahren hatte, dass »wichtige politische Entscheidungen nicht in der obersten Volksvertretung, sondern anderswo getroffen werden könnten«¹⁰⁸, forderte seinerseits, wenn sie schon in der Regierung mitarbeiteten, dann sollten sie auch »in Übereinstimmung mit unserem Hohen Haus Verantwortung für dieses Wahlgesetz übernehmen.«¹⁰⁹ Sie allein wollten die Verantwortung dafür nicht tragen.

Der Zentrale Runde Tisch trat nichtsdestoweniger unvermindert selbstbewusst auf:

»Wir erwarten von der Volkskammer der DDR, daß sie die Beschlüßvorlage im vollen Wortlaut – so, wie sie vom Runden Tisch beschlossen wurde und im Protokoll der 8. Sitzung des

¹⁰³ Ebd.

¹⁰⁴ PV, 15. Tagung am 29. Januar 1990, S. 424. Lothar de Maizière hatte bereits am 17. November 1989, in seiner Eigenschaft als CDU-Vorsitzender, dort sprechen dürfen. PV, 12. Tagung am 17./18. November 1989, S. 287 ff.

¹⁰⁵ Ebd., S. 427 u. S. 428 f.

¹⁰⁶ U. K. PREUSS, Roundtable Talks, 1996, S. 124.

¹⁰⁷ PV, 14. Tagung am 11./12. Januar 1990, S. 389.

¹⁰⁸ PV, 15. Tagung am 29. Januar 1990, S. 430.

¹⁰⁹ Ebd.

Runden Tisches am 18. Januar festgehalten wurde – behandelt. Anderenfalls erwarten wir, daß die Beslußvorlage an den Runden Tisch zurückverwiesen wird.«¹¹⁰

Das war aus Sicht der Volkskammerabgeordneten starker Tobak, das Protokoll verzeichnete dementsprechend Unruhe im Saal.¹¹¹ Im Grunde genommen bildete es aber nur die herrschenden Machtverhältnisse ab.



Abb. 1 Mitglieder der Oppositionsgruppen vom Runden Tisch nehmen an der Plenarsitzung vom 29. Januar 1990 teil. U. a.: Konrad Weiß (Demokratie Jetzt), dahinter Tatjana Böhm (UFV), Wolfgang Ullmann (Demokratie Jetzt)

De facto gab der Zentrale Runde Tisch nicht erst mit seiner Mitwirkung in der Regierung den Ton an. Doch vor allem, als mit Zustimmung der Volkskammer am 5. Februar die Bildung einer »Regierung der nationalen Verantwortung« beschlossen und acht Teilnehmer des Runden Tisches als Minister ohne Geschäftsbereich in die erweiterte Regierung berufen wurden, hatte die Volkskammer das Nachsehen.¹¹² Umgekehrt entsandte die Regierung Modrow einen ständigen Vertreter im Ministerrat an den Runden Tisch, um die Zusammenarbeit zu vertiefen.¹¹³ Die Volkskammer musste sich wohl oder übel mit der Rolle als lediglich ausführendes Organ begnügen, das die andernorts getroffenen Entscheidungen und Kompromisse durch seine Ab-

¹¹⁰ So Konrad Weiß (Demokratie Jetzt), PV, 15. Tagung am 29. Januar 1990, S. 437.

¹¹¹ Ebd.

¹¹² Es handelte sich um Tatjana Böhm (UFV), Rainer Eppelmann (DA), Sebastian Pflugbeil (NF), Matthias Platzeck (GP), Gerd Poppe (IFM), Walter Romberg (SDP), Klaus Schlüter (GL) und Wolfgang Ullmann (DJ). Die Wahl erfolgte *en bloc*. 16 Abgeordnete sprachen sich dagegen aus, 73 enthielten sich. PV, 16. Tagung am 5. Februar 1990, S. 458.

¹¹³ PV, 15. Tagung am 29. Januar 1990, S. 423.

stimmungen lediglich zu bestätigen hatte.¹¹⁴ Volkskammerpräsident Maleuda deutete diesen Sachverhalt in seinem Resümee auf der letzten Tagung der 9. Volkskammer jedoch einfach um: Er sah die Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch und seinen Arbeitsgruppen als »Ausdruck für die wachsende Autorität der Volkskammer«.¹¹⁵

Kurz zuvor hatte er behauptet, »daß die Volkskammer in dieser Zeit des Umbruchs als einzige zentrale gesetzgebende Kraft Anerkennung« erfahren habe.¹¹⁶ Innerhalb von Tagen sei sie vom Abstimmungsparlament zu einer arbeitenden Körperschaft geworden, die in den Mittelpunkt politischer Medienarbeit gerückt sei, für die nationale wie internationale Presse von höchster Aktualität.¹¹⁷ Damit suggerierte er, dass sie endlich zu dem geworden war, was sie laut dem Marxschen Postulat schon immer hatte sein sollen.

9. Volkskammer und Zentraler Runder Tisch im Fernsehen

Ob das Interesse der Presse wirklich in dem Maß vorhanden war, wie Maleuda behauptete, sei dahingestellt. Die parlamentarischen Gehversuche fanden jedenfalls vor laufender Kamera, und zwar vor ständig laufender Kamera statt, denn mit dem 24. Oktober 1989 hatte eine ausführliche Berichterstattung des Fernsehens der DDR aus dem Plenarsaal begonnen. Von der 11. Tagung bis zur letzten dieser Legislaturperiode, der 18., war das Fernsehen permanent live dabei. Zwischen dem 24. Oktober 1989 und dem 7. März 1990 sendete es insgesamt gut 60 Stunden aus dem Palast der Republik.¹¹⁸ Kommentator der Sendungen war der DFF-Redakteur Bert Sprafke.

Zwar war die Öffentlichkeit in der Volkskammer bis zum Herbst 1989 laut offizieller Darstellung »insbesondere durch eine breite demokratische Aussprache in Vorbereitung und Auswertung der Tagungen« sowie durch die »Berichterstattung in Presse Funk und Fernsehen« gewährleistet.¹¹⁹ Tatsächlich berichtete die DDR-Nachrichtensendung *Aktuelle Kamera* als Sprachrohr von Partei und Staatsführung aber weder fundiert noch qualifiziert. Auch das Fernsehen der DDR benötigte eine Anlaufphase, um sich auf die neuen politischen Umstände einzustellen. Am 18. Oktober hatte es in der *Aktuellen Kamera* noch eine journalistische Huldigung samt Blumenstrauß und dem Glückwunsch der »Massenmedien« gegeben, als Egon Krenz zum neuen Staatsratsvorsitzenden gewählt worden war.¹²⁰ Und noch duzte die Jour-

¹¹⁴ Vgl. R. SCHIRMER, *Machtzerfall und Restabilisierung*, 2005, S. 206 f.

¹¹⁵ PV, 18. Tagung am 7. März 1990, S. 556.

¹¹⁶ Ebd., S. 555.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Vgl. dazu das im DRA aufbewahrte Material (Bestandssignaturen im einzelnen im Quellenverzeichnis). Die eigentlichen Plenarsitzungen machen gut 50 Stunden aus, zusätzlich wurden beispielsweise aber auch Interviews vor und nach den Tagungen oder in den Tagungspausen ausgestrahlt.

¹¹⁹ *Handbuch für den Abgeordneten*, 1984, S. 193.

¹²⁰ F. GIESE, *Glückwunsch*, 2004; J.-A. BÖSENBERG, *Aktuelle Kamera*, 2008, S. 252.

nalistin Anett Wundrak beim Interview die Abgeordneten der FDJ.¹²¹ Erst mit dem 19. Oktober 1989, als die Abteilung Agitation im Zentralkomitee der SED aufgelöst wurde, konnte überhaupt eine freiere und objektivere Berichterstattung beginnen.

Selbst Egon Krenz war, eben frisch zum neuen Staatsratsvorsitzenden gewählt, zu der Erkenntnis gelangt, dass es zur »lebendigen parlamentarischen Arbeit der Volkskammer« gehöre,

»dass die Massenmedien die Bürger fundiert und aktuell über den Prozeß der parlamentarischen Willensbildung informieren. Die Öffentlichkeit will über die Tätigkeit der Volkskammer, ihrer Ausschüsse und der Abgeordneten Bescheid wissen. Dem sollte mit einer umfassenden und qualifizierten Parlamentsberichterstattung Rechnung getragen werden.«¹²²

Die Live-Berichterstattung wiederum hatte die Volkskammer mit dem Zentralen Runden Tisch gemeinsam, denn dessen Sitzungen wurden vom zweiten Treffen an ebenfalls live im Fernsehen übertragen. In seiner 1. Sitzung am 7. Dezember war lange darüber diskutiert worden, in welcher Form die Öffentlichkeit an dessen Arbeit teilhaben solle. Gerade den Vertretern der Bürgerrechtsbewegungen lag sehr viel daran, die Treffen mit der Kamera zu dokumentieren, »damit keiner sagen kann, hinter verschlossenen Türen wäre hier irgend etwas verhandelt worden.«¹²³ Außerdem garantierte die (Fernseh-)Öffentlichkeit Kontrolle. Doch, wie Jost-Arend Bösenberg festgestellt hat, war in Bezug auf die Medien das Misstrauen, das die gesamte DDR geprägt hatte, zur Manie geworden.¹²⁴ Das Neue Forum traute dem Fernsehen der DDR nicht über den Weg und hatte deshalb ein Mitglied seiner Mediengruppe beauftragt, mit einer eigenen Videokamera die Verhandlungen aufzuzeichnen. Parallel dazu wurde dem Fernsehen der DDR allerdings erlaubt, zu Dokumentationszwecken zu filmen. Von Live-Sendungen war zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Rede. In der zweiten Sitzung am 18. Dezember wurde anfangs nur die Möglichkeit einer Radioübertragung diskutiert, die Debatte endete dann aber doch mit der einstimmig geäußerten Forderung nach einer Live-Übertragung durch das Fernsehen der DDR.¹²⁵

Nach einiger Zeit wurde diese Entscheidung noch einmal zum Thema. Hans-Dieter Raspe (LDPD) war zwar der Ansicht, »daß wir mit der Live-Übertragung durch das DDR-Fernsehen ein Maximum an Öffentlichkeit erreichen und damit wurde ja auch ein Wunsch und eine Forderung [...] verwirklicht.« Das Neue Forum hatte jedoch im Laufe der vorangegangenen Wochen den Eindruck gewonnen, dass das DDR-Fernsehen mit seiner Berichterstattung Wahlkampfpropaganda für die SED betreibe, weshalb es den Kreis der Medien unbedingt um eine der westdeutschen Fernsehanstalten ZDF oder ARD erweitern wollte. Eine Forderung, die schließlich bei sieben Enthaltungen auch angenommen wurde.¹²⁶ Seitdem filmte und übertrug

¹²¹ So in der 11. Tagung am 13. November 1989, DRA, ID Nr. 168427, 10:58:57.

¹²² PV, 10. Tagung am 24. Oktober 1989, S. 225.

¹²³ Reinhard Schult (NF), PRT, 1. Sitzung am 7. Dezember, S. 20.

¹²⁴ J.-A. BÖSENBERG, Aktuelle Kamera, 2008, S. 9.

¹²⁵ PRT, 2. Sitzung am 18. Dezember 1989, S. 91 f.

¹²⁶ PRT, 6. Sitzung am 8. Januar 1990, S. 310 ff.

das ZDF das Geschehen am Runden Tisch. Zum Verhandlungssaal wurden schließlich neben Vertretern der Presseagenturen nur das Fernsehen der DDR, die Aufnahmegruppe des Neuen Forums und ein westdeutsches Kamerateam zugelassen. Pressegespräche und Interviews waren dort nicht mehr erlaubt, um die Verhandlungen nicht zu stören. Sie wurden allerdings für alle Medienvertreter per Monitor in einen Raum des Schlosses übertragen.¹²⁷

Zweimal hatten die Zuschauer sogar die Möglichkeit des direkten Vergleichs, weil die Medienauftritte von Volkskammer und Rundem Tisch miteinander konkurrierten: Die Live-Übertragungen der Volkskammersitzungen vom 29. Januar und 5. Februar wurden im ersten Fernsehprogramm der DDR gesendet, während die beinahe gleichzeitig stattfindenden Sitzungen des Zentralen Runden Tisches im zweiten Programm zu sehen waren.¹²⁸ Der Redakteur der *Aktuellen Kamera* Bert Sprafke kommentierte das mit den Worten, dass diese Parallelität zumindest bis zum Wahltag die neue Qualität der gesellschaftlichen Einflussnahme auf die politische Entwicklung der DDR spiegele.

Parallel zu den Livesendungen des Fernsehens gab es Radioübertragungen, ebenfalls live. Einer der Verantwortlichen erzählte rückblickend, mit welchen Problemen und ungeahnten Herausforderungen die Journalisten sich auf einmal konfrontiert sahen. Denn

»wie schildert man so einen Vorgang, daß er einigermaßen faßbar und damit erlebbar wird, obwohl nicht viel mehr passiert, als daß Zettel in gläserne Urnen geworfen, ihnen dann wieder entnommen und auf das kleinlichste genau nach ›dafür‹, ›dagegen‹ oder ›Enthaltung‹ sortiert und festgehalten werden?«¹²⁹

Nicht nur in diesem Moment sah er die Kollegen vom Fernsehen im Vorteil. Auch der legendäre letzte Auftritt Erich Mielkes vor der Volkskammer am 13. November konnte seiner Meinung nach im Radio nicht adäquat übertragen werden, denn

»es waren die lang andauernden hilfeschuchenden Blicke des einst so mächtigen Mannes auf seinen Oberkommandierenden, den frisch gebackene Staats- und Verteidigungsratsvorsitzenden. Der wich ihnen aus. Blieb rührungslös, während eine Säule der bisherigen Partei- und Staatsmacht sich öffentlich selbst absägte und zusammenbrach.«¹³⁰

Die neue Form der Information und ihre Ausführlichkeit waren vor allem darauf zurückzuführen, dass die Volkskammer quasi über Nacht interessant geworden war. Schließlich ereigneten sich dort jetzt in kurzer Folge Dinge, die noch einige

¹²⁷ Ergebnisse des Rundtischgespräches am 8. Januar 1990, BArch DA 3/6.

¹²⁸ Die Übertragung der Volkskammersitzung am 29. Januar begann um 10 Uhr im DFF 1, die des Zentralen Runden Tisches um 9 Uhr im DFF 2. Am 5. Februar begann die Volkskammerübertragung im DFF 1 um 11 Uhr, die des Zentralen Runden Tisches im DFF 2 bereits um 9 Uhr. Angaben aus dem täglichen Fernsehprogramm in *ND*.

¹²⁹ Gemeint war die äußerst umständliche und langwierige öffentliche Auszählung der Stimmen bei der Wahl des neuen Volkskammerpräsidenten am 13. November 1989, an die sich Bernd Aischmann »mit einigem Gruseln« erinnerte. B. AISCHMANN, Rundfunkberichterstattung, 1990, S. 36.

¹³⁰ Ebd., S. 37.

Wochen zuvor unvorstellbar gewesen wären. Nicht nur die Absetzung der alten Machthaber, wirkliche Wahlen und Abstimmungen oder kritische Fragen waren zu beobachten. Die Fernsehzuschauer bekamen vor allem auch die Nervosität, Unbeholfenheit, die Rat- und Hilflosigkeit, Ohnmacht und Erschütterung ihrer Abgeordneten zu sehen. Als Hans-Joachim Hanisch (LDPD) am 18. November 1989 in dramatischen Worten die kritische Lage der Elektrizitätsversorgung im Land schilderte und darauf hinwies, dass die gesamte Versorgung zusammenzubrechen drohe, wenn einer in der Öffentlichkeit kursierenden Aufforderung zum Stromabschalten Folge geleistet werde, fing die vor ihm sitzende Abgeordnete an zu weinen.¹³¹ Dasselbe passierte am 1. Dezember während der Aussprache über den Bericht des Abgeordneten Heinrich Toeplitz (CDU), dem Vorsitzenden des Zeitweiligen Ausschusses »zur Überprüfung von Fällen des Amtsmissbrauchs, der Korruption, der persönlichen Bereicherung und anderer Handlungen, bei denen der Verdacht der Gesetzesverletzung besteht«. Als Verena Schlüsselburg (DBD) ob dieser Schilderungen ihre eigene Erschütterung bekannte und aufforderte, an die Bürger zu denken, die zu Hause die Plenartagung verfolgten und »die sicherlich sehr, sehr schwer in diesen Dimensionen überhaupt denken mögen und auch denken können, weil wir uns solche Dinge überhaupt nicht vorstellen können«¹³² brach erneut eine Kollegin vor ihr in Tränen aus.¹³³

Das neu erwachte Interesse am Parlament äußerte sich nicht zuletzt in den Zuschauerreaktionen und führte dem Fernsehmachern vor Augen, dass sie, offensichtlich mehr als sie sich vorstellen konnten, eine noch ungewohnte Informationsfunktion wahrzunehmen hatten. Noch während der Übertragung gab es erste Zuschauerreaktionen. Anrufer forderten, das Fernsehen solle »nicht so lax« mit den Abkürzungen der Parteien und Massenorganisationen umgehen. Bert Sprafke reagierte sofort und begann, alle Abkürzungen zu erklären. Er gab zu, dass er und seine Kollegen in den nächsten Monaten noch viel damit zu tun haben dürften, die Abgeordneten vorzustellen, sie »populärer« zu machen, damit man mehr als in den vergangenen Jahren über die Menschen erfahre, die diese »verantwortungsvolle Arbeit als Volksvertreter« ausübten. Er entschuldigte sich auch für die Unzulänglichkeiten bei den Übertragungen, die Arbeitsmöglichkeiten seien noch nicht optimal und noch nicht so, wie sich die Journalisten das vorstellten. Er war sich aber sicher, dass es in den kommenden Wochen und Monaten Verbesserungen geben werde.¹³⁴

Auch die Abgeordneten begannen die Anwesenheit der Kameras zu nutzen. Der erste, der sich vom vom Rednerpult aus mit seinem Beitrag nicht nur an den Präsidenten und die »werte[n] Volksvertreter«, sondern dezidiert auch an die Fernsehzu-

¹³¹ 12. Tagung am 18. November 1989, DRA, ID Nr. 136010, 10:21:36.

¹³² PV, 13. Tagung am 1. Dezember 1989, S. 349.

¹³³ 13. Tagung am 1. Dezember 1989, DRA, ID Nr. 136013, 18:23:47, und 18. Tagung am 7. März 1990, DRA, ID Nr. 140384.

¹³⁴ 12. Tagung am 17./18. November 1989, DRA, ID Nr. 135969.

schauer richtete, war der neue Vorsitzende der Fraktion der FDJ, Lutz Ahnfeld am 13. November.¹³⁵

Und Paul Eberle (LDPD) wandte sich sogar zwischendurch einmal direkt an das Fernsehen, und zwar an das westdeutsche ZDF, weil ihm dessen Berichterstattung missfiel:

»Wenn Sie heute wieder berichten sollten über diese Sitzung, dann bitte keine Einblendung unter mein Bild mit der Bezeichnung ›Dr. Paul Eberle, SED-PDS‹. Das macht Schaden. Ich gehöre seit über 40 Jahren der Liberal-Demokratischen Partei an und möchte, daß Sie das respektieren. Schließlich verbreiten Sie ja immer ›Mit ZDF und ARD sitzen Sie immer in der ersten Reihe‹. Bitte sorgen Sie dafür, daß Ihre Zuschauer Ihnen das abnehmen. (Beifall)«. ¹³⁶

Im gleichen Atemzug bat er aber auch die DDR-Medien um »Fairness, Seriosität, journalistische Sorgfalt« und um »Sicherung der Chancengleichheit«. Auch das wurde mit Beifall bedacht.

Der Bedeutungszuwachs der Volkskammer äußerte sich auch in den Anträgen von Bürgern, als Besucher an einer Plenarsitzung teilnehmen zu können. Bei der Menge der Interessenten erwies es sich für die Volkskammerverwaltung als Problem, dass »die Besuchertribüne des Parlaments vorrangig Pressevertretern und den diplomatischen Vertretungen vorbehalten« war.¹³⁷

So musste eine Westberliner Familie, die für die 17. Tagung am 20./21. Februar mit den Worten »Auch *wir* sind das Volk!« Karten reservieren lassen wollte, erfahren, dass sie zu spät war. Die Antwort der Volkskammerverwaltung stammte vom 9. März, da war bereits die 18. und damit letzte Tagung vorbei. Abteilungsleiter Harry Hörold vertröstete sie auf die Zeit nach der Wahl vom 18. März 1990. Sie sollten ihre Bitte dann einfach noch einmal vorbringen.¹³⁸

Welche Rolle spielte die 9. Volkskammer seit dem Oktober 1989 für die Neuformierung des Parlamentarismus in der DDR? War sie wirklich bereits der Anfang eines neuen Verständnisses von Demokratie und politischer Teilhabe, wie es zum Beispiel der Volkskammerpräsident so gerne gehabt hätte? Das Urteil der Forschung ist ebenso einmütig wie ernüchternd: Trotz aller Neuerungen und einer gewissen Aufbruchstimmung konstatiert Roland Schirmer, dass sie in den letzten Wochen ihrer 9. Wahlperiode zu einer wirklichen Reparlamentarisierung nicht mehr in der Lage gewesen sei. Für eine radikale Neuorientierung habe ihr die hinreichende Fähigkeit zum individuellen wie institutionellen Lernen gefehlt.¹³⁹ Und Heinrich Oberreuter spricht den Abgeordneten der 9. Volkskammer kritisches Potential zwar nicht generell ab, aber aus »Verhaltensänderungen, aus Diskurs, Kontroversen und geheimen Wahlen«

¹³⁵ Ahnfeld wurde am 12. November Nachfolger von Jochen Willerding, PV, 11. Tagung am 13. November 1989, S. 243.

¹³⁶ PV, 15. Tagung am 29. Januar 1990, S. 426.

¹³⁷ Antwort vom 13. Februar 1990 auf eine Zuschrift, BArch DA 1/18177, Bl. 218.

¹³⁸ Zuschrift, BArch, DA 1/18177, Bl. 213. (Unterstreichung im Original).

¹³⁹ R. SCHIRMER, Machtzerfall, 2005, S. 209 f.

sei noch keine neue Vollmacht erwachsen, die habe sie erst mit der Wahl vom März 1990 erlangen können.¹⁴⁰

Also, nach wie vor kein »wirkliches« Parlament. Die Leistung der 9. Volkskammer war daher eher praktischer Natur. Sie sorgte in der kurzen Zeit zwischen dem 13. November 1989 und dem 7. März 1990 mit der Verabschiedung des Wahl-, Reise- und Staatsbürgerschaftsgesetzes, sowie der Einrichtung eines Ausschusses zur Überprüfung von Amtsmissbrauch und Korruption für eine »institutionelle Restabilisierung nach dem Zusammenbruch der SED-Vormacht«¹⁴¹ und warb gleichzeitig durch ihre neue Offenheit und Diskussionsbereitschaft um mehr Vertrauen in der Bevölkerung.¹⁴²

Was die politische Kultur angeht, das Verständnis demokratischer Prozesse, ist sicher der Zentrale Runde Tisch von größerer Bedeutung und auch von größerer Nachwirkung. Auch wenn er ein politisches Modell repräsentierte, das sich bald überlebt hatte. Denn er war lediglich ein »Kriseninstrument«¹⁴³, das in erster Linie dazu diente, die ersten demokratische Wahlen zu organisieren. Vor allem er, nicht die Volkskammer, hatte mit der Form seiner Verhandlungen Erwartungen geweckt, die Teile der Öffentlichkeit, aber auch spätere Abgeordnete auf die Arbeit des Parlaments nach der Wahl vom 18. März übertrugen. Die Art der Aushandlung durch gleichberechtigte Teilnehmer, die sich idealerweise auf einen Kompromiss einigen, war für viele beispielhaft und sollte ihre Vorstellung von Demokratie prägen.

¹⁴⁰ H. OBERREUTER, *Idee, Norm und Realität*, 2002, S. 83.

¹⁴¹ R. SCHIRMER, *Machtzerfall*, 2005, S. 202.

¹⁴² Vgl. dazu die Aufstellung von U. KRANENPOHL, *Volkskammer*, 2010, S. 133 f.

¹⁴³ So Konrad Weiß, vgl. auch U. K. PREUSS, *Roundtable Talks*, 1996.

Parlament – Medien – Öffentlichkeit

1. Abgeordnete

Who is Who? Oder: Das Parlament der 400 Unbekannten

Die ursprünglich für den Mai 1990 vorgesehenen und dann wegen der immer drängender werdenden Krise im Land auf den 18. März 1990 vorgezogenen Volkskammerwahlen waren schon rein organisatorisch für alle Beteiligten eine Herausforderung. Der frühe Wahltermin bedeutete eine übereilte Kandidatenaufstellung, sofern es den Parteien auf die Schnelle überhaupt gelang, genügend Kandidaten zu finden, die bereit waren, sich aufstellen zu lassen.¹ Außerdem waren die meisten Parteien, vor allem aber die Parteineugründungen des Herbstes 1989 in der Kürze der Zeit kaum in der Lage gewesen, tragfähige Strukturen aufzubauen. An einen wirklichen Wahlkampf, und dann auch noch landesweit, war unter solchen Umständen nicht zu denken.²

Das Wahlergebnis des 18. März, der ersten freien demokratischen Wahl in der DDR seit 40 Jahren, ist bekannt: Zum Erstaunen vieler und entgegen allen Prognosen, die die SPD als Wahlsieger gesehen hatten, gewann die »Allianz für Deutschland«, das Wahlbündnis aus CDU, DA und DSU, mit insgesamt 48 Prozent der Stimmen und 192 Sitzen überraschend deutlich vor der Sozialdemokratie, der SED-Nachfolgerin PDS, dem Bündnis der Bürgerbewegungen Bündnis 90/Grüne sowie den Liberalen, DBD und DFD.³ Nach zähen Verhandlungen schlossen sich CDU/DA, DSU, SPD und Liberale am 12. April 1990 zu einer Großen Koalition zusammen, die mit insgesamt 303 Stimmen gegenüber den 97 der Oppo-

¹ Vgl. hierzu u. a.: C. HAUSMANN, *Elitenpool*, 2000, S. 530 f.

² Zumal Wahlkämpfe etwas völlig Neues und Ungewohntes waren. Er war überdies stark von den westdeutschen Parteien dominiert. Der offizielle Gründungsparteitag der DSU beispielsweise fand gerade einmal einen Monat vor der Wahl statt. Die Parteigründung selbst lag zwei Monate zurück. Vgl. W. JÄGER/M. WALTER, *Allianz für Deutschland*, 1998, S. 166 ff.

³ Im Einzelnen erzielten CDU 40,8 % (163 Sitze), SPD 21,9 % (88 Sitze), PDS 16,4 % (66 Sitze), DSU 6,3 % (25 Sitze), Die Liberalen 5,3 % (21 Sitze), Bündnis 90 2,9 % (12 Sitze), DBD 2,2 % (9 Sitze), Grüne-UFV 2,0 % (8 Sitze), DA 0,9 % (4 Sitze), NDPD 0,4 % (2 Sitze), DFD 0,3 % (1 Sitz), AVL 0,2 % (1 Sitz). Die beiden Abgeordneten der NDPD bildeten mit den Liberalen eine Fraktion, so dass diese insgesamt auf 23 Sitze kamen. Grüne Partei und UFV schlossen sich dem Bündnis 90 an und bildeten die Fraktion Bündnis 90/Grüne mit 20 Mitgliedern. Ebenso schlossen sich DBD und DFD zu einer Fraktion zusammen und kamen gemeinsam auf 10 Abgeordnete. Ende August 1990 löste sich die DBD/DFD-Fraktion auf, vier Mitglieder gingen zur CDU/DA-Fraktion, drei zur SPD, zwei zur FDP. Angaben nach P. SCHINDLER, *Datenhandbuch*, 1999, S. 3887, 3903–3907. Zur Allianz für Deutschland vgl. M. RICHTER, *Allianz für Deutschland*, 2008.

sition bis Ende Juli 1990 in der Volkskammer über eine äußerst komfortable Mehrheit verfügte.⁴

Als sich am 5. April die 400 frisch gewählten Abgeordneten zur konstituierenden Sitzung der 10. Volkskammer im Plenarsaal im Palast der Republik versammelten, hatten sie nur wenig mehr als zwei Wochen gehabt, sich auf ihre neue Aufgabe vorzubereiten.⁵ Das war in vielerlei Hinsicht nicht ausreichend. Vor allem ließ sich in so kurzer Zeit ein gravierendes Problem dieses Parlaments der Neulinge nicht aus der Welt schaffen: Man kannte einander nicht. Und damit war nicht nur gemeint, dass beispielsweise die Mitglieder der SPD-Fraktion nicht wussten, wer die Kollegen von der CDU, der PDS oder den Liberalen waren. Auch innerhalb der einzelnen Fraktionen konnte anfangs kaum jemand sagen, wen er vor oder neben sich hatte. Zentrale parlamentarische Funktionen, egal ob es die Posten des Fraktionsgeschäftsführers, der Ausschuss- und Arbeitskreisvorsitzenden oder der Mitglieder des Volkskammerpräsidiums waren, mussten besetzt werden, ohne genau einschätzen zu können, ob der Kandidat oder die Kandidatin der Aufgabe überhaupt gewachsen war. Dasselbe galt später auch für die Auswahl der Redner im Plenum. Solange man mangels Erfahrung und Informationen die Stärken wie Schwächen der eigenen Mitglieder nicht beurteilen konnte, war man auf Vermutungen und einen gehörigen Vertrauensvorschuss angewiesen.⁶

Paul Krüger (CDU/DA), der seine ersten Tage in der Volkskammer als eine Zeit gleich mehrfacher Orientierungslosigkeit in Erinnerung hatte – »Ich sehe uns noch am 27. März, dem Datum der konstituierenden Fraktionssitzung, suchend durch die Gänge des damaligen Finanzministeriums irren. Kaum jemand kannte den anderen.«⁷ – war sich der daraus ergebenden Implikationen offensichtlich bewusst:

»[E]s war von Anfang an erkennbar, daß politische Annäherungen und Kompromisse leichter erzielbar sind, wenn die politischen Akteure einander kennen, sich möglichst sogar schätzen oder zumindest berechenbar sind. [...] Die ersten überfraktionellen Begegnungen und Sitzungen in den parlamentarischen Gremien waren stark von Unsicherheit und gegenseitigem Mißtrauen geprägt. Jedes Wort wurde geradezu auf die Goldwaage gelegt.«⁸

Und Angelika Barbe (Bündnis 90/Grüne) sah in der fehlenden Vertrautheit miteinander rückblickend sogar einen der Gründe für die mangelnde Effektivität der Volkskammer.⁹

⁴ Die Mehrheitsverhältnisse sollten sich im Sommer ändern, denn am 24. Juli 1990 kündigten die Liberalen ihre Mitgliedschaft in der Koalition auf, am 19. August erklärte die SPD ihren Austritt. So dass ab 24. Juli das Verhältnis von Regierung zu Opposition 280 zu 120, vom 19. August an 192 zu 208 war.

⁵ Bei der in der Literatur ebenfalls zu findenden Angabe von 409 Abgeordneten, vgl. C. HAUSMANN, Biographisches Handbuch, 1999, sind die Nachrücker mitgezählt. Sitze hatte die 10. Volkskammer 400.

⁶ Dass so etwas auch schiefgehen konnte, mussten am 20. April die Liberalen erleben. Vgl. S. 250–256.

⁷ P. KRÜGER, Zur Arbeit der CDU/DA-Fraktion, 2000, S. 154.

⁸ Ebd., S. 157.

⁹ Parlamentarischer Pressedienst der Volkskammer der DDR, Nr. 11, 1. Oktober 1990, S. 9.

Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, dass man nicht wusste, wer wer ist, waren fraktionsunabhängig. Hansjoachim Walther, der Fraktionsvorsitzende der DSU, vermutete daher auch zu Unrecht, dass die ehemaligen Blockparteien in dieser Hinsicht einen Vorteil vor den Neugründungen des Herbstes 1989 gehabt hätten.¹⁰ Damit hob er natürlich vor allem auf eine angebliche Benachteiligung seiner eigenen Partei ab, die sich erst im Januar 1990 in Leipzig formiert hatte.¹¹ Er vergaß dabei, dass auch die Nachfolger der ehemaligen Blockparteien, wie beispielsweise die CDU oder die Liberalen weitgehend mit neuem Personal, bzw. Leuten aus der zweiten und dritten Reihe zu den Wahlen antraten, weil die erste Riege der Partei diskreditiert war.¹² Der CDU-Fraktionsvorsitzende Günther Krause beispielsweise bat in der ersten Sitzung seiner Fraktion jeden Redner zu sagen, wie er heiße. Man wolle sich ja hoffentlich nicht mehr nur »Du da, bitte« anreden, sondern gemeinsam die Namen lernen.¹³ Aufforderungen wie »der Mann in Forstuniform war der Zweite, der sich hier gemeldet hat«, sollten so schnell wie möglich der Vergangenheit angehören.¹⁴ Aus der Fraktion kam die Anregung, eine Liste mit Namen, Adressen und Berufen zusammenzustellen, damit man untereinander besser in Kontakt kommen und beispielsweise auch Fahrgemeinschaften bilden könne.¹⁵ Und das Problem blieb natürlich auch nicht auf die Abgeordneten beschränkt. Die Sekretärin Günther Krauses entschuldigte sich einer Journalistin gegenüber dafür, dass sie über ihren Chef nichts sagen könne, sie kenne ihn »doch erst wenige Tage«.¹⁶

Die Liberalen verfahren als eine mit 23 Mitgliedern überschaubare Fraktion ein wenig anders als CDU/DA, standen aber prinzipiell vor demselben Problem. Sie behalfen sich damit, in ihrer konstituierenden Sitzung als ersten Tagesordnungspunkt die einzelnen Mitglieder einander detailliert vorzustellen.¹⁷ Auch Ruth Fuchs (PDS) stellte fest, dass ihr von den Abgeordneten der eigenen, 66 Köpfe starken Fraktion lediglich Gustav-Adolf, genannt »Täve«, Schur und Gerhard Riege mehr oder weniger bekannt waren und auch das nur, weil Schur als hochdekoriertes Radrennfahrer ohnehin eine DDR-weite Berühmtheit war und Riege wie sie selbst an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena arbeitete.¹⁸ »Die Mehrheit der Fraktion [...] kannte

¹⁰ H. WALTHER, Profil, 2000, S. 184.

¹¹ In der DSU hatten sich Christlich-Soziale Partei Deutschlands (CSPD), Christlich Soziale Union (CSU), Freie Deutsche Union (FDU) und Forum-Partei Thüringen (FPT) sowie einige weitere kleine Gruppierungen zusammengeschlossen. Vgl. W. JÄGER/M. WALTER, Allianz für Deutschland, 1998, S. 149–191.

¹² Vgl. dazu C. HAUSMANN, Elitenpool, 2000, S. 530 f.

¹³ Fraktionssitzung am 2. April 1990, ACDP, TA 07-012 6100.

¹⁴ Ebd. Zum Phänomen der Forstbeamten in Uniform in der Volkskammer siehe auch S. 244 ff.

¹⁵ Fraktionssitzung am 2. April 1990, ACDP, TA 07-012 6100.

¹⁶ »Vieles zugleich«, FAZ vom 10. Mai 1990.

¹⁷ Protokoll 1. Fraktionssitzung am 25. März 1990, ADL, LI-27, Bl. 16.

¹⁸ R. FUCHS, Gott schütze, 1990, S. 18. Gustav-Adolf Schur war u. a. Radweltmeister, Vize-Weltmeister, mehrfacher Teilnehmer und Medaillengewinner bei Olympiaden. Fuchs war in Jena seit 1984 wissenschaftliche Assistentin für Sportwissenschaft, Riege dort seit 1965 ordentlicher Professor für Staatsrecht.

sich gegenseitig nicht einmal vom Namen.«¹⁹ Kannten sich Abgeordnete doch einmal besser, dann bezeichnenderweise gerade nicht aus politischen Zusammenhängen, sondern zum Beispiel entweder über die Mitgliedschaft in kirchlichen Gremien oder über den Beruf (wie die beiden Anwälte Lothar de Maizière und Gregor Gysi). Bündnis 90/Grüne hatten in dieser Hinsicht vermutlich die wenigsten Schwierigkeiten, die Fraktion war klein und viele der Mitglieder kannten sich aus Oppositionszeiten oder hatten bereits gemeinsam am Zentralen Runden Tisch gegessen. Trotzdem gab es auch dort Anlaufschwierigkeiten, so ist beispielsweise im Protokoll der konstituierenden Fraktionssitzung Matthias Platzeck mal als »Platcek«, mal als »Placek« zu finden.²⁰

Im Plenum sah es lange Zeit nicht besser aus. Bei der Wahl der sechs Stellvertreter der Präsidentin in der konstituierenden Sitzung wäre ohne die Forderung Werner Schulz' (Bündnis 90/Grüne), »daß die jetzt zur Wahl stehenden Abgeordneten sich selbst zumindest visuell vorstellen« einfach *en bloc* oder anders gesagt: die Katze im Sack gewählt worden. Erst nach seiner Intervention erhoben sich die zwölf Kandidaten, nachdem ihre Namen aufgerufen worden waren und boten den anderen damit zumindest die Möglichkeit zu sehen, wer sich hatte aufstellen lassen. Darüber hinausgehende Informationen bekamen sie nicht.²¹ Der ursprüngliche Plan, die Stellvertreter und alle weiteren Mitglieder des Präsidiums wenigstens in der darauffolgenden Plenarsitzung vorzustellen, verbunden mit ihrer Erklärung, dass sie auf eine mögliche Stasimitarbeit überprüft worden seien, wurde vom Präsidium wieder fallengelassen. Stattdessen sollte nur eine Liste der Namen ausgehändigt werden.²²

Sofern die Redner es nicht von alleine taten, bat in den folgenden Plenarsitzungen vor allem Vizepräsident Reinhard Höppner jeden, der ans Saalmikrofon trat oder eine Zwischenfrage hatte, sich vorzustellen und Name und Fraktion zu nennen. »Sie müssen bitte auch daran denken, daß uns Leute zusehen, die unsere Gesichter noch nicht so gut kennen, wie wir untereinander.«²³ Da war er allerdings zu optimistisch, denn auch Ende April konnte bei den Abgeordneten von Untereinander-Kennen noch nicht die Rede sein. Was den Hinweis auf die Zuschauer anging, lag Höppner allerdings richtig, wie ein Leserbrief an die Fernsehzeitschrift *F. F. dabei* zeigt:

»Sowohl die Volkskammertagung mit der Regierungs-Erklärung als auch die Diskussion war wirklich kein Vergnügen vor dem Fernseher, da man niemals wusste, wer am Rednerpult stand. Zudem war die Ankündigung vom Präsidium her zu kurz, daß der Zuschauer nur vom Konzept des Redners her ahnen konnte, welcher Fraktion er angehört.«²⁴

¹⁹ G. GYSI, Das Profil meiner Fraktion, 2000, S. 178.

²⁰ AGG, B III 1.1.

²¹ PV, 1. Tagung am 5. April 1990, S. 7.

²² Beschlussprotokolle der Sitzungen des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 9. April 1990, DA 1/18753, Bl. 39 und am 11. April 1990, BArch DA 1/18793, Bl. 11.

²³ PV, 5. Tagung am 26. April 1990, S. 103.

²⁴ *F. F. dabei*, 21 (1990) H. 22, S. 2. In einer ganz ähnlichen Situation befand sich 1954 der 2. Deutsche Bundestag: Radiohörer baten darum, jeweils die Parteizugehörigkeit der Redner an-

Das Fernsehen selbst war auch keine Hilfe: Erst von der 31. Tagung an wurden Name und Fraktionszugehörigkeit der Abgeordneten am Rednerpult als Untertitel eingebildet, allerdings nicht durchgängig oder vollständig.

Die Namensnennung im Plenum sollte aber auch die Arbeit des Präsidiums selbst erleichtern, das vor allem am Anfang große Schwierigkeiten bei der Identifikation der einzelnen Abgeordneten hatte. Bis in die vierte Sitzung hinein forderten die Vorsitzenden ohnehin lediglich »Vertreter« oder »Abgeordnete« der im Saal vertretenen Fraktionen auf, das Wort zu ergreifen. Wer dann wirklich ans Pult trat, wussten sie nicht, weil es im voraus nicht mitgeteilt wurde. Nicht selten kam es zu Missverständnissen, wenn der amtierende Sitzungsleiter einen Namen in seiner Vorlage nicht richtig lesen konnte oder ihn falsch aufgeschrieben hatte, was der Redner dann, mal diskret, mal für die Öffentlichkeit deutlich vernehmbar, richtigstellen musste.²⁵

Irgendwann funktionierte es dann jedoch von allein, fast schon reflexhaft nannten die Abgeordneten im Plenum kurz Namen und Fraktion. Vergaß es einer doch einmal, erinnerten die anderen ihn lautstark daran. Und mitunter konnte die Sache auch zum Spiel werden. Wenn zum Beispiel Uwe-Jens Heuer, einer der prominenten parlamentarischen Köpfe der PDS und notorischer Zwischenrufer, bei Wortmeldungen im Plenum auch nach Wochen immer noch zuerst seinen Namen nannte – »Für die Damen und Herren, die mich nicht kennen: Heuer, PDS« –, ging Gelächter durch den Saal.²⁶ Dasselbe galt für den mindestens ebenso redefreudigen und dementsprechend bekannten Jürgen Schwarz (DSU), der ebenfalls für Heiterkeit und ostentativen Beifall sorgte, als er sich bei einem Antrag zur Geschäftsordnung noch am 17. Juni artig den anderen vorstellte.²⁷ Die Vorsitzende Käte Niederkirchner (PDS) hingegen dachte am 13. Juli in erster Linie an die Stenografen, als sie Uwe-Jens Heuer, der eine Frage an Wolfgang Thierse (SPD) richtete, mit Namen und Fraktion vorstellte. Als Thierse unter allgemeinem Gelächter einwand, »ich kenne ihn«, erwiderte sie: »Aber die Stenografen nicht immer.«²⁸

Das Problem des Einander-nicht-Kennens hatte jedoch noch eine andere, DDR-spezifische Facette. Denn das latente Misstrauen unter den Abgeordneten, von dem Paul Krüger gesprochen hatte, das die Arbeit erschwerte und vermutlich auch bis ganz zum Schluss nicht vollständig beseitigt werden konnte, hatte unmittelbar mit dem

zugeben, vgl. BT Sten. Ber. 2/43, S. 2021. Vgl. auch H. BÄUERLEIN, Fernsehübertragungen, 1992, S. 224.

²⁵ Das passierte selbst noch im Juni und Juli, vgl. 19. Tagung am 29. Juni, in der Jürgen Schmieder »Alfred Fischer« das Wort erteilte, der zurückgab: »Herr Präsident, ich heiße nach wie vor Förster«, 5:00:50 (fehlt im Protokoll), oder die 23. Tagung am 12. Juli 1990, als Dieter Helm den Abgeordneten »Riemann« von der Fraktion CDU/DA aufrief. Der machte ihn dann, als er am Pult stand, leise darauf aufmerksam: »Entschuldigung, ich heiße Reimann«, 2:42:57 (fehlt im Protokoll). In der 25. Tagung am 19. Juli machte Stefan Gottschall aus »Haschke« »Huschke« und wurde von dem neben ihm sitzenden Dieter Helm korrigiert, 4:21:40–4:22:05 (ebenfalls nicht im Protokoll verzeichnet).

²⁶ Heuer in der 9. Tagung am 31. Mai 1990: 0:19:40 (nicht im Protokoll vermerkt).

²⁷ 15. Tagung am 17. Juni 1990: 0:23:27.

²⁸ 24. Tagung am 13. Juli 1990: 1:27:20 (nicht im Protokoll verzeichnet).

Problem »Stasi« zu tun.²⁹ Nicht nur für die Angehörigen der ehemaligen Blockparteien galt, dass niemand sicher sein konnte, nicht doch jemanden neben sich sitzen zu haben, der möglicherweise als Informant für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet hatte. Außerdem handelte es sich nicht nur um ein parlamentsinternes Problem. Denn auch die Bürger wussten größtenteils nicht, wer als ihre Repräsentanten im Plenum saßen. Manche der angetretenen Parteien hatten sich gerade einmal zwei Monate vor der Wahl gegründet, die Phase des Wahlkampfes war viel zu kurz und die technischen und kommunikativen Mittel waren völlig unzureichend gewesen, um die Kandidaten umfassend und landesweit bekannt machen zu können. So kreuzten viele Wähler am 18. März ihren Stimmzettel an, ohne wissen zu können, wen sie damit beauftragten, künftig im Parlament ihre Interessen zu vertreten.

Unter diesen Umständen war Vertrauen ein äußerst kostbares Gut. Nicht zuletzt auch deshalb, weil parlamentarische Demokratien, um mit den Worten Ute Freverts zu sprechen, »genuine politische Vertrauenssysteme« sind, im Gegensatz zu den »Inkarnationen des Misstrauens«, den sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas im 20. Jahrhundert.³⁰ Fälle wie die Enttarnung des Spitzenkandidaten des Demokratischen Aufbruchs, Wolfgang Schnur, als IM kurz vor der Wahl zur Volkskammer, drohten aber das sich gerade bildende Vertrauen bereits wieder zunichte zu machen. – Dass die Parteizugehörigkeit dabei nicht das entscheidende Kriterium war, dass neue wie alte Parteien gleichermaßen betroffen sein konnten, zeigt der neben Schnur sicherlich prominenteste Fall: Der des SPD-Vorsitzenden in der DDR, Manfred »Ibrahim« Böhme, dessen langjährige Stasimitarbeit kurz nach der Volkskammerwahl durch einen Artikel im *Spiegel* aufgedeckt wurde.³¹ Böhme war Gründungsmitglied der SDP, galt für geraume Zeit als einer der politischen Hoffnungsträger der Sozialdemokratie in der DDR und war sogar als potentieller Ministerpräsident im Gespräch.³² – Von diesem Zeitpunkt an war das Thema »Stasi«, das zuvor im Wahlkampf so gut wie keine Rolle gespielt hatte, in der Welt und sollte die Arbeit im Parlament beeinflussen, ob die Abgeordneten es wollten oder nicht.³³ Verschiedene Stimmen, aus den Bürgerkomitees, diversen Untersuchungsausschüssen, aber auch aus der Presse, hatten bereits davor gewarnt, dass durch die Verdachtsfälle die erst im Entstehen begriffene Demokratie

²⁹ H. WALTHER, Profil, 2000, S. 184; G. GYSI, Profil, 2000, S. 178; P. KRÜGER, Einigungsprozeß, 2000, S. 154, 157. Zur Rolle des Vertrauens in der Demokratie vgl. die Arbeiten von Ute FREVERT, Vertrauensfragen, 2013 u. DIES., Vertrauen, 2003. Zum MfS: D. GILL/U. SCHRÖTER, Ministerium, 1991.

³⁰ U. FREVERT, Vertrauen, 2003, S. 31.

³¹ »Es muß alles raus«, *Der Spiegel* 13/1990.

³² Selbst nachdem sich der Verdacht gegen ihn erhärtet hatte, hielt eine größere Gruppe in seiner Fraktion Böhme die Treue, was zu massiven Spannungen führte. So dauerte es noch bis Ende August, bis er, nach heftigem Streit in der Fraktion, sein Mandat niederlegte. Den Parteivorsitz hatte er da schon seit Monaten abgegeben. Vgl. Fraktionssitzung vom 21. August 1990, AdSD, Mappe 54.

³³ Zur Stasibelastung der Volkskammerabgeordneten vgl. D. PRIES, Stasi-Mitarbeiter, 2008, v. a. S. 9–46. Wie stark die Volkskammer letztlich betroffen und wie gerechtfertigt damit auch das Misstrauen war, sollten vor allem die beiden letzten regulären Plenarsitzungen im September zeigen, in denen die Stasimitgliedschaft diverser Abgeordneter ans Licht kam. Vgl. S. 292–297.

gefährdet und Glaubwürdigkeit und Legitimität des neuen Parlaments in Frage gestellt seien. Sollten diese Fälle nicht geklärt werden, seien die Abgeordneten fortan erpressbar.³⁴ Der Zentrale Runde Tisch hatte deshalb noch in seiner letzten Sitzung eine Überprüfung aller Politiker empfohlen:

»Für ein vertrauensvolles Miteinander von Bevölkerung und neuer Regierung ist völlige Klarheit darüber erforderlich, ob die neuen Politiker früher mit dem ehemaligen MfS kooperiert haben. Der Runde Tisch schlägt vor, daß eine parlamentarische Untersuchungskommission, bestehend aus Personen aller in der Volkskammer vertretenen Organisationen und Parteien unter Beachtung des Personen- und Datenschutzes zu diesem Zweck Einsicht in die Akten erhält.«³⁵

Und die Kommission zur Auflösung des ehemaligen AfNS³⁶ hatte am 21. März in einem Schreiben die »Vorstände der in die Volkskammer gewählten Parteien/Wählerverbindungen« auf »ernstzunehmende Hinweise« aufmerksam gemacht, die sie in den letzten Tagen erhalten hatte. Ihnen zufolge sollten sich unter den in die Volkskammer Gewählten Bürger befinden – die Presse sprach von 40 –,³⁷ die in unterschiedlicher Weise mit dem MfS zusammengearbeitet hätten. Sie baten um Zustimmung, die Abgeordneten in Anwesenheit eines Beauftragten des Generalstaatsanwalts der DDR, eines Vertreters der jeweiligen betroffenen Partei und eines Kirchenvertreters überprüfen zu können.³⁸ Der so in die Pflicht genommene Generalstaatsanwalt erklärte am Tag darauf jedoch, Überprüfungen vor Konstituierung der Volkskammer seien verfassungswidrig, ohnehin lägen sie allein in der Kompetenz des neuen Parlaments, da sie Immunität und Persönlichkeitsrechte der Abgeordneten tangierten.³⁹ Kundgebungen vor der Volkskammer und in anderen Städten in jenen Tagen forderten »Keine Stasikammer« oder »Keine Stasi-Fraktion in der Volkskammer!«.⁴⁰ Das Neue Forum schließlich hatte denjenigen Abgeordneten, gegen die ein Verdacht laut geworden war, nahegelegt, die gesetzliche Frist von sieben Tagen nach der Wahl zu nutzen, um ihr Mandat abzulehnen.⁴¹ Einige Abgeordnete waren wohl genau so verfahren, hatten ihr Mandat gar nicht erst angetreten und waren einfach von der politischen Bildfläche verschwunden, mitunter ohne die eigene Fraktion zu informieren, was diese vor große Probleme stellte.⁴²

³⁴ Vgl. die Presseauschnitte in Deutschland 1990, 1995, Bde. 54 u. 55.

³⁵ »Ergebnisse der 16. Sitzung des Runtischgespräches am 12. März 1990«, BArch DA 3/88, Bl. 143. Vgl. dazu auch S. 292–297.

³⁶ Vgl. dazu D. GILL/U. SCHRÖTER, Ministerium, 1991, S. 191–195.

³⁷ »40 Stasi-Mitglieder in der Volkskammer?«, *NZZ* vom 22. März 1990.

³⁸ Eine Durchschrift des Schreibens ging an den Generalstaatsanwalt, BArch DA 1/18796. Beide Schreiben sind abgedruckt in D. GILL/U. SCHRÖTER, Ministerium, 1991, S. 229 ff.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ »Jeder Verdacht muß ausgeräumt werden«, *ND* vom 30. März 1990.

⁴¹ § 37 (5), Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 18. März 1990, vom 20. Februar 1990, GBl. DDR I Nr. 9 S. 60. »Der Schatten des Staatssicherheitsdienstes und der alten Verfassung«, *FAZ* vom 22. März 1990.

⁴² Vgl. hierzu die Diskussion in der CDU/DA-Fraktion am 2. April 1990, ACDP, TA 07-012 6100 sowie S. 209. Insgesamt 12 Abgeordnete der Volkskammer hatten ihr Mandat nicht angetreten. Die Gründe dafür sind nicht immer bekannt.

Das heißt, es musste nach innen wie nach außen gleichermaßen um Vertrauen gewonnen werden. Dementsprechend wurde dieser Aspekt in der konstituierenden Sitzung auch bei der – in etablierten Parlamenten unüblichen – Vorstellung der Kandidaten zur Wahl der Mitglieder des Präsidiums besonders hervorgehoben.⁴³ Für den DBD/DFD stellte Per-René Seeger Günther Maleuda mit den Worten vor, jener genieße »in seiner Partei und darüber hinaus in weiten Teilen« des Volkes »großes Vertrauen« und hob seine Sachkompetenz, Überparteilichkeit und Korrektheit während seiner Amtszeit als Präsident der 9. Volkskammer hervor. Großes Vertrauen genoss, Gregor Gysi zufolge, auch der Kandidat der PDS, Hans Modrow, »nicht nur in seiner Partei, sondern in der Bevölkerung überhaupt«. Diese Behauptung rief im Saal allerdings lauten Widerspruch hervor.⁴⁴ Und Sabine Bergmann-Pohl erwähnte direkt nach ihrer Wahl zur Präsidentin der Volkskammer, nicht nur in Richtung der neuen Kollegen, dass sie bereits auf eine mögliche Stasi-Zusammenarbeit hin überprüft worden sei, »damit Sie auch Vertrauen zu mir haben können.«⁴⁵

Auch die Einsetzung des Zeitweiligen Prüfungsausschusses in der darauffolgenden Sitzung, mit dem die Volkskammer auf das Drängen der Öffentlichkeit reagierte, die Stasiverstrickungen zu untersuchen, wurde mit der nötigen Vertrauensbildung begründet. Dankward Brinksmeier (SPD) betonte, dass »das Vertrauen der Wähler in das erste frei gewählte Parlament [...] nicht vom Zweifel an der moralischen Integrität seiner Abgeordneten überschattet« werden dürfe.⁴⁶ Und Lutz Goepel (DBD/DFD) erklärte, dass seine Fraktionskollegen in der bereits erfolgten Überprüfung »eine Voraussetzung zur Herstellung und Vertiefung des Vertrauens der Abgeordneten zu ihren Wählern sowie der Parlamentarier dieses Hauses untereinander« sähen. Aber auch Richard Schröder schloss seine Rede als Vorsitzender vor der SPD-Fraktion »Über unsere Situation nach der Koalitionsvereinbarung« am 18. April mit den Sätzen: »Laßt uns Vertrauen wagen, untereinander und zu unseren Koalitionspartnern. Vertrauen wagen ist etwas anderes als Vertrauensseligkeit oder Leichtsinn. Aber es bleibt ein Wagnis. Dazu müssen wir den Mut aufbringen.«⁴⁷

Sozialstruktur

Wer also waren diejenigen, die sich in die 10. Volkskammer hatten wählen lassen? Analysen der Zusammensetzung, der Berufs- und Sozialstruktur der Volkskammer

⁴³ Bezeichnenderweise empfand der Bundestagsabgeordnete Michael von Schmude (CDU), der in dieser Sitzung als Gast auf der Tribüne saß, dies als unprofessionell, »Neuer Geist im alten Haus«, *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 6. April 1990.

⁴⁴ PV, 1. Tagung am 5. April 1990, S. 3 f.

⁴⁵ Ebd., S. 9.

⁴⁶ PV, 2. Tagung am 12. April 1990, S. 27.

⁴⁷ AdsD, Mappe 22.

sind rar, weshalb wir darüber nur oberflächlich Bescheid wissen.⁴⁸ Erschwert wird eine solche Analyse dadurch, dass – wie bei vielen Untersuchungen dieser Art – die Datenbasis in der Regel aus den Selbstauskünften der Abgeordneten gewonnen wird, also vor allem aus den offiziellen Abgeordnetenhandbüchern wie zum Beispiel dem »Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages« oder wie in unserem Fall dem ostdeutschen Pendant »Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik«. ⁴⁹ Deren Angaben haben das Manko, dass zum Beispiel einheitliche Kategorien zur Berufsklassifizierung oder zur Bildungsbiographie fehlen⁵⁰ und es den Auskunft gebenden Personen daher selbst überlassen bleibt, was sie über sich preisgeben oder lieber verschweigen wollen, wie sie bestimmte Dinge in ihrer Biographie werten oder darstellen und wie sie in der Öffentlichkeit gesehen werden möchten. Abgeordnetenhandbücher sind zwar als neutrale Information gedacht, sind aber nicht zuletzt ein willkommenes Instrument der Selbstdarstellung und Inszenierung.⁵¹

Während Hans Michael Kloth für seine bereits 1991 entstandene Darstellung der Berufs- und Bildungsstruktur der Volkskammerabgeordneten lediglich auf die Daten aus dem offiziellen Handbuch der Volkskammer zurückgegriffen hat, – dasselbe gilt *grosso modo* für das von Peter Schindler herausgegebene Datenhandbuch – ist die Quellenbasis der Analysen Christopher Hausmanns wesentlich breiter. Er hat unter anderem den Bestand des Bundesarchivs und anderer Archive herangezogen, aber beispielsweise auch gezielt Fragebögen ausgewertet. Die folgenden Angaben orientieren sich weitgehend an seinen Untersuchungen.

Gleich zu Beginn seiner Analyse macht Hausmann klar, dass sich »in Bezug auf Geschlecht, Konfession, Bildung, Beruf und Alter [...] die kleine Gruppe der 409 Abgeordneten fundamental von der übrigen DDR-Gesellschaft« unterschied.⁵² Dass Parlamente wie zum Beispiel der Deutsche Bundestag in der Regel »kein Spiegelbild

⁴⁸ H. M. KLOTH, *Einige Zahlen*, 1991; P. SCHINDLER (Hrsg.), *Datenhandbuch*, 1999, S. 3891–3895; C. HAUSMANN, *Biographisches Handbuch*, 2000; DERS., *Elitenpool*, 2000; R. PAWLOWSKI, »Unsere Frauen«, 2008.

⁴⁹ Für das offizielle Abgeordnetenhandbuch der 10. Volkskammer – dessen Vorgängerbände unter dem Titel »Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik« auch schon in den drei Jahrzehnten zuvor vom Parlamentssekretariat im Auftrag des Präsidiums herausgegeben worden waren, und das in all diesen Jahren in Aufbau und Aussehen auffällig seinem bundesdeutschen Pendant gleich – sind im Übrigen zwar die Daten weitgehend vollständig zusammengetragen worden, es ist aber nie erschienen. Vgl. dazu G. PETERS, *Handbuch*, 2010.

⁵⁰ Zu den methodischen Problemen vgl. P. SCHINDLER, *Datenhandbuch*, 1999, S. 678 ff.

⁵¹ In diesem Zusammenhang sind auch die Angaben interessant, die die 144 im Oktober 1990 in den Deutschen Bundestag delegierten Volkskammerabgeordneten für das Bundestagshandbuch gemacht haben: Viele heben hervor, vor 1989 keiner Partei angehört zu haben oder stellen ihre Kontakte zur Oppositionsbewegung in der DDR heraus, und führen teilweise auch an, warum sie in die Politik gingen. Beispielsweise erklärte Johannes Nitsch (CDU), »1989 aus Impulsen des konziliaren Prozesses in die Politik geraten« zu sein. Aufschlussreich ist auch, wenn der promovierte Ökonom und letzte Ministerratsvorsitzende der DDR Hans Modrow (PDS), der gut drei Viertel seines Lebens als Parteifunktionär tätig war, als Beruf Maschinenschlosser angibt. Vgl. *Amtliches Handbuch*, 1990, S. 81 u. 78.

⁵² C. HAUSMANN, *Biographisches Handbuch*, 2000, S. XVIII. 64 Prozent der Abgeordneten machten Angaben zu ihrer Konfession, ebd.

der Zusammensetzung der Bevölkerung«⁵³ sind, ist inzwischen hinreichend untersucht und bekannt. Diese Feststellung trifft allerdings auch für die 10. Volkskammer zu. Sie hat quasi aus dem Stand das im Westen herrschende Muster übernommen. Hausmanns Befund widerspricht aber vor allem diametral dem Selbstverständnis der Volkskammermitglieder, die sich nicht nur im übertragenen Sinne als Repräsentanten der DDR-Bürger sahen. So hat beispielsweise der Fraktionsvorsitzende der Liberalen in der Volkskammer, Rainer Ortleb, die angebliche Weigerung vieler Abgeordneter, sich dort profilieren zu wollen, damit begründet, »dass diese Volkskammer wirklich eine aus dem Volk herausgegriffene Masse gewesen ist, was beim Bundestag nun seit Jahrzehnten sicherlich nicht mehr der Fall ist.«⁵⁴ Im Gegensatz zum Bundestag sei Politik in der Volkskammer Berufung, nicht Beruf gewesen.⁵⁵ Dass die Abgeordneten keine Berufspolitiker waren ist natürlich richtig, doch das bedeutete nicht automatisch, dass sie auch repräsentativ für die DDR-Gesellschaft gewesen wären. Auch Gerd Gies (CDU/DA) vertrat die Ansicht, die Volkskammer habe »eher den Bevölkerungsquerschnitt« dargestellt als heutige Parlamente.⁵⁶ Sieht man sich Hausmanns Aufstellung an, stimmt genau das nicht.

Die 10. Volkskammer der DDR war mit einem Durchschnittsalter der Abgeordneten von 44,8 Jahren ein relativ junges Parlament, aber nur geringfügig jünger als der Deutsche Bundestag (49,3 Jahre). Sie war überwiegend protestantisch (50,7 Prozent, bei 13,5 Prozent Katholiken und 15,3 Prozent Atheisten). Diese »im Bezug zur DDR-Bevölkerung genau inverse Proportion von Atheisten und Christen« überrascht laut Hausmann, denn »die parlamentarische Elite [zeigte] genau das Gegenbild zu dieser weitgehend entkirchlichten Gesellschaft« der DDR, wo »rund 70 % aller Einwohner ohne eine kirchliche Bindung« lebten.⁵⁷ Hausmann weist weiter darauf hin, dass die konfessionelle Bandbreite in der Volkskammer mit Reformierten, Methodisten, Adventisten, Herrnhuter Christen und Altlutheranern sehr groß war. Die meisten Katholiken fanden sich bei CDU/DA, die meisten Protestanten bei SPD und Bündnis 90/Grüne.

Die 10. Volkskammer hatte einen Frauenanteil von 19,8 Prozent. Das waren mehr Frauen, als zur selben Zeit im Bundestag saßen (15,4 Prozent)⁵⁸, aber angesichts der Tatsache, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen zur offiziellen Doktrin der DDR gehörte, hätte man mehr erwarten können. Und sie hatte einen außerordentlich hohen Akademikeranteil von 86,1 Prozent (Bundestag: 82,5 Prozent), darunter ragten als größte Gruppe mit 24,3 Prozent die Ingenieure heraus. An zweiter

⁵³ H. KAACK, Die soziale Zusammensetzung, 1988, S. 135.

⁵⁴ Interview Ortleb.

⁵⁵ Damit suggerierte er, dass unter solchen Umständen eine Selbstinszenierung, wie er sie den Bundestagsabgeordneten unterstellte, nicht nötig sei. Vgl. dazu das 3. Kapitel.

⁵⁶ »Politik wurde emotionaler betrieben«, volksstimme.de/nachrichten/lokal/stendal/1446798_Politik-wurde-emotionaler-betrieben.html.

⁵⁷ C. HAUSMANN, Biographisches Handbuch, 2000, S. XIX.

⁵⁸ Diese, die vorangegangenen und die folgenden Vergleichsdaten zum Deutschen Bundestag sind P. SCHINDLER (Hrsg.), Datenhandbuch, 1999 entnommen.

Stelle, mit 13 Prozent, folgten die Lehrer, dann mit 11 Prozent die Ärzte. Theologen (7,1 Prozent) rangierten noch hinter den Geistes- und Sozialwissenschaftlern (11,4 Prozent) und den Naturwissenschaftlern (10,5 Prozent). Am geringsten waren unter den Akademikern die Agrarwissenschaftler mit 4,7 und die Juristen 4,2 Prozent vertreten. 36,7 Prozent der Abgeordneten waren promoviert.⁵⁹

Andere Berufszweige wie Facharbeiter (5,6 Prozent), kaufmännische (2,5 Prozent) oder soziale Berufe (2,2 Prozent), Handwerker (1,7 Prozent) oder landwirtschaftliche Berufe (1,2 Prozent) waren dementsprechend selten vertreten.⁶⁰ Hierbei handelt es sich allerdings um die erlernten Berufe. Die Statistik der ausgeübten Berufe sieht folgendermaßen aus: Den größten Teil machten mit 48,9 Prozent öffentlich Bedienstete aus, in der Wirtschaft Angestellte folgten mit großem Abstand (19,8 Prozent). Der Rest verteilte sich auf kirchliche Arbeitnehmer und Parteiangestellte (beide je 6,6 Prozent), Selbständige bzw. Freiberufler (4,9) Prozent, Bürgermeister, Verwaltungsämter und Justiz (ebenfalls 4,9 Prozent) und Arbeiter (1,5 Prozent).⁶¹ Hausmann macht aber darauf aufmerksam, dass es sich dabei um eine Momentaufnahme vom Herbst 1989 handelt, »bevor eine allgemeine horizontale wie vertikale Mobilität in den Wendejahren viele berufliche Karrieren regelrecht durcheinanderwirbelte.«⁶²

Was jedoch sagt diese Zusammensetzung über die Arbeit dieses Parlaments aus? Machte sie sich überhaupt bemerkbar? Was bedeuten zum Beispiel der hohe Anteil von Akademikern oder die Tatsache, dass nur wenige Agrarwissenschaftler, dafür aber viele Ingenieure vertreten waren?⁶³ Stimmt die Beschreibung Gregor Gysis (PDS), der behauptete:

»[V]iele unverbrauchte Seiteneinsteiger, ausgewählte Fachleute, darunter viele Juristen und Theologen, in allen Fraktionen war ein breites Berufsspektrum vorhanden, das ausreichende Sach- und Fachkompetenz erwarten ließ, eine beachtliche Zahl promovierter Spezialisten, die etwas akademischen Atem dem Parlament hätten vermitteln können, frischer Wind und parlamentarische Unbekümmertheit waren zu erwarten.«⁶⁴

Hat es Auswirkungen auf den parlamentarischen Arbeitsalltag, wenn bestimmte Berufsgruppen dort häufiger vertreten sind als andere? Problematisch für die Arbeit der 10. Volkskammer war sicherlich, dass ihr, anders als Gregor Gysi behauptete, die Juristen fehlten. Denn sie wurden für die Formulierung von Gesetzestexten und allgemein für das Verständnis juristischer Abläufe dringend gebraucht. Doch selbst wenn

⁵⁹ Im Deutschen Bundestag waren es in der 11. Wahlperiode 26,9 Prozent (eigene Auszählung auf Basis des Bundestagshandbuchs, das Datenhandbuch von Schindler macht dazu keine Angaben).

⁶⁰ Alle Angaben nach C. HAUSMANN, Biographisches Handbuch, 2000, S. XXI; Die älteren Daten von H. M. KLOTH, Einige Zahlen, 1991, S. 468 ff., differieren leicht. Kloth geht von 400 Abgeordneten aus, während Hausmann auch die neun Nachrücker einbezieht. Siehe zur Kritik an Kloths Datenbasis auch C. HAUSMANN, Elitenpool, 2000, Anm. 5.

⁶¹ C. HAUSMANN, Biographisches Handbuch, 2000, S. XXII.

⁶² Ebd., S. XXIII.

⁶³ Vgl. dazu auch P. Schindler, Datenhandbuch, 1999, S. 678 f.

⁶⁴ G. GYSI, Das Profil, 2000, S. 177.

sie zahlreicher vertreten gewesen wären – mit westdeutschem Recht und der entsprechenden juristischen Terminologie waren auch DDR-Juristen nicht vertraut.

Wie schwierig die Einordnung und Bewertung biographischer Informationen ist, sieht man gerade auch an den in der Volkskammer vertretenen Theologen und Pfarrern. So wollte das *Neue Deutschland* dort bereits nach der ersten Woche weit mehr als früher einen »christlichen Geist« entdeckt haben und machte das daran fest, dass einige Minister sich bei Ablegen ihres Amtseides auf Gottes Hilfe berufen hatten.⁶⁵ Es verband mit der Anwesenheit von Pfarrern im Parlament vor allem die Hoffnung, dass sich »die starke theologische Repräsentanz wohltuend auf Geist und Ton des Hauses auswirkt, auf die Sachlichkeit im Stil und die Toleranz in der Begegnung«. Die Pfarrer könnten

»hilfreich sein, wenn sie sich in der Politik mit ebensolcher Konsequenz engagieren, wie sie ihr geistliches Amt ausübten. Humanismus, Toleranz, Achtung vor der Meinung anderer – solche Werte könnten gerade sie in die parlamentarische Arbeit einbringen, nachdem die meisten von ihnen diese Werte in der Vergangenheit gegen das frühere System so nachdrücklich vertreten haben.«⁶⁶

Und auch die Abgeordneten selbst gingen davon aus, dass sie von der Anwesenheit von Pfarrern, Theologen, aber auch von der der Juristen, profitieren würden, einfach weil diese als rhetorisch versiert galten. Sie waren das öffentliche Sprechen gewohnt, alle anderen hatten darin kaum oder nur wenig Erfahrung. Damit werden bestimmten Berufsgruppen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben, die sich angeblich in einer bestimmten Weise auf die parlamentarische Arbeit auswirken. Doch stimmt das? Gelegentlich war zu lesen, dass die 10. Volkskammer ein »Parlament der Pfarrer« oder, despektierlicher, der »Pfaffen« gewesen sei.⁶⁷ Die Zahlen sagen jedoch etwas anderes. Außergewöhnlich hoch war der Anteil der Pfarrer und Theologen in der Volkskammer mit circa sieben Prozent nämlich nicht. – Vergleicht man es mit dem Deutschen Bundestag zur selben Zeit war er es hingegen schon. Dort gelangte der Anteil der (evangelischen) Pfarrer nie über 1 Prozent hinaus, in der 11. Wahlperiode (1987 bis 1990) saß kein einziger im Parlament. – Das hatte mit der besonderen Stellung vor allem der evangelischen Kirche in der DDR und ihrer Rolle für die Oppositionsbewegung zu tun. Die Kirchlichen Hochschulen waren die einzige autonome Organisation in der DDR, die denjenigen eine intellektuelle Zuflucht boten, die nicht an staatlichen Universitäten studieren wollten oder konnten. Dementsprechend kamen aus ihnen viele Mitglieder der oppositionellen Gruppen.⁶⁸

⁶⁵ »Ein neuer Geist geht in der Volkskammer um«, *ND* vom 7./8. April 1990.

⁶⁶ »Von der Kanzel in das Parlament«, *ND* vom 12./13. Mai 1990.

⁶⁷ »Das Parlament der Pfarrer«, *taz* vom 30. März 1990.

⁶⁸ Am Ost-Berliner Sprachenkonvikt (der Kirchlichen Hochschule in Ost-Berlin) hatten beispielsweise die Volkskammerabgeordneten Martin Gutzeit, Thomas Krüger, Markus Meckel, Hans-Jürgen Misselwitz, Jes Albert Möller, Richard Schröder, Gisela Sept-Hubrich (alle SPD), Karl-Ernst Selke (CDU), Hans-Jochen Tschiche, Steffen Reiche, Wolfgang Ullmann und Vera Lengsfeld (Wollenberger) (alle Bündnis 90/Grüne) studiert.

Doch ist auch der Umkehrschluss, dass es sich eben nicht um ein »Parlament der Pfaffen« gehandelt habe, zumindest zu überprüfen. Sofern nämlich eine Herkunft aus dem kirchlichen Milieu dafür herangezogen wird, eine besondere Form des Umgangs, der Argumentation und Kommunikation in der Volkskammer zu erklären, wie es bei den dort vertretenen Pfarrern gemacht wurde, müsste der Kreis der Personen eigentlich erweitert werden. Denn die Konzentration auf nur diejenigen, die Theologie studiert und den Beruf als Pfarrer ausgeübt haben, ist viel zu schematisch. Auf diese Weise fallen beispielsweise Abgeordnete wie Reinhard Höppner (SPD) durch das Raster, der selbst zwar Mathematiker war und in einem Verlag arbeitete, aber aus einer Pfarrersfamilie stammte, mit einer Pfarrerin verheiratet war und jahrelang das Amt eines Synodalpräses der Evangelischen Kirche in der DDR ausgeübt hatte.

Unabhängig von der jeweiligen Berufszugehörigkeit und den damit verbundenen Erwartungen und Zuschreibungen: Viel entscheidender in diesem Zusammenhang scheint zu sein, dass die Mitglieder der 10. Volkskammer über keine *parlamentarische* Erfahrung verfügten.

Parteizugehörigkeit

Neben der Berufszugehörigkeit und der Bildungsbiographie der Abgeordneten hat Christopher Hausmann die Angaben zu ihrer Parteizugehörigkeit und den Rekrutierungsprozess für die Volkskammer in einem zweiten Schritt detaillierter aufzuschlüsseln und nachzuzeichnen versucht.⁶⁹ Das Parteiensystem in der DDR war im Herbst 1989 massiven Veränderungen unterworfen. Nicht nur dass es eine Reihe von Parteienneugründungen gab, allen voran die SDP (seit Januar 1990 SPD), aber beispielsweise auch die Deutsche Soziale Union (DSU) oder der Demokratische Aufbruch (DA). Auch in den bereits bestehenden Parteien, vor allem in der SED, aber ebenso in den mit ihr eng verbundenen Blockparteien, mussten die bisherigen Führungsfiguren ihre Plätze weitgehend zugunsten weniger belasteter Kader räumen. So dass in ihnen jetzt vor allem Funktionäre aus der zweiten und dritten Reihe zum Zuge kamen, zusammen mit einigen wenigen Reformern aus den sogenannten Transformationseliten.⁷⁰ Für die CDU bestätigt Michael Richter diesen Befund mit dem Hinweis darauf, dass nicht nur die Volkskammerwahl, sondern auch die folgenden Kommunalwahlen im Mai sowie die Landtagswahlen im Oktober 1990 vor allem bisherige Funktionäre der Block-CDU in die Ämter gebracht hätten. Das hing auch damit zusammen, dass es kaum Alternativen gab, denn »selbst die Funktionäre aus der Ost-CDU reichten bei weitem nicht, alle politischen Ämter, die der Partei nun zufielen zu besetzen.«⁷¹ In der CDU-Fraktion der Volkskammer waren es lediglich acht Prozent, die als Neulinge in der Wendezeit zur Partei dazu gestoßen waren, 50 Prozent der Fraktionsmitglie-

⁶⁹ C. HAUSMANN, *Elitenpool*, 2000, S. 529 ff.

⁷⁰ Ebd., S. 530 u. 532.

⁷¹ M. RICHTER, *Die Blockpartei CDU*, 2010, S. 127. Zur CDU vgl. auch U. SCHMIDT, *Blockpartei*, 1997; DIES., *Transformation*, 1994.

der waren in der Zeit von 1971 bis 1989 der Partei beigetreten, weitere 32 Prozent zwischen 1961 und 1970 und selbst der Anteil derjenigen, die vor 1961 CDU-Mitglied wurden, war mit 10 Prozent höher als der der Neulinge. Trotzdem ist von allen Blockparteien bei der CDU noch die größte Zahl von Neuzugängen zu verzeichnen. Mit Burkard Schneeweiß und Gerhard Pohl gab es in ihren Reihen lediglich zwei Abgeordnete, die bereits Mitglied der 9. Volkskammer gewesen waren.

Bei den Liberalen, die anfangs unter dem Namen »Bund Freier Demokraten – Die Liberalen« auftraten – ein Zusammenschluss von Deutscher Forumpartei, FDP und der inzwischen wieder in LDP umbenannten ehemaligen LDPD – waren 42 Prozent der 22 Volkskammerabgeordneten während der Wendezeit in die jeweiligen Parteien eingetreten oder gehörten wie Dieter Annes, Konrad Felber oder Dieter Wöstenberg zu deren Gründungsmitgliedern. Die anderen waren in den Jahrzehnten zuvor (elf Prozent zwischen 1971 und 1989, 42 Prozent zwischen 1961 und 1970 und fünf Prozent vor 1961) Mitglieder von LDPD bzw. NDPD gewesen.⁷² Klaus-Christian Fischer, Gerd Staegemann und Günter Hielscher hatten ihre Parteien bereits in der 9. Volkskammer vertreten.

Die neun Abgeordneten der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands⁷³ hingegen waren durchweg altgediente Parteimitglieder. Hier waren 56 Prozent bereits vor 1961 eingetreten und jeweils 22 Prozent zwischen 1961 und 1970 sowie zwischen 1971 und 1989. Drei von ihnen, Günther Maleuda, Werner Marusch und Hans Watzek, hatten bereits der 9. Volkskammer angehört. Auch unter den DBD-Abgeordneten gab es eine Reihe von Parteifunktionären: Marusch war Mitglied des Bezirksvorstands in Cottbus, Georg Zschornack Kreisvorsitzender in Bautzen, Joachim Holz ebenfalls Mitglied im Bezirksvorstand Magdeburg. Werner Meyer-Bodemann und Watzek gehörten dem Parteivorstand an und Maleuda war nicht nur der Vorsitzende der Partei, sondern hatte auch eine politische Karriere auf höchster Ebene vorzuweisen: als Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR seit Juni 1987 und Mitglied des Nationalrats der Nationalen Front. Die einzige Abgeordnete des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, Karin Bencke, war ebenfalls bereits seit Anfang der siebziger Jahre Mitglied im DFD.

Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) als Nachfolgepartei der SED schließlich, die einen gigantischen personellen Aderlass hinter sich hatte – von 1,8 Millionen Parteimitgliedern Ende Dezember 1989 war der Bestand bis Ende 1990 auf nur noch circa 280 000 geschrumpft⁷⁴ – rekrutierte ihre Abgeordneten nun vor allem aus den Nachwuchsorganisationen der SED, also auch hier stammte das neue politische Personal weitgehend aus der zweiten Reihe. Unter den PDS-Abgeordneten gab es die meisten, die bereits, zum Teil jahrzehntelange, Volkskammererfahrung vor-

⁷² Zur Parteigeschichte vgl. W. JÄGER/M. WALTER, Parteienlandschaft, 1998; M. BOGISCH, Das Ende, 2009; T. PFAU, Aspekte, 1994; U. SOMMER, Die Liberal-Demokratische Partei, 1996.

⁷³ Zur DBD vgl. H. REICHEL, Blockflöten, 1997 sowie W. JÄGER/M. WALTER, Die Demokratische Bauernpartei, 1997.

⁷⁴ M. KOSS, Von der SED zur PDS, 2010, S. 186. G. NEUGEBAUER/R. STÖSS, Die PDS, 1996.

weisen konnten: Käte Niederkirchner, Kerstin Bednarsky (allerdings bis 1990 noch für den DFD), Jurij Groß, Hans Modrow, Gustav Adolf Schur und Hans-Joachim Willerding.⁷⁵ Willerding war bis kurz vor Ende der 9. Volkskammer Vorsitzender der FDJ-Fraktion gewesen, Modrow von November 1989 bis März 1990 Vorsitzender des Ministerrates der DDR und von Dezember 1989 bis Februar 1990 stellvertretender Parteivorsitzender, danach Ehrenvorsitzender der PDS.

Ganz anders hingegen sah die Situation bei SPD, DA, DSU und Bündnis 90/Grünen, den Neugründungen des Herbstes 1989, aus. Logischerweise kamen deren Abgeordnete zu 100 Prozent erst während der Wende zu den jeweiligen Parteien. Sie waren aber vielfach auch zuvor nie Mitglied in einer Partei gewesen. Aber, wie das Beispiel Ibrahim Böhmes zeigt, schützte auch das nicht davor, Belastete in den eigenen Reihen zu haben. Die SPD war, noch unter dem Namen »Sozialdemokratische Partei in der DDR« (SDP) am 7. Oktober in dem kleinen märkischen Ort Schwante im Norden von Berlin gegründet worden. Vier der 40 Gründungsmitglieder vertraten die SDP am Zentralen Runden Tisch, zehn Gründungsmitglieder saßen von April 1990 an in der Volkskammer.⁷⁶ Andere wie Karl-August Kamilli, Harald Ringstorff, Christina Fritsch, Frank Heltzig, Ernst Schemmel oder Johannes Gerlach hatten zu den Mitbegründern der Partei bzw. der Ortsverbände in Leipzig, Rostock, Zwickau, Dresden, Altenburg oder Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) gehört.

Der Demokratische Aufbruch (gegründet am 1. Oktober 1989) war im Umfeld der evangelischen Kirche entstanden, anfangs ohne eindeutige politische Festlegung ging er später jedoch ein Wahlbündnis mit der CDU ein.⁷⁷ Von seinen vier Abgeordneten in der Volkskammer gehörten zwei, nämlich der Pfarrer Rainer Eppelmann und die Juristin Brigitta-Charlotte Kögler, zu den Gründungsmitgliedern. Die DSU hingegen wurde mit starker ideeller wie materieller Unterstützung der bayerischen CSU im Januar 1990 in Leipzig ins Leben gerufen. Sie setzte sich zusammen aus Mitgliedern der Christlich-Sozialen Partei Deutschlands (CSPD), der Christlich Sozialen Union (CSU), der Freien Deutschen Union (FDU) und der Forum-Partei Thüringen (FPT) sowie einigen weiteren kleineren Parteien und Gruppierungen.⁷⁸ Auch in ihrer Fraktion waren Parteifunktionäre auf Kreis- und Bezirksebene stark vertreten.⁷⁹ Peter-Michael Diestel und Hans-Wilhelm Ebeling waren beide erst Mitbegründer der CSPD, dann der DSU. Diestel fungierte bis Juni 1990 als DSU-Generalsekretär. Joachim Hubertus Nowack gehörte zu den Mitbegründern der CSU (Ost), später dann

⁷⁵ Modrow war seit 1957 MdV, Schur seit 1958, Niederkirchner kam 1967, dreiundzwanzigjährig, für die FDJ in die Volkskammer, später war sie Mitglied der SED-Fraktion, von März 1990 an PDS.

⁷⁶ Angelika Barbe, Ibrahim Böhme (ZRT), Dankward Brinksmeier (ZRT), Konrad Elmer, Martin Gutzeit (ZRT), Stephan Hilsberg, Thomas Krüger, Markus Meckel (ZRT), Steffen Reiche, Walter Romberg.

⁷⁷ W. JÄGER/M. WALTER, *Allianz für Deutschland*, 1998, S. 97–147.

⁷⁸ Ebd., S. 149–202.

⁷⁹ So z. B. Norbert Koch als Landesvorsitzender in Sachsen. Bei den anderen ist nicht klar, ob sie diese Funktionen erst im Laufe ihrer Volkskammerzeit übernommen haben oder bereits als solche gewählt wurden.

ebenfalls der DSU. Und Hansjoachim Walther war Mitbegründer der FPT und später der CSU (Ost).

Bündnis 90/Grüne, war, wie der Name bereits andeutet, ebenfalls ein Zusammenschluss, in diesem Fall aus Mitgliedern von Bürgerrechts- und Umweltschutzgruppen wie dem Neuen Forum, Demokratie Jetzt, der Initiative Frieden und Menschenrechte, der Grünen Partei und dem Unabhängigen Frauenverband, deren Kandidatinnen jedoch kein Mandat errangen und deshalb in der Volkskammer nicht vertreten waren.⁸⁰ In der Grünen-Fraktion waren viele prominente Köpfe des Herbstes 1989 versammelt, die zum Teil seit Jahren zur Oppositionsbewegung in der DDR gehörten. Acht Fraktionsmitglieder hatten an den Beratungen des Zentralen Runden Tisches teilgenommen,⁸¹ drei davon, nämlich Matthias Platzeck, Wolfgang Ullmann und Gerd Poppe, hatten zusätzlich vom 5. Februar an die Funktion eines Ministers ohne Geschäftsbereich in Hans Modrows »Regierung der Nationalen Verantwortung« inne.

Anpassungsschwierigkeiten

Doch die Abgeordneten mussten sich nicht allein an ihre neuen Kollegen gewöhnen. Auch der Umgang mit Öffentlichkeit und den Medien war ungewohnt und fremd. »Die Erfahrung von Öffentlichkeit, mit der Mediengesellschaft West und all ihren Konsequenzen« mache »nach vierzig Jahren der Abriegelung den wirklichen Westschock« aus, konstatierte rückblickend ein Zeitungsbericht.⁸² Diese rein mentalen Umstellungsschwierigkeiten macht wohl nichts so deutlich wie eines der interessantesten Dokumente in diesem Zusammenhang, das aus dem Umfeld der Fraktion Bündnis 90/Grüne stammt: Der Tätigkeitsbericht von Elisabeth Weber, den sie 2009 unter dem Titel »Bericht über meine ersten Erfahrungen der Zusammenarbeit von Grünen und Bündnis 90« veröffentlichte.⁸³ Er beschreibt – kurz gesagt – das Aufeinandertreffen zweier Welten.

Weber, seit 1983 Mitarbeiterin der Grünen-Fraktion im Deutschen Bundestag, arbeitete zwischen April und Oktober 1990 im Verbindungsbüro beider Fraktionen in Berlin und half, den Wahlkampf der DDR-Grünen im März 1990 zu organisieren.⁸⁴ Sie war dafür sicher die optimale Besetzung: seit den frühen achtziger Jahren in en-

⁸⁰ J. WIELGOHS, Bündnis 90, 1994. Zur IFM vgl. W. TEMPLIN/R. WEISSHUHN, Initiative, 1999.

⁸¹ Marianne Birthler, Ernst Paul Dörfler, Matthias Platzeck, Werner Schulz, Günter Nooke, Wolfgang Ullmann, Gerd Poppe, Konrad Weiß.

⁸² »Des Ostens gesammelte Verwunderung«, *Die Zeit* vom 16. August 1991.

⁸³ In: Grünes Gedächtnis, 2009. Es handelt sich Weber zufolge um »das nicht überarbeitete, minimal gekürzte Kapitel über Sommer/Winter/Frühjahr 89/90« eines Berichts, den sie um Weihnachten 1990 herum verfasste, aber nie abschloss, ebd., S. 23.

⁸⁴ Weber war in Bonn wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitskreis VIII/IX »Abrüstung, Frieden und Internationales« (AFI) und dort zuständig für die Bereiche China, Menschenrechte und KSZE. Vgl. W. HÖLSCHER/P. KRAATZ, Die Grünen, 2015, S. 85*. Zum Verbindungsbüro vgl. S. 218 f.

gem Kontakt mit der Oppositionsbewegung in Polen, der ČSSR, der Sowjetunion und der DDR, kannte sie viele der Protagonisten persönlich, verfügte dadurch über eine recht genaue Kenntnis der Verhältnisse und besaß offensichtlich ein großes Einfühlungsvermögen und Verständnis für deren Belange. Und trotzdem beschlich sie wohl hauptsächlich Ratlosigkeit. Ratlosigkeit angesichts der völlig anderen Auffassung von politischem Handeln und Herangehensweise an die dabei auftretenden Probleme. Opposition in der DDR war ganz offensichtlich nicht gleichbedeutend mit der Opposition in einer Demokratie nach westlichem Muster, sie funktionierte völlig anders. Weber musste mit einigem Erstaunen feststellen,

»dass in der DDR die oppositionellen Zirkel gegen die SED-Macht nicht nach demokratischen, öffentlichen und westlichen Kriterien lebten, sondern dass sie selbst tief geprägt sind von der erstickten und unfreien Atmosphäre einer Gesellschaft ohne Öffentlichkeit.«⁸⁵

Die Auswirkungen dieser Sozialisation bekam sie an allen Ecken und Enden zu spüren. Ihrerseits geprägt von den westdeutschen Erfahrungen, suchte sie nach Anknüpfungspunkten, die ihre Arbeit erleichtern konnten – und fand nichts. »Ich versuche, die Struktur des Wahlbüros zu verstehen. Vergeblich. Schließlich begreife ich, dass sie selbst ihre Struktur nicht kennen.«⁸⁶ So wusste beispielsweise von den Ostgrünen kaum jemand, welche Nummer das Telefon in seinem Büro hatte. Auf die Frage nach Telefonnummern bekam Weber, wenn überhaupt, immer nur die des Privatanschlusses genannt. »Ich komme mir vor wie beim Übergang von mündlicher Geschichtsüberlieferung zur schriftlichen und beginne zu verstehen, was es heißt, von privaten Zirkeln in einen öffentlichen politischen Raum zu treten.«⁸⁷

Die Geringschätzung oder eher die Skepsis gegenüber allem Schriftlichen machte sich auch auf anderem Gebiet bemerkbar. »Protokolle von Sitzungen scheint es zu geben, aber niemand weiß, wer sie hat und wo sie aufbewahrt werden«, Geld wurde einfach in einer Schachtel unter dem Bett verstaut.

»Mit Lachen und Erschütterung nehme ich teil an den Gehversuchen von einer konspirativen Organisation, in der die Geldverwaltung reine Vertrauenssache ist – am besten möglichst wenige wissen, von wem das Geld kommt und wofür es verwendet wird, und wo es ein schwerer Fehler ist, darüber ein Protokoll anzufertigen und dies dann auch noch irgendwo aufzuheben –, hin zum öffentlich kontrollierbaren Verwalten öffentlicher Gelder.«⁸⁸

Außerdem nahm sie nach eigenen Worten erstmals an einem Wahlkampf teil, »in dem die Verantwortlichen frühestens abends zum Zeitunglesen kamen.«⁸⁹ Die Presse wurde schlicht nicht zur Kenntnis genommen bzw. nicht als Instrument politischer Selbstdarstellung wie auch der Information über den politischen Gegner erkannt und genutzt. Weber begann zu ahnen, »wie tief verschieden unsere Erfahrungen mit Öffentlichkeit sind. In Bonn leben wir Grüne in einem Geflecht von Informationen, die

⁸⁵ E. WEBER, Bericht, 2009, S. 30 f.

⁸⁶ Ebd., S. 29.

⁸⁷ Ebd., S. 29 f.

⁸⁸ Ebd., S. 30.

⁸⁹ Ebd., S. 30.

sich aufeinander beziehen und in dem wir selbst ein Teil sind«. ⁹⁰ In der DDR des Herbstes 1989 existierte das alles nicht, weder eine Öffentlichkeit noch »aktives Sich-Aufeinander-Beziehen«. ⁹¹ Alles beruhte mehr oder weniger auf Zufall. Es gab keine Planung, weil die Realisierung der Pläne ohnehin nicht von einem selbst abhängig war. Es gab keine »funktionierenden Handlungsketten«, in die man eingebunden war und auf die man sich hätte verlassen können.

Offensichtlich war auch kaum jemand interessiert daran zu erfahren, was die anderen Parteien auf ihren Wahlveranstaltungen sagten oder taten. Fanden Diskussionen statt, wie zum Beispiel zwischen »jungen DDR-Frauen und perlengeschmückten Unternehmerinnen aus dem Rheinland«, tat sich laut Weber »ein Abgrund von gegenseitigem Unverständnis« ⁹² auf.

Unter diesen Umständen einen Wahlkampf zu organisieren und später eine effektive Fraktionsarbeit auf die Beine zu stellen, und das auch noch aus der ungünstigen Position einer Oppositionspartei heraus, erforderte einen geradezu gigantischen Lernprozess und war vermutlich ohne Hilfestellung aus dem Westen auf die Schnelle gar nicht möglich.

Doch das alles war kein Sonderproblem der Grünen. Die meisten Mitglieder der Volkskammer fremdelten mit der neuen Situation, in der sie sich befanden. Die Medienwelt, die sie nun umgab und deren Teil sie auf einmal waren, war unendlich viel komplizierter, als das, was sie aus der DDR kannten. Lothar de Maizière seufzte, dass man dort zumindest sicher gewesen sei, was man dem *Neuen Deutschland* glauben konnte und was nicht. Jetzt lese »er gelegentlich Interviews von sich, die er gar nicht gegeben habe«. ⁹³ Seine Fraktion haderte mit den neuen Bedingungen. Wieder war es Lothar de Maizière, der in einem Bericht über die Koalitionsverhandlungen mit den Sozialdemokraten meinte: »Wir müssen überhaupt erst lernen, wie stark in der Bundesrepublik mit Medien und mit Indiskretionen Politik gemacht wird«. ⁹⁴ Und er schloss die Frage an, ob sie sich diesen Stil zu eigen machen oder lieber versuchen sollten, »doch ein Stück wir selbst zu bleiben«. Er plädierte für letzteres und bekam dafür Beifall von der Fraktion. Allerdings war auch den Christdemokraten die zentrale Bedeutung der Medien gerade für die Durchsetzung eigener politischer Ziele klar: War beispielsweise eine der vorangegangenen Fraktionssitzungen im DDR-Radio nicht erwähnt worden, sorgte das augenblicklich für Kritik und den Appell, dort in Zukunft präsenter zu sein. ⁹⁵ Der Fraktionsvorsitzende Günther Krause steigerte das sogar noch mit seiner Forderung, die Fraktion müsse in ihrer Öffentlichkeitsarbeit »aggressiver, bissiger« werden. ⁹⁶

⁹⁰ Ebd., S. 30.

⁹¹ Ebd., S. 30.

⁹² Ebd., S. 35.

⁹³ »Des Ostens gesammelte Verwunderung«, *Die Zeit* vom 16. August 1991.

⁹⁴ Fraktionssitzung am 2. April 1990, ACDP, TA 07-012 6100.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Ebd.

Ähnliches spielte sich bei den anderen Parteien ab. Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen müsse sich die SPD besser ins Licht setzen und offensiver auftreten, war eine der Schlussfolgerungen, die die sozialdemokratische Fraktion am 26. Juni in ihrer Grundsatzdebatte zum deutschen Einigungsprozess zog. Generell müsse sie ihre Aktivitäten öffentlich wirksamer darbieten. Auch die Reden im Plenum sollten pressewirksam aufgearbeitet werden.⁹⁷

Die PDS war ebenfalls der Ansicht, dass sie, gerade als Oppositionspartei, Öffentlichkeit brauche und versuchte dementsprechend, ihre Kontakte zur Presse auszubauen.⁹⁸ Sie musste aber feststellen, dass vieles schwieriger geworden war. Im Gegensatz zur ihrer Vorgängerin SED hatte sie nämlich kein Monopol mehr auf die Gunst der Journalisten, denen nun niemand mehr vorschrieb, wie und was sie zu berichten hatten. Wie oft in diesem Zusammenhang, mischte sich in die Analyse der PDS eine gehörige Portion Selbstmitleid: Es sei beileibe nicht mehr so, dass die Massenmedien über ihre Arbeit, ihre Initiativen, ihr Auftreten im Plenum und in den Ausschüssen gebührend berichteten. Die PDS-Abgeordneten würden nachweisbar benachteiligt und nicht wenige ihrer Anträge oder Diskussionsbeiträge würden einfach verschwiegen. Gerade die elektronischen Medien, die Direktübertragungen aus der Volkskammer ausgenommen, seien ihnen fast völlig verschlossen.⁹⁹ Allerdings sei man daran auch zum Teil selbst schuld. Die Fraktion müsse wohl damit leben, dass sich die Presse wenig für sie interessiere. Nach deutlicher Kritik an diesem Zustand gegenüber dem *Neuen Deutschland* habe sich dort die Berichterstattung zwar verbessert, aber nach wie vor gebe es keine angemessene Darstellung des Wirkens der Fraktion.¹⁰⁰ Die PDS müsse daher von sich aus Angebote machen und so auftreten, dass die Medien nicht an ihr vorbei könnten, »auch wenn sie uns nicht mögen«.¹⁰¹

Und auch den Liberalen wurden Rolle und neue Bedeutung der Medien eher schmerzlich bewusst. Als sie sich im Ende Juli entscheiden mussten, ob sie weiter in der Regierungskoalition bleiben wollten oder nicht, diagnostizierte ein Mitglied des Parteivorstands: »Wenn wir jetzt aus der Regierung ausscheren, sind wir ein Nichts, mit den Prozenten, die wir haben«.¹⁰² Eberhard Stief ergänzte diese Analyse: »Wenn wir jetzt aus der Koalition austreten, wird uns das auf die Füße fallen, denn wir finden nicht bis übermorgen Mittag eine Handvoll gutwilliger Journalisten, die das genau so interpretieren, wie wir das gerne hätten.«¹⁰³ Es stellte sich die Frage, ob durch einen Platz auf der Oppositionsbank wirklich »mehr rü-

⁹⁷ Fraktionssitzung am 26. Juni 1990, AdsD, Mappe 42.

⁹⁸ Zusammensetzung der PDS-Fraktion und der Arbeitskreise, ADS, VK/10. WP 62, Bl. 25.

⁹⁹ Interne Einschätzung zur Tätigkeit der PDS-Fraktion, Bericht vor dem Parteivorstand 21. Juli 1990 (ohne Autor), ADS, VK/10. WP 65, Bl. 60.

¹⁰⁰ Die Fraktion der PDS in der Volkskammer der DDR, Parteivorstandstagung 26. August 1990, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 88.

¹⁰¹ Ebd., Bl. 105.

¹⁰² Sandler, Protokoll 16. Sitzung Parteivorstand am 24. Juli 1990, ADL, L1-71, Bl. 21.

¹⁰³ Ebd., Bl. 32.

berkommt. Parlamentarisch vielleicht, – medienmäßig – und damit in der Öffentlichkeit – nicht.«¹⁰⁴

In welcher Position sie auch waren, ob Koalitions- oder Oppositionspartei, allen war relativ schnell klar geworden, dass ihnen kaum etwas anderes übrig blieb, als das Spiel nach den neuen Regeln mitzuspielen. Es war illusorisch zu glauben, man habe die Wahl, ob man daran teilnehmen wolle oder nicht. Insofern konnte Lothar de Maizières Frage nach der Bewahrung des eigenen Stils nur eine rhetorische sein. Alle Fraktionen bauten dementsprechend auch schnell eine eigene Pressestelle auf bzw. ernannten Fraktions- oder Pressesprecher, die ihre Politik nach außen vertraten. Und fast alle Fraktionen übertrugen die Pressearbeit Profis.

Doch während bei CDU/DA zwar der Fraktionsvorstand anfangs der Meinung war, das sei Aufgabe eines professionellen Journalisten, nicht die eines Abgeordneten – Auf Vorschlag des Präsidiums sollte diese Aufgabe der Chefredakteur der Wochenzeitung *Die Märkische* und der *Berliner Redaktion*, Peter-Klaus Mugay übernehmen, denn er war beides, Journalist und Abgeordneter –,¹⁰⁵ war einigen in der Fraktion bei der Vorstellung nicht wohl, ein »Außenstehender« könne ständig in ihren Sitzungen präsent sein. Sie plädierten statt dessen wie das Präsidium dafür, diese Aufgabe von einem der unter den Fraktionsmitgliedern vertretenen Journalisten übernehmen zu lassen. Unter anderem mit dem Argument, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion handhabe das ebenso. Der Pressesprecher müsse zwar die Meinung der Fraktion eindeutig vertreten, dazu müsse er aber nicht notwendigerweise von ihr unabhängig sein.¹⁰⁶ Hier brach sich eindeutig das Misstrauen gegenüber den Medien Bahn, von denen viele den Eindruck gewonnen hatten, dass sie sich unter den neuen Umständen der Volkskammer gegenüber Freiheiten herausnahmen. Der in der Sitzung als Gast anwesende Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Bohl durfte an dieser Stelle kurz erklären, wie die Angelegenheit in Bonn geregelt wurde. Dort war für die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion, auch im Sinne des Presserechts, einer der vier Parlamentarischen Geschäftsführer verantwortlich, dem allerdings eine Pressestelle mit drei Pressesprechern zur Verfügung stand.

Der Fraktionsvorstand zog angesichts der doch massiven Kritik deshalb seinen ursprünglichen Vorschlag zurück, um zu überlegen, welcher ihrer Parlamentarischen Geschäftsführer diese Aufgabe zusätzlich übernehmen könnte.¹⁰⁷ Mit großer Mehrheit (121 von 151 Anwesenden) zum Pressesprecher gewählt wurde jedoch am 11. April der Diplomdolmetscher und Beisitzer im Fraktionsvorstand Jürgen Schröder. Der Lehrer und Jenaer Stadtverbandsvorsitzende der CDU, Udo Haschke, der sich ebenfalls für den Posten interessierte, hatte mit nur sieben Stimmen dagegen keine Chance.¹⁰⁸ Weil Schröder kurz darauf zum Vertreter der Fraktion im Europaparlament

¹⁰⁴ Ebd., Bl. 34.

¹⁰⁵ Stichwortprotokoll der konstituierenden Sitzung am 27. März 1990, ACDP, 07-012 3897.

¹⁰⁶ Fraktionssitzung am 4. April 1990, ACDP, TA 07-012 6101.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Darüber hinaus war aber auch Birgit Kayser als Parlamentarische Geschäftsführerin mit Pressearbeit befasst.

bestimmt wurde und es an seiner Doppelfunktion Pressesprecher und Europa-Beauftragter Kritik gab, gab er das Amt Ende April wieder ab. Der Vorstand schlug daraufhin vor, Helmut Lück, seit Januar 1990 Pressesprecher der Ost-CDU und im Verlag der *Neuen Zeit* tätig,¹⁰⁹ auch die Pressearbeit der Fraktion übernehmen zu lassen, aber auch das provozierte zuerst Widerstand in der Fraktion. Die Wahl wurde fürs erste zurückgestellt, Lück in der Sitzung vom 15. Mai dann aber doch per Akklamation gewählt.¹¹⁰

Die Liberalen verließen sich hingegen auf den Journalisten Wulf-Ekkehart Oehme, der zuvor als Redakteur bei *Der Morgen*, der Parteizeitung der LDPPD, gearbeitet hatte. Er übernahm die Sprecherfunktion sowohl für die Fraktion als auch für die Gesamtpartei. In der PDS-Fraktion fiel die Wahl auf den Journalisten Harald Grüning, bei Bündnis 90/Grüne auf Katrin Steinitz, Mitglied des Neuen Forums in Pankow.¹¹¹ Die einzigen, die ein wenig hinterherhinkten, waren die Sozialdemokraten. In seinem Lagebericht vor der Fraktion hatte ihr Vorsitzender Richard Schröder zwar am 18. April darauf, gedrängt, »schleunigst« die Pressearbeit aufzubauen.¹¹² Die Abgeordneten selbst sollten zudem in ihren Bezirken mit der Lokalpresse Kontakt aufnehmen. Doch zwei Wochen später mahnte Martin Gutzeit in einem Konzeptpapier nochmals an, es müsse so schnell wie möglich eine Pressestelle der Fraktion organisiert werden.¹¹³ Im Fraktionsvorstand war Wolfgang Thierse für die Betreuung der Pressestelle zuständig, die Funktion der Pressesprecherin der Fraktion übernahm schließlich die Journalistin Helga M. Wanke, zuvor Pressereferentin im Deutschen Bundestag.

2. Medien

Die 10. Volkskammer im Fernsehen

»In wenigen Minuten beginnt nun also die 10. und damit wahrscheinlich auch letzte Legislaturperiode. Wir werden für Sie live dabei sein.«¹¹⁴ So moderierte am 5. April 1990 die Kommentatorin des DFF die konstituierende Sitzung der Volkskammer an.

Wie bei Parlamenten gemeinhin üblich, wurde auch die Arbeit der 10. Volkskammer der DDR von den Medien, nationalen wie internationalen, beobachtet und kommentiert.¹¹⁵ Andrang und Interesse der Journalisten waren anfangs riesig: Die *Berliner*

¹⁰⁹ Die *Neue Zeit* war von 1945 an die Parteizeitung der Ost-CDU.

¹¹⁰ Stichwortprotokoll VI. Fraktionssitzung am 24. April 1990, ACDP, TA 07-012 6013 sowie Fraktionssitzung vom 15. Mai 1990, ACDP, TA 07-012 6107.

¹¹¹ »Nur raus aus der Misere«, *Die Zeit* vom 10. August 1990.

¹¹² Fraktionssitzung am 18. April 1990, AdsD, Mappe 22.

¹¹³ »Zur Arbeit der Fraktion«, 1. Mai 1990, AdsD, Mappe 26.

¹¹⁴ 1. Tagung am 5. April 1990: 0:00:00–0:00:09.

¹¹⁵ Zur Geschichte der Parlamentsberichterstattung allgemein vgl. A. SPARROW, *Obscure Scribblers*, 2003; A. BIEFANG, *Die andere Seite*, 2009, S. 66–96. Zum Siegeszug von Radio und Fernsehen u. a. A. SCHILDT, *Hegemon*, 1993, DERS., *Beginn*, 1993. Zum deutschen Fernsehen K. HICKETHIER, *Geschichte*, 1998.

Zeitung beispielsweise berichtete, dass die Zahl an Journalisten von Fernsehen, Rundfunk und Presse, die sich anlässlich der konstituierenden Sitzung eingefunden hatte, die Organisation der Volkskammer bei weitem überforderte habe. »Plätze gab es nur für einen Teil. Die vor der Tür Gebliebenen reagierten mit lautstarkem Protest, darunter immerhin auch ein Fernsehteam aus Japan.«¹¹⁶

Auch in der Volkskammer wurde der Zugang der Journalisten per Akkreditierung geregelt, es gab ein Pressezentrum und die Plenarsitzungen wurden auf Monitore vor dem Saal übertragen. Von April an gab die Kammer alle 14 Tage einen Parlamentarischen Pressedienst heraus.¹¹⁷ Die Volkskammerverwaltung hatte für die Pressevertreter einen Leitfaden, die »Information zu den Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten in der Volkskammer der DDR« verfasst, dem zu entnehmen war, was erlaubt war und was nicht. Die rosa Pressekarte, die allen in- und ausländischen Pressevertretern mit dem 26. April übergeben wurde, berechnete den ungehinderten Zugang zum Pressezentrum, der Imbissversorgung auf der 5. Etage, der Pressetribüne entsprechend den Platzmöglichkeiten, den Innenfoyers der 3. bis 5. Etage und, bei Einverständnis der Fraktionen, den Fraktionssitzungsräumen.¹¹⁸ Was jedoch »im Interesse eines ungestörten Ablaufs der Parlamentsarbeit« nun nicht mehr möglich war – »entsprechend internationalen Gepflogenheiten« – waren Interviews und Gespräche im Plenarsaal. Ganz zu Beginn hatte beispielsweise noch ein Kamerateam des westdeutschen ZDF in einer Pause der konstituierenden Sitzung im Plenarsaal ein Interview mit der frisch gewählten Volkskammerpräsidentin geführt und der Reporter des DFF einen Teil seiner Moderation von dort aus bestritten.¹¹⁹ Nun hatten zum Plenarsaal auch während der Beratungen lediglich noch Reporter des DFF, von »ADN-Zentralbild« und »DEFA-Dokumentarfilmstudio« Zugang. Also vor allem Fotografen und das Fernsehen. Um dessen Arbeit in der Volkskammer, genauer gesagt, die Liveübertragungen der Plenarsitzungen soll es im Folgenden hauptsächlich gehen.

Was wurde von den Kameras gezeigt und wie wurde es gezeigt? Grundsätzlich wurden nur die Plenarsitzungen übertragen, Ausschuss- und Fraktionssitzungen waren nichtöffentlich. Im Palast der Republik, in dem der Löwenanteil der Sitzungen stattfand, filmten die Kameralente des DFF von mehreren festen Positionen aus: Zum einen direkt im Plenarsaal, an der rechten und linken Seite der Stirnwand, jeweils neben den beiden Eingangstüren, mit Blickrichtung in die Abgeordnetenreihen hinein, und zum anderen von den Pressekabinen aus, die sich auf halber Höhe der rechten und linken Seitenwand und in der Rückwand des Saals unter der Besuchertribüne befanden. Die Scheiben der Kabinen ließen sich bei Bedarf aufziehen. Mit dieser Ausstattung war eine Rundumsicht gewährleistet, mit der sowohl die Redner als auch die Mit-

¹¹⁶ »Zum ersten Mal wurde eine Frau Präsidentin der Volkskammer«, *BZ* vom 6. April 1990. Vgl. auch die Anwesenheitslisten für die Pressevertreter in BArch DA 1/17816–17853.

¹¹⁷ Vgl. die erste Ausgabe, BArch DA 1/17821.

¹¹⁸ BArch DA 1/1782, (undatiert).

¹¹⁹ 1. Tagung am 5. April 1990: 2:26:37–2:27:08.

gliedert der Regierung, das Volkskammerpräsidium sowie Abgeordnete und Gäste im Blickfeld der Kameras lagen.¹²⁰

Nach dem Umzug ins Haus der Parlamentarier im September 1990 musste das DFF dann unter erschwerten Bedingungen arbeiten. Nun befanden sich die Kameras, aufgereiht an den Längsseiten des Saales, auf gleicher Ebene wie die Abgeordneten, eine Aufsicht auf das Geschehen war so nicht mehr möglich. Dieser Ortswechsel war laut DFF-Kommentator Hans-Joachim Jahn gerade für die Fernsehleute mit erheblichem technischen Aufwand verbunden, denn die im Palast der Republik fest angebrachten Kameras mussten innerhalb eines Tages abgebaut und am neuen Sitzungsort wieder installiert werden, weil man wie alle anderen auch erst 24 Stunden zuvor in der Pressekonferenz von dem Umzug erfahren hatte. Die Arbeitsbedingungen waren daher »nicht optimal«, aber was wolle man schon von solch einer »Notvariante« verlangen?¹²¹

Was die einzelnen Kameraeinstellungen, -bewegungen und -perspektiven angeht, wurde von dem üblichen Repertoire von Nahaufnahme, Halbnaufnahme, Halbtotal und Totale sowie Schwenks und Zooms Gebrauch gemacht.¹²² Einschränkungen oder gar Verbote, wie beispielsweise im Britischen Parlament, gab es, was das angeht, in der Volkskammer nicht.¹²³ In der Regel wurde entweder in Normalsicht oder Aufsicht gefilmt, Aufnahmen in Untersicht kommen so gut wie nicht vor. Nun sind verschiedenste Kombinationen dieser Positionen und Einstellungen denkbar. Es treten einige aber häufiger auf als andere, was mit dem gefilmten Sujet zu tun hat. Schnelle Schwenks und scharfe Schnitte sind bei der Übertragung einer Plenarsitzung selten notwendig. Hier ist eher der Wechsel zwischen der Totale auf das Auditorium und der Einzelaufnahme von Personen dominierend. Das geschieht entweder mit Hilfe von klaren Schnitten oder indem eine Kamera heran- oder wegzoomt. Zentrum der Aufmerksamkeit ist normalerweise derjenige, der spricht. Das kann die Person am zentralen Rednerpult sein, genauso aber auch der Sitzungsleiter, ein Zwischenrufer oder ein Abgeordneter, der sich aus dem Plenum zu Wort meldet.¹²⁴

¹²⁰ Es gab in den Seitenwänden und der Rückwand des Saals insgesamt 20 Kabinen, die in der Volkskammer bis März 1990 von Stenografen, Dolmetschern und Journalisten genutzt wurden, Findbücher, 2003, S. XIII. Von April 1990 an saßen die Stenografen an einem Tisch im Saal vor der Regierungsbank, wo sie besser hören konnten.

¹²¹ Kommentar 36. Tagung am 12. September 1990: 0:05:40–0:05:50.

¹²² Vgl. die übersichtliche Auflistung bei D. SCHILLER, Brennpunkt Plenum, 2002, S. 257–260.

¹²³ Vgl. dazu den Abschnitt Imageprobleme in diesem Kapitel.

¹²⁴ Zu Motivation und Vorgehen der Kameraleute bei den ersten Filmaufnahmen aus dem Deutschen Bundestag vgl. die Erinnerungen des damaligen Chefregisseurs des ZDF, Günter Meyer-Goldenstädt, Brücke zwischen Parlament und Bürger, 1967. Bei den Aufnahmen aus der 10. Volkskammer dürften die Überlegungen ähnliche gewesen sein: »Wir hatten, als wir das erste Mal an eine Sitzung im Bundestag herangingen, keine Vorbilder und mußten uns erst bemühen, eine Form zu finden, die dem Rahmen des Hohen Hauses angepaßt war, absolute Neutralität gewährleistete und trotzdem Abwechslung brachte, um die Zuschauer zu fesseln. [...] Kurt Wagenführ hat sich einmal die Mühe gemacht, unsere Sendung mit der Stoppuhr zu verfolgen, um auf diese Weise zu dem Schluß zu kommen, daß wir nach bestimmten Regeln und Gesetzen verfahren. Wir selbst [...] haben das mehr gefühlsmäßig und intuitiv getan. [...] Die Möglichkei-



Abb. 2 Kamera an der rechten Seite der Kopfwand des Plenarsaals vor Beginn der 6. Tagung am 10. Mai 1990

Dietmar Schiller leitet in seiner Analyse des »televisuellen Codes von Parlamentsdebatten« aus dem Gebrauch unterschiedliche Kameraeinstellungen Schlüsse hinsichtlich der Intentionen der Kameraleute ab. So symbolisiere die Nahaufnahme die Eingebundenheit des Zuschauers in die parlamentarische Debatte, die Normalsicht annähernde Gleichberechtigung von Parlamentarier und Zuschauer. Und Schiller interpretiert beispielsweise die Bewegung von der Einzel- bzw. Nahaufnahme hin zur Totalen als eine Zunahme an Transparenz und Kontrolle, gleiches gelte für die Aufsicht.¹²⁵ Doch ob diese wirklich dazu dient, das Geschehen transparenter zu machen, ist fraglich. Der Überblick, den eine Totale bietet, reduziert aber zumindest den Einfluss dessen, der hinter der Kamera steht. Einzelheiten werden weniger hervorgeho-

ten für die Bildfolgen waren sehr gering. Um die Aufmerksamkeit nicht vom eigentlichen Thema zu lenken, blieben wir so lange wie möglich beim jeweiligen Redner. Erst wenn wir feststellten, daß die Aufmerksamkeit des Plenums nachließ, brachten wir Zwischenschnitte mit Schwenks in der Totalen. [...] Die interessantesten Phasen, auch für die beteiligten Kameramänner, waren, wenn die Redner Reaktionen bei den zuhörenden Bundestagsabgeordneten hervorriefen und es auf diese Weise gelang, Abwechslung in die Bildfolge zu bringen. Sehr vorsichtig mußten wir beim Zeigen von Beifalls- oder Mißfallensäußerungen sein. Wir haben uns damals angewöhnt, nur solche Einstellungen zu bringen, in denen möglichst alle Fraktionen zu sehen waren.« Teile daraus auch zitiert bei D. SCHILLER, Brennpunkt Plenum, 2002, Anm. 166, S. 185. Meyer-Goldenstädt beschreibt damit sehr gut das Problem, dass Plenarsitzungen im Grunde nicht besonders telegen sind, weil zu wenig passiert und die gesamte Situation zu statisch ist. In der Volkammer richteten aus diesem Grund die Kameraleute ihren Blick auf alles, was davon abwich und das Bild auflockerte. Mit dem Ergebnis, dass auch für das Image des Parlaments problematische Szenen (lesende, sich unterhaltende Abgeordnete etc.) übertragen wurden.

¹²⁵ D. SCHILLER, Brennpunkt Plenum, 2002, S. 260.

ben, die Einordnung in den räumlichen Gesamtzusammenhang hingegen wird einfacher.¹²⁶



Abb. 3 Kameralente und Pressefotografen in der Pressekabine in der Rückwand des Plenarsaals unterhalb der Tribüne, 2. Tagung am 12. April 1990



Abb. 4 Journalisten in der Pressekabine in der linken Seitenwand des Plenarsaals, 2. Tagung am 12. April 1990

¹²⁶ Siehe dazu den Abschnitt über den Redebeitrag des liberalen Abgeordneten Helmut Krause, der seine Wirkung vor allem durch die Kameraführung und den Schnitt erzielt.

Da die Kameras des DFF in der Regel schon liefen, bevor die Sitzung von der Präsidentin oder einem ihrer Stellvertreter offiziell eröffnet wurde, und weil sie zumeist auch weiterliefen, wenn sie unterbrochen wurde, dauern die Filmaufnahmen in der Regel länger als die eigentlichen Sitzungen oder dokumentieren Teile des Geschehens, über die wir ansonsten keine anderen Informationen haben. Vor allem war das der Fall, wenn auch die Mikrofone offen waren und beispielsweise die Unterhaltungen der Abgeordneten in Pausen oder Diskussionen im bzw. mit dem Präsidium übertrugen.

Der DFF-Kommentator räsionierte zu Beginn der zweiten Tagung über das Pro und Contra von Live-Übertragungen: In den letzten Wochen und Monaten habe es viel Anlass gegeben, die Bürger des Landes in das parlamentarische Geschehen einzubeziehen. Doch während am Sinn der Übertragung der konstituierenden Sitzung niemand zweifelte, war es unklar, wie es darüber hinaus weitergehen sollte. Der Kommentator forderte die Zuschauer auf mitzuteilen, ob sie in Zukunft regelmäßig dabei sein wollten oder ob man eine weitere Live-Übertragung von Bedeutung und Inhalt der jeweiligen Tagesordnung abhängig machen solle.¹²⁷ Das war ein geradezu revolutionärer Umgang des Fernsehens der DDR mit seinen Zuschauern, denn auf die Stimmung und Wünsche der Bevölkerung zu reagieren war zuvor undenkbar gewesen.¹²⁸ Doch die Zweifel und die Frage waren nicht ganz unberechtigt, denn im Grunde genommen sind Live-Übertragungen von Plenarsitzungen im Fernsehen eine Zumutung: Zumeist von ungewisser Dauer – im Fall der 10. Volkskammer waren Prognosen in dieser Hinsicht ohnehin völlig illusorisch, sie verlangten vom Zuschauer grundsätzlich einen langen Atem –, dramaturgisch oft unbefriedigend bei gleichzeitig hoch ritualisiertem Ablauf, ohne die Garantie rhetorischer Ganzleistungen, können sie je nach Tagesordnung vor sich hinplätschern, im schlimmsten Fall reiht sich ein ermüdendes Detail an das nächste. In der 10. Volkskammer sollten allerdings diejenigen, die ein Faible für Durcheinander und Unvorhergesehenes hatten, oft auf ihre Kosten kommen. Nur konnte das zu Anfang noch niemand wissen. Generell wurde sich das Fernsehen, ebenso wie das Parlament selbst, der Möglichkeiten und Chancen, die in dieser Art der Übertragung lagen, erst im Lauf der Zeit bewusst.

Die Zuschauer jedenfalls scheinen sich einiges von diesen Bildern versprochen zu haben. Schließlich habe »jeder Bürger das Recht zu erfahren, was aus Wende und Wahl geworden ist und wie mit seiner Stimme umgegangen wird.«¹²⁹ Wie ihre Vorstellungen aussahen, geht aus den zahlreichen Zuschriften hervor, die die Volkskammer erhielt.¹³⁰ Aus ihnen wissen wir zum Beispiel auch, dass etliche Zuschauer gemeinsam vor dem Fernseher saßen und regelmäßig einschalteten. Einige verstanden

¹²⁷ 2. Tagung am 12. April 1990: 0:25:30–0:27:10.

¹²⁸ J.-A. BÖSENBERG, *Aktuelle Kamera*, 2008, S. 254.

¹²⁹ Leserbrief aus der Fernsehzeitschrift *F. F. dabei*, 21 (1990), H. 22, S. 2.

¹³⁰ BArch, DA 1/16731.

ihren Brief an das Parlament ausdrücklich als »Eingabe«.¹³¹ Eingaben waren in der DDR *das* Instrument der Konfliktbewältigung, eine gesetzlich geregelte Möglichkeit, Unmut zu äußern, Missstände zu benennen, aber auch Vorschläge zu unterbreiten.¹³² Jeder Bürger hatte

»das Recht, sich schriftlich oder mündlich mit Vorschlägen, Hinweisen, Anliegen und Beschwerden an die Volksvertretungen, die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, die volkseigenen Betriebe und Kombinate, die sozialistischen Genossenschaften und Einrichtungen sowie an die Abgeordneten zu wenden.«¹³³

Und von diesem Recht machten sie jetzt Gebrauch. Kritisiert wurden der Ablauf der Tagungen genauso wie das Auftreten der Parlamentarier. Einer der Autoren beschwerte sich gar, dass die Plenarsitzungen zeitlich so angesetzt seien, dass es Berufstätigen nur unter größten Mühen möglich sei, sie zu verfolgen.¹³⁴ Deshalb sollten sie entweder in Zukunft nur noch am Wochenende stattfinden oder aber die entsprechenden Rundfunk- und Fernsehsendungen müssten wiederholt werden. Der Schreiber hoffte zudem, dass es nicht zur Regel werde, so spät anzufangen, dass die Sitzungen erst in den frühen Morgenstunden zu Ende gingen und verlangte, die Abhaltung und Übertragung von Parlamentssitzungen »innerhalb des Territoriums von DDR, BRD und West-Berlin« so zu koordinieren, »daß nicht zwei oder gar mehr Abgeordnetenhäuser gleichzeitig tagen«. Alles andere sei für zwei Ohren zu viel. Und er wünschte sich mehr und ständige Informationen darüber, wann Tagungen stattfinden.¹³⁵

Offensichtlich wandten sich die Zuschauer nicht nur an die Volkskammer, sondern auch direkt an das Fernsehen, sogar bereits während der Übertragungen: So wies Hans-Joachim Jahn in einer Pause der 29. Tagung eigens darauf hin, dass niemand Sorge zu haben brauche, etwas zu verpassen und auch nicht anrufen müsse, denn die Übertragung würde in jedem Fall zu Beginn der Sondersitzung rechtzeitig wieder aufgenommen.¹³⁶

Die Direktübertragungen aus der Volkskammer liefen in der Regel im 2. Programm des DFF. Da das im März 1990 wieder in Deutscher Fernsehfunk (DFF) umbenannte Fernsehen der DDR überhaupt nur über zwei Programme verfügte, gab es insbesondere bei lange dauernden Tagungen oder unerwarteten Verzögerungen Engpässe im Programmablauf. Für diese Übertragungen mussten dann regelmäßig andere Sendungen entweder verschoben werden oder ganz ausfallen, sie stellten also einen relativ großen Eingriff in das Programmschema des Senders dar.

¹³¹ Ebd., Bil. 38, 98, 120, 131.

¹³² F. MÜHLBERG, Bürger, 2004, I. MERKEL, Mecker-Ecke, 2000, S. 12–15.

¹³³ § 1 Eingabengesetz vom 19. Juni 1975, GBl. DDR I S. 461.

¹³⁴ Zuschrift an das Präsidium der Volkskammer der DDR vom 24. August 1990, BACh DA 1/16731, Bl. 5 ff.

¹³⁵ Ebd.

¹³⁶ Diese Sondersitzung war nur Minuten zuvor von Ministerpräsident de Maizière im Anschluss an die reguläre Tagung beantragt worden, um den Beitrittsstermin der DDR zur Bundesrepublik festlegen zu können. 29. Tagung am 22. August 1990: 1:47:09.

Das Fernsehen wollte mit den Übertragungen »ein hohes Maß an Information bieten«. ¹³⁷ Aber auch die Liveberichterstattung kannte Grenzen. Normalerweise war der Donnerstag Sitzungstag für das Plenum, aus den verschiedensten Gründen tagte die Volkskammer aber mehrere Male an Freitagen oder auch an einigen Sonntagen. Während die allermeisten Donnerstagssitzungen wirklich vollständig gezeigt wurden, selbst wenn sie sich über acht Stunden hinzogen, wurden die Übertragungen freitags um 16.30 Uhr beendet. Doch es gab Ausnahmen.

Denn um auch die Interessen derjenigen Zuschauer zu berücksichtigen, die sich für die Ereignisse in der Volkskammer weniger begeistern konnten und von ihrem Sender über die Parlamentsberichterstattung hinaus andere Dinge erwarteten, blendete sich das Fernsehen hin und wieder nach vielen Stunden Übertragung aus der Volkskammer vorzeitig aus, beginnend mit der 14. Tagung. In der 18. Tagung rechtfertigte der Kommentator diese Entscheidung damit, dass seit 10 Uhr für acht Stunden direkt gesendet worden sei und dass »die Programmpolitik es doch verlangt, verschiedenste Interessen zu bedienen«. ¹³⁸ Nie wurde dabei vergessen, auf die Radioübertragungen und Zusammenfassungen in den Nachrichtensendungen zu verweisen, denn beendete das Fernsehen seine Übertragung vor Sitzungsende, wurde zumindest im Radio weiter live gesendet. ¹³⁹

Mit dieser Entscheidung waren längst nicht alle einverstanden: In der Dienstbesprechung der Volkskammerverwaltung am 18. Juni fand es der für Abgeordnetenangelegenheiten zuständige Hans Marx nicht richtig, dass »die Originalübertragung dann abbreche, wenn es interessant werde«. ¹⁴⁰ Aber er musste sich von seinen Kollegen sagen lassen, dass von Anfang an klar gewesen sei, dass das Fernsehen nur bis zum Beginn des Abendprogramms berichten würde. In welchen Ländern sei es außerdem üblich, eine Sitzung, deren Ende nicht abzusehen sei, live zu zeigen? ¹⁴¹ Doch diese Kritik konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Grunde genommen an Sitzungstagen die Volkskammer das Fernsehprogramm diktierte.

Die sehr oft entstehenden und bisweilen auch sehr langen Pausen während der Sitzungen wurden mit Musikeinspielungen, in der Regel leichte instrumentale Unterhaltungsmusik, überbrückt, auf ausgefallene oder auf andere Sendeplätze verschobene Beiträge wurde mit Hilfe von Einblendungen am unteren Bildschirmrand hingewiesen. ¹⁴² Denen konnten die »Lieben Zuschauer« dann entnehmen, dass beispielsweise am 17. Juni und am 22. Juli »der Sonntagsfilm von ELF 99« ganz entfallen muss-

¹³⁷ Kommentar 22. Tagung am 6. Juli 1990: 6:02:44.

¹³⁸ 18. Tagung am 28. Juni 1990: 5:06:45; 34. Tagung am 6. September 1990: 5:36:35. Am 6. Juli gab er direkt weiter zum »Sandmännchen«, 22. Tagung am 6. Juli 1990: 6:02:44.

¹³⁹ 31. Tagung am 23. August und 33. Tagung am 30. August 1990.

¹⁴⁰ Protokoll der Dienstberatung am 18. Juni 1990, BArch DA 1/18748.

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² Ob die Musikeinspielungen im Fernsehen ebenso auf Kritik stießen wie bei den Radioübertragungen, ist nicht bekannt. Bernd Aischmann jedenfalls erinnerte sich, dass bei den Radioübertragungen der letzten Wochen der 9. Volkskammer die »schließliche Rettung in Musik aus dem Funkhaus« vielen Hörern nicht gefallen habe, weil sie dabei bleiben wollten. B. AISCHMANN, Rundfunkberichterstattung, 1990, S. 36.

te.¹⁴³ Oder dass Sendungen einen anderen Sendeplatz erhielten, egal ob es sich nun um die Direktübertragung der 2. Etappe der Friedensfahrt, die Ratgebersendung »Alles, was Recht ist« oder eine Live-Diskussion zum 17. Juni 1953 handelte.¹⁴⁴ Kinder wurden mit dem Hinweis vertröstet, dass »Euer Sandmännchen gleich im 1. Programm« oder ein anderes Mal »nur im 1. Programm gegen 18.50 Uhr« kam.¹⁴⁵ Einmal bot eine längere Abstimmung sogar die Gelegenheit, »einem anderen Publikum dieses 2. Programms einen kleinen Gefallen zu tun« und das »Sandmännchen« einfach dazwischenzuschieben.¹⁴⁶ Wenn durch die Dauer einer Tagung gleich das komplette Abendprogramm über den Haufen geworfen wurde, gab es ebenfalls einen Hinweis, beispielsweise: »Im Anschluß an die Direktübertragung informieren wir Sie über die weitere Programmfolge«.¹⁴⁷

Das Interesse der anderen Medien hingegen – und das meint vor allem die Printmedien – an den Sitzungen schwankte. Waren zur 2. Tagung die Pressekojen noch überfüllt und mussten einige Journalisten mit einem Platz im internationalen Pressezentrum im Foyer der Volkskammer vorliebnehmen, in das die Sitzung auf Monitore übertragen wurde, ebte die Begeisterung für dieses neue und neuartige Parlament in den nächsten Wochen und Monaten merklich ab. Nach einem regelrechten Einbruch am 22. August steigerte sich von der 28. Tagung an die Neugier der Journalisten jedoch wieder. Die Kommentatorin meinte, daran gemessen sei nach der 1. Tagung die 28. wohl die wichtigste. Deren Tagesordnung versprach zumindest einen spannenden Verlauf: Es ging unter anderem um die Festlegung des Beitrittstermins und die Wahlen zum ersten gesamtdeutschen Parlament. Das neu erwachte Interesse war vor allem durch die Unsicherheit des Beitrittstermins befeuert worden – je nachdem, welche Fraktion Anträge einbrachte, sollte das der 15. September,¹⁴⁸ der 14. Oktober,¹⁴⁹ irgendein Termin dazwischen,¹⁵⁰ in Verbindung mit gesamtdeutschen Wahlen¹⁵¹ oder davon unabhängig sein.¹⁵² Jeder hoffte, an diesem Tag endlich ein konkretes Datum zu erfahren. Auch die folgende Tagung, die erste nach dem Auseinanderbrechen der Koalition, zog »ein riesiges Interesse« auf sich. Das habe

»zeitweilig gelitten, als es immer wieder um zahlreiche Gesetzesvorlagen ging, die auch für die Eingeweihten schwer nachzuvollziehen waren. Aber jetzt, wo doch die heftigen Turbulen-

¹⁴³ 15. Tagung am 17. Juni 1990: 0:28:15; 27. Tagung am 22. Juli: 2:40:19 u. 2:59:27. Weitere Einblendungen: 8. Tagung am 21. Mai 1990: 2:51:30; 23. Tagung am 12. Juli: 5:37:45; 28. Tagung am 8. August: 5:49:17; 31. Tagung am 23. August: 3:18:39 u. 3:33:27.

¹⁴⁴ 6. Tagung am 10. Mai: 5:01:57; 14. Tagung am 15. Juni: 4:46:23 u. 5:48:58; 15. Tagung am 17. Juni: 2:52:45; 16. Tagung am 21. Juni: 5:51; 28. Tagung am 8. August: 3:31:24 u. 6:15:55; 35. Tagung am 13. September: 7:13:12 u. 9:23:57; 36. Tagung am 20. September: 6:02:34 u. 7:03:55.

¹⁴⁵ 27. Tagung am 22. Juli: 2:55 u. kurz vor 4:40; 31. Tagung am 23. August: 4:22:04; 35. Tagung am 13. September: 6:36:10.

¹⁴⁶ 29. Tagung am 22. August 1990: 1:13:20.

¹⁴⁷ 28. Tagung am 8. August 1990: 5:33:24 u. 6:32.

¹⁴⁸ SPD, VK Drs. 176.

¹⁴⁹ CDU/DA und DSU, VK Drs. 177.

¹⁵⁰ Beschlussempfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit, VK Drs. 178.

¹⁵¹ CDU/DA und DSU, VK Drs. 177.

¹⁵² Antrag des Ministerrats, VK Drs. 173 u. 173 a.

zen die außerhalb dieses Hohen Hauses schon im Vorfeld stattgefunden haben und für manchen Aufruhr gesorgt haben und manches Kopfschütteln auch hervorgerufen haben, jetzt ist das Interesse natürlich sehr groß.«¹⁵³

Zur Bestätigung dessen zeigten die Fernsehkameras in Nahaufnahme Fotografen hinter den Scheiben der Pressekabinen.¹⁵⁴

Die Kommentatoren

Die Direktübertragungen des Fernsehens aus der Volkskammer begannen in der Regel mit einem einleitenden Kommentar der Reporter des DFF und wurden auch mit einem solchen beendet. Dasselbe galt für Unterbrechungen der Sitzungen: Hier meldeten sich die Kommentatoren jeweils zumindest am Anfang und am Ende zu Wort, nutzten manchmal aber auch die auftretende Pause für längere Erläuterungen zum Geschehen.¹⁵⁵

Zuständig für die Berichterstattung aus dem Plenarsaal waren insgesamt vier Journalisten des DFF: Bert Sprafke, der aber nur zwei Sitzungen gleich zu Anfang der Legislaturperiode bestritt, Hans-Joachim Jahn, der vor allem von Ende Juni an zum Einsatz kam, sowie Ingrid Kracik und Birgit Mittwoch, die hauptsächlich im Mai und Juni kommentierten.¹⁵⁶ Der Löwenanteil fiel, was die Zahl der kommentierten Stunden anging, dabei sicherlich auf Jahn. Ein, zwei Mal war er sogar selbst Gegenstand der Fernsehaufnahmen. In der 29. Tagung war er schemenhaft hinter dem Fenster der Pressekabine in der linken Saalwand zu erkennen, als er die Zuschauer »hier von diesem Reporterplatz« begrüßte, ein weiteres Mal, in derselben Sitzung, während einer Unterbrechung mit Einblendung seines Namens.¹⁵⁷

Die Kommentare hatten vor allem in den ersten Wochen der Tätigkeit der Volkskammer eine wichtige Funktion, denn sie boten den Zuschauern gleich in mehrfacher Hinsicht Orientierung. Die Journalisten des DFF beschrieben und erklärten ihnen, wen sie sahen und was genau im Plenarsaal passierte. Das machte sonst niemand, am allerwenigsten die Parlamentarier selbst, wenn man von kurzen Erläuterungen des Präsidiums einmal absieht. Die Hinweise reichten von der Aufzählung der einzelnen Tagesordnungspunkte, also dem genauen Ablauf der Tagungen, über Erklärungen zum parlamentarischen Prozedere im Allgemeinen oder einzelnen Sachthemen, Gesetzesvorlagen und Details politischer Entscheidungen im Besonderen. Sie umfassten aber vor allem auch biographische Informationen: Namen einzelner Abgeordneter

¹⁵³ 29. Tagung am 22. August 1990: 0:45:33–0:46:07.

¹⁵⁴ 29. Tagung am 22. August 1990: 0:46:10, 0:48:28, 0:49:04.

¹⁵⁵ Lediglich die 26., 27. und die 32. Tagung sind gänzlich unkommentiert. Von der 20. Tagung gibt es keine Fernsehaufzeichnung.

¹⁵⁶ Sprafke hatte bereits die Übertragungen aus Endphase der 9. Volkskammer kommentiert und kam nach dem 12. April nicht mehr zum Einsatz. Vgl. Vorgeschichte.

¹⁵⁷ Erstmals vor Beginn der 23. Tagung, im Hintergrund der noch leere Plenarsaal (0:00:00–0:02:40). Die eigentliche Tagung wurde jedoch von Ingeborg Kracik kommentiert. 29. Tagung am 22. August 1990, 0:00:00–0:00:16, 0:48:02–0:48:12.

wurden genannt, das Präsidium oder die Fraktionen und ihre Vorsitzenden vorgestellt, zum Teil mehrfach hintereinander (beispielsweise anlässlich der Wahl des Präsidiums). Es wurde erklärt, welche Fraktion wo saß. Diejenigen Zuschauer, die sich erst später dazugeschaltet hatten, wurden mit Zusammenfassungen des bis dahin Geschehenen regelmäßig auf den aktuellen Stand gebracht. Zudem wurden sie mit Hintergrundinformationen versorgt, also über Ereignisse unterrichtet, die außerhalb des Parlaments stattfanden und die nicht gezeigt wurden, die aber zum Verständnis dessen, was drinnen passierte, wichtig waren, wie zum Beispiel die Blockade der Volkskammer durch Müllfahrzeuge am 28. Juni oder die Studentenproteste im Lustgarten wenige Wochen zuvor. Auch die Spielregeln für das relativ spontan einberufene Hearing am 13. Juli erläuterten sie. Nicht zuletzt mussten sie mit ihren Erklärungen die häufigen Verspätungen und Pausen in der Kammer für die Zuschauer überbrücken helfen. Und da es genügend davon gab, hatten sie zu ausführlichen Erklärungen reichlich Gelegenheit.

Der Informationsvorsprung der Kommentatoren war allerdings nicht besonders groß. Auch für sie hielten die Sitzungen einiges an Überraschungen parat. Mehr als einmal mussten sie eingestehen, nicht zu wissen, was unten gerade vor sich ging, warum wieder einmal eine Sitzung oder der Teil einer Sitzung viel später anfang als geplant; oder sie lagen mit ihrer Einschätzungen völlig falsch, welchen Verlauf sie nehmen und wie lange sie dauern würde.

Die DFF-Journalisten fühlten sich generell dafür verantwortlich, den roten Faden aufzuzeigen, vor allem nach Sitzungsunterbrechungen, wenn sie den Verlauf der Tagung bis zur Pause noch einmal kurz zusammenfassten. Sie gaben mit ihrer Wortwahl den – durchweg respektvollen – Ton vor, in dem über die Volkskammer gesprochen wurde, so war gerne vom »Hohen Haus« die Rede. Wurden Namen genannt, dann mit allen akademischen Titeln. Der Fraktionsvorsitzende der Liberalen war »Professor Doktor Rainer Ortleb«, Vizepräsident Höppner »Doktor Reinhard Höppner«, um nur zwei herauszugreifen. Und sie verstanden sich als Übersetzer und Vermittler einer unbekanntenen und noch nicht vertrauten Terminologie: »Ich will versuchen, Ihnen dieses Parlamentsdeutsch etwas deutlicher zu machen«. ¹⁵⁸ Unterschiedslos alle Kommentatoren zogen sich sehr schnell zurück, wenn im Plenarsaal die Arbeit wieder aufgenommen wurde, damit den Zuschauern nichts vom Geschehen entging.

In den ersten Sitzungen fielen die Kommentare sehr ausführlich aus, später beschränkte man sich auf das Notwendigste, gegen Ende jedoch, als so zentrale Themen wie die Abstimmung über den Einheitsvertrag oder den Beitrittstermin anstanden oder als es teilweise zu spektakulären Entwicklungen im Plenarsaal kam, wie der Besetzung des Rednerpults durch Besucher oder dem Sitzstreik des 28. September, nahmen Zahl und Umfang der Kommentare wieder zu. Während der 35. Sitzung, auf der mit 30 Tagesordnungspunkten ein wahres Mammutprogramm abgehandelt wurde, darunter die erste Lesung des Einheitsvertrags, und ein Antrag, der den Rück-

¹⁵⁸ Kommentar Jahn vor der 35. Tagung am 13. September 1990: 0:01:47.

tritt von Innenminister Diestel forderte, und bei der in diesem Zusammenhang spektakuläre Enthüllungen zu erwarten waren, wirkte der Kommentator Hans-Joachim Jahn geradezu euphorisch.

Gerade er hatte durchaus Sinn für die theatralischen Aspekte des Geschehens: »[E]igentlich keine schlechte Dramaturgie, es ist also bis zum Schluss hier aus der Volkskammer im Haus der Parlamentarier für Spannung gesorgt.«¹⁵⁹ Acht Tage später wollte er auf keinen Fall riskieren, etwas Aufregendes zu verpassen, selbst wenn er über den weiteren Gang der Dinge im unklaren war:

»Denn die Situation ist doch wohl zu interessant, zu spektakulär, als dass man sich nun hier verabschieden sollte. Wenn es andere Hinweise von der Regie gibt in Adlershof, sollte man mir das mitteilen. Ich würde vorschlagen, dass wir hier im Saal bleiben und Sie auf diesen Bilder vielleicht mit ein bisschen Musik, auch wenn sie vielleicht nicht ganz passt, unterhalten werden. Und wir werden uns natürlich sofort, wenn sich hier eine neue Situation ergibt, für Sie wieder zuschalten.«¹⁶⁰

Die Sitzungen mit dem mit Abstand größten Kommentaranteil waren die 29. und die direkt daran anschließende 30. (Sonder-)Sitzung, in denen es über mehr als acht Stunden hinweg um die Terminierung des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik ging. Immer wieder unterbrochen durch die volkskammertypischen »Auszeiten«, in denen die Fraktionen sich berieten, sowie durch diverse Abstimmungs- und Stimmauszählungsprozeduren, war Jahn gezwungen, mehrere Stunden mit seinen Kommentaren zu füllen. Irgendwann aber fiel auch ihm nichts mehr ein. Am 28. September 1990 kapitulierte er nach mehreren Stunden Sitzungsunterbrechung und gab mit den Worten »Ich wusste langsam auch nicht mehr, was ich sagen soll«, an die Regie im Sendezentrum Berlin-Adlershof zurück.¹⁶¹

Bild und Ton ergänzten einander in der Regel gut, thematisierte der Kommentar beispielsweise den verspäteten Beginn einer Sitzung, zoomte die Kamera auf die Uhr über einer der beiden Eingangstüren. Doch nicht immer nahm die Bildregie die Anregungen des Kommentators auf, so beispielsweise, als sich Hans-Joachim Jahn am 29. Juni während einer fünfminütigen Unterbrechung der Sitzung daranmachte, die einzelnen Fraktionen vorzustellen und um eine Totale in den Saal bat, die Kamera seinen Sätzen aber keine Bilder folgen ließ.¹⁶²

Art und Länge der Kommentare waren natürlich auch jeweils abhängig von den kommentierenden Personen. Während Birgit Mittwoch jedes Mal ausführlichst die Tagesordnung referierte, und in Sitzungspausen wiederholte, was bereits erledigt und was noch zu erwarten war, sich mit der Bewertung dessen, was unten im Plenarsaal passierte oder persönlichen Urteilen aber sehr zurückhielt, war Hans-Joachim Jahn in dieser Hinsicht bedeutend mutiger. Gerade er musste sich allerdings öfter selbst zügeln: »Ich will mich aber hier trotzdem jeglichen Kommentars enthalten, ich bin nicht

¹⁵⁹ 36. Tagung am 20. September 1990: 1:11:35.

¹⁶⁰ 37. Tagung am 28. September 1990.

¹⁶¹ 37. Tagung am 28. September 1990: 4:25:00.

¹⁶² 19. Tagung am 29. Juni 1990: 4:05:20.

Parlamentarier, sondern nur Berichterstatter«. ¹⁶³ Ingrid Kraciks Erklärungen waren eher kurz und affirmativ. Bert Sprafke hingegen legte sich keine große Zurückhaltung auf. Er ließ am deutlichsten von allen vier erkennen, dass er eine klare Vorstellung davon hatte, wie eine Tagung idealerweise verlaufen sollte. Und dementsprechend äußerte er auch Kritik, wenn eine Sitzung seiner Vorstellung nicht entsprach. Gerade was die *Arbeitsweise* des Parlaments anging, fiel sein Kommentar erstaunlich apodiktisch aus. Das mag der eigenen Unerfahrenheit in Bezug auf das parlamentarische Prozedere geschuldet gewesen sein. Oder aber einer (zu) hohen Erwartung an das Parlament. Ihn stimmten beispielsweise bereits zu Anfang der zweiten Tagung die Pannen bei der »nicht bewältigten« Abstimmung »verdrücklich«, und er sah die »Reputation, das Ansehen des Parlamentes« beeinträchtigt, immerhin habe man »schon 26 Minuten mit diesem Thema verbracht«. ¹⁶⁴ Angesichts dessen, dass sich lediglich die Schriftführer bei einem Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung verzählt hatten, und deshalb die Auszählung der Stimmen wiederholt werden musste, so dass bereits die erste halbe Stunde der Sitzung vergangen war, bis man mit dem ersten Tagesordnungspunkt beginnen konnte, erscheint dieses Urteil ein wenig hart. Doch für ihn trübte es »[b]ei allem Verständnis, das für Abstimmungsverfahren aufzubringen ist und auch für gewisse Unerfahrenheit im parlamentarischen Umgang [...] ein wenig den Eindruck eines Parlamentstages, der wirklich zu großem berufen ist«. ¹⁶⁵ Schon in der konstituierenden Sitzung hatte ihm die Wahl des Präsidiums zu lange gedauert und allein dadurch in seinen Augen an Feierlichkeit eingebüßt. Die herumstehenden und wartenden Abgeordneten, die sich unterhielten, wirkten in der Tat nicht besonders würdevoll. Seine Erwartung an die zweite Tagung war dementsprechend hoch, wie er gleich eingangs zu erkennen gegeben hatte:

»Denn noch ist der parlamentarische Alltag nicht erreicht. Noch geht es nicht mit harter sachlicher Arbeit in Ausschüssen und Plenum um neue Gesetze. Noch erscheint es wohl auch heute angemessen, den Atem der Geschichte zu beschwören für diese zweite Tagung«. ¹⁶⁶

Was er dann mit ansehen musste, enttäuschte ihn sehr, und er ließ es die Zuschauer wissen. Die Wahl des Ministerpräsidenten wäre für ihn der »Höhepunkt am heutigen Tage« gewesen, die man vielleicht bei einem zügigen Ablauf bis zum Mittag unter Dach und Fach hätte bringen können. Dadurch, dass nicht alles wie am Schnürchen lief, sah er den großen Moment entwertet. Erst in der Abmoderation zeigte er sich versöhnlicher: Die Mitglieder des Ministerrats waren gewählt und vereidigt, die Volkskammerpräsidentin hatte jedem einzelnen gratuliert, alle Blumen waren überreicht, so dass sein Fazit jetzt lautete: »Mit gebotener Würde und Feierlichkeit geht diese zweite Tagung der Volkskammer zu Ende.« ¹⁶⁷

¹⁶³ Kommentar Jahns während der 30. (Sonder-)Tagung am 22. August 1990: 0:09:20.

¹⁶⁴ 2. Tagung am 12. April 1990: 0:28:34–0:34:54.

¹⁶⁵ Ebd., 0:34:20.

¹⁶⁶ Ebd., 0:02:39–0:03:08.

¹⁶⁷ Ebd., 4:15:15.

Vor allem die häufigen Verspätungen boten auch seinen Kollegen Anlass für leise Kritik. Formulierungen wie »viele Abgeordnete hatten es vorgezogen, in den frühen Morgenstunden bereits zu Hause zu sein«, als Begründung für das Abstimmungsdesaster beim Wahlgesetz am August¹⁶⁸ verrieten auch bei ihnen eine gewisse Unzufriedenheit. Doch Sprafke stach mit seiner Urteilsfreudigkeit zweifellos heraus. Dem unerfahrenen Publikum vermittelten solche Kommentare vor allem die nicht zu leugnenden Unzulänglichkeiten seines Parlaments.¹⁶⁹

*Strategische Kommunikation*¹⁷⁰

Es war bald durchaus von Bedeutung und Interesse, wann ein bestimmter Tagesordnungspunkt in der Volkskammer verhandelt wurde, denn der Zeitpunkt entschied darüber, ob die Zuschauer vor den Fernsehgeräten saßen oder nicht. Die Fraktionen wurden in Bezug auf dieses Thema zunehmend sensibel. Die Medienlogik begann, die Arbeit im Parlament zu beeinflussen.¹⁷¹

So fiel zum Beispiel im Zusammenhang mit der Frage, ob die Fragestunde zu einer »feststehenden publikumswirksamen Zeit« stattfinden könne, in der Präsidiumssitzung vom 13. Juni die Entscheidung, einen Brief an den DFF zu schreiben, »mit der Bitte, eine Aufzeichnung zu einer bestimmten günstigen Zeit zu senden«.¹⁷² Und der Berichterstatter des Petitionsausschusses Martin Göttsching (CDU/DA), der am 19. Juli über die Schwerpunkte der im zweiten Quartal an die Volkskammer gerichteten Petitionen referierte, freute sich darüber, dass der Ausschuss »zu einer medienwirksamen Zeit auch an die Mitbewohner in unserem Land zu Wort kommen«¹⁷³ durfte – nämlich zwischen 16 und 17 Uhr. Wurde es allerdings später, wurde auch das thematisiert. Als Karl-August Kamilli (SPD) sich gegen die Unterstellung verwahrte, ein bestimmtes Thema nur aus Wahlkampfgründen angesprochen zu haben, wurde er von Bernd Meier (PDS) beruhigt: »Es guckt ja keiner mehr zu.«¹⁷⁴ Da war es bereits weit nach Mitternacht und die Kameraleute in der Tat schon seit längerer Zeit zu Hause.

Die FDP hingegen ärgerte sich, in solchen Situationen immer öfter den Kürzeren zu ziehen: Durch »verschiedene Tricks der Zeitverschiebung in der Volkskammer«

¹⁶⁸ Kommentar vor Beginn der 31. Tagung am 23. August 1990: 0:05:25.

¹⁶⁹ Ähnlich harsche Kritik an den Sitzungen, die vor allem den nicht reibungslosen Arbeitsablauf im Plenarsaal bemängelt, findet sich auch in den Printmedien. Beispielsweise in *ND* (Artikel vom 2./3. und 9./10. Juni, 21./22. Juli, 9. August und 2. Oktober 1990) oder auf westdeutscher Seite in *Der Spiegel* (»Ratlosigkeit und Ohnmacht«, 15/1990) und *taz* (»Ehrloser Abgang«, 29. September 1990).

¹⁷⁰ S. MARSCHALL, TV-Berichterstattung, 1997, S. 284. Für Frankreich vgl. C. DELPORTE, L'orateur, 2001.

¹⁷¹ Armin Burkhardt führt eine Reihe von Beispielen aus dem Deutschen Bundestag an, in dem die Situation ganz ähnlich war und auch ist, allerdings wertet er sie eindeutig negativ. Vgl. A. BURKHARDT, Das Parlament und seine Sprache, 2003, S. 309–318.

¹⁷² Protokoll der Sitzung vom 13. Juni 1990, BArch DA 1/18794.

¹⁷³ PV, 25. Tagung am 19. Juli 1990, S. 1099.

¹⁷⁴ PV, 35. Tagung am 13. September 1990, S. 1726.

sei es so eingerichtet worden, dass die Medien bereits weggeschaltet gewesen seien, als bestimmte Dinge angesprochen wurden.¹⁷⁵ Das klang schon fast nach Verschwörungstheorie, aber angesichts der Koalitionskrise und dem Ausscheiden der Liberalen aus der Koalition an eben diesem Tag fürchtete die kleine Gruppe, ohne die Aufmerksamkeit der Medien jegliche Außenwirkung zu verlieren. Auch Martina Schönebeck von der PDS störte es, »daß offensichtlich, wenn die Kameras ausgeschaltet sind, wichtigen Fragen – wie geht es mit dem Gesundheitswesen in der DDR weiter? – verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird.«¹⁷⁶

Hingegen sorgte sich Jürgen Schwarz (DSU) um das Wohlergehen der Fernsehleute selbst:

»Es ist ein Jammer, daß dieses wichtige Gesetz zu solcher Nachtstunde vorgetragen wird, einfach, weil es ungeheuer wichtig ist. Die Leute, die hier Saal sitzen, leben im Prinzip von unserer Arbeit. Sie strahlen es in alle Welt aus. Die vielen Rundfunkreporter und Fernsehleute, die Sie hier rundum immer begleiten, die warten auf dieses Gesetz.«¹⁷⁷

Die ständige Fernsehpräsenz der Volkskammerabgeordneten hatte einen weiteren Effekt: Er machte sie landesweit bekannt. Sie erlangten auf diese Weise einen gewissen Prominentenstatus, denn sie waren diejenigen, die ihre Partei öffentlich repräsentierten, sie waren ständig im Bild und ihre Gesichter hatten sich den Zuschauern inzwischen eingepreßt. So war zum Beispiel der Fraktionsvorsitzende der DSU, Hansjoachim Walther, »nahezu jeden Tag im Fernsehen zu sehen«.¹⁷⁸ Diese Bildschirmprominenz erhöhte für den einzelnen Abgeordneten die Wahrscheinlichkeit, auch weiterhin politisch eine Rolle spielen zu können. Uwe-Jens Heuer schreibt es seinem aktiven Auftreten in der Volkskammer zu, dass er später Spitzenkandidat der PDS für den Bundestag wurde.¹⁷⁹ Und auch für Jürgen Schwarz (DSU) war dieser Zusammenhang eindeutig: »Wenn ich jetzt hier noch in den Stadtrat gewählt werde, dann ist das noch der Ruhm von damals.«¹⁸⁰

Viele Abgeordnete begannen im Lauf der Zeit, Fernsehen und Aufnahmesituation für den eigenen Auftritt vor dem Plenum zu berücksichtigen. Jochen Steinecke (Die Liberalen) beispielsweise wollte »die Gelegenheit, daß gegenwärtig die Fernsehkameras auf mich gerichtet sind, nutzen. Ich wende mich an unsere Journalisten. Ich wende

¹⁷⁵ 16. Sitzung des Parteivorstands am 24. Juli 1990, ADL, LI-71, Bl. 4.

¹⁷⁶ PV, 32. Tagung am 24. August 1990, S. 1472.

¹⁷⁷ PV, 35. Tagung am 13. September 1990, S. 1713.

¹⁷⁸ Wolfgang Jäger und Michael Walter schreiben die Prominenz Walthers diesem Umstand zu, während der »Übergangsvorsitzende« seiner Partei, Joachim Hubertus Nowack, »fernab der Kameras in Leipzig« gegessen habe, »wo er weder von der Öffentlichkeit noch von einem weiteren Kreis der Parteimitglieder zur Kenntnis genommen wurde«. Dabei verschweigen sie, dass auch Nowack Volkskammerabgeordneter der DSU war. Im August wechselte er zusammen mit Hans-Wilhelm Ebeling und Peter-Michael Diestel zur Fraktion von CDU/DA. Nowack ergriff im Plenum allerdings in sechs Monaten lediglich zweimal das Wort, das war wohl der eigentliche Grund, weshalb er nicht bekannter war. W. JÄGER/M. WALTER, Allianz für Deutschland, 1998, S. 192.

¹⁷⁹ Interview Heuer.

¹⁸⁰ Interview Schwarz. Schwarz war von 1994 bis 2004 Stadtrat in Dresden.

mich an die, die in den Redaktionen der Schreibstuben sitzen und hinter den Kameras stehen.«¹⁸¹ Hans-Jochen Tschiche (Bündnis 90/Grüne), der eine gewisse Faible für Untergangsszenarien hatte, was er auch unumwunden zugab (»Ich bin vielleicht so etwas wie ein männlicher Kassandra«), wurde von Thomas Brick (CDU/DA) zurechtgewiesen: »Sie reden hier im Angesicht des ganzen Volkes. Die Kameras sind auf sie gerichtet. (Heiterkeit bei der PDS). Wissen Sie, was Sie für Wirkung damit hervorbringen können?«.¹⁸²

Die Abgeordneten fungierten mit ihren Beiträgen auch als Stichwortgeber für die Kameralente. Als Rudolf Essler (CDU/DA), der Berichterstatter des Ausschusses für Wahlprüfung, Geschäftsordnung und Immunität, am 31. Mai die im Abgeordnetengesetz vorgesehenen Sanktionen für Abwesenheit bei Sitzungen vorstellte, nahmen sie seine Bemerkung, »daß besonders in der letzten Zeit mehr und mehr Abgeordnete durch Abwesenheit glänzten« zum Anlass, in großen Schwenks durch den Saal die leeren Reihen im Plenum und auf der Regierungsbank zu zeigen.¹⁸³ Und während der Debatte um das Staatswappen in derselben Sitzung nahmen sie mehrfach bildschirmfüllend das glänzende Wappen an der Kopfwand des Saals in den Fokus.¹⁸⁴

Es konnte aber auch durchaus passieren, dass an das Publikum gerichtete Appelle ins Leere liefen, einfach weil es niemandem auffiel, dass die Übertragung längst beendet war. Die eigens für die Fernsehzuschauer gedachte Erklärung Vizepräsident Jürgen Schmieders am 29. Juni, warum nicht alle Plätze im Plenum besetzt waren, und der Hinweis, dass man daraus keine falschen Schlüsse ziehen dürfe, musste völlig wirkungslos bleiben, weil die Kameras ausgeschaltet waren.¹⁸⁵ Aus demselben Grund hätte sich auch Hans-Joachim Hacker (SPD) seinen Satz »ich will das auch noch einmal für die Zuschauer des Fernsehens erklären«, sparen können, denn auch er war da bereits nicht mehr auf den Bildschirmen zu sehen.¹⁸⁶ Die PDS, die ihn darauf hinwies, bekam aber zur Antwort, dass immerhin noch Gäste im Haus seien.¹⁸⁷

Einer, der den Umgang mit dem Fernsehen geradezu perfektioniert und auf seine eigenen Zwecke ausgerichtet hatte, war Günther Krause, der parlamentarische Staatssekretär von CDU/DA im Kanzleramt. Er nutzte das imaginäre Publikum gerne immer dann, wenn er mit Zwischenrufen des politischen Gegners konfrontiert wurde, indem er es zum Gewährsmann und Schiedsrichter über die Situation im Plenarsaal erhob. Er verweigerte die direkte Kommunikation, wich einer Antwort aus, er spielte sozusagen über Bande und instrumentalisierte die Fernsehzuschauer für seine Zwecke. »Sie können sich doch ans Mikrofon stellen, denn dann kann man das, was Sie zu sagen haben, vielleicht auch im Fernsehen besser verstehen, damit man weiß, wer

¹⁸¹ PV, 34. Tagung am 6. September 1990, S. 1570.

¹⁸² PV, 25. Tagung am 19. Juli 1990, S. 1063.

¹⁸³ PV, 9. Tagung am 31. Mai 1990, S. 274 sowie 4:21:53–4:22:15.

¹⁸⁴ 9. Tagung am 31. Mai 1990: 3:30:26, 3:33:02, 3:33:36.

¹⁸⁵ PV, 19. Tagung am 29. Juni 1990, S. 806.

¹⁸⁶ Ebd., S. 807.

¹⁸⁷ Ebd., S. 808.

hier etwas Ordentliches zu sagen hat«. ¹⁸⁸ Oder: »Herr Weiß, gehen Sie doch ans Mikrofon, damit das Volk Sie verstehen kann«. ¹⁸⁹

3. Öffentlichkeit¹⁹⁰

Besucher

Es gab aber auch einen direkteren Kontakt zu den Volksvertretern. Wer wollte, konnte, ausgestattet mit sogenannten Besucher- oder Zuhörerkarten, auf der Gästetribüne des Plenarsaals Platz nehmen und die Sitzungen verfolgen. Und nicht nur das, es bestand außerdem die Möglichkeit, sich durch das Haus führen zu lassen und mit Abgeordneten zu sprechen, Angeboten, von denen rege Gebrauch gemacht wurde. ¹⁹¹ Ganze Schulklassen aus Ost- wie Westdeutschland, eine Wander-AG aus Osnabrück, englische Reisegruppen, amerikanische Studenten, die Verwaltungsmitarbeiter des Deutschen Bundestages – und das ist nur ein Teil der Interessenten – meldeten sich für Führungen und die Teilnahme an den Sitzungen an. Die Gelegenheit wurde also nicht nur von DDR-Bürgern, sondern gerade auch von Besuchern aus der Bundesrepublik und von noch weiter her genutzt. Manche hätten am liebsten gleich eine Art Gesamtpaket gebucht und zusätzlich zu ihrer Tribünenkarte noch einen Tisch im Restaurant im Palast der Republik reservieren lassen, was die Verwaltung der Volkskammer allerdings freundlich ablehnte. ¹⁹² Ebenso wenig war sie in der Lage, der Bitte zu entsprechen, auch die Kosten für Fahrt und Unterbringung zu übernehmen. ¹⁹³ Irgendwann sah sich die Volkskammerverwaltung dann auch gezwungen, einigen Dauerbesuchern, die bereits zum x-ten Mal an einer Sitzung teilnehmen wollten, Zuhörerkarten zu verweigern, weil »durch das starke Interesse an der parlamentarischen Arbeit zu lange Wartelisten

¹⁸⁸ Reaktion Krauses auf »Unmutsäußerungen« im Saal während seiner Rede zum Tagesordnungspunkt »Stand der Verhandlungen zum Zwei-plus-Vier-Vertrag«, PV, 6. Tagung am 10. Mai 1990, S. 178.

¹⁸⁹ Krause, ebd., S. 182.

¹⁹⁰ Zur Parlamentsöffentlichkeit vgl. u. a. L. KISSLER, Parlamentsöffentlichkeit 1989; A. WEISS, Theorie, 2007; zur Geschichte auch A. BIEFANG, Die andere Seite, 2009.

¹⁹¹ Vgl. dazu die Zuschriften von Interessenten an die Verwaltung der Volkskammer: BArch DA 1/18177–18179. Eine undatierte Statistik der Volkskammerverwaltung schlüsselte im Einzelnen auf: 7187 Besucher (2982 aus der DDR, 2999 aus der Bundesrepublik) und 106 Besuchergruppen. Die am besten besuchte Tagung war die 35. am 13. September. Den weitesten Weg legte eine Besucherin aus Chicago zurück. Zwischen den Tagungen kamen 14 Gruppen mit insgesamt 462 Besuchern, darunter mit der weitesten Anreise eine Professorengruppe aus Kanada. BArch DA 1/18178.

¹⁹² So wollte beispielsweise der Kneipp-Verein Koblenz nach einem Besuch einer Plenarsitzung mit 47 Personen im Palast der Republik zu Mittag essen, Schreiben vom 7. April 1990, BArch DA 1/18177.

¹⁹³ Antwort vom 15. Juni 1990 auf die Bitte der Koordination Saarländischer Arbeitsloseninitiativen, BArch DA 1/18177.

für die Besucher entstanden« waren und sie »nicht mehr alle Wünsche erfüllen« konnte.¹⁹⁴

Nach den Sitzungen trafen zwar auch Dankesbriefe von begeisterten Gästen ein: »Es ist schon ein überwältigendes [!] Gefühl, wenn wir das hohe Haus betreten.«¹⁹⁵ Weitaus häufiger waren allerdings kritische Zuschriften oder Beschwerden. Denn kamen manche mit ihrer Bitte nach einer oder mehreren Karten nicht zum Zuge, mussten dann aber im Fernsehen feststellen, dass die Besuchertribüne überhaupt nicht voll besetzt war, schrieben sie an das Präsidium.¹⁹⁶ Da fanden sich Beschwerden der Art, dass drei Reisegruppen bevorzugt Zutritt erhalten hätten, dass kein Interesse an DDR-Wählern bestehe, dafür aber Engländer und Österreicher eingelassen würden, dass man nach 70 Minuten Anstehen nur schubweise eingelassen worden sei und dann trotzdem wieder gehen müssen, weil man nicht auf einer der Listen gestanden habe und alle Plätze besetzt gewesen seien.

Das Präsidium erklärte in solchen Fällen, dass manche Interessenten ihre Karten nicht genutzt oder nicht an der ganzen Tagung teilgenommen hätten, der optische Eindruck also trog, dass es durchaus möglich sei, auch unangemeldet hineinzukommen, es dafür aber keine Garantie geben könne, dass ein Teil der Sitzplätze (der Mittelblock) wie in allen Parlamenten üblich, prinzipiell für Vertreter des diplomatischen Korps reserviert sei, dass es jedoch für die anderen Plätze sehr viel mehr Anmeldungen gegeben habe, als frei waren.¹⁹⁷

Es durfte auch nicht jeder hinein – Schüler erst von der 8. Klasse an – und diejenigen, die hineinkamen, mussten sich an bestimmte Regeln halten. Sie wurden gebeten, Ruhe und Ordnung im Haus zu wahren, die Hausordnung strikt einzuhalten und den Hinweisen der Mitarbeiter des Besucherdienstes und des Objektschutzes Folge zu leisten, doch vor allem durften sie die Arbeit der Abgeordneten nicht beeinträchtigen. Mäntel, Jacken, Schirme, Gepäckstücke, aber auch Ferngläser, Kameras und Kassettengeräte waren an der Garderobe abzugeben. Selbst mit Besucherkarte war der Zutritt auf den Rang im Plenarsaal und die Foyer-Gastronomie in der 5. Etage beschränkt. Das mit »Herzlich willkommen in der Volkskammer der DDR!« überschriebene Informationsblatt der Volkskammerverwaltung, das den Besuchern seit dem Sommer ausgehändigt wurde, stellte zudem klar: »Willensbekundungen jeglicher Art von der Zuhörertribüne aus sind nicht gestattet« und es wies darauf hin, dass bei Verstößen oder einem der Würde des Hauses nicht entsprechenden Verhalten Besucher der Volkskammer verwiesen werden konnten.¹⁹⁸

¹⁹⁴ Antwort vom 9. Juli 1990 auf eine Zuschrift, BArch DA 1/18178.

¹⁹⁵ Zuschrift vom 21. April 1990, BArch DA 1/18177. Der Autor besuchte die Volkskammer zum zweiten Mal. Erstmals war er zur 17. Tagung der 9. Volkskammer gekommen, und war auch da schon begeistert. Er berichtete davon, dass Freunde alles über Erlebnis in der Volkskammer von ihm wissen wollten, Zuschrift vom 27. Februar 1990, ebd.

¹⁹⁶ Zuschrift vom 9. August 1990, BArch DA 1/16731 oder vom 9. Juli 1990, BArch DA 1/18185.

¹⁹⁷ Antwort Höppner vom 21. August auf die Zuschrift vom 9. August, ebd.

¹⁹⁸ Direktor der Verwaltung vom 28. Juni 1990, BArch DA 1/18178.

Diese Vorgaben waren eine Reaktion auf Ereignisse von Ende Mai, Anfang Juni, als von der Besuchertribüne aus mehrfach Flugblätter in den Plenarsaal geworfen und Transparente entrollt worden waren.¹⁹⁹ Zum ersten Mal passierte das am 31. Mai, als einige Zuschauer auf einem Spruchband den Abgeordneten vorwarfen, ohne Verfassung zu regieren und damit den Volkswillen zu regieren, eine Volksabstimmung über die Verfassung forderten und dafür heftigen Beifall aus den Reihen von PDS, Bündnis 90/Grüne und von einigen Abgeordneten der SPD ernteten. Mitglieder von CDU/DA, DSU und den Liberalen waren über beides so aufgebracht, dass sie den Saal verließen.²⁰⁰ Die PDS wurde dabei der aktiven Unterstützung der Demonstranten verdächtigt, das zumindest legt ein aufgeregter Wortwechsel auf der rechten Seite des Saales nahe: »Warum ist denn die PDS so still?« – »Die haben doch geklatscht.« – »Die haben sie doch bestellt!«²⁰¹

Weil Dieter Helm (DBD) als Sitzungsleiter größte Mühe hatte, die Situation unter Kontrolle zu bringen und die umherlaufenden und aufgebracht diskutierenden Abgeordneten dazu zu bewegen, sich wieder hinzusetzen und weiterzumachen, blieb es seinem Präsidiumskollegen Reinhard Höppner überlassen, die Gemüter zu beruhigen. Ihm war das Vorgehen Helms viel zu abwartend und unentschlossen, das ist deutlich zu hören, weshalb er ihm schließlich einfach vorgab, was zu tun war. Da er den Vorsitz zu diesem Zeitpunkt nicht innehatte, ging er schließlich als Abgeordneter zum Rednerpult, um von dort aus alle Anwesenden darauf hinzuweisen, dass Demonstrationen in der Volkskammer nicht stattfinden dürften und es »dem Hohen Haus angemessen [sei], wenn wir selber solche Demonstrationen nicht durch entsprechende Reaktionen hier unten noch aufwerten würden.«²⁰² Trotzdem ließ er einen Moment später, als er die Sitzungsleitung übernommen hatte, eine Erklärung Gerd Poppes (Bündnis 90/Grüne) zu. Dieser hielt es für

»äußerst bedenklich, [...] wenn in diesem Raum gewaltfreie Demonstrationen, durch die dieses Parlament ja erst zustande gekommen ist, mit solchen Bemerkungen belegt und sogar, wie es von Seiten eines CDU-Abgeordneten geschehen ist, gleichgesetzt werden mit Bombendrohungen. Hier fühlen wir uns doch sehr erinnert an das, was mit uns in den letzten Jahren geschehen ist, wo jedesmal unsere friedlichen Aktionen mit terroristischen verglichen wurden.«²⁰³

Am 7. Juni war es dann eine Gruppe von Studenten, die von der Galerie aus Flugblätter in den Saal warf und sich anschickte, eine leuchtend rote Stoffbahn mit der

¹⁹⁹ Vgl. u. a. PV, II. Tagung am 7. Juni, S. 338, 35. Tagung am 13. September, S. 1715 und 36. Tagung am 20. September, S. 1752.

²⁰⁰ 9. Tagung am 31. Mai 1990: 3:35:10–3:36:28. Die DFF-Komentatorin wollte sich zu diesem Zeitpunkt nicht festlegen, ob sie überhaupt wieder zurückkommen würden.

²⁰¹ 9. Tagung am 31. Mai 1990: 3:37:16–3:37:23.

²⁰² PV, 9. Tagung am 31. Mai 1990, S. 268 f.

²⁰³ PV, 9. Tagung am 31. Mai 1990, S. 275. Poppe bezog sich auf einen Beitrag Bertram Wieczoreks (CDU). Dieser hatte die Frage der Kontrolle der Besucher angesprochen und darauf aufmerksam gemacht, dass in der letzten Zeit 40 kg Sprengstoff gestohlen worden seien. Ebd., S. 270.

Aufschrift »Ich will so bleiben, wie ich bin. Studentendiät für Politiker-Diäten? Wir dürfen!« über die Balustrade zu hängen. Auch das führte wieder zu Unruhe unten im Plenum, aber Höppners Ermahnung am 31. Mai schien Eindruck gemacht zu haben: Die Aufregung war merklich geringer als beim vorangegangenen Mal, vor allem verweigerten die Abgeordneten dieses Mal den Protestierenden die Unterstützung. Im Gegenteil machte sich jetzt eher Unmut über die Unterbrechung breit. Reinhard Höppner stellte klar, dass er durch diese Aktion das Gesprächsangebot, das die Kammer den Studenten machen wollte, sehr beeinträchtigt sah und dass sich die Parlamentarier von den Demonstranten nicht unter Druck setzen lassen würden. Er ließ sie des Saals verweisen.²⁰⁴



Abb. 5 u. 6 Zuschauerproteste im Plenarsaal am 31. Mai und 7. Juni 1990

Nachdem eine Zeit lang Ruhe geherrscht hatte, ereignete sich im September der nächste Zwischenfall. Am 13. September war es wieder einigen Besuchern gelungen, Spruchbanner mit auf die Galerie zu schmuggeln. Kurz nachdem eine Mehrheit der Abgeordneten sich gegen eine Abwahl Innenminister Diestels ausgesprochen hatte und dieser zu einer persönlichen Erklärung ansetzte, kam es oben auf der Tribüne zu Unruhen. Die Besucher kamen allerdings nicht mehr dazu, ihre Banner auch zu entfalten, weil die Saaldienstler die Aktion bereits im Ansatz erkannten und sofort einschritten.²⁰⁵ Auch das war neu, am 31. Mai hatten sie noch äußerst zaghaft und unsicher agiert, als sie die Gruppe aufforderten, das Transparent wieder zu entfernen.

²⁰⁴ PV, 11. Tagung am 7. Juni 1990, S. 338; 2:00:06–2:01:20.

²⁰⁵ PV, 35. Tagung am 13. September 1990, S. 1715.

Trotzdem wurde es auch unten im Saal wieder unruhig, so dass Reinhard Höppner einige Abgeordnete auffordern musste, Platz zu nehmen und weiter zu verhandeln. Ein Zuruf aus den Reihen der CDU/DA forderte schließlich sogar den Ausschluss des Publikums per sofortiger Abstimmung. Das allerdings lehnte Höppner ab, für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saal sei nur das Präsidium zuständig, das sei keine Angelegenheit, die von den Abgeordneten beschlossen werden könne.

Im Nachhinein deutete der Vizepräsident der Volkskammer diese Ereignisse so: »Dieses Parlament war, wie kaum ein anderes, mit den Bewegungen auf der Straße verbunden.« Es »spielte [...] Stellvertretung« im wahrsten Sinne des Wortes.²⁰⁶ Damit beschrieb Reinhard Höppner in sehr rosigen Farben den Umstand, dass es in der Tat nicht wenige gab, die von der (Fernseh-)Öffentlichkeit der Volkskammer zu profitieren versuchten: Studenten, Landwirte, Müllabfuhr, Polizei, Lehrer, alle diejenigen, die in diesen Wochen beinahe täglich vor dem Palast der Republik für ihre Anliegen demonstrierten, wollten am liebsten auch *im* Parlament auf ihre Situation aufmerksam machen. Bis auf die genannten Fälle und bis auf die Besetzer der Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße, die in den Hungerstreik getreten waren und schließlich in einer Sitzungspause der 36. Tagung tatsächlich ans Rednerpult gelassen wurden, gelang das aber niemandem. Es fanden sich jedoch meistens Abgeordnete, die vor dem Palast der Republik mit den Demonstranten sprachen und dann stellvertretend deren Stellungnahmen im Plenum zumindest verlasen, um ihren Anliegen so zu größerer Resonanz zu verhelfen.²⁰⁷ Einen Versuch der Grünen, protestierenden Studenten am 15. Juni die eigene Redezeit zur Verfügung zu stellen, damit sich diese in der Aktuellen Stunde zum Thema »Fragen und Probleme der künftigen sozialen und finanziellen Absicherung der Studenten der Deutschen Demokratischen Republik« selbst äußern konnten, wehrte das Präsidium mit Hinweis auf die Geschäftsordnung ab. Ebenso wie den Vorschlag, die Sitzung zu unterbrechen, und die Studenten während der Pause sprechen zu lassen. Als Kompromiss trug Reinhard Höppner zu Beginn der Aktuellen Stunde eine Stellungnahme der Studenten vor, um deren Stimme »hier original zu Gehör« zu bringen.²⁰⁸

Doch so einvernehmlich wie das klingt, war es nicht. Gerade im Fall der Studentenproteste war die Atmosphäre eher angespannt: Mit der Währungsunion vom 1. Juli 1990 wurden auch Stipendien für Studenten im Verhältnis eins zu eins umgestellt. Damit erhielten diese ein monatliches Grundstipendium von 200 DM. Die Studenten forderten nun eine Anpassung der Stipendienhöhe an das Existenzminimum von 495 DM und eine Beibehaltung aller bislang gewährten Zuschläge und Vergünstigungen. 450 DM als Höchstsatz, wie in der Gesetzesnovelle beabsichtigt, seien nicht ausreichend, um den Lebensunterhalt zu finanzieren. Seit dem 8. Juni hielten Studen-

²⁰⁶ R. HÖPPNER, Die Volkskammer als Schule der Demokratie, 1995, S. 13.

²⁰⁷ Vgl. 6. Tagung am 10. Mai, S. 152, 11. Tagung am 7. Juni, S. 337, 13. Tagung am 14. Juni, S. 411, 14. Tagung am 15. Juni, S. 468, 16. Tagung am 21. Juni, S. 575, 18. Tagung am 28. Juni, S. 699, 24. Tagung am 13. Juli, S. 1012.

²⁰⁸ Beschlußprotokoll der 14. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer am 13. Juni 1990, BArch DA 1/18794, PV 14. Tagung am 15. Juni 1990 S. 468.

ten eine Mahnwache vor dem Berliner Dom ab. In der Präsidiumssitzung am 13. Juni wurde im Rahmen einer Information über die Sicherheitskonzeption der Volkskammer davor gewarnt, dass derjenige Teil der Studenten der Humboldt-Universität, der Gewalt als Mittel zur Durchsetzung der eigenen Forderungen nicht mehr ausschließen, gewachsen sei. Das mache inzwischen auch dem Rektor der Universität Sorgen. Die Studenten erwarteten am 14. Juni eine eindeutige Antwort auf ihre Fragen, so dass sich ein Ansprechpartner, möglicherweise Höppner, zur Verfügung halten sollte.

Wenn es den Studenten und anderen Demonstranten auch verwehrt blieb, im Plenarsaal zu sprechen, durften dort dennoch zwei Nichtparlamentarier zur Wort kommen: Als erstem wurde dieses Privileg gleich in der konstituierenden Sitzung dem stellvertretenden Pressesprecher der Wahlkommission der DDR, Hans-Andreas Schönfeldt, zuteil. Er durfte mit Erlaubnis der Abgeordneten vor dem Plenum über die Modalitäten des Wahlgesetzes sprechen und begann mit den Worten: »Entschuldigen Sie meinen Aufzug, aber ich bin, nachdem ich das im Fernsehen gehört habe, im Laufschrift hierhergekommen, um Schaden von diesem Volke abzuwenden.«²⁰⁹ Einen sehr viel längeren Auftritt hatte hingegen am 13. September Detlev Karsten Rohwedder, der Vorsitzende der Treuhandgesellschaft. Er erstattete über eine Stunde lang im Auftrag des Vorsitzenden des Ministerrats Bericht über die Arbeit der Gesellschaft und beantwortete im Anschluss in der Debatte Fragen dazu.²¹⁰

Mit dem Umzug der Volkskammer in das ehemalige ZK-Gebäude für die letzten beiden Sitzungen wurde es vollends schwierig, die Besucher zu kontrollieren, weil es keine klare räumliche Trennung mehr zwischen Abgeordneten, Gästen und Journalisten gab (vgl. Kap. 2). Das erwies sich besonders am 20. September. Der DFF-Reporter Hans-Joachim Jahn konnte nicht ahnen, wie recht er behalten sollte, als er in seinem einleitenden Kommentar zum einen auf den durch das Bild laufenden »Herrn Schult, Bündnis 90/Grüne, der zu den Besetzern in der Normannenstraße gehört« hinwies und sich zum anderen sicher war, dass man sich »wieder auf ein interessantes Programm gefasst machen« könne.²¹¹ Was Jahn zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen konnte, war, dass das eine mit dem anderen zu tun hatte. Denn nachdem der Verhandlungsführer und Fraktionsvorsitzende von CDU/DA, Günther Krause, seine Rede zur zweiten Lesung des Einigungsvertrags beendet hatte, zogen vier Besucher, unter anderem der von Jahn erwähnte Reinhard Schult sowie Ingrid Köppe vom Neuen Forum, am Präsidiumstisch vorbei quer durch den Saal zum Rednerpult und entrollten dort ein Spruchband mit der Aufschrift »9. Tag Hungerstreik«.²¹² Sofort folgten ihnen einige der am Rand des Saals wartenden Fotografen.

²⁰⁹ Es war in der Tat ein äußerst spontaner Auftritt. Er bekannte, den Anfang der Debatte nicht mitbekommen zu haben, weil er sich »beim Fernsehen mitten reingeschaltet« hatte. PV, 1. Tagung am 5. April 1990, S. 11.

²¹⁰ PV, 35. Tagung am 13. September 1990, S. 1679–1687, bzw. 5:51:20–7:07:19.

²¹¹ 36. Tagung am 20. September 1990: 0:06:00.

²¹² 36. Tagung am 20. September 1990: 2:47:48–3:07:33. Diese Szene sowie die Erklärung der Besetzer, 3:01:00–3:04:53, fehlen in den Stenografischen Berichten, da die Sitzung währenddessen unterbrochen war.

Da die vier Höppners Aufforderung, sich als Zuschauer wieder an den Rand des Saales zu begeben, nicht Folge leisteten, gab er den Technikern die Anweisung, das Mikrofon ausgeschaltet zu lassen, weil er den Besuchern nicht das Wort erteilt habe, und unterbrach die Sitzung. Ein großer Teil der Abgeordneten verließ daraufhin den Saal, während Schult umringt von Fernsehkameras und Fotografen weiter am Pult wartete. Eine der Demonstrantinnen hatte zwischenzeitlich eine DDR-Fahne entfaltet und hielt sie am Rednerpult stehend in die Kameras. Für die Journalisten war »so eine Aktion hier im Parlament natürlich ein gefundenes Fressen«, wie Hans-Joachim Jahn feststellte.²¹³ Volkskammersitzungen waren seiner Meinung nach »im Allgemeinen nicht überschattet, eher angereichert« durch solche Aktionen.

Schult, Köppe und die beiden anderen gehörten zu der Gruppe von Bürgerrechtlern, die seit dem 4. September die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in der Normannenstraße in Berlin Lichtenberg besetzt hielt, um zu verhindern, dass die dort lagernden Stasiakten dem Bundesarchiv in Koblenz übereignet wurden, wie es im Entwurf des Einheitsvertrags vorgesehen war. Damit wären sie gemäß Bundesarchivgesetz für 30 Jahre dem Zugriff der DDR-Bürger entzogen gewesen. Das Stasiunterlagengesetz, das die Volkskammer am 24. August 1990 bei lediglich einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen verabschiedet hatte,²¹⁴ hatte hingegen in Paragraph 3 bestimmt, dass die Akten in Sonderarchiven in den neuen Bundesländern und in einem zentralen Sonderarchiv in Berlin aufzubewahren und aufzuarbeiten seien. Die Archive sollten von einem vom Parlament gewählten Sonderbeauftragten geleitet werden. Diese Entscheidung der Volkskammer war aber bis zu diesem Zeitpunkt bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag schlicht ignoriert worden. Um dagegen zu protestieren, waren die Besetzer der Normannenstraße am 12. September schließlich in einen Hungerstreik getreten.

Reinhard Höppner hatte inzwischen die Mitglieder des Präsidiums sich hinter der Bühne versammeln lassen und besprach mit ihnen das weitere Vorgehen. Währenddessen gab Reinhard Schult am Rednerpult den ihn umgebenden Journalisten Interviews. Nach längerer Diskussion im Präsidium wurde schließlich der Kompromiss gefunden, den Besetzern das Mikrofon für eine Erklärung zu überlassen, allerdings nur, solange die reguläre Sitzung unterbrochen war. Für die folgenden neun Minuten hatten Schult und seine Mitstreiter dann die ganze Aufmerksamkeit der Journalisten für sich. Nachdem Höppner das Mikrofon wieder hatte anschalten lassen, lud Schult diejenigen, die zuhören wollten, ein hereinzukommen. Die Kameras zeigten nun in Großaufnahme nur noch das Pult.

Schult erklärte vor den laufenden Kameras im Namen der Besetzer der Normannenstraße, dass sie mit dem Ergebnis der Verhandlungen unzufrieden seien und den gefundenen Kompromiss über den Umgang mit den Stasiakten ablehnten. Stattdes-

²¹³ Ebd., 2:50:00.

²¹⁴ »Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen MfS/AtNS« vom 24. August 1990, GBl. DDR 1990 I, Nr. 58, S. 1419. Vgl. S. SCHUMANN, Verichten oder Offenlegen, 2004.

sen forderte er, das Stasiunterlagengesetz im Einheitsvertrag zu berücksichtigen und außerdem das Rehabilitierungsgesetz²¹⁵ voll anzuerkennen. Er kritisierte, dass durch die getroffenen Regelungen im Einheitsvertrag wieder eine Behörde entscheide, was mit den privaten Unterlagen der DDR-Bürger passiere. So sei der Beitrag der DDR für die Deutsche Einheit wie ein »Eimer voller Gift«, es entstehe eine Atmosphäre von Misstrauen, Verdächtigungen und Erpressung. Sie wollten stattdessen Aufklärung durch Offenheit und Wahrhaftigkeit. Spitzelakten sollten zur juristischen Aufarbeitung, die sogenannten Vorgangsakten hingegen zur historischen Aufarbeitung verwendet werden. Ihr Protest richtete sich dagegen, dass an diesem Tag im Beisein und mit der Stimme von Abgeordneten über den Einigungsvertrag entschieden werde, die nachweislich Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen seien. Bevor darüber keine Klarheit herrsche, könne keine Abstimmung erfolgen. Schult kündigte überdies an, ein Abgeordneter, der ihnen gestanden hatte, für die Staatssicherheit gearbeitet zu haben, werde sich an diesem Tag noch öffentlich dazu äußern.²¹⁶ Wenn damit erreicht worden sei, dass damit auch bei anderen ein Umdenkungsprozess stattfinde, sei diese Aktion nicht sinnlos. Nach seiner circa vierminütigen Erklärung verließ die Gruppe begleitet von Kameras und Mikrofonen den Saal. Einige wenige Abgeordnete klatschten Beifall.²¹⁷

Damit gab es in der Volkskammer den wohl einzigartigen Fall, dass ein Außenstehender, wenngleich unterstützt von einigen Abgeordneten, die – wie Christine Grabe oder Angelika Barbe – zum Teil selbst am Hungerstreik beteiligt waren, die Volkskammer zu einer Unterbrechung der Sitzung zwang, ihr Vorgehen öffentlich kritisierte und ihr vorschrieb, wie sie weiter verfahren solle.

Die Beispiele zeigen, dass die Frage, was »Innen« und was »Außen« ist, wer im Parlament legitimerweise Akteur ist und wer nur Publikum, in den ersten Wochen noch nicht klar definiert war, beziehungsweise dass darüber auch unter den Abgeordneten unterschiedliche, eher verschwommene Auffassungen und eine gewisse Unsicherheit herrschten. Je nach politischen Vorstellungen wurde der Begriff mal enger, mal weiter

²¹⁵ Die Volkskammer hatte am 6. September das Rehabilitierungsgesetz (VK Drs. 157 a) in 2. und 3. Lesung beraten und bei einer Nein-Stimme und fünf Enthaltungen verabschiedet. Zusätzlich wurde die Regierung beauftragt, »Nachverhandlungen zum Einigungsvertrag zu führen, mit dem Ziel, das Rehabilitierungsgesetz als weitergehendes Recht mit zu verankern«. PV, 34. Tagung am 6. September 1990, S. 1597–1601 u. 1619 ff. Mit dem Gesetz sollten Personen rehabilitiert werden, die wegen Handlungen strafrechtlich verfolgt worden waren, mit der sie verfassungsmäßige politische Grundrechte wahrgenommen hatten, § 3 (1), oder aber weil sie Republikflucht begangen hatten § 3 (3).

²¹⁶ Zur Erklärung Rainer Börners (PDS) am selben Tag siehe S. 295.

²¹⁷ Möglicherweise war dieser Auftritt schon länger geplant gewesen, denn in der Fraktionssitzung der SPD vom 18. September hatte Eberhard Brecht erwähnt, dass einige Besetzer der Normannenstraße die Plenartagung am Donnerstag von der Tribüne aus verfolgen wollten und um Unterstützung bei der Besorgung der Karten bäten. (Fraktionssitzung vom 18. September 1990, AdsD, Mappe 62.) Allerdings konnte da noch niemand wissen, dass die Volkskammer in der Zwischenzeit würde umziehen müssen, womit sich ja erst die Gelegenheit für den spektakulären Auftritt ergeben hatte, der Umzug wurde erst am 19. September beschlossen. Der Hungerstreik in der Normannenstraße wurde am 28. September beendet.

gefasst.²¹⁸ Die Grenzen waren jedenfalls noch nicht klar gezogen oder zumindest relativ durchlässig. Erst in der Auseinandersetzung mit Aktionen wie denjenigen vom 31. Mai oder 7. Juni, bei denen Reinhard Höppner eigens daran erinnern musste, was in einem Parlament normalerweise erlaubt ist und was nicht, wurden diese Regeln ins Bewusstsein gerufen, und es begann sich so etwas wie eine Gruppenidentität unter den Abgeordneten oder ein Selbstverständnis als gewählte Repräsentanten auszubilden. Denn je öfter solche Störungen des Sitzungsablaufs auftraten desto mehr scheinen sie den Zusammenhalt der Parlamentarier als Gruppe gefördert zu haben. Anfangs von einigen Volkskammermitgliedern als Ausdruck von Meinungsfreiheit und demokratischer Partizipation sogar begrüßt, wurden sie schließlich abgelehnt. Zwar hatten Fraktionen wie die PDS oder Bündnis 90/Grüne in der Regel für solche Aktionen – je nachdem, von wem sie ausgingen –, mehr Verständnis als die Mitglieder der Koalition. Aber auch sie akzeptierten sehr schnell die vom Präsidium vorgegebene Linie.

Die zentrale Frage war: wer repräsentiert wen und wie wird repräsentiert? Teilen der Bevölkerung, die sich ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und politische Mitsprache gerade erst auf der Straße erkämpft hatte und dadurch hatte feststellen können, welche Möglichkeiten der Druck der Straße eröffnete, musste es erscheinen, als würden sie nun schon wieder zum Zuschauer degradiert und Politik über ihre Köpfe hinweg gemacht. Das wurde schlaglichtartig klar durch die Reaktion des Tribünenpublikums auf einen drohenden Ausschluss der Öffentlichkeit von den Beratungen am 13. September.²¹⁹ Mit dem Ruf »Wir sind das Volk!« und das heißt, mit genau der Parole, mit der sie in den Demonstrationen gegen die alte Staatsmacht ihre Souveränität beansprucht hatten, machten sie ihrem Unmut darüber Luft, von der Sitzung ausgeschlossen zu werden. Mindestens ebenso bezeichnend war aber auch die Antwort aus dem Plenum. Denn einer der Abgeordneten brüllte zurück: »Wir auch!«. Hier prallten offensichtlich zwei verschiedene Vorstellungen von Repräsentation aufeinander. Die Volkskammer fand bis zum Schluss keine befriedigende Antwort darauf, wie sie sich in solchen Fällen verhalten sollte. Ein zentrales Beispiel dafür war der Umgang mit der Bannmeile.

Die Bannmeile

»Heute hatten wir vor Beginn der Volkskammersitzung Besuch von unseren Bauern. Sie hatten eine Kuh, ein paar lebende Schweine und einige Schweinehälften vor den Parlamentseingang postiert. Es ging noch alles friedlich ab, [...] aber es zeigte sich erneut, wie schwer uns noch das Durchsetzen der Bannmeile fällt.«²²⁰

Wohl nicht wissend, ob er angesichts dessen lieber lachen oder weinen sollte, hatte sich der Leiter der Volkskammerverwaltung in seiner Not hilfesuchend nach Bonn gewandt. Denn das, was sich immer öfter vor dem Palast der Republik abspielte und

²¹⁸ Vgl. dazu P. MANOW, *Demokratie und Architektur*, 2015.

²¹⁹ Vgl. dazu S. 129–135.

²²⁰ Direktor der Verwaltung der Volkskammer, Niggemeier, an den Direktor beim Deutschen Bundestag, Bucker, vom 12. Juli 1990, BArch DA 1/17866, S. 24.

nicht nur in diesem einen Fall den Pressefotografen dankbare Motive lieferte, bereitete der Volkskammer zunehmend Sorgen.



Abb. 7 Während der Bauernproteste am 12. Juli 1990 vor der Volkskammer angebundene Kuh

Der Palast der Republik war 1990 beinahe ständig, nicht nur nach Verabschiedung des Entflechtungsgesetzes vom 6. Juli, von protestierenden DDR-Bürgern umlagert und Ziel unzähliger Demonstrationen. Mal waren es wie im Juni gleich für mehrere Tage die Studenten, mal die Lehrer (10. Mai), am 16. Mai Behinderte und Rollstuhlfahrer, am 12. Juli, siehe oben, Bauern und Arbeiter der Berliner Fleischverarbeitungsbetriebe samt ihren Kühen und Schweinen, ein anderes Mal die Friseure oder die Müllabfuhr. Allein zweimal musste die Volkskammer wegen Bombendrohungen ihre Sitzung unterbrechen, und das Gebäude geräumt werden.²²¹

Es waren also vor allem handfeste Sicherheitsbedenken, die die Volkskammer schon sehr früh nach Lösungen hatte suchen lassen, um den Parlamentsbetrieb vor Störungen von außen zu schützen. Das klassische Mittel für solche Fälle ist seit dem 19. Jahrhundert die Einrichtung einer Bannmeile rund um das Parlament.²²² Bereits das Paulskirchenparlament von 1848 tagte innerhalb eines solchen geschützten Bezirks, um die Proteste der Straße auf Distanz zu halten.²²³ Ähnliche Lösungen gab es zwischen 1850 und 1908 in vielen deutschen Staaten.²²⁴ 1908 hob das Reichsvereins-

²²¹ Am 6. und am 20. Juli, eine weitere schriftlich belegte Bombendrohung gab es am 13. September, BArch DA 1/17865.

²²² Vgl. dazu u. a. T. KAISER, *Brachialgewalt*, 2012, S. 216–221.

²²³ Art. 3, Gesetz zum Schutze der verfassunggebenden Nationalversammlung und der Beamten der provisorischen Centralgewalt. (Reichsverfassungsschutzgesetz) vom 10. Oktober 1848, RGBl. 1848 S. 9.

²²⁴ M. BREITBACH, *Die Bannmeile*, 1994, S. 24 f.

gesetzt solche Einzelregelungen auf.²²⁵ Die nächste Etappe der Rechtssetzung auf diesem Gebiet war das »Gesetz über die Befriedung der Gebäude des Reichstags und der Landtage vom 8. Mai 1920«,²²⁶ Es verbot Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge innerhalb des befriedeten Bannkreises des Reichstagsgebäudes. Entsprechendes galt auch für die Landtage (§ 1). Die Festlegung des Umfangs der Bannkreise blieb dabei den jeweiligen Regierungen in Absprache mit den Parlamentspräsidenten überlassen (§ 2). Das Gesetz war unmittelbare Folge der gewalttätigen Auseinandersetzungen am 13. Januar 1920 in Berlin. An diesem Tag war es bei einer von USPD und KPD anlässlich der 2. Lesung des Betriebsrätegesetzes organisierten Kundgebung vor dem Reichstag zu heftigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der von der Regierung zur Hilfe gerufene Sicherheitspolizei mit 42 Toten und über 100 Verletzten gekommen.²²⁷ »Damit handelte es sich um eines der blutigsten Ereignisse der Revolutionszeit und mit Sicherheit um die opferreichste Demonstration, die je in Deutschland stattgefunden hat.«²²⁸

In der Folgezeit wurden aufgrund dieses Gesetzes die unterschiedlichsten Zusammenkünfte innerhalb der Bannmeile verboten, egal ob politische Demonstrationen, Verfassungsfeiern oder Sportumzüge, von 1924 an wurde die Regelung jedoch gelockert. Die Nationalsozialisten hoben die Bannmeile 1934 auf. Wo es ein seiner Funktionen beraubtes Parlament nur noch zum Schein gab, war auch keine Bannmeile nötig.²²⁹ Die Bundesrepublik Deutschland hingegen führte einen sogenannten »befriedeten Bannkreis« mit dem § 16 des Versammlungsgesetzes von 1953, der Versammlungen im Umkreis der Gesetzgebungsorgane des Bundes und der Länder sowie des Bundesverfassungsgerichts untersagte, und dem Bannmeilengesetz von 1955, das die Bannmeilen in Bonn und Karlsruhe genau definierte, wieder ein.²³⁰ 1969 wurde der Schutzbereich zwar etwas verkleinert.²³¹ Das änderte jedoch nichts an der strengen Regelung insgesamt. Denn bis 1999 wurden Verletzungen der Bannmeile mit einer Freiheitsstrafe von bis zu sechs Monaten oder einer Geldstrafe von bis zu 180 Tagessätzen geahndet.²³² Und wer zu Versammlungen innerhalb der Bannmeile aufrief, konnte mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren oder einer Geldstrafe belegt werden.²³³

Die DDR hingegen kannte bis zum Frühjahr 1990 keine Bannmeile um die Volkammer, was angesichts der marginalen politischen Rolle des Parlaments und des Fehlens freier Demonstrationen in diesem Staat auch kaum erstaunlich ist. Mit dem

²²⁵ RGBl. 1908 S. 151.

²²⁶ RGBl. 1920 S. 909. Vgl. T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2012, S. 85 ff.

²²⁷ Vgl. A. WEIPERT, *Die zweite Revolution*, 2015, S. 164–173 u. DERS., *Vor den Toren*, 2012.

²²⁸ A. WEIPERT, *Die zweite Revolution*, 2015, S. 168.

²²⁹ Vgl. P. HUBERT, *Uniformierter Reichstag*, 1992.

²³⁰ BGBl. I 1953 S. 684 und 1955 S. 504. Siehe auch D. WIEFELSPÜTZ, *Bannmeile in Bonn*, 2000.

²³¹ BGBl. I 1969 S. 449. Siehe auch die Karte in P. SCHINDLER (Hrsg.), *Datenhandbuch*, 1999, S. 3397 f.

²³² § 106 a StGB (1999 aufgehoben).

²³³ T. KAISER, *Brachialgewalt*, 2012, S. 221.

Zusammenbruch des alten Regimes und der zunehmenden Bedeutung der Volkskammer seit dem Herbst 1989 änderte sich das jedoch.²³⁴ Jetzt wurde die Volkskammer zum Ziel von Protestkundgebungen unterschiedlichster Art. Dementsprechend wuchs das Bedürfnis, sie vor dem Druck der Straße zu schützen.

Juristische Grundlage wurde das Gesetz über Versammlungen vom 7. März 1990. Dessen Paragraph 6 besagte:

»Für die Zeit der Tagungen der Volkskammer, Bezirks- [ab 23. August 1990 Land-] oder Kreistage können Versammlungen im Freien, die außerhalb unbefriedeter Grundstücke durchgeführt werden sollen, in einer Entfernung, in der Regel bis zu 1 km um den Tagungsort (Bannmeile) eingeschränkt oder untersagt werden: Festlegungen dazu treffen die Volkskammer, die Bezirks- [s. o.] und Kreistage.«²³⁵

Die gesetzliche Regelung wurde also noch von der alten, der 9. Volkskammer, verabschiedet, die ihrerseits bereits Erfahrungen mit Bombendrohungen und Demonstranten im Palast der Republik hatte machen müssen. Am 1. Dezember 1989 waren »mehrere Hundert Bürger bis kurz vor den Plenarsaal« vorgedrungen.²³⁶ Am 11. Januar holten aufgebrachte Bürger drei vor dem Gebäude gehisste Flaggen herunter, rissen das Emblem in der Mitte heraus und zogen sie wieder auf.²³⁷ Und die 16. Tagung am 5. Februar 1990 musste für 15 Minuten unterbrochen werden, weil eine Bombendrohung im Präsidium eingegangen war.²³⁸ Wie aber der damalige Innenminister Lothar Ahrendt bei der Einbringung des Gesetzes in der letzten Tagung der 9. Volkskammer zu bedenken gab, handelte es sich lediglich um eine Kann-Bestimmung. Sowohl die Einrichtung der Bannmeile selbst als auch ihre Ausgestaltung war der Entscheidung der gewählten Volksvertretung überlassen.²³⁹ Im übrigen war der Gesetzentwurf in erster Linie vom Ministerrat und den Teilnehmern des Zentralen Runden Tisches beraten worden. Die Mitglieder der 9. Volkskammer hatten ihn ohne nennenswerte Aussprache lediglich – allerdings einstimmig – verabschiedet.²⁴⁰

Doch angesichts der unsicheren politischen Lage im Land bediente sich auch die 10. Volkskammer dieser Regelung, wohl wissend, dass dies als Abschottungsversuch des Parlaments missverstanden werden konnte. Denn das generelle Problem von

²³⁴ In der Literatur ist die Bannmeile der Volkskammer quasi nicht existent. Michael Breitbach widmet ihr ganze fünf Zeilen, in denen er das Gesetz vom 16. März 1990 erwähnt, zusammen mit dem Hinweis, dass es, soweit bekannt, nicht mehr zu Ausführungsbestimmungen gekommen sei. M. BREITBACH, Die Bannmeile, 1994, S. 58.

²³⁵ GBl. DDR 1990 I S. 145.

²³⁶ Schreiben Herbert Kelle an Leiter des Sekretariats des Ministerrats Harry Möbis vom 28. Dezember 1989, BArch DA 1/17900.

²³⁷ »Oppositionelle Aktion und Fahنشändung vor dem Gebäude der Volkskammer«, ND vom 12. Januar 1990.

²³⁸ PV, 16. Tagung am 5. Februar 1990, S. 456.

²³⁹ PV, 18. Tagung am 6./7. März 1990, S. 550.

²⁴⁰ Ebd. Auch der Zentrale Runde Tisch erhob gegen den Entwurf des Ministerrats am 19. Februar keine Einwände, »Ergebnisse der 13. Sitzung des Rundtischgespräches am 19. Februar 1990«, BArch DA 3/13, Bl. 22.

Bannmeilen oder befriedeten Bezirken hat Michael Breitbach so beschrieben: »In den Bannmeilen um die Parlamente wird den Abgeordneten das Recht vorbehalten, sich zu politischen Zwecken zu versammeln, dagegen der übrigen Bevölkerung dieses Recht versagt.«²⁴¹ Nur wenige Monate, nachdem sich die DDR-Bürger auf Demonstrationen eindrucksvoll ihre politischen Rechte erstritten hatten, konnte dieser Umstand in der Tat auf viele irritierend wirken.

Noch vor der konstituierenden Sitzung am 5. April 1990 regte die Volkskammerverwaltung an, in die neue Geschäftsordnung möglichst die Einrichtung einer Bannmeile aufzunehmen.²⁴² Doch weder in der vorläufigen Geschäftsordnung vom 5. April noch in der endgültigen, die im Juli 1990 erlassen wurde, tauchte schließlich ein solcher Paragraph auf.²⁴³ Stattdessen enthielt die Geschäftsordnung des Volkskammerpräsidiums den Passus: »Das Präsidium bestimmt für die Tagungen der Volkskammer das Gebiet für einen befriedeten Bannkreis der Volkskammer.«²⁴⁴

Kurz vor der 5. Tagung der Volkskammer am 26. April war per Pressemeldung bekanntgegeben worden, dass zukünftig für alle Tagungen das Präsidium der Volkspolizei Berlin beauftragt sei, eine Bannmeile rund um den Palast der Republik einzurichten.

»Soweit an Beratungstagen Demonstrationen, Kundgebungen, Umzüge und andere Formen der Willensbekundung durch Menschenansammlungen im Freien, die außerhalb umfriedeter Grundstücke im genannten Bereich (Bannmeile) durchgeführt werden sollen, ist eine besondere Zulassung der Präsidentin der Volkskammer der DDR erforderlich. Ohne diese Zulassung sind derartige Veranstaltungen in diesem Bereich verboten.«²⁴⁵

Somit sah die Regelung, die bis zum 2. Oktober 1990 unverändert Bestand hatte, vor, dass Versammlungen innerhalb der Bannmeile nicht grundsätzlich, sondern nur an Sitzungstagen der Volkskammer verboten waren und es zudem lediglich einer Entscheidung der Präsidentin bedurfte, um das Versammlungsverbot aufzuheben.²⁴⁶ Im Unterschied dazu waren zur selben Zeit in Bonn Versammlungen im definierten Areal der Bannmeile grundsätzlich verboten. Ausnahmen konnte lediglich der Innenminister im Einvernehmen mit dem Bundestagspräsidenten erlassen.

Das von der Bannmeile der Volkskammer umgrenzte, circa 57 Hektar große Areal reichte im Osten an der Südkante der Museumsinsel über die Spree hinaus bis zur Spandauer Straße, verlief in Richtung Süden bis zum Mühlendamm, erstreckte sich

²⁴¹ M. BREITBACH, Die Bannmeile, 1994, S. 33.

²⁴² Protokoll der Dienstberatung der Verwaltung der Volkskammer vom 29. März 1990, BArch DA 1/18748, S. 106.

²⁴³ In einem undatierten Entwurf einer vorläufigen Geschäftsordnung, dessen Autor nicht bekannt ist, war noch unter § 37 zu lesen: »Für den Sitz der Volkskammer wird ein befriedeter Bannkreis festgelegt. Die Bestimmung des betreffenden Gebietes erfolgt durch das Präsidium der Volkskammer«. Vorschläge für die 2. Beratung der Vertreter der Parteien und politischen Vereinigungen in der Volkskammer am 2. April 1990, BArch, DA 1/19094.

²⁴⁴ Abschnitt III, 18, Entwurf GO des Präsidiums der Volkskammer der DDR, BArch DA 1/18753.

²⁴⁵ BZ vom 26. April 1990.

²⁴⁶ BArch DA 1/17866.

von dort über die Gertraudenstraße nach Westen bis zur Niederwallstraße und führte an der Oberwallstraße entlang nach Norden wieder bis zu den Straßen Hinter dem Gießhaus und Bodestraße. Die Bannmeile umschloss damit sowohl den Palast der Republik als auch das Haus der Parlamentarier als Sitz der Fraktionen sowie den Lustgarten und den Berliner Dom.

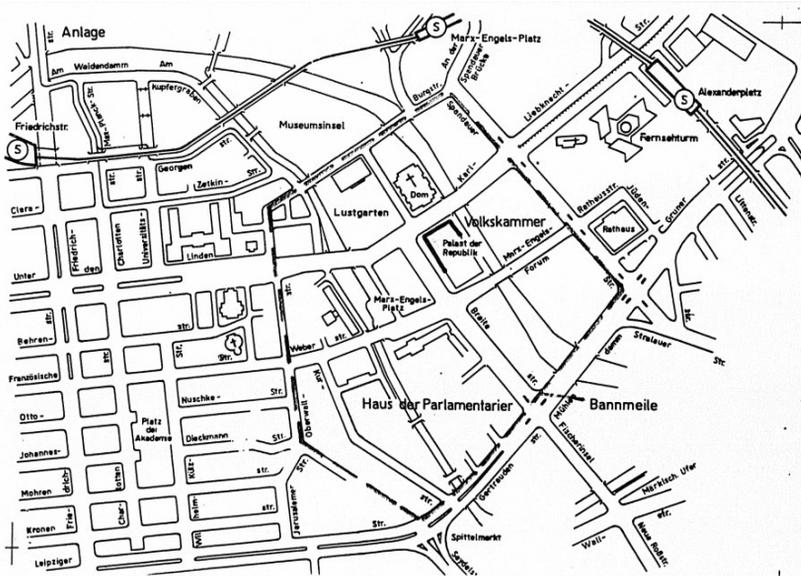


Abb. 8 Skizze der Bannmeile um die 10. Volkammer

So weit die Theorie. Es ist jedoch auffällig, dass für viele Abgeordnete die Bannmeile nie existiert zu haben scheint. Sabine Bergmann-Pohl beispielsweise erinnerte sich, dass die Demonstrationen vor der Volkammer an den Abgeordneten nicht spurlos vorüber gegangen seien, »weil wir ja auch nicht diese Bannmeile hatten.«²⁴⁷ In gewissem Sinne hatte sie recht, denn Demonstrationen fanden in der Tat mehr oder weniger unmittelbar vor oder zumindest in Sichtweite der Volkammer statt.

Es war im Grunde genommen auch nicht das oben abgebildete weiträumige Bannmeilenareal, das den Zorn der Öffentlichkeit, der Presse und auch einiger Parlamentarier erregte, zumal die meisten von seiner Existenz gar nichts ahnten, sondern vor allem die zusätzlichen Absperrungen, die seit Mai in einem viel kleineren Radius als die Bannmeile rund um die Volkammer verliefen und einen freien Zugang zum Palast der Republik unmöglich machten.

Eine gewisse begriffliche Unschärfe führte jedoch dazu, dass für viele der abgesperrte Bezirk und die Bannmeile synonym waren. Birgit Mittwoch, DFF-Kommen-

²⁴⁷ Interview Bergmann-Pohl. Vgl. auch das ganz ähnliche Zitat von Dagmar Enkelmann am Anfang dieses Buches.

tatorin der Tagung des 31. Mai, für die der blockierte Zugang zur Volkskammer fast schon Normalität gewesen zu sein scheint, beispielsweise erklärte: »Wie immer ist auch um den Palast der Republik eine Absperrung, eine sogenannte »Bannmeile« gezogen, wie man es vielleicht scherzhaft sagen könnte«. Sie erwähnte auch, dass sowohl die Abgeordneten als auch alle anderen Besucher vor Eintritt ins »Hohe Haus« überprüft würden, äußerte aber im Gegensatz zu vielen anderen »wegen der nicht wenigen Bombendrohungen« Verständnis für diese Maßnahmen.²⁴⁸

Vor allem die sehr weiträumigen Absperrungen, hinter denen am 8. Juni die 12. Tagung stattfand, waren der Presse einige Bilder wert.²⁴⁹ Während bei späteren Sitzungen zumindest der Autoverkehr auf der Straße Unter den Linden am Palast der Republik vorbeilaufen konnte wie zuvor,²⁵⁰ sorgten an diesem Tag Gitter am Lustgarten, an der damaligen Marx-Engels-Brücke (heute wieder Schlossbrücke) und diverse Polizeiposten dafür, dass ohne Unterschied Autos, Fußgänger und Demonstranten auf Abstand gehalten wurden. Nicht zufällig wurde gerade Innenminister Diestel dabei fotografiert, wie er, beobachtet von einigen Protestierenden hinter den Absperrungen, seinen Dienstwagen verließ und in die Volkskammer ging, denn auf seine Anordnung gingen die verschärften Sicherheitsmaßnahmen zurück.

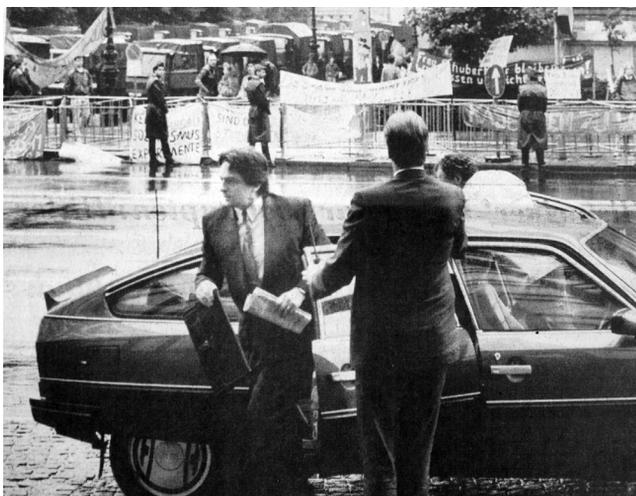


Abb. 9 »Mit Sicherheit in der Bannmeile«. Innenminister Diestel auf dem Weg in die Volkskammer

²⁴⁸ 9. Tagung am 31. Mai 1990: 0:09:34–00:09:59. In einem Interview berichtete Sabine Bergmann-Pohl, sie habe die Absperrungen wieder entfernen lassen, es komme nicht in Frage, sich so abschirmen zu lassen. Interview Bergmann-Pohl.

²⁴⁹ Vgl. *ND* und *BZ* vom 9./10. Juni 1990.

²⁵⁰ Auf den einleitenden Bildern der Direktübertragung der 35. Tagung, übrigens den einzigen Außenaufnahmen im Rahmen der Videoaufzeichnungen der Plenarsitzungen, ist die von Polizisten bewachte Absperrung an der Straße Unter den Linden mit den dort fahrenden Autos deutlich zu erkennen.

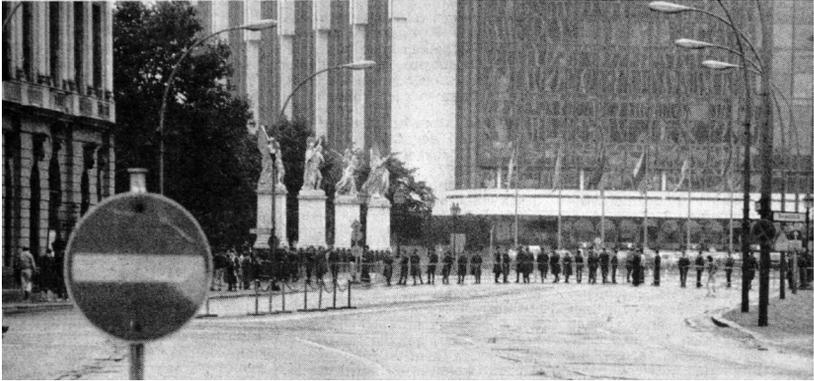


Abb. 10 »Die Bannmeile um das Parlament wird immer größer«



Abb. 11 Absperrung vor der Volkskammer am 8. Juni 1990

Es gab Zuschriften von Bürgern, die sich über das »riesige Polizeiaufgebot« an diesem Tag beschwerten, »das auf einen Normalbürger wie ein Belagerungszustand wirken muss«, während Abgeordnete ihre »Schleichwege« hätten, um an den im Lustgarten gegen die Kürzung ihrer Stipendien protestierenden Studenten vorbeizukommen.²⁵¹

²⁵¹ Zuschrift an das Präsidium vom 11. Juni 1990, BArch DA 1/16731. Ein ähnliches Schreiben erhielten Ministerpräsident de Maizière und alle Fraktionsvorsitzenden mit Datum vom 21. Juni: Der Autor fand es »erschreckend, wenn zu jeder Beratung der Volkskammer ein starkes Polizeiaufgebot vorhanden sein muss«. Das zeuge davon, dass die Regierung nicht das verwirkliche, was das Volk wolle, sonst müsse sie sich nicht vor ihm schützen. AdsD, Mappe 97. Richard Schröder, der SPD-Fraktionsvorsitzende, wies in seiner Antwort darauf hin, dass in der Volkskammer

Doch diese Schleichwege scheinen durchaus ihre Berechtigung gehabt zu haben. Auf der Dienstberatung der Volkskammerverwaltung zehn Tage später wurde von Beschimpfungen und Würfeln mit Lebensmitteln berichtet, weshalb man für Sondersitzungen, aber auch für die folgenden regulären Tagungen unbedingt einen gesicherten Zugang zur Volkskammer haben müsse.²⁵²

Trotz der öffentlichen Kritik war sich das Volkskammerpräsidium einig, dass eine konsequente Einhaltung der Bannmeile dringend erforderlich sei. Allerdings sollten die Sicherheitsmaßnahmen so unauffällig wie möglich bleiben, damit man nicht Widerstand an Stellen provoziere, wo das vermieden werden könne. Alles andere wecke schlafende Hunde. Die Mahnwache der Studenten im Lustgarten beispielsweise wurde weiterhin geduldet.²⁵³

Durchaus bedrohlich wirkten hingegen die Proteste der Ostberliner Müllfahrer während der 18. Tagung am 28. Juni, die seit dem frühen Morgen das Gebiet um die Volkskammer bis zum Roten Rathaus mit ihren Wagen hermetisch abgeriegelt und mit Barrikaden den Verkehr lahmgelegt hatten. Die Mitarbeiter der Müllabfuhr hatten gedroht, mit entsprechenden Maßnahmen zu reagieren, sollten sie in der Volkskammer mit ihrer Forderung nach höheren Löhnen kein Gehör finden. Erst nach Gesprächen mit Vizepräsident Wolfgang Ullmann und Innenminister Peter-Michael Diestel entspannte sich die Lage wieder.

Obwohl die Absperrungen dazu gedacht waren, einen reibungslosen und von äußeren Einflüssen und Druck ungefährdeten parlamentarischen Betrieb zu garantieren, behagten sie auch einer ganzen Reihe von Abgeordneten nicht, vor allem aus der Grünen- und der PDS-Fraktion. Gerd Poppe (Bündnis 90/Grüne) beispielsweise eröffnete seine Rede am 8. Juni mit der bissigen Bemerkung, er bitte seine Atemlosigkeit zu entschuldigen, aber die Sicherungsmaßnahmen des Innenministers hätten dafür gesorgt, dass sein Bus einen Umweg von etwa einem Kilometer habe nehmen müssen.²⁵⁴ Diestels Vorkehrungen hielt er für völlig übertrieben und unverhältnismäßig, sie waren für ihn Kennzeichen des »alte[n] Sicherheitsdenken[s]«, zumal sie die Arbeit der Abgeordneten behinderten. Überhaupt kein Verständnis für ein großes Polizeiaufgebot vor der Volkskammer hatte auch Christine Grabe, ebenfalls Grüne: Sie, »zutiefst betroffen«, fühle sich »an die Ereignisse des vergangenen Jahres« erinnert. Es könne nicht sein, »daß dieses demokratisch gewählte Parlament durch polizeistaatliche Mittel isoliert« werde.²⁵⁵ Ihre Fraktionskollegin Vera Wollenberger hingegen berichtete von der eigentümlichen Erfahrung, auf einmal auf der anderen, sozusagen der »falschen« Seite zu stehen:

nicht demonstriert werden dürfe, das sei Hausfriedensbruch. Die Volkskammer müsse ungestört arbeiten können. Es gebe in allen Ländern rings um das Parlament eine Bannmeile, in der Demonstrationen nicht erlaubt seien. Ebd.

²⁵² Protokoll der Dienstberatung am 18. Juni 1990, BArch DA 1/18748.

²⁵³ Beschlußprotokoll der Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 13. Juni 1990, BArch DA 1/18794, S. 6 f.

²⁵⁴ PV, 12. Tagung am 8. Juni 1990, S. 366 f.

²⁵⁵ PV, 7. Tagung am 17. Mai 1990, S. 172.

»Für mich war es eine neue, schockierende Erfahrung, dass ich Ziel von Demonstrationen war, statt selbst zu demonstrieren. Ich spürte die wachsende Feindseligkeit der Menschen auf der Straße, die kein Verständnis für immer neue Gesetze hatten, sondern die Vereinigung ohne Wenn und Aber wollten.«²⁵⁶

Der Liberalen-Fraktionsführer Rainer Ortleb übte sich in Selbstkritik: Das Haus brauche nur deshalb einen Polizeikordon, »weil es uns noch zu wenig gelungen ist, unserer Bevölkerung verständlich zu machen, daß wir ihre Probleme sowohl kennen als auch sie bearbeiten.«²⁵⁷ Innenminister Diestel, so von den unterschiedlichsten Seiten angegangen, rechtfertigte den Einsatz der Polizei als Reaktion auf die Morddrohungen, die an die Präsidentin, einen Parteivorsitzenden und einen Fraktionsvorsitzenden gerichtet eingegangen waren.²⁵⁸

Für manche Beobachter war der Umgang mit der Bannmeilenregelung jedoch einfach nur ein Beweis für die Scheu vor der Auseinandersetzung oder für fehlenden Mut zur Behauptung der eigenen Position. In einem kritischen Kommentar warf der westdeutsche Journalist Detlev Ahlers den Abgeordneten Unsicherheit und mangelnden Durchsetzungswillen vor, die gestrige 18. Tagung sei ungefähr die 15. gewesen, die von Protesten in der Bannmeile begleitet worden sei.²⁵⁹ Den Parolen und Sprechchören der Demonstranten und ihrer »selbstbewusst-trotzigen Art«, in der sie eine Anhörung vor und in der Kammer verlangten und auch immer erreichen würden, sei zu entnehmen, »daß sie das Recht auf Demonstration in der Bannmeile als in der Revolution erstritten ansehen.« Bei einer dieser Demonstrationen, »als Tausende von Kindergärtnerinnen die Eingänge blockierten und bestürmten«, habe selbst Gregor Gysi (PDS) das Durchsetzen der Bannmeile für angebracht gehalten, dies dann aber genauso wenig öffentlich fordern wollen wie zum Beispiel Günther Maleuda (DBD/DFD) oder Brigitta Kögler (CDU/DA). Der Grundtenor sei gewesen: »Die Bannmeile sei nach den Herbstereignissen nicht durchsetzbar. [...] Und es sei geradezu eine Pflicht, sich der Sorgen derer anzunehmen, die sie vortragen wollten.« Ahlers stellte die Frage, ob sich die Volkskammer damit nicht auf eine Stufe mit der alten Volkskammer stelle, wenn sie den Eindruck erwecke, »daß die repräsentative Demokratie sich vor allem derer annehme, die sich mit dicken Blockade-Muskeln durchzusetzen vermögen – im Gegensatz zu den Schwächeren, und deswegen wohl stärker Betroffenen?«²⁶⁰

Auch Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl scheute davor zurück, das Parlament abzuschotten. Sie verlangte zwar ebenfalls die unbedingte Sicherung eines störungsfreien Ablaufs der parlamentarischen Arbeit. Anders als der Innenmi-

²⁵⁶ V. LENGSELD, Ich wollte frei sein, 2011, S. 285. In einer ersten Fassung war noch der Satz eingeschoben: »Ich erinnere mich, wie unsere halbe Fraktion fasziniert durch die Glasfenster der Eingangstür schaute, auf die Bauern, die sich gewaltsam Zutritt zum Parlament verschaffen wollten und von Polizisten zurückgedrängt wurden.«, DIES., Von nun an ging's bergauf, 2002, S. 323.

²⁵⁷ PV, 12. Tagung am 8. Juni 1990, S. 372.

²⁵⁸ Ebd.

²⁵⁹ »Bannmeile«, *Die Welt* vom 29. Juni 1990.

²⁶⁰ Alle Zitate ebd.

nister ging sie jedoch davon aus, dass mehr Sicherheit für die Volkskammer »nicht in erster Linie durch einen größeren Einsatz von Polizeikräften erreicht« werde. Stattdessen setzte sie mit einer

»gemeinsamen, breiten und koordinierten Einflußnahme auf die öffentliche Meinungsbildung, auf die weitere Ausbildung vernünftiger Verhaltensweisen der Bürger gegenüber dem Parlament. [...] Dies sollte in Zukunft noch zielgerichteter und deutlicher aus den Parlamentsdebatten heraus sowie über eine aufeinander abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit der Medien erfolgen. Dabei halte ich die noch prinzipiellere Durchsetzung der Bannmeile und die umfassende Information der Öffentlichkeit über diese Maßnahmen für eine entscheidende Voraussetzung.«²⁶¹

Wenn nötig, sollte die Vorderfront des Palasts der Republik auch mechanisch durch Scherengitter oder Stahlrollos gesichert werden.

In dieser Diskussion prallten zwei konträre Vorstellungen aufeinander, die sehr viel über die grundsätzliche Haltung zur repräsentativen parlamentarischen Demokratie verrieten: Für die Gegner der Maßnahmen waren der Polizeischutz und die Gitter um die Volkskammer gleichbedeutend mit der Abschottung des Parlaments vom Volk durch die Staatsmacht, und riefen in der Tat böse Erinnerungen wach. Für Abgeordnete wie Christine Grabe war der Idealzustand ein jederzeit zugängliches Parlament. Und Offenheit wollte sie dabei wörtlich verstanden wissen als unmittelbaren Kontakt der Bürger zu ihren Abgeordneten. Auch Hansjoachim Walther (DSU) beschwerte sich am 22. Mai. Seine eigene Fraktion hatte da gerade Innenminister Diestel (ebenfalls DSU) das Misstrauen ausgesprochen und es war Walthers Aufgabe an diesem Vormittag, den Koalitionspartnern von der CDU die Querelen in seiner Fraktion zu erläutern.²⁶² Angeblich herrschte dort großes Unverständnis über das riesige Polizeiaufgebot am vorangegangenen Tag vor der Volkskammer. Morddrohungen erhalte er, seit er politisch tätig sei, das sei kein Grund, die Volkskammer zu umstellen. Schließlich seien sie in der Revolution vom Herbst aufgetreten, um den Polizeistaat abzuschaffen. In demokratischen Staaten gebe es bessere Methoden der Sicherung.²⁶³ Welche er meinte, verriet er allerdings nicht.

Und Uwe-Jens Heuer und Gerhard Riege (beide PDS) behaupteten, dass die Bannmeile der Volkskammer »im Grund fremd« gewesen sei.²⁶⁴ Die Absperrungen waren für sie lediglich Folge der Hirngespinnste des Innenministers, der »Anzeichen für die Gefährdung der Sicherheit der Abgeordneten glaubte feststellen zu müssen«.²⁶⁵

²⁶¹ Schreiben Präsidentin der Volkskammer an Innenminister Diestel vom 13. Juli 1990, BArch DA 1/17884.

²⁶² Die DSU-Fraktion hatte kurz zuvor mit 15 von 19 Stimmen dem aus ihren Reihen stammenden Innenminister Peter-Michael Diestel das Misstrauen ausgesprochen. Diestel verließ die Fraktion Ende Juni und trat im August der CDU bei. Fraktionssitzung vom 22. Mai 1990, ACDP, TA 07-012 6108.

²⁶³ Ebd.

²⁶⁴ U.-J. HEUER/G. RIEGE, Rechtsstaat, 1992, S. 189.

²⁶⁵ Ebd.

Die Befürworter der Maßnahmen hingegen sahen es vor allem als eine pragmatische Lösung, um die Arbeit der gewählten Volksvertreter vor Drohungen und gewaltsamer Einflussnahme von außen zu schützen.

Auch nach dem 8. Juni wollte die interne Kritik nicht verstummen: Vizepräsident Stefan Gottschall bat noch im Juli, doch bitte zu akzeptieren, dass die Sicherungs- und Sperrmaßnahmen wegen anhaltender Drohungen nicht gelockert werden könnten, und die Kritik an den Beamten zu unterlassen.²⁶⁶ Zu diesem Zeitpunkt gab es noch mehrfach sicherheitstechnische Beratungen mit Fachleuten des Deutschen Bundestages und des Bundeskriminalamts.²⁶⁷ Am 31. Juli und 1. August war eine siebenköpfige Delegation aus Mitarbeitern von Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz, Bundespolizei und Bonner Polizeipräsidium in Ostberlin zu Gast.²⁶⁸ In ihren ausführlichen Berichten im Anschluss schlugen sie vor, in Einzelfällen bei begründetem Verdacht bei den Besuchern Leibesvisitationen durchzuführen, um das Einschleusen von Transparenten oder Flugblättern zu unterbinden. Diejenigen, die sich einer solchen Untersuchung auf freiwilliger Basis verweigerten, sollten nicht eingelassen werden. Die Platzierung auf der Tribüne sollte vom Sicherheitspersonal der Kammer kontrolliert werden können und die ersten drei Reihen für solche Besucher reserviert sein, von denen Störabsichten nicht zu erwarten seien, zum Beispiel Mitgliedern des Diplomatischen Corps oder Inhabern von Dienstaussweisen. Man dachte überdies daran, vor den Sitzungen das Gebäude mit Spürhunden auf Sprengstoff zu untersuchen. Polizeidirektor Hans-Joachim John wies in seiner Stellungnahme auf den seiner Meinung nach wesentlichen Unterschied zur Bonner Bannmeilenregelung hin: Die Tatsache, dass Versammlungen oder Demonstrationen innerhalb der Bannmeile nur an Sitzungstagen der Volkskammer verboten waren und lediglich die Zustimmung der Parlamentspräsidentin nötig war, um das Verbot aufzuheben.²⁶⁹

Doch er bemängelte vor allem, dass die Volkspolizei wohl eher zufällig von Demonstrationen erfahre, obwohl Versammlungen im Freien auch in der DDR 48 Stunden im Voraus anzukündigen waren. Die Polizei werde nicht früh genug kontaktiert und sei daher nicht in der Lage, »im Interesse eines geordneten Versammlungsverlaufs bereits in der Planungsphase der Veranstaltungen steuernd einzugreifen«. Das berge die Gefahr, dass sie, unvorbereitet, von den Ereignissen überrascht werde und es zu an sich vermeidbaren Eskalationen kommen könne. Außerdem fand er die Bannmeile um die Volkskammer zu weiträumig angelegt, was den Nachteil hatte, dass sie »bestenfalls nur mit gänzlich unverhältnismäßigem Aufwand zu schützen« war. Sein Vorschlag war daher ein erheblich gebäudenäherer Bannmeilenverlauf, separat für jeden Komplex, der dadurch mit geringerem personellen und materiellen Aufwand zu schützen sei. Damit bleibe die Funktionsfähigkeit des Parlaments gewährleistet und

²⁶⁶ PV, 25. Tagung am 19. Juli 1990, S. 1077.

²⁶⁷ BArch DA 1/17866, S. 54–58.

²⁶⁸ Vermerk Polizei- und Sicherheitsdienst Deutscher Bundestag vom 3. August 1990, BArch DA 1/17866.

²⁶⁹ Vermerk Hans-Joachim John vom 6. August 1990, ebd.

gleichzeitig ließen sich auch die unvermeidlichen Belastungen für den Straßenverkehr verringern. In relativer Nähe zum Palast stehe genügend Raum für Versammlungen zur Verfügung, der ungehinderte Sicht auf das Parlamentsgebäude biete und erfahrungsgemäß von den Demonstranten akzeptiert werden dürfte. Er dachte dabei in erster Linie an den Lustgarten.²⁷⁰

Zusammengefasst heißt das, dass es von Beginn an – zumindest theoretisch – eine weiträumig angelegte Bannmeile rund um die Volkskammer gab. Sie wurde nur in dieser Form nicht durchgesetzt. Das war der Grund, warum sich später kaum jemand an sie erinnern konnte oder wollte. Das, was hingegen von der Öffentlichkeit sehr wohl registriert und sogleich heftig kritisiert wurde, waren die jeweils an den Sitzungstagen eingerichteten Absperrungen um einzelne Gebäude des Parlaments, vor allem um den Palast der Republik. Sie waren eine Konsequenz des gestiegenen Sicherheitsbedürfnisses der Parlamentarier angesichts fortdauernder Demonstrationen und Drohungen unterschiedlichster Art.

Ob es bei der Einhaltung der Sicherheitsmaßnahmen letztlich wirklich so lax zugeing, wie von Petra Bornhöft in der *taz* vom 21. September geschildert, sei dahingestellt: Sie berichtete am ersten Tag nach dem Umzug aus dem Palast der Republik in das ehemalige Gebäude des ZK der SED am Werderschen Markt, in dem die Volkskammer nun unter etwas chaotischen Umständen tagte, von ihren Erfahrungen mit den Sicherheitsposten. Angeblich »dödel[te]n« an diesem Tag Hunderte von Polizisten »ahnungs- und leidenschaftslos« vor dem Gebäude herum. Bornhöft beendet ihren Artikel mit der Schilderung folgender Szene: »»Fahren Sie, wie Sie wollen«, muffelt ein Vopo und kaut an seinem Butterbrot.«²⁷¹

Transparenz

Die Existenz einer Bannmeile stand einem Prinzip scheinbar diametral entgegen, auf das die Volkskammer von Beginn an größten Wert legte: unbedingte Offenheit und Transparenz. Das war eine unmittelbare Konsequenz der Ereignisse des Herbstes 1989. Fand Politik in der DDR bis zu diesen entscheidenden Wochen vor allem in geschlossenen Zirkeln statt, wurde vertuscht, manipuliert, gelogen, sollte sich von da an – eine der Forderungen der protestierenden Menschen auf den Straßen – alles im gleißenden Licht der Öffentlichkeit abspielen. Die Machtelite der DDR hatte das Vertrauen ihrer Bürger nachhaltig verspielt. Dementsprechend beriefen sich diese Bürger von Herbst 1989 an doch lieber auf das Diktum, dass Kontrolle besser sei als Vertrauen, und wollten wissen, was die von ihnen Gewählten und ins Parlament Entsandten dort taten.

Bereits die Vertreter der neuen politischen Gruppen am Zentralen Runden Tisch hatten auf einer Fernsehübertragung der Sitzungen bestanden, mit anderen Worten, auf

²⁷⁰ Ebd.

²⁷¹ »Die Volkskammer im ZK-Walhalla«, *taz* vom 21. September 1990.

das Transparentmachen dessen, was sich dort ereignete und besprochen wurde, weil die Öffentlichkeit ein Recht darauf habe. In der Phase des Umbruchs, in der die überkommenen politischen wie gesellschaftlichen Institutionen zerbrachen und ihre Funktion verloren, sollte gerade durch transparentes Handeln Vertrauen in die Politik wiederhergestellt werden. Deshalb wollten auch die Abgeordneten der 9. Volkskammer ihre Tätigkeit in den Monaten zwischen Oktober 1989 und März 1990 so verstanden wissen.

Das Selbstverständnis der 10. Volkskammer hatte Sabine Bergmann-Pohl in einem Interview im April so definiert: Das Parlament sei der Ort, »an dem in aller Öffentlichkeit und vor aller Augen Meinungsunterschiede verdeutlicht werden und Entscheidungsabläufe transparent gemacht werden.«²⁷² Und sie war zuversichtlich, dass »aus unserem Parlament heraus gute Beispiele für die Demokratisierung unseres gesellschaftlichen Lebens insgesamt gegeben werden.«²⁷³ Die Volkskammer hatte, ähnlich wie die neuen Parlamente in den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes, eine schwere Aufgabe zu schultern. In Anbetracht der nur wenig ausgeprägten politischen Strukturen im Land fiel ihnen zusätzlich zu ihrer täglichen Arbeit als Legislative die Aufgabe zu, die Funktionsweise einer parlamentarischen Demokratie zu demonstrieren, also sozusagen auch pädagogisch tätig zu sein.²⁷⁴ Glaubt man Reinhard Höppner, ist ihr das sogar gelungen. Er zählte rückblickend zu ihren wesentlichen Verdiensten, dass sie, bei allen kontroversen Diskussionen, den Prozess der Wiedervereinigung den Bürgerinnen und Bürgern verständlich gemacht habe.²⁷⁵

Mit einem gewissen Stolz stellte er fest: »Ein solches Maß an Durchschaubarkeit hat sich kein anderes Parlament je geleistet.«²⁷⁶ Aber im gleichen Atemzug musste er auch zugeben: »Wer Vorgänge durchschaubar macht, gibt auch Schwächen offen zu erkennen. Das ist in der Politik nicht üblich«. Doch er war der Meinung, dass die »Durchbrechung der Spielregeln eine Leistung dieses Parlaments war, die auf Dauer der Herausbildung unserer jungen Demokratie von großem Nutzen sein wird.«²⁷⁷, die Vorteile mithin überwogen.

Transparenz galt den Abgeordneten der 10. Volkskammer als etwas *per se* Positives. Entsprechend der aufklärerischen Tradition suggeriert dieser Begriff Sichtbarkeit und Kontrolle.²⁷⁸ Die politische Transparenzdebatte lässt sich bis in die Französische Revolution zurückverfolgen und ist auf parlamentarischem Gebiet eng mit dem Problem der Repräsentation verknüpft. Die zentrale Frage für jeden Wähler in einem repräsentativen System ist: Wenn ich meine politische Teilhabe für den Zeitraum ei-

²⁷² Parlamentarischer Pressedienst der Volkskammer Nr. 1, 23. April 1990, BArch DA 1/17821.

²⁷³ Ebd.

²⁷⁴ Vgl. A. ÁGH, *Experiences*, 1995, S. 212.

²⁷⁵ R. HÖPPNER, *Volkskammer als Schule der Demokratie*, 1995, S. 13. Seine Argumentation gleicht dabei derjenigen, die bei den ersten Fernsehübertragungen der Bundestagssitzungen angeführt wurde: Damals warb der NWDR-Chefredakteur Krueger damit, dass »auf diese Weise die Verbreitung demokratischen Gedankengutes« gefördert würde, Zitat bei G. MAYNTZ, *Fernsehberichterstattung*, 1993, Anm. 7, S. 355.

²⁷⁶ PV, 38. Tagung am 2. Oktober 1990, S. 1867.

²⁷⁷ Ebd.

²⁷⁸ Zur Begriffsgeschichte vgl. M. SCHNEIDER, *Transparenzraum*, 2013.

ner Wahlperiode an einen Vertreter delegiere, wie kontrolliere ich, dass der oder die Abgeordnete auch in meinem Sinn handelt? Für Maximilien Robespierre war es ein Vorrecht der gesamten französischen Nation, das Verhalten ihrer Abgeordneten zu kennen, oder besser: in Augenschein nehmen zu können.²⁷⁹ Im Idealfall tagten die Abgeordneten im Angesicht der gesamten Nation, was natürlich unmöglich war, daher schwebte Robespierre – genauso unrealistisch – die Errichtung eines gigantischen Saales vor, »*ouvert à douze mille spectateurs*«. Denn unter den Augen einer so großen Menge von Zeugen wage sich weder Korruption noch Intrige noch Hinterlist zu zeigen.²⁸⁰ Und der große englische Vordenker der Dauerbeobachtung, Jeremy Bentham, war der Überzeugung: »*the more strictly we are watched, the better we behave*«.²⁸¹

Der Transparenzgedanke in der Politik hatte gerade im Westdeutschland der Nachkriegszeit Konjunktur. Er manifestierte sich dort vor allem in der offiziellen Architektur der frühen Bundesrepublik, beispielsweise in Bonner Bauten wie dem Bundeshaus von Hans Schwippert und später Günter Behnisch oder dem Kanzlerbungalow von Sepp Ruf.²⁸² Der in diesem Zusammenhang oftmals zitierte Satz des SPD-Politikers Adolf Arndt, »Öffentlichkeit erfordert eine Durchsichtigkeit des parlamentarischen Geschehens, und diese korrespondiert notwendig mit einer Transparenz der gesamten Baulichkeit«²⁸³ ist dafür symptomatisch.

Zumindest auf dem Papier war diese Forderung auch in der DDR nichts Neues. Schon der Bau des Palasts der Republik hatte angeblich dem gleichen Ziel gedient, doch »die hergestellte Plenar-Öffentlichkeit durch Zuhörer auf den Besuchertribünen und über die Medien« war lediglich eine »Inszenierung von Transparenz«.²⁸⁴ Architektonisch war der Plenarsaal der Volkskammer im Übrigen das genaue Gegenteil der transparenten Bonner Parlamentsgebäude eines Hans Schwippert: Der Saal war »[a]bgeshirmt«, er hatte »keine Fenster nach draußen – und die innere Glasfront zum Foyerbereich wurde mit Stoffbahnen verhängt«.²⁸⁵ Schwippert hingegen hatte damals den Plenarsaal über seine gesamte Länge von zwanzig Metern mit einer Glaswand versehen, mit dem Ziel, Licht in die »dunkle Sache« der Politik zu bringen. Damit avancierte er zum Vorreiter der politischen Transparenzarchitektur.²⁸⁶ Allerdings kann man einwenden, dass im Zeitalter des Fernsehens transparentes Bauen, nur um den »Mächtigen« bei der Ausübung ihrer Tätigkeit zusehen zu können, ohnehin ob-

²⁷⁹ Rede vor dem Konvent am 10. Mai 1793, in: P. BUCHEZ/P.-C. ROUX-LAVERGNE (Hrsg.), *Histoire parlementaire*, 1836, S. 441.

²⁸⁰ Ebd.

²⁸¹ J. BENTHAM, *Writings on the Poor Laws*, Vol. 1, 2001, S. 277.

²⁸² Zur Transparenzdebatte in der Architektur der frühen Bundesrepublik vgl. u. a. H. WEFING, *Parlamentsarchitektur*, 1995, S. 114–135. D. ASCHER BARNSTONE, *The transparent state*, 2005. B. WINTGENS, *Neues Parlament, neue Bilder?*, 2014.

²⁸³ A. ARNDT, *Geist der Politik*, 1965.

²⁸⁴ R. SCHIRMER, *Selbstsymbolisierung*, 2001, S. 168. Vgl. auch G. BRENDGENS, *Demokratisches Bauen*, 2008, S. 256–260.

²⁸⁵ M. HOLFELDER, *Palast der Republik*, 2008, S. 59.

²⁸⁶ Von ihm stammt angeblich der Satz: »Die Politik ist eine dunkle Sache, schauen wir zu, daß wir etwas Licht hineinbringen.« Vgl. B. WINTGENS, *Neues Parlament, neue Bilder?*, 2014, S. 306.

solet geworden ist, weil inzwischen überall das Fernsehen diese Fensterfunktion übernommen hat und die Repräsentanten unter totale Aufsicht stellt.

Die Warnungen vor der dem Postulat nach Transparenz innewohnenden Dialektik sind zahlreich – und Personen wie Robespierre oder auch der »Erfinder des Transparenzterrorismus«,²⁸⁷ Jean-Paul Marat, sind das beste Beispiel dafür, was passiert, wenn die berechnete Forderung nach Öffentlichmachung politischer Prozesse in Kontrollwahn und Dauerverdächtigung umschlägt:

»Daher zählte es zu den unerlässlichen Forderungen der Revolution, dass alle Entscheidungen der Macht, der Gerichte, Parlamente und Ausschüsse jetzt öffentlich erfolgten. Alles sollte unter den Augen aller geschehen. Aber genau damit setzten der Verdacht und die wahnhaftige Reaktion ein: Nicht die Verborgenheit, sondern gerade die Öffentlichkeit der politischen Aktionen nährte den Verdacht, dass es nicht mit rechten Dingen zugeht. Fallen Entscheidungen unsichtbar in Kabinetten, dann gibt es keinen Verdacht, sondern auf allen Lippen sammelt sich die Forderung nach öffentlicher Teilhabe und Kontrolle. Hingegen bilden Sichtbarkeit und Beobachtbarkeit das Betätigungsgebiet des Wahns.«²⁸⁸

Nicht ganz so dramatisch klingt Gerhard Loewenbergs Formulierung vom *Paradox der Transparenz*.²⁸⁹ Denn die Transparenz des Parlaments oder der demokratischen Repräsentation

»gewährt der Öffentlichkeit [...] Einblick in gerade jene Merkmale des Gesetzgebungsprozesses, die den Erwartungen der Bürger widersprechen. Transparenz erlaubt den Blick auf zeitraubende Verhandlungen zahlreicher Entscheidungsträger untereinander; auf Kompromisse über verschiedene Standpunkte, bei denen oft Prinzipien verloren zu gehen scheinen; auf unaufrichtige Höflichkeiten der Abgeordneten untereinander in dem Versuch, Konflikte zu mildern; auf komplizierte Verfahren, um die Arbeit zu organisieren und Ergebnisse zu erzielen. Damit verkörpern Parlamente alles, was der demokratischen Öffentlichkeit an Politik missfällt: Die Zahl ihrer Mitglieder scheint übertrieben groß; sie arbeiten auf eine schwerfällige, anscheinend ineffiziente Art; es gibt Streit und Kompromisse; sie scheinen politische Initiativen zu blockieren und es nicht zu schaffen, die Probleme der Nation zu lösen: die Schwächen einzelner Abgeordneter verleiten manchmal zu der Annahme, alle seien korrupt.«²⁹⁰

So wird das Bemühen um Transparenz zum Ursprung des öffentlichen Misstrauens. Die Schwierigkeit besteht darin, dass das »Fernseh-Publikum [...] ein per Medium an-, aber was die Gestaltung angeht, *ausgeschlossenes* Publikum« ist.²⁹¹ Das musste auch die 10. Volkskammer erfahren. Ihr Anliegen, ihr Handeln so öffentlich wie möglich zu machen, kollidierte zu oft mit den Erwartungen des Publikums, das ganz offenkundig sehr konkrete Vorstellungen davon hatte, wie die Parlamentarier sich verhalten sollten. Dementsprechend oft fühlte es sich enttäuscht. Denn das, was es sah – oder zu sehen glaubte –, entsprach diesen Erwartungen nicht. Auf den Umstand, dass der »Rezipient [...] nicht (nur) die intendierte Darstellung« sieht, sondern auch das, »was

²⁸⁷ M. SCHNEIDER, *Transparenztraum*, 2013, S. 133.

²⁸⁸ Ebd., S. 130.

²⁸⁹ G. LOEWENBERG, *Paradoxien*, 2007, S. 823.

²⁹⁰ Ebd., S. 824.

²⁹¹ C. SCHEURLE, *Kanzler*, 2009, S. 109. (Kursivierung im Original).

er sehen will« hat Christoph Scheurle hingewiesen.²⁹² Und genau das wurde für die Volkskammer zum Problem.

*Imageprobleme*²⁹³

Die Dauerbeobachtung durch die Fernsehkameras hatte eine Reihe von Nebeneffekten, deren sich die Volkskammerabgeordneten vor allem zu Beginn ihrer Tätigkeit nicht bewusst waren. Fernsehaufnahmen aus dem Parlament haben generell ein Manko: Sie reduzieren das politische Geschehen für die Öffentlichkeit auf einen genau definierten, eng begrenzten Raum: den Plenarsaal. Die Plenarsitzungen stehen damit *pars pro toto* für »das Parlament«. Alles andere, das heißt die Arbeit jenseits dieses Saales in den Fraktionen, Ausschüssen oder sonstigen Gremien, die aber den Hauptteil der parlamentarischen Arbeit ausmachen, existiert quasi nicht, weil es nicht abgebildet wird und deshalb für die Öffentlichkeit nicht sichtbar ist. Das gilt auch für den Abgeordneten außerhalb des Plenarsaals. Ein einziges Mal in den 200 Stunden Filmmaterial sieht man die Mitglieder der 10. Volkskammer das Gebäude betreten. Es sind die einzigen Außenaufnahmen. Ansonsten gibt es im Fernsehen nur das abgeschottete Innen zu sehen. Das musste sich bei aller Begeisterung irgendwann auch Reinhard Höppner eingestehen:

»Die Fernsehübertragungen unserer Volkskammersitzungen ärgern leider viele Menschen. Ich bin inzwischen zu der Überzeugung gekommen, daß sich viele Dinge, die die Arbeit der Volkskammer betreffen, eben nicht in Fernsehbildern einfangen lassen. Man sieht nur die leeren Bänke, nicht aber die arbeitenden Menschen in den Nebenräumen, und ein Außenstehender kann sich kaum vorstellen, daß eigentlich nur jemand, der zwei Dinge auf einmal tun kann, für die Politik geeignet ist.«²⁹⁴

Die Volkskammer saß überdies schlicht einem Missverständnis auf, weil sie, zumindest anfangs, in den Medien nicht einen eigenständigen Faktor in einem wechselseitigen Kommunikationsprozess, sondern eine neutrale Vermittlungsinstanz sah. Wohl auch aus diesem Grund war die Arbeit der Kamerateams des DFF nicht reglementiert. (im Gegensatz beispielsweise zum Britischen Parlament, das dem Fernsehen sehr strenge Vorgaben macht).²⁹⁵ Somit hatte die Volkskammer keinen Einfluss darauf, wie und was gefilmt wurde, sie verlor die Verfügungsgewalt über das Dargestellte.

Vor allem ein Vergleich mit Großbritannien macht das grundsätzlich andere Vorgehen in dieser Frage und auch das andere Verständnis von Öffentlichkeit deutlich: Das Land kann auf eine sehr lange Geschichte der Parlamentsberichterstattung zurückblicken. Auf eine Beziehung zwischen Parlament und Presse allerdings, die keines-

²⁹² Ebd.

²⁹³ Dieser Abschnitt ist eine erweiterte Fassung von B. TÜFFERS, Volkskammer im Fernsehen, 2014.

²⁹⁴ Schreiben Höppner vom 1. August 1990, BAArch DA 1/16731, Bl. 30.

²⁹⁵ Zur Praxis weiterer Länder vgl. D. SCHILLER, Parlamente im Fernsehen, 2007, S. 25 f.

wegs immer konfliktfrei war.²⁹⁶ Schließlich war es Zeitungen bis 1771 verboten, aus dem Parlament zu berichten. Von 1840 durften Plenardebatten in der Zeitung veröffentlicht werden. Auch wenn Journalisten von 1847 an eine eigene Galerie hatten, auf der sie Platz nahmen, um die Debatten im Oberhaus verfolgen zu können (das Unterhaus folgte fünf Jahre später), waren sie in Westminster immer nur geduldet.²⁹⁷ 1975 gab es erstmals Radioübertragungen aus dem *House of Commons*, allerdings zuerst zur Probe. Im März des folgenden Jahres votierten die Abgeordneten schließlich für permanente Übertragungen der Sitzungen im Radio. Die Gründe, die gegen Radioübertragungen – und später auch gegen das Gefilmt-Werden – sprachen, waren vor allem, dass dann keine Sachargumente mehr ausgetauscht, sondern Fensterreden gehalten würden. Bereits nachdem das Radio Einzug gehalten hatte, bemerkten die MPs erstaunliche Veränderungen der Atmosphäre im Saal und des Verhaltens der Abgeordneten: »Members who had been silent since I had been elected Speaker suddenly came to life. [...] It was as though the dead had been restored to life and had found a new aggressiveness«. ²⁹⁸

Ein Parlamentsausschuss hatte erstmals 1964 die Möglichkeit diskutiert, Unterhausdebatten im Fernsehen zu übertragen. Er empfahl eine Testphase, deren Ergebnisse jedoch nur den Parlamentariern selbst vorgeführt werden sollten, damit diese dann über das weitere Vorgehen entscheiden konnten. Doch weil die MPs mehrheitlich der Ansicht waren, dass sich die Diskussionsatmosphäre verschlechtere, wenn Kameras anwesend waren, sah man schließlich davon ab, ohne es überhaupt versucht zu haben. Das *House of Lords* unternahm 1968 hingegen einen dreitägigen Versuch, beließ es aber bei der Aufzeichnung durch Radio und Fernsehen. Ausgestrahlt wurden die Aufnahmen nie. 1972 nahm das Unterhaus die Diskussion wieder auf. Für die Übertragungen sprach nach Ansicht ihrer Befürworter, dass sie die Relevanz des Parlaments für einfache Bürger erhöhen würde. Doch auch jetzt behielt die Angst vor einer Trivialisierung des Parlaments die Oberhand. Dasselbe passierte 1975. Erst 1983 startete schließlich das Experiment im Oberhaus. Das Parlament konnte sich der Tatsache nicht mehr verschließen, dass das Fernsehen inzwischen zum wichtigsten und einflussreichsten Kommunikationsmedium avanciert war.

Welche Auswirkungen die Anwesenheit von Kameras auf den Charakter der Debatten haben könnte, war in Großbritannien hochumstritten, und lange Zeit befanden sich die Gegner einer Übertragung in der Mehrheit. Die endgültige Erlaubnis, die Debatten im *House of Commons* zu filmen, wurde vom Parlament erst 1989 erteilt.²⁹⁹ In der Diskussion, die dem Entschluss vorausging, der elfte Versuch innerhalb

²⁹⁶ F. BÖSCH, *Parlamente und Medien*, 2012.

²⁹⁷ »The press, constitutionally and historically, is here on sufferance«, so Sir Barnet Cocks, *Clerk of the House*, in der *press gallery inquiry* am 22. April 1964 zitiert nach A. SPARROW, *Obscure Scribblers*, 2003, S. 120.

²⁹⁸ So die Aussage des Speakers George Thomas, zitiert nach ebd., S. 150.

²⁹⁹ Vgl. zum Verhältnis von Presse und Parlament in Großbritannien allgemein: A. SPARROW, *Obscure Scribblers*. 2003; zur Diskussion um das Fernsehen vgl. B. FRANKLIN (Hrsg.), *Televising Democracies*, 1992; J. M. WÖBER, *Television in the House of Commons*, 1990, S. 15–26;

der letzten 22 Jahre, waren die unterschiedlichsten Argumente lange hin- und hergewendet worden. Ein Ergebnis waren unter anderem die sogenannten *Rules of Coverage*³⁰⁰, aufgestellt vom *Broadcasting Committee* des britischen Unterhauses, um sicherzugehen, wie schon in deren Einleitung zu lesen ist, dass das Haus die Kontrolle über die Fernsehübertragungen behält (»to ensure that the House retained control over how it was portrayed on television«).³⁰¹

Es lohnt sich, diese Regeln und die mit ihnen verbundene Diskussion ein wenig ausführlicher zu betrachten, weil viele Fragen berührt werden, die auch für die Darstellung der Volkskammer relevant waren. Anfangs waren die Regeln im Britischen Parlament äußerst strikt. Den Kern der Vorschriften bildete die Vorgabe, dass die Kamera grundsätzlich nur den Redner erfassen durfte und das auch nicht in unvoreilhaftigen Situationen oder Perspektiven, also beispielsweise aus der Untersicht oder in Nahaufnahme, sondern nur seinen Kopf und die Schultern. Schwenks auf andere Personen als den Redner, beispielsweise um ihre Reaktion auf das Gesagte zu zeigen (sogenannte *reaction shots*), waren nur dann erlaubt, wenn der Redner selbst auf sie Bezug nahm. *Reaction shots* einer ganzen Gruppe hingegen nicht. Gelegentliches Heranzoomen wurde toleriert, Schwenks über die Abgeordnetenbänke hinweg (*panning shots*) waren zu vermeiden, *split screen shots*, also die Aufteilung des Bildschirms in verschiedene, nebeneinander stehende Bilder, strikt verboten.

Erlaubt waren außerdem Großaufnahmen des Saals zwischen Redebeiträgen oder zeremonielle Elemente. Die Besuchergalerie und die Journalistengalerie hingegen durften nicht gefilmt werden, ebenso wenig der Einzug des Speakers in den Saal und das Gebet zu Anfang jeder Sitzung. Bei Tumult im Saal (*grave disorder* und *unparliamentary behaviour*) hatte die Kamera auf den Speaker gerichtet zu bleiben, bis die Ordnung wieder hergestellt war. Dokumente durften auf keinen Fall in Nahaufnahme gezeigt werden.

Doch nicht nur die Produktion der Bilder wird in England reglementiert, auch ihrer Verwendung sind durch die *Rules of Coverage* enge Grenzen gesetzt. Nach wie vor werden die Aufnahmen von einer externen Firma produziert, die vom Parlament eigens dazu beauftragt ist, ihr Vertrag muss alle fünf Jahre erneuert werden. Die Entscheidung darüber, was gezeigt wird, liegt aber nach wie vor beim Parlament: »The choice of shot to be broadcast therefore lies not with the broadcasters but with the House itself.«³⁰² Fernsehanstalten wie zum Beispiel die BBC nutzen dann die ihnen zur Verfügung gestellten Aufnahmen. Sie dürfen sie allerdings weder in Unterhaltungsendungen noch zu Satirezwecken (»any light entertainment programme or in a

M. RYLE, *Televising*, 1991, S. 185–207; S. FRANKS/A. VANDERMARK, *Televising Parliament*, 1995, S. 57–71. Einen Vergleich mit der Praxis in Frankreich stellt Virginie LE TORREC an in: *Aux frontières* (2005). Vgl. auch P. MANOW, *Im Schatten*, 2008, S. 78 ff. Zu Italien vgl. E. MENDUNI, *Radio, televisione*, 2001; Zu Kanada vgl. S. N. SOROKA/O. REDKO/Q. ALBAUGH, *Television in the Legislature*, 2015.

³⁰⁰ *Rules of Coverage*, 2003.

³⁰¹ Ebd., S. 14–16.

³⁰² Ebd., S. 4.

programme of political satire«) zeigen, genauso wenig wie sie für Werbezwecke (»any form of advertising promotion or other form of publicity«) oder in parteipolitischen Zusammenhängen (»in party political broadcasts«) verwendet werden dürfen.³⁰³ Besondere Verantwortung obliegt dem Aufnahmeleiter: »The television director should have regard to the dignity of the House and to its function as a working body rather than a place of entertainment«.³⁰⁴

Diese äußerst strikte Reglementierung rief Kritiker auf den Plan, die bemängelten, dass die Bilder zu statisch seien und die Dynamik einer Sitzung, wie sie ein Besucher der Galerie erlebe, nicht wiedergäben. Eine Lockerung der Regeln würde ein präziseres, vollständigeres und lebhafteres Bild der Debatten liefern. Die Fernsehmacher forderten dafür etwas mehr Vertrauen von Seiten des Parlaments. Die Ausschussmitglieder nahmen diese Einwände durchaus ernst. Sie trafen sich bei Besuchen im Schottischen und Walisischen Parlament, wo diese Dinge anders und weitaus weniger restriktiv gehandhabt wurden, mit Vertretern der Fernsehanstalten und des Parlaments zum Erfahrungsaustausch. In Edinburgh war man beispielsweise der Ansicht, *reaction shots*, die auch größere Gruppen erfassen, trügen zur Abbildung der im Plenum herrschenden Atmosphäre bei. Auch waren dort Aufnahmen der Besuchertribüne erlaubt.

Doch letztlich lehnte der Ausschuss alle Änderungswünsche ab, weil er darin keinen zusätzlichen Nutzen sah. Ein Besucher auf der Galerie werde immer mehr sehen als ein Fernsehzuschauer, denn er könne frei entscheiden, was er sehen wolle. Sie hielten es außerdem nicht für notwendig, die tägliche Arbeit des Parlaments beispielsweise so wie einen Parteitag zu präsentieren, beides könne ohnehin nicht miteinander verglichen werden. Und diejenigen, die sich Parlamentsitzungen im Fernsehen ansähen, täten das wohl eher wegen des Inhalts als wegen der speziellen Art der Präsentation.

Auch wenn im Lauf der Zeit einige der Vorschriften modifiziert und geringfügig gelockert wurden:³⁰⁵ Das britische Parlament versteht die Anwesenheit der Fernsehkameras nach wie vor als ein Mittel der Information und Unterrichtung, der Erklärung von Politik. Die aus dem *House of Commons* und dem *House of Lords* gesendeten Bilder sollen in erster Linie zum Verständnis dessen beitragen, was im Parlament passiert, die Aufnahmen haben also vor allem eine didaktische Funktion. Ziel ist eine möglichst vollständige, ausgewogene, faire und akkurate Wiedergabe des Geschehens, (»a full, balanced, fair and accurate account of proceedings, with the aim of informing viewers about the work of the House«). Darüber hinaus ist die Dokumentations- bzw. Archivfunktion zentral: Es soll sichergestellt sein, dass jede Rede in voller Länge dokumentiert ist. Das hingegen, was für das deutsche Parlament so wichtig ist, das Transparentmachen politischer Entscheidungen, wird nicht einmal erwähnt, es spielt schlicht keine Rolle.

³⁰³ Ebd., S. 17.

³⁰⁴ Ebd., S. 3.

³⁰⁵ Vgl. Rules of Coverage, 2006.

Im westdeutschen Fernsehen waren bereits 1953 erstmals Debatten live aus dem Deutschen Bundestag übertragen worden, damit war er weltweit Vorreiter.³⁰⁶ Das Radio hingegen war schon von der konstituierenden Sitzung an dabei gewesen: Die Eröffnungssitzung am 7. September 1949 wurde live vom NWDR übertragen.³⁰⁷ Danach jedoch herrschte für drei Jahre Sendepause. Sie wurde erst für die Wehrdebatte am 7. und 8. Februar 1952, in der es um den Beitritt der Bundesrepublik zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ging, beendet. Die konstituierende Sitzung der zweiten Legislaturperiode im September 1953 wurde dann nicht nur vom Radio, sondern auch vom Fernsehen übertragen und war ein großer Erfolg.

Auch für den Umgang des Deutschen Bundestages mit den Medien war, wie mehr als dreißig Jahre später bei der Volkskammer, der Wunsch nach Aufklärung und Transparenz ausschlaggebend. Doch die anfängliche Begeisterung der Abgeordneten schwand bald und wich schließlich so großer Skepsis, dass von Herbst 1957 an keine Sitzungen mehr im Fernsehen gezeigt wurden. Ähnlich wie in Großbritannien war dies von intensiven Debatten über Sinn und Zweck der Übertragungen begleitet. Der Bundestag machte dabei ähnliche Einwände geltend wie die beiden Kammern des Britischen Parlaments. Die Abgeordneten befürchteten, dass die Reden im Plenarsaal nur noch auf ihren Effekt bei den Zuschauern hin konzipiert würden. Das Wort von der »Schaufensterrede« machte die Runde. Bezeichnend ist, dass die Übertragungen vom Ältestenrat des Bundestages nur gutgeheißen wurden, solange sie den »einheitlichen Willen des Hauses« dokumentierten, »parlamentarische Auseinandersetzungen« zu zeigen war hingegen nicht in seinem Sinn.³⁰⁸

In den folgenden Jahren wurde der Umgang des Parlaments mit den Medien noch restriktiver. Erst 1966 entspannte sich das Verhältnis wieder. In diesem Jahr gab der Ältestenrat die Erlaubnis für Fernsehübertragungen ohne jegliche Auflagen. Im Gegensatz zum britischen Parlament gibt es im Deutschen Bundestag nach wie vor keine Vorschriften für die Fernsehaufnahmen. Heute untersagt die Hausordnung des Bundestages lediglich, von der Tribüne aus persönliche Unterlagen so zu filmen, dass sie lesbar sind.³⁰⁹

In der 10. Volkskammer gab es offensichtlich überhaupt keine Diskussionen über dieses Thema und vor allem wohl auch keinerlei Bewusstsein für die mit der Beobachtung durch das Fernsehen möglicherweise verbundenen Nachteile. Ein Gefühl dafür, dass »die Form der journalistischen Berichterstattung ihre eigene Arbeit und Reden [...] präfigurieren würde«³¹⁰, wie es die bundesdeutschen und die britischen Parla-

³⁰⁶ Vgl. D. SCHILLER, Brennpunkt Plenum, 2002, S. 184; H. SCHATZ, Televising the Bundestag, 1992; G. MAYNTZ, Die Fernsehberichterstattung, 1993, S. 354 f.; S. MARSCHALL, TV-Berichterstattung, 1997. Zum Radio vergleiche auch B. WINTGENS, Turn your radio on, 2014.

³⁰⁷ Zur Geschichte der Rundfunkübertragung von Parlamentsdebatten vor 1949 vgl. J.-U. FISCHER, Parlamentsdebatten, 1994.

³⁰⁸ Protokoll Ältestenratssitzung BT vom 21. Januar 1958, S. 3.

³⁰⁹ § 6 (1), BTHausO (i. d. F. vom 25. November 2004). Vgl. auch H. BÄUERLEIN, Fernsehübertragungen, 1992.

³¹⁰ F. BÖSCH, Parlamente und Medien, 2012, S. 383.

mentarier im Laufe vieler Jahre entwickelt hatten, stellte sich bei den Volkskammerabgeordneten erst allmählich ein. Denn natürlich musste auch das erst gelernt werden. Dass manche durchaus eine gewisse Vorsicht im Umgang mit dem Fernsehen für angebracht hielten, ließ beispielsweise Lothar de Maizière mit seiner Entscheidung erkennen, den Fernsehteams für den gemeinsamen Gottesdienst am Morgen der konstituierenden Sitzung den Zutritt zur Kirche zu untersagen. Zu diesem Zeitpunkt fürchtete er noch, die PDS werde nicht erscheinen und damit das beabsichtigte Bild von parlamentarischer Geschlossenheit zerstört, bevor das Parlament überhaupt zu arbeiten begonnen hatte.³¹¹ Die Bilder der *Aktuellen Kamera* am selben Abend zeigen denn auch, dass das Fernsehen lediglich als Zaungast geduldet war, das vom Portal aus ein paar unscharfe Bilder aus dem Kircheninneren lieferte. Es zeigte aber auch, wie nach dem Gottesdienst der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi und Hans Modrow die Kirche verließen und Modrow einem der Pfarrer die Hand schüttelte.³¹²

Was die Liveberichterstattung aus dem Plenarsaal vor den anderen Berichten über die Volkskammer auszeichnet und hervorhebt, war die DDR-spezifische Mediensituation: Von ihr versprachen sich die Zuschauer eine ungefilterte, unmanipulierte Darstellung, etwas, was sie, durch langjährige leidvolle Erfahrung desillusioniert, von den »Massenmedien« der DDR gar nicht erst erwarteten und auch nie geboten bekommen hatten. Eine Liveübertragung suggerierte direkte Teilnahme, die Möglichkeit, mit eigenen Augen und Ohren überprüfen zu können, was passierte, ohne dass die Informationen gefiltert, interpretiert, gar manipuliert waren.

Doch durch ihren Wunsch nach Transparenz – alles andere wäre in den Augen der Abgeordneten wohl der Zensur gleichgekommen – lieferte sich die Volkskammer dem Fernsehen beinahe schutzlos aus. Verschärft wurde die Situation dadurch, dass die Fernsehberichterstattung in der dort praktizierten Form ein Novum war: Nie zuvor, auch in Westdeutschland nicht, waren Übertragungen aus dem Plenum derart lang und umfassend gewesen.³¹³ Das hieß aber auch, dass chaotische Situationen, von denen es einige gab, ebenso schonungslos in voller Länge gezeigt wurden wie ermüdende Redebeiträge zu winzigen Detailfragen, bei denen das Interesse selbst des gutwilligsten Zuschauers erlahmen musste.

Auch das anfangs deutlich und oft zu vernehmende Soufflieren Reinhard Höppners, wenn der jeweilige Sitzungsleiter ins Schwimmen geriet und der Hilfe bedurfte, war sicherlich nicht hilfreich, um einen Eindruck von Souveränität zu vermitteln.³¹⁴ Die Fernsehzuschauer hingegen wurden hier jedes Mal zu unfreiwilligen Zeugen, weil die Präsidiumsmitglieder lange Zeit nicht merkten, dass das offene Mikrofon

³¹¹ Vgl. dazu auch den betreffenden Abschnitt in Kap. 2, S. 168 ff.

³¹² »Aktuelle Kamera am Abend« vom 5. April 1990, DRA, ID-Nr. 073282.

³¹³ Auch in der Volkskammer waren die Ausschusssitzungen nichtöffentlich. Das hier Gesagte gilt also nur für die Plenarsitzungen. Mit 347,4 Stunden ist die 7. Wahlperiode des Deutschen Bundestags Spitzenreiter in puncto Dauer der Live-Übertragungen. Allerdings bezieht sich dieser Wert auf die gesamten vier Jahre, vgl. G. MAYNTZ, Die Fernsehberichterstattung, 1993, S. 358.

³¹⁴ Es taucht in den Stenografischen Berichten nicht auf.

ihre nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Gespräche übertrug. Als man sich dessen bewusst wurde, verdeckten die Präsidiumsmitglieder es bei Bedarf erst mit der Hand, bis Anfang Juni dann eine neue Tontechnik installiert wurde; das Mikrofon ließ sich von da an vom Präsidiumstisch aus ein- und ausschalten.³¹⁵

Reinhard Höppner gab sich keinen Illusionen hin: »[D]ie komplette Übertragung aller Sitzungen, die in anderen Parlamenten ja nicht üblich ist, verzerrt das Bild ohnehin zu unserem Nachteil.«³¹⁶ Denn das, was die Leute im Fernsehen sahen – oder zu sehen glaubten –, entsprach ganz offensichtlich nicht ihren Erwartungen. Aus Sicht der Zuschauer fielen die Abgeordneten sozusagen regelmäßig aus der Rolle. Der DFF zeigte gelegentlich, wie sie im Plenum aßen, tranken, Zeitung lasen, eingeschlafen waren, sich während der Debatten angeregt unterhielten, oder aber er zeigte sie – überhaupt nicht. Nämlich immer dann, wenn die Kameras in Schwenks durch den Saal leere Stuhlreihen filmten. Da halfen auch Erklärungsversuche wie die von Vizepräsident Jürgen Schmieder am 29. Juni wenig. Er sprach direkt »unsere Zuschauer zu Hause an den Bildschirmen« an und erläuterte:

»Wenn Sie gelegentlich sehen, daß hier im Hause einige Plätze frei sind, dann hat das vielfach die Ursache darin, daß neben der Plenarsitzung auch noch einige Ausschüsse gleichzeitig verhandeln und wir Beschlußempfehlungen erarbeiten (Beifall bei CDU/DA und SPD). Es schien mir wichtig, daß das noch einmal konstatiert wird, denn schlechthin wird von unseren Medien der Eindruck erweckt, als wäre das Haus sehr unkonzentriert, und einige Abgeordnete würden die ganze Verhandlung sehr lax angehen.«³¹⁷

Schmieder reagierte damit wohl vor allem auf die vielen Zuschriften, die bei der Kammer nach der Tagung vom 8. Juni eingegangen waren. An diesem Tag hatten unter anderem die ersten Lesungen des Sozialhilfegesetzes und des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Arbeitsgesetzbuches auf der Tagesordnung gestanden. Irgendwann nach 13 Uhr, das Plenum tagte da bereits seit 9 Uhr morgens ununterbrochen, stellte die PDS den Antrag, die Beschlussfähigkeit des Hauses überprüfen zu lassen, weil ihrer Zählung zufolge gerade noch 184 der 400 Abgeordneten anwesend waren. Die spärliche Präsenz war von vielen Abgeordneten angesprochen und dadurch auch den Zuschauern bewusst gemacht worden.³¹⁸ Aber dessen hätte es gar nicht bedurft, die Kamera zeigte in langen Schwenks quer durch den Saal die leeren Bänke.

Dass die Reihen nicht nur an diesem Tag, sondern recht oft leer blieben, lag nicht nur an parallel stattfindenden Sitzungen von Ausschüssen oder anderer Gremien. Es war in der Tat auch ein disziplinarisches Problem. Bereits in der 9. Tagung sprach der Berichterstatter des Ausschusses für Wahlprüfung, Geschäftsordnung und Immunität, Rudolf Essler (CDU/DA), während der 2. Lesung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten von der Möglichkeit, im Fall von Abwesenheit

³¹⁵ PV, 11. Tagung am 7. Juni 1990, S. 333.

³¹⁶ Reinhard Höppner in der Antwort auf eine Zuschrift an die Volkskammer, vom 7. August 1990, BArch DA 1/16731.

³¹⁷ PV, 19. Tagung am 29. Juni 1990, S. 806.

³¹⁸ PV, 12. Tagung am 8. Juni 1990, S. 397, 402 f.

Sanktionen zu verhängen. In Frage komme vor allem die Kürzung der Kostenpauschale, bei unentschuldigtem Fehlen um 60 Mark, bei vorliegender Entschuldigung um 30 Mark. Und er erklärte, dass diese Ergänzung, »die eine Art Selbstdisziplinierung darstellt«, notwendig geworden sei, »nachdem festgestellt werden mußte, daß besonders in der letzten Zeit mehr und mehr Abgeordnete durch Abwesenheit glänzten«. ³¹⁹ Das verstanden die anwesenden Kameralleute als Aufforderung: Sofort gab es wieder einen Schwenk über die Sitzreihen hinweg.

Das Präsidium versuchte in Absprache mit den Fraktionen das Problem auf verschiedene Weise in den Griff zu bekommen. Sabine Bergmann-Pohl dachte beispielsweise darüber nach, den Druck auf die Abgeordneten dadurch zu erhöhen, dass man die jeweiligen Wahlkreise darüber informierte, dass der oder die Betreffende bei entscheidenden Abstimmungen nicht anwesend war. ³²⁰ Doch nicht nur in den Plenarsitzungen fehlten die Leute. Auch der Arbeitskreis III Wirtschaft der SPD-Fraktion klagte beispielsweise über massive Disziplinprobleme, dort hatten Wahlen für die Ausschüsse aus Mangel an Teilnehmern nicht stattfinden können. ³²¹ Die Fraktion ließ Listen für die vorangegangenen fünf Wochen erstellen, um sich einen Überblick über die Situation zu verschaffen, und »damit wir über Sanktionen reden können«. ³²² Insofern ist das, was dem Autorengespann Heuer/Riege als »ungewöhnliche Praktiken der parlamentarischen Abläufe« im Bonner Parlament aufgefallen war, nämlich die »auffallend geringe Anwesenheit in Plenardebatten«, schlicht Polemik. Sie unterstellten Bundestagsabgeordneten, die nach einer Abstimmung wieder den Saal verließen, auf diese Weise Abzüge ihrer Diäten vermeiden zu wollen. ³²³ Ganz davon abgesehen, dass auch die PDS-Fraktion ihre Mitglieder zu mehr Disziplin anhalten musste, was die Anwesenheit in Plenum und Ausschüssen anging. Auch in ihren Reihen gab es in entscheidenden Momenten Lücken. So sei bei der Abstimmung zum Ersten Staatsvertrag im Ausschuss für deutsche Einheit lediglich ein Abgeordneter von sieben anwesend gewesen. ³²⁴

Als unmittelbare Konsequenz mussten Präsidium wie Abgeordnete sich mit der heftigen Kritik auseinandersetzen, die ihnen aus der Öffentlichkeit entgegenschlug. ³²⁵ Nicht nur das Präsidium, auch der Petitionsausschuss bekam die Unzufriedenheit zu spüren. Bei den die Arbeit der Volkskammer betreffenden Petitionen

»handelt es sich vorwiegend um kritische Bemerkungen zur Durchführung der Sitzungen, zur Handhabung der Geschäftsordnung, zum Auftreten einzelner Fraktionen bzw. Abgeordneter. In 80 Einzelpetitionen wurden Kritiken an den Bezügen der Volkskammerabge-

³¹⁹ PV, 9. Tagung am 31. Mai 1990, S. 274.

³²⁰ Beschlussprotokoll Beratung Präsidentin mit Vertretern der Fraktionen am 17. August 1990, AdsD, Mappe 238.

³²¹ Vgl. die Protokolle der Sitzungen des AK III, AdsD, Mappe 127.

³²² Handschriftlicher Zettel an Martin Gutzeit vom 18. Juni 1990, AdsD, Mappe 38.

³²³ U.-J. HEUER/G. RIEGE, Rechtsstaat, 1992, S. 194.

³²⁴ Entwurf Einschätzung des Wirkens der PDS-Fraktion aus Sicht des AK Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 122.

³²⁵ Vgl. dazu die zahlreichen Zuschriften an das Präsidium der Volkskammer, BArch DA 1/16731.

ordneten geübt. Dabei wurde geäußert, daß mit dieser Regelung neue Privilegien geschaffen würden, die eigentlich mit der Wende beseitigt sein sollten.«³²⁶

Die empörten Zuschriften von Zuschauern nahmen im Lauf der Zeit derart überhand, dass das Präsidium sich gezwungen sah, im Juli 1990 in einem Rundschreiben an die Abgeordneten eine Art Verhaltenskodex auszugeben: »Aus gegebenem Anlass« forderte die Präsidentin ein »der Würde des Hauses angemessenes Verhalten«. Gespräche zwischen Abgeordneten sollten außerhalb des Saales stattfinden, Zwischenrufe sich »auf den Sachgegenstand beziehen und nicht das Ansehen des betreffenden Abgeordneten beeinträchtigen«. Außerdem sollte weder gegessen, getrunken, noch Zeitung gelesen werden.³²⁷ Der zitierte »gegebene Anlass« waren die kritischen Zuschriften von Bürgern, deren Zahl in den letzten Wochen beunruhigend zugenommen hatte. Sabine Bergmann-Pohl erinnerte die Abgeordneten daran, dass durch die Fernsehübertragungen die Sitzungen »einer breiten Öffentlichkeit sichtbar« und das »Erscheinungsbild der Volkskammer von diesen Bildern wesentlich beeinflusst« werde.³²⁸ Während also in Großbritannien die Wahrung der so schwer zu fassenden »Würde des Hauses«³²⁹ ganz wesentlich auch die Aufgabe der Medienvertreter ist und sie damit vom Parlament in die Pflicht genommen werden, mussten die Volkskammerabgeordneten die Verantwortung selbst schultern und ganz alleine dafür sorgen, keinen schlechten Eindruck zu hinterlassen.

Eine weitere Maßnahme, um künftig ein ordentliches, weniger chaotisches Bild zu bieten, war, die Abgeordneten daran zu erinnern, dass wirklich nur sie Zutritt zum Plenarsaal hatten, während für den Präsidiumsbereich noch strengere Regeln galten: er war bis auf wenige Ausnahmen für alle tabu.³³⁰ Denn zu oft hatten sich die Mitarbeiter der Fraktionen mit den Abgeordneten zusammen im Plenarsaal aufgehalten, so dass Reinhard Höppner seine Kollegen am 28. Juni erneut ermahnte: Es gehe auf gar keinen Fall,

»daß sie [gemeint sind die Fraktionsmitarbeiter] hier mit auf den Plätzen der Abgeordneten – egal auch, auf welcher Stelle, ob hinten oder vorn – sitzen, weil bei eventuellen Abstimmungen von keinem mehr zu übersehen ist, ob sie mitstimmen oder nicht mitstimmen.«³³¹

³²⁶ 110 Zuschriften von insgesamt 8193 befassten sich mit diesem Thema. Bericht über die Schwerpunkte der im II. Quartal 1990 an die Volkskammer gerichteten Petitionen und Eingaben, vom 2. Juli 1990, BArch, DA 1/17473. Bis zum Ende der Volkskammer hatte sich die Zahl der Zuschriften zu diesen Themen auf 500 erhöht (bei 11303 Zuschriften insgesamt) Schwerpunkte der an die Volkskammer der DDR gerichteten Petitionen und Eingaben, vom 12. September 1990, ebd.

³²⁷ Die Präsidentin, 4. Juli 1990, BArch DA 1/16625, Bl. 65 f.

³²⁸ BArch DA 1/16625, Bl. 65 f.

³²⁹ Die Vorstellung, dass es sich beim Parlament um einen besonderen, ja »heiligen« Ort handelt, dessen Mitglieder Immunität genießen, geht auf mittelalterliche Vorstellungen zurück. Laut Philipp Manow klingt in der *sacrosanctitas* des Parlaments noch das Herkommen aus dem Kontext monarchischer Legitimation nach. P. MANOW, Im Schatten, 2008, S. 68 f. Leider gibt es keine wirklich überzeugende Darstellung zur Bedeutungs- und Begriffsgeschichte. Vgl. G. WENG, Würde, 1986. Würde, Geschichtliche Grundbegriffe, 1992.

³³⁰ Dienstbesprechung der Volkskammerverwaltung am 25. Juni 1990, BArch DA 1/18748, Bl. 49.

³³¹ PV, 18. Tagung am 28. Juni 1990, S. 714.

Wirklich erfolgreich war er damit jedoch nicht, denn geraume Zeit später musste er das Verhalten erneut rügen und drohte, daß sich das Präsidium etwas überlegen müsse, wenn sich das nicht durch Ermahnung regeln lasse.³³²

Viele Abgeordnete scheinen von den sie umgebenden Kameras und der Tatsache, dass sie quasi ständig im Bild waren, aber vielfach gar keine Notiz mehr genommen zu haben. Genau wie von der Tatsache, dass sie ein großes Publikum hatten. Das hatte vermutlich auch damit zu tun, dass sich die Kameraleute hinter Glas in den Pressekabine aufhielten und damit selbst nicht sichtbar waren. Nur die beiden Kameraleute an der Kopfseite standen im Saal, befanden sich damit aber immer auch im Rücken des jeweiligen Redners. Rüdiger Fikentscher (SPD), der allerdings eher selten für seine Fraktion am Pult stand, blieb von der Tatsache unbeeindruckt, dass ihm bei seinem Auftritt möglicherweise eine Million Menschen zusah. Er sei so mit Arbeit eingedeckt gewesen, dass er das kaum wahrgenommen habe.³³³

Doch in den Fraktionen regte sich trotzdem zunehmend Widerstand gegen die permanente Liveberichterstattung. Im Zusammenhang mit dem von der Präsidentin im Juli verordneten Verhaltenskodex diskutierte die CDU/DA-Fraktion am 10. Juli die Anwesenheit der Presse im Plenarsaal.³³⁴ Vor allem die Tatsache, dass dort offensichtlich während der Sitzungen viel mehr Pressevertreter anwesend waren als vorgesehen, störte viele. Denn eine Erlaubnis, während der Sitzungen im Saal Fotos zu machen, besaßen lediglich zwei Journalisten von ADN, der Nachrichtenagentur der DDR, sie waren sozusagen als Hausfotografen zugelassen.³³⁵

Einmal angesprochen, weitete sich die Diskussion auf andere Aspekte des Themas aus. Einem der CDU-Abgeordneten behagte es überhaupt nicht, bei Abstimmungen gefilmt zu werden, weil so »draußen« jeder wisse, wie er abstimme. Er wollte deshalb ein Verbot solcher Aufnahmen in die Geschäftsordnung aufgenommen haben. Reiner Krziskewitz verlangte zwar keine ähnlich drastischen Maßnahmen, aber auch er erlaubte sich die Frage nach der Angemessenheit der von der Presse geübten Praxis: »Ist es eigentlich noch zumutbar, sich 13 Stunden lang beobachten und filmen zu lassen? Das hält doch kein Mensch mehr aus!« Doch solchen Einwänden gegenüber stellte sich der erste Parlamentarische Geschäftsführer Paul Krüger taub. Abstimmungen seien öffentlich, daran werde nichts geändert. »Drüben«, was heißen sollte: im Deutschen Bundestag, werde von den Zeitungen sogar regelrecht ausgewertet, wer wie abgestimmt habe. Das bedeutete aber keineswegs, dass Krüger mit der Arbeit der Journalisten generell zufrieden war. Ganz im Gegenteil: Er warf dem Fernsehen »sehr

³³² PV, 31. Tagung am 23. August 1990, S. 1419. Wirklich wichtig wurde dieser Hinweis dann nach dem Umzug aus dem Palast der Republik in das ehemalige Staatsratsgebäude. Denn in dem dortigen, unübersichtlichen Saal war überhaupt nicht mehr zu unterscheiden, wer Abgeordneter war und wer nicht.

³³³ Vgl. Interview Fikentscher. Fikentscher sprach nur zweimal im Plenum, am 15. Juni und am 19. Juli 1990.

³³⁴ Fraktionssitzung vom 10. Juli 1990, ACDP, TA 07-012 6116.

³³⁵ Vgl. dazu auch das Reglement für die Tätigkeit von Journalisten in den Gebäuden der Volkskammer und des Hauses der Parlamentarier vom 11. Juli 1990, BArch DA 1/18790.

tendenziöse« Berichterstattung vor, erzielt nicht zuletzt mit Hilfe der – so kann man wohl ergänzen: kompromittierenden – Kameraführung. Aus diesem Grund hatte Sabine Bergmann-Pohl auch bereits eine Protestnote an den DFF verfasst.³³⁶

Interfraktionell wurden schließlich Verfahren etabliert, um solche Situationen, die den Ruf der Kammer zu beschädigen drohten, besser kontrollieren zu können oder besser noch: sie gar nicht erst entstehen zu lassen. Die Sorge um das desolate Erscheinungsbild der Volkskammer in der Öffentlichkeit und die damit möglicherweise verbundenen negativen Konsequenzen für die anstehenden Wahlen trieb inzwischen auch den Ministerpräsidenten um. Lothar de Maizière berichtete von einer Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden am 21. August, die die »Verbesserung der Parlamentskultur« zum Thema hatte. Das Problem lag für die Verantwortlichen darin, dass die Sitzungen »ganztägig bis in die späte Nacht hinein übertragen« wurden.³³⁷

Zu diesem Krisengipfel hatte ihn das »Abstimmungsdesaster« in der Nachtsitzung vom 8. August veranlasst, das einen geradezu verheerenden Eindruck hinterlassen hatte. Die Plenarsitzung dieses Tages – eine Sondersitzung, einberufen auf Wunsch der Koalitionsfraktionen, um den sogenannten Wahlvertrag³³⁸ unter Dach und Fach zu bringen, also das Gesetz, das die ersten gesamtdeutschen Wahlen regelte – hatte um kurz nach 15 Uhr begonnen, war aber noch vor dem ersten Tagesordnungspunkt mit dem geplanten Ablauf zeitlich in Rückstand geraten, weil die PDS mehrere zusätzliche Tagesordnungsanträge eingebracht und damit den eigentlichen Beginn der Tagung um eine Stunde verzögert hatte. Nach gut vier Stunden war die Sitzung zum ersten Mal unterbrochen worden. Kurz vor 23 Uhr hatte es die nächste Unterbrechung gegeben. Als endlich Tagesordnungspunkt 4, die erste und zweite Lesung des Wahlvertrages, an die Reihe kam, war es bereits kurz vor Mitternacht. Zu dieser Stunde hatte sich der Plenarsaal schon so weit geleert, dass die PDS ihre Chance gekommen sah, die Annahme des Gesetzes mit Hilfe der Forderung nach namentlicher Abstimmung zu torpedieren. Die Sitzung wurde aufs Neue unterbrochen und die Parlamentarischen Geschäftsführer der Koalitionsfraktionen und der Liberalen ohne weitere Begründung von Reinhard Höppner zu einer kurzen Besprechung in sein Zimmer beordert.

Die Opposition schäumte. Marianne Birthler (Bündnis 90/Grüne) fasste nur in Worte, was ohnehin allen klar war: »Die Tagung ist ausgesetzt worden, weil nicht genügend Mitglieder der Koalition anwesend gewesen sind, um dieses Gesetz durchzukriegen«, und sie warf Höppner vor, damit sein Amt als Parlamentspräsident im parteipolitischen Interesse missbraucht zu haben.³³⁹ Das Ergebnis des von Höppner so

³³⁶ Fraktionssitzung am 10. Juli 1990, ACDP, TA 07-012 6116.

³³⁷ Fraktionssitzung am 21. August 1990, ACDP, TA 07-012 6118 (04_1990-08-21).

³³⁸ »Gesetz zum Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 3. August 1990 (Verfassungsgesetz)« vom 22. August 1990, GBl. DDR II S. 45.

³³⁹ PV, 28. Tagung am 8. August 1990, S. 1344.

hastig einberufenen Gesprächs bekamen die Fernsehzuschauer schon nicht mehr zu sehen, weil die Übertragung abbrach, noch während Birthler sprach. Die Koalitionsfraktionen nutzten die kurze Atempause, ihre zwischenzeitlich abhandengekommenen Mitglieder herbeizutelefonieren. Doch die Mühe war vergeblich, so dass sie sich wohl oder übel in die absehbare Niederlage fügen mussten: Nur 327 Abgeordnete nahmen an der Abstimmung teil, das waren 73 weniger als die Volkskammer Sitze hatte, 258 davon stimmten mit Ja, 63 mit Nein, 5 enthielten sich, ein Wahlzettel war ungültig. Die für ein sogenanntes Verfassungsgesetz nötige Zweidrittelmehrheit lag bei 266 Stimmen. Die anwesenden CDU/DA-Mitglieder hatten zwar geschlossen für das Gesetz votiert, doch anwesend waren eben nur 145, die Fraktion bestand aber zu diesem Zeitpunkt aus 167 Abgeordneten. Von den insgesamt 88 sozialdemokratischen Abgeordneten nahmen nur 76 an der Abstimmung teil, von denen sich überdies 4 der Stimme enthielten und einer einen ungültigen Zettel abgab. Zwar waren auch die anderen Fraktionen nicht vollzählig erschienen, gerade bei der PDS fehlte ein erheblicher Teil – aber sie wollten auch keine Abstimmung gewinnen. Als Sabine Bergmann-Pohl die Sitzung schloss, war es schließlich der 9. August, 2.20 Uhr in der Frühe.

Das Drama hatte noch einen zweiten Akt. In der darauffolgenden Tagung am 22. August stand das Gesetz erneut zur Abstimmung, sehr zum Missfallen Gregor Gysis und seiner Fraktion. Er empfand es als »Mißachtung der Volkskammer, wenn ein gleiches Gesetz wieder vorgelegt wird, nur in der Hoffnung, daß mehr Abgeordnete anwesend sind und deshalb eine Mehrheit erreicht würde, die beim letzten Mal nicht erreicht worden ist.« Eigentlich hätte die »souveräne Entscheidung« des Hauses es erfordert, einen neuen Wahlvertrag vorzulegen, »um vielleicht eine breitere Zustimmung« zu erhalten, und dafür die Opposition in die Gespräche mit einzubinden.³⁴⁰

Auch wenn es im zweiten Anlauf schließlich doch gelang, das Gesetz zu verabschieden, waren die Umstände alles andere als überzeugend. Die *taz* hatte das Manöver vom 8. August, »da zu keiner Zeit die Beschlußfähigkeit des Plenums in Frage« gestanden habe, denn auch als »letztlich mißglückte Manipulation des Abstimmungsergebnisses« verurteilt.³⁴¹ Und der zweite Redner der Opposition am 22. August, der Grüne Werner Schulz, kommentierte das wenig glückliche Bild, das die Koalition zwei Wochen zuvor abgegeben hatte, genüsslich so:

»Ein Vizepräsident, der mit dem Mikrofon sein Amt vertauscht hatte, Fraktionschefs, die die Vertagung der Veranstaltung fordern, weil ihre Zwei-Drittel-Mehrheit bereits in die Sommerfrische geflüchtet war, berittene Boten, aufgeregte Telefonate, um noch einige aufzuhalten. Herrn Eppelmann hat man wohl aus der Badewanne geholt.«³⁴²

»Wir machen uns manchmal nicht ganz klar, dass das fast ein politisches Tschernobyl ist, was da passiert, so waren die Auswirkungen«. Aus diesen Worten sprach jetzt nicht mehr die Schadenfreude der Opposition, sondern das war die selbstkritische Einschätzung des Ministerpräsidenten Lothar de Maizière. Seiner Meinung nach

³⁴⁰ PV, 29. Tagung am 22. August 1990, S. 1356.

³⁴¹ »In der Volkskammer nachts um halb drei ...«, *taz* vom 10. August 1990.

³⁴² PV, 29. Tagung am 22. August 1990, S. 1358.

sollten die Fraktionen in der noch verbleibenden Zeit bis zum 3. Oktober alles versuchen, den schlechten Eindruck wenigstens ein wenig zu verwischen, den sie in den letzten 14 Tagen vor der Sommerpause vermittelt hätten. Ein Mitglied des Präsidiums solle jeweils über die voraussichtliche Planung für die Woche informieren, damit nicht jedes Mal wieder eine der Fraktionen versuche, einen nicht auf der Tagesordnung stehenden Punkt mit Geschäftsordnungsanträgen erneut auf die Tagesordnung zu bringen, wenn sie genau wisse, dass die notwendige Mehrheit dafür fehle. Ihm war vor allem die Taktik Gregor Gysis ein Dorn im Auge, der in der vorangegangenen Sitzung sechs solcher Anträge eingebracht hatte, weshalb die eigentliche Sitzung erst mit einer enormen Verspätung beginnen konnte.

Mit einer Einschränkung oder gar Beendigung der Live-Übertragungen hätte das Problem sicher auch gelöst werden können. Renate Jäger (SPD) beispielsweise regte Ende August an, die Übertragung der Sitzungen einzustellen, um Wahlkampfdarstellungen zu unterbinden und sachliche Diskussionen zu fördern.³⁴³ Doch vor diesem Schritt schreckte man zurück, denn sich auch noch Zensur vorwerfen lassen zu müssen, hätte alles nur verschlimmert. Stattdessen war inzwischen die Idee einer zusätzlichen zusammenfassenden Sendung aufgebracht worden.³⁴⁴ Auch Richard Schröder (SPD) hielt das rückblickend für die bessere Idee, eine Kurzfassung der entscheidenden Punkte wäre für die Information der Bevölkerung sinnvoller gewesen.³⁴⁵

Ausschluss der Öffentlichkeit

Ein genereller Ausschluss des Fernsehens wurde zwar wohl nie ernsthaft erwogen, aber damit war die Möglichkeit nicht vom Tisch, die Öffentlichkeit – und dazu gehörten selbstverständlich auch die Besucher der Sitzungen auf der Gästetribüne – zumindest temporär von den Verhandlungen auszuschließen.

Nach dem publizitätsträchtigen Auftritt der Besetzer der Normannenstraße in der 36. Tagung und noch vor dem nicht minder aufsehenerregenden Sitzstreik der Grünen Abgeordneten in der 37. Tagung schlug der Personen- und Objektschutz des Innenministeriums vor, Besucher von den verbleibenden Sitzungen generell auszuschließen.³⁴⁶ Lediglich Journalisten von »DFD – Aktuelle Kamera«, »DEFA – Dokumentarfilm« sowie der beiden westdeutschen Sendeanstalten ZDF und ARD wollte man Zutritt gewähren, alle anderen Pressevertreter sollten mit einem Platz vor den Monitoren im Pressezentrum vorliebnehmen müssen. Aus Sicht der Personen- und Objektschützer mag das ein praktikabler Vorschlag gewesen sein, aus Sicht des Parlaments war er es nicht. Dementsprechend teilten sich auch in der folgenden Sit-

³⁴³ Fraktionssitzung vom 24. August 1990, AdsD, Mappe 57.

³⁴⁴ Sitzung des Fraktionsvorstands der SPD am 21. August 1990, AdsD, Mappe 82.

³⁴⁵ Interview Schröder.

³⁴⁶ Leiter Objektsicherung des Sicherungskommandos Volkskammer/Haus der Parlamentarier (Ministerium des Inneren – Personen- und Objektschutz) vom 24. September 1990, BArch DA 1/16625, Bl. 49. Zu den Ereignissen in der 36. und 37. Tagung vgl. Kap. 3.

zung, am 28. September, wie gewohnt Journalisten und Besucher die wenigen Stehplätze an der Seite des Saales, allerdings nur noch an der linken, die rechte Seite blieb von nun an gesperrt.

Die Geschäftsordnung ließ einen vorübergehenden Ausschluss der Öffentlichkeit jederzeit zu (§ 13), sofern mindestens zwei Drittel der anwesenden Abgeordneten einen solchen Antrag (gestellt von einer Fraktion, von 20 Abgeordneten oder vom Vorsitzenden des Ministerrats) unterstützten. Wurde er gestellt, musste über den Antrag auf Ausschluss in nichtöffentlicher Beratung entschieden werden.³⁴⁷ Der erste der beiden Versuche, die in der Volkskammer in diese Richtung unternommen wurden, endete mit einem abrupten Rückzieher der Antragsteller. In der aufgeheizten Atmosphäre der 35. Tagung, in der es erstmals im Plenarsaal um die Stasi-Vergangenheit einzelner Abgeordneter ging, hatten 23 Abgeordnete von SPD, Bündnis 90/Grüne, FDP, CDU und DSU einen Antrag auf Abberufung des Innenministers gestellt, den sie für Vertuschung und Behinderung der Aufklärung verantwortlich machten und der ihrer Meinung nach nicht in der Lage war, die Sicherheit von Informationen und Daten zu gewährleisten.³⁴⁸

Peter-Michael Diestel, in dessen Kompetenzbereich als Innenminister die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes gehörte, stand schon seit geraumer Zeit in der Kritik. Es war bekannt geworden, dass in seinem Ministerium zahlreiche ehemalige »OibE« der Staatssicherheit, Offiziere im besonderen Einsatz, beschäftigt waren. Er hatte außerdem in den Tagen zuvor den beiden Parlamentsausschüssen, die für Angelegenheiten des Staatssicherheitsdienstes zuständig waren,³⁴⁹ den Zugang zu den Akten in den Archiven verweigert. Erst ein Treffen des Volkskammerpräsidiums mit dem Minister konnte die Situation bereinigen. Dabei äußerte das Präsidium ausdrücklich sein Unverständnis darüber, »dass die Regierung Volkskammerbeschlüsse in Frage stellt«.³⁵⁰

Die Abgeordneten der DSU wollten am 13. September eine Abwahl Diestels jedoch nur in geheimer Abstimmung zulassen, obwohl der zu diesem Zeitpunkt ihrer Partei überhaupt nicht mehr angehörte – er war nur bis zum 30. Juni Mitglied und im August der CDU beigetreten. Die CDU hingegen beantragte, die Sache an den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Wahlprüfung, Geschäftsordnung und Immunität zu überweisen. Schließlich stellte Lothar Anys (DSU) den Antrag auf

³⁴⁷ Im Deutschen Bundestag kann ebenfalls »auf Antrag eines Zehntels seiner Mitglieder oder auf Antrag der Bundesregierung [...] mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Über den Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung entschieden.« (Art. 42 Abs. 1 GG).

³⁴⁸ VK Drs. 236, und der dazugehörige Änderungsantrag in PV, 35. Tagung am 13. September 1990, S. 1697.

³⁴⁹ Sonderausschuss zur Kontrolle der Auflösung von MfS/AfNS und Zeitweiliger Prüfungsausschuss der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik.

³⁵⁰ Bei diesem Treffen wurden die Regeln für die Arbeit des Prüfungsausschusses neu festgelegt: So mussten die Akten vor Ort eingesehen und durften nicht transportiert werden, alle Beteiligten hatten überdies absolutes Stillschweigen zu bewahren. Beschlussprotokoll der 18. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer am 11. Juli 1990, BArch DA 1/18769. Vgl. K. BÄSTLEIN, *Meine Akte*, 2011.

Ausschluss der Öffentlichkeit. Reinhard Höppner wies den die Sitzung leitenden Jürgen Schmieder leise darauf hin, dass das laut Geschäftsordnung sofort geschehen müsse, woraufhin Schmieder die Journalisten bat, Kameras und Mikrofone abzuschalten, und die Gäste aufforderte, den Balkon zu räumen. Damit ertete er heftige Pfiffe, Buhs und »Wir-sind-das-Volk«-Rufe von der Tribüne, denen unten aus dem Saal jemand »Wir auch!« entgegnete.³⁵¹ Der DFF-Kommentator wirkte ob der drohenden Behinderung seiner Arbeit pikiert: »An uns liegt es nicht, wenn Sie diesen Vorgang nicht miterleben können.«³⁵² Die Kameralleute allerdings widersetzten sich der Aufforderung des Vizepräsidenten, denn sie filmten einfach weiter. Auch die Besucher blieben stur und ließen sich nur mit Mühe von der Tribüne bringen. Noch während Schmieder ziemlich erfolglos versuchte, den Tumult einzudämmen, zog die DSU ihren Antrag jedoch schon wieder zurück.³⁵³ Im Saal kehrte Ruhe ein. Die Abwahl Diestels, die schließlich doch geheim vorgenommen wurde, scheiterte.³⁵⁴

Beim zweiten Mal, am 28. September, wurde die Öffentlichkeit, Besucher wie Pressevertreter, dann tatsächlich für eine gewisse Zeit ausgeschlossen. Die Abgeordneten standen an diesem Tag gehörig unter Zugzwang, allein sechs der insgesamt 16 Tagesordnungspunkte drehten sich um Fragen, die mit der Arbeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit zu tun hatten beziehungsweise dem Problem einer möglichen Stasimitarbeit einzelner Parlamentarier, und wie damit umgegangen werden sollte. Der öffentliche Druck auf die Abgeordneten hatte zudem in den letzten Tagen deutlich zugenommen, nachdem die Presse ausführlich insbesondere über die Causa Diestel berichtet hatte.³⁵⁵

Mitglieder der Fraktion von Bündnis 90/Grüne hatten nur wenige Stunden vor dem Antrag aus diesem Grund einen Sitzstreik im Plenarsaal initiiert, der die Tagung für längere Zeit zum Erliegen brachte.³⁵⁶ Mit der Aktion sollte das Parlament dazu gezwungen werden, das auch wirklich zu tun, was es mehrheitlich beschlossen hatte: Nämlich die Namen derjenigen Abgeordneten öffentlich zu machen, denen eine Mitarbeit mit der Stasi nachgewiesen werden konnte, um so zu verhindern, dass die Angelegenheit bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag in die Ausschüsse verschoben worden wäre. Sabine Bergmann-Pohl, der diese Aufgabe eigentlich offiziell zugedacht war, hatte es zuvor aus Gewissensgründen abgelehnt, die Namen im Plenum zu verlesen. Nachdem im Anschluss an den Sitzstreik einigen Abgeordneten die Gelegenheit gegeben worden war, sich in persönlichen Erklärungen zu den vor allem in der Presse ge-

³⁵¹ Vgl. den gesamten Abschnitt, 35. Tagung am 13. September 1990: 8:37:08–8:39:05.

³⁵² Ebd., 8:38:02.

³⁵³ PV, 35. Tagung am 13. September 1990, S. 1697.

³⁵⁴ In der Abstimmung erklärten sich von 309 anwesenden Abgeordneten 184 gegen eine Abwahl, 107 dafür, 18 enthielten sich, ebd., S. 1715.

³⁵⁵ »Täglich ein Name«, *Der Spiegel* vom 17. September 1990. Zum Thema Überprüfung der Abgeordneten auf Stasitätigkeit vgl. D. PRIES, Stasi-Mitarbeiter, 2008.

³⁵⁶ Zum Sitzstreik ausführlicher: Kap. 3, S. 292–297.

machten Vorwürfen zu äußern, stellte Günther Krause den Antrag, die Öffentlichkeit von der weiteren Beratung auszuschließen.

Bevor jedoch darüber endgültig entschieden werden konnte, traten weitere der Stasimitarbeit Verdächtige ans Pult und gaben Erklärungen in eigener Sache ab, unter anderem auch Peter Stadermann (PDS), der bereits am Morgen sein Mandat niedergelegt hatte. Doch schließlich ergriff wieder Reinhard Höppner das Wort, bat Besucher und Journalisten, den Sitzungssaal zu verlassen, die Kameralleute, ihre Kameras auszuschalten, die Zuschauer, »mal eine Pause zu machen«, und ließ, nachdem das alles diesmal ohne viel Aufhebens geschehen war, unter Ausschluss der Öffentlichkeit über den Antrag verhandeln.³⁵⁷

Diese Diskussion fand unter erschwerten Bedingungen statt. Nur noch das Mikrophon am zentralen Rednerpult funktionierte, alle anderen Saalmikrofone hatte man ausgeschaltet. Um nicht zu viel Zeit zu verlieren, bat Höppner, alle diejenigen, die sich äußern wollten, direkt nach vorne zu kommen, ohne sie eigens aufzurufen.³⁵⁸ Die Gegner des Antrags betonten vor allem die Vorbildfunktion der Volkskammer in dieser Sache, der sie sich nicht entziehen dürfe. Johannes Gerlach (SPD) stellte beispielsweise die Frage, ob sie überhaupt das Recht hätten, die Öffentlichkeit auszuschließen, wenn sie sich zum ersten Mal mit der so dringend notwendigen Vergangenheitsbewältigung beschäftigen würden.³⁵⁹ Werner Schulz (Bündnis 90/Grüne) gab zu bedenken, dass die Volkskammer selbst in ihren »trübsten, schwächsten Stunden nie die Öffentlichkeit ausgespart« habe, gerade die Transparenz sei eine ihrer Stärken gewesen. Und in seinen Augen hatte sie nicht viele Stärken.³⁶⁰ Auch Wolfgang Thierse (SPD) plädierte für Öffentlichkeit der Beratungen. Die Volkskammer, die in ihrer Zusammensetzung ein Spiegelbild der Bevölkerung und der 40jährigen Geschichte des Landes sei, solle vorangehen in dem nötigen Akt der moralischen Selbstreinigung.³⁶¹ Und Marianne Birthler (Bündnis 90/Grüne) fragte, welchen Eindruck die Öffentlichkeit erhalte, wenn jetzt die Türen zugemacht würden.³⁶² Es gab aber mindestens ebenso viele Stimmen, stellvertretend standen hierfür Bernhard Opitz (Die Liberalen) oder auch Gregor Gysi (PDS), die den Antrag unterstützten, weil sie es den Betroffenen selbst überlassen wollten, ob sie an die Öffentlichkeit gehen oder nicht.³⁶³ Es wurde allerdings auch die Vermutung geäußert, und das sicherlich zu Recht, dass die Namen ohnehin bereits durch die Medien bekannt gemacht worden seien, und die Betroffenen es gar nicht mehr in der Hand hätten, wie dieses Thema behandelt würde. Aus diesem Grund sei es ratsam, dass diejenigen, die es betreffe, sich von sich

³⁵⁷ Auch dieser Teil der Sitzung der bis ca. 18.50 Uhr dauerte, wurde protokolliert, das Protokoll ist jedoch nicht Bestandteil der veröffentlichten Stenographischen Berichte, vgl. BArch DA 1/18921, Bl. 37/300–37/395.

³⁵⁸ Ebd., Bl. 37/305 b.

³⁵⁹ Ebd., Bl. 37/302.

³⁶⁰ Ebd., Bl. 37/310 a.

³⁶¹ Ebd., Bl. 37/313.

³⁶² Ebd., Bl. 37/305 a.

³⁶³ Ebd., Bl. 37/303 bzw. 37/305. Aus welchen Motiven sie dafür plädierten, sei dahingestellt.

aus erklärten, dann hätten sie nämlich noch einen gewissen Einfluss auf die Darstellung. »Wenn das über die Medien läuft, wird es wüste Gerüchte geben.«³⁶⁴ Die Abstimmung ergab schließlich eine äußerst knappe Zweidrittel-Mehrheit der Befürworter eines Ausschlusses: Sie setzten sich mit 188 Ja-Stimmen gegen 71 Nein-Stimmen und 21 Enthaltungen durch, Presse und Besucher mussten weiter draußen bleiben.³⁶⁵

Nachdem die Frage, in welcher Form weiter verhandelt werden sollte, geklärt war, wurde es turbulent, denn nun ging es um das eigentliche Problem: die Verlesung der Namen. Bevor Wolfgang Ullmann, der sich bereit erklärt hatte, dies an Stelle Bergmann-Pohls zu tun, damit beginnen konnte, musste er erst erklären, warum und wie er in den Besitz der Liste gekommen war. Viele Abgeordnete witterten Verrat, denn offensichtlich gab es entgegen ursprünglicher Abmachungen Kopien. Und es musste befürchtet werden, dass diese Kopien auf dem einen oder anderen Weg an die Presse gelangten. Die Nerven lagen deshalb völlig blank.

Das Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung belegt, dass vor allem die Abgeordneten von CDU/DA heftig gegen die Verlesung der Namen protestierten, während die Mitglieder der SPD und der Grünen eher dafür waren. Dabei gab es bei der CDU nicht einmal die meisten Verdachtsfälle, die fanden sich bei den Liberalen, bei der die Hälfte der Fraktion nach den ersten Selbstauskünften von den Ausschussmitgliedern näher überprüft werden musste.³⁶⁶

Doch obwohl man ihnen die direkte Teilnahme verweigerte, war es für die Journalisten völlig ausreichend, einfach vor dem Saal stehen zu bleiben, denn die dünnen Schiebewände ließen den innen herrschenden Aufruhr ziemlich ungefiltert nach draußen dringen. Sabine Bergmann-Pohl hatte vor Verlesung der Namen noch darauf hingewiesen, dass es den Draußenstehenden offensichtlich möglich sei, alles mitzuhören, was sich im Saal abspiele. Der Antrag Lothar de Maizières, die Presse ganz des Hauses zu verweisen, wenn Nichtöffentlichkeit auf andere Weise nicht hergestellt werden könne – »Es ist nicht einmal mehr möglich, in diesem Haus unphotografiert auf die Toilette zu gehen«³⁶⁷ – wurde aber niedergestimmt.

Verlesen wurden die Namen dann wirklich unter Ausschluss der Öffentlichkeit, weil die Presse, die vor den Türen wartete, vom Sicherheitsdienst der Volkskammer weggeschickt worden war. Allerdings scheint die Abschottung nicht lückenlos oder besser gesagt auch einfach überflüssig gewesen zu sein, denn die Namen waren ohnehin bereits in der Welt: Die *Neue Zeitung* zählte einen Tag später in einer kleinen Mel-

³⁶⁴ Ebd., Bl. 37/310.

³⁶⁵ Ebd., Bl. 331.

³⁶⁶ Bei CDU/DA mussten 30 Abgeordnete näher überprüft werden, das entsprach 17,9 % der Fraktionsmitglieder, 18 von ihnen wurde eine Mandatsniederlegung nahegelegt, bei 6 weiteren war laut Ausschuss keine Mandatsniederlegung nötig, weil sie in Kategorie 6 fielen. Für die anderen sahen die Zahlen folgendermaßen aus: FDP: überprüft 11 (52 %), 9 sollten das Mandat niederlegen, bei den anderen zwei schien das nicht nötig. SPD: 8 (9 %), 4 Mandatsniederlegungen empfohlen, bei 2 weiteren nicht nötig. B90/Grüne: 2 (10 %) keine Belastungen gefunden. PDS/VL: 13 (19,7 %), 8 Mandatsniederlegungen empfohlen, bei 4 weiteren nicht nötig. Zu den einzelnen Kategorien vgl. S. 296, Anm. 277.

³⁶⁷ Lothar de Maizières, BArch DA 1/18921, Bl. 37/363.

dung auf der Titelseite alle 15 Abgeordneten auf, die in die Kategorie 1 fielen, während die *taz* detailliert von tumultuarischen Szenen »Im Lenin-Saal« berichtete (»Hinter verschlossenen Türen brüllten und tobten die Verlierer«).³⁶⁸ Nach heftigen Diskussionen, nachdem die Namen verlesen waren und nach einer darauf folgenden zehnmütigen Pause wurden gegen 19 Uhr Presse und Besucher wieder eingelassen.

Die Öffentlichkeit parlamentarischer Verhandlungen ist ein hohes Gut.³⁶⁹ Ihr Ausschluss ist daher immer nur *ultima ratio* und muss sehr gut überlegt sein, wenngleich er offiziell nicht begründet werden muss. Im Grunde genommen jedoch ist er eine parlamentarische Bankrotterklärung. Wird die Öffentlichkeit an der Teilnahme gehindert, ist das parlamentarische Repräsentationsprinzip außer Kraft gesetzt. Der Deutsche Bundestag beispielsweise hat in seiner gesamten Geschichte kein einziges Mal von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.³⁷⁰

Dass die 10. Volkskammer meinte, zu diesem Mittel greifen zu müssen, könnte man als Anfängerfehler abtun. Es war aber vor allem Ausdruck von Hilflosigkeit. Denn sowohl der erste Versuch am 13. September als auch der tatsächliche Ausschluss der Öffentlichkeit zwei Wochen später berührte Themen, bei denen die Abgeordneten persönlich betroffen waren und keinen anderen Weg sich zu schützen sahen, als dadurch, dass sie die Auseinandersetzung um diese Themen den Augen und Ohren der Öffentlichkeit entzogen. Gerade der zweite Fall zeigt auch, dass zwischen der Privatperson und dem Abgeordneten nicht mehr zu trennen war. Das, was die Abgeordneten vor ihrer Volkskammerzeit getan hatten, hatte unmittelbare Auswirkungen auf ihre politische Tätigkeit und auf die Art und Weise, wie sie von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Da es unter anderem auch darum ging, Vertrauen in die neuen Institutionen aufzubauen, konnte man sich so ein Vorgehen aber eigentlich nicht leisten. Außerdem hatten sich die Volkskammermitglieder durch ihre Weigerung, das Thema Stasibelastung früher und gründlicher in Angriff zu nehmen, zu einem Gutteil selbst in diese missliche Lage manövriert. Die Grünen hatten durchaus recht mit ihrem Vorwurf, dass diejenigen Abgeordneten, die ihr Mandat behalten hatten, obwohl ihnen völlig klar gewesen sein musste, dass sie durch die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit kompromittiert waren, selbst schuld waren, wenn

³⁶⁸ »15 Namen kein Geheimnis mehr«, *NZ* vom 29. September 1990; »Hinter den Türen der Volkskammer« und »Stasi-Liste in der Volkskammer«, *taz* vom 1. Oktober 1990.

³⁶⁹ In Deutschland hat sie seit 1849 Verfassungsrang (§ 111 RV 1848, Art. 22 ReichsVerf., Art. 29 WRV, Art. 42 Abs. 1 GG), ist also nicht nur in den Geschäftsordnungen festgeschrieben. Auch die Verfassung der DDR hatte einen solchen Artikel: Art. 62 Abs. 4.

³⁷⁰ Es ist wohl in der deutschen Parlamentsgeschichte – auf nationaler Ebene – überhaupt nur ein einziges Mal vorgekommen und dafür muss man lange zurückschauen: Am 17. März 1900 wurde bei der Behandlung der sog. Lex Heinze zur Änderung des § 184 RStGB, »Verbreitung unzüchtiger Schriften«, im Reichstag die Öffentlichkeit von den Verhandlungen ausgeschlossen. Begründung war, dass die Erörterung dieses Themas den anwesenden Frauen nicht zugemutet werden könne, man aber die komplette Öffentlichkeit ausschließen müsse und nicht nach Männern und Frauen trennen dürfe. Das Protokoll der Sitzung ist, anders als später im Fall der Volkskammer, veröffentlicht: RT Sten. Ber., Bd. 170, S. 4775 u. Geheime Sitzung 17. März 1900, S. 1–17.

sie jetzt im Rampenlicht standen. Denn sie hatten unter Vorspiegelung falscher Tatsachen ihre Arbeit im Parlament angetreten. Schließlich war, schon bevor die Volkskammer im Frühjahr ihre Arbeit aufgenommen hatte, klagestellt worden, dass eine frühere Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit mit der Übernahme eines Mandats in der Volkskammer nicht zu vereinbaren war.

Nur war es jetzt nicht mehr die persönliche Angelegenheit dieser vergleichsweise kleinen Gruppe, sondern fiel auf die Kammer als Ganzes zurück und drohte das in den vorangegangenen Wochen beängstigend schlecht gewordene Image des Parlaments weiter zu beschädigen.³⁷¹ Die Volkskammer hatte es in diesem Stadium der Entwicklung überdies überhaupt nicht mehr in der Hand, souverän zu entscheiden. Die Kontrolle über das Thema war den Abgeordneten schon lange zuvor entglitten, denn die Diskussion im öffentlichen Raum war dafür viel zu weit fortgeschritten. Und mit dem Ausschluss der Öffentlichkeit halfen sie ihrer Sache nicht, sie verschlimmerten die Situation eher.

³⁷¹ Der Anteil derjenigen, die in die Kategorie 1 fielen, war gar nicht einmal sehr groß, es traf lediglich 15 von 400 Abgeordneten, das entspricht 3,7 Prozent. Die Presse äußerte sich auffällig wenig über dieses Thema. Die *BZ* sprach zwar von einem »Schwarze[n] Freitag im Parlament«, bezog sich dabei aber auf die gesamte Sitzung. Die Tatsache, dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden war, erwähnte sie überhaupt nicht. Eine Ausnahme war die *taz*, sie druckte einfach am 1. Oktober unter der Überschrift »Wie die Volkskammer das Volk ausschloß« einen Gastkommentar der Fraktionssprecherin von Bündnis 90/Grüne, Vera Wollenberger, die als beteiligte Abgeordnete zwar nicht beschreiben durfte, was sich in der geschlossenen Sitzung abspielte, aber »aus Gewissensgründen« den Namen von Umweltminister Steinberg als einem der Hauptverdächtigen öffentlich machte.

Zweites Kapitel

Parlamentarische Praxis

1. Orte

»Fast immer hat der Plenarsaal die falsche Form: Er ist zu groß, zu klein, zu hoch, zu tief, zu hell, zu dunkel, zu laut, zu leise, zu warm, zu kalt, zu feucht, zu trocken, akustisch ungenügend; in einem Saal wird der Zwischenruf überhört und der Redner kann weitersprechen, in einem anderen wird das leiseste Geflüster als Störung empfunden; die Sitzordnung lässt in vielerlei Hinsicht zu wünschen übrig, die Bibliothek hat kaum Platz für neue Bücher, die Abgeordneten haben keinen Büroraum, keine Assistentenplätze; die Eingänge sind falsch platziert, zu klein, zu groß, zu nüchtern, unwürdig, etc.«¹

Trotzdem: Es sieht so aus, als könnten Parlamente nicht in jedem x-beliebigen Saal tagen. Zum einen, weil Parlamentsbauten normalerweise besondere Gebäude sind, »symbolische Manifestationen von Herrschaftsideen, wesentliche Momente der Selbstdarstellung politischer Ordnungen und Institutionen«². Zum anderen aber auch, weil der »Spielort« direkte Auswirkungen auf die Art der Darstellung hat. Offensichtlich genügt es eben doch nicht, »irgendeine Halle zu finden, um sich darin zu versammeln«.³ Je nachdem, welche Form vor allem das Plenum hat, sind damit bestimmte Vor- und Nachteile verbunden. Es geht jedoch an dieser Stelle nicht darum, die alten Grundsatzdiskussionen über kreisförmige, rechteckige oder halbkreisförmige Anordnung, die Symbolik der verschiedenen Formen und ähnliches wieder aufzunehmen, sondern lediglich festzustellen, dass es für die Arbeitsfähigkeit eines Parlaments bessere und schlechtere räumliche Voraussetzungen gibt.⁴ Schließlich tagten nicht wenige Parlamente in Gebäuden, die nicht genuin für sie gedacht waren – häufig waren das Theater, aber auch Kirchen –, und für den neuen Zweck vielfach erst umgestaltet werden mussten. Das Ergebnis war nicht immer befriedigend. Das gleiche galt aber auch für eigens für Parlamente entworfene Gebäude. – Philip Manow spricht von »grandiose[n] Verfehlungen funktionaler Zwecksetzung« vieler halbkreisförmiger Parlamente, weil die »sachlichen Erfordernisse regelmäßig mit einer symbolisch-repräsentativen Eigenlogik in Konflikt gerieten, wobei letztere oftmals auf Kosten der Funktion obsiegte«.⁵

¹ M. S. CULLEN, *Parlamentsbauten*, 1989, S. 1845.

² A. BIEFANG, *Die andere Seite*, S. 128.

³ Dieser Ansicht ist beispielsweise H. WEFING, *Parlamentsarchitektur*, 1995, S. 78.

⁴ Vgl. S. PAULUS, *Das bauliche Herz*, 2012. P. MANOW, *Leviathan*, 2004. C. T. GOODSELL, *Architecture*, 1988.

⁵ P. MANOW, *Im Schatten*, 2008, S. 24 f. Vgl. auch M. S. CULLEN, *Parlamentsbauten*, 1989.

Die Frage des adäquaten Raums beschäftigte bereits die Französische Nationalversammlung bzw. ihre Vorläufer.⁶ Sie versammelte sich zwischen dem 5. Mai 1789, der Zusammenkunft der *États généraux* in Versailles, und 1798, dem *Conseil de Cinq Cents* im Palais Bourbon, nacheinander an insgesamt fünf verschiedenen Orten und hatte sich dort jeweils vor allem mit akustischen Problemen herumzuschlagen. In einem Zeitalter ohne Mikrofone drohte im Parlament eine »aristocracy of lungs«⁷, weil nur die Abgeordneten mit einer kräftigen Stimme die Chance hatten, sich bis in die entlegensten Winkel des Saals hinein Gehör zu verschaffen. Aber auch die Sichtverhältnisse waren oftmals problematisch: in langgestreckten rechteckigen Sälen konnten sich kaum alle Beteiligten gleichermaßen gut sehen. In Frankreich einigte man sich als Lösung schließlich auf das Modell eines halbrunden Saals mit nach hinten ansteigenden Sitzreihen nach dem Vorbild eines antiken Theaters. Der *Hémicycle* im Palais Bourbon wurde, mit Abweichungen, zum Vorbild vieler Parlamente in repräsentativen parlamentarischen Demokratien.⁸

Auch wenn der Plenarsaal der Volkskammer im Palast der Republik kein Halbrund war, entsprach er doch weitgehend dem französischen Modell. Die 10. Volkskammer der DDR tagte jedoch genaugenommen in zwei Gebäuden, zuerst, für 35 Sitzungen, im Plenarsaal im Palast der Republik, und dann während der letzten beiden regulären Sitzungen in dem zum »Haus der Parlamentarier« umgetauften Gebäude der ehemaligen Reichsbank am Werderschen Markt, in dem bis April 1990 das ZK der SED residiert hatte. Der Umzug war unausweichlich, weil der Palast der Republik im September 1990 wegen Asbestbelastung Hals über Kopf geschlossen worden war. Im Grunde gab es sogar noch ein drittes Tagungsgebäude, denn die allerletzte Sitzung der 10. Volkskammer, die Festsitzung am 2. Oktober 1990, fand im DDR-Staatsratsgebäude, auf der Spreeinsel am damaligen Marx-Engels-Platz gelegen, statt. Charakter und Funktion des Parlaments der DDR hatten sich in den wenigen Monaten zwischen dem Herbst 1989 und dem Frühjahr 1990 radikal geändert, das Tagungsgebäude, der Palast der Republik, aber war dasselbe geblieben: Hülle und Inhalt passten also eigentlich nicht mehr zueinander. Und diese Diskrepanz war in der täglichen Arbeit deutlich zu spüren.

Palast der Republik

Der Palast der Republik, symbolträchtig auf dem Areal des ehemaligen Hohenzollernschlosses in der Mitte Berlins gelegen, war erst von Mitte der siebziger Jahre an Tagungsort der DDR-Volkskammer. Davor, von November 1950, der ersten Legislaturperiode, an, war sie im Langenbeck-Virchow-Haus in der Luisenstraße in der Nähe der Charité untergebracht. Ursprünglich Sitz der Deutschen Gesellschaft für

⁶ Vgl. J.-P. HEURTIN, *The Circle of Discussion*, 2005.

⁷ Ebd., S. 758, vgl. auch H. GÖTTERT, *Stimme*, 1998, S. 323 f.

⁸ Das britische House of Commons und das House of Lords, einer anderen parlamentarischen Tradition entsprechend, bilden den zweiten großen Modellfall.

Chirurgie und der Berliner Medizinischen Gesellschaft firmierte das Gebäude unter dem Namen »Haus der Volkskammer«. Die Wahl war auf diesen Bau gefallen, weil sich in ihm der zu dieser Zeit einzige noch intakte große Versammlungssaal in Ostberlin befand. Weil er lediglich als Provisorium gedacht war, existierten schon seit den fünfziger Jahren Planungen für einen Neubau. Doch die Ausführung der Pläne sollte sich über mehrere Jahrzehnte hinziehen.

Erst Anfang der siebziger Jahre (1973 bis 1976) wurde schließlich, nach Plänen des Architekten Heinz Graffunder,⁹ der sogenannte »Palast der Republik« errichtet.¹⁰ Er stand in der Bautradition der sowjetischen Kulturpaläste, bzw. der sozialistischen Volksheime, die Einrichtungen für Politik, Kultur und Bildung unter einem Dach zusammenfassten.¹¹ Bei der Grundsteinlegung am 2. November 1973 war sich ein begeisterter Erich Honecker, der damalige Generalsekretär des ZK der SED, sicher: »Unsere sozialistische Kultur wird hier ebenso eine Heimstatt finden wie Frohsinn und Geselligkeit der werktätigen Menschen.«¹² Ihre erste Tagung hielt die Volkskammer dort am 29. Oktober 1976 ab, der konstituierenden Sitzung der 7. Wahlperiode. Zuvor hatte sie hin und wieder auch aus Platzmangel in das Kongresszentrum am Alexanderplatz ausweichen müssen, weil der alte Saal schlicht zu klein war. 1963 war die Zahl der Abgeordneten von zuvor 400 auf 500 erhöht worden. Hinzu kamen seit 1958 die zunächst 100 sogenannten Nachfolgekandidaten, die ebenfalls an den Tagungen teilnahmen.¹³ Der Plenarsaal im Palast der Republik bot nun 540 Plätze sowie knapp 250 für Zuschauer auf der Gästetribüne.¹⁴

Zu DDR-Zeiten als Errungenschaft gefeiert, brachte die Multifunktion des Palasts der Republik jedoch seit dem März 1990 unter den neuen politischen Umständen eine ganze Reihe von Problemen mit sich. Für die 10. Volkskammer am gravierendsten war: Sie war schlicht nicht Herr im eigenen Haus. Besser gesagt: Es war gar nicht ihr Haus, weil sie nur ein Nutzer unter vielen war. Sie belegte im Palast der Republik lediglich den Kleinen Saal und musste sich das Gebäude unter anderem mit diversen Restaurants, einem Theater (dem *theater im palast* kurz *TiP*), einer Bowlingbahn, einem Jugendtreff, mehreren Galerien und einem Postamt teilen. Im Großen Saal, dem traditionellen Austragungsort der SED-Parteitage, der bis zu 4500 Personen fasste, fanden nach wie vor Kulturveranstaltungen und Fernsehaufzeichnungen statt. Die Waage schlug insgesamt eindeutig zugunsten der Unterhaltung aus: »Lediglich acht Prozent der Veranstaltungen waren politischer Art, der Palast der Republik war mit seinen 92 Prozent kultureller Nutzung vor allem gesellschaftlicher Mittelpunkt

⁹ Graffunder war Leiter des Entwurfskollektivs und Chefarchitekt des Palasts. Vgl. M. HOLFELDER, Palast der Republik, 2008, S. 32 f.

¹⁰ A. SCHUG (Hrsg.), Palast, 2007; A. KUHRMANN, Palast, 2006; S. FLAMM, Palast, 2001.

¹¹ C. MEYER, Kulturpaläste, 2005; S. HAIN/M. SCHROEDTER/S. STROUX, Salons, 1996.

¹² Zitiert nach R. SCHIRMER, Selbstsymbolisierung, 2001, S. 164.

¹³ 1967 wurde die Beschränkung auf 100 aufgehoben, von da an waren es bis zu 200. R. SCHIRMER, Einführung, 2002, S. 29 f. u. 35. Zu den Nachfolgekandidaten vgl. auch P. J. LAPP, Volkskammer, 1975, S. 76 f.

¹⁴ Zur Nutzung des Palasts vgl. v. a. Findbücher, 2003.

der DDR.«¹⁵ Eine noch im Februar 1990 vom Ministerrat der DDR beschlossene »Ordnung über die Arbeit des Palastes der Republik« definierte seine Aufgabe nach wie vor als »kulturelles Zentrum [...] mit einem vielfältigen künstlerischen und gastronomischen Angebot für Alle«. Er war »Produzent und Organisator kulturell-künstlerischer Veranstaltungen, vielfältiger gastronomischer Leistungen sowie Stätte der Kommunikation, Geselligkeit und Begegnung«, »Tagungsstätte von Konferenzen und Kongressen« und er wirkte mit »bei der Schaffung der materiell-technischen und gastronomischen Voraussetzungen für die Tätigkeit der Volkskammer im Hause des Palastes der Republik bei Beachtung der Gesamtfunktion des Hauses«.¹⁶

Und dieses Konzept eines »Haus des Volkes« hat durchaus auch jetzt noch seine Fans.

»Das Konzept, in einem Haus Abgeordnete und Bürger beraten, feiern, essen und Kunst genießen zu lassen, war und ist revolutionär. Das wäre im Bundestag undenkbar. Der ist kein Haus des Volkes. Das Volk darf zwar den Bundestag besuchen und als Zaungast den Politikbetrieb verfolgen, aber es darf den Bundestag nicht in Anspruch nehmen. Die dauernde Angst vor Terrorismus führt zu einer zunehmenden Abschottung des Parlaments vor dem eigenen Volk. Das ist nicht nur sehr bedenklich, sondern untergräbt die Demokratie.«¹⁷

Diese Sätze aus dem Mund der Linken-Politikerin Gesine Löttsch – immerhin 13 Jahre nach der letzten Sitzung der Volkskammer und fünf Jahre, nachdem der Palast der Republik dem Erdboden gleichgemacht wurde – fassen noch einmal in Kürze das Programm zusammen, das die DDR mit diesem Bau verfolgte und das seinen Nimbus begründete.

Doch die Realität der 10. Volkskammer hatte mit dieser trauten Idylle allumfassender Harmonie nicht viel zu tun. Im Gegenteil, die Mischnutzung des Gebäudes beeinträchtigte die Arbeit des Parlaments zum Teil massiv. Am 22. Juni pochte Reinhard Höppner unter Protest der Abgeordneten auf Beendigung der Plenarsitzung oder vielmehr darauf, die Aussprache zum aktuellen Tagesordnungspunkt »auf das notwendige Maß« zu beschränken, weil der Saal für den Palast-Ball gebraucht wurde. Die Tagung hatte aus diesem Grund auch bereits um 8 Uhr morgens beginnen müssen. Andernfalls, so Höppner kurz vor 14 Uhr, verärgere man »zweieinhalbtausend Leute, die heute abend in diesem Palast feiern wollen«.¹⁸ Er räumte zwar gleich im nächsten Satz ein, dass das nicht zu schaffen sei und man wohl doch bis 15 Uhr brauchen werde, »aber dann geht es wirklich nicht mehr«.¹⁹ Auch die Verwaltung hatte

¹⁵ K. JORDAN, Hohenzollernschloss, 2007, S. 26.

¹⁶ Beschluss des Ministerrats über die Ordnung über die Arbeit des Palastes der Republik und die Verantwortlichkeit des Direktors, vom 2. Februar 1990, BArch DA 1/17900.

¹⁷ Gesine Löttsch am 11. Oktober 2013 in ihrer Rede zur Eröffnung der 21. Wanderausstellung zum Palast der Republik, www.gesine-loetzsch.de/fileadmin/2013/201310/131011_PdR.pdf [12.12.2013]. Zu dieser Form von Kritik hat Dieter Wiefelspütz bereits 2000 in einem anderen Zusammenhang angemerkt: »Kaum ein Argument hat mit der Wirklichkeit des Bundestags weniger zu tun.« D. WIEFELSPÜTZ, Bannmeile in Bonn, 2000, S. 249.

¹⁸ PV, 17. Tagung am 22. Juni 1990, S. 670 bzw. 678.

¹⁹ Ebd., S. 670.

dringend empfohlen, die Sitzung um 15 Uhr zu beenden.²⁰ Doch den Abgeordneten fiel es im Traum nicht ein, sich hetzen zu lassen. Als kurze Zeit später Vizepräsident Wolfgang Ullmann auf Drängen Höppners erneut mahnte, dass es »die Umstände« geböten, sofort aufzuhören, bekam er aus den Reihen der CDU zu hören: »Hier sitzt der Souverän, und hier entscheiden wir.«²¹ Daher wurde nicht abgebrochen, sondern zumindest bis 15.20 Uhr weiter beraten.

In ihrer Dienstbesprechung am 18. Juni hatte die Verwaltung eine Entscheidung gefordert, ob der Ball angesichts der am selben Tag angesetzten Plenarsitzung überhaupt stattfinden könne. Volkskammerdirektor Adolf Niggemeier plädierte, wenn auch vorsichtig, dafür. Er gab den Befürwortern einer Absage zu bedenken, dass in einem solchen Fall enorme Kosten entstünden. Außerdem solle man die Stimmung der Bevölkerung berücksichtigen, die dem Parlament gegenüber nicht besonders positiv eingestellt sei.²² Paradoxe Weise sollte also die Volkskammer die Öffentlichkeit gerade dadurch für sich einnehmen, dass sie ihre eigentliche Arbeit einstellte, um einer anderen, parlamentsfremden Veranstaltung Platz zu machen. Die Sorge um die Außenwirkung war damit stärker als diejenige, möglicherweise die Arbeitsfähigkeit des Parlaments nicht garantieren zu können.

Ähnliches wiederholte sich im August. Da warnte der Direktor des Palasts der Republik die Präsidentin, dass die drei vom 22. bis 24. August angesetzten Plenartagungen zu Problemen führen könnten, wieder wegen externer Veranstaltungen, die mit dem Parlamentsbetrieb zu kollidieren drohten – wohlgermerkt, die Plenartagungen behinderten die externen Veranstaltungen, nicht umgekehrt. Denn »im Wissen um die Sommerpause« – die wegen der hohen Arbeitsbelastung des Parlaments jedoch verkürzt wurde – habe die Volkskammer größere Projekte in den Veranstaltungsplan aufgenommen, woraus sich jetzt Komplikationen ergäben.²³ Am 22. August war im

²⁰ In der Dienstbesprechung am 18. Juni hatte Adolf Niggemeier gefordert festzulegen, dass die Tagung um 15 Uhr beendet sei, BArch DA 1/18748.

²¹ PV, 17. Tagung am 22. Juni 1990, S. 678.

²² Dienstbesprechung am 18. Juni 1990, BArch DA 1/18748, S. 56 f.

²³ Ursprünglich war eine Sitzungspause zwischen dem 21. Juli und dem 26. August geplant, nachdem ein noch früherer Beginn der Parlamentsferien Anfang Juli bereits verworfen worden war. (Sabine Bergmann-Pohl sprach in der CDU/DA-Fraktionssitzung am 15. Mai davon, dass man es sich wahrscheinlich nicht leisten könne, zwei Monate Urlaub zu machen, ACDP, TA 07-012 6107). Am 22. Mai legte das Präsidium die Parlamentsferien für die Zeit vom 30. Juli bis 24. August fest, Beschlußprotokoll der Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 22. 5. 1990, BArch DA 1/18793. Am 6. Juni änderte man die Zeit auf »voraussichtlich 21. Juli bis 26. August«, wies aber bereits daraufhin, dass eventuell in der Woche vom 23. bis 27. Juli noch eine Sitzung stattfinden könne, für die die Abgeordneten ihren Urlaub unterbrechen müssten, Beschlußprotokoll der 13. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 6. 6. 1990, BArch DA 1/18794. Am 14. August erklärte das Präsidium die Sommerpause der Abgeordneten mit dem 21. August, 8 Uhr, für beendet, für den 22. August war eine Plenarsitzung angesetzt. Die Fraktionen mussten dafür ihre Mitglieder aus dem Urlaub zurückholen. Einen noch früheren Beginn der Sitzungen (am 16. August) hatte das Präsidium mit großer Mehrheit abgelehnt, vgl. Beschlußprotokoll der 25. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer am 14. 8. 1990, BArch DA 1/18794.

großen Saal eine Probe für *The Best Songs in Film and Musical* mit Angelika Milster und dem DDR-Publikumsliebling Gunter Emmerlich angesetzt, gefolgt von den Aufführungen am 23. und 24. August, für die mehr als 8000 Karten im Vorverkauf waren. Das *theater im palast* hatte zu diesem Termin ebenfalls ein Gastspiel im Programm. Und einen Balladenabend mit dem Theater- und Filmschauspieler Klaus Pirotek hatte man bereits absagen müssen, weil der fünfte Stock während der Tagungen von Diplomaten und Presse belegt war. Der Verwaltungsdirektor bat deshalb zu prüfen, wie ein störungsfreier Ablauf der Tagungen und die Sicherheit der Abgeordneten gewährleistet sein und trotzdem den Theaterbesuchern der Zugang ermöglicht werden könne.²⁴ Eine weitere Veranstaltung im September hingegen wurde nur unter der Bedingung gestattet, »daß der Ablauf der Volkskammertagung am 1. September nicht durch eventuelle Proben beeinträchtigt werden dürfe«.²⁵

Offensichtlich war niemals ernsthaft in Erwägung gezogen worden, zugunsten der Volkskammer die Mietverträge der anderen Nutzer zu kündigen.²⁶ Doch wenn ihnen auch nicht der Auszug drohte, mussten sie sich mit erheblichen Einschränkungen abfinden. »Mit Beginn der Legislaturperiode der Volkskammer mussten auf Grund der permanenten Tagungen an jedem Donnerstag, der außerplanmäßigen Tagungen und der Überziehungen des angegebenen Tagungsendes folgende Vorstellungen im tip ausfallen«.²⁷ Mit diesem nüchternen Satz überschrieb der Intendant des TIP seine Liste von 16 ausgefallenen Vorstellungen und die damit verbundenen Einnahmen und Ausgaben. An ihrem Ende stand ein Minus von 11365 Mark.

Der Ort konnte aber auch in anderer Hinsicht zum Problem werden: Ein regelrechtes Debakel erlebte die Volkskammer bei der einzigen öffentlichen Anhörung, die sie veranstaltete. Sie fand am 13. Juli 1990, vom Fernsehen live und in voller Länge gezeigt, im Plenarsaal statt.²⁸ Paragraph 49 der Geschäftsordnung der Volkskammer erlaubte den Ausschüssen, zu Informationszwecken »Anhörungen von Sachverständigen, Interessenvertretern und anderen Auskunftspersonen« durchzuführen. Mit derartigen Anhörungen oder Hearings verfolgen Parlamente idealerweise gleich mehrere Absichten: Sie sollen Informationsstand und Sachkenntnis der Abgeordneten verbessern, die Kontrollaufgabe des Parlaments stärken, die durch Offenlegung von Verbandseinflüssen besser wahrgenommen werden kann, sie können Interessen angemessener artikulieren, den Kommunikationsfluss zwischen Publikum und Parlament aktivieren, und politische Entscheidungen transparenter gestalten. Suzanne S. Schüt-

²⁴ Direktor Palast der Republik an Präsidentin der Volkskammer vom 15. August 1990, AdsD, Volkskammer der DDR, Mappe 238. Ende der 9. Wahlperiode war zumindest überlegt worden, das TIP zu verlagern.

²⁵ Beschlußprotokoll der 17. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 14. Juli 1990, BArch DA 1/18794.

²⁶ Bauherr und Eigentümer des Palasts war die Staats- und Parteiführung der DDR. Er unterstand dem Ministerrat der DDR.

²⁷ Schreiben Siegfried Wein an Klaus Beetz vom 10. Juli 1990, BArch DA 1/17900, Bl. 261.

²⁸ Von der Anhörung existiert kein Protokoll, weil es keine reguläre Plenarsitzung war. Als Dokumentation existiert daher nur die Fernsehaufzeichnung. 24. Tagung am 13. Juli 1990: 2:17:10–3:39:49.

temeyer beendet diesen von ihr aufgestellten Katalog mit dem Fazit: »Insgesamt erhöhen sie die Entscheidungsrationalität und die legitimatorische Leistungsfähigkeit des Parlaments«. ²⁹

Doch nichts davon wurde mit dem gut zweistündigen Hearing am 13. Juli erreicht. Seinetwegen war eigens die reguläre Plenarsitzung unterbrochen worden. Anlass war eine Demonstration von ungefähr 10 000 Mitarbeitern der Lebensmittelketten HO und Konsum vor dem Ministerium für Handel und Tourismus am selben Morgen, auf der vor allem die Rücknahme des sogenannten Entflechtungsgesetzes gefordert wurde, das die Volkskammer erst wenige Tage zuvor beschlossen hatte, und durch das viele der Demonstranten ihre Arbeitsplätze gefährdet sahen. ³⁰ Dieses Gesetz ordnete in dürren Worten die Aufspaltung des Eigentums der Einzelhandelsgesellschaften HO und Konsum und der Volkseigenen Großhandelsgesellschaften an, die in der DDR ein Handelsmonopol besaßen. Das sollte stärkeren Wettbewerb ermöglichen. Rund 3000 der Demonstranten hatten sich am Morgen des 13. Juli schließlich vom Ministerium aus in Richtung Volkskammer in Bewegung gesetzt und dort die Bannmeile durchbrochen. Ihr Protest vor dem Parlament war auch eine Reaktion auf die sich massiv verschlechternde Versorgungssituation im Land. Die Preise vor allem für Lebensmittel waren binnen kurzem auf zuvor ungekannte Höhen gestiegen, es kam zu der paradoxen Situation, dass viele Produkte des täglichen Bedarfs aus den Läden verschwunden waren, aber gleichzeitig Bauern große Teile ihrer Ernte vernichten mussten, weil sie dafür keine Abnehmer fanden. ³¹ Stattdessen kauften die Bürger Westwaren, die in großem Stil importiert wurden. Der DDR-Binnenmarkt war so gut wie zusammengebrochen und die Vertriebswege funktionierten nicht mehr.

Es war das einzige Mal, dass sich die Volkskammer genötigt sah, so unmittelbar auf den Druck der Straße zu reagieren. Schlichtungsversuche von Ministerpräsident Lothar de Maizière und der Ministerin für Arbeit und Soziales, Regine Hildebrandt, am selben Morgen waren fehlgeschlagen. ³² In dieser Situation entschloss sich die Volkskammer zu dem eher ungewöhnlichen Schritt, spontan eine öffentliche Anhörung zu veranstalten. Das brachte jedoch den ohnehin schon gedrängten Zeitplan des Parlaments nur noch mehr durcheinander. Die Federführung der Veranstaltung lag beim Ausschuss für Handel und Tourismus, ebenfalls beteiligt waren die Ausschüsse für Arbeit und Soziales sowie für Familie und Sport. Vor Beginn gab Reinhard Höppner, nicht zuletzt auch für die externen Zuschauer, die Spielregeln für dieses bislang nicht praktizierte parlamentarische Verfahren bekannt: Drei Probleme sollten behandelt werden: Woher bekommt der Handel seine Waren? Wie kommt der Handel zu seinen Preisen? Und wie sind die Randbedingungen im Blick auf Personal und Behörden? Den Beginn machte jeweils ein Statement der geladenen Experten,

²⁹ Vgl. S. SCHÜTTEMEYER, Öffentliche Anhörungen, 1989, S. 1153.

³⁰ »Gesetz zur Entflechtung des Handels in den Kommunen« vom 6. Juli 1990, GBl. DDR 1990 I S. 598.

³¹ »Zorn im und über Handel auf dem Höhepunkt«, *ND* vom 14. Juli 1990.

³² Vgl. die Berichte in *ND* und *BZ* vom 14. Juli 1990.

dann folgten drei Fragerunden, und nach jeweils sieben oder acht Fragen die Antworten. Damit sich die Fraktionen auf die Fragen vorbereiten konnten, gab es vor Beginn noch eine kurze Pause. Die Vertreter des Präsidiums würdigen, da die Sitzung von den Ausschussvorsitzenden geleitet wurde, im Plenum sitzen. Alle Abgeordneten, die laut Geschäftsordnung an jeder Ausschusssitzung teilnehmen durften, waren eingeladen.

Gleich mehrere Faktoren trugen dazu bei, dass die Veranstaltung schon kurz nach Beginn völlig aus dem Ruder lief. Zum einen wurde den beiden geladenen Experten nahezu unbegrenzt Raum gewährt, ihre Sicht der Dinge darzustellen und das hieß konkret: ihr Unternehmen in ein möglichst gutes Licht zu rücken. Einer der später vorgebrachten Hauptkritikpunkte war denn auch die Tatsache, dass nur zwei Vertreter einer einzigen Branche eingeladen waren und somit, um im Bild des Handels zu bleiben, die Konkurrenz fehlte. Werner Schulz vom Bündnis 90/Grüne artikuliert das Unbehagen vieler im Saal, als er zu bedenken gab, »dass wir ein Parlament sind und keine Lobby für Konsum und Tengelmann«. ³³ Er vermisste die Vertreter von HO, Kaufhallenverband, Großhandelsverband, Verbraucherverband und Einzelhandelsverband und verlangte unter dem Beifall aller Fraktionen den Abbruch der Debatte und die Einberufung einer repräsentative(re)n Anhörung.

In der Tat waren lediglich der Vorsitzende des Konsumverbandes Cottbus, der den schwer erkrankten Präsidenten seines Verbandes vertrat, sowie der stellvertretende Vorsitzende der Leitung der Firma Tengelmann als Vertreter der HOFKA-Handelsgesellschaft ³⁴, zu dem Termin erschienen. Vertreter anderer Organisationen oder Verbände hatte man innerhalb der kurzen Zeit offensichtlich nicht auftreiben können.

Die Art und Weise, wie vor allem der Konsumverbands-Vorsitzende mit der Kritik der Abgeordneten an dieser Situation umging, war äußerst ungeschickt. Er fühlte sich offensichtlich persönlich angegriffen, reagierte undiplomatisch, ja stellenweise geradezu feindselig. Wesentlich geschmeidiger und eleganter zog sich der aus dem Westen stammende Tengelmannvertreter aus der Affäre. Aber auch seinen Auftritt empfanden viele Abgeordnete als unpassend.

Die vielfältigen Unmutsäußerungen aus dem Plenum konnten von der Sitzungsleitung jedenfalls bald nicht mehr ignoriert werden, zumal Werner Schulz bereits den Vorschlag gemacht hatte, die Sitzung ganz abubrechen und ein neues Hearing anzuberaumen. Das Präsidium entschied sich in dieser Situation dafür, die Sitzung nach gut einer halben Stunde für einige Minuten zu unterbrechen, damit sich die Ausschussmitglieder (unter Leitung Reinhard Höppners, der hier einmal mehr als eine Art Feuerwehrmann fungieren musste), zu einer Beratung zurückziehen konnten. Die Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne waren dadurch aber nicht zu besänftigen. Sie verließen schließlich den Saal, um zu zeigen, »daß wir die markt-

³³ 24. Tagung am 13. Juli 1990: 2:47:25–2:48:00.

³⁴ Akronym gebildet aus den Anfangsbuchstaben des ehemaligen VEB Einzelhandel HO, des ehemaligen Kombinats »Obst, Gemüse, Speisekartoffeln«, der ehemaligen Forum GmbH und Kaiser's.

wirtschaftlichen Gesetze durchschauen und nicht gewillt sind, solche Veranstaltungen mitzutragen.«³⁵

Doch die Anhörung geriet unter anderem auch deshalb außer Kontrolle, weil sie am falschen Ort stattfand. Denn abgesehen von der unglücklichen Auswahl der Teilnehmer, dem Fehlen von Vorgaben und einer klaren Regie, dürfte ein weiterer Grund für ihr Scheitern darin gelegen haben, dass man sich für die Veranstaltung den Plenarsaal ausgesucht hatte und sich die anwesenden Abgeordneten so verhielten wie immer an diesem Ort, nämlich als Parlamentarier während einer Sitzung im Plenum: Wie dort üblich stellten sie Anträge zur Geschäftsordnung, unterbrachen den Redner mit Zwischenrufen oder applaudierten. Aber genau das hätte nicht sein dürfen: Ausschusssitzungen laufen normalerweise, weil sie kein Publikum haben, ohne Beifallsbekundungen, Zwischenrufe und auch ohne Geschäftsordnungs-Debatten ab. Die Vorsitzende forderte dies auch mehrfach ein, doch ihre Bitten wurden einfach ignoriert.

Außerdem konnte natürlich niemandem verborgen bleiben, dass die Ausschusssitzung schlecht beziehungsweise überhaupt nicht vorbereitet war. Das, was eigentlich ihr Vorteil hätte sein sollen – die schnelle Reaktion des Parlaments auf widrige äußere Umstände und das Gegensteuern durch umfassende Information – funktionierte nicht und kehrte sich schließlich sogar ins Gegenteil um. Als Informations- und Transparenzoffensive gedacht, die demonstrieren sollte, dass die Lage unter Kontrolle ist und das Parlament die Dinge zu steuern vermag, offenbarte die Aktion lediglich gnadenlos die Schwächen in Planung und Ausführung. Die Sitzung war überstürzt angesetzt und improvisiert, die Vorsitzende mit der Leitung überfordert. Sie griff nicht rechtzeitig ein und moderierte, sondern ließ die Sache einfach laufen und hatte an diesem Ort ein offensichtliches Autoritätsproblem. Zu allem Überfluss spielte sich das Ganze in Anwesenheit einer Delegation des italienischen Parlaments, die auf der Tribüne Platz genommen hatte, und – dank der Fernsehkameras – vor den Augen einer breiten Öffentlichkeit ab.

Nach einer weiteren Stunde, in der sich über die beiden geladenen Experten eine Flut von Fragen ergoss, zu deren Beantwortung aber kaum Zeit blieb, da die Plenarsitzung fortgesetzt werden musste, beendete die Vorsitzende schließlich die Anhörung. Günter Nooke (Bündnis 90/Grüne) beschwerte sich im Anschluss über die von Handlungsausschuss veranstaltete »Inszenierung« und sah sich gezwungen, sich vor der Öffentlichkeit angesichts dieser skandalösen Panne zu entschuldigen. »Wir haben zwei Unternehmen hier die Möglichkeit eingeräumt, sich vorzüglich [...] darzustellen und damit zu einer Fernsehzeit, die eigentlich diesem Hohen Hause vorbehalten ist, umsonst Werbung zu betreiben.«³⁶

Die Verantwortlichen gaben sich reumütig und gelobten Besserung. Auch ein in zwischen mit den Tücken von Sitzungen vertrauter und relativ gewiefter Parlamentarier wie Reinhard Höppner gestand ein, die Situation unterschätzt zu haben. Eine Fortsetzung der Anhörung am 18. Juli berücksichtigte dann die Forderung nach grö-

³⁵ 24. Tagung am 13. Juli 1990: 3:20:05–3:20:32.

³⁶ PV, 24. Tagung am 13. Juli 1990, S. 1022.

ßerer Vielfalt der Teilnehmer und fand auch an einem anderen Ort statt, nämlich in einem Konferenzraum im Haus der Volkskammer³⁷ – und wurde wohl auch deshalb von den Medien kaum zur Kenntnis genommen.

Dass das ungewöhnliche »Setting« einer Ausschusssitzung im Plenarsaal sogar noch die Erinnerung beeinflusst und die Wahrnehmung in sehr bezeichnender Weise verzerrt, zeigt ein Interview mit Werner Schulz, zu diesem Zeitpunkt seit knapp 14 Jahren MdB und deshalb mit parlamentarischen Verfahren inzwischen bestens vertraut. Dort antwortete er auf die Frage, ob von außen Einfluss auf die Arbeit der Volkskammer genommen worden sei, es habe die merkwürdige Situation gegeben, dass Nichtparlamentarier im Plenum reden durften. So habe plötzlich der Vertreter von Tengelmann seine Anliegen zur Privatisierung des Einzelhandels vortragen können. »Das sind Menschen, die in Ausschüssen zu Fachanhörungen erscheinen dürfen, aber nicht sich an der Parlamentsdebatte beteiligen [...] Dort [in der Volkskammer, Anm. d. V.] haben die Lobbyvertreter, wenn sie wollen, unmittelbar im Parlament gesprochen.«³⁸

»Haus der Parlamentarier«

Am 19. September verfügte die Bezirkshygieneinspektion Berlin die sofortige Schließung des Palasts der Republik, weil zwei Gutachten dem gesamten Gebäude eine erhebliche Asbestbelastung bescheinigt hatten. Die Volkskammer musste umziehen. Ihre neue Heimat fand sie im Leninsaal im ehemaligen Gebäude des ZK der SED am Werderschen Markt. Die Vorkommnisse in der 36. Sitzung, in der Gäste das Rednerpult okkupiert hatten und zu einer Unterbrechung der Tagung zwangen, offenbarten jedoch ein grundsätzliches Problem: Das Ausweichquartier war für Plenarsitzungen denkbar ungeeignet. In diesem Saal gab es keine klare räumliche Trennung mehr zwischen Plenarsaal und Besuchern bzw. Journalisten. Über eine separate Galerie, auf der beide Gruppen hätten unterkommen können, verfügte der Raum nicht. An den Längsseiten gab es lediglich Schiebewände, die ihn von den dahinterliegenden Gängen trennten. Sie wurden jeweils für die Sitzungen aufgezogen und boten so Zuschauern wie Journalisten einen gewissen Platz. Allerdings konnten sie dort – die Journalisten auf der vom Präsidium aus gesehen rechten, die Gäste auf der linken Seite – äußerst beengt nur stehen, Sitzgelegenheiten gab es keine. Die Trennung zw-

³⁷ Beschlusprotokoll Sitzung des Ausschusses für Handel und Tourismus am 18. Juli 1990, BArch DA 1/17584.

³⁸ Interview Schulz. Abgesehen davon, dass der Tengelmannvertreter eben in einer Anhörung des Ausschusses gesprochen hatte: Was Schulz hier behauptet, stimmt nicht. Kein Nichtparlamentarier durfte ohne Zustimmung der Abgeordneten bzw. des Präsidiums in der Volkskammer reden und erst recht nicht sich an Debatten beteiligen. Das gilt auch für das zweite von Schulz im Interview angeführte Beispiel, den Auftritt Detlev Karsten Rohwedders vor dem Plenum am 13. September 1990. Rohwedder, der Vorsitzende der Treuhandanstalt, stand an diesem Tag auf Bitten der Regierung und mit Einwilligung der Abgeordneten dem Parlament Rede und Antwort. Vgl. hierzu S. 98.

schen Parlament und Gästen war lediglich durch dünne Schnüre hergestellt, also eigentlich nicht vorhanden. Innen und außen, das heißt wer zum Parlament gehörte und wer nicht, waren nicht mehr voneinander zu unterscheiden.³⁹ Aktionen wie die des 20. September wurden dadurch natürlich ungemein erleichtert. Das Präsidium entschied danach, »der Übersichtlichkeit halber« die Durchgänge auf der linken Saalseite zu schließen.⁴⁰ Das war allerdings keinesfalls gleichbedeutend mit einem Ausschluss der Öffentlichkeit, wie es Gerd Poppe dem Präsidium unterstellte. Er hatte vermutet, »daß die eine Hälfte des Publikums offensichtlich von der Tagung ausgesperrt« werde. Poppe, der sich nicht an »einen diesbezüglichen Beschluß« der Volkskammer erinnern konnte, wollte sichergestellt wissen, dass diese Besucher die Tagung weiter verfolgen konnten.

Doch das war beileibe nicht das einzige Manko dieses Raums: Weil es auch keine klare räumliche Trennung zwischen den Fraktionen gab, taten sich die Abgeordneten schwer, ihre Plätze zu finden.⁴¹ Es erschwerte auch die Arbeit des Präsidiums erheblich. Im Palast der Republik hatten die Mitglieder der einzelnen Fraktionen an Zweiertischen in insgesamt drei klar definierten Blöcken à fünf bzw. sechs Reihen gesessen, durch breite Gänge getrennt, und als solche von der Präsidiumsbank aus gut zu identifizieren; Jetzt gab es nur noch sich über die gesamte Breite des Saals erstreckende durchgängige Tischreihen. Die Sitzungsleitung konnte dort die einzelnen Abgeordneten, weil sie dicht an dicht saßen, nur schwer ausmachen. Fraktionen zu unterscheiden wurde erst recht unmöglich.⁴² Bei Abstimmungen war das Präsidium auf Helfer angewiesen, die zählend durch die Reihen gingen, denn eine genaue Stimmenermittlung vom Präsidiumstisch aus war kaum zu bewerkstelligen.⁴³ Und hier galt erst recht, was Reinhard Höppner schon im alten Plenarsaal mehrfach hatte sagen müssen: Mitarbeiter der Abgeordneten durften sich nicht in den Sitzreihen aufhalten. Darauf hatte jeder Abgeordnete selbst zu achten.

Außerdem funktionierte die Kommunikation zwischen Präsidium und Redner wegen der zu großen räumlichen Distanz in diesem Saal nicht gut. Der Redner stand an der rechten Seite der Bühne, nicht vor dem Präsidium. Hinzu kamen Probleme mit den Mikrofonen und bei den Fernsehübertragungen.

Werner Schulz sah mit dem erzwungenen Ortswechsel seine Sicht der Dinge bestätigt: Für ihn stellte diese Maßnahme einen weiteren Schritt zur Untergrabung der Autorität der Volkskammer dar und bediente das in der Bevölkerung angeblich existierende Vorurteil, »daß hier ein Klub von Laiendarstellern versammelt sei«.⁴⁴ Der Umzug war nicht nur bei ihm auf Kritik und Unverständnis gestoßen. Viele empfanden den neuen Ort als eine Demütigung, »wie sie kaum größer hätte ausfallen

³⁹ PV, 36. Tagung am 20. September 1990, S. 1736, 1752 f.

⁴⁰ Ebd., S. 1753.

⁴¹ Ebd., S. 1733. Vgl. auch »Kehraus in Herrgottsfrühe«, *NZ* vom 29. September 1900.

⁴² PV, 36. Tagung am 20. September 1990, S. 1749.

⁴³ Ebd., S. 1734. Oder aber die Helfer standen am Rand und Reinhard Höppner forderte sie auf, sich darauf zu einigen, wer welche Reihe zähle, um Überschneidungen zu vermeiden, 7:01:40.

⁴⁴ Ebd., S. 1736.

können«. ⁴⁵ Der PDS-Fraktionsvorstand hingegen vermutete finstere, westdeutsche, Machenschaften, denn mit dem Umzug würde dem »von interessierter BRD-Seite betriebenen Abbau ihres öffentlichen Ansehens zugearbeitet«. ⁴⁶ Angesichts der Tatsache, dass ohnehin nur noch zwei Sitzungen angesetzt waren, erschien diese Maßnahme völlig übertrieben und auch nicht nachvollziehbar. Das Volkskammerpräsidium hatte sich bereits im Juli darüber unterrichten lassen, dass eine Asbestbelastung vorlag. Und schon im Dezember 1989 waren im Gebäude von der Bezirkshygieneinspektion stichprobenartig Messungen durchgeführt worden. Die Inspektoren waren damals zu dem Ergebnis gekommen, dass sich Besucher wie Gäste nach wir vor im Gebäude aufhalten durften, weil bis auf eine Ausnahme alle Messwerte im Grenzbereich gelegen hatten. ⁴⁷

Sitzordnung

Wie sollte die Sitzordnung im Plenarsaal aussehen? Die Anordnung der Abgeordneten bzw. ganzer Fraktionen im Parlament ist seit jeher ein Politikum. Wer darf vorne sitzen und wer muss sich mit den hinteren Plätzen begnügen? Wer rechts oder links? Von wo aus wird gesprochen – vom zentralen Rednerpult oder vom Sitzplatz aus? Wo nimmt die Exekutive Platz? Sitzt sie auf einer Ebene mit den Abgeordneten oder thront sie darüber? ⁴⁸

Seit der Französischen Revolution haben sich die Richtungszuschreibungen »links« und »rechts« für das politische Spektrum etabliert, sie werden üblicherweise von der Sitzordnung im Parlament abgeleitet, ⁴⁹ was einen Plenarsaal voraussetzt, in dem sich Präsidium und Abgeordnete gegenüber sitzen. Aber über diese grobe Einteilung hinaus sind erstaunlich viele Anordnungen denkbar, wie ein Blick auf die Praxis einzelner Länder zeigt. ⁵⁰

Im trapezförmigen (eigentlich achteckigen) Plenarsaal im Palast der Republik lagen die Bänke der Abgeordneten einem Block gegenüber, in dem erhöht die Vertreter des Ministerrats und das Volkskammerpräsidium saßen. Der Bereich der Abgeordneten war wiederum in drei große Blöcke unterteilt, voneinander durch Gänge getrennt (vgl. Abb. 13). Dadurch, dass die beiden äußeren Blöcke leicht schräg angeordnet waren, wurde ein parlamentarisches Halbrund zumindest angedeutet.

Auffallend ist der große Bereich, der in der alten Volkskammer der Exekutive wie auch einzelnen Vertretern der Judikative vorbehalten war. Bis zur 10. Wahlperiode

⁴⁵ »Die Volkskammer im ZK-Walhall«, *taz* vom 21. September 1990.

⁴⁶ Fraktionsvorstandssitzung am 27. September 1990, ADS, 66, Bl. 124.

⁴⁷ »Information zum Problem Asbest«, vom 10. Juli 1990, BArch DA 1/18769.

⁴⁸ Vgl. T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2012, S. 145. 1969 waren in Bonn im Zuge der kleinen Parlamentsreform Regierungs- und Bundesratsbank auf das Niveau der Abgeordnetensitze abgesenkt worden, um eine Verhandlung auf Augenhöhe zu ermöglichen. B. TÜFFERS, SPD-Fraktion, 2009, S. LXI f.

⁴⁹ Vgl. P. MANOW, *Leviathan*, 2004; H. DÖRING, *Sitzordnung*, 1995.

⁵⁰ P. MANOW, *Leviathan*, 2004, S. 322 f.

nahmen auf diesen Stühlen die 24 Mitglieder des Staatsrates, die zuletzt 39 Mitglieder des Ministerrats, der Präsident des obersten Gerichts der DDR, der Generalstaatsanwalt der DDR sowie das Volkskammerpräsidium Platz.⁵¹ Das heißt, dort oben saßen zu manchen Zeiten mehr als 80 Personen. Die Anwesenheit der Judikative war unter anderem Ausdruck der in der DDR fehlenden Gewaltenteilung. Dementsprechend blieb von April 1990 an der größte Teil dieser Plätze leer. Das Präsidium war auf sieben Personen reduziert, die in der Regel nicht gleichzeitig anwesend waren, dazu kamen einige wenige Verwaltungsmitarbeiter, links vom Präsidium saßen die 23 Minister der Regierung de Maizière. Auf den Fernsehbildern wirken die vergleichsweise wenigen Beteiligten dementsprechend eher verloren.

Die Sitzordnung im Plenarsaal musste in der 10. Volkskammer interfraktionell ausgehandelt werden, weil anfangs nicht klar war, wer wo Platz nehmen sollte. Martin Kirchner (CDU/DA), der für diese Verhandlungen Zuständige in seiner Fraktion, warnte seine Kollegen, von der »bürgerlichen Gepflogenheit der Sitzverteilung nach dem politischen Spektrum auszugehen«. Wollte man das tun, müsse zumindest die DSU rechts von der CDU sitzen, womit sie aber nicht einverstanden sei. Am schwierigsten seien jedoch die Verhandlungen über die linke Seite gewesen: Schließlich habe man sich auf alphabetische Sitzordnung geeinigt, beginnend mit den Parteien der Allianz für Deutschland vom Vorsitzenden aus gesehen rechts über diejenigen, die unter dem Begriff Bündnis firmierten, das heißt die Liberalen, aber auch Bündnis 90 – »das da natürlich nicht hingehört« – bis zur Vereinigten Linken. »Bei dem ganzen ist nur ein Problem und das wird man der Presse und insbesondere den elektronischen Medien eben sagen müssen: die PDS kommt schön in der Mitte zu sitzen und die SPD noch links von ihr«. Zu Kirchners Erstaunen waren beide Parteien dazu ausdrücklich bereit gewesen. »Die SPD wollte gerne links von der PDS sitzen. Man mache sich darauf einen Vers wie man wolle, aber so war es«. ⁵² Ob die PDS wirklich so begeistert war, ist fraglich. Laut Richard Schröder (SPD) habe Gregor Gysi gegen diese Variante eingewandt, das sei Geschichtsfälschung.⁵³ Mochte Kirchner sich auch noch so sehr darüber wundern, für die SPD war diese Forderung absolut folgerichtig, eine andere Sitzordnung kam für sie gar nicht in Frage. Denn die Sozialdemokraten wollten alte politische Zugehörigkeiten abgebildet sehen – da gehörte eben die (Block-)CDU neben die SED – um sich als Neugründung ohne kompromittierende Vergangenheit ganz klar davon abzuheben: »Setzt ihr euch mal zu den Parteien, die ihr von früher her schon kennt«. ⁵⁴

Davon abgesehen waren die Fraktionen im Saal »trichterförmig« gruppiert, so dass jede von ihnen auch in der ersten Reihe Plätze belegen konnte, nicht wie in der Volkskammer der Zeit vor dem März 1990, in der die Fraktionen hintereinander saßen

⁵¹ Von November 1989 an bestand der Ministerrat neben dem Vorsitzenden Modrow aus 27 Ministern.

⁵² Zitate Kirchners aus der Fraktionsitzung am 2. April 1990, ACDP, TA 07-012 6100.

⁵³ R. SCHRÖDER, Die SPD-Fraktion in der Volkskammer, 2000, S. 165.

⁵⁴ Laut Richard Schröder hatte Martin Gutzeit in der Präsidiumssitzung so argumentiert, in: ebd.

und manche, wie FDJ, KB, DBD, FDGB, DFD und NDPD keinen Kontakt nach vorne hatten, so dass lediglich die SED als großer Block in der Mitte sowie CDU und LDPD zu ihrer Rechten bzw. Linken ganz vorne im Saal positioniert waren.

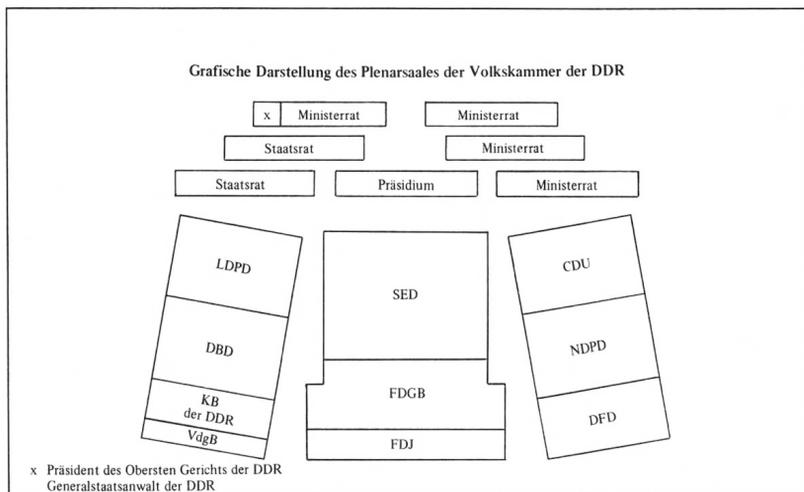


Abb. 12 Sitzordnung 9. Volkskammer

Die SED hatte bereits 1949 mit dieser Sitzordnung ihren Führungsanspruch demonstriert, bei der das klassische Rechts-Links-Schema irrelevant war, die linke Seite hatte man den Blockparteien überlassen.⁵⁵ Die FDJ saß, vor allem wohl weil ihre Mitglieder so jung waren, in den letzten Reihen. »Unter diesen befinden sich auch die jungen Menschen, die zum ersten Mal als 18jährige das Vertrauen der Wähler erhielten.«⁵⁶ Ganz offensichtlich wurden sie nicht als vollwertige Abgeordnete betrachtet.

Innerhalb der Fraktionen der 10. Volkskammer galt, zumindest für die konstituierende Sitzung, eine alphabetische Reihenfolge, um Streitereien um die Sitzplätze zu vermeiden. Aber Udo Kamm (CDU/DA) schränkte schon ein: »Das wird sich später sicher, wenn ich so an bürgerliche Gepflogenheiten denke, auflösen, wenn das Haus etwas leerer wird und sich die Mehrheit des Hohen Hauses irgendwo plaudernderweise oder gar nicht im Haus befindet.«⁵⁷ Hier hallte nach, was in der DDR sehr gerne über die »bürgerlichen Parlamente« kolportiert wurde: »Es ist in der Arbeit der Volkskammer unvorstellbar, was z. B. bei bürgerlichen Parlamenten häufig festzustellen ist: daß Parlamentsdebatten vor nahezu leeren Bänken geführt werden.«⁵⁸ Die Li-

⁵⁵ R. SCHIRMER, Selbstsymbolisierung, 2001, S. 176 ff.

⁵⁶ Zitiert nach ebd., S. 178.

⁵⁷ Fraktionssitzung vom 2. April 1990, ACDP, TA 07-012 6100. Zur parlamentarischen Sitzordnung vgl. H. WEFING, Parlamentsarchitektur, 1995, S. 135–195.

⁵⁸ H. KELLE/T. RIEMANN, Die Volkskammer, 1989, S. 115.

beralen waren die einzigen, die sogar in ihre Geschäftsordnung aufnahmen, dass die vorderen Plätze im Plenarsaal dem Fraktionsvorstand vorbehalten waren, über die weitere Platzverteilung entschieden die Fraktionsmitglieder.⁵⁹

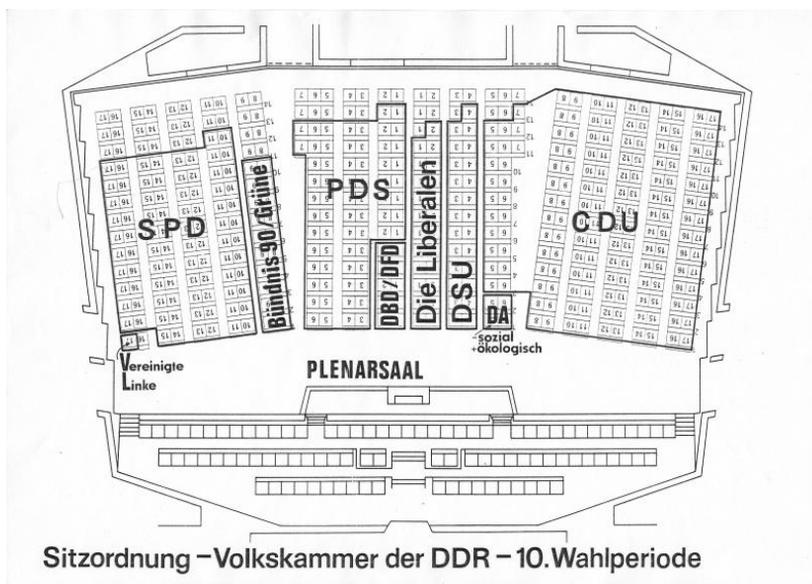


Abb. 13 Sitzordnung 10. Volkskammer

Zum Vergleich: Die Fraktionen im Deutschen Bundestag hatten anfangs in alphabetischer Reihenfolge ihrer Mitglieder gesessen, mit Ausnahme der CDU/CSU, die zuerst nach landsmannschaftlicher Zugehörigkeit sortierte, später nach Anciennität; Ende 1967 entschieden sich die Fraktionen der Großen Koalition dafür – vor allem der Außenwirkung wegen –, diese Sitzordnung aufzuheben, denn bei schlecht besuchten Bundestagssitzungen waren so immer große Lücken entstanden. Mit der Neuregelung sollten die Abgeordneten, die weiter hinten saßen, nach vorne aufrücken können.⁶⁰ Bis 1986 entschied bei den anderen Fraktionen dann zumeist das Los, wer wo saß.⁶¹ Seit September 1986 gibt es im Bundestag keine Sitzordnungen für die Fraktionen mehr. Lediglich die Mitglieder des Fraktionsvorstandes und die Parlamentarischen Geschäftsführer haben feste Plätze in den vorderen Bänken.⁶²

In der Volkskammer gab es, was die Sitzordnung betraf, in der Tat bald Veränderungen, allerdings nicht so, wie von Udo Kamm prophezeit. Denn nachdem man erste

⁵⁹ § 12 Geschäftsordnung der Fraktion der Volkskammer der DDR – Die Liberalen, 24. April 1990, ADL, LI-28, Bl. 37.

⁶⁰ Vgl. B. TÜFFERS, SPD-Fraktion, 2009, S. 249.

⁶¹ Vgl. P. SCHINDLER, Datenhandbuch, S. 1637.

⁶² Ebd., S. 1636.

Erfahrungen mit dem parlamentarischen Prozedere gesammelt hatte, und nun wusste, auf was es im Plenarsaal wirklich ankam, kam es eher zu einer Verfeinerung und Anpassung des gewählten Systems an spezifische parlamentarische Situationen: Insbesondere die Beisitzer der Fraktion im Plenarsaal mussten so positioniert sein, dass sie »bestimmte Blocks verwalten« konnten, das heißt bei Geschäftsordnungsanträgen ein bestimmtes Stimmverhalten empfehlen, um als Fraktion schnell und vor allen Dingen geschlossen reagieren zu können.⁶³ CDU und DA hatten nämlich recht bald festgestellt, dass gerade ihr zahlenmäßiges Übergewicht in Situationen, die eine schnelle Reaktion als Gesamtfraktion erforderten, von erheblichem Nachteil sein konnte. Kleinere Fraktionen wie zum Beispiel Bündnis 90/Grüne, aber auch die PDS waren in dieser Hinsicht viel behender, flexibler, das heißt schneller in der Lage, sich auf neue Situationen einzustellen, Informationen weiterzuleiten, sich abzustimmen und ein einheitliches Meinungsbild herzustellen. Die CDU musste dafür sogar jedes Mal in einen eigenen Raum gehen, weil die Fraktion sich wegen ihrer schieren Größe nicht wie die anderen einfach vor der Tür des Plenarsaals kurz treffen und absprechen konnte.⁶⁴

Ganz zuletzt noch ein Wort zur Ausstattung des Saales. Mit rotem Teppichboden ausgelegt, die Podiumsfront holzgetäfelt, mit breiten gepolsterten Abgeordnetensitzen war es ein durchaus repräsentativer, aber dennoch sehr nüchterner Saal, dessen Wirkung auf Außenstehende, sprich Zuschauer, dem Präsidium nicht gleichgültig war. Das einzige dekorative Element war bislang das glänzende DDR-Staatswappen an der Kopfwand des Saales gewesen, das allerdings in der Nacht zum 1. Juni abmontiert wurde. Im Protokoll der Präsidiumssitzung vom 2. Mai hieß es lapidar: »Es wird angeregt, daß sich die Verwaltung der Volkskammer Gedanken über die Ausgestaltung des Plenarsaales mit einigen Blumengebinden macht.«⁶⁵ Das Ergebnis dieser Überlegungen war von der 6. Sitzung an zu sehen. Denn seit diesem Tag standen insgesamt vier Kübel mit Grünpflanzen vor der Bank von Präsidium und Exekutive, zwei davon flankierten das massive Rednerpult, das für seinen Zweck eher ungeeignet war: Ein wuchtiger Holzblock, hinter dem gerade kleinere Abgeordnete regelrecht zu verschwinden drohten, der nur den Blick auf den Oberkörper des Redners zuließ, und denjenigen, der dahinterstand, in seiner Bewegungsfreiheit stark einschränkte.⁶⁶

⁶³ Fraktionssitzung am 11. April 1990, ACDP, TA 07-012 6103.

⁶⁴ Fraktionssitzung am 26. Juni 1990, ACDP, TA 07-012 6114.

⁶⁵ BAArch DA 1/18793.

⁶⁶ Eine solides Pult kann zwar auch dazu dienen, dem Redner ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln, aber das zentrale Rednerpult in der Volkskammer war wohl eher zu massiv, manche schienen sich dahinter eher zu verschanzen. Vgl. C. T. GOODSELL, *Architecture*, 1988, S. 298.



Abb. 14 Pflanzen schmücken den Plenarsaal. Am Rednerpult: Brigitta-Charlotte Kögler (DA) in der Sitzung vom 17. Mai 1990

2. Parlamentarier-Identität

Politik als Beruf?

Die von Max Weber getroffene Unterscheidung zwischen einem Leben *von* der Politik und dem *für* die Politik war für die meisten Volkskammerabgeordneten bedeutungslos, denn beides waren Spielarten ein und derselben Sache: der Politik als Beruf.⁶⁷ Und genau das konnten sich die allerwenigsten von ihnen vorstellen, am Anfang ihrer Abgeordnetentätigkeit ohnehin nicht und für längere Zeit auch nicht.

Überhaupt genügend Bewerber für eine Kandidatur für die Wahl am 18. März zu finden, war aus mehreren Gründen nicht einfach. Laut einer von Bettina Scholz und Helmut Müller-Enbergs im Herbst 1990 durchgeführten Umfrage war das Hauptkriterium für die Auswahl der Kandidaten ihre politische Unverdächtigkeit.⁶⁸ Im Idealfall waren sie zudem fachlich kompetent und verfügten über einen gewissen Bekanntheitsgrad. Alle drei Eigenschaften in einer Person vereint zu finden, erwies sich jedoch als schwierig.

Bei sehr vielen Abgeordneten war die Kandidatur einfach ein Zufallsprodukt, die Erzählungen ähneln sich hier sehr: Paul Krüger, CDU, wurde während eines Ge-

⁶⁷ M. WEBER, *Politik als Beruf*, 1992, S. 16.

⁶⁸ B. SCHOLZ, *Die Abgeordneten*, 1991, S. 87.

sprächs mit Journalisten von einer Parteifreundin vorgeschlagen,⁶⁹ bei Sabine Bergmann-Pohl (CDU) »bedurfte es doch mancher Überredungskünste, mich für ein Abgeordnetenmandat zu gewinnen.«⁷⁰ Später fügt sie, quasi verteidigend, hinzu: »Ärztin war mein gewünschter Beruf. Auf einem Abgeordnetenstuhl wollte ich eigentlich nie sitzen.«⁷¹ Bei Richard Schröder (SPD) spielte die Freundschaft zu den Gründern der Ost-SPD Markus Meckel und Martin Gutzeit eine Rolle.⁷² Marianne Birthler (Bündnis 90/Grüne) wurde nach ihrer eigenen Aussage vom Kreisverband der CDU [!] in Ilmenau gebeten, sich zur Verfügung zu stellen. »Ich selbst wäre nie auf den Gedanken gekommen.«⁷³ Constanze Krehl (SPD) war »sehr überrascht«, als auf der Ortsvereinsitzung »der Vorschlag gemacht wurde, mich zu wählen«. Während sich sehr schnell ein Mann gefunden habe, der kandidieren wollte, sollte unbedingt auch eine Frau nominiert werden – die Wahl fiel auf sie.⁷⁴ Klaus Tschalamoff (CDU/DA) erzählte, er sei »begeistert und mit Einsatz auf der Straße« gewesen, »als die Wende kam. Aber ich war politisch naiv und nicht aktiv. Plötzlich landete ich in der Volkskammer.«⁷⁵ Werner Schulz (Bündnis 90/Grüne) Aussage fügt sich in dieses Bild: »Ich selbst habe nie beschlossen, Abgeordneter zu werden. Das ergab sich.«⁷⁶ Auch die Tatsache, dass er bei den Grünen unterkam, war angeblich keine wirklich bewusste Entscheidung:

»Es war auch eine seltsame Situation, meine Freunde nun in anderen Parteien zu sehen: Rainer Eppelmann in der CDU, Markus Meckel in der SPD. Ich bin bei den Grünen aufgewacht, ich hätte in dem Moment auch bei den anderen Parteien sein können. Wichtig war mir nur, daß ich im demokratischen System bin.«⁷⁷

Auch Uwe-Jens Heuer (PDS) wurde vorgeschlagen – von Gregor Gysi.⁷⁸ Bei Katharina Landgraf (CDU/DA) sollte ursprünglich der Ehemann für die CDU kandidieren. Weil der aber zum neuen Vorsitzenden der LPG Wiederau-Zwenkau gewählt wurde, hatte die Familie entschieden, dass stattdessen sie ins Rennen gehen müsse.⁷⁹ Bei Claudia Nolte schließlich war es das Gefühl, nicht kneifen zu dürfen, als sie im Januar 1990 in Ilmenau angesprochen wurde, ob sie nicht für die CDU kandidieren wolle. Sie beruhigte sich vorerst mit dem Gedanken, dass die Wahrscheinlichkeit gewählt zu werden bei einer Partei, die in Umfragen bei rund 11 Prozent lag, ohnehin nicht groß war.⁸⁰ Der Thüringer Willibald Böck (CDU/DA) sagte ebenfalls

⁶⁹ »Krügers Berufung«, *FAZ* vom 1. Oktober 2011.

⁷⁰ S. BERGMANN-POHL, *Die frei gewählte Volkskammer*, S. 49.

⁷¹ Ebd., S. 58.

⁷² »Plötzlich sollte ich für mich selbst werben«, *Die Zeit* vom 18. März 2010.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Die Handschrift der SPD, 2000, S. 12.

⁷⁵ Fünf Jahre danach, 1995, S. 89.

⁷⁶ S. REKER, *Der Deutsche Bundestag*, 1999, S. 380.

⁷⁷ Ebd., S. 382 f.

⁷⁸ Interview Heuer.

⁷⁹ K. LANDGRAF, *Tor zur Politik*, 2013, S. 523.

⁸⁰ C. CRAWFORD, *Gegenteil*, 2013, S. 652.

»ich wollte nicht in die Volkskammer«, weil er bereits stellvertretender Rat des Kreises Worbis war.⁸¹

Für wenige, wie beispielsweise Sibylle Reider (SPD), im Kabinett de Maizière Ministerin für Handel und Tourismus, hingegen war es durchaus eine bewusste Entscheidung zu kandidieren: Sie, die »etwas bewegen« wollte, war im Januar 1990 in die SPD eingetreten und hatte sich dann getreu dem Motto, »wer A sagt, muss auch B sagen«, konsequenterweise als Kandidatin für die Volkskammerwahl aufstellen lassen.⁸²

Welche konkreten Auswirkungen dieses unvermittelte politische Engagement auf ihr Leben konkret haben würde, hatten sich die meisten erst recht nicht überlegt. Auch weil bei vielen anfangs völlig falsche Vorstellungen herrschten. »Ich habe spontan zugesagt und konnte mir nicht vorstellen, dass das ein Berufsparlament wird.«⁸³, beschrieb beispielsweise Ulrich Klinkert seine Reaktion auf die Frage der Bärwalder CDU, ob er nicht für die Volkskammerwahl im März 1990 kandidieren wolle. Diese Aussage steht stellvertretend für die Haltung vieler seiner Kollegen:

»Nicht wenige Abgeordnete hatten ihre Bereitschaft zur Kandidatur aufgrund von Vorstellungen erklärt, die aus früheren Wahlperioden der Volkskammer und anderen Vertretungsorganen der DDR gewachsen waren. Das erwies sich nicht nur graduell, sondern grundsätzlich als falsch.«⁸⁴

In der DDR war die Rolle des Abgeordneten klar als Gegenbild zum »bürgerlichen« Parlamentarier konzipiert: »Für den sozialistischen Volksvertreter ist es die Regel, daß er seine berufliche Tätigkeit nicht unterbricht und weiterhin im Arbeitskollektiv verbleibt.«⁸⁵ Dementsprechend hatten sich die Abgeordneten der Volkskammer bis zum März 1990 auch präsentiert: Sie traten im Plenum als Werksdirektoren auf oder als LPG-Vorsitzende, als »Meisterin im VEB«⁸⁶, als Vertreter der Genossenschaftsbauern und Gärtner⁸⁷, als »Bereichsleiter für Wasseraufbereitung und technische Versorgungssysteme«⁸⁸ oder als »Direktor für Kader und Bildung« in einer Schuhfabrik, nur nicht als Abgeordnete und äußerten in dieser Eigenschaft »Gedanken [...], die aus der Arbeiterklasse, von den Werktätigen meines Betriebes« kamen.

Mit dieser »Denkweise der alten Volkskammer behaftet«, also der Vorstellung vom ehrenamtlichen, dem »Arbeitskollektiv« verpflichteten Abgeordneten, hatten offensichtlich ebenfalls noch viele Mitglieder der 10. Volkskammer ihre Kandidatur angetreten, wie Rainer Ortleb, Fraktionsführer der Liberalen, beklagte.⁸⁹ Sie fanden sich

⁸¹ Vgl. Interview Böck.

⁸² www.mz-web.de/mitteldeutschland/ddr-ministerin-wilde-zeiten-in-berlin/20641266,17789842.html [24.8.2015].

⁸³ »Interview mit Ulrich Klinkert«, *Lausitzer Rundschau* vom 18. März 2010. Vgl. hierzu auch T. MERGEL, *Parlamentarische Kulturen in der Moderne*, 2013.

⁸⁴ U.-J. HEUER/G. RIEGE, *Rechtsstaat*, 1992, S. 178.

⁸⁵ H. KELLE/T. RIEMANN, *Die Volkskammer*, 1989, S. 124.

⁸⁶ PV, 14. Tagung am 11./12. Januar 1990, S. 398.

⁸⁷ Ebd., S. 404.

⁸⁸ PV, 12. Tagung am 17./18. November 1989, S. 314.

⁸⁹ Protokoll 4. Sitzung Parteivorstand, ADL, L1-16, Bl. 40.

auch in seiner eigenen Fraktion. Bernhardt Opitz beispielsweise gestand im Oktober 1990 in einem Interview, dass er entsprechend seinem persönlichen Verständnis von der Rolle des Abgeordneten nebenbei weiter in seinem Beruf als Chefarzt an einem Krankenhaus gearbeitet habe, auch wenn das eine sehr große Belastung gewesen sei. Denn er habe lediglich für Bereitschaftsdienste nicht zur Verfügung gestanden. »Ich halte nichts von dem Berufsparlamentarier und bin sehr traurig darüber, daß sich diese Vorstellung der Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt hat.«⁹⁰

Die Erkenntnis, dass sie ihre Aufgabe wohl hauptamtlich würden ausüben müssen, erwischte wohl die meisten der Neuparlamentarier kalt. Sabine Bergmann-Pohl beispielsweise wollte anfangs ebenfalls wenigstens einen Tag in der Woche weiter als Ärztin arbeiten, und attestierte sich deshalb später selbst Unbedarftheit.⁹¹ Die besondere Quellsituation für die CDU/DA-Fraktion ermöglicht uns einen detaillierten Einblick in den dortigen Diskussionsprozess. Schon in der ersten Fraktionssitzung wies der vorläufige Sitzungsleiter Eberhard Goldhahn darauf hin, dass es sich bei der 10. Volkskammer um ein »Arbeitsparlament« handeln werde. Doch das war in diesem Moment nicht mehr als ein angelesener Begriff aus der politikwissenschaftlichen Literatur. Was er wirklich bedeutete, wusste vermutlich niemand.⁹² Werner Henning beispielsweise, aus Geismar in Nord-Thüringen, stellte in der derselben Sitzung fest: Dass die Abgeordnetentätigkeit jetzt hauptberuflich sein solle, sei vorher nicht klar gewesen. Er sehe sich außerstande, das Mandat voll auszufüllen, denn er könne seine Tätigkeit als Ratsvorsitzender des Kreises Heiligenstadt nicht aufgeben, das würden seine Wähler nicht verstehen.⁹³

In der zweiten Sitzung der Fraktion am 2. April 1990 berichtete der Generalsekretär der Ost-CDU, Martin Kirchner, über die parteiinternen Überlegungen zum Status der Abgeordneten.⁹⁴ Offensichtlich gab es bei den Christdemokraten eine Zeitlang ernsthafte Pläne, eine Art Zweiklassensystem zu etablieren: Die hauptamtlichen bezahlten Funktionsträger, »Arbeitspferde«, wie Günther Krause sie nannte, und die größere Gruppe der ehrenamtlichen »Paradepferde«, die eher repräsentative Aufgaben zu übernehmen hätten.⁹⁵ Doch alles Weitere war wenig konkret: Denn wer sollte das eine und wer das andere sein? Wie groß sollten beide Gruppen werden? Auf jeden Fall sollten das Präsidium, die Fraktionsvorstände sowie die Vorsitzenden der Ausschüsse, möglicherweise auch deren Stellvertreter, hauptamtlich arbeiten. Doch ein solches Vorgehen hatte laut Kirchner natürlich die Tücke, dass es zu einer gewissen Auslese füh-

⁹⁰ Parlamentarischer Pressedienst der Volkskammer der DDR, Nr. 11, S. 10. Bisweilen gab es wohl auch von außen Druck. So soll der evangelische Landesbischof von Thüringen, Werner Leicht, von allen im Kirchendienst tätigen Abgeordneten verlangt haben, sich zwischen Kirche und Parlament zu entscheiden. »Was kommt denn da auf uns zu?«, *Hannoversche Allgemeine* vom 4. April 1990.

⁹¹ S. BERGMANN-POHL, *Die frei gewählte Volkskammer*, 2000, S. 49.

⁹² Entwurf Politischer Bericht (26.3.1990), ACDP, 07-012 3897.

⁹³ ACDP, 07-012-3897, Bl. 7. Henning war am 7. Dezember 1989 zum Ratsvorsitzenden gewählt worden.

⁹⁴ ACDP, TA 07-012 6100.

⁹⁵ Günther Krause in der Fraktionssitzung vom 3. April 1990, ACDP, TA 07-012 6101.

ren würde. Diejenigen, die nach einem Dreivierteljahr wieder zurückwollten in den Beruf, würden damit automatisch aus der »führenden Schicht« der Volkskammer ausgeschlossen. Das alles klang unangenehm elitär und wenig praktikabel. Kirchner und die Partei schienen diese Idee deshalb auch nur sehr halbherzig zu verfolgen. Sie selbst waren wohl längst zu der Überzeugung gelangt, dass alles auf eine hauptamtliche Tätigkeit hinauslief, und zwar für alle Abgeordneten – ohne Ausnahme: »Wir haben uns mit der Realität abzufinden, wenn wir die parlamentarische Arbeit wirklich ernsthaft machen wollen, das ist nebenbei nicht zu machen.«⁹⁶ Diesen Schritt hatten die meisten anderen in der Fraktion aber längst noch nicht vollzogen, das zeigte die Diskussion, die mit der nächsten Fraktionssitzung einsetzte und äußerst heftig verlief: »Man kann doch nicht über 400 Leute entscheiden, ohne vorher zu fragen!«⁹⁷

Es war alles andere als eine abgehobene theoretische Diskussion über den Status von Abgeordneten, denn möglichst schnell musste eine Lösung für ganz praktische Probleme gefunden werden. Susanne Jaffke beispielsweise war als Tierärztin in einer Großpraxis darauf angewiesen, immer 14 Tage im voraus zu planen, um die Tag- und Nachtdienste einteilen zu können. Und Katharina Landgraf (CDU/DA), die vier Kinder hatte, klang regelrecht alarmiert:

»Wenn mich von Ihnen hier niemand unterstützen kann, muss ich morgen 6.30 Uhr wieder in meinem Arbeitsort sein [...] Wenn Sie das heute nicht klären: Ich weiß nicht, wie ich das diese Woche schaffen soll. Nächste Woche ist Ostern. Ich möchte gerne mitmachen, aber ich muss eine Klärung finden, muss ich morgen nun auf Arbeit, ja oder nein, und wie sieht es nächste Woche aus, wie viele Tage bin ich hier und wie viele Tage auf Arbeit?«⁹⁸

Die Fraktion spendete ihr dafür Beifall. Lothar de Maizière hingegen versuchte die Wogen zu glätten: Wie zuvor auch und wie in der Verfassung (Art. 60, 3) festgeschrieben, mussten Abgeordnete für die Arbeit im Parlament bei Zahlung ihres Gehalts oder Lohns von ihren Betrieben freigestellt werden. Auch das Arbeitsgesetzbuch der DDR, das diese Dinge im Einzelnen regelte, war nach wie vor in Kraft. Die Probleme der Selbständigen waren damit allerdings nicht gelöst. Zur Klärung solcher Fragen setzte die Fraktion eigens eine Arbeitsgemeinschaft ein. Doch wie so vieles in der 10. Volkskammer wurde auch die Diskussion über den Status der Abgeordneten einfach und sehr rasch von der Realität überholt. Eine auch nur theoretische Möglichkeit, zwischen zwei Formen des Parlamentarierseins auszuwählen, stand bald überhaupt nicht mehr zur Debatte.

Die Fraktionsführung konnte ihre Genugtuung darüber, in dieser Sache Recht behalten zu haben, nur schwer verhehlen. Insbesondere als sich im Lauf der Zeit herausstellte, dass es einige Abgeordnete gab, die durch permanente Abwesenheit glänzten. Als sich beispielsweise Ende Mai Olaf Thees darüber beschwerte, dass Werner Henning sich in der Volkskammer nicht mehr blicken ließ, sondern lieber daheim im Eichsfeld sein neues Amt als Landrat wahrnahm und dann auch noch die Chuzpe

⁹⁶ Martin Kirchner in der Fraktionssitzung vom 2. April 1990, ACDP, TA 07-012 6100.

⁹⁷ ACDP, TA 07-012 6101.

⁹⁸ ACDP, TA 07-012 6100.

hatte, die Arbeit der Parlamentarier in Berlin zu kritisieren, bekam er zur Antwort: Nun seien sie exakt an der Stelle, die der Fraktionsführung einmal übel genommen worden sei, als das Wort vom »Edelparlamentarier« aufkam. Sie erlebten jetzt hautnah, worum es gehe. Er freue sich über den Erkenntniszuwachs in der Fraktion, der sei zu Beginn der Sitzungsperiode nicht so ausgeprägt gewesen.⁹⁹ Eine besondere Note erhielt die Angelegenheit dadurch, dass Henning mit seiner parallelen Arbeit als Landrat gegen das Abgeordnetengesetz verstieß. Das zumindest vermutete Paul Krüger, denn das Gesetz erlaubte nicht mehr als 25 Prozent Zuverdienst zur Abgeordnetentätigkeit.¹⁰⁰

Abgeordnete wie Henning sahen die Situation offensichtlich vor allem pragmatisch und ganz nüchtern: Nach einer persönlichen Kosten-Nutzen-Rechnung war es für das eigene Fortkommen und auch für die Interessen der Region, aus der sie kamen und deren Bürger sie vertraten, vielversprechender, vor Ort zu bleiben, als in der Volkskammer zu sitzen, die sie nur noch als ein Instrument zur Abwicklung der alten DDR sahen. Sie arbeiteten lieber jetzt schon an einer politischen Karriere in den Ländern und versuchten dort, eine möglichst günstige Startposition zu ergattern. Das nahe Ende der Volkskammer war ohnehin absehbar, während die Zukunft in den neuen Ländern gerade erst begann. Für Reinhard Höppner war der entscheidende Zeitpunkt im August. Von da an hätten sich die Abgeordneten mit dem Gedanken »was mache ich danach?« beschäftigt. Und er wagte die Prognose, dass die Volkskammer praktisch in dem Moment, in dem die Länderparlamente anfangen zu arbeiten, nicht mehr handlungsfähig gewesen wäre.¹⁰¹

Laut Ute Schmidt, die die Geschichte der Blockpartei CDU untersucht hat, besaß für Henning »die Verankerung in der Region auch nach den Wahlen zur Volkskammer absoluten Vorrang«. »Im Spagat zwischen dem Eichsfeld und Berlin« habe er sein Mandat vor allem dazu genutzt, »Kontakte anzubahnen und seine Region wirtschaftlich voranzubringen.«¹⁰² Wohl auch deshalb gab Henning sein Volkskammermandat nicht zurück, obwohl die Fraktionsführung es ihm nahegelegt hatte. Mehr als ihn zu bitten war aber kaum möglich, denn alles weitere konnte nur der jeweilige Bezirksverband veranlassen.¹⁰³ Ein Antrag zur Änderung der vorläufigen Arbeitsordnung der Fraktion zeigt allerdings, dass man dieser Praxis in Zukunft einen Riegel vorzuschieben gedachte: § 16, »Pflichten der Mitglieder«, sollte um den Passus ergänzt werden, dass Mitglieder, die infolge eines Doppelmandats ihren Verpflichtungen gegenüber der Volkskammer nicht nachkämen, angehalten würden, das Mandat zurückzugeben. Die Parteigremien in den jeweiligen Wahlkreisen würden darüber informiert.¹⁰⁴ In ei-

⁹⁹ Fraktionssitzung am 29. Mai 1990, ACDP TA 07-012 6109.

¹⁰⁰ Fraktionssitzung am 17. Juli 1990, ACDP, TA 07-012 6117.

¹⁰¹ Interview Höppner, ähnlich auch Interview Misselwitz.

¹⁰² U. SCHMIDT, Blockpartei, 1997, S. 267.

¹⁰³ Fraktionssitzung am 26. Juni 1990, ACDP TA 07-012 6114.

¹⁰⁴ Änderungsantrag zur vorläufigen Arbeitsordnung der CDU-Volkskammerfraktion, 9. Juli 1990, ACDP, 07-012 6013.

ner etwas allgemeiner gehaltenen Formulierung wurde der Vorschlag schließlich in die Geschäftsordnung der Fraktion übernommen.¹⁰⁵

Auch Roland Claus, der PDS-Bezirksvorsitzender in Halle und Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt war, gab zu, dass er in der letzten Phase seine Volkskammertätigkeit ein wenig zurückgefahren hatte zugunsten der neuen Arbeit im Land.¹⁰⁶

Doch es gab auch Abgeordnete, die konsequenterweise ihr Mandat niederlegten, weil sie auf andere Posten wechselten, wie das Beispiel von Wilhelm Polte (SPD) zeigt. Er schied nach den Kommunalwahlen im Mai 1990 aus der Volkskammer aus:

»Ich war in der Volkskammer und wäre da auch sehr gerne geblieben, aber wie das so war bei einer neuen Partei wie der SPD – es gab nur eine Handvoll Leute. Und als es darum ging, wer tritt in der Kommunalwahl an und wer steht an erster Stelle, da fiel die Wahl auf mich. Das war sicher auch ein Stückchen Zufall, aber ich war Vorsitzender der SPD des Bezirks Magdeburg, da hat es einen gewissen Automatismus gegeben. Nach den Kommunalwahlen gab es [in Sachsen-Anhalt, Anm. d. V.] 39 Landräte, alle CDU-Mitglieder, in den drei kreisfreien Städten zufälligerweise einen FDP-Oberbürgermeister, das war in Dessau, einen CDU-Oberbürgermeister in Halle und einen von der SPD in Magdeburg, das war ich. Das war also die absolute Ausnahme.«¹⁰⁷

Und auch der für ihn vorgesehene Nachrücker, Matthias Gabriel, war nicht in der Lage, das Mandat anzutreten, weil er inzwischen selbst, wie er den Direktor der Volkskammer wissen ließ, Bürgermeister in Halberstadt geworden war.¹⁰⁸

Andere taten es Polte gleich und gingen ebenfalls in die Kommunalpolitik: Uwe Keßler wurde im August Oberbürgermeister der sächsischen Gemeinde Wyhratal; Jutta Knop kehrte nach ihrer Wiederwahl als Bürgermeisterin ins sachsen-anhaltinische Granschütz zurück (beide CDU), Thomas Krüger wechselte im August auf den Posten des Stadtrats für Inneres im Magistrat von Ostberlin und Eva Kunz wurde im Juni Stadträtin für Gleichstellungsfragen im Magistrat von Groß-Berlin (beide SPD).

Diäten

Als Konsequenz der Entscheidung, das Mandat hauptamtlich auszuüben, musste man sich auch Gedanken darüber machen, wie diese Arbeit bezahlt werden sollte. So mussten sich die Abgeordneten früher als ihnen lieb war mit der Frage auseinandersetzen, ob und wie sie von der Politik leben sollten. Die alte DDR-Volkskammer hatte ihren Abgeordneten lediglich eine steuerfreie Aufwandsentschädigung von circa 500 Mark gezahlt und ihnen freie Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln

¹⁰⁵ In der endgültigen Fassung (geltend vom 1. Juli an) hieß es nun: »Die Fraktionsmitglieder, die als Volkskammerabgeordnete ihren Verpflichtungen gemäß § 16, Abs. 1 nicht nachkommen, werden angehalten, ihr Volkskammermandat zurückzugeben. Von diesem Vorgang werden die Parteigremien des zuständigen Wahlkreises informiert.« ACDP, 07-012 6013.

¹⁰⁶ Interview Claus.

¹⁰⁷ I. FISCHER (Hrsg.), *Frei gewählte Volkskammer*, 2013, S. 169.

¹⁰⁸ Schreiben Gabriel an Verwaltung der Volkskammer (undatiert), BArch DA 1/18193.

gewährt. Mehr war angesichts von zwei, drei Tagungen im Jahr nicht nötig. Für die Zeit der Freistellung erhielten sie ja weiter ihre Löhne und Gehälter.¹⁰⁹ Doch jetzt reichte das nicht mehr aus, ohne die Zahlung von Diäten ging es nicht.¹¹⁰

Die Einführung von Diäten beziehungsweise einer Aufwandsentschädigung für die Arbeit als Abgeordneter, normalerweise verknüpft mit einer Reisekostenerstattung oder Freifahrtscheinen für die Eisenbahn, geht in Deutschland auf den Anfang des 19. Jahrhunderts zurück. In den Stände-Versammlungen vieler deutscher Einzelstaaten wurden seit den 1820er Jahren erstmals Tagegelder und Reisekosten gezahlt,¹¹¹ das Paulskirchenparlament schrieb sie in Artikel 95 der Verfassung fest.¹¹² Reichskanzler Otto von Bismarck hingegen war der »gewerbliche Parlamentarismus« ein Dorn im Auge. Maßgeblich von ihm initiiert, bestimmte die Reichsverfassung von 1871 in Artikel 32, dass die »Mitglieder des Reichstages als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen« dürften. Die Absicht, die mit dieser Regelung verfolgt wurde, war offensichtlich: Einkommensschwache oder abhängig beschäftigte Abgeordnete und das hieß vor allem die Vertreter der Arbeiterschaft beziehungsweise Sozialdemokratie oder der Freisinnigen, konnten so auf einfache Weise aus den Parlamenten ferngehalten werden. Die Honorarienabgeordneten bleiben unter sich. Es ging, wie Hermann Butzer betont, eindeutig um Machtpolitik:

»Das Diätenrecht sollte ein Korrektiv gegen das auf Reichsebene eingeführte allgemeine und gleiche Wahlrecht sein und Einfluß auf die Kandidatenaufstellung und damit wiederum auf die soziale Zusammensetzung und politische Grundgestimmtheit des Reichstages nehmen.«¹¹³

Durch die Entscheidung des Reichstags im Mai 1906 blieb es zwar dabei, dass seine Mitglieder nicht besoldet wurden, Artikel 32 erhielt nun aber den Zusatz: »Sie erhalten eine Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes.«¹¹⁴

Die Weimarer Republik übernahm diese Regelung schließlich als Artikel 40 in die Verfassung: »Die Mitglieder des Reichstages erhalten das Recht zur freien Fahrt auf allen deutschen Eisenbahnen sowie Entschädigung nach Maßgabe eines Reichsgesetzes«. 1949 wiederum erweiterte der Parlamentarische Rat diese Formulierung im Grundgesetz um einen entscheidenden Punkt. Seitdem haben die Abgeordneten des

¹⁰⁹ Dabei durfte keine Einkommensminderung eintreten. Die Abgeordneten hatten Anspruch auf den Ausgleich in Höhe des Durchschnittsverdienstes, war der tatsächliche Verdienstausschlag höher, musste dieser erstattet werden z. B. bei Schichtprämien oder Erschwerniszuschlägen, H. KELLE/T. RIEMANN, *Die Volkskammer*, 1989, S. 128.

¹¹⁰ Für die Geschichte der Zahlung von Abgeordnetendiäten in Deutschland vgl. H. BUTZER, *Diäten und Freifahrt*, 1999 und F. J. HOSPACH, *Diäten*, 1992.

¹¹¹ Vgl. die tabellarische Übersicht bei F. J. HOSPACH, S. 93–97.

¹¹² Die Details wurden geregelt im »Gesetz betreffend die Tagegelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstage« vom 12. April 1849. Neben Tagegeld und Reisegeldern wurde den Abgeordneten auch Portofreiheit für alle von ihnen und an sie gesandten Briefe und Drucksachen gewährt.

¹¹³ H. BUTZER, *Diäten und Freifahrt*, 1999, S. 447.

¹¹⁴ Gesetz, betreffend die Änderung des Artikel 32 der Reichsverfassung vom 21. Mai 1906, RGBl. 1906, Nr. 25 ?

Deutschen Bundestags »Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung« und »das Recht der freien Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel.« (Art. 48 GG). Die Gewährung von Diäten bedeutet damit automatisch die Anerkennung des Parlamentarier-Seins als Beruf.

In dieser Tradition bewegte sich nun auch die 10. Volkskammer. Sie beschloss am 31. Mai 1990 mit der Verabschiedung des Abgeordnetengesetzes für die Abgeordneten eine monatliche Entschädigung in Höhe von 3600 Mark und zusätzlich eine Kostenpauschale von 2300 Mark im Monat, die dazu diente, ein Büro außerhalb der Volkskammer, also im Wahlkreis zu unterhalten, sowie Büromaterial, Post, Telefon, Fahrtkosten und den Mehraufwand für Verpflegung zu finanzieren. Die Präsidentin der Volkskammer erhielt zusätzlich eine Amtszulage von 3600 Mark, ihre Stellvertreter jeweils zusätzlich 1800 Mark. Das Gesetz trat rückwirkend zum 18. März 1990 in Kraft.¹¹⁵ Bis dahin hatten sich die Abgeordneten auf andere Art und Weise finanzieren müssen. Einige versuchten, bezahlte Freistellungen bei ihrem Arbeitgeber zu erreichen, ließen sich von Verwandten finanziell unter die Arme greifen oder nahmen Ersparnisse zur Hilfe.¹¹⁶

Der Wunsch der CDU/DA-Fraktion, die Arbeit an diesem Gesetz so rasch voranzutreiben, dass über die Bezüge der Abgeordneten und ihre sonstigen Ausstattung in einer der ersten Sitzungen der Volkskammer entschieden werden konnte, erfüllte sich nicht.¹¹⁷ In allen Fraktionen wurden die Diäten und insbesondere die vorgesehene Höhe heftig diskutiert. Das Unwohlsein der Abgeordneten war dabei förmlich mit Händen zu greifen. Vor allem scheuten sie davor zurück, das Thema und die Diskussion darüber öffentlich zu machen. Man müsse noch überlegen, ob es sehr populär sei, das Thema in der Öffentlichkeit der Volkskammer zu verhandeln, gab Martin Kirchner in der Fraktionssitzung von CDU/DA zu bedenken. Das sei man zwar in westlichen Parlamenten gewöhnt, »aber bei uns eben nicht.«¹¹⁸ Folgerichtig passierte das Gesetz die Volkskammer zwar in zwei Lesungen, am 17. und am 31. Mai, jedoch ohne jegliche Aussprache. Lediglich Reinhard Höppner als Vorsitzender der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe, die sich um die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes zu kümmern hatte, begründete in der ersten Lesung am 17. Mai den Antrag. Er rechtfertigte die Entscheidung des Hauses, möglichst schnell ein Abgeordnetengesetz zu verabschieden zum einen damit, dass die Tätigkeit in der Volkskammer so zugenommen habe, dass Nebentätigkeiten nicht mehr möglich seien. Zum anderen könne man nicht es nicht als selbstverständlich ansehen, dass die Abgeordneten weiterhin von ihren Arbeitgebern bezahlt würden, denn nicht alle Betriebe seien staatlich. Die Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft erfordere nun eine andere Lösung. Die Ungewissheit darüber, wie lange die Volkskammer noch existiere, verlange eine

¹¹⁵ Gesetz über Rechtsverhältnisse der Abgeordneten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. Mai 1990, GBl. DDR 1990 I 274.

¹¹⁶ M. GUTZEIT, *Aufbau, Organisation und Arbeit*, 2000, S. 25.

¹¹⁷ Stichwortprotokoll konstituierende Sitzung CDU/DA-Fraktion am 27.3.1990, ACDP, 07-012 3897.

¹¹⁸ Martin Kirchner in der Fraktionssitzung am 2. April 1990, ACDP, TA 07-012 6100.

Regelung, damit die Abgeordneten nach Abschluss ihrer Arbeit nicht auf einmal auf der Straße stünden. Denn während draußen bereits die Weichen gestellt wurden, sich die Leute neu positionierten, konnten die Abgeordneten das nicht. Sie würden sich eventuell, wenn ihre Zeit in der Volkskammer vorbei sei, unter völlig neuen Bedingungen neu orientieren müssen.

Höppner musste im Lauf seiner Ausführungen notgedrungen auch ganz konkret auf Geld zu sprechen kommen, auch wenn ihm das erkennbar unangenehm war: »Ich würde mich gerne davor drücken. Ich bin nun dadurch, daß ich in diesem Ausschuß den Vorsitz übernehmen mußte, in diese ungünstige Lage gekommen, darüber jetzt auch hier berichten zu müssen.«¹¹⁹ Bei der Festsetzung der Höhe der Diäten in der Volkskammer hatte sich die Arbeitsgruppe zum einen am Gehaltsgefüge von leitenden Mitarbeitern in Kombinat oder Professoren in der DDR orientiert und zweitens ausdrücklich an den Summen, die im Deutschen Bundestag gezahlt wurden, unter der Maßgabe, »daß sozusagen unsere Einkommensverhältnisse entsprechend schlechter sind«.¹²⁰ So dass man auf ungefähr ein Drittel dessen kam, was in der Bundesrepublik gezahlt wurde. Die Summe, die sich aus diesen einzelnen Überlegungen ergab, »sie klingt ein bißchen hoch«¹²¹, waren 3600 Mark (vor Steuern). Man müsse dabei bedenken, dass in den nächsten Tagen und Wochen die Vergleichsgehälter in leitenden und verantwortungsvollen Tätigkeiten von Wirtschaft und Wissenschaft steigen würden. Er persönlich – so fügte er hinzu – wäre auch mit weniger einverstanden gewesen. Das Gefühl, sich für die getroffene Entscheidung permanent rechtfertigen zu müssen, hatte jedoch nicht nur er.

Die Fraktion von DBD/DFD hatte zwar ursprünglich geplant, in der zweiten Lesung einen Änderungsantrag einzubringen, um die Entschädigung auf 3000 Mark zu reduzieren, auf Bitten der Mehrheit des Präsidiums überdachte sie diesen Plan jedoch noch einmal.¹²² Am 31. Mai in der zweiten Lesung erstattete dann Rudolf Essler (CDU/DA) für den federführenden Ausschuss für Wahlprüfung, Geschäftsordnung und Immunität Bericht. Obwohl eine Aussprache ausdrücklich nicht vorgesehen war, bat Rainer Börner (PDS) um das Wort – »das ist eigentlich gegen die Verabredung«¹²³ – und gab im Anschluss an die Abstimmung, bei der das Gesetz mit einigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen wurde, eine persönliche Erklärung ab. Die PDS habe dem Gesetz als Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Abgeordneten zwar generell zugestimmt, er persönlich habe aber, da er die Summe als zu hoch empfand, dagegen votiert.¹²⁴

Aus den Reihen der PDS wie auch aus denen der Grünen kamen denn auch die größten Kritiker des Gesetzes. Bei letzteren reichte das Spektrum allerdings von tota-

¹¹⁹ PV, 7. Tagung am 17. Mai 1990, S. 200.

¹²⁰ Ebd., S. 201.

¹²¹ Ebd.

¹²² Beschlussprotokoll der 12. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 30.5.1990, BArch DA 1/18793.

¹²³ PV, 9. Tagung am 31. Mai 1990, S. 275.

¹²⁴ Ebd.

ler Ablehnung bis hin zu Fällen wie dem von Vera Wollenberger, für die die Zahlung von Diäten schlicht eine Existenzfrage war: Sie wollte in der Besprechung zwischen den Vertretern der Fraktionen und der Verwaltung der Volkskammer am 20. März 1990 wissen, was denn, wie in ihrem Fall, mit denjenigen sei, die keine Arbeit hätten, weil sie in der DDR noch mit Berufsverbot belegt waren und für die es aus diesem Grund auch keine bezahlte Freistellung von der Arbeit geben könne. Für sie, Mutter von drei Kindern, bedeute das, dass sie für die Dauer der Tätigkeit als Abgeordnete kein Geld habe.¹²⁵ Wollenberger, Mitbegründerin des Pankower Friedenskreises und der Kirche von unten, war 1983 aus der SED ausgeschlossen worden und hatte Berufsverbot erhalten. Im Januar 1988 war sie auf einer Gegendemonstration für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wegen versuchter »Zusammenrottung« verhaftet, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und kurz nach Verkündung des Urteils nach Großbritannien abgeschoben worden, wo sie bis zum 9. November 1989 lebte.¹²⁶ Ihr Sohn Philipp gehörte zudem zu denjenigen Schülern, die am 30. September 1988 von der Berliner Ossietzkyschule relegiert worden waren. Wollenberger wurde erst am 30. Mai 1990 offiziell rehabilitiert.

Ihre Fraktionskollegin Christine Grabe hingegen beschwerte sich noch am 20. September: »Die Diätenregelung, die mit Diät absolut nichts zu tun hatte, hat dieses Haus flott und zügig unter Dach und Fach gebracht, sogar Zusatzforderungen werden jetzt noch laut.«¹²⁷ Grabe machte sich dabei – wie im übrigen viele Kritiker der Regelung – zunutze, dass das Wort im Deutschen doppeldeutig ist: Sie verwendete den Begriff in der Bedeutung von Maßhalten, während er sich vom lateinischen *dies*, der Tag, bzw. dem mittellateinischen *dieta*, Tagung, festgesetzter Tag, ableitet, also den Tagessatz oder das Tagegeld meint.

Die PDS-Fraktion hatte sich darauf geeinigt, dass alle ihre Mitglieder 1000 Mark bzw. nach der Währungsunion 1000 DM, ihres Gehalts in die Fraktionskasse einzahlten. Das Geld sollte entweder für die politische Arbeit der Partei oder aber dringende soziale Zwecke verwandt werden.¹²⁸ Sie zog sich auf den Standpunkt zurück, für die Situation nicht verantwortlich zu sein, denn die Diäten in dieser Höhe seien von der Volkskammer beschlossen worden, sie habe sich nur dem Mehrheitsbeschluss gebeugt.

In der Öffentlichkeit führte vor allem die Höhe der Diäten zu großem Unmut.¹²⁹ Vor allem wurde die große Diskrepanz zwischen dem Durchschnittsverdienst eines DDR-Bürgers und der Entschädigung für die Arbeit als Parlamentarier kritisiert. Auch der Petitionsausschuss der Volkskammer bekam das zu spüren: »In 80 Einzelpetitionen wurden Kritiken an den Bezügen der Volkskammerabgeordneten geübt. Dabei wurde geäußert, daß mit dieser Regelung neue Privilegien geschaffen wür-

¹²⁵ Herbert Kelle, der Verwaltungschef der Volkskammer, musste an dieser Stelle zugeben, ratlos zu sein. BArch DA 1/19094.

¹²⁶ Angaben nach: Wer war wer in der DDR?, Berlin 2009.

¹²⁷ PV, 36. Tagung am 20. September 1990, S. 1754.

¹²⁸ ADS, VK/10. WP 65, Bl. 79 f. u. 294.

¹²⁹ Siehe beispielsweise die Zuschriften an die Volkskammer in BArch DA 1/16731.

den, die eigentlich mit der Wende beseitigt sein sollten.«¹³⁰ Auch Kommentare in der Presse wie zum Beispiel derjenige im *Neuen Deutschland* vom 9./10. Juni schlachteten die Stimmung in der Öffentlichkeit nur zu gerne aus:

»Von den 400 Abgeordneten waren zu diesem Zeitpunkt nur noch wenig mehr als 160 anwesend. Zahlreiche Parlamentarier waren offensichtlich bereits ins Wochenende gereist. Abgeordnete brauchen eben – trotz knapp 6000 Mark aus dem Steuersäckel – im Unterschied zu ihren Finanziers – den Steuerzahlern – nicht bis Arbeitsschluss zu bleiben.«¹³¹

Diese Kritik ist allerdings ebenso alt wie die Diätenregelung selbst. Abgeordnete mussten sich seit jeher vorwerfen lassen, ihre Arbeit nur aus Geldgier zu verrichten.¹³² Reinhard Höppner indes wurde nicht müde, in seinen Antwortschreiben an erboste Bürger darauf hinzuweisen, dass in dem Betrag auch die Summe enthalten war, die für die Aufwendungen für Telefon, Miete von Wahlkreisbüros, Autofahrten (wegen der Unzuverlässigkeit öffentlicher Verkehrsmittel) und ähnliches benötigt wurde, gerade weil es noch keine Parteiapparate in den Ländern gab, die solche Kosten hätten übernehmen können. So gesehen sei der Betrag sogar eher zu gering.¹³³

Lebenswelten

Was es für die frisch gewählten Volkskammerabgeordneten bedeutete, von April 1990 an ein Leben als Parlamentarier zu führen, lässt sich schwer ermessen.¹³⁴ Viele von ihnen waren schon unter falschen Voraussetzungen gestartet, von dem, was sie im Anschluss an die Wahl erwarten würde, hatten sie erst recht keine Ahnung. Es existierte allenfalls eine schemenhafte Vorstellung, gespeist von westlichen Fernsehbildern, Berichten oder Hörensagen. Viele meinten im Nachhinein, dass sie sich wohl nicht zur Wahl gestellt hätten, hätten sie gewusst, was auf sie zukommt.

Die Organisation des Abgeordnetenalltags bedurfte intensiver Planung, weil weder eine entsprechende Infrastruktur, das umfasste Unterkünfte, Arbeitsräume, Ausstattung mit Büromaterial, die Telekommunikation, den Transport von und zum Parlament etc., noch bereits automatisierte Abläufe vorhanden waren. Das Präsidium der Volkskammer beschloss daher auf Vorschlag Sabine Bergmann-Pohls die Einrichtung einer eigenen Arbeitsgruppe mit Namen »Arbeits- und Lebensbedingungen der Abgeordneten der Volkskammer« unter Leitung von Vizepräsident Stefan Gottschall (DSU).¹³⁵ Sie hatte die Aufgabe, die Raumfragen zu klären und »schnellstmöglich eine deutliche Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für die Abgeordneten zu

¹³⁰ Bericht über die Schwerpunkte der im II. Quartal 1990 an die Volkskammer gerichteten Petitionen und Eingaben, vom 2. Juli 1990, BArch, DA 1/17473.

¹³¹ »Wichtige Vorlagen vor halbleerem Haus behandelt«, *ND* vom 9./10. Juni 1990.

¹³² H. BUTZER, Diäten und Freifahrt, 1999, S. 435–445.

¹³³ Vgl. die Zuschriften an die Volkskammer in BArch DA 1/16731.

¹³⁴ Zum Konzept der Lebenswelten und speziell der Lebenswelten von Abgeordneten vgl. A. GJURIČOVÁ/A. SCHULZ, Über die Köpfe der Menschen hinweg?, 2014.

¹³⁵ Beschlusprotokoll der Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 17.4.1990, BArch DA 1/18755, Bl. 31.

erreichen.«.¹³⁶ Die Gruppe, bestehend aus jeweils einem Vertreter jeder Fraktion, die sich im April und im Mai regelmäßig traf, sollte Entscheidungen auf Basis der Wünsche der Fraktionen treffen und dem Präsidium dann beschlussreife Anträge unterbreiten. Dessen Entscheidungen setzte die Verwaltung um.¹³⁷ Die Ergebnisse wurden von der Arbeitsgruppe kontrolliert.

Als eines der größten Probleme erwies sich Unterbringung. Die Abgeordneten der alten Volkskammer waren lediglich zwei- bis dreimal pro Jahr in Ostberlin zusammengekommen, und das auch nur für einen, maximal zwei Tage, und dann wieder in ihre Heimatgemeinden zurückgefahren. Schon für diese kurze Zeit genügend Übernachtungsmöglichkeiten bereitzustellen hatte die zuständigen Stellen überfordert. Von 1987 an war die Organisation von Unterkünften in die Verantwortung der Zentralen Koordinierungsstelle des Ministeriums für Verkehrswesen übergegangen, was die Lage entspannte.¹³⁸ Zumal Parteien und DDR-Massenorganisationen (vor allem die SED oder der FDGB, aber auch die CDU) teilweise über eigene Gästehäuser, Wohnheime und ähnliches verfügten, wenn auch manchmal mit nur geringen Kapazitäten. Mit dem März 1990 aber musste für fast 400 Personen dauerhaft eine Unterkunft gefunden werden, in der sie nicht nur schlafen und essen, sondern nach Möglichkeit auch arbeiten konnten. Man griff, wie schon in der Endphase der 9. Volkskammer, auf das sogenannte »Abgeordnetenhotel« in der Ruschestraße, im Stadtteil Lichtenberg im äußersten Osten von Berlin gelegen, zurück, pikanterweise ein ehemaliges Ledigenheim des Ministeriums für Staatssicherheit, sprich: für Stasi-offiziere. Es befand sich bereits seit dem 1. März 1990 in der Rechtsträgerschaft der Volkskammer.¹³⁹

Das stieß nicht bei allen Abgeordneten auf Begeisterung. Gerd Gies (CDU/DA) hielt das Gebäude schlicht für unzumutbar.¹⁴⁰ Im April konnten lediglich zwei von acht Etagen genutzt werden, weil die Renovierungsarbeiten nicht vorankamen.¹⁴¹ Ein Lagebericht führte auf, die Arbeiten seien »wesentlich zu langsam und zu ineffektiv«, vor allem weil die Maler selbst festlegen könnten, welche Räume zu streichen waren. Eine zweite Malerbrigade sei dringend erforderlich, damit die Arbeiten in den folgenden vier Wochen abgeschlossen werden könnten.¹⁴² In der 7. und 8. Etage wohnten aber nach wie vor ehemalige Mitarbeiter des AfNS. Abgeordnete mussten sich Toilet-

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ »Vorstellungen über die Organisation der Arbeit in der Verwaltung der Volkskammer für die Arbeitsgruppe des Präsidiums der Volkskammer Arbeitsmöglichkeiten für Parlamentarier«, BArch DA 1/17900.

¹³⁸ Analyse über Bedarf und Realisierung von Übernachtungen zu den Tagungen der Volkskammer, BArch DA 1/17900.

¹³⁹ Haus 2 sollte eigentlich in ein Altersheim umgewandelt werden, Protokoll 2. Beratung Arbeitsgruppe Arbeitsmöglichkeiten der Parlamentarier am 24. April 1990, BArch DA 1/17900.

¹⁴⁰ ACDP, 07-012 3897.

¹⁴¹ Ebd. Zur Ruschestraße speziell vgl. BArch DA 1/17886. In einer ganz ähnlichen Situation, die auch zu ähnlichen Lösungen führte, befanden sich 1990 die Abgeordneten des tschechischen Parlaments, vgl. A. GJURIČOVÁ, *The MPs' residence*, 2014.

¹⁴² Lagebericht Ruschestraße vom 19. April 1990, BArch DA 1/18743.

ten, Dusche und Miniküche teilen, sofern diese überhaupt vorhanden war.¹⁴³ Dass darüber hinaus der »wohnliche Charakter fehlt[e]«, wie der Lagebericht feststellte, und man sich deshalb über die Ausstattung der Räume mit Sesselgruppen, Bildern und Kunstgewerbe Gedanken machte, fanden die Abgeordneten angesichts der anderen Mängel wohl eher nebensächlich.¹⁴⁴ Das Präsidium erinnerte daran, dass der Wahltermin im März seit langem bekannt gewesen sei, weshalb es für die Verzögerungen keinerlei Verständnis aufzubringen vermochte.¹⁴⁵ Weil sich einen Monat später an der Situation immer noch nichts wesentlich geändert hatte, und die Verwaltung sich inzwischen heftiger Kritik ausgesetzt sah, zog sie in ihrer Not sogar zehn Volkspolizisten zur Unterstützung der Arbeiten hinzu.¹⁴⁶

Den Abgeordneten blieb nichts anderes übrig, als zusammenzurücken. Und zwar nicht nur in der Ruschestraße: Die beiden Mitglieder des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung von AfNS/MfS Konrad Felber (FDP) und Michael Schumann (PDS) mussten sich während einer Dienstreise ein Zimmer im Gästehaus im thüringischen Suhl teilen und nutzten die ungewohnte Nähe, um des nachts über die Freiburger Thesen der Liberalen zu diskutieren.¹⁴⁷

Die Unterbringung der Abgeordneten blieb bis zum Ende Stückwerk. Denn abgesehen von den geschilderten Unzulänglichkeiten reichte die Zahl der in der Ruschestraße vorhandenen Räume längst nicht aus. Deshalb kamen einige angemietete Zimmer im Arbeiterwohnheim in der Leninallee, im Seehotel Friedrichshagen am Müggelsee (für zehn Abgeordnete vom 18. Juni bis 31. Juli), im Haus an der Spree, das der PDS gehörte (für fünf Abgeordnete vom 18. Juni bis 31. Juli) und im Hotel Pension Charlottenhof hinzu.¹⁴⁸ Die PDS-Abgeordneten waren anfangs vor allem in der Neuen Rosstraße untergebracht, da dieses Gebäude aber nur bis zu einem bestimmten Termin gemietet war, mussten sie umziehen. Und weil neue Zimmer zum Teil erheblich teurer waren als die alten, wollten nun auch sie in die Ruschestraße.¹⁴⁹

Diese widrigen Umstände hatten auch Einfluss auf die »Freizeitgestaltung« der Parlamentarier. Abends traf man sich in der Ruschestraße, dem »Abgeordnetenasyll«¹⁵⁰, um gemeinsam zu Gitarrenbegleitung Volks- und Studentenlieder zu singen.¹⁵¹ Überhaupt scheint viel und gerne gesungen worden zu sein. Die CDU-Fraktion besaß sogar einen eigenen Fraktionschor, der zu Günther Krauses Geburtstag vierstim-

¹⁴³ Vgl. die Videoreportage des mdr »Mandat zur Auflösung«, 2010: 20:23–20:40.

¹⁴⁴ Lagebericht Ruschestraße vom 19. April 1990, BArch DA 1/18743.

¹⁴⁵ Protokoll der Dienstbesprechung der Volkskammerverwaltung am 17. Mai 1990, BArch DA 1/18748.

¹⁴⁶ Protokoll der Dienstbesprechung der Volkskammerverwaltung am 18. April 1990, BArch DA 1/18748.

¹⁴⁷ »Mandat zur Auflösung«, 2010: 21:46–22:40. Zu den Freiburger Thesen, die die FDP auf ihrem Bundesparteitag 1971 verabschiedete vgl. K.-H. FLACH/W. MAIHOFER/W. SCHEEL, Freiburger Thesen, 1972.

¹⁴⁸ BArch DA 1/17865.

¹⁴⁹ Vermerk vom 13. Juli 1990, ADS, VK/10. WP 68, Bl. 46.

¹⁵⁰ Joachim Richter (SPD), PV, 5. Tagung am 26. April 1990, S. 133.

¹⁵¹ P. KRÜGER, Einigungsprozeß, 2000, S. 157.

mig »Lobet den Herrn« anstimmte, was Katharina Landgraf rückblickend selbst als »etwas skurril« bezeichnete.¹⁵²

Zusammen mit politischen Diskussionen bis in die Morgenstunden entstand so eine Art Jugendherbergsatmosphäre, die das Gemeinschaftsgefühl stärkte.¹⁵³ Stanislaw Tillich (CDU/DA) sprach von einem »Parlamentarismus, der nachts nicht aufhörte«, weil bis früh in den Morgen gestritten und debattiert wurde.¹⁵⁴ Manche formulierten es auch martialischer: »Das machte aus uns eine Kampfgemeinschaft.«¹⁵⁵ Doch längst nicht allen gefiel es. Matthias Platzeck (Bündnis 90/Grüne) sah es lediglich als Notlösung, er konnte der »Jugendherbergs-Stimmung« nicht viel abgewinnen.¹⁵⁶ Auch Jes Albert Möller (SPD) erinnerte sich eher mit Unbehagen daran, dass das bedrückende Gebäude »mit seinen schäbigen Sprelacartmöbeln« ganz den Geist der Bauherren geatmet habe.¹⁵⁷ Allerdings hatte dieses Zusammengepfertchtsein auch den Vorteil, dass Unsicherheit und das anfangs vorherrschende gegenseitige Misstrauen, das die parlamentarische Arbeit nicht unerheblich behinderte, in dem Maß abgebaut wurde, wie man den anderen, ob aus der eigenen Fraktion oder aus den anderen, kennenlernte.¹⁵⁸

Für die Fahrten zur Volkskammer oder umgekehrt in die Heimatorte wurden gemischtfraktionelle Fahrgemeinschaften gebildet. Auch Sport wurde gemeinsam getrieben: Am 4. Juli fand ein erstes Spiel der Fußballmannschaft der Volkskammer statt, die von da an regelmäßig trainierte.¹⁵⁹ Am 21. September traten schließlich, bezeichnenderweise unter dem Slogan »Miteinander – füreinander – nie wieder gegeneinander«, die beiden deutschen Parlamentsmannschaften zu einem Benefizspiel im Sportforum in Berlin-Hohenschönhausen an, das mit 2:2 unentschieden endete – weil die westdeutsche Mannschaft zusätzlich zu ihren eigenen Treffern auch zwei Eigentore schoss.¹⁶⁰

¹⁵² Katharina Landgraf, in: <https://blogfraktion.de/2010/03/17/freude-erleichterung-und-genugtuung/> [17.3.2010].

¹⁵³ Auch hier gibt es Parallelen zu den tschechischen Kollegen zur selben Zeit. »[T]hese conditions in a way made the lodgers socialize and interact: people would play card games and have ›endless debates‹ in the hotel bar.« A. GJURIČOVÁ, *The MPs' residence*, 2014, S. 235 f.

¹⁵⁴ »Mandat zur Auflösung«, *SachsenSpiegel* vom 30. März 2010: 1:14–1:26.

¹⁵⁵ Michael Luther, in: <https://blogfraktion.de/2010/03/17/es-war-großartig/> [17.3.2010].

¹⁵⁶ »Identität bleibt erhalten. Gespräch mit dem Volkskammer-Abgeordneten der DDR-Grünen, Matthias Platzeck«, in: *Die Grünen*, Nr. 20 vom 19. Mai 1990.

¹⁵⁷ J. MÖLLER, »Dann nimmt doch«, 2009, S. 41.

¹⁵⁸ Vgl. dazu P. KRÜGER, *CDU/DA-Fraktion*, 2000, S. 157 f.

¹⁵⁹ Hinweise auf das Training wurden von Stefan Gottschall praktischerweise jeweils in den Plenarsitzungen gegeben, vgl. PV, 20. Tagung am 29. Juni 1990, S. 816 u. 23. Tagung am 12. Juli 1990: 3:06:16 (nicht im Protokoll vermerkt).

¹⁶⁰ »Töpfer lief seiner Form hinterher«, *BZ* vom 22. September 1990.

Abb. 15 Wimpel zur Erinnerung an das Fußballspiel zwischen den Mannschaften der Volkskammer und des Deutschen Bundestags am 21. September 1990.



Und vor den Volkskammersitzungen wurden regelmäßig ökumenische Andachten abgehalten. Es hat durchaus Tradition, zumindest die feierliche Eröffnung eines Parlaments mit einem zuvor stattfindenden Gottesdienst zu verbinden.¹⁶¹ Für die DDR jedoch war es ein Novum. Die Planung und Organisation des Gottesdienstes vor der konstituierenden Sitzung geriet zu einer Art Wettlauf zwischen CDU/DA und SPD. Die CDU/DA, lange Zeit der festen Überzeugung, mit dieser Idee alleine zu sein, versuchte, alle Details in ihrer Fraktionssitzung vom 2. April unter Dach und Fach zu bringen, um die anderen Fraktionen mit den Resultaten konfrontieren zu können. Etliche Dinge wollten berücksichtigt sein: Was sollte es werden, Gottesdienst oder Andacht? Welcher Pfarrer sollte predigen, wer die Orgel spielen? Öffentlich oder nichtöffentlich? Mit Angehörigen oder ohne? In der Französischen Friedrichstadtkirche, im Berliner Dom oder ganz woanders?

Wegen seiner äußerst günstigen Lage, der praktischen Nähe zur Volkskammer, war der Berliner Dom im Lustgarten erste Wahl. Aber auch andere Kirchen wären möglich gewesen, so hatte Lothar de Maizière ursprünglich an die Französische Friedrichstadtkirche gedacht. Ein Pfarrer fand sich schließlich mit dem aus der

¹⁶¹ Vgl. u. a. J. MATZERATH, *Parlamentseröffnungen*, 2008. In Großbritannien beispielsweise gibt es vor jeder Sitzung des Parlaments eine kurze Andacht, die vom hauseigenen Kaplan gehalten wird.

Nähe von Gera stammenden Diakon und Prediger Klaus Domke. Günther Krause, von Beruf zwar Informatiker, aber mit Erfahrung als Amateur-Organist, erklärte sich bereit, die Orgel zu spielen, trat diese Aufgabe aber dann an Dietmar Unger aus Schwerin ab, der zwar auch kein Organist, aber immerhin diplomierter Musiker war.

Nachdem das alles fraktionsintern geklärt war und nur noch den anderen präsentiert zu werden brauchte, mussten die Verhandlungsführer der CDU/DA in den Koalitionsgesprächen feststellen, dass die SPD auf exakt dieselbe Idee gekommen war. Damit war das ganze Konzept hinfällig. Denn zum einen konnte man den potentiellen Koalitionspartner schlecht vor vollendete Tatsachen stellen, ohne ihn wenigstens nach seinen Vorstellungen gefragt zu haben, und zum anderen hatte die SPD Einwände. Vor allem gegen den Ort: Der Berliner Dom rief ihr zu viele Assoziationen an das unselige preußische Bündnis von Thron und Altar, also an das protestantische Staatskirchentum, wach. Auch der Plan der Christdemokraten, einen Pfarrer aus der eigenen Fraktion die Leitung der Andacht übernehmen zu lassen, war nun obsolet. Am Ende einigte man sich auf die Gethsemanekirche in Prenzlauerberg, die während der revolutionären Ereignisse des Herbstes 1989 ein zentraler Ort des Protests gewesen war, und auf gleich drei Pfarrer: die Moderatoren des Zentralen Runden Tisches Martin Ziegler, Monsignore Karl-Heinz Ducke und Martin Lange.

Doch nicht nur zwischen den Koalitionspartnern in spe war Eintracht und Harmonie das Gebot der Stunde. Die Idee eines Gottesdienstes als feierlicher Auftakt ihrer parlamentarischen Arbeit schien eine andere Gruppe von Abgeordneten von vornherein auszuschließen: Die größtenteils konfessionslosen oder sich als Atheisten verstehenden Mitglieder der PDS.¹⁶² Lothar de Maizière gab zu bedenken, dass man nicht gleich zu Beginn ein Gefühl der Ausgrenzung aufkommen lassen solle: »Wir wollen eine Volkskammer werden, und es wird sicher einige geben, die nicht zum Gottesdienst gehen«. Vor allem die PDS-Fraktion werde ja wohl, selbst wenn sie eingeladen sei, nur in ganz begrenzter Anzahl teilnehmen.¹⁶³ Deshalb auf den Gottesdienst zu verzichten, kam für ihn nicht in Frage, aber allzu offensichtlich sollte das für sicher gehaltene Fehlen der PDS-Abgeordneten auch nicht werden. De Maizière sah die Lösung darin, den Zugang der Journalisten zu beschränken. Die Fernsehkameras sollten zwar den »Einmarsch der Gladiatoren« filmen dürfen, aber nicht den Gottesdienst selbst, um nicht nach außen ein »Bild der Spaltung« zu transportieren. Seine Sorge sollte sich allerdings als unbegründet erweisen: Die PDS-Fraktion erschien vollzählig.¹⁶⁴ Wenn auch aus anderen Gründen, als de Mai-

¹⁶² Von denjenigen PDS-Abgeordneten, die Angaben zu ihrer Konfessionszugehörigkeit gemacht hatten, bezeichneten sich 4,5 Prozent als protestantisch, 47,8 Prozent als Atheisten, C. HAUSMANN, Biographisches Handbuch, 2000, S. XXI.

¹⁶³ Lothar de Maizière in der Fraktionssitzung am 4. April 1990, ACDP, TA 07-012 6101.

¹⁶⁴ Vgl. *FAZ* vom 6. April 1990 sowie »Das zarte Pflänzchen Demokratie ist uns nun anvertraut«, *Das Parlament* vom 13./20. April 1990 und »Neuanfang mit Zuversicht und Vertrauen«, *NZ* vom 6. April 1990. Siehe auch den Filmbeitrag in:

zière es sich vermutlich vorstellte. Laut Hans Modrow nahm sie teil, weil es nötig sei, »in der DDR zu neuen ethischen Werten zu kommen«, wozu die »Kirchen maßgeblich beitragen« könnten,¹⁶⁵ und, wie Ruth Fuchs später schrieb, »um den Männern, der Kirche, die in schwierigen Stunden Geduld und Toleranz bewiesen hatten, mit diesem Besuch Achtung zu bezeugen.«¹⁶⁶

Es blieb nicht bei diesem einen Gottesdienst. Von Juni an fanden regelmäßig Morgenandachten jeweils eine Stunde vor Beginn der Plenarsitzungen statt. Der Wunsch nach einem kurzen Moment der Besinnung vor Beginn der Tagungen war von Abgeordneten verschiedenster Fraktionen geäußert worden. Zuerst hatte man die Andacht der Einfachheit halber im Palast der Republik abhalten wollen, da das aber aus verschiedenen Gründen nicht möglich war, und das Präsidium einen Ort außerhalb des Palasts empfohlen hatte, weil »in der Umgebung genügend sakrale Bauten zur Verfügung stehen«¹⁶⁷, einigte man sich dann doch auf den Berliner Dom. Die erste dieser Meditationen sollte der Domprediger Martin Beer halten, bei den folgenden wollten es die Abgeordneten »so natürlich wie möglich« verfahren, indem sie selbst reihum die Gestaltung übernahmen. Da die Volkskammersitzungen möglichst um 9 Uhr beginnen sollten, traf man sich eine Stunde vorher.¹⁶⁸

Als es um die interne Abschlussfeier für die Abgeordneten ging, hörten die Gemeinsamkeiten allerdings auf. Sabine Bergmann-Pohl war die Lust auf eine fraktionsübergreifende Feier inzwischen gründlich vergangen, nachdem im Juli PDS und Bündnis 90/Grüne die provokante Frage gestellt hatten, was es denn zu feiern gebe und das dann auch noch von der Presse verbreitet wurde.¹⁶⁹ Also planten die Fraktionen unabhängig voneinander. Die CDU beispielsweise schwankte zwischen einer feierlichen Veranstaltung im Prinzenpalais – am 27. Juni hatte die Fraktion schon einmal eine große Fete im Palais Unter den Linden veranstaltet – und einer eher gemütlichen, informellen. Paul Krüger hatte der »Singsang in der Ruschestraße« außerordentlich gefallen. »Wir haben einige begabte Sänger in unseren Reihen, auch Klampfenspieler, das macht unheimlich Laune«. Er könne sich vorstellen, dass das viel lustiger und schöner werde, als wenn es so förmlich und steril ablaufe. Die Fraktionsfeier für alle Abgeordneten und Mitarbeiter der Fraktion fand dann schließlich am 18. September in einem Restaurant in der Leipziger Straße statt.¹⁷⁰

04-05-frei-gewaelhte-volkskammer.html. Dort sieht man Hans Modrow und Gregor Gysi beim Verlassen der Kirche. Bei dem leider nicht mit einem Quellennachweis versehenen Ausschnitt handelt es sich um einen Beitrag in der Hauptausgabe der *Aktuellen Kamera am Abend* vom 5. April 1990 aus dem Bestand des Deutschen Rundfunkarchivs, DRA OVC 0001002.

¹⁶⁵ »Auch Modrow kam zum Volkskammer-Gottesdienst«, *Münchener Merkur* vom 6. April 1990.

¹⁶⁶ R. FUCHS, Gott schütze, 1990, S. 16. Auch Gregor Gysi wollte damit »die positive Rolle der Kirche in der DDR« gewürdigt wissen, vgl. »Frau Unbekannt«, *Stuttgarter Zeitung* vom 6. April 1990.

¹⁶⁷ Beschlußprotokoll der Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 8.5.1990, BArch DA 1/18793.

¹⁶⁸ Vgl. Fraktionssitzung am 29. Mai 1990, ACDP, TA 07-012 6109.

¹⁶⁹ Fraktionssitzung am 11. September 1990, ACDP, TA 07-012 6121.

¹⁷⁰ Die PDS feierte am 1. Oktober am Müggelsee, ADS, VK/10. WP 66, Bl. 133.

Arbeitsbedingungen

Ein Parlament arbeitet nicht nur im Plenarsaal. Wohl die meiste Zeit verbringen die Abgeordneten in diversen Sitzungen von Fraktionen, Ausschüssen und Arbeitskreisen oder an den Schreibtischen ihrer Büros. Doch gerade Räume für solche Zwecke waren im Palast der Republik Mangelware. Die Verwaltung der Volkskammer hatte bei der ersten Zusammenkunft mit den Fraktionsvertretern am 20. März den unbefriedigenden Zustand gar nicht erst zu beschönigen versucht:

»Was die Tätigkeit der Fraktionen betrifft, müssen wir Sie um Verständnis bitten. Dieses Haus ist für solche auf uns zukommende Aktivitäten der ständigen und vielfältigen Arbeit nicht gebaut. Hier gibt es so gut wie keine Büros. Hier gibt es ganz wenige repräsentative Räume. Hier gibt es den Saal, den die meisten kennen. Hier gibt es einige Fraktionsräume, die allerdings für die großen Fraktionen zu wenig Platz bieten.«¹⁷¹

Büroräume standen laut Verwaltung erst ab dem 1. April und dann auch nur schrittweise zur Verfügung. Bis dahin mussten sich die Abgeordneten mit Provisorien begnügen. Für die CDU/DA-Fraktion bot die Volkskammerverwaltung ein Übergangsquartier an, den sogenannten Steinsaal im Haus der Ministerien an der Leipziger Straße, der jedoch nur bis zum 6. Mai zur Verfügung stand.¹⁷² Manche Parlamentarier deponierten ihre Akten über Nacht im Auto, weil sie nicht wussten, wo sie sie sonst lagern sollten.¹⁷³ Und im Palast der Republik zog man in die Flure Glaswände ein und schuf so kleine Kammern, die dann während der Plenartagungen als Sekretariate genutzt werden sollten.¹⁷⁴

Ausweichquartiere, nach denen nun fieberhaft Ausschau gehalten wurde, waren nicht einfach zu finden und wenn es sie gab, mussten sie oft erst mühsam anderen Nutzern abgehandelt werden. Insbesondere weil die PDS sich lange Zeit zierte, aus dem Immobilienbestand der SED Gebäude zur Verfügung zu stellen, blieb die Raumversorgung ein immerwährendes Ärgernis.¹⁷⁵ Die SPD vermutete schon im März, dass die SED-PDS die Arbeitsbedingungen der Volkskammer dadurch zu erschweren versuche, dass sie sich mit der Räumung des ZK-Gebäudes am Werderschen Markt erheblich Zeit lasse.¹⁷⁶ Denn vor allem dieses Haus, das jetzt un-

¹⁷¹ Zusammenkunft der Vertreter der Parteien und politischen Vereinigungen, die durch Abgeordnete vertreten sind, zur Vorbereitung der Konstituierung der Volkskammer, 20. März 1990, BArch DA 1/19094.

¹⁷² Ebd. 1935 als Sitz des Reichsluftfahrtministeriums gebaut, tagte dort 1949 die provisorische Volkskammer, danach wurde es als »Haus der Ministerien« genutzt. Seit 1999 ist es Sitz des Bundesfinanzministeriums.

¹⁷³ Vgl. »Mandat zur Auflösung«, 2010: 10:00–10:10.

¹⁷⁴ BArch DA 1/19094.

¹⁷⁵ Zum SED-Grundstücksvermögen siehe den »Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR über das Vermögen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) jetzt: Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), der sonstigen politischen Organisationen« vom 24. August 1998, BT Drs. 13/11353, hier v. a. S. 78 f.

¹⁷⁶ Vgl. den Bericht Alwin Ziels, Protokoll der Fraktionssitzung vom 28. März 1990, AdSD, Mappe 15.

ter dem neuen Namen »Haus der Parlamentarier« firmierte, sich seit dem 1. April in Rechtsträgerschaft der Volkskammer befand und für die letzten beiden Sitzungen im September auch das Plenum beherbergen sollte, war als Arbeitsstätte für die Fraktionen gedacht.

Allerdings waren dort am 3. April, wie das Beispiel der Sozialdemokraten zeigt, also zwei Tage vor der konstituierenden Sitzung, die wenigsten Räume bezugsfertig. Die 88 Mitglieder starke SPD-Fraktion – die Mitarbeiter nicht mitgerechnet – konnte zuerst nur 20 Zimmer nutzen, bis zum 25. April kamen weitere 20 Räume hinzu. Vom 28. April an war dann zwar die gesamte 3. Etage des Hauses frei.¹⁷⁷ Nur reichte das bei weitem nicht aus. Bis Anfang Mai hatten die Fraktionen folgende Raumwünsche für das Haus der Parlamentarier angemeldet: Die vierte Etage beanspruchte als größte Fraktion CDU/DA mit 350 Zimmern komplett für sich.¹⁷⁸ Die dritte Etage sollten sich SPD (180 Räume), DSU (63), FDP (50) und DBD/DFD (20), die fünfte Etage PDS (107) und Bündnis 90/Grüne (48) teilen. Dem Volkskammerpräsidium war die 2. Etage, der Verwaltung die 1. Etage und das Zwischengeschoss vorbehalten.¹⁷⁹ Dieser Forderung von knapp 820 Räumen standen aber nur 700 verfügbare Zimmer entgegen.

Am 8. Mai sollte endgültig über die Zimmerbelegung entschieden werden, nachdem allen Fraktionen noch einmal die Möglichkeit gegeben worden war, sich mit dem Plan vertraut zu machen.¹⁸⁰ Die SPD meldete dabei beispielsweise erhebliche Zweifel am Raumbedarf der Verwaltung an. Laut Plan seien allein 174 von 556 Räumen für die Verwaltung reserviert, das erschien ihr unverhältnismäßig viel.¹⁸¹ Doch der Plan wurde schließlich bestätigt, am 9. Mai sollten alle Fraktionen ihrer Zimmer beziehen.

Mit der endgültigen Raumverteilung sah die interfraktionelle Arbeitsgruppe, die sich um Wohn- und Arbeitsbedingungen der Abgeordneten kümmerte, den größten Teil ihrer Aufgaben als erledigt an, und beschloss, künftig nur noch in größeren zeitlichen Abständen zu tagen und in erster Linie als Kontrollinstanz zu arbeiten.¹⁸² Doch das war eine eklatante Fehleinschätzung der Lage, denn schon in der nächsten Sitzung am 17. Mai musste sie sich mit Kritik an der schleppenden Schlüsselübergabe, der zu langsam vor sich gehenden »malermäßigen Instandsetzung«, am Fehlen von Büromöbeln im Haus der Parlamentarier und an der völlig unzureichenden Bereitstellung von Unterkünften in der Ruschestraße auseinandersetzen. Die Arbeitsgruppe richtete eine Beschwerde an die Präsidentin der Volkskammer.¹⁸³

¹⁷⁷ Fraktionssitzung am 3. April 1990, AdsD, Mappe 18 und Fraktionssitzung am 26. April 1990, AdsD, Mappe 25.

¹⁷⁸ Stichwortprotokoll über die V. Sitzung der Fraktion der CDU in der Volkskammer am 19.4.1990, ACDP 07-012 6013.

¹⁷⁹ Bericht Innere Verwaltung Zimmerbelegungsplan für die Fraktionen der Volkskammer vom 2. Mai 1990, BArch DA 1/16738 b.

¹⁸⁰ Protokoll der 4. Beratung am 7. Mai u. Protokoll der 5. Beratung am 8. Mai 1990, BArch DA 1/17900.

¹⁸¹ Schreiben PGF SPD Schultze an Verwaltung Holl vom 8. Mai 1990, BArch DA 1/17900.

¹⁸² Protokoll der 5. Beratung am 8. Mai 1990, ebd.

¹⁸³ Protokoll der 6. Beratung am 17. Mai 1990, ebd.

Am 22. Mai konnte der Verwaltungsleiter der SPD-Fraktion, Matthias Reichelt, berichten, dass man endlich 94 Räume in der zweiten und dritten Etage zugewiesen bekommen habe. Das sei aber immer noch nicht ausreichend, denn eigentlich war ein eigener Arbeitsraum für jeden Abgeordneten geplant, plus derjenigen für Mitarbeiter und Verwaltung. Die Arbeitsgruppensitzungen sollten daher in den größeren Räumen der Vorsitzenden stattfinden. Außerdem wurden immer noch Arbeitsgruppensekretärinnen in Schreibbüros zusammengesetzt, teilweise mussten die Mitarbeiter und Abgeordnete sich einen Raum teilen.¹⁸⁴

Wegen Streitigkeiten zwischen CDU und Grünen gab es am 30. Mai einen Orts-termin mit Begehung sämtlicher Arbeitsräume im Haus der Parlamentarier. Am 19. Mai hatte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/DA-Fraktion Clemens Schwalbe schriftlich bei der Präsidentin gegen die »unzumutbare Situation« protestiert, dass, entgegen dem Präsidiumsbeschluss, Abgeordnete von SPD und Bündnis 90/Grüne aus den Räumen, die seiner Fraktion zugesprochen worden waren nicht auszögen, bzw. dass die Räume von anderen Fraktionen belegt würden.¹⁸⁵ In der Fraktionssitzung nannte jemand das eine »Art Sitzstreik«, musste den Grünen aber beipflichten, dass die ihnen zugewiesenen Zimmer in der 5. Etage nicht nutzbar waren.¹⁸⁶ Damit hatten sie ihre Weigerung begründet, nicht umzuziehen.¹⁸⁷

Doch nicht nur die Büros, auch die größeren Räume für die Sitzungen fehlten. Und das war vor allem für die mitgliederstarken Fraktionen ein Problem. Die SPD-Fraktion beispielsweise musste ihre konstituierende Sitzung in der ehemaligen Partei-hochschule »Karl Marx« der SED am Köllnischen Park abhalten, weil sie nirgendwo sonst Platz fand.¹⁸⁸ Die CDU/DA als mit 163 Mitgliedern zahlenmäßig größte Fraktion ging zum selben Zweck in das Haus der Ministerien in der Leipziger Straße, erst von der zweiten Sitzung an traf sie sich im ehemaligen Sitzungssaal des ZK der SED im »Haus der Parlamentarier«. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/DA, Paul Krüger, berichtete davon, dass es darüber hinaus vor allem bei außer-ordentlichen, und das heißt *ad hoc* einberufenen Sitzungen problematisch wurde. Die erste dieser Zusammenkünfte, gleich während der konstituierenden Volkskammer-sitzung, »fand, in Ermangelung eines anderen Raumes, zwischen Kulissen und Beleuchtung in der Probebühne des Palastes der Republik« statt, wobei einige Fraktions-mitglieder Schmiere stehen mussten, um sicherzustellen, dass kein Unbefugter von taktischen Absprachen und Interna erfuhr.¹⁸⁹

Einen Versuch, für die wöchentlichen Vollversammlungen der Fraktion in einen grö-ßeren Raum umzuziehen, um mehr Platz und Luft zu haben, brach die CDU im Juni er-

¹⁸⁴ Schreiben Reichelt an die Mitglieder der SPD-Fraktion (mit Raumverteilungsplan und Bemerkungen dazu), 22. Mai 1990, AdsD, Mappe 31.

¹⁸⁵ Protest über die Arbeitsmöglichkeiten für die Abgeordneten der CDU/DA-Fraktion vom 19. Juni 1990, Schreiben Schwalbe an Bergmann-Pohl, BArch DA 1/17865.

¹⁸⁶ Fraktionssitzung am 29. Mai 1990, ACDP, TA 07-012 6109.

¹⁸⁷ Protokoll 7. Beratung am 29. Mai, BArch DA 1/17900.

¹⁸⁸ M. GUTZEIT, *Aufbau, Organisation und Arbeit*, 2000, S. 27.

¹⁸⁹ P. KRÜGER, CDU/DA-Fraktion, 2000, S. 158.

folglos ab. Die Sitzung stand unter keinem guten Stern, die Techniker bekamen Schwierigkeiten mit den Mikrofonen nicht in den Griff, die Redner waren deshalb kaum zu verstehen und wenn doch, hallte es extrem. Ohne Mikrofon zu sprechen, wie Günther Krause es versuchte, funktionierte auch nicht. Zu allem Überfluss erwies sich der Saal nicht nur als akustisch katastrophal, sondern gleichzeitig auch noch als äußerst hellhörig: Alles, was drinnen besprochen wurde, war draußen zu hören, weshalb Krause forderte, die Sitzung sofort zu unterbrechen und in den alten Sitzungssaal, »den Schlauch«, zurückzukehren. Der bislang genutzte war an diesem Tag von der PDS belegt.¹⁹⁰

Bei der Suche nach weiteren Räumen stieß das Volkskammerpräsidium schließlich auf das Gebäude der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED am Platz der Akademie (heute wieder Gendarmenmarkt), das sich nach wie vor in der Rechtsträgerschaft der SED befand. Das Gebäude hatte 230 voll ausgestattete Büroräume plus 36 Gästezimmer und verfügte außerdem über Konferenzräume, war also eigentlich ideal für die Bedürfnisse der Fraktionen. Die Verwaltung wurde beauftragt, Verhandlungen aufzunehmen, um das Haus zu mieten. SPD und Bündnis 90/Grüne sollten sich umgehend dort umsehen, um festzustellen, ob sie die Räume für geeignet hielten.¹⁹¹ Christian Friedrich Schultze und Martin Gutzeit, die die 100 für die SPD vorgesehenen Räume in Augenschein nahmen, fanden sie allerdings »unzumutbar«. In Abstimmung mit den anderen Fraktionen schlugen sie vor, dass die PDS dort doch selbst einziehen solle.¹⁹²

Jetzt wurde das Volkskammerpräsidium ungeduldig. Es stellte fest, »dass die eingesetzte Gruppe hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen und Übernachtungsmöglichkeiten für die Abgeordneten ihren Aufgaben nicht gerecht geworden« sei. Der Zwischenbericht sei unvollständig.¹⁹³ Reinhard Höppner war die verfahrenere Situation inzwischen so peinlich, dass er alle Teilnehmer des Gesprächs ausdrücklich um Stillschweigen bat, weil es blamabel sei, womit sich das Präsidium beschäftigen müsse.¹⁹⁴ Ein gemeinsamer Antrag von CDU/DA, SPD, DSU, Liberalen, DBD/DFD und Bündnis 90/Grünen, der das Thema Arbeitsbedingungen der Parlamentarier vors Plenum, und damit in die Öffentlichkeit gebracht hätte, wurde aber im letzten Moment von der Tagesordnung abgesetzt, weil inzwischen beim Präsidium ein Schreiben der PDS eingegangen war. Darin bot deren Parteivorstand der Volkskammer zusätzliche 120 Räume in der Kurstraße 36 an, einem Seitenflügel des Hauses der Parlamentarier, die bislang vom Bezirksvorstand der PDS belegt wurden, und die die PDS bis zum 10. Juli geräumt haben wollte.¹⁹⁵ Die SPD bekam die Nachricht, dass die

¹⁹⁰ Fraktionssitzung am 19. Juni 1990, ACDP TA 07-012 6112.

¹⁹¹ Beschlußprotokoll der 13. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 6.6.1990, BArch DA 1/18794.

¹⁹² Sitzung Geschäftsführender Fraktionsvorstand 11. Juni 1990, AdsD; Mappe 89.

¹⁹³ Beschlußprotokoll der 14. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 13.6.1990, BArch DA 1/18794.

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Beschlußprotokoll der 15. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 20.6.1990, BArch DA/18766. Sitzung Geschäftsführender Fraktionsvorstand 25. Juni 1990, AdsD, Mappe

Renovierung des Gebäudes bis zum 31. August abgeschlossen sei und sie dann die für sie vorgesehenen Räume beziehen könne.¹⁹⁶ Dort verfügte sie nun immerhin über einen Sitzungssaal mit eigener Technik.¹⁹⁷

Doch nicht nur die Raumsituation an sich, auch die Ausstattung ließ mehr als zu wünschen übrig. Es begann damit, dass vielfach so simple Dinge wie Tische und Stühle fehlten. Von technischem Gerät wie Schreibmaschinen, Computern, Radios, Fernsehern, Kopierern, Festnetz- oder Mobiltelefonen, Anrufbeantwortern oder Faxgeräten gar nicht zu reden. Dieses Material musste durch die westdeutschen Schwesterparteien oder aber den Deutschen Bundestag organisiert und zur Verfügung gestellt werden. Noch am 20. April klagte Eckhard Altmann (CDU/DA) in der Plenarsitzung: »Ich habe in dem großen Haus mit den 1000 Zimmern da drüben vier Wochen nach der Wahl keinen Tisch, keinen Stuhl, kein Zimmer, nichts.«¹⁹⁸

Beim ersten offiziellen Zusammentreffen der beiden deutschen Parlamentspräsidien am 30. April bat Sabine Bergmann-Pohl ihre Kollegin Rita Süßmuth um Hilfe. Direktor Herbert Kelle schickte wenige Tage später den Wunschzettel der Volkskammerverwaltung an den Direktor beim Deutschen Bundestag, wonach allein für die Verwaltung »dringend« 11 Kopierer, 14 Computer plus Drucker und elektronische Schreibmaschinen, 5 Telefaxgeräte, 6 Mobiltelefone, 30 Handdiktiergeräte, 10 Konferenzaufzeichnungsanlagen, 11 Papierzerkleinerer und 4 Videogeräte benötigt würden.¹⁹⁹ In seinem Antwortschreiben berichtete Joseph Bückler, dass »unter Berücksichtigung der haushaltsmäßigen Möglichkeiten« die besonders dringenden Dinge inzwischen beschafft seien, alles andere würde bis zum 29. Juni ausgeliefert.²⁰⁰ Der Bundestag stellte überdies im Juli 125 000 DM für Büro- und Kopiertechnik zur Verfügung.²⁰¹ Der Druck von Briefbögen und Visitenkarten wurde ebenfalls über den Bundestag organisiert.²⁰²

Der Vorschlag der Arbeitsgruppe für die »Arbeitsbedingungen der Parlamentarier«, Computer anzuschaffen, war aus den eigenen Haushaltsmitteln nicht zu realisieren. Das Volkskammerpräsidium bat deshalb zu eruieren, ob eine Finanzierung durch den Deutschen Bundestag möglich sei.²⁰³ Man entschied sich aber schließlich

90. Schreiben Vorsitzender der PDS Gregor Gysi an Präsidentin der Volkskammer Bergmann-Pohl vom 19. Juni 1990, BArch DA 1/18273.

¹⁹⁶ Mitteilung der Objektverwaltung Abt. Liegenschaften vom 22. August 1990, BArch DA 1/18270.

¹⁹⁷ Protokoll der Fraktionssitzung am 3. Juli 1990, AdsD, Mappe 44.

¹⁹⁸ PV, 4. Tagung am 20. April 1990, S. 84 f.

¹⁹⁹ Schreiben Herbert Kelle an Joseph Bückler vom 3. Mai 1990, BArch DA 1/17900.

²⁰⁰ Gemeint waren vor allem Kopierer und Aktenvernichter, Schreiben Bückler an Niggemeier vom 28. Juni 1990, ebd.

²⁰¹ Information für den Kollegen Niggemeier, Holl vom 3. Juli 1990, ebd.

²⁰² Fraktionssitzung vom 22. Mai 1990, ACDP, TA 07-012 6108.

²⁰³ Beschlußprotokoll der 15. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 20. Juni 1990, BArch DA 1/18794.

für eine Finanzierung durch die Fraktionen, die Volkskammer stellte dafür eine einmalige Sonderzahlung von 150 000 Mark bereit.²⁰⁴

Der katastrophale Zustand des Telefonnetzes in der DDR – funktionierende Verbindungen nach Westdeutschland waren zu dieser Zeit nach wie vor Mangelware – zwang Johannes Nitsch, einen der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von CDU/DA dazu, täglich 20 Minuten die Strecke von der Volkskammer zum in West-Berlin gelegenen Reichstag zu laufen, um dort vom CDU-Fraktionsbüro aus mit seinem Partner aus der Bundesregierung, Veit Steinle, zu telefonieren.²⁰⁵ Installation und Gebrauch von Fax-Geräten wurde zumindest anfangs gar nicht erst erwogen, »da der Zustand des Telefonnetzes in der DDR eine einwandfreie Übertragung nur bedingt zuläßt.«²⁰⁶ Erst Ende Mai war schließlich eine Sonderleitung geschaltet, die von jedem Hausapparat in der Volkskammer sofort mit dem Bundesgebiet verband, damit die Lauferei zum Reichstag endlich ein Ende hatte.²⁰⁷ Eine einheitliche Einwahlnummer für die Anschlüsse der Volkskammer gab es erst Ende August.²⁰⁸

Ereignete sich Unvorhergesehenes, wurde es schwierig. In der außerordentlichen Fraktionssitzung von CDU/DA am 11. April fehlten 30 Fraktionsmitglieder, einfach weil sie die Nachricht zu spät oder überhaupt nicht erreicht hatte. Höchstens ein Drittel von ihnen besaß überhaupt ein Telefon, dringende Informationen mussten deshalb per Telegramm weitergeleitet werden. Im günstigsten Fall dauerte das bis zu fünf Stunden, was für manchen dann schon zu spät war, um noch rechtzeitig in Berlin einzutreffen. *Die Welt* berichtete, sozusagen als Kuriosum, von Frank Dietrich (CDU/DA) aus Kerkwitz, einem Dorf bei Guben in der Niederlausitz direkt an der polnischen Grenze, den ein »Blitztelegramm« seiner Fraktion erst eineinhalb Tage später erreicht habe und der sich dann noch in der Nacht nach Berlin aufmachte, um wenigstens am nächsten Tag noch an der Sitzung teilzunehmen.²⁰⁹ Seine Fraktion war kurzfristig zu einer Vollversammlung für den 10. und 11. April einberufen worden, um sie über den Stand der Koalitionsverhandlungen und der Regierungsbildung informieren zu können und um den Fraktionsvorstand zu wählen.²¹⁰

Die Bedingungen, unter denen die Abgeordneten der 10. Volkskammer arbeiten mussten, blieben bis zum Schluss unzureichend. Das, was als Übergangslösung gedacht war, wurde quasi zum Dauerzustand. Der Bedarf an Räumen überstieg grundsätzlich das Angebot. Dringend benötigte Gebäude wurden erst nach Verhandlungen und sukzessiv zugänglich gemacht. Oft waren sie zudem in schlechtem Zustand, die

²⁰⁴ Beschlußprotokoll der 16. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 27. Juni 1990, BArch DA 1/18794.

²⁰⁵ »Mandat zur Auflösung«, 2010: 13:08–13:45.

²⁰⁶ »Arbeitsmöglichkeiten der Parlamentarier« Protokoll der 4. Beratung am 7. Mai, BArch DA 1/17900.

²⁰⁷ Fraktionssitzung am 29. Mai 1990, ACDP TA 07-012 6109.

²⁰⁸ Schreiben Direktor der Verwaltung an die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen vom 21. August 1990, BArch DA 1/18270.

²⁰⁹ »Kein ›heißer Draht‹ – zu spät zur Volkskammer«, *Die Welt* vom 12. April 1990.

²¹⁰ Stichwortprotokoll IV. Fraktionssitzung am 10./11. April 1990, CDU/DA, ACDP, 07-012 6103.

Materialausstattung entweder gar nicht vorhanden oder nicht den Erfordernissen gemäß, Renovierungsmaßnahmen verzögerten sich. Dass die Arbeit der Volkskammer unter solchen Umständen nicht komplikationslos verlief, ist daher kaum verwunderlich.

3. Parlamentarisches Prozedere

Um überhaupt arbeitsfähig zu werden, mussten sehr rasch Organisationsstrukturen aufgebaut, Verfahrensweisen entwickelt und die Funktionsträger in Fraktionen und Ausschüssen gewählt werden.²¹¹ Diese Strukturen und Abläufe waren dabei ganz nach dem Bonner Modell ausgerichtet. So orientierte sich Zahl und Zuschnitt der insgesamt 26 Ausschüsse²¹² beispielsweise ebenso am Bonner Beispiel wie Zahl und Zuschnitt der Ministerien. Das Ziel war, so viele Parallelen zu Bonn wie möglich zu schaffen, einfach, um schnell mit der Arbeit beginnen zu können und keine Reibungsverluste zu erzeugen.²¹³

Zentrales Beispiel dafür und gleichzeitig Kernstück parlamentarischer Arbeit war die Geschäftsordnung. Die alte Geschäftsordnung der Volkskammer von 1974²¹⁴ bildete zwar noch die Arbeitsgrundlage für die Durchführung der konstituierenden Sitzung, war im Grunde genommen aber völlig unbrauchbar, weil in ihr alles für den Parlamentsbetrieb wesentliche gerade *nicht* geregelt war.²¹⁵ In Ermangelung von Vorgaben wurden die Details des Ablaufs der konstituierenden Sitzung deshalb am 29. März in einer Beratung der Vertreter der einzelnen Fraktionen mit dem amtierenden Volkskammerpräsidenten vereinbart.²¹⁶ Die SPD kam mit einem vorbereiteten Entwurf für eine Geschäftsordnung in die Volkskammer, entstanden in einer Arbeits-

²¹¹ Einen kursorischen Überblick über die Organisation und Arbeitsabläufe der 10. Volkskammer bietet G. PETERS, *Tätigkeit*, 2010.

²¹² Anders als der Deutsche Bundestag hatte die Volkskammer zudem Ausschüsse für Verfassung und Verwaltungsreform, für Kultur, für Presse und Medien sowie für Handel und Tourismus. Hinzu kamen drei Sonderausschüsse: der Zeitweilige Prüfungsausschuss, der Ausschuss zur Kontrolle der Auflösung von AfNS und MfS sowie derjenige zur Untersuchung der Vorgänge um die psychiatrische Klinik in Waldheim.

²¹³ Udo Kamm schlug vor, § 8 (Arbeitsgruppen) der Fraktionsgeschäftsordnung entsprechend derjenigen der Bundestagsfraktion zu ändern. Das Fehlen deckungsgleicher Arbeitsgruppen sei eine Ursache der noch nicht befriedigend laufenden Arbeit der Fraktion. Stichwortprotokoll VIII. Fraktionssitzung CDU/DA am 8. Mai 1990, BArch DA 1/16627.

²¹⁴ GBl. DDR I S. 469.

²¹⁵ Schon die 9. Volkskammer hatte am 18. November 1989 eine Überarbeitung beschlossen. Der Entwurf des Geschäftsordnungsausschusses war jedoch »so nicht annehmbar«, wie die Abteilung Rechtspolitik der CDU in einer Auflistung der »Arbeitsschritte nach der Wahl der Volkskammer am 18. März 1990« feststellte. Es sollte eine Geschäftsordnung erarbeitet werden, die »unter Berücksichtigung der noch gegebenen Bedingungen in allen wesentlichen Punkten der des Deutschen Bundestages entspricht.« ACDP, 07-012 3771.

²¹⁶ Es ging um Fragen wie: soll der Präsident geheim gewählt werden?, wer hat das Vorschlagsrecht?, wie viele Mitglieder entsendet jede Fraktion ins Präsidium?, BArch, DA 1/19094. Solange noch kein neues Präsidium gewählt war, übernahm eine interfraktionelle Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit der Verwaltung die Organisation.

gruppe, der auch der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunität, Konrad Porzner, angehörte.²¹⁷ Er bildete dann die Vorlage für die vorläufige Geschäftsordnung.

Mit der gerade einmal vier Seiten umfassenden vorläufigen Geschäftsordnung, die in der konstituierenden Sitzung von den Abgeordneten verabschiedet wurde,²¹⁸ arbeitete die Volkskammer bis zum Juli. Auch sie orientierte sich schon an derjenigen des Bundestages. Dennoch fehlten entscheidende Dinge. Weder wurden die Rechte und Pflichten des einzelnen Abgeordneten (freies Mandat) behandelt – die vorläufige Geschäftsordnung kannte nur Fraktionen –, noch gab es Regelungen zur Redezeit, einen Passus über die Anträge zur Geschäftsordnung oder die Abgabe von Erklärungen, detaillierte Regelungen zu den einzelnen Arten der Abstimmung oder zur Arbeit der Ausschüsse. An die Einführung einer Aktuellen Stunde hatten die Autoren gedacht, wenn auch ohne Angaben zu Details, nicht aber an eine Fragestunde. In der konstituierenden Sitzung wurde daher der Ausschuss für Wahlprüfung, Geschäftsordnung und Immunität gebildet und beauftragt, eine neue Geschäftsordnung auszuarbeiten.²¹⁹

Als der Berichterstatter des Ausschusses, Heinrich Douffet (CDU/DA), am 12. Juli dem Plenum die Beschlussempfehlung des Ausschusses präsentierte, wies er ausdrücklich auf die Umstände der Entstehung und ihr Vorbild hin:

»Die vorgelegte Geschäftsordnung lehnt sich eng an die Geschäftsordnung des Bundestages an, wobei aber – worauf ich ausdrücklich hinweisen möchte – die in unserem Hohen Hause seit April gesammelten Erfahrungen ausgewertet wurden und Eingang fanden. [...] Ständige Unterstützung erfuhr der Ausschuss durch Mitglieder oder Mitarbeiter des Ausschusses für Wahlprüfung, Geschäftsordnung und Immunität des Bundestages mit ihren zum Teil jahrzehntelangen Erfahrungen.«²²⁰

Doch es genügt nicht, eine Geschäftsordnung zu haben, man muss mit ihr auch wirklich vertraut sein und sie anwenden können. Weil das kein automatischer Prozess war und alles andere als selbstverständlich, spielte es sich erst im Laufe der Zeit ein. Die Kombination einer anfangs völlig unzureichenden Geschäftsordnung mit einer weiterhin geltenden, aber partiell ergänzten, abgeänderten und je nach Bedarf an die neuen Bedingungen angepassten Verfassung ergab, zusammen mit der Unerfahrenheit der Akteure, eine nur unsichere Arbeitsbasis. Oft wurde je nach Sach- und Problemlage situativ entschieden, improvisiert oder nachgebessert. Eine Volkskammerbesonderheit in diesem Zusammenhang waren die »Auszeiten«, die wie beim Sport immer dann gefordert und oft genug auch vom Präsidium gewährt wurden, wenn es in den Fraktionen einer kurzen Absprache bedurfte, um sich über das weitere Vorgehen

²¹⁷ Arbeits- und Terminplan für die Vorbereitung der Parlaments- und Regierungsarbeit, AdSD, Mappe 1. Vgl. auch das Schreiben Porzner an den SPD-Vorstand z. Hd. Gutzeit vom 20. März 1990, Porzner schickte einen Entwurf der Volkskammergeschäftsordnung mit dem Hinweis »Herr Dr. Zeh und ich kommen gerne, wenn Ihr es wünscht«, AdSD, Mappe 253.

²¹⁸ VK Drs. 2.

²¹⁹ PV, 1. Tagung am 5. April 1990, S. 9.

²²⁰ PV, 23. Tagung am 12. Juli 1990, S. 976, VK Drs. 115 u. 115 a.

zu einigen. Der Fraktionschef der CDU Günther Krause erklärte das in seiner Abschlussrede am 2. Oktober zum »Urbild demokratischer Willensbildung in den Fraktionen«, auch wenn er zugab,

»daß sie den Abschluß vieler Debatten verzögerten. [...] Sie waren ein gutes, ein positives Zeichen unserer verstandenen Parlamentsarbeit. Nicht die Jungs in der ersten Reihe machten den Geschäftsablauf und die Meinungsbildung unter sich aus, sondern jeweils die gesamte Fraktion.«²²¹

Genaugenommen war es jedoch eher der Versuch, den im Eifer des Gefechts verloren-gangenen Überblick über das Verfahren zurückzugewinnen.

Dieses Vorgehen führte beinahe unweigerlich zu handwerklichen Fehlern, zum Teil auch zu Entscheidungen, die juristisch zweifelhaft waren oder sich an der Grenze des rechtlich Erlaubten bewegten.²²² Direkt in der konstituierenden Sitzung wurde beispielsweise bereits ein Gesetz verabschiedet, ohne dass es eine einzige Lesung gegeben hätte – Reinhard Höppner sprach von einer »halben Lesung« und einem für Juristen fragwürdigen Verfahren.²²³ Zum Ende ihrer Existenz jedoch wurde die Volkskammer einem Parlament wie dem Deutschen Bundestag immer ähnlicher, einfach weil sich viele Dinge inzwischen eingespielt hatten, Abläufe klarer waren, man sich an die parlamentarische Arbeitsweise gewöhnt hatte. Rainer Eppelmann (CDU/DA) meinte, dieser Prozess habe kein halbes Jahr gedauert.²²⁴ Hätte die Volkskammer mehr Zeit zur Verfügung gehabt, wäre die Angleichung mit Sicherheit noch weiter fortgeschritten und der unbeholfene chaotische Anfang hätte für die Gesamtbeurteilung an Bedeutung verloren.

Einiges übernahm die 10. Volkskammer von ihrer Vorgängerin. Sie hielt beispielsweise daran fest, ein Parlament ohne Ältestenrat zu sein, der 1969 mit der Novellierung der Geschäftsordnung abgeschafft worden war.²²⁵ Dessen Aufgaben, beispielsweise Vereinbarung und Inhalt der Tagesordnung, Gestaltung und Dauer der Debatten, Einsetzung der Ausschüsse und Verteilung der Stellen etc. wurde vom siebenköpfigen Präsidium übernommen.

Auch die in der DDR traditionelle Bezeichnung »Tagung« für die Plenarsitzungen blieb bestehen. Ein weiterer Begriff, der sich aus der Zeit der 9. Volkskammer hinübergerettet hatte, und hartnäckig hielt, war die »Anfrage«. Die Abgeordneten der alten Volkskammer hatten nach der Geschäftsordnung von 1974 (§ 12), das Recht, während der Tagungen »Anfragen an den Ministerrat und seine Mitglieder einzubringen«, die verpflichtet waren, darauf mündlich oder schriftlich zu antworten. Solche Anfragen konnten auch während der Beratung zum Gegenstand der Tagesordnung gestellt wer-

²²¹ PV, 38. Tagung am 2. Oktober 1990, S. 1864.

²²² Vgl. u. a. R. LIPPOLD, Gesetzgebungsakt, 1990.

²²³ PV, 1. Tagung am 5. April 1990, S. 9. Höppner hatte den Text des Antrags lediglich auf einem Schmierzettel vorliegen.

²²⁴ Interview Eppelmann.

²²⁵ Vgl. die Geschäftsordnungen vom 14. Juli 1967 (§ 23,) GBl. DDR I 1967 S. 101, und vom 12. Mai 1969, GBl. DDR I 1969 S. 21.

den. Die vorläufige Geschäftsordnung vom April 1990 kannte nur noch die »Einzelfrage von Abgeordneten« (§ 37), die zur mündlichen oder schriftlichen Beantwortung an den Ministerrat und seine Mitglieder gerichtet werden konnte. In die endgültige Geschäftsordnung vom Juli 1990 war dann analog zum Deutschen Bundestag neben der Einzelfrage auch die Kleine und die Große Anfrage aufgenommen worden. Doch im alltäglichen Sprachgebrauch der Kammer war jede Frage eines Abgeordneten, egal ob als Zwischenfrage an den Redner oder als wirkliche Anfrage an die Regierung gerichtet, ob schriftlich oder mündlich, unterschiedslos eine »Anfrage«.

Doch – unabhängig von schriftlichen Kodifizierungen wie der Geschäftsordnung – wie lernten die 400 Neuparlamentarier eigentlich, wie sie zu arbeiten und wie sie sich zu verhalten hatten? Die Literatur, die sich mit den parlamentarischen Sozialisation von Abgeordneten beschäftigt, beschreibt bislang immer Fälle der zumindest zum großen Teil Trainierten, Erfahrenen, in parlamentarischen Dingen Versierten, nie blutige Anfänger, wie sie in der Volkskammer saßen.²²⁶ Bundesdeutsche Parlamentarier können in der Regel zumindest auf Erfahrungen in Kommunalvertretungen oder der Landespolitik zurückgreifen, wenn sie erstmals in den Bundestag einziehen.²²⁷ Außerdem handelt es sich in den etablierten Parlamenten immer nur um einige wenige Neulinge, die von den anderen, der Mehrheit, integriert werden, nie wie im Fall der 10. Volkskammer um ein komplettes Parlament. Deshalb taugen die vorhandenen Darstellungen zur Erklärung und Analyse der Vorgänge in diesem Parlament nur bedingt. Die Lernprozesse in der Volkskammer mussten notwendigerweise anders ablaufen als in etablierten Parlamenten. Das, was die Abgeordneten dort machten, war klassisches *Learning on the job*.

Eine »Unauffälligkeitserwartung«, die etablierte Parlamentarier an neue Abgeordnetenkollegen haben, konnte es schon aus diesem Grund in der Volkskammer nicht geben.²²⁸ Gemeint ist damit, dass die Neuankömmlinge sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, erst einmal zuhören und beobachten, nicht mit eigenen Ideen vorpreschen und sich erst langsam durch Mitarbeit eine gewisse Stellung in der Fraktion erarbeiten, die sie dann in den Augen der Alteingesessenen dazu berechtigt, irgendwann auch einmal in den Vordergrund zu treten. Denn im Parlamentsalltag geht es auch um die Einhaltung der etablierten Hackordnung. Derartige Vorgaben eines *comme il faut* hatten die Abgeordneten der 10. Volkskammer nicht, sie mussten sich nicht brav hintanstellen. Sie hatten aber auch schlicht keine Zeit abzuwarten, notgedrungen mussten sie sich selbst aus der Deckung wagen, das übernahm niemand für sie. Hierarchien gab es aber auch hier und sie entstanden relativ schnell.

²²⁶ Beispielsweise H. SCHÖNE, Alltag im Parlament, 2010, S. 58. Auf internationaler Ebene existieren inzwischen sogar Trainingsprogramme für angehende oder Neu-Parlamentarier, die dazu dienen, sie mit ihrer neuen Aufgabe vertraut zu machen Vgl. Vgl. K. COGHILL/C. LEWIS/K. STEINACK, How should elected members, 2012, und C. LEWIS, Barriers, 2012. Vgl. auch die Untersuchung über Kanadische MPs <http://www2.samaracanada.com/Context>.

²²⁷ Vgl. hierzu W. PATZELT, Rekrutierung, 1999 oder M. REISER/C. HÜLSKEN/B. SCHWARZ/J. BORCHERT, Reden der Neulinge, 2011.

²²⁸ M. REISER/C. HÜLSKEN/B. SCHWARZ/J. BORCHERT, Reden der Neulinge, 2011, S. 825.

Will man eine Antwort auf die Frage haben, wie und warum sich in der 10. Volkskammer Führungsfiguren herausbildeten, kann ein Blick in die Fraktionen weiterhelfen. Insbesondere die Vergabe von Posten und Funktionen in den ersten Fraktions-sitzungen verlief in allen untersuchten Fraktionen nach einem bestimmten Muster. Über den Verlauf dieses Prozesses am besten informiert sind wir allerdings bei den Christdemokraten.

Die konstituierende Sitzung der CDU-Fraktion am 27. März wurde bis zur Wahl eines Fraktionsvorsitzenden vom ältesten Mitglied, dem dreiundsechzigjährigen Finanzrechtler Eberhard Goldhahn geleitet, der seit 1947 der CDU angehörte und vor allem auf Ortsvereinsebene politisch aktiv war. Für die Wahl zum Fraktionsvorstand gab es zu diesem Zeitpunkt folgende Kandidaten: Als Vorsitzender war vom Parteipräsidium der Anwalt Lothar de Maizière (seit 10. November 1989 Vorsitzender der Ost-CDU) vorgeschlagen worden, als stellvertretende Vorsitzende der habilitierte Informatiker Günther Krause (seit 1987 CDU-Kreisvorsitzender in Bad Doberan, Mecklenburg und im Dezember 1989 in den Parteivorstand berufen) sowie Klaus Reichenbach, der seit 1974 CDU-Kreisvorsitzender in Karl-Marx-Stadt (Land) (heute wieder Chemnitz) und seit 1987 Mitglied im CDU-Hauptvorstand Ost war. Als parlamentarische Geschäftsführer sollten fungieren: Gerhard Pohl (Geschäftsführer der Gubener Textil GmbH und seit 1972 CDU-Kreisvorsitzender in Forst) und Birgit Kayser (seit 1977 Ortsverbandsvorsitzende der CDU in Blankenburg im Harz).²²⁹

Während der Sitzung waren neben de Maizière aus den Reihen der Fraktion für den Vorsitz weitere Kandidaten vorgeschlagen worden: Harald-Dietrich Kühne (von 1972 bis 1982 im Präsidium des CDU-Hauptvorstands), Sabine Bergmann-Pohl (Mitglied des CDU-Bezirksvorstands Berlin) und Gerd Gies (CDU seit 1970, Kreisvorsitzender Osterburg und seit Dezember 1989 im Parteivorstand). Kühne und Bergmann-Pohl stellten sich auch zur Wahl, de Maizière entschied sie allerdings mit 82 zu 43 bzw. 32 Stimmen für sich.²³⁰ Für die Wahl der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurden aus den Reihen der Fraktion wiederum Bergmann-Pohl und Kühne genannt. Jetzt machte Günther Krause das Rennen mit 64 zu 36 bzw. 48 Stimmen. Die erforderliche Stichwahl zwischen Krause und Kühne gewann Krause mit 93 zu 58. Auch die Bestimmung des zweiten Stellvertreters benötigte zwei Wahlgänge. Bergmann-Pohl und Kühne kandidierten hier beide ein drittes Mal, diesmal gegen Klaus Reichenbach. Der erhielt 77, Bergmann-Pohl 45 und Kühne 29 Stimmen. Die Stichwahl entschied Reichenbach mit 86 zu 44 für sich.

Die Wahl zum Parlamentarischen Geschäftsführer gewann Birgit Kayser mit 104 Stimmen vor Gerd Pohl mit 97, der ebenfalls vorgeschlagene Potsdamer Hans-Joachim von Essen zog seine Kandidatur zurück. Die Leitung des Fraktionsbüros über-

²²⁹ Stichwortprotokoll der konstituierenden Sitzung der CDU-Fraktion der Volkskammer am 27.3.1990 (unkorrigiert), ACDP, 07-012 3897. Zur Geschichte der Nordost-CDU vgl. C. SCHWIESELMANN, Blockflöten, 2009.

²³⁰ Ebd., Bl. 2.

nahm Adolf Niggemeier.²³¹ Der war zwar seit März kein Abgeordneter mehr, hatte aber zuvor in der 9. Volkskammer vom 16. November 1989 an der CDU-Fraktion vorgesessen. Man versprach sich von seiner Erfahrung als langjähriges Volkskammermitglied (seit 1967), und Mitglied des Verfassungs- und Rechtsausschusses (seit 1981) einigen Nutzen.²³²

Doch bereits in der vierten Sitzung musste der Fraktionsvorstand auf einigen Posten neu besetzt werden, nachdem feststand, dass drei seiner Mitglieder in die Regierung wechselten.²³³ Zudem mussten noch die aus den Landesverbänden kommenden acht Beisitzer bestimmt werden. Für den Vorsitzenden stellte sich neben Günther Krause auch Wolfgang König (CDU-Mitglied seit 1952) zur Wahl, verlor aber deutlich mit 35 zu 100 Stimmen. Als potentielle Stellvertreter traten Gerd Gies, Wolfgang König und Harald-Dietrich Kühne an. Den ersten Wahlgang entschied König mit 62 gegen 44 bzw. 28 Stimmen für sich und ging auch aus dem zweiten Wahlgang mit 80 gegen 54 Stimmen für Gies als Sieger hervor.

Für die Wahl zum 2. Stellvertreter kandidierten Hans-Henning Axthelm (seit 1963 CDU-Ortsvorsitzender in Eisfeld, seit Dezember 1989 CDU-Parteivorstand Ost), Bertram Wieczorek (von Anfang der siebziger Jahre bis 1989 CDU-Mitglied, 1989 Mitgründer des Neuen Forums in Auerbach, im Januar 1990 dann aber wieder CDU) und Udo Kamm. Es gewann Wieczorek (67) vor Kamm (33) und Axthelm (32). Axthelm trat dann nach der Pause gegen Hans-Dirk Bierling (seit 1976 im CDU-Bezirksvorstand Dresden, seit Dezember 1989 Parteivorstand Ost), Kamm und Stephan Reber (seit 1980 Kreisvorstand Stollberg, 1985 bis 1989 Bezirksvorstand Karl-Marx-Stadt) zur Wahl des 2. Parlamentarischen Geschäftsführers an. Während Bierling und Reber im ersten Wahlgang ausschieden, gewann Kamm den zweiten gegen Axthelm mit 69 zu 53 Stimmen.

Auch bei der Wahl der acht Beisitzer tauchten einige nun schon bekannte Namen wieder auf: Udo Haschke (CDU-Mitglied seit 1968) und Axthelm für Thüringen, Jürgen Schröder (der nach vier Jahren Mitgliedschaft in den sechziger Jahren in der SED 1979 in die CDU eingetreten war) und Angelika Pfeiffer für Sachsen, Clemens Schwalbe für Sachsen-Anhalt (seit Oktober 1986 in der CDU, seit Februar 1990 Kreisvorsitzender in Weißenfels), Ernst-Hinrich Weber für Berlin (seit 1986 Kreisvorstand Berlin-Köpenick), Else Ackermann für Brandenburg (seit 1986 Ortsvorsitzende in Neuenhagen) und Susanne Jaffke für Mecklenburg-Vorpommern (seit 1984 stellvertretende Ortsvorsitzende in Liepen). Am schlechtesten schnitt Haschke mit nur 88 Stimmen ab, alle anderen kamen auf mindestens 100, Jürgen Schröder als bester sogar auf 116 Stimmen.

²³¹ Ebd. Niggemeier übergab das Amt im April 1990 an Rainer Viererbe, weil er als Nachfolger von Herbert Kelle den Posten als Leiter der Volkskammerverwaltung antrat.

²³² Fraktionssitzung vom 24. April 1990, ACDP, TA 07-012 6105. Zu Niggemeier – auch zu seiner Arbeit als langjähriger Stasiinformant – vgl. U. SCHMIDT, Blockpartei, 1997, S. 45, Anm. 5.

²³³ Es handelte sich um Lothar de Maizière selbst (Ministerpräsident), Klaus Reichenbach (Minister im Amt des Ministerpräsidenten) und Gerhard Pohl (Minister für Wirtschaft), »Stichwortprotokoll der IV. Sitzung der Fraktion der CDU in der Volkskammer am 10./11.4.1990 in Berlin«, ACDP, 07-012 6013, Bl. 11.

Schließlich stand noch die Entscheidung über die Vorsitzenden der sechs Arbeitskreise der Fraktion und ihre Stellvertreter an: Wiederum finden sich bekannte Namen: AK 1 (Roland Becker (seit 1973 im Bezirkstag Leipzig), Maria Michalk (CDU-Mitglied seit 1973), AK 2 Johannes Nitsch, Rolf Zimmermann, AK 3 Harald-Dietrich Kühne, Stephan Reber, AK 4 Hans-Henning Axthelm, Reinhard Anders (seit 1965 CDU-Mitglied), AK 5 Bertram Wiczorek, Hans-Dirk Bierling, AK 6 Uwe Grüning, Rainer Jork (seit 1971 Mitglied der CDU).²³⁴ Mitte Mai wechselte Udo Kamm in den Fraktionsvorstand. Dafür wurden als weitere Parlamentarische Geschäftsführer neben Birgit Kayser Paul Krüger, Michael Luther (seit November 1989 in der CDU, seit Februar 1990 Kreisvorstand Zwickau-Stadt) und Clemens Schwalbe gewählt.

Dieser detaillierte Überblick zeigt, dass in der CDU-Fraktion die Besetzung der Spitzenpositionen fast ausschließlich eine Angelegenheit langjähriger Mitglieder der Block-CDU war. Die allerwenigsten hatten hier überhaupt keine Parteivergangenheit vorzuweisen.²³⁵ Darunter waren auch einige wenige, die entweder am Reformprozess der Partei aktiv beteiligt waren wie zum Beispiel Else Ackermann oder »das politische Handwerk in einer gewendeten Blockpartei« lernten, wie der aus der Nordost-CDU stammende Günther Krause.²³⁶

Das war bei den übrigen ehemaligen Blockparteien nicht anders: Die Parteikarriere des Vorsitzenden der Liberalen, Rainer Ortleb, in der LDPD lässt sich bis 1968 zurückverfolgen, wo er zum Schluss dem Kreisvorstand Rostock-Stadt bzw. dem Bezirksvorstand angehörte und seit 1990 LDP bzw. BFD-Vorsitzender war.²³⁷ Seine Stellvertreter waren Dietmar Schicke, ebenfalls in der LDSP seit den späten sechziger Jahren aktiv und seit 1988 deren Bezirksvorsitzender in Karl-Marx-Stadt, zuvor Kreisvorsitzender in Reichenbach sowie Dieter Wöstenberg, der erst seit 1990 als Mitgründer der FDP in der DDR parteipolitisch hervortrat. Der Parlamentarische Geschäftsführer Conrad-Michael Lehment war seit 1970 LDPD-Mitglied, der Fraktionsgeschäftsführer Claus Möller war kein Abgeordneter der Volkskammer. Auch hier, wie bei der CDU, hatten die Führungsleute der Fraktion eine Blockpartei-Vergangenheit.

Gleiches gilt für den DBD/DFD: Günther Maleuda, der Präsident der letzten Monate der 9. Volkskammer, gehörte seit 1950 dem DBD an und war zuletzt, seit 1987, Vorsitzender seiner Partei. Zu seinen Stellvertretern wurden Karin Bencze, seit 1971 DFD, sowie Werner Meyer-Bodemann gewählt, der seit 1977 Parteimitglied und seit 1987 im Parteivorstand des DBD war. Parlamentarischer Geschäftsführer war Per-René Seeger, auch er seit 1982 Parteimitglied.

Bei SPD, DA, DSU und Bündnis 90/Grüne sah es naturgemäß etwas anders aus.²³⁸ Diese Parteien konnten als Neugründungen nicht auf zumindest in Parteidin-

²³⁴ Ebd.

²³⁵ Vgl. M. RICHTER, Ost-CDU, 1994.

²³⁶ C. SCHWIESELMANN, Blockflöten, 2009, S. 421.

²³⁷ Zu Ortleb siehe auch C. WUNNICKE, Blockparteien, 2014, S. 93 f.

²³⁸ Vgl. hierzu auch die Aufstellung in C. HAUSMANN, Biographisches Handbuch, 2000, S. XVIII.

gen erfahrene Mitglieder zurückgreifen, mussten sich aber auch nicht dafür rechtfertigen, Stützen des alten Systems gewesen zu sein. Bei der SPD hatte der Vizepräsident der Volkskammer Reinhard Höppner (im Dezember 1989 in die SDP eingetreten) auch in der Fraktion eine hervorgehobene Stellung. Er übernahm die Leitung der konstituierenden Sitzung am 21./22. März, bis mit überwältigender Mehrheit Ibrahim Böhme zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Einziger Kandidat für den Posten des Parlamentarischen Geschäftsführers war Martin Gutzeit, wie Böhme eines der Gründungsmitglieder der SDP, auch er wurde mit großer Mehrheit gewählt.²³⁹ Nachdem durch einen Artikel im *Spiegel* Ibrahim Böhmes Stasivergangenheit rüchbar geworden war, trat Richard Schröder am 3. April noch vor der konstituierenden Volkskammersitzung als Fraktionsvorsitzender an seine Stelle. Er war im Dezember 1989 in die SDP eingetreten. Ihn sollte nach den Querelen über die Aufkündigung der Koalition Ende August Wolfgang Thierse ersetzen, der aus dem Neuen Forum kam und im Januar 1990 in die SPD eingetreten war. Stellvertretende Vorsitzende waren bis zum 17. Juli Christine Lucyga (September 1989 Neues Forum und dort von Oktober bis Dezember im Rostocker Sprecherrat), Wolfgang Thierse und Gottfried Timm (seit Oktober 1989 SDP-Mitglied), danach Constanze Krehl (Herbst 1989 Neues Forum), Volker Schemmel und Ulrich Stockmann (beide seit 1989 SDP). Auch bei der Fraktionsgeschäftsführung gab es einen Wechsel: bis 18. April hatte diesen Posten zuerst Alwin Ziel inne, der von Demokratie Jetzt erst zum Neuen Forum gegangen war und im Dezember 1989 in die SPD eintrat, danach Christian Schultze (September 1989 Neues Forum).²⁴⁰

Der Vorsitzende der Deutschen Sozialen Union, Hansjoachim Walther, war, bevor er 1989 Mitgründer der Forumspartei in Thüringen wurde, parteilos und wechselte im Januar 1990 in die neugegründete DSU. Seine Stellvertreter waren Karsten Degner (seit Januar 1990 DSU) und Stefan Gottschall (im November 1989 in die Freie Deutsche Union eingetreten), Parlamentarischer Geschäftsführer wurde Joachim Schmiele, sein Stellvertreter Timo Backofen.

Bündnis 90/Grüne verfügten, genau wie ihr Pendant im Deutschen Bundestag, nicht über einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, sondern über mehrere Fraktionssprecher: Jens Reich, seit 1985 in der Opposition tätig, der den Posten aus Gesundheitsgründen im Wechsel mit Werner Schulz (bereits seit den siebziger Jahren in Oppositionskreisen, Mitglied des Friedenskreises Pankow und Mitbegründer des Neuen Forum) ausübte, Wolfgang Ullmann (Mitbegründer von Demokratie Jetzt) und von April an Marianne Birthler (aus kirchlichen Oppositionskreisen und Mitarbeiterin der Initiative Frieden und Menschenrechte) sowie Vera Wollenberger (1981 Mitgründerin des Friedenskreises Pankow und der »Kirche von unten«). Parlamentarische Geschäftsführer waren Matthias Platzeck (Mitgründer der Potsdamer Bürgerbewegung und der Grünen Liga) und als sein Stellvertreter Gerd Poppe (seit den späten sechziger Jahren in der Oppositionsbewegung aktiv und Mitgründer der Initiative

²³⁹ AdsD, Mappe 13.

²⁴⁰ Vgl. P. GOHLE, SDP-Gründung, 2014, S. 258 f.

für Frieden und Menschenrechte). Bis auf Reich und Wollenberger waren alle außerdem Delegierte ihrer Gruppen am Zentralen Runden Tisch gewesen.

Die 66 Abgeordnete starke PDS-Fraktion schließlich wurde angeführt von Gregor Gysi als ihrem Vorsitzendem, der einer größeren Öffentlichkeit dadurch bekannt war, dass er als Teilnehmer am Zentralen Runden Tisch gesessen hatte.²⁴¹ Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende, die gleichzeitig als Ausschussvorsitzende bzw. Parlamentarische Geschäftsführer in Frage kamen, waren vorgeschlagen worden: Rainer Börner, Ursel Fischer, Uwe-Jens Heuer, Dietmar Keller, Christa Luft, Bernd Meier, Käte Niederkirchner.²⁴² Luft und Niederkirchner hatten schon vor dem März 1990 parlamentarische bzw. politische Erfahrung gesammelt: Luft als Wirtschaftsministerin im Kabinett Modrow und Niederkirchner von 1967 bis 1981 als Volkskammerabgeordnete der FDJ, von 1981 bis 1990 als Mitglied der SED und als Mitglied des Volkskammerpräsidiums. Das Rennen machte jedoch Keller. Er gehörte seit 1963 der SED an, war in den achtziger Jahren für vier Jahre stellvertretender Kulturminister der DDR und in der Regierung Modrow Kulturminister. Weitere Vorstandsmitglieder sollten sein: Hans-Joachim Willerding, Klaus Steinitz, Martina Schönebeck, Michael Schumann, Helmar Hegewald, Marlies Deneke und Fritz Schumann. *De facto* setzte sich der Vorstand schließlich neben Gysi und Keller aus Uwe-Jens Heuer, dem parlamentarischen Geschäftsführer Bernd Meier, Martina Schönebeck und Hans-Joachim Willerding zusammen.

Bernd Meier hatte eine beinahe zwanzigjährige FDJ-Karriere hinter sich und war seit November 1989 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung in Frankfurt an der Oder. Seit Februar 1990 war er Mitglied des PDS-Parteipräsidiums und des Parteivorstands. Dasselbe galt für Willerding. Er war SED-Mitglied seit 1971, zwölf Jahre lang bis März 1990 Vorsitzender der FDJ-Volkammerfraktion und seit 1989 Mitglied des ZK der SED sowie im Präsidium des Parteivorstands. Schönebeck war die Ausnahme, sie war erst seit 1990 PDS-Mitglied und bekleidete keine weitere Funktion.

Paul Krüger, einer der Parlamentarischen Geschäftsführer von CDU/DA fand es rückblickend »erstaunlich«, dass die Personalentscheidungen zu Beginn, als es darum ging, die Führungsgremien in der Fraktion zu besetzen, »aus heutiger Sicht wohl überwiegend angemessen und richtig getroffen wurden.«²⁴³ Und das, obwohl sich die Fraktionsmitglieder nicht kannten und einander einschätzen konnten. Entscheidungen seien deshalb spontan, sehr emotional und vielleicht auch zufällig getroffen worden. Lothar de Maizière ging davon aus, dass jeder, der ein Mandat bekommen habe, fähig sei, Führungspositionen zu übernehmen, schließlich seien alle in der Fraktion Lernende. Es sei lediglich ein Vertrauensvorschuss nötig.²⁴⁴ Er unterstellte damit, dass alle dieselben Startbedingungen hatten. Was in gewissem Sinne sicher richtig ist. Vor allem der Verlauf der ersten Fraktionssitzungen von

²⁴¹ Zur Geschichte der PDS vgl. G. NEUGEBAUER/R. STÖSS, Die PDS, 1996.

²⁴² Vorschlag für die Zusammensetzung des Fraktionsvorstands, ADS, VK/10. WP 65, Anlage 2.

²⁴³ P. KRÜGER, CDU/CDA-Fraktion, 2000, S. 154.

²⁴⁴ Lothar de Maizière in der Fraktionssitzung am 11. April 1990, ADCP, TA 07-012 6103.

CDU/DA zeigt aber, dass diejenigen Mitglieder, die – freiwillig oder unfreiwillig – Funktionen in ihr übernahmen, bald über einen Informationsvorsprung gegenüber den »einfachen« Abgeordneten verfügten. Der war anfangs zwar nur minimal, wurde aber schnell größer. Je offensichtlicher er wurde, desto mehr verließen sich die anderen auf die Expertise, Ratschläge und Empfehlungen der Kollegen. Die »einfachen« Abgeordneten konnten genau das aber auch als Nachteil sehen. Ruth Fuchs (PDS) beispielsweise bemängelte, dass die Genossen, die fast täglich im Parteivorstand zusammenkamen, über mehr Informationen und dementsprechend auch über mehr Durchblick verfügten, sich wohl nur schwer in die Situation der einfachen Abgeordneten einfühlen konnten. Sie beispielsweise wurde nicht zum Kreisvorstand eingeladen oder zu anderen Beratungen geholt, sie empfand ihre Fraktion als alles andere als eine homogene Gesellschaft.²⁴⁵

Auch wenn Christopher Hausmann behauptet, dass die 10. Volkskammer zwar ein junges Parlament gewesen sei, aber eben nicht aus lauter Anfängern bestanden habe und dafür als Begründung anführt, dass die meisten Abgeordneten oft erfahrene Kommunalpolitiker und Parteifunktionäre gewesen seien.²⁴⁶ Mit parlamentarischen Verfahren und Arbeitsabläufen vertraut waren sie deshalb noch lange nicht. Auf parlamentarischem Gebiet, und das meint Parlamente nach westlichem Muster, waren die 400 Abgeordnete Neulinge, wieviel auch immer sie zuvor schon mit Politik in Berührung gekommen waren. Auch wenn also die Wahl für die Führungsfunktionen vor allem auf Abgeordnete fiel, die in irgendeiner Weise bereits politisch gewesen waren, ergab sich ihr Wissens- und Kompetenzvorsprung erst durch die ihnen in der Volkskammer zugewachsenen Aufgaben.

In der 10. Volkskammer musste so gut wie alles ausgehandelt und neu festgelegt werden, das betraf auch den Umgang miteinander. Wie beispielsweise sollte man sich in den Fraktionen anreden? Die PDS hatte es vergleichsweise einfach, sie blieb beim altbewährten und ihr vertrauten »Genossen« oder der »Genossin«. Die anderen allerdings mühten sich, neue Sprachregelungen zu finden. Die sozialistische Anrede kam für sie jedenfalls nicht mehr in Frage. Die hatten sich schon die Blockparteien der 9. Volkskammer am 13. November 1989 in einer ersten Absetzbewegung vom alten Regime ein für allemal verboten: Während seines unglücklichen letzten Auftritts im Plenarsaal war der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke immer wieder in die alte Angewohnheit zurückgefallen, die Abgeordneten als »Genossen« zu bezeichnen, bis er durch den Zwischenruf »Zur Geschäftsordnung; Ich bitte doch endlich dafür zu sorgen. In dieser Kammer sitzen nicht nur Genossen«, unterbrochen wurde.²⁴⁷ Mielke hatte an diesem Tag schlicht und einfach Pech. Denn vor ihm hatte sich bereits Gerhard Schürer als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats immer noch immer in Gesellschaft von »Genossen« gewährt und – ebenfalls nach Zuruf aus dem

²⁴⁵ R. FUCHS, *Gott schütze*, 1990, S. 23.

²⁴⁶ C. HAUSMANN, *Biographisches Handbuch*, 2000, S. XXIV.

²⁴⁷ PV, II. Tagung am 13. November 1989, S. 262. In diesem Zusammenhang fiel dann Mielkes berühmte gewordene Satz »Ich liebe doch alle Menschen«.

Plenum – die »verehrten Abgeordneten« um Verzeihung bitten müssen.²⁴⁸ Die waren dementsprechend gereizt, als Mielke das Wort ergriff.

Doch auch die Liberalen und CDU/DA blieben mit »Parteifreund« oder »Freund« zumindest für eine gewisse Zeit noch der DDR-Tradition verhaftet, bevor sie sich westdeutschen Usancen anpassten. Denn »Parteifreund« war die unter den Mitgliedern der DDR-Blockparteien CDU, LDPD und NDPD typische Anrede.²⁴⁹ Daher machten die ersten Fraktionssitzungen der CDU/DA einen etwas steifen und umständlich Eindruck: »Der erste, der sich schriftlich zu Wort gemeldet hat, ist Freund Dr. Rainer York [!], ich bitte, dass sich Freund Nitzsch [!] bereithält«²⁵⁰, war da zu hören oder »liebe Unionsfreundinnen und Unionsfreunde«,²⁵¹ »ich würde ich jetzt gerne einer Freundin, die sich schon lange gemeldet hat, das Wort erteilen«.²⁵² Bei den Liberalen ging es ähnlich förmlich zu (»Parteifreund Professor Dr. Ortleb«).²⁵³

Die Abgeordneten von CDU/DA allerdings verabschiedeten sich nach nur wenigen Fraktionssitzungen von dieser Praxis und sprachen sich, sofern man nicht ohnehin per Du war, von da an mit »Herr« oder »Frau« an. Bündnis 90/Grüne und SPD nahmen von vornherein einfach den Namen. Gerade die Mitglieder der DDR-SPD hatten mit dem Wort »Genosse« die allergrößten Schwierigkeiten. Das wurde besonders sichtbar, als es um die Vereinigung mit den West-Sozialdemokraten ging. Während es jenen überhaupt keine Probleme bereitete, sich in alter sozialdemokratischer Tradition anzureden, ging das Wort den ostdeutschen Sozialdemokraten nicht über die Lippen.

Die Arbeit der Fraktionen richtete sich, wie nicht anders zu erwarten, nach den Erfordernissen der Vollversammlungen des Parlaments, also vor allem der donnerstags in der Regel um 9 oder 10 Uhr beginnenden Plenarsitzung. Der Wochenterminplan ähnelte daher denen im Bundestag. Die parlamentarische Woche der SPD-Fraktion sah beispielsweise nach einem in einem sehr frühen Stadium entworfenen Plan folgendermaßen aus: Sie begann am Montag um 8.30 Uhr mit der Beratung eines Koordinationsausschusses bestehend aus drei Ministern, drei Mitgliedern des Parteivorstands und drei Mitgliedern des Fraktionsvorstands. Um 10 Uhr traf sich das Parteipräsidium, um 14 Uhr der Parteivorstand, um 17 Uhr der Geschäftsführende Fraktionsvorstand und um 18 Uhr dann der gesamte Fraktionsvorstand. Am Dienstag trat um 8 Uhr das Volkskammerpräsidium zusammen, um 8.30 Uhr die SPD-Minister und der Fraktionsvorsitzende, um 10 Uhr die Arbeitsgruppen, ebenso wie der Ministerrat, um 13 Uhr die Arbeitskreise um 15 Uhr schließlich die Fraktion, um 19 Uhr dann die Koalitionsgeschäftsführer. Der Mittwoch war für die Volkskammerausschüsse reserviert, um 16 Uhr tagte ein weiteres Mal das Präsidium der Volkskammer. Der Geschäftsführende Fraktionsvorstand traf sich donnerstags um 8.30 Uhr,

²⁴⁸ Ebd., S. 260.

²⁴⁹ Vgl. B. WOLF, Sprache in der DDR, 2000, S. 82.

²⁵⁰ Günther Krause in der Fraktionssitzung vom 2. April 1990, ACDP, TA 07-012 6100.

²⁵¹ Ebd.

²⁵² Ebd.

²⁵³ Vgl. z. B. das Protokoll der Parteivorstandssitzung am 20. April 1990, ADL, L1-16, Bl. 36.

für 10 Uhr war dann die Plenarsitzung angesetzt. Freitags konnten, je nach Bedarf, eine weitere Plenarsitzung (10 Uhr), oder Treffen des Koalitionsausschusses stattfinden (10 bzw. 14 Uhr).²⁵⁴

Bei den Liberalen fing man die Woche mit Wahlkreis- und Parteiarbeit an, dienstags von 14 bis 18 tagten die Arbeitskreise, um 14 Uhr dann die Gesamtfraktion, der Mittwoch war der Tag der Ausschüsse, donnerstags um 8 Uhr traf sich die Fraktion, bevor um 10 Uhr die Plenarsitzung begann. Freitags waren um 12 Uhr Koordinierungsberatung der Parlamentarischen Geschäftsführer mit den Arbeitskreisleitern und Referenten vorgesehen.²⁵⁵

Die CDU wiederum hatte für Montag, 19 Uhr, eine Koalitionsrunde angesetzt, für Dienstag von 8 bis 10 Uhr die Beratung der Parlamentarischen Geschäftsführer, für 10.15 bis 12 Uhr Sitzungen der Arbeitsgruppen und Arbeitskreise, für 12.30 bis 14 Uhr – CDU-spezifisch – die Landesgruppen, für 14 bis 16 Uhr den Fraktionsvorstand und für 16 Uhr schließlich die Vollversammlung der Fraktion. Am Donnerstag gab es vor der Plenarsitzung um 9 Uhr noch einmal ein Fraktionstreffen, am Freitag Arbeitsgruppen, Arbeitskreise plus Ausschussarbeit, bei Bedarf um 8 Uhr eine Fraktions- und um 9 Uhr eine Plenarsitzung.²⁵⁶ Bei den Grünen war der Montag »Partei-Tag«, an dem auch der Fraktionsvorstand tagte, Dienstag tagte dann um 8 Uhr die Fraktion.

Eine entscheidende Rolle für die Organisation und die Steuerung des parlamentarischen Alltags spielten wie im Deutschen Bundestag auch die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen.²⁵⁷ Sie waren das Bindeglied zwischen Präsidium und Fraktionen, zwischen den Fraktionen untereinander sowie zwischen Fraktionen und Ausschüssen, über sie wurden die Anträge der Fraktionen gestellt. Aus diesem Grund sollten sie auch Mitglieder des Präsidiums sein, im Notfall musste das über einen Austausch sichergestellt werden. Reinhard Höppner regte an, eine kleine Gruppe aus den Parlamentarischen Geschäftsführern und einigen weiteren Mitgliedern des Präsidiums zu bilden, die sich jeweils dienstags treffen und die »Feinheiten der Tagesordnung« für die Plenarsitzung am Donnerstag absprechen sollten.²⁵⁸ Nur Konfliktfälle, die sich dort nicht regeln ließen, würden dann mittwochs in der Präsidiumssitzung behandelt werden müssen. Laut Höppner zeichnete sich damit folgender Zeitplan ab: Am Mittwoch der Vorwoche legte das Präsidium einen 1. Entwurf der Tagesordnung vor, am Dienstag der Sitzungswoche legte die kleine Arbeitsgruppe zwischen 8 und 10 Uhr in einem 2. Entwurf die vorläufige Tagesordnung fest. Diesen Entwurf

²⁵⁴ Terminplan der Fraktion, AdsD, Fraktionssitzung am 24. April 1990, Mappe 24.

²⁵⁵ Vorschlag für Zeitplan der Fraktion (undatiert, vermutlich Mai 1990), ADL, LI-27, Bl. II.

²⁵⁶ Rahmenplan der Arbeitswochen, Stand 2. Mai 1990, ACDP, 07-012 6103 (unpaginiert).

²⁵⁷ Bei CDU/DA waren das bis zum 15. Mai Birgit Kayser und Udo Kamm, danach neben Kayser Paul Krüger als 1. PGF, Michael Luther und Clemens Schwalbe. Die SPD hatte trotz der Größe der Fraktion mit Martin Gutzeit nur einen Parlamentarischen Geschäftsführer. Die PDS Bernd Meier und Dagmar Enkelmann, die DSU Joachim Schmiele und Timo Backofen, die Liberalen Conrad-Michael Lehment, DBD/DFD Per-René Seeger, Bündnis 90/Grüne Matthias Platzek und Gerd Poppe.

²⁵⁸ »Beschlussprotokoll Beratung der Präsidentin der Volkskammer mit den parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktionen am 11. Mai 1990, 9.30 Uhr«, BArch DA 1/19097.

konnte jeder der parlamentarischen Geschäftsführer seiner Fraktion vorlegen. Lief sich daraufhin absehen, dass die Tagesordnung noch geändert werden musste, sollte das mittwochs in der Präsidiumssitzung um 16 Uhr geklärt werden. Dort wurde dann die endgültige Tagesordnung beschlossen. Bis Mittwoch, 18 Uhr konnten Änderungen beantragt werden.

Außerdem sollten die Parlamentarischen Geschäftsführer bzw. die jeweiligen Stellvertreter, unbedingt an jeder Plenarsitzung teilnehmen, weil sie dafür verantwortlich waren, die Mehrheitsverhältnisse bei Abstimmungen zu gewährleisten. Sie stellten sogenannte Informationskarten für das Präsidium bereit, auf denen die Redner für bestimmte Tagesordnungspunkte verzeichnet waren und waren dem Präsidium gegenüber für die Entschuldigungen von Abgeordneten zuständig.²⁵⁹

Schon die Vorgängerinnen der 10. Volkskammer hatten über Ausschüsse verfügt. Aber ebenso wie beim Präsidium oder den Fraktionen handelte es sich eher um eine parlamentarische Fassade.²⁶⁰ Funktion und Kompetenzen waren mit den gleichnamigen Institutionen des Deutschen Bundestages nicht vergleichbar. Das änderte sich mit der Wahl vom 18. März. Jetzt waren die Ausschüsse ebenfalls für die Vorbereitung der Verhandlungen, die Ausarbeitung von Beschlussempfehlungen und die Berichterstattung im Plenum zuständig (§§ 25, 28 u. 29 GO VK), also wie im Bundestag »vorbereitende Beschlussorgane« (§ 62 GO BT).

Doch mit der Umsetzung in die Praxis kamen auch hier die Schwierigkeiten: Wie weit eigentlich die Kompetenzen eines federführenden Ausschusses reichten, wollte Peter Hildebrand (Bündnis 90/Grüne) im Juli vom Präsidium wissen.²⁶¹ Genauer: mit welchem Recht ein federführender Ausschuss eine von einem anderen Ausschuss eingebrachte Änderung zu eine Sachfrage, in der dieser auch kompetent sei, in eigener Regie abändern oder zurückweisen dürfe. Ob er nicht statt dessen vor allem eine redaktionelle Aufgabe habe und Anträge nur auf ihre ordentliche juristische Formulierung zu prüfen habe? Diese Frage war ein Zeichen dafür, dass das Zusammenspiel zwischen den einzelnen Organen des Parlaments noch nicht stimmte, weil hinsichtlich der Kompetenzen offensichtlich vieles unklar war. Die Ausschusssekretäre der Verwaltung mussten die Fraktionen eigens bitten, darauf zu achten, »daß sich Arbeitskreise bilden, die spürbarer auf die Diskussionen in den Ausschüssen zu den jeweiligen Sachfragen Einfluss nehmen.«²⁶² In den ersten Sitzungen hatten sich die Ausschüsse offensichtlich »vorrangig [mit] Geschäftsordnungsfragen und Berichterstattungen durch die zuständigen Fachminister« befasst.²⁶³

²⁵⁹ Ebd.

²⁶⁰ W. J. PATZELT, *Geltungsgeschichte*, 2002, S. 50 f.; DERS., *Parlamentarische Geltungsgeschichten*, 2002, S. 298; R. SCHIRMER, *Selbstsymbolisierung*, 2001, S. 137 f. P. J. LAPP, *Volkskammer*, 1975.

²⁶¹ BArch DA 1/17470.

²⁶² Notiz des Leiters der Abteilung Ausschüsse der Verwaltung Dieter Lehmann (undatiert), BArch DA 1/18741, Bl. 65.

²⁶³ Laut Geschäftsordnung oblag ihnen »in enger Zusammenarbeit mit den Wählern die Beratung und die ständige Kontrolle der Durchführung der Gesetze«, außerdem nahmen sie »in den

Erst nachträglich wurde die Fragestunde eingeführt. Während die Aktuelle Stunde keine größeren Probleme bereitete, brauchte es mehrere Anläufe, damit die Fragestunde reibungslos ablief. Die erste Aktuelle Stunde fand bereits in der 3. Tagung statt.²⁶⁴ Das Präsidium hatte sich darauf verständigt, dass sie unter genauer Angabe des Themas schriftlich mindestens eine Woche vor ihrer Durchführung beim Präsidium beantragt werden musste, damit die anderen Fraktionen und der Ministerrat ausreichend Zeit zur Vorbereitung hätten. Es sei denn die Fraktionen stimmten überein, dass die Angelegenheit so dringlich war, dass sie über Nacht vorbereitet werden konnte.²⁶⁵ Später wurde der Zeitrahmen auf 48 Stunden verkürzt.²⁶⁶

Eine erste, wenn auch sehr improvisierte Fragestunde gab es in der 5. Tagung am 26. April. Zwischen Theorie und Praxis klaffte aber eine Lücke: »Wir haben uns diese Antwortstunde im Präsidium eigentlich anders vorgestellt und darum keine Redezeiten verabredet.«²⁶⁷ Doch das erwies sich als Fehler, denn die Minister redeten zu lang und die Abgeordneten fragten zu viel. Man hatte sich verkalkuliert und musste nachbessern.

Auf die Frage von Uwe-Jens Heuer (PDS), der angesichts des Ablaufs der Fragestunde verwirrt war, hatte Höppner außerdem zugeben müssen, dass das, was sie taten, »sich ohnehin an der Grenze des geschäftsordnungsmäßig Erlaubten«²⁶⁸ bewege. Heuer wollte wissen, ob generell Fragen an den zuständigen Minister gestellt werden oder zu der Art Stellung genommen werden sollte, wie dieser antwortete. Inzwischen wurden nämlich Zwischenfragen und eigentliche Fragen gleichberechtigt behandelt, und es wurden vor allen Dingen immer mehr. Dabei waren ursprünglich nur die Redebeiträge der Minister und jeweils drei Fragen an sie geplant gewesen. Höppner zog schließlich die Notbremse und bat die Abgeordneten um Zustimmung, die Antwortzeit der Minister auf maximal zehn Minuten und die anschließende Fragezeit auf fünf Minuten zu begrenzen. Eine Viertelstunde für jeden sei das Maximum.

Schon am 31. Mai folgte die nächste Fragestunde, obwohl die offizielle Einführung erst für den 7. Juni vorgesehen war, aber man wollte dieses »neue Element der Arbeit der Volkskammer« unbedingt ausprobieren, weil es »hoffentlich diese Arbeit beleben und interessanter machen wird.«²⁶⁹

Die formellen Vorgaben bereiteten indes einigen Abgeordneten Kopfzerbrechen, zumindest hielten sich nicht alle daran: »Ich verstehe, daß die Fraktionen noch einige Mühe darauf verwenden werden müssen, ihre Anfragen in 10 Zeilen zu bekommen,

Tagungen zu den ihnen überwiesenen Vorlagen Stellung« und berichteten über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit, § 30 GO VK (1974).

²⁶⁴ § 38 der Vorläufigen Geschäftsordnung wurde am 2. Mai von Geschäftsausschuss um vorläufige Richtlinien zur Aktuellen Stunde ergänzt, BArch DA 1/17469.

²⁶⁵ Beschlußprotokoll der Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 25. April 1990, BArch DA 1/18793, Bl. 56.

²⁶⁶ Beschlußprotokoll der Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 2. Mai 1990, ebd.

²⁶⁷ PV, 5. Tagung am 26. April 1990, S. 110.

²⁶⁸ Ebd., S. 108.

²⁶⁹ PV, 9. Tagung am 31. Mai 1990, S. 244.

wie das später vorgeschrieben sein wird.«²⁷⁰ Die Geduld des Präsidiums mit Unzulänglichkeiten war generell recht groß. Allerdings wiederum nicht so groß, dass Reinhard Höppner dem Drängen der PDS nachgegeben hätte, die aus den Formmängeln politisch Kapital zu schlagen versuchte: Die Versorgungsprobleme – darum ging es in der an Handelsministerin Reider gerichteten Frage der Grünen-Fraktion – beschäftigten die Bevölkerung in der DDR derart, dass das Präsidium gefragt werden müsse, ob es diese Fragestunde an Formalitäten scheitern lasse. Diese Kritik fand auch den Beifall der Grünen. Höppner ging darauf nicht ein, sondern meinte nur, es bleibe den Fraktionen unbenommen, zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde zu beantragen.²⁷¹

Am 7. Juni war dann schließlich Premiere: Erstmals lagen die Fragen im Vorhinein schriftlich vor, von nun an lief es in geregelten Bahnen und nach Plan.²⁷²

Doch nicht nur die Fragestunde hatte mit Problemen zu kämpfen. Das Volkskammerpräsidium klagte vor allem nicht selten über Formmängel. Ständig hatte man Schwierigkeiten mit den von den Fraktionen abgelieferten Anträgen, die kaum brauchbar waren, weil sie nicht der Form entsprachen, wie sie für die Abstimmungen im Plenum gebraucht wurden. Einer der Gründe dafür war sicherlich die miserable technische Ausstattung, so dass manche Abgeordnete ihre Anträge per Hand schrieben – und dem Präsidium damit beim Entziffern gehörige Probleme bereiteten.²⁷³ Aber immerhin lagen sie überhaupt in schriftlicher Form vor. Denn darauf musste Reinhard Höppner insistieren. Dass ein Antrag, wie vorgeschrieben, um 18 Uhr am Vorabend noch nicht vorlag, darüber war er bereit hinwegzusehen. Doch schriftlich vorliegen musste er, »mir reicht auch ein Zettel.«²⁷⁴ Auf weitere Zugeständnisse ließ er sich nicht ein. Seine darüber hinaus gehende Klage, der Betreff müsse korrekter benannt werden, so dass der Antragsteller daraus hervorgehe, und Anträge sollten mit Datum, Unterschrift und Anschreiben versehen sein, so dass sie kopiert werden könnten,²⁷⁵ schien allerdings kaum Gehör gefunden zu haben. Ähnliches passierte auch in den Fraktionen: Obwohl zum Beispiel in der Fraktionssitzung von CDU/DA eigens darauf hingewiesen wurde, dass ein Fraktionsantrag immer zwei Teile haben müsse: das Anschreiben und der eigentliche Antrag, und sie formal denen im Plenum entsprechen müssten, klagte Paul Krüger, dass manchmal schwer zu erkennen sei, was überhaupt gewollt sei, geschweige, dass der Antrag eine halbwegs brauchbare juristische Form aufweise.²⁷⁶

²⁷⁰ PV, 9. Tagung am 31. Mai 1990, S. 248.

²⁷¹ Ebd., S. 249.

²⁷² PV, 11. Tagung am 7. Juni 1990, S. 333.

²⁷³ Johannes Nitsch (CDU/DA) zum Beispiel wollte auch seine Jungferrede handgeschrieben abliefern. Das ließ sein Fraktionsvorsitzender aber nicht durchgehen. Nitsch musste sich daraufhin erst eine Schreibmaschine organisieren und fand sogar noch eine hilfsbereite Fraktionskollektin, die ihm die Rede abends abtippte. »Mandat zur Auflösung«, 2010: 10:10–10:35.

²⁷⁴ PV, 5. Tagung am 26. April 1990, S. 122 f.

²⁷⁵ Beschlußprotokoll der Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 16. Mai 1990, BArch DA 1/18793.

²⁷⁶ Fraktionssitzung vom 22. Mai 1990, ACDP, TA 07-012 6108.

Solche Lernprozesse verliefen in den Fraktionen, selbst wenn alle annähernd gleiche Arbeitsbedingungen vorfanden, doch unterschiedlich, je nachdem wie viele Mitglieder sie zählten, ob sie in der Opposition waren oder Teil der Regierungskoalition. Die PDS beispielsweise hatte Schwierigkeiten zu akzeptieren, dass sie mit dem Verlust der Wählergunst auf eine parlamentarische Randposition abgeschoben war. Sie widmete dementsprechend ihrer Selbstanalyse sehr viel Zeit, bevor sie sich besann und ihre Oppositionsrolle so gut wie möglich nutzte. Die SPD hingegen hatte sich auch organisatorisch ein Beispiel an der großen Schwester im Westen genommen und wohl von allen in der Volkskammer vertretenen Fraktionen den besten Start. Sie wiederum kämpfte anfangs mit Personalquerelen und haderte mit der Aussicht, in einer Koalition mit den ehemaligen Blockparteien zusammenarbeiten zu müssen.

PDS

Der Einstand der PDS-Fraktion in der Volkskammer war – ihrer eigenen Ansicht nach – misslungen: Nach der konstituierenden Sitzung am 5. April, in der sie es nicht geschafft hatte, Hans Modrow als ihren Kandidaten ins Präsidium oder, was ihr viel lieber gewesen wäre, sogar als Volkskammerpräsidenten wählen zu lassen, stellte sich Katzenjammer ein.²⁷⁷ Die Erkenntnis machte sich breit, dass die Fraktion zu blauäugig in diese Sitzung gegangen war, ohne zu wissen was sie erwartete und dass sie sich schlecht und viel zu spät vorbereitet hatte. Sie hatte die Bedeutung parlamentarischer Verfahren massiv unterschätzt, weshalb sie von den Ereignissen förmlich überrollt wurde. Zwar wurde der eigene Auftritt als »einheitlich« und »engagiert« beurteilt, aber sehr viel Positives fand man darüber hinaus nicht. Ruth Fuchs bilanzierte diesen Tag als einen, an dem der Fraktion Überblick und Reaktionsvermögen gefehlt habe.²⁷⁸

Das Ergebnis war »Frust in der Fraktion«.²⁷⁹ Bei einigen Mitgliedern herrschte auch Unverständnis. Ruth Fuchs beispielsweise rätselte, warum niemand außer ihrer eigenen Fraktion es honoriert hatte, dass Hans Modrow, – jemand, der »mit weit über 50 Prozent in der Popularität vor allen anderen Politikern des Landes« rangierte –, »in schwerster Zeit eine Regierung aus allen Parteien« zusammengebracht habe. Und sie warf der Fraktion vor, taktisch unklug agiert zu haben, denn hätte sie statt Käte Niederkirchner Gregor Gysi zusammen mit Modrow für den Posten des Vizepräsidenten kandidieren lassen, hätten sich bei dem fraglichen Wahlmodus, bei dem von zwei Vorschlägen pro Fraktion einer gestrichen werden musste, in der Tat die anderen »die Zähne ausbeißen können, wer von den beiden das »kleinere Übel« gewesen wäre.²⁸⁰

Dem ersten Schock und dem Lecken der Wunden folgte eine sehr intensive Phase der Reflexion und Analyse. Der nächste Schritt von der Analyse zur Umsetzung war

²⁷⁷ Zur Wahl des Volkskammerpräsidiums im Detail vgl. Kap. 3, S. 271–283.

²⁷⁸ R. FUCHS, Gott schütze, 1990, S. 22.

²⁷⁹ »Überlegungen nach der konstituierenden Sitzung der Volkskammer«, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 290.

²⁸⁰ R. FUCHS, Gott schütze, 1990, S. 23.

jedoch bedeutend schwieriger. Die ein wenig selbstquälerische Ursachenforschung ergab, dass man »nicht alle Varianten von Wahlentscheidungen und damit auch nicht alle entsprechenden Konsequenzen allseitig durchdacht hatte«, die Diskussion in der Fraktion unter Zeitdruck erfolgt und die innere Einstellung auf die Oppositionsrolle noch ungenügend war. Abstimmungsniederlagen waren in dieser Position eben nun einmal wahrscheinlich.²⁸¹ Der Autor der Analyse kam zu dem Schluss: »Anfangen beim Präsidium des Parteivorstands bis zum ›letzten‹ Abgeordneten« müsse »die Einstellung zu diesem Parlament noch weitgehender überdacht werden«, vor allem unter dem Aspekt des Berufsparlamentarierturns. »Ab sofort« sei jede Volkskammer-tagung in der Fraktion »allseitig (unter Beachtung aller möglichen Varianten), gründlich (ohne Zeitdruck!) und mit konkreter Taktik für jede(!) Situation« vorzubereiten.²⁸² Ziel war, dass alle Abgeordneten der Fraktion

»schnellstmöglich in der parlamentarischen Arbeit Fuß fassen – vor allem in den Ausschüssen der Volkskammer, zur Herstellung wirksamer Kontakte zu vielen außerparlamentarischen Kräften (wie Gewerkschaften, Frauen- und Jugendinitiativen, Bürgerbewegungen, Mieterschutzbund, Rentnerinteressenvertretungen usw.)«. ²⁸³

Das war durchaus auch als Ratschlag an künftige Landtagsfraktionen gedacht, die die Fehler der Volkskammer-PDS nicht wiederholen sollten.

Das zeigt, dass es der Fraktion anfangs offensichtlich sehr schwerfiel, die parlamentarischen Mechanismen und Prozeduren zu verstehen, beispielsweise die Bedeutung der Fraktions- und Ausschussarbeit zu erfassen und worin die Unterschiede zum Auftritt im Plenarsaal lagen. Auch die Funktion von Zwischenrufen musste ihr erklärt werden: Sie gehörten zur parlamentarischen Kultur und hätten ihre Funktion in der Meinungsbildung der Volkskammer, müssten aber natürlich den Zielen und der Publizität der Auffassung der Fraktion dienen.²⁸⁴

Und immer wieder, beinahe wie ein Mantra, wurde die wichtige Funktion der Opposition in einer Demokratie betont, auch wenn es bedeutete, Regierungspolitik nicht entscheidend prägen zu können.²⁸⁵ Die Erkenntnis, dass eine Oppositionspartei in parlamentarischen Auseinandersetzungen mehr Niederlagen erleidet als Erfolge eringt, war sicher bitter.²⁸⁶ Wie sehr der Abstieg von der alles beherrschenden Staatspartei SED zu einer Partei unter mehreren, zu allem Unglück auch noch in der Opposition, der PDS-Fraktion zu schaffen machte, lässt sich allein schon an der schieren

²⁸¹ Vgl. »Überlegungen nach der konstituierenden Sitzung der Volkskammer«, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 290–293.

²⁸² Ebd., Bl. 291.

²⁸³ Ebd., Bl. 292.

²⁸⁴ Schlußfolgerungen für das Auftreten unserer Fraktion, ADS, VK/10. WP 64, Bl. 7. Die PDS-Fraktion hatte im Übrigen mit Uwe-jens Heuer einen äußerst aktiven Zwischenrufer in den eigenen Reihen. Zur Funktion des Zwischenrufs vgl. auch R. HITZLER, Politik des Zwischenrufs, 1990.

²⁸⁵ ADS, VK/10. WP 65, Bl. 88. Vgl. auch das mit »Arbeitsmaterial« überschriebene Blatt von Mai 1990, das Antworten auf die Frage »Wie ist es möglich, als Opposition zu wirken?« zusammenstellte, ebd., Bl. 220.

²⁸⁶ ADS, VK/10. WP 65, Bl. 79.

Menge von Positions- und Strategiepapieren erkennen, die von einzelnen Mitarbeitern und Abgeordneten zu diesem Thema verfasst wurde. Sie hatten fast den Charakter einer Beschwörung:

»Die Parlamentsarbeit stellt jeden Abgeordneten mit dem Mandat PDS vor komplizierte Aufgaben. Die PDS ist überall in Land in der Opposition

Wir akzeptieren und jeder Abgeordnete muß lernen, daß wir in der Opposition sind und danach handeln müssen. [...] Wir bestimmen nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse! Jeder Abgeordnete muß auch weiterhin lernen und darauf eingestellt sein, mit Andersdenkenden umzugehen.«²⁸⁷

Es ging weiter mit der Feststellung, dass der Abgeordnete dem Wähler verpflichtet sei, nicht der Partei und, den Auftritt im Parlament betreffend, dass die Haltung der Fraktion und der Genossen im Parlament kritisch, aber auch konstruktiv sein solle. »Das heißt nicht immer gegen alles zu sein, sondern Wege zu suchen zur Lösung bestimmter Aufgaben und Probleme im Wähler- und Bürgerinteresse.«²⁸⁸ Ihrem politischen Selbstverständnis nach sollte die Arbeit der Fraktion durch »politische Fairneß, kritisches Herangehen und bündnispolitische Flexibilität« geprägt sein und der Meinungsbildungsprozess auf gleichberechtigter und demokratischer Grundlage erfolgen.

Es war der PDS ein besonderes Anliegen, als konstruktiv wahrgenommen zu werden, auch wenn – oder wie sie es verstand: obwohl – sie in der Opposition war, sich »mit durchdachten, alternativen, sach- und fachgerechten Vorschlägen« zu Wort zu melden.²⁸⁹ Denn »Sachlichkeit und Konsequenz« seien »die einzigen Mittel, um im Parlament als PDS Achtung und Anerkennung zu erwerben.«²⁹⁰ Gregor Gysi behauptete, dass die PDS sich, im Unterschied zu dem Geschehen in anderen Parlamenten, bemühen würde, den Sachstreit nur dort zu suchen, wo er auch angebracht sei. »Soweit es Übereinstimmungen gibt, werden wir keine Hemmungen haben, diese auch darzustellen. Auf diese Art und Weise können wir in Zukunft auch ein Stück mehr an politischer Kultur einbringen. Hier könnte dann der Bundestag von uns lernen.«²⁹¹

Damit war ein Stichwort gefallen, das für die PDS eine äußerst große Rolle spielen sollte: Denn die Fraktion verstand sich als Hüterin der »politische[n] Kultur« der Parlamentsarbeit.²⁹² Entsprochen die anderen dieser Vorstellung nicht und agierten im Plenum nicht in ihrem Sinne, verweigerten sie sich beispielsweise dem geforderten Konsens, oder attackierten sie den politischen Gegner, erklärte die PDS deren Verhalten flugs für »undemokratisch«.²⁹³ Die PDS-Abgeordneten, die auf Kritik

²⁸⁷ »Arbeitsmaterial«, Mai 1990, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 220 (Unterstreichung im Original).

²⁸⁸ Ebd.

²⁸⁹ ADS, VK/10. WP 65, Bl. 85, vgl. auch Bl. 220, 296.

²⁹⁰ Arbeitsmaterial, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 220.

²⁹¹ PV, 4. Tagung am 20. April 1990, S. 73. Das wiederholte er in seiner ersten Rede im Deutschen Bundestag am 4. Oktober 1990. Vgl. S. 327.

²⁹² ADS, VK/10. WP 65, Bl. 217.

²⁹³ Interne Einschätzung zur Tätigkeit der PDS-Fraktion, 2. Entwurf Bericht vor dem Parteivorstand 21. Juli 1990, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 58–61.

oder Angriffe äußerst empfindlich empfänglich reagierten, sahen in solchen Fällen immer gleich die »politische Kultur« oder auch die »Würde« des Parlaments beschädigt. Notfalls musste für die Argumentation auch Rosa Luxemburg zur Hilfe genommen werden: »Es ist im Interesse der politischen Kultur dieses Hohen Hauses dringend geboten, die Freiheit unseres Parlaments immer auch als die Freiheit der Andersdenkenden zu begreifen und zu akzeptieren.«²⁹⁴

Auch wenn in der Rückschau viele PDS-Abgeordnete die 10. Volkskammer verklären, weil sie so viel menschlicher, wärmer gewesen sei als der kalte Parlamentarismus westdeutscher Provenienz, sahen sie sich auch dort doch in erster Linie in der Rolle des Opfers.²⁹⁵ Das *Neue Deutschland* hatte zwei Tage nach der Wahl in einem Kommentar den Ton vorgegeben: Anders als andere Parteien sei die PDS ohne fremde Hilfe auf 16 Prozent gekommen und damit drittstärkste Partei geworden. Was umso mehr Respekt verdiene als sie »wie keine andere massiven Angriffen, Anfeindungen und Verleumdungen ausgesetzt war.«²⁹⁶ Gregor Gysi schrieb noch zehn Jahre danach, die PDS sei der »Prügelknabe der Mehrheit des Parlaments« gewesen:

»Bühnenreife Auftritte gegen sie vor und hinter dem Rednerpult, verbale Entgleisungen und politische Verdächtigungen, wortreiche Beschimpfungen und ungenügende Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit waren noch das Erträglichere, was die Fraktion wegstecken mußte. Und das alles in permanenter Anwesenheit der Medien.«²⁹⁷

Innerhalb der Fraktion habe die Ausgrenzungsstrategie der anderen Fraktionen jedoch zu einem starken inneren Zusammenhalt geführt.²⁹⁸ Ganz so konfliktfrei und harmonisch scheint es aber nicht immer gewesen zu sein. Das legt zumindest die Schilderung Dietmar Kellers nahe, der von Lähmung aus Angst vor den Fehlern der Vergangenheit spricht und von Sitzungen, die meist bis nach Mitternacht dauerten. Mehrheiten in der Fraktion seien »durch Frauenvotum, Minderheitenvotum, Behindertenvotum und Ähnliches blockiert« worden, die »mühsam erarbeitete Geschäftsordnung der Fraktion durch mehr als ein Dutzend Ausnahmeregelungen ad absurdum geführt«, »wer sich im Unrecht fühlte, beantragte Auszeit, Pausen oder knallte die Türen hinter sich zu.«²⁹⁹

Doch auch die PDS-Abgeordneten konnten durchaus kräftig austeilen, wenn ihnen danach zumute war, und waren in der Wahl ihrer Mittel dann nicht zimperlich: Als am 31. Mai Jochen Steinecke (Liberale) zum Thema Parteivermögen der SED Stellung nahm, handelte er sich einen Zwischenruf Gregor Gysis ein. Steinecke entgegnete etwas, was bei den Abgeordneten vor allem der Koalitionsfraktionen zu lautem Gelächter führte, das aber weder die Stenografen noch der präsidierende Reinhard Höppner

²⁹⁴ PV, 26. Tagung am 20. Juli 1990, S. 1189.

²⁹⁵ Vgl. die Schilderungen bei R. FUCHS, Gott schütze, 1990, H. MODROW, Neues Deutschland, 1998, C. LUFT, Zwischen Wende, 1991, U.-J. HEUER/G. RIEGE, Der Rechtsstaat, 1992.

²⁹⁶ »Kein Zaungast«, *ND* vom 20. März 1990.

²⁹⁷ G. GYSI, Das Profil, 2000, S. 180.

²⁹⁸ Interview Claus.

²⁹⁹ D. KELLER, Demut, 2015, S. 79 f.

akustisch verstanden hatten. Höppner hoffte, »daß es sich nicht um einen Zwischenruf gehandelt hat, der zu rügen ist« und dass dem Protokoll mehr zu entnehmen sei.³⁰⁰ Uwe-Jens Heuer fragte Steinecke daraufhin: »Warum sagen Sie nicht Isidor?«. Das suggerierte allen anderen, dass Steineckes Kommentar einen antisemitischen Bezug gehabt haben musste. Aus den Videoaufzeichnungen dieser Szene wird jedoch ganz deutlich, dass Steinecke Gysi mit »Karl Eduard« anredete, also auf den berühmten-berechtigten Moderator der Propagandasendung Der Schwarze Kanal, Karl-Eduard von Schnitzler, anspielte. Steinecke entschuldigte das als Versprecher, weigerte sich aber, die Bemerkung zu wiederholen. Gysi selbst, das ist an seiner Reaktion zu merken, hatte von dem Kommentar gar nichts mitbekommen.³⁰¹

Was der PDS ebenfalls erst mit einer gewissen Verzögerung klar geworden zu sein scheint, war die Tatsache, dass ihr auch die komplette Infrastruktur für die Öffentlichkeitsarbeit weggebrochen war, auf die sich die SED immer hatte stützen können. Vor allem der für die SED quasi selbstverständliche Zugang zur staatlich gelenkten Presse und zum Fernsehen bzw. deren permanente Verfügbarkeit waren auf einmal nicht mehr gegeben. Die Aufmerksamkeit der Medien richtete sich nun eben nicht mehr nur auf sie allein, sondern auch auf all die anderen Akteure. Im besten Fall war die PDS damit eine unter vielen, im schlechtesten wurde sie überhaupt nicht mehr beachtet. Das war eine neue Erfahrung. Um diesen Nachteil wettzumachen, mussten neue Wege gesucht werden, um sich ins Gespräch zu bringen, das hieß vor allem, eine verstärkte außerparlamentarische Kontaktaufnahme zu versuchen.

Kontakt suchte die PDS aber auch zu Bündnis 90/Grünen, weil sie eine Übereinstimmung in vielen politischen Fragen sah. Die existierte in manchen Bereichen tatsächlich, sei es bei dem Wunsch nach Verabschiedung einer neuen Verfassung, der Ablehnung eines Beitritts zur Bundesrepublik nach Art. 23 GG, oder aber generell bei der Forderung nach Stärkung der Oppositionsrechte. Die PDS lobte beispielsweise die Stellungnahme der Grünen in der Debatte zum Staatsvertrag am 20. September als »eindrucksvolle Nutzung parlamentarischer Möglichkeiten um der Öffentlichkeit und Nachwelt die eigenen Positionen zu verdeutlichen bzw. zu Protokoll zu geben«. ³⁰² Wolfgang Ullmann hatte an diesem Tag, nachdem die anderen Fraktionen eine dritte Lesung des Staatsvertrags verweigert hatten, für seine Fraktion eine Erklärung abgegeben. Darin bemängelte sie, dass »eine Reihe von Gesetzen schwerwiegendsten Inhalts« im Einigungsvertrag nie Gegenstand der parlamentarischen Verhandlungen gewesen seien. Es hätte daher auf jeden Fall einer dritten Lesung bedurft. Das gewählte Verfahren verletze die Würde des Parlaments und seiner Abgeordneten, beraube das parlamentarische Verhandeln jeden Sinnes und sei geeignet, die Öffentlichkeit des Landes irrezuführen. Die Fraktion werde sich daher nicht beteiligen.³⁰³

³⁰⁰ PV, 9. Tagung am 31. Mai 1990, S. 280, bzw. 5:10:38–5:11:36.

³⁰¹ Ebd., 5:10:47–5:11:07.

³⁰² Fraktionsvorstandssitzung, 27. September 1990, ADS, VK/10. WP 66, Bl. 123.

³⁰³ PV, 36. Tagung am 20. September 1990, S. 1753 ff. Es folgten weitere persönliche Erklärungen unter anderem von Christine Grabe, Günter Nooke, Rainer Pietsch, Wolfgang Ullmann, Vera Wollenberger sowie Jens Reich.

Doch der Prozess der Identitätsfindung der PDS-Fraktion dauerte. Hans-Joachim Willerding, der Leiter des Arbeitskreises Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Fraktion, stellte noch im Juli, also nach immerhin fast vier Monaten parlamentarischer Arbeit, in einer der zahlreichen Analysen fest, dass sich

»die Abgeordneten zum Teil nicht bis zu Ende über Funktion/Rolle dieser Volkskammer und die sich daraus ergebenden Aufgaben der Fraktion der PDS im klaren sind; sich ein Teil der Abgeordneten über die Rolle einer linken, sozialistischen Partei in einem bürgerlichen Parlament unklar ist [...] der Vorstand seine [...] inhaltlichen, politischen Führungsaufgaben gegenüber der Fraktion nur unzureichend gerecht geworden ist.«

Es brauchte geraume Zeit, bis die PDS sich aus diesem hartnäckigen Zustand der Desorientierung herausgearbeitet hatte. Aber nachdem sie einmal begriffen hatte, über welche Mittel sie als Opposition verfügte, und mit welcher Taktik sie vorgehen musste, begann sie ihre, zugegeben geringen, Chancen zur Selbstdarstellung und Interessenvertretung strategisch und alles andere als ungeschickt zu nutzen. Die PDS hatte lange mit ihrer Oppositionsrolle gefremdelt, aber nun kostete sie alle sich bietenden Gelegenheiten aus.

So gelang es ihr vor allem gegen Ende der Volkskammerzeit, die großen Fraktionen oftmals regelrecht vorzuführen. Je näher die Wahlen rückten, desto häufiger wurden von den kleinen Fraktionen Anträge eingebracht, bei denen völlig klar war, dass sie im Plenum nicht den Hauch einer Chance hatten. Aber Mehrheiten zu bekommen, war auch gar nicht das Ziel. Ihren Initiatoren kam es auf etwas ganz anderes an: Sie wollten Aufmerksamkeit erregen und die Regierungsparteien auf diese Weise zwingen, zu bestimmten Themen Stellung zu nehmen. Viele dieser Anträge seien »reine Wahlpropaganda« der PDS, stellte die CDU frustriert fest.³⁰⁴

Nicht nur Lothar de Maizière war in diesem Zusammenhang vor allem ein Auftritt Gregor Gysi in unangenehmer Erinnerung: Der Chef der PDS-Fraktion hatte in der Plenarsitzung vom 8. August, nachdem ein Antrag auf Einberufung einer Sondersitzung bereits abgelehnt worden war, gleich sechs Anträge der PDS auf Abänderung der Tagesordnung eingebracht, »das hat uns zwei Stunden gekostet«.³⁰⁵ Einige Abgeordneten protestierten schon während der Sitzung dagegen.³⁰⁶ Er strapazierte allerdings nicht nur die Nerven der CDU-Mitglieder: Auch Konrad Weiß (Bündnis 90/Grüne) regte sich über das allzu durchsichtige Manöver auf und bat die Präsidentin, »zu veranlassen, daß die Wahlkampfveranstaltung der PDS unterbrochen« werde.³⁰⁷

Denn das Präsidium hatte in seiner Sitzung vom 31. Juli mit Mehrheit entschieden, dass die Erweiterung der Tagesordnung an diesem Tag einer besonderen Begrün-

³⁰⁴ Fraktionssitzung am 11. September 1990, ACDP, TA 07-012 6121.

³⁰⁵ Lothar de Maizière in der Fraktionssitzung am 21. August 1990, ACDP, TA 07-012 6118.

³⁰⁶ PV, 28. Tagung am 8. August 1990, S. 1297 bzw. 0:59:00. In manchen Erzählungen wurden daraus sogar drei Stunden Verzögerung. Gysi hielt den Beginn der Tagung zwar durchaus nennenswert auf, so lange jedoch auch wieder nicht. Vermutlich hatte der Ärger über das Manöver die Fähigkeit zur objektiven Darstellung etwas getrübt, PV, 29. Tagung am 22. August 1990, S. 1359.

³⁰⁷ PV, 28. Tagung am 8. August 1990, S. 1295.

derung bedürfe. Weitere Tagesordnungspunkte müssten so dringend sein, dass sie die Einberufung einer Sondersitzung während der Sommerpause rechtfertigten. Die bereits vorliegenden Anträge der PDS würden an die Fraktionen weitergegeben.³⁰⁸ Das Präsidium konnte mit seinem Beschluss aber kaum verhindern, dass die Anträge über eine Ergänzung der Tagesordnung doch noch den Weg ins Plenum fanden. Denn dieses Schlupfloch ließ die Geschäftsordnung offen. Doch die damit demonstrierte Missachtung einer Mehrheitsentscheidung des Präsidiums sorgte für Verärgerung. Neben Sabine Bergmann-Pohl äußerte auch Frank Heltzig (SPD) Kritik und wollte unter dem Beifall der Kollegen wissen, wozu die Volkskammer denn überhaupt ein Präsidium habe.³⁰⁹

Die PDS nutzte aus, dass die großen Fraktionen zunehmend nachlässig geworden waren und Disziplinlosigkeit einzureißen begann. Vor allem an Freitagabenden fiel es SPD und CDU/DA immer schwerer, für ausreichende Anwesenheit im Plenum zu sorgen. Schon im Juni hatte einer der Parlamentarischen Geschäftsführer von CDU/DA seine Fraktion darauf aufmerksam gemacht, dass die PDS bei kritischen Abstimmungen beginne, die Reihen zu zählen. Sie eruierte damit, ob es sich lohnen könnte, die Beschlussfähigkeit anzuzweifeln oder eine namentliche Abstimmung zu beantragen. Am 1. Juni, dem Freitag vor Pfingsten, war bei der CDU deshalb schon einmal Nervosität und hektische Betriebsamkeit ausgebrochen, um insgesamt 110 ihrer Abgeordneten von überallher zurück in den Plenarsaal zu holen. Die Sitzung war nur kurz, gerade einmal zwei Stunden, und es standen nur 1. Lesungen an, das heißt, es ging bei den Abstimmungen lediglich um die Überweisung in die Ausschüsse, trotzdem wäre eine Niederlage wegen Abwesenheit der eigenen Abgeordneten äußerst peinlich gewesen. »Wenn sie [gemeint war die PDS-Fraktion, d. V.] clever oder unfein gewesen wären, und 20 hätten den Saal verlassen, wäre eine Abstimmung nicht mehr möglich gewesen.«³¹⁰

Am 8. Juni wollte die PDS dann in der Tat die Anwesenden auszählen lassen, um festzustellen, ob das Haus überhaupt beschlussfähig war. Das konnte nur abgewendet werden, weil die PDS es versäumt hatte, den Antrag rechtzeitig, das heißt vor der Abstimmung, zu stellen. Er verstieß somit gegen die Geschäftsordnung.³¹¹ Einige Minuten später wiederholte sie das Manöver jedoch, und jetzt war der Antrag ordnungsgemäß. Aber sie zog ihn noch während der Abstimmung wieder zurück, um »eine friedliche Lösung« vorzuschlagen, wie Dietmar Keller betonte.³¹² Denn ihr gehe es darum, auf ein Problem aufmerksam zu machen und nicht um die Behinderung der Arbeit des Parlaments. Man sitze seit 9 Uhr morgens ohne Pause hier und zur Planung gehöre auch, dass die Beschlussfähigkeit des Parlaments gesichert sei.³¹³ Um

³⁰⁸ Beschlussprotokoll der 22. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer am 31. Juli 1990, BArch DA 1/18794, Bl. 115.

³⁰⁹ PV, 28. Tagung am 8. August 1990, S. 1297.

³¹⁰ In der Fraktionssitzung am 5. Juni 1990, ACDP, TA 07-012 6110.

³¹¹ PV, 12. Tagung am 8. Juni 1990, S. 397.

³¹² Ebd., S. 403.

³¹³ Ebd.

solche Situationen in Zukunft zu vermeiden, einigten sich die Fraktionen später darauf, Anträge auf Prüfung der Beschlussfähigkeit möglichst zu unterlassen, und wenn überhaupt, dann nur nach Abstimmung durch die Parlamentarischen Geschäftsführer einzubringen. »Wenn jemand vorhat, damit eine politische Sache zu demonstrieren, stimmt man sich aus Fairnessgründen vorher ab.«³¹⁴

Bündnis 90/Grüne

Auch die Grünen hatten einen derartigen Versuchsballon starten lassen, als sie am 20. Juli den Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit des Hauses stellten, nur um ihn nach wenigen Minuten Auszeit wieder zurückzuziehen.³¹⁵ Die Argumentation war fast dieselbe wie im Monat zuvor bei den Kollegen von der PDS: Das Präsidium solle den Antrag zum Anlass nehmen zu klären, wie weit die Tagesordnung, von der noch fast die Hälfte unerledigt sei, an diesem Tag überhaupt noch abgearbeitet werden könne und unter Umständen eine Sondersitzung anberaumen.

Bündnis 90/Grüne befanden sich nicht nur an diesem Tag in einer ähnlichen Situation wie die PDS. Wie diese mussten auch sich erst in ihre Rolle als Oppositionsfraktion finden und taten sich ebenfalls hin und wieder schwer damit. War die PDS jedoch ein mehr oder weniger geschlossener Block ohne Teilgruppen oder Flügelbildung, kam bei den Grünen erschwerend hinzu, dass sie ein äußerst heterogener Zusammenschluss der Mitglieder von verschiedensten Oppositions- und Umweltgruppen waren, die sich erst für die Wahl vom 18. März 1990 zusammengetan hatten: Neben der Grünen Partei in der DDR gehörten dazu das Neue Forum, Demokratie Jetzt sowie die Initiative Frieden und Menschenrechte. Rückblickend erschien es Matthias Platzeck fast schon ein wenig erstaunlich, dass »trotz der Vielzahl von ausgeprägten und bekannten (Dick-)Köpfen das Klima in der Fraktion sehr schnell von Toleranz und der Bereitschaft, sich anderen Argumenten zu öffnen, geprägt war«.³¹⁶ In der Tat befanden sich in dieser Fraktion eine ganze Reihe inzwischen prominenter Akteure: Jens Reich, Hans-Jochen Tschiche, Werner Schulz und Joachim Gauck (Neues Forum), Matthias Platzeck und Vera Wollenberger (Grüne Partei), Gerd Poppe und Marianne Birthler (Initiative Frieden und Menschenrechte) oder Konrad Weiß und Wolfgang Ullmann (Demokratie Jetzt). Sie gehörten zum Teil schon seit Jahren der Oppositionsbewegung in der DDR an und waren in den Monaten des Umbruchs 1989/90 erstmals einer größeren Öffentlichkeit bekannt geworden. Mehrere hatten bereits als Repräsentanten ihrer Gruppen am Zentralen Runden Tisch gegessen und zum Teil später auch in dieser Eigenschaft in der »Regierung der nationalen Verantwortung« des Ministerpräsidenten Hans Modrow.³¹⁷

³¹⁴ Paul Krüger in der Fraktionssitzung am 12. Juni 1990, ACDP, TA 07-012 6111.

³¹⁵ PV, 26. Tagung am 20. Juli 1990, S. 1180.

³¹⁶ Matthias Platzeck, »Die ersten 100 Tage ...«, *Regenbogen*, Nr. 1, 1990.

³¹⁷ U. THAYSEN, *Der Runde Tisch*, 1990, S. 88.

Dass die Zusammenarbeit wider Erwarten so gut funktionierte – bis zu diesem Tag habe die Geschäftsordnung der Fraktion kein einziges Mal bemüht werden müssen, »um Ordnung in die Abläufe zu bringen« –, lag für Matthias Platzeck weniger daran, dass es sich um eine Notgemeinschaft handelte, sondern eher an den gemeinsamen politischen Zielen.³¹⁸ Wenngleich er nicht verschweigt, dass eine solche Anzahl »groß dimensionierte[r] Charaktere« den Alltag in der Fraktion auch nicht unbedingt erleichterte.³¹⁹ Zumal es einige nicht »so recht [verstanden], warum sie überhaupt in irgendeinem profanen Rechts-, Haushalts oder Finanzausschuss sitzen sollten, wenn sie doch zur selben Zeit auf Podien oder Kirchentagen über das große Ganze hätten reden können.«³²⁰

Es gab dort in der Tat nicht wenige, die sich nicht als Mitglieder einer Partei, sondern als einer Gruppe oder Bewegung verstanden und die basisdemokratischen konsensualen Entscheidungen nach Art des Zentralen Runden Tisches sowie eine aktive Beteiligung der Bürger an der Politik dem parlamentarisch-repräsentativen Modell vorgezogen hätten.³²¹ Damit ähnelten sie ihrer westdeutschen Schwesterpartei. In puncto Organisiertheit hatten sie ihr jedoch einiges voraus.

Gleich zu Beginn, im März, klärte die Fraktion die zentralen Punkte ihrer Arbeit. Zum Beispiel die Frage, ob sie öffentlich oder nichtöffentlich tagen wolle. Für Öffentlichkeit sprachen die Erfahrungen des Zentralen Runden Tisches. Allerdings sah man auch die Gefahr, dass eine zu starke Öffnung nach außen die Arbeit behindern könnte. Deshalb entschied die Fraktion doch, grundsätzlich nichtöffentlich zu tagen, die Öffentlichkeit aber jederzeit bei bestimmten Punkten und nach Abstimmung ganz oder teilweise zuzulassen zu können.³²² In der Frage, wann man tagen wollte, vermerkte das Protokoll, noch in typischem DDR-Duktus: »Es wird perspektivisch orientiert auf früheren Beginn der Sitzung.« Ein früherer Beginn war aber abhängig von den jeweiligen Sitzungstagen. Denn bei eintägigen Sitzungen sollte gewährleistet sein, dass diejenigen, die von außerhalb Berlins kamen, am selben Tag an- und auch wieder abreisen konnten, das heißt, die Fraktionssitzungen begannen später. Bei mehrtägigen Sitzungen, die mit Übernachtungen in Berlin verbunden waren, wollte man sich hingegen um 8 Uhr treffen.

Die Fraktion verlangte von ihren Mitgliedern, anwesend zu sein, Fernbleiben musste mit dem Vorstand abgesprochen werden und in Krankheitsfällen war der Geschäftsführer über die voraussichtliche Dauer der Krankheit zu informieren. Die Fraktion war beschlussfähig, wenn 12 der 20 Mitglieder anwesend waren, wobei beide Bündnispartner vertreten sein mussten. In der Wahl der Vorstandsmitglieder sollte sich ebenfalls die Zusammensetzung der Fraktion aus den verschiedenen politischen Gruppierungen spiegeln. Wie die Bundestags-Grünen entschied man sich gegen einen einzelnen

³¹⁸ Matthias Platzeck, »Die ersten 100 Tage ...«, *Regenbogen*, Nr. 1/90.

³¹⁹ M. PLATZECK, *Zukunft*, 2009, S. 64.

³²⁰ Ebd.

³²¹ Vgl. vor allem die Äußerungen Wolfgang Ullmanns.

³²² Protokoll der konstituierenden Sitzung, 24. März 1990, AGG, B III 1.1.

Vorsitzenden und für – drei – gleichberechtigte Sprecher: Auf diese Posten wurden Jens Reich (NF), Vera Wollenberger (Grüne Partei) und Wolfgang Ullmann (Demokratie Jetzt) gewählt, bei sehr ausgewogener Stimmenverteilung. Auch bei der Wahl des Parlamentarischen Geschäftsführers zeichnete sich lange kein Favorit ab. Diese Aufgabe übernahmen Gerd Poppe und, als sein Stellvertreter, Matthias Platzeck. Weil Ullmann als »honorige Persönlichkeit« ins Volkskammerpräsidium gewählt wurde, rückte Marianne Birthler zusätzlich in die Riege der Sprecher nach.³²³ Laut Matthias Platzeck war diese Organisationsform für die Fraktionsspitze allerdings eher Ergebnis eines komplizierten und nicht wirklich abgeschlossenen Meinungsbildungsprozesses als eine gezielte Entscheidung: Sie waren schlicht über lange Zeit hinweg nicht in der Lage, sich auf eine Person zu einigen. Das Ergebnis war seiner Meinung nach unbefriedigend, denn vier Sprecher waren für eine so kleine Fraktion eigentlich viel zu viel.³²⁴

Was die Zuordnung der einzelnen Mitglieder zu Arbeitskreisen anging, war man sich auch in der zweiten Fraktionssitzung noch ein wenig unschlüssig, weil weder die genaue Anzahl der Arbeitskreise noch deren inhaltliche Schwerpunkte bereits festgelegt waren. Außerdem hielt man die Ernennung eines provisorischen Geschäftsführers für sinnvoll, bis ein Bewerber für dieses Amt ausgesucht war. Da für diesen Posten ein hohes Maß an Erfahrung im Büromanagement erforderlich war, hatte sich die Fraktion entschlossen, die Stelle auszuschreiben.³²⁵

Alle diese Punkte weisen die Fraktion – ganz im Gegensatz zu ihrem westdeutschen Pendant dieser Zeit – als eine relativ gut organisierte Gruppe aus, der klar war, dass sie angesichts ihrer geringen Größe nur effektiv würde arbeiten können, wenn sie verlässliche Strukturen und Mechanismen etabliert.³²⁶ Doch auch den Grünen waren die Probleme der anderen Fraktionen nicht fremd. So waren zwar recht bald wichtige Posten in der Fraktion besetzt, »doch gab es außer Wolfgang Templin keinen regulären Mitarbeiter«.³²⁷ Auf die Pressestelle, Finanzexperten, Juristen und persönliche Mitarbeiter musste man bis Mitte Mai warten. Und in einem Brief »An die Abgeordneten des Neuen Forum in der Fraktion Bündnis 90/Grüne« erklärte ungefähr im Juni ein mit sich selbst hadrender Jens Reich:

»Ich bin unzufrieden mit meiner Tätigkeit als Sprecher. Die drei Sprecher tun nicht genug, um die Fraktionsarbeit hart und schriftlich vorzubereiten. Dadurch kommt es zu endlo-

³²³ Ebd.

³²⁴ M. PLATZECK, *Zukunft*, 2009, S. 64.

³²⁵ Protokoll Sitzung 27. März 1990, AGG, B III I.1.

³²⁶ Um wieviel weiter die Ost-Grünen in dieser Hinsicht waren, stellten sie spätestens im Dezember 1990 mit ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag fest: Werner Schulz schilderte plastisch, dass sie dort einen »Scherbenhaufen«, ein »chaotisches Trümmerfeld«, »eine gescheiterte Wohngemeinschaft« übernommen hätten. Die westdeutschen Grünen waren am 20. Dezember mit lediglich 3,8 % der Stimmen an der Fünfprozenthürde gescheitert, so dass nur die acht Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne, für die die Hürde nicht galt, in den Bundestag einzogen. »Wir haben erst einmal die ganzen chaotischen Arbeitsstrukturen der alten Grünen-Fraktion aufgebrochen und neu organisiert.«, S. REKER, *Der Deutsche Bundestag*, 1999, S. 380 f. Vgl. auch P. KRAATZ, *Die Grünen*, 2015, v. a. S. 34*–37*.

³²⁷ A. HÜNNINGHAUS, *Bündnis 90/Grüne*, 2009, S. 67.

sen Palavern in der Fraktionssitzung, jeder muß mehrmals Senf dazugeben, zum Teil noch ohne Protokoll. Außerdem wird damit die Chance für abgestimmtes, gemeinsames Auftreten verspielt.«³²⁸

Im selben Atemzug forderte er eine bessere Vorbereitung der Plenarsitzungen, denn es gehe oft nach Punkten gegen Bündnis 90/Grüne aus, wenn zum Beispiel »wir die Fragen so stellen, daß Maizière [!] mit Beifall auf eigenem Platz einfach abschmettern kann, oder wenn wir uns bei der Frage verschwafeln und ›Frage‹ angegröhlht [!] werden.«³²⁹

Was die Definition ihrer Rolle als Oppositionsfraktion angeht, lassen sich Parallelen zwischen Bündnis 90/Grüne und PDS erkennen: Wie diese bestanden auch die Grünen auf einer aktiven, konstruktiven Rolle, oder nach den Worten von Konrad Weiß: »Sie [die Opposition] ist nicht nur zur Kontrolle und zum Widerspruch da, sondern auch zum Mitgestalten.«³³⁰ Nur war das auch für die Grünen-Fraktion schon allein wegen ihrer geringen Größe schwer. Noch im April/Mai glaubte sie, »den politischen Prozeß kritisch konstruktiv begleiten zu können«, musste aber bald einsehen, dass das nicht so einfach war wie gedacht und sehr vom guten Willen der großen Fraktionen abhing.³³¹ Die ließen die Grünen die Mehrheitsverhältnisse in der Kammer immer wieder deutlich spüren.

Besonders bitter wurde es bei Personalentscheidungen, so vor allem bei der von den Koalitionsfraktionen mehrfach verhinderten Wahl Günter Nookes zum Mitglied des Treuhandverwaltungsrates. Die Treuhandanstalt, die ihre Arbeit am 1. Juli aufgenommen hatte, hatte die Aufgabe, volkseigenes Vermögen der DDR zu privatisieren, möglichst viele Betriebe wettbewerbsfähig zu machen und dadurch Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.³³² Für den Verwaltungsrat der Anstalt mussten von der Volkskammer zwei Abgeordnete – je einer auf Vorschlag der Koalition und der Opposition – und sieben weitere vom Ministerpräsidenten vorgeschlagene Mitglieder gewählt werden. In seiner Sitzung vom 4. Juli hatte das Volkskammerpräsidium das Prozedere der Wahl beschlossen: Die Abgeordneten erhielten zu den sieben Personalvorschlägen als Entscheidungsgrundlage eine schriftliche Vorlage mit Angaben zu Qualifikation und bisheriger Tätigkeit des jeweiligen Kandidaten. Die Wahl selbst erfolgte ohne Personaldebatte. Die Koalitionsfraktionen stellten aus ihren Reihen Joachim Schmiele (DSU) und Jochen Steinecke (Die Liberalen) auf, auf Oppositionsseite waren Werner Meyer-Bodemann (DBD/DFD) und eben Günter Nooke (Bündnis 90/Grüne) nominiert worden, wobei Nooke von Bündnis 90/Grüne und PDS unterstützt wurde. Kurz vor der Wahl wurden sowohl Meyer-Bodemann als auch Schmiele von den jeweiligen Gruppen zurückgezogen, so dass nur Steinecke

³²⁸ Jens Reich, »An die Abgeordneten des Neuen Forum in der Fraktion Bündnis 90/Grüne«, ohne Datum, AGG, B.III.1.8.

³²⁹ Ebd.

³³⁰ PV, 6. Tagung am 10. Mai 1990, S. 190.

³³¹ J. REICH, Fraktion Bündnis 90/Grüne Partei, 2000, S. 171.

³³² So die Definition ihrer Aufgabe im »Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz)« vom 17. Juni 1990, GBl. DDR 1990 I S. 300.

und Nooke antraten. Im ersten Wahlgang war die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Wenn ein vorgeschlagener Kandidat auch im zweiten Wahlgang diese Mehrheit nicht erreichte, musste ein neuer benannt werden.³³³ Genau das trat am 5. Juli ein.³³⁴ Denn wie sich herausstellte, stieß Nooke auf größere Vorbehalte.

Steinecke wurde mit 278 von 324 abgegebenen Stimmen gewählt, doch Nooke erhielt nur 139 Ja-, bei 164 Nein-Stimmen. Die Grünen kritisierten die Verweigerungshaltung, die darin zum Ausdruck kam: Während sie zu großen Teilen dem Koalitionskandidaten »aus Respekt vor dem Gesetz« ihre Stimme gegeben hätten, habe die Koalition der Opposition gegenüber diesen Respekt vermissen lassen. Das sei ein Zeichen mangelnden Demokratiebewusstseins.³³⁵ Es folgte eine Unterbrechung der Sitzung, Beratungen von Präsidium und Parlamentarischen Geschäftsführern und schließlich die Vertagung auf den nächsten Morgen.

Nooke wurde ein weiteres Mal ins Rennen geschickt. Doch der zweite Wahlgang verlief nicht besser: Bei 284 abgegebenen Stimmen votierten 125 für ihn und 147 gegen ihn, hinzu kamen 5 Enthaltungen und 7 ungültige Stimmen. Wieder war er gescheitert. Wenn sie wollte, konnte die Koalition die Oppositionsparteien am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Die Grünen wollten jetzt zumindest von den anderen wissen, was eigentlich gegen ihren Kandidaten spreche, erhielt darauf aber keine Antwort. Ihre Frustration saß tief: »Sehen Sie doch dieses Parlament an, wo man durch eine en-bloc-Wahl ehemaliger Blockparteien die Nominierung des Verwaltungsrates der Treuhand verhindern kann und damit die Opposition in ihrer Souveränität, in ihrer Würde verletzt.«³³⁶

Am 11. Juli entschied das Präsidium mit 12 gegen vier Stimmen, keine dritte Abstimmung über denselben Kandidaten durchführen zu lassen,³³⁷ obwohl inzwischen der Wirtschaftsausschuss Nookes Wahl befürwortet hatte und auch die Liberalen bereit waren, ihn, wenn es unumgänglich war, zu akzeptieren, um die Arbeit der Treuhand nicht zu behindern.³³⁸ Die Grünen jedoch blieben stur und weigerten sich, einen neuen Kandidaten aufzustellen. Und dieses Mal zahlte sich die Beharrlichkeit aus. Im dritten Wahlgang, als eine einfache Mehrheit genügte, war Nooke erfolgreich.³³⁹

Bisweilen drohten die Grenzen zwischen PDS und Bündnis 90/Grüne unscharf zu werden, weil die Situation in der Opposition die beiden bis zu einem gewissen Grad einte. Das war riskant. »[S]tändigen Umarmungsübungen seitens der PDS aus-

³³³ Beschlußprotokoll der 17. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 4. Juli 1990, BArch DA 1/18794, Bl. 59 f.

³³⁴ Vgl. PV, 21. Tagung am 5. Juli 1990, S. 857–863, 869 f.

³³⁵ Marianne Birthler, PV, 21. Tagung am 5. Juli 1990, S. 869 f.

³³⁶ Werner Schulz, PV, 22. Tagung am 6. Juli 1990, S. 939.

³³⁷ Beschlußprotokoll der 18. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer am 11. Juli 1990, BArch DA 1/18794, Bl. 5.

³³⁸ Beschlußprotokoll der 15. Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 11. Juli 1990, BArch DA 1/17494 sowie Protokoll Fraktionssitzung 10. Juli 1990, ADL, L1-27, Bl. 3.

³³⁹ PV, 24. Tagung am 13. Juli 1990, S. 1029–1032, 1046, 1049. Nooke erhielt bei 188 abgegebenen Stimmen 107 Ja-, und 44 Nein-Stimmen. 30 Abgeordnete enthielten sich, 7 Stimmen waren ungültig.

gesetzt«, war es bestimmt nicht im Sinn der Grünen, von ihr vereinnahmt zu werden.³⁴⁰ Matthias Platzeck versuchte die Unterschiede wieder stärker zu betonen. Zu Gregor Gysi gewandt, den er duzte, aber mindestens ebenso an die Adresse seiner eigenen Fraktionskollegen im Plenum gerichtet, erinnerte er daran, dass die Opposition »nicht ein Block« sei. »Uns trennt in Ansätzen und in unserer Politik mehr als nur der Gang. Das ist bekannt bei aller sachlichen Zusammenarbeit.«³⁴¹

SPD

Es war den intensiven Überlegungen und akribischen Planungen sogar noch vor der eigentlichen Parteigründung zu verdanken, dass die Sozialdemokraten von allen Fraktionen in der Volkskammer wohl am besten vorbereitet an die Arbeit gingen und auch am wenigsten Probleme damit hatten, ihre Rolle zu definieren.³⁴² Es hatte aber zu einem nicht geringen Teil auch damit zu tun, dass die SPD zu diesem Zeitpunkt noch fest davon ausging, die Wahlen zu gewinnen – alle Prognosen deuteten schließlich darauf hin – und nach dem 18. März Regierungsverantwortung übernehmen zu müssen. Dementsprechend gut wollte sie präpariert sein.



Abb. 16 Friedensseminar in der Vipperower Dorfkirche, August 1987, Rollenspiel zum parlamentarischen Verfahren: Uwe Dähn, Martin Gutzeit und Ibrahim Böhme (v. l.)

Und die Vorbereitung begann in der Tat früh: Beobachtet und fotografiert von Stasispitzeln spielten Mitglieder der späteren SDP bereits 1987 in einem Rollenspiel

³⁴⁰ M. PLATZECK, »Die ersten 100 Tage ...«, *Regenbogen* Nr. 1, 1990.

³⁴¹ Mit »Gang« meinte er ganz wörtlich den zwischen den Sitzreihen der Grünen und der PDS, die im Plenarsaal nebeneinandersaßen. PV, 9. Tagung am 31. Mai 1990, S. 257.

³⁴² Zur SPD in der Volkskammer vgl. u. a. D. SEGERT, *The SPD*, 1994.

Parlament, um sich zumindest theoretisch mit dessen Arbeitsweise vertraut zu machen.³⁴³ Das war im mecklenburgischen Vipperow bei einem kirchlichen Friedensseminar, noch in der Illegalität und zwei Jahre vor der eigentlichen Parteigründung, die Anfang Oktober 1989 in dem brandenburgischen Dorf Schwante stattfand. Die SDP gründete sich dort ganz bewusst als Partei und nicht wie andere Mitglieder der Opposition in der DDR als Gruppe oder Bewegung. Sie richtete ihr politisches Handeln ganz klar auf die parlamentarische Demokratie aus und sah basisdemokratische Elemente wie den Zentralen Runden Tisch lediglich als Übergangsinstrument.³⁴⁴

Bereits für den 7. März, also eine Woche vor der Volkskammerwahl, hatte sie eine ganztägige Veranstaltung angesetzt, »in der den künftigen Parlamentariern Gelegenheit gegeben wird, sich mit ihren künftigen Aufgaben vertraut zu machen.«³⁴⁵ Ursprünglich war der Katalog von vorbereitenden Schulungsmaßnahmen noch wesentlich umfangreicher (Peter Gohle spricht von geplanten »Praktika bei der Bundestagsfraktion, bei sozialdemokratischen Länderregierungen, in den entsprechenden Verwaltungen sowie den Parteiorganisationen«³⁴⁶), schrumpfte wegen Zeitmangels aber stark, so dass als zentraler Termin nur der 7. März übrigblieb. Da man zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen konnte, mit wie vielen Abgeordneten die SPD ins Parlament einziehen würde, aber grundsätzlich davon ausging, aus den Wahlen als Sieger hervorzugehen, sollten diejenigen Kandidaten daran teilnehmen, die die vordere Hälfte der Listenplätze belegten. Gerechnet wurde daher mit etwa 200 Personen.

Das Programm des Tages gliederte sich in einen Vortrag von Martin Gutzeit, einem der Gründungsmitglieder der Partei, über »Politische Aufgaben des am 18. März neugewählten Parlaments«, eine »Einführung in die parlamentarische Arbeit« von Gerhard Jahn, dem Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, sowie einen »Bericht über ein Kontaktbüro der SPD/BRD SPD/DDR«. Diesen Bericht erstattete Walter Zöller, Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion und Leiter dieses Büros, das Ende Januar 1990 in Ostberlin seine Arbeit aufgenommen hatte.³⁴⁷ Er stand fortwährend in Kontakt mit Jahn, und versorgte ihn mit umfangreichen Vermerken, Bulletins und Stellungnahmen.³⁴⁸

Nach Aussprache und einer kurzen Pause sollten die Teilnehmer in vier Gruppen Details zu den Themen »Organisation und Arbeit der Fraktionen«, »Geschäftsordnung der Fraktionen«, »Geschäftsordnung der Volkskammer« und die »Arbeit in den Ausschüssen« erarbeiten und besprechen. Auch hierfür stand wieder westdeutsche Hilfe in Person von Konrad Porzner (Vorsitzender des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags), Dieter Wiefelspütz, Klaus Köpp (Mitarbeiter im Arbeitskreis Rechtswesen der SPD-Fraktion),

³⁴³ Vgl. die Schilderung Markus Meckels in: S. REKER, *Der Deutsche Bundestag*, 1999, S. 357.

³⁴⁴ Ebd., S. 363.

³⁴⁵ Stephan Hilsberg, Geschäftsführer an Bezirksvorstände der SPD vom 27. Februar 1990, AdsD, Mappe 1. Vgl. auch M. GUTZEIT, *Aufbau, Organisation und Arbeit*, 2000, S. 25.

³⁴⁶ P. GOHLE, *SDP-Gründung*, 2014, S. 260.

³⁴⁷ Vgl. ebd., S. 158 f.

³⁴⁸ Vgl. ebd.

Wolfgang Zeh (Direktor beim Deutschen Bundestag) und Gerhard Jahn bereit. Diese Arbeitsphase endete mit Berichten der einzelnen Gruppen und einer Aussprache.

In den Tagen darauf entwarf der Parteivorstand einen Termin- und Gesetzgebungsplan, diverse Vorlagen unter anderem zu den Geschäftsordnungen von Fraktion und Volkskammer und einem Abgeordnetengesetz, einen vorläufigen Stellenplan für die Fraktionsmitarbeiter und eine Aufgabenliste für den Fraktionsvorstand.³⁴⁹ Der Gesetzgebungsplan listete detailliert die einzelnen Vorhaben auf getrennt nach verfassungsändernden Gesetzen, Wirtschafts- und Finanzgesetzen, Justizreform, weitere Reformvorhaben etc. jeweils mit Nennung der dafür Verantwortlichen.³⁵⁰

Nach der Wahl und einer Einarbeitungszeit von vier Wochen meldete sich Martin Gutzeit, inzwischen Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, zu Wort und resümierte schriftlich die bis dahin geleistete Arbeit für den Fraktionsvorstand.³⁵¹ Sein Hauptanliegen waren die Formalisierung und die systematische und klar geregelte Organisation der Arbeit. Auch wenn, wie er feststellte, die Mitarbeiter dafür noch fehlten. Mindestens ebenso wichtig war seiner Meinung nach aber auch ein »entschlossenes, klares und für die Öffentlichkeit wirksames Auftreten der Fraktion in der Volkskammer, in den Ausschüssen und innerhalb der Koalition. Die Handschrift der SPD muß erkennbar sein.«³⁵² Das war natürlich, solange sich die SPD in der Koalition mit CDU/DA, DSU und den Liberalen befand, nicht einfach. Um politisch handlungsfähig zu bleiben, forderte Gutzeit von allen Disziplin, immer auch im Hinblick auf das Erscheinungsbild, das die Fraktion nach außen bot. Das bedeutete vor allem, das Abstimmungsverhalten vor den Plenarsitzungen so weit wie möglich abzustimmen, und zu überlegen, wie mit abweichenden Meinungen umzugehen sei.

Trotzdem gab es auch Ende Mai noch »einiges an Unordnung und individualistischer Selbstorganisation« in der Fraktion, wie der Vorsitzende des Arbeitskreises Wirtschaft, Frank Bogisch in einem Brief an den Fraktionsvorsitzenden monierte. Er bat, diesen Punkt, genauso wie die mangelnde Anwesenheitsdisziplin in den Ausschüssen in einer der nächsten Vollversammlungen zu thematisieren.³⁵³ Doch nicht nur die Ausschüsse, sondern gerade auch die Sitzungen der Arbeitskreise litten unter mangelnder Teilnahme.³⁵⁴

Die Plenarsitzung am 17. Juni offenbarte, dass einige Abgeordnete nicht gewillt waren, sich an die vereinbarten Spielregeln zu halten. Sie hatten einen interfraktionellen Antrag auf sofortigen Beitritt der DDR zum Gebiet der BRD nach Art. 23 GG unterschrieben, ohne es vorher der Fraktion mitzuteilen. Man war sich eigentlich einig gewesen, dass im Plenum brisant werdende Fragen unbedingt von den Arbeitskreisen

³⁴⁹ M. GUTZEIT, *Aufbau, Organisation und Arbeit*, 2000, S. 25.

³⁵⁰ Gesetzgebungsplan für die Volkskammer, handschriftlich datiert: 15. März 1990, AdsD, Mappe 253.

³⁵¹ »Zur Arbeit der Fraktion« vom 1. Mai 1990, AdsD, Mappe 26.

³⁵² Ebd.

³⁵³ Schreiben Bogisch an Schröder vom 28. Mai 1990, AdsD, Mappe 107.

³⁵⁴ AdsD, Mappe 127.

in die Fraktion eingebracht werden mussten, dort sollte dann eine geschlossene Meinung gebildet werden. Etwaige Gewissenskonflikte müssten zuvor offengelegt werden, um die Einheit der Fraktion zu wahren.³⁵⁵ Gerade bei heiklen Themen gelangt das nicht immer. Und das, obwohl eigentlich ein System von Zuständigkeiten entwickelt worden war, verschiedene »Ebenen der Abstimmung«, um solche Situationen zu verhindern: für die Koordination regelmäßiger Abstimmungen aller Art waren die Geschäftsführer zuständig, für Abstimmung in Sachfragen Arbeitskreisvorsitzende oder Ausschussobleute mit Koordination durch die Geschäftsführer, Abstimmungen im Konfliktfall hingegen waren Sache des Fraktionsvorstands.³⁵⁶

Als die SPD im August ihre Mitarbeit in der Koalition aufgekündigte, brauchte es dann ohnehin ein anderes Auftreten und eine neue Strategie. Martin Gutzeit schlug vor, neue Initiativen zu erarbeiten und sie in Form von Anträgen einzubringen.³⁵⁷ Zuvor schon, im Hinblick auf die Wahlen, war die Forderung aufgekommen, die SPD solle sich in ein besseres Licht rücken und offensiver auftreten, ein eigenständiges Profil entwickeln und ungünstige Taktiken der Vergangenheit analysieren, um Fehler künftig zu vermeiden.³⁵⁸

Auch die Bundestagsfraktion begann nun ein Wörtchen mitzureden. Die Volkskammer-Fraktion war seit dem Sommer definitiv in einer Krise, was in Bonn angesichts der anstehenden entscheidenden Abstimmungen zum Einheitsvertrag nicht ohne eine gewisse Beunruhigung registriert wurde. Das Abstimmungsverhalten der SPD-Mitglieder am 8. August, als es um die Verabschiedung des Wahlgesetzes ging, hatte die in der Fraktion herrschenden Meinungsverschiedenheiten offenbart.³⁵⁹ Am 21. August 1990 trat Richard Schröder vom Fraktionsvorsitz zurück, statt seiner wurde Wolfgang Thierse mit großer Mehrheit gewählt.³⁶⁰ Aus Bonn kam deshalb am 19. September ein an Thierse gerichtetes Fax des Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel mit der Bitte: »Es wäre gut, wenn sich Euer Abstimmungsverhalten und unser Abstimmungsverhalten morgen nicht wesentlich voneinander unterscheiden würde.«³⁶¹ Da die Fraktion jedoch wusste, was auf dem Spiel stand, stimmte sie am 20. September fast geschlossen für den Einigungsvertrag.³⁶² Die Bundestagsfraktion votierte noch einheitlicher, bei lediglich einer Enthaltung.³⁶³

Als gegen Ende der Volkskammer Partei- und Wahlkampfbelange zunehmend die Agenda zu bestimmen begannen, führte das auch noch aus einem anderen Grund zu Interessenkollisionen. Der Antrag der SPD, im September eine sitzungsfreie Wo-

³⁵⁵ Protokoll Fraktionssitzung am 19. Juni 1990, AdsD, Mappe 39.

³⁵⁶ Protokoll Fraktionsvorstandssitzung am 2. Mai 1990, AdsD, Mappe 68.

³⁵⁷ Protokoll Fraktionssitzung am 19. August 1990, AdsD, Mappe 68.

³⁵⁸ Protokoll Fraktionssitzung am 26. Juni 1990, AdsD, Mappe 42.

³⁵⁹ Vgl. Kap. 3, S. 302.

³⁶⁰ Protokoll Fraktionssitzung am 21. August 1990, AdsD, Mappe 54.

³⁶¹ Protokoll Fraktionssitzung am 20. September 1990, AdsD, Mappe 63.

³⁶² Lediglich Gert Hartmann und Peter Kauffold votierten dagegen. PV, 36. Tagung am 20. September 1990, S. 1796.

³⁶³ BT Sten. Ber. 11/226, S. 17898.

che der Kammer einzuplanen, damit sie ihren Parteitag im Palast der Republik abhalten konnte, scheiterte am Votum des Präsidiums. Das hatte anfangs sogar eine gewisse Kompromissbereitschaft gezeigt, denn wäre es gelungen, für die Plenarwoche vom 24. September einen Ausweichsaal zu finden, hätten die Sozialdemokraten in den Palast der Republik gehen dürfen.³⁶⁴ Weil daraus nichts wurde, musste der Vereinigungs-Parteitag von West- und Ost-SPD schließlich vom 26. bis 28. September im West-Berliner ICC stattfinden.³⁶⁵ Als Konzession an die SPD begann die Volkskammer ihre 37. Tagung am 28. September bereits um 7.10 Uhr. Denn der Plan war, bei so frühem Beginn spätestens bis 10 oder 10.30 Uhr die Tagesordnung abgearbeitet zu haben und somit den sozialdemokratischen Abgeordneten eine Teilnahme am Parteitag zu ermöglichen.³⁶⁶ Das führte jedoch bereits zu deutlichem Murren unter den anderen Fraktionen: Joachim Gauck (Bündnis 90/Grüne), der an diesem Tag den mit Spannung erwarteten Bericht über die Arbeit des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung von MfS/AfNS erstattete, konnte sich, zu Reinhard Höppner gewandt, nicht verkneifen zu fragen, ob es ein gutes Signal sei, »daß der Parteitag ihrer Partei [...] uns unter einen solchen Zeitdruck setzt.«³⁶⁷ Spätestens als sich erste Abgeordnete zum Thema Stasimitgliedschaft zu Wort meldeten und eine heftige Diskussion in Gang setzten, war der Zeitplan ohnehin Makulatur. Kurze Zeit später resignierte Höppner: »Sie können nachher so viel Auszeiten bekommen, wie Sie wollen, unseren Parteitag haben Sie sowieso völlig durcheinandergebracht.«³⁶⁸ Auf die Unruhe aus dem Saal entgegnete er etwas larmoyant, dass es keiner anderen Partei so gegangen sei.³⁶⁹ Das kollegiale Verständnis, um das die SPD bat, waren die anderen jedoch nicht mehr bereit aufzubringen.

CDU/DA

Die Fraktion von CDU/DA, ohnehin mit 163 Abgeordneten bereits die größte Fraktion in der Volkskammer, bekam im Lauf der folgenden Monate noch Zuwachs, entweder weil Abtrünnige, wie diejenigen aus der DSU-Fraktion im Juni, eine neue politische Heimat suchten oder weil diese Fraktionen sich ganz auflösten, wie der DBD/DFD Ende August.³⁷⁰ Da die DBD ihre Chancen bei Wahlen als zu gering ein-

³⁶⁴ Beschlußprotokoll der 18. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer am 11. Juli 1990, BArch DA 1/18794, Bl. 13.

³⁶⁵ Vgl. hierzu P. GOHLE, SDP-Gründung, 2014, S. 406 f.

³⁶⁶ Information über die Beratung der Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen der Volkskammer am 26. September 1990, BArch DA 1/19097, Bl. 84.

³⁶⁷ PV, 37. Tagung am 28. September 1990, S. 1803.

³⁶⁸ Ebd., S. 1823.

³⁶⁹ Dies war einer der seltenen Fälle, wo Reinhard Höppner tatsächlich die Nerven zu verlieren schien und anfang zu brüllen. Die Vereinigungsparteitage von FDP und CDU fanden am 11./12. August bzw. am 1./2. Oktober statt.

³⁷⁰ Schreiben des amtierenden Vorsitzenden der DBD, des Fraktionsvorsitzenden von DBD/DFD und der Vorsitzenden des DFD an das Präsidium der Volkskammer vom 22. August 1990, BArch DA 1/16628.

schätzte, hatte der Parteivorstand am 25. Juni die Fusion mit der CDU beschlossen.³⁷¹ Vier ihrer Fraktions-Mitglieder schlossen sich zum 1. September der CDU/DA-Fraktion an, drei der SPD, zwei den Liberalen. Günther Maleuda, der am 30. Juni bereits vom Parteivorsitz zurückgetreten war, blieb fraktionslos. Damit zählte die CDU-Fraktion zuletzt 174 Mitglieder.

Der DA war anfangs offiziell lediglich Gast der Fraktion, bis Brigitta-Charlotte Kögler in der fünften Fraktionssitzung einen formellen Beschluss für die Fraktionsgemeinschaft forderte, damit »die 4 Kollegen vom DA nicht immer als Gäste begrüßt werden, sondern zur Fraktion gehören.«³⁷² Im August fusionierte der DA mit der CDU. Von da an nannte sie sich nur noch CDU-Fraktion.

Sie war also ebenfalls eine recht heterogene Gruppe, die sich zudem, ganz nach Vorbild der Bundestags-CDU, in Landesgruppen organisierte.³⁷³ Und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem die Länder in der DDR noch überhaupt nicht existierten. Bereits am 17. April wurden in der Fraktion jeweils zwei Vertreter Sachsens und Thüringens sowie je ein Vertreter Brandenburgs, Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsen-Anhalts und Berlins als Beisitzer in den Vorstand gewählt.³⁷⁴

Die Tonbandprotokolle der Fraktionssitzungen liefern ein sehr anschauliches Bild von dem mühsamen Beginn der Arbeit in der Volkskammer. Das anfängliche Chaos wurde dadurch nicht gerade verringert, dass manche Abgeordnete von ihrem Mandat bereits wieder zurückgetreten waren, noch bevor die Kammer überhaupt ihre Arbeit aufgenommen hatte. Rainer Viererbe, einer der neugewählten Geschäftsführer, berichtete in der Fraktionssitzung am 2. April, dass zwei »Freunde« aus dem Wahlkreis Erfurt und einer aus Leipzig darauf verzichtet hätten, ihr Mandat anzutreten, allerdings ohne dem Fraktionsbüro rechtzeitig Bescheid gesagt zu haben. Und er klagte, dass sie so etwas immer als dritte, vierte oder fünfte erführen. Er könne nicht einmal hundertprozentig sagen, ob das jetzt wirklich alle seien und ob deren Nachrücker zur Verfügung stünden. Zur Fraktionssitzung hätten alle Betroffenen Einladungen erhalten, von ihnen sei aber niemand angereist. Daher richtete er eine eindringliche Bitte an die Landesvorsitzenden und die Bezirkssekretariate, in solchen Fällen zumindest das Fraktionssekretariat zu informieren, »damit wir wissen, wer nimmt sein Mandat noch wahr.«³⁷⁵ Der frisch gekürte Fraktionsvorsitzende Günther Krause wollte an dieser Stelle keine Namen nennen, denn zumindest bei einigen lag der Grund für den Rückzieher in den Problemen bei der Überprüfung hinsichtlich einer Stasitätigkeit.

In der konstituierenden Fraktionssitzung am 27. März lag bereits eine vorläufige Arbeitsordnung vor, die derjenigen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nachempfunden worden war. Bereits drei Tage nach der Wahl vom 18. März hatten die Fraktionsmitglieder einen von Adolf Niggemeier unterzeichneten Brief mit dem Entwurf

³⁷¹ C. WUNNICKE, *Blockparteien*, 2014, S. 110.

³⁷² Stichwortprotokoll V. Fraktionssitzung am 19. April 1990, ACDP, 07-012 6013.

³⁷³ Vgl. dazu Fraktionssitzung am 24. April 1999, ACDP TA 07-012 6015.

³⁷⁴ Stichwortprotokoll der IV. Sitzung der Fraktion der CDU in der Volkskammer am 10./11.4.1990 in Berlin, ACDP 07-012 6013, Bl. 2 u. 14.

³⁷⁵ Fraktionssitzung am 2. April 1990, ACDP TA 07-012 6100.

dieser Arbeitsordnung als Diskussionsgrundlage für die erste Fraktionsitzung erhalten. »Wir haben uns dabei auf in langjähriger parlamentarischer Arbeit entstandene und bewährte Dokumente der Bundestagsfraktion der CDU gestützt.«³⁷⁶ Der Fraktionsälteste Eberhard Goldhahn warb dafür, die Arbeitsordnung zu akzeptieren, denn in Bonn habe sie sich bewährt. Sobald erste Erfahrungen mit der Fraktions- und Parlamentsarbeit vorlägen, müsse man dann sehen, wie weit sie anzupassen sei.³⁷⁷ Dem folgte die Fraktion ohne Widerspruch.³⁷⁸

Der Wismarer Informatikprofessor Günther Krause war vom Fraktionsvorstand zum Sitzungsleiter bestimmt worden. Dass Krause sich auf für ihn ungewohntem Terrain bewegte, war anfangs kaum zu überhören. Das lag nicht an mangelnder Vorbereitung. Nach eigenen Worten hatte er auf der Fahrt von Rostock nach Berlin extra die Geschäftsordnung gelesen, nur um, wie er später verriet, keine Fehler zu machen. Es haperte jedoch an der Umsetzung in die Praxis. Krause fiel es überdies in den ersten Sitzungen äußerst schwer, sich klar auszudrücken. Bisweilen musste Lothar de Maizière eingreifen, der, als Jurist Präzision gewöhnt, das von Krause Gesagte jeweils in wenigen Worten zusammenfasste.



Abb. 17 Konstituierende Sitzung der CDU-Fraktion am 27. März 1990 im Kleinen Saal/Steinsaal des Hauses der Ministerien

Die ersten Sitzungen dienten neben der Klärung organisatorischer Fragen³⁷⁹ auch dazu, erste Erfahrungen mit parlamentarischen Spielregeln zu machen: »Wenn Sie,

³⁷⁶ CDU Sekretariat Hauptvorstand Niggemeier, Ltr. Abteilung Rechtspolitik, vom 21. März 1990, ACDP, 07-012 3771.

³⁷⁷ Redemanuskript Goldhahn, Stichwortprotokoll der konstituierenden Sitzung der CDU-Fraktion der Volkskammer am 27.3.1990, ACDP, 07-012 3897.

³⁷⁸ Stichwortprotokoll der konstituierenden Sitzung der CDU-Fraktion der Volkskammer am 27.3.1990, ACDP, 07-012 3897.

³⁷⁹ So wurde eine Anlaufstelle für ganz persönliche Fragen eingerichtet, geleitet von Hans-Ulrich Köhler, ACDP, 07-012 6013, Bl. 13. Von den Parlamentarischen Geschäftsführern war

der Herr hinten, keinen Geschäftsordnungs-Antrag haben, kann ich Sie nicht drannehmen. Zur Geschäftsordnung meldet man sich mit zwei Händen.«³⁸⁰ Johannes Nitsch, der mit »Sehr verehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren« zu einem offensichtlich längeren Vortrag ansetzte, bekam schon nach dieser Einleitung von Günther Krause das Wort abgeschnitten, und wurde ermahnt, keine persönliche Erklärungen abzugeben, sondern nach der Tagesordnung zu verfahren. Es solle »ausschließlich auf das Referat des Freundes de Maizière Bezug genommen werden.«³⁸¹ Im Klartext hieß das: Die Kollegen sollten beim Thema bleiben: der Aussprache zum politischen Bericht. Aber das fruchtete nicht, kaum jemand hielt sich daran. Stattdessen nutzte jeder die Gelegenheit, Anliegen und Probleme aus seinem Wahlkreis vorzutragen. Die erste Sitzung wurde so zu einem großen Wunschkonzert, jeder trug vor, was seiner Meinung nach die Volkskammer unbedingt als erstes beschließen solle.³⁸² Auch wenn sich die meisten diese Weitschweifigkeit recht schnell abgewöhnten: die Neigung, sich in Grundsatzdiskussionen zu verzetteln und so wertvolle Zeit zu verlieren, bekam die Fraktion bis zum Schluss nicht wirklich in den Griff. Das, was eigentlich in den Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen der Fraktion so weit hätte diskutiert und vorbereitet werden sollen, dass es der Vollversammlung nur noch zur Information und Abstimmung vorgelegt zu werden brauchte, wurde dann doch wieder in der Fraktionssitzung besprochen.

Die Arbeitsgruppen würden die Anträge nicht ausreichend vorberaten, so lautete der Vorwurf. Und auch die Koordination der Arbeitsgruppenarbeit lief alles andere als reibungslos: Udo Kamm riss am 19. Juni der Geduldsfaden. Der Rücklauf der Anträge des Fraktionsvorstands aus den Arbeitsgruppen war offensichtlich völlig zum Erliegen gekommen. Schon am 12. Juni hatte er angemahnt: »Das ist die dritte Woche, dass ich auf Reaktionen zu überwiesenen Anträgen aus den Arbeitsgruppen warte, und keine Reaktion erfolgt.« Er werde nun den Parlamentarischen Geschäftsführer Michael Luther bitten, diese Anträge zu streichen und von der Tagesordnung abzusetzen. Es sei vordringlich, dass Anträge aus dem Fraktionsvorstand in den Arbeitsgruppen bearbeitet würden, um das politische Votum der Fraktion sichtbar zu machen.³⁸³

Es herrschten allerdings auch unterschiedliche Auffassungen über die Funktion der Fraktionsvollversammlungen: Während Mitglieder des Führungsstabs der Fraktion wie beispielsweise Udo Kamm sich beschwerten, dass der Arbeitsstil in der Fraktion nicht mehr tragbar sei, die Diskussionen in den Arbeitskreisen ausgetragen werden müssten, intensiv und mit konkreten Ergebnissen und Forderungen, fühlte sich Frieder Jelen durch dieses Vorgehen bevormundet. Man könne vieles in die Ausschüsse

schließlich Birgit Kayser neben der Koordinierung der Auslandstätigkeit und der Pressearbeit für »Freud und Leid« zuständig, vgl. Geschäftsverteilung Parlamentarische Geschäftsführer 21. Mai 1990, ACDP, 07-012 6013.

³⁸⁰ Günther Krause, Stichwortprotokoll der konstituierenden Sitzung der CDU-Fraktion der Volkskammer am 27.3.1990, ACDP, 07-012 3897.

³⁸¹ Fraktionssitzung am 2. April 1990, ACDP, TA 07-012 6100.

³⁸² Ebd.

³⁸³ Fraktionssitzung am 19. Juni 1990, ACDP TA 07-012 6112.

verweisen, aber Anträge müssten in der Vollversammlung ausdiskutiert werden.³⁸⁴ Kamm blockte das mit Verweis auf die Regelungen in der von allen akzeptierten Fraktionsgeschäftsordnung ab.

Die CDU wurde im Laufe der Zeit, und ganz besonders nach Aufkündigung der Koalition durch die SPD im August, vorsichtiger im Umgang mit Anträgen der anderen Fraktionen. Denn zunehmend wurde – in den Ausschüssen wie im Plenum – taktisch agiert und mangelnde Aufmerksamkeit oder Nachlässigkeiten der anderen genutzt, um die eigenen Anliegen durchzusetzen. In der Fraktionssitzung vom 26. Juni wurde daher von den Parlamentarischen Geschäftsführern viel Zeit und Geduld darauf verwandt, angesichts der geänderten Umstände die künftige Strategie der Fraktion zu besprechen und jeden einzelnen davon zu überzeugen, dass es nur gemeinsam und geschlossen gelingen könne, die eigenen politischen Interessen zu vertreten. Udo Haschke mahnte zu Wachsamkeit: Vor allem, wenn es aus der Ausschussarbeit erkennbare Zeichen gebe, dass von einer anderen Fraktion Zusatzanträge gestellt würden, »die auf den ersten Blick sehr schön freundlich vernünftig klingen und manchen von uns zum Handhaben veranlassen können, ohne zu ahnen, dass sie damit wichtige Dinge gefährden«. ³⁸⁵

Abhilfe versprach nur strenge Fraktionsdisziplin. Auch wenn das bedeutete, dass mancher darauf verzichten musste, nach eigenen Vorstellungen abzustimmen und er sich der Mehrheitsmeinung unterzuordnen hatte. Denn war die Fraktion nicht einmütig, wurde die Tatsache, dass solche Dinge nicht in vollem Umfang im Plenum debattiert werden konnten, von der Opposition sofort ausgenutzt: »Uneingeweihte« würden dieser Taktik schnell »auf den Leim« gehen, wie Paul Krüger bemerkte. »Was man in stundenlanger Kleinarbeit mühsam im Ausschuss niedergerungen hat, wird dann durch die Opposition sehr plausibel kurz dargestellt und dann dadurch, dass keine Fraktionsdisziplin herrscht, an dieser Stelle genutzt, um Anträge durchzubekommen.« ³⁸⁶ Das sei vielleicht fragwürdig, aber legitim. Das einzige Mittel dagegen sei, der Arbeit des jeweiligen Ausschusses Vertrauen entgegenzubringen und einfach dessen Empfehlungen zu akzeptieren. Eine Fraktion sei immer die Zusammenfassung des Wissens jedes einzelnen, es könne nie jeder alles überschauen. Fraktionsdisziplin habe nichts damit zu tun, dass man jemanden seiner persönlichen Freiheit berauben wolle. »Wir sollten überlegen, welche Tragweite manche Entscheidung hat, die wir manchmal ein bisschen leichtfertig fällen«, gab er zu bedenken. ³⁸⁷

Noch heikler wurde es, als die Koalition erste Krisensymptome zu zeigen begann. Das war lange bevor sie im August endgültig auseinanderbrach. So kam es beispielsweise, dass im Ausschuss ein SPD-Antrag mehrheitlich abgewiesen worden war, die

³⁸⁴ Stichwortprotokoll über die VIII. Fraktionsversammlung der CDU/DA-Fraktion am 8.5.1990 in Berlin, BArch DA 1/16627, Bl. 8. Das war ein Problem, das auch die PDS kannte, dort wurde gefordert, dass die Fraktionssitzungen sich mit politischen Grundfragen anstelle von Detaildiskussionen beschäftigen sollten, vgl. Leitlinien Bericht über bisherige Arbeit der Fraktion, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 94.

³⁸⁵ Fraktionssitzung vom 26. Juni 1990, ACDP, TA 07-012 6114.

³⁸⁶ Ebd.

³⁸⁷ Krüger in ebd.

Sozialdemokraten ihn aber dennoch im Plenum einbrachten.³⁸⁸ Die SPD habe mit einem ihrer Anträge quasi gegen die Koalition verstoßen, das werde von nun an öfter passieren – »bloß was tun?« fragte Eckhard Altmann, seit 23. Mai Vorsitzender des Ausschusses Arbeit und Soziales, in der Fraktionssitzung. Denn am 28. Juni standen wieder zwei wichtige Gesetze aus dem Ausschuss auf der Tagesordnung, die zweite Lesung des Rentenangleichungsgesetzes und die 2. Lesung des Sozialversicherungsgesetzes.³⁸⁹ Er wollte wissen, wie sich die Fraktion verhalten solle, denn »was im Ausschuss rauskommt, weiß ich erst morgen abend. Man müsste vor Plenum kurz Gelegenheit haben zu sagen, worauf es ankommt und wie unser Votum lautet.«³⁹⁰

Eine in der Volkskammer beliebte Maßnahme in solchen Fällen, die Beantragung einer Auszeit, um sich noch einmal kurz fraktionsintern verständigen zu können, sah Paul Krüger mit gemischten Gefühlen. Er mahnte, Auszeiten nur in Ausnahmefällen zu beantragen. Würden Abänderungsanträge gestellt, dann sollten sie pro Gesetz gesammelt und vom Präsidium zurückgestellt werden, bis sie an alle Abgeordneten schriftlich verteilt seien. Er werde versuchen, den Prozess so weit zu verzögern, dass man sich in der Fraktion auch noch eine gewisse Meinung bilden könne. »Fakt ist, dass wir immer am meisten angemeiert sind, weil wir die größte Fraktion sind«. Dementsprechend sei es für sie viel schwieriger, eine einheitliche Meinung herzustellen und zu begründen. »Wir müssen ja auch jedes Mal raus in den großen Saal, während eine kleine Fraktion mit nur 20 Mitgliedern solche Informationen recht schnell durchstellt.«³⁹¹

Paul Krüger sprach in seiner Manöverkritik den seiner Meinung nach entscheidenden Punkt, den Mangel an Geschlossenheit, an: Die Anwesenheit im Plenum sei am Abend des 22. Juni, einem Freitag, zwar relativ schlecht gewesen, aber es hätte gereicht, wenn nicht 20 Mann sich bei der Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD zum Arbeitsförderungsgesetz der Stimme enthalten und zehn sogar dagegen gestimmt hätten. Eine eigene Meinung zu vertreten sei nicht falsch, fuhr er fort, und es sei natürlich grundsätzlich möglich, wenn ein Antrag gestellt würde, dagegen zu sprechen, aber vielleicht sei das ein verkehrtes Demokratieverständnis. Man müsse sich darüber im klaren sein, dass unter Umständen auch unfaire Attacken der Opposition gefahren würden. Die zuständigen Obleute sollten sich künftig in solchen Fällen zu Wort melden und die Meinung der Fraktion kundtun, damit das Abstimmverhalten klar sei, und das vor allen Dingen auch so zu tun, dass es für alle plausibel werde. Sei das nicht möglich, sollten sie zu den Parlamentarischen Geschäftsführern

³⁸⁸ Altmann spielte vermutlich auf die zwei Änderungsanträge an, die die SPD am 22. Juni in der 2. Lesung des Arbeitsförderungsgesetzes (VK Drs. 58 a) einbrachte. PV, 17. Tagung am 22. Juni 1990, S. 677 ff. Dem Beschlussprotokoll der Ausschusssitzung vom 20. Juni lässt sich dazu nichts entnehmen, vgl. BArch DA 1/17521. Für die Anträge stimmten im Plenum 105 Abgeordnete, dagegen 87, es enthielten sich 10. Der Gesetzentwurf selbst wurde mit Mehrheit angenommen.

³⁸⁹ KV Drs. 89 a u. 70/1 a.

³⁹⁰ Altmann, Fraktionssitzung am 26. Juni 1990, ACDP, TA 07-012 6614.

³⁹¹ Ebd.

kommen oder aber eine Auszeit von fünf bis zehn Minuten beantragen, »dann müssen wir das halt machen«.

Das Problem war generell, genau wie er gesagt hatte, der Freitagnachmittag. Hier lag eindeutig die Schwachstelle der Fraktion, weil zu viele ihrer Mitglieder zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr zu den Sitzungen erschienen, sondern sich schon in ihre Heimorte aufgemacht hatten. Der Parlamentarische Geschäftsführer war sogar der Ansicht, an Freitagnachmittagen sei die Fraktion schlicht »nicht mehr handlungsfähig«. Und er befürchtete, dass die Opposition, der das selbstverständlich nicht entgangen war, die Situation ausnutzen und in zunehmendem Maß gerade dann Anträge stellen könnte. Dass mit solchen Manövern auf jeden Fall zu rechnen sei, vermutete auch Udo Haschke. In jedem Ausschuss erlebe man, dass die SPD manchmal zähneknirschend Abstimmungsniederlagen hinnehme und dann auf diese Art ihre Anträge doch noch einbringe. Er hatte bereits den Spott und die Schadenfreude derjenigen SPD-Kollegen über sich ergehen lassen müssen, mit denen er eine Fahrgemeinschaft bildete: Auf der letzten Heimfahrt nach Jena hätten die sich »diebisch gefreut«, weil sie jetzt ja wüssten, wann sie Anträge einzubringen hätten. Aber da sei einfach ein wenig Geduld gefragt: »Ein halbes Jahr müssen wir noch durchstehen!«³⁹²

Eigentlich hatte die CDU schon lange vor den Abstimmungsdebakeln im August, bei denen die Parteien der Koalition haarscharf an einer Blamage vorbeigeschrammt waren, eine Art Sicherungssystem eingebaut. Der Einfachheit und Klarheit wegen wurden die einzelnen Tagesordnungspunkte der Plenarsitzungen je nach Wichtigkeit mit Sternchen versehen: eines für weniger wichtige, zwei für wichtige Punkte und drei Sternchen für diejenigen Gesetzentwürfe, die eine Zweidrittelmehrheit erforderten, bei denen also unbedingte Anwesenheitspflicht bestand. Auf »Drei-Sterne-Entscheidungen« wurde in den Fraktionssitzungen dann ausdrücklich hingewiesen. Wie bei der SPD hatte der 8. August auch bei den Christdemokraten oder der DSU innerfraktionelle Disziplinierungsmaßnahmen zur Folge, vor allem Strafzahlungen.³⁹³

Fehlende Vorbereitung, Konzentrationsmängel und Unaufmerksamkeit im Plenum spielten den anderen Fraktionen in die Hände. Als eines der CDU-Mitglieder in der Sitzung vom 28. August 1990 darüber murrte, dass es zu viel Redundanz gebe, wenn in der Fraktion immer alles präventiv durchgespielt würde, hielt Paul Krüger entgegen, dass die Fraktionssitzung der letzten Woche zwar viel Zustimmung gefunden habe, weil sie ohne diesen »Zauber« stattgefunden habe. Dafür habe man dann aber in der Plenarsitzung prompt die Quittung bekommen. Sie hätten es sich mühsam erkämpft, vorher zumindest einmal die Plenarsitzung in Bezug auf die Abstimmungen durchzugehen, »damit wir ungefähr wissen, was los ist«. Das sei einfach nötig.³⁹⁴

Doch die CDU war durchaus in der Lage, mit gleicher oder zumindest ähnlicher Münze heimzuzahlen. Der gemeinsame Antrag von Bündnis 90/Grüne und SPD

³⁹² Ebd.

³⁹³ Günther Krause berichtete in der Fraktionssitzung vom 21. August 1990, die DSU habe für solche Fälle 1000 Mark als Strafe festgesetzt. ACDP, TA, 07-012 6118.

³⁹⁴ Fraktionssitzung am 28. August 1990, ACDP, TA, 07-012 6119.

zum Gesetz über die Arbeitsrechtsverhältnisse im öffentlichen Dienst und die Ausschreibung von Arbeitsstellen für leitende Bedienstete³⁹⁵ beispielsweise kam über das Stadium der Beratungen nicht hinaus, weil er auf Betreiben Else Ackermans im Rechtsausschuss steckenblieb.³⁹⁶

Mit der neuen Funktion der Volkskammer seit dem März 1990 stellte sich automatisch auch die Frage nach Rolle und Stellung der Fraktionen im politischen System und insbesondere nach deren Verhältnis zu ihren jeweiligen Parteien. Das DDR-Wahlgesetz vom 20. Februar 1990 hatte zwar die Formulierung aus dem Grundgesetz übernommen, dass die Abgeordneten in freier, allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl gewählt würden. Der in Artikel 38 (1) GG folgende Satz, dass sie Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind, also die Verankerung des freien Mandats, fand sich allerdings nirgendwo. Die Diskussionen offenbarten denn auch die unterschiedlichen Vorstellungen von den Aufgaben und Kompetenzen der Abgeordneten.

Bei den Liberalen legte der Fraktionsvorsitzende Rainer Ortleb am 20. April vor dem Parteivorstand dar, dass sich die Situation seit dem März 1990 grundlegend geändert habe. Zuvor sei häufig schlicht an der Volkskammer vorbei entschieden worden, die Fraktion sei mehr oder weniger ein Ableger des Parteivorstandes und dementsprechend macht- und bedeutungslos gewesen. Jetzt seien die Abgeordneten zwar vom Parteivorstand ausgesucht worden, aber vom Volk gewählt und nur ihren Wählern verantwortlich. Die Partei habe daher kein Recht, die Abgeordneten »in Ketten zu legen«.³⁹⁷ Wenn alle 23 FDP-Abgeordneten zu einer Entscheidung gelangt seien, »brauchen sie keinen weiteren zu fragen«.³⁹⁸ Das sollte man auch der Basis klar machen, wenn von dort der Einwand komme, weshalb sie nicht gefragt worden sei, bevor ihre Abgeordneten abstimmten. Zum einen sei das in keiner Demokratie dieser Form in der Welt üblich. Er führte aber auch praktische Gründe an: denn zum anderen sei dafür manchmal schlicht keine Zeit. In der Fraktion müssten Entscheidungen mitunter innerhalb von fünf Minuten getroffen werden und es gelinge dann nicht einmal immer, alle 23 Mitglieder zusammenzuholen. Er versuchte aber zu beschwichtigen, denn diese Entscheidungen entstünden natürlich »nicht im luftleeren Raum«, sondern seien von »gut durchwachsenen Kenntnissen aus der Parteibasis« gestützt.³⁹⁹

Das wollten einige aus dem Vorstand allerdings nicht unwidersprochen hinnehmen. »Wer von den Abgeordneten würde denn gewählt werden, wenn die Partei ihn nicht auf ihr Schild gehoben hätte?« Der Vorstandsvorsitzende Wolf-Rainer Cario schlug sich, wenn auch ein wenig widerstrebend, auf die Seite seines Fraktionschefs: Es sei einfach so, dass die Kandidaten vom Volk gewählt würden, daher habe der Abgeordnete selbst zu entscheiden, »ob uns das passt oder nicht«, ihm selbst schmecke

³⁹⁵ VK Drs. 78.

³⁹⁶ Fraktionssitzung vom 11. September 1990, ACDP, TA, 07-012 6121.

³⁹⁷ Protokoll 4. Sitzung Parteivorstand am 20. April 1990, ADL, L1-16, Bl. 36.

³⁹⁸ Ebd., Bl. 38.

³⁹⁹ Ebd.

das auch nicht immer.⁴⁰⁰ Ortleb versuchte weiter zu beruhigen, man solle davon ausgehen, dass es sich bei denjenigen, die als Abgeordnete ausgesucht worden seien, um »außerordentlich parteiverbundene Leute« handle, auf die man sich verlassen könne. Im äußersten Fall gebe es den Parteiausschluss.⁴⁰¹ Die Parteibasis brauche jedenfalls keine Angst davor zu haben, dass die Politik der Partei nicht in der Volkskammer ankomme.⁴⁰²

Ähnlich sah die Diskussion in der PDS aus. In einer Vorlage für das Präsidium führten Wolfgang Pohl, seit Dezember 1989 auch stellvertretener Parteivorsitzender, und der Parlamentarische Geschäftsführer Bernd Meier, ebenfalls Mitglied von Parteivorstand und -präsidium, am 10. April aus, dass die Fraktion für die Politik der PDS und ihre Umsetzung »zur bestimmenden Institution im Wirken unserer Partei« werde.⁴⁰³ Sie sei das Gremium, um die Politik der Partei »in praktische und für die Menschen erlebbare Realität« umzusetzen, »die Tribüne zur Erläuterung der Parteipolitik«.⁴⁰⁴ Die Prioritäten müssten daher richtig gesetzt werden: das Schwerkrieg habe auf der Fraktionsarbeit zu liegen, die »kein »demokratisches Anhängsel, sondern politisches Hauptfeld sei.«⁴⁰⁵ Demensprechend müssten sich auch die Kommissionen des Parteivorstandes »künftig stärker auf die Arbeit der Fraktion einstellen (nicht umgekehrt)«.⁴⁰⁶

Die großen Geschwister aus dem Westen

»Institutionen sind [...] »symbolische Ordnungen«, die durch die Wahrnehmungen, Deutungen und Handlungen der Zeitgenossen stets auf das Neue befestigt werden.«⁴⁰⁷ Die 10. Volkskammer war nun insofern ein Sonderfall, als es bei ihr nichts aufs Neue zu befestigen galt, sondern sie überhaupt erst als Institution geschaffen werden musste. Dafür griff man natürlich auf Vorbilder zurück.

Um so schnell wie möglich mit der Arbeit beginnen zu können, benötigten die Fraktionen der Volkskammer Hilfe. Diese Hilfe kam aus dem Westen, von den Schwesterparteien – sofern es welche gab, denn PDS und DBD/DFD hatten niemanden, an den sie sich wenden konnten – oder, parteiübergreifend, vom Deutschen Bundestag.⁴⁰⁸ Sie konnte materiell sein – in Form von technischem Gerät, Büromaterial

⁴⁰⁰ Ebd., Bl. 44.

⁴⁰¹ Ebd., Bl. 46.

⁴⁰² Ebd., Bl. 47.

⁴⁰³ »Betr. Zur Arbeitsweise und Struktur der PDS-Fraktion in der Volkskammer sowie Parteivorstand PDS in Verbindung mit dem Umzug in KL-Haus«, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 46.

⁴⁰⁴ Ebd.

⁴⁰⁵ Vgl. »Überlegungen nach der konstituierenden Sitzung der Volkskammer«, undatiert, Bl. 290–293, ADS, VK/10. WP 65.

⁴⁰⁶ Ebd.

⁴⁰⁷ A. BIEFANG, Die andere Seite, 2009, S. 14.

⁴⁰⁸ Man ließ sich von den Kollegen aus dem Bundestag zum Beispiel auch über die gastronomische Versorgung der Abgeordneten informieren. Zur Finanzierung von Arbeitsmaterial durch den Deutschen Bundestag, vgl. S. 175.

oder schlicht Geld –, immateriell – über den Austausch von Informationen oder Beratung, die Entsendung von Experten aus dem Bundestag oder einzelnen Ministerien – oder auch symbolisch – beispielsweise durch öffentlichkeitswirksame Besuche westdeutscher Politprominenz. Es gab sie auf institutioneller Ebene – gegenseitige Besuche der Verwaltungsmitarbeiter von Volkskammer und Bundestag,⁴⁰⁹ gemeinsame Ausschusssitzungen, Hilfestellung bei Sicherheitsfragen durch das Bundeskriminalamt und ähnliches – genauso wie auf personeller Ebene, beispielsweise durch den persönlichen Austausch einzelner Abgeordneter.

Aber wie das mit großen Geschwistern so ist – sie haben zwar unzweifelhaft mehr Erfahrung, neigen aber bisweilen auch zur Besserwisserei. Und so wichtig ihre Hilfestellung für die Volkskammerfraktionen auch war und so sehr diese den Neoparlamentariern auf der einen Seite die Arbeit erleichterte, ließ sie andererseits doch nur wenig Spielraum, eigene Lösungen für spezifisch ostdeutsche Probleme in eigenem Tempo zu finden. Selbst wenn das bedeutete, Fehler zu machen, die anschließend wieder ausgebügelt werden mussten. Doch die *Trial-and-Error*-Methode erfordert Zeit. Eine Zeit, die die Volkskammer nicht hatte. Die Überzeugung, eine volle Legislaturperiode von vier Jahren, für die sie schließlich gewählt waren, zur Verfügung zu haben, hatte sich sehr schnell als illusorisch erwiesen. Es blieb nichts anderes übrig, als sich möglichst schnell an die neuen Regeln und Arbeitsweisen anzupassen. Die bundesrepublikanische Hilfe war zudem natürlich nicht völlig selbstlos. Die West-Parteien versuchten, sich mit Blick auf die ersten gesamtdeutschen Wahlen in Ostdeutschland in Stellung zu bringen, um eine möglichst günstige Ausgangsposition zu ergattern.

Schon die Koalitionsverhandlungen waren von Einmischungsversuchen gekennzeichnet. So sprach sich eine Reihe Bonner SPD-Abgeordneter vehement gegen einen Eintritt ihrer DDR-Kollegen in die Große Koalition in Ost-Berlin aus.⁴¹⁰ Und auch die Form des Zusammenschlusses der drei »Allianz-für-Deutschland«-Parteien CDU, DA und DSU in der Volkskammer sorgte für Aufregung. Bundeskanzler Helmut Kohl höchstpersönlich wünschte angeblich die Bildung einer gemeinsamen Fraktion, für die es auch bereits eine vollständig ausgearbeitete Vereinbarung gab.⁴¹¹ Die Beratungen zwischen Kohl, Theo Waigel und Lothar de Maizière fanden im Bundeskanzleramt in Bonn statt. Doch das Ergebnis war keine gemeinsame Fraktion, sondern lediglich eine Arbeitsgemeinschaft, vor allem weil die CSU auf ihrer Eigenständigkeit beharrte.⁴¹²

⁴⁰⁹ So hielten sich beispielsweise in der ersten Maiwoche »kompetente Leute« des Bundestages in der Volkskammer auf. Es gab Absprachen über den Austausch von Kollegen, und vom 14. bis 18. Mai fuhren vier Verwaltungsmitarbeiter, drei Sekretäre der Ausschussabteilung und ein Sekretär der Presseabteilung nach Bonn. Flug- und Unterbringungskosten bezahlte der Bundestag, vgl. Protokoll der Dienstbesprechung der Volkskammerverwaltung am 4. Mai 1990, BArch DA 1/18748.

⁴¹⁰ »Warnungen aus der Bonner SPD«, *FAZ* vom 30. März 1990.

⁴¹¹ ACDP, 07-012 3771 (undatiert).

⁴¹² Vgl. »Statt gemeinsamer Allianz-Fraktion wird es nur eine Arbeitsgemeinschaft geben«, *Handelsblatt* vom 23. März 1990 o. »DDR-Allianz wird keine Fraktion«, *FR* vom 23. März 1990.

Dass die Hilfestellung kontraproduktiv sein konnte und man es von Zeit zu Zeit auch mit ungebetenen Ratschlägen zu tun bekam, dass vor allem Schwesterparteien trotz aller Gemeinsamkeiten sehr unterschiedlich sein konnten, zeigt eine Szene aus der Geschichte der Volkskammer-Grünen vom Mai 1990: Seit gerade einer Woche besaß die Fraktion mit Katrin Steinitz eine Sprecherin, die die Aufgabe hatte, die Pressearbeit zu organisieren und zu koordinieren. In der Fraktionssitzung vom 8. Mai bat sie die Arbeitskreise, ebenfalls jeweils einen eigenen Sprecher zu benennen, vor allem um die Parteibasis besser informieren zu können. Just an diesem Punkt schaltete sich Antje Vollmer, seit Januar 1989 eine der drei Fraktionssprecher der Bundestags-Grünen, die als Gast an der Sitzung teilnahm, in die Diskussion ein – und machte mit einem einzigen Satz alle Bemühungen, Strukturen zu etablieren und Verantwortlichkeiten festzulegen, wieder zunichte. Sie erklärte nämlich gut basisdemokratisch, die Grünen im Deutschen Bundestag hätten zwar genau dieselben Probleme, aber sie sei der Ansicht, unterschiedslos alle Mitglieder der Fraktion seien Sprecher.⁴¹³ Als Gerd Poppe ihr dann auch noch beipflichtete, jeder könne für sich selbst sprechen und Informationen geben, war es um die Neuordnung geschehen.

Für die West-Grünen war das eher normal, geradezu typisch, schließlich war ihre Bundestagsfraktion, die inzwischen die zweite Legislaturperiode im Bonner Parlament saß, nicht gerade bekannt für eine übergroße Liebe zu Regeln, strukturiertem Vorgehen und bereitwilliger Anpassung an herrschende parlamentarische Usancen.⁴¹⁴ Im Grunde genommen waren sie die letzten, die den Volkskammer-Grünen erklären konnten, wie man effektiv arbeitet.

Antje Vollmer war an diesem Tag vor allem in ihrer Eigenschaft als Verantwortliche für das Ostberliner Koordinationsbüro in der Fraktion. Am Tag zuvor hatte das einzige Treffen der Fraktionsvorstände von Ost- und West-Grünen stattgefunden, zu dem neben Vollmer auch noch Waltraud Schoppe aus Bonn angereist war.⁴¹⁵ Obwohl geplant, gab es keine gemeinsamen Fraktionssitzungen. So hatten die West-Grünen ursprünglich für den 3. Mai ein Treffen beider Fraktionen vorgeschlagen, das aber nicht zustande kam, weil »die Volkskammerfraktion zunächst ein Treffen auf Fraktionsvorstandsebene bevorzugt[e]«, eben das Treffen vom 7. Mai.⁴¹⁶ Die Ost-Fraktion schlug aber zumindest vor, die Zusammenarbeit der Arbeitskreise zu intensivieren.⁴¹⁷ Die Begeisterung der Ost-Grünen über den DDR-Besuch von Vollmer und Schoppe war gelinde gesagt verhalten. In einem offenen Brief, den die *taz* am 11. Mai veröf-

⁴¹³ Protokoll der Fraktionssitzung vom 8. Mai 1990, AGG, B.III.1.1. Zur chaotischen und manchmal regelrecht kontraproduktiven Pressearbeit der Bundestagsgrünen vgl. P. KRAATZ, *Die Grünen*, 2015, S. 30*.

⁴¹⁴ Vgl. hierzu: J. BOYER/H. HEIDEMEYER, *Die Grünen im Bundestag*, 2008; J. RASCHKE, *Die Grünen*, 1993; R. WICK, *Die Mauer muss weg*, 2012.

⁴¹⁵ Fraktionsvorstandssitzung am 7. Mai 1990, ebd., S. 497 u. Fraktionsvorstandssitzung am 14. Mai 1990, ebd., S. 500.

⁴¹⁶ Ebd., S. 494.

⁴¹⁷ Fraktionsvorstandssitzung am 7. Mai 1990, ebd., S. 497 u. Fraktionsvorstandssitzung am 14. Mai 1990, ebd., S. 500.

fentlichte, beschwerte sich der Grünen-Vorstand über die »Vereinnahmungspolitik« der Westgrünen im Prozess der Vereinigung beider Parteien. Die Ost-Grünen hätten eine »programmatische Annäherung [...] struktureller Annäherung« eindeutig vorgezogen.⁴¹⁸

Die Einrichtung des Koordinationsbüros ging zurück auf einen Antrag dreier Mitglieder der Bundestagsfraktion der Grünen an die Fraktionsvollversammlung. Weil sie sich »in der politischen Verantwortung gegenüber den grün-demokratischen Kräften in der DDR« sahen, hatten sie im Februar 1990 vorgeschlagen, bis zum Wahltag, dem 18. März, in Westberlin ein Unterstützungsbüro für die Ost-Grünen einzurichten. Es sollte unter anderem den Wahlkampf in der gesamten DDR unterstützen, Ressourcen bündeln, Diskussionsforen vorbereiten und finanzieren sowie die Öffentlichkeitsarbeit organisieren. Zu diesem Zweck sollte die vom Bundestag zur Verfügung gestellte Infrastruktur genutzt werden. Die Leitung des Büros, das ausdrücklich nur »auf Anforderung aus der DDR« Hilfe leisten sollte, übernahmen zwei Bundestagsabgeordnete, ihnen zur Seite standen zehn Sachbearbeiter und wissenschaftliche Mitarbeiter aus dem Mitarbeiterstab der Grünen. Der Bundesvorstand wurde zudem aufgefordert, unverzüglich einen Fonds zur Unterstützung grün-demokratischer Gruppen in der DDR einzurichten.⁴¹⁹ Das Büro nahm am 8. Februar die Arbeit auf. Am 20. März beschloss der Fraktionsvorstand, das Büro, das Antje Vollmer und Almut Kottwitz⁴²⁰ unterstellt wurde, auch nach der Wahl bestehen zu lassen. Es wurde mit zwei Sachbearbeitern und einer wissenschaftlichen Stelle ausgestattet.⁴²¹ Im April wurde vom Fraktionsvorstand die Notwendigkeit einer zweiten wissenschaftlichen Stelle bestätigt.⁴²² Darüber hinaus gab es materielle Unterstützung in Form von technischem Gerät oder Geld.⁴²³

Antje Vollmer blieb nicht der einzige Gast aus Bonn. Weitere westdeutsche Teilnehmer an den Fraktionssitzungen der Ost-Grünen waren allerdings hauptsächlich Mitarbeiter der Grünen-Fraktion wie der wissenschaftliche Mitarbeiter im Justitiariat, Dietmar Hüsemann, die schon erwähnte Elisabeth Weber, die Fraktionsangestellte Dagmar Selman, der Finanzreferent im Büro der Fraktionsgeschäftsführung Eberhard Stückradt, die Referentin der Pressestelle und Personal- und Organisationsreferentin Christiane von Gierke-Schnappers, Martina Lilla oder Uwe Günther, der

⁴¹⁸ »Herrschende Regeln«, *taz* vom 11. Mai 1990.

⁴¹⁹ Fraktionssitzung vom 6. Februar 1990, Dok. 110. Im Antrag an die Fraktionsversammlung vom 6. Februar 1990, Vorlage der Abgeordneten Uschi Eid, Karitas Hensel und Dietrich Wetzel, war noch die Rede von zwei Millionen DM, die bereitgestellt werden sollten, in: W. HÖLSCHER/P. KRAATZ, *Die Grünen*, 2015, Dok. 110, Anlage B, S. 876 f. Zum Büro siehe auch das Protokoll der folgenden Fraktionssitzung am 13. Februar 1990, ebd., Dok. 111 sowie die Fraktionsvorstandssitzung am Tag zuvor, S. 473.

⁴²⁰ Kottwitz war am 8. November 1989 für den aus der Fraktion ausgeschiedenen Otto Schily in den Bundestag nachgerückt und war u. a. Mitglied im Ausschuss Deutsche Einheit.

⁴²¹ Fraktionsvorstandssitzung am 20. März 1990, W. HÖLSCHER/P. KRAATZ, *Die Grünen*, 2015, S. 486.

⁴²² Fraktionsvorstandssitzung am 23. April 1990, ebd., S. 495.

⁴²³ Vgl. z. B. Fraktionsvorstandssitzung am 21. Juni 1990, ebd., S. 513 f.

Justitiar der Fraktion und seit April 1990 kommissarischer Fraktionsgeschäftsführer, aber es kamen auch MdB wie eben Antje Vollmer oder Uwe Hüser, der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion. Umgekehrt war am 3. September 1990 der parlamentarische Geschäftsführer der Volkskammer-Grünen, Klaus Richter, beim Bonner Fraktionsvorstand zu Gast.⁴²⁴

Von ganz anderem Kaliber war da die Unterstützung, die den Sozialdemokraten aus Bonn zuteilwurde. Bereits lange vor der Wahl hatte eine enge Zusammenarbeit zwischen West- und Ost-SPD begonnen, mit dem Ziel, Strukturen zu etablieren, damit die Fraktion nach der Wahl sofort mit ihrer eigentlichen Arbeit beginnen konnte, ohne sich mit Präliminarien aufhalten zu müssen. Zentrale Figuren auf West-Seite waren dabei Gert Weisskirchen und Norbert Gansel.

Immerhin 16 Referenten arbeiteten für die Arbeitskreise der Volkskammerfraktion der SPD, und schon seit dem 30. Januar gab es ein Verbindungsbüro der Bundestagsfraktion im Reichstag unter der Leitung von Walter Zöllner, das in seiner Hochphase 23 Mitarbeiter hatte.⁴²⁵ Seit Mitte März, das heißt noch vor der Wahl, fungierte Dietrich Stobbe als persönlicher Beauftragter Hans-Jochen Vogels für die Verbindung zum Fraktionsvorsitzenden der Volkskammer-SPD.⁴²⁶ Stobbe vergaß nicht zu erwähnen, dass er »seine Arbeit so geräuschlos wie möglich zu tun hatte.«⁴²⁷ Er war mehrfach, nicht nur in der konstituierenden Sitzung der Fraktion zu Gast.⁴²⁸ Was die Zusammenarbeit mit dem Verbindungsbüro anging, plädierte Stobbe dafür, die Angelegenheit zu bündeln und zu kanalisieren, denn eine Zusammenarbeit nach dem Motto »jeder mit jedem« würde vermutlich zu heillosem Chaos führen.⁴²⁹

Die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Rudolf Dreßler und Renate Schmidt kamen des öfteren persönlich vorbei, um mit der Fraktion zu diskutieren.⁴³⁰ Aber auch Käthe Woltemath (Mitbegründerin der Ost-SPD und Ehrenmitglied des Parteivorstands Rostock) zählte zu den Gästen, genauso wie der von den Sozialdemokraten in der DDR wenig geliebte Kanzlerkandidat der SPD Oskar Lafontaine (beide kamen am 17. Juli) oder Ingrid Matthäus-Meier, eine der stellvertretenden Vorsitzenden und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion (am 3. Juli).

Um ihre Strategie für die ersten gesamtdeutschen Wahlen abzustimmen, trafen sich die SPD-Verantwortlichen aus Ost und West insgesamt sechs Mal in der Halle des Flughafens Tegel zu den von Hans-Jochen Vogel initiierten sogenannten Flughafenkonferenzen.⁴³¹ Hinzu kam eine beträchtliche materielle Hilfe. In einer Dokumen-

⁴²⁴ Fraktionsvorstandssitzung am 3. September 1990, ebd., S. 528.

⁴²⁵ Ebd. u. S. 26 u. 108.

⁴²⁶ Ebd., S. 25.

⁴²⁷ D. STOBBE, »Erstaunliches«, 2000, S. 16. Er umschrieb seine Aufgabe als »förmlich bestellter Koordinator für die Politikentwicklungen zwischen der SPD-Bundestagsfraktion und der SDP-Fraktion in der Volkskammer sowie für beide Parteivorstände, nach offiziellen Beschlussfassungen dieser Gremien.«

⁴²⁸ AdsD, Mappe 13.

⁴²⁹ Stobbe an Schröder, 12. April 1990, AdsD, Mappe 113.

⁴³⁰ C. KREHL, »Wir haben«, 2000, S. 13.

⁴³¹ D. STOBBE, »Erstaunliches«, 2000, S. 21.

tation der Unterstützungsleistung für den Aufbau der SPD-Fraktion in der Volkskammer fand sich unter anderem ein monatlicher Zuschuss von 528 595 Mark vom 15. März an. Bei der beabsichtigten Personalausstattung der Fraktion war aus Bonn vorgesehen: Ein Referent für den Parlamentarischen Geschäftsführer, ein Berater für den Büroleiter, ein Referent (mittelfristig) für die Pressestelle. Die Aufgabe der Referenten, die zunächst auf drei Monate abgeordnet werden sollten, war die Einweisung in die parlamentarische Arbeit, wodurch die gleichwertige Arbeitsweise beider Parlamente gewährleistet werden sollte. Die Fraktion selbst wünschte sich zur Verfolgung der Debatten in den Büros der Geschäftsführer zwei Fernseher sowie ein weiteres Kopiergerät.⁴³²

Diese umfangreiche Hilfe bedeutete allerdings auch eine hohe Abhängigkeit und Einmischung und eben nicht immer eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Peter Gohle formuliert das ganz unverblümt: »Bei allem Respekt vor ihrer revolutionären Leistung sahen die westdeutschen Politprofis in ihren ostdeutschen Kollegen oft nur wenig mehr als hoffnungsvolle Amateure.«⁴³³

Die anderen Fraktionen registrierten diese Besuche und die mit ihnen verbundene Unterstützung mit einem gewissen Neid. Überhaupt registrierte man sehr aufmerksam und genau, was die anderen machten: wer wann tagte, ob andere besser vorbereitet waren als man selbst, wer von wo Hilfe bekam und wie sie aussah. Das geschah vor allem aus Sorge, dass andere möglicherweise einen uneinholbaren Vorsprung bekommen könnten.⁴³⁴ Hans-Jochen Tschiche (Bündnis 90/Grüne) klang regelrecht beleidigt, als er sagte: »Sie, meine Damen und Herren, haben Ihre Geschwister im Westen. Wir haben keine, und damit sind wir benachteiligt.«⁴³⁵ Was natürlich nicht ganz stimmte. Die »große Schwester« der Grünen war nur längst nicht so gut organisiert wie die SPD. Bis auf PDS und DBD/DFD profitierten alle Fraktionen von dieser Art von Hilfe.

So war in der ersten Fraktionssitzung der Liberalen am 25. März mit Wolfgang Mischnick der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion anwesend und Rainer Ortleb ergriff die Gelegenheit, einen äußerst umfangreichen Wunschzettel vorzutragen: Er erbat die Unterstützung der West-Liberalen in Gestalt von Beratern für die Ressorts Finanzen, Justiz, Gesundheit, Äußeres, Forschung/Technologie, Bildung, Wissenschaft und Kultur, Wirtschaft, Umwelt, Kulturschutz und Reaktorsicherheit, Verteidigung/Abrüstung, Familie und Frau. Dazu noch die Bildung gemeinsamer Kommissionen.⁴³⁶ Die Westberater sollten allerdings im Hintergrund wirken, lediglich Anlaufpunkt sein und nicht in erster Reihe stehen. Mischnick ging darauf ein und versprach Unterstützung durch Mitarbeiter aus dem Parlament, denjenigen Ministerien, die unter FDP-Leitung standen – das waren zu dieser Zeit so zentrale Ressorts

⁴³² »Vermerk, Betr.: Unterstützung beim Aufbau der SPD-Fraktion in der Volkskammer, Berlin 18. April 1990«, [ohne Autor], AdSD, Mappe 113.

⁴³³ P. GOHLE, SDP-Gründung, 2014, S. 450.

⁴³⁴ Vgl. ACDP, 07-012 3897.

⁴³⁵ PV, 24. Tagung am 13. Juni 1990, S. 1010.

⁴³⁶ Protokoll über die 1. Fraktionssitzung am 25. März 1990, ADL, L1-27, Bl. 20.

wie Außen, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft und Justiz – und unter dem Titel »Seniorenhilfe« durch bereits pensionierte Mitarbeiter.

Die Liberalen bekamen auch danach noch mit schöner Regelmäßigkeit Besuch von Mitgliedern der Bundes-FDP, so war beispielsweise in der Fraktionssitzung am 3. Mai der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der Bundestagsfraktion, Detlef Kleinert, zu Gast, am 12. Juni waren anwesend: der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion Torsten Wolfgramm, das Mitglied des Präsidiums des Bundesvorstands der FDP und niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Walter Hirche, der Staatssekretär im niedersächsischen Innenministerium Stefan Diekwisch und Helmuth Bentz, der stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung liberaler Kommunalpolitiker. Auch der Parteivorsitzende Otto Graf Lambsdorff wurde um Rat gebeten.⁴³⁷ Außerdem übernahm die FDP für zwei Monate die Finanzierung von Fahrzeugen.⁴³⁸ Die Tatsache, dass anlässlich der Festveranstaltung zum 17. Juni 1990 ohnehin viele Parteifreunde aus Westdeutschland in der Stadt waren, nutzten die Liberalen, um am Vortag eine gemeinsame, mehr als dreistündige Fraktionssitzung anzusetzen und im Anschluss daran eine gemeinsame Dampferfahrt zu unternehmen.⁴³⁹

Erste Kontakte zwischen Ost- und West-CDU gab es seit Herbst 1989, allerdings nur auf unterer Ebene, gegenüber der Führungsriege der Block-CDU herrschte in den Reihen der westdeutschen CDU lange Zeit große Reserviertheit.⁴⁴⁰ Das änderte sich zwar mit den Wahlen. Doch es gab unzweifelhaft Anlaufschwierigkeiten in der Zusammenarbeit. Dennoch war schon in der konstituierenden Fraktionssitzung am 27. März 1990 der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Karl-Heinz Hornhues anwesend, der einen Gruß der Bonner Kollegen überbrachte. Günther Krause wies bei seiner Begrüßung der westdeutschen Gäste eigens darauf hin, dass diese bei der Vorbereitung der Sitzung hilfreich zur Seite gestanden hätten.⁴⁴¹ Einen Monat später informierte ein Referent der Bundestagsfraktion über die für den 28./29. Mai vorgesehene gemeinsame Sitzung beider Fraktionen im Reichstag.⁴⁴² An weiteren Sitzungen in den folgenden Monaten nahmen unter anderem der damalige Parlamentarische Geschäftsführer im Bundestag Jürgen Rüttgers, Heribert Scharrenbroich, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zusammen mit seinem Stellvertreter Werner Schreiber, Friedhelm Ost, wirtschaftspolitischer Berater des Bundeskanzlers, der Bonner Oberbürgermeister Hans Daniels, Peter Spary, der Hauptgeschäftsführer der Mittelstandsvereinigung der Bundestagsfraktion (der allerdings kein MdB war) oder Gerhard Reddemann, bis 1987 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, teil. Am 20. Juni war eine ganze Sit-

⁴³⁷ ADL, L1–16, Bl. 32.

⁴³⁸ Protokoll der Fraktionssitzung am 9. Mai 1990, ADL, L1–27, Bl. 13.

⁴³⁹ Schreiben des Parlamentarischen Geschäftsführers an alle Abgeordneten vom 14. Juni 1990, ADL, L1–27, Bl. 7.

⁴⁴⁰ Vgl. M. RICHTER, Ost-CDU, 1994, S. 129 f.

⁴⁴¹ ACDP, 07-012 3897, Bl. 3.

⁴⁴² Stichwortprotokoll VI. Fraktionssitzung am 24. April 1990, ACDP 07-012 6013.

zung für die Information und Diskussion mit dem Staatsrechtler Rupert Scholz über Verfassungsfragen reserviert. Und für den 24. August war um 9,30 Uhr eine Sondersitzung der Fraktionen von CDU/DA und DSU anberaumt, an der auf Einladung Lothar de Maizière Bundeskanzler Helmut Kohl, Kanzleramtsminister Rudolf Seiters und Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU) teilnahmen.⁴⁴³

Es gab darüber hinaus immer auch Einzelkontakte: Von Johannes Nitsch, der quasi täglich zum Telefonieren in den Reichstag lief, war schon die Rede. Je nach Zahl der Fragen und Umfang der Probleme konnten diese Gespräche bis zu zwei Stunden dauern. Nicht nur für ihn war das Büro der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude eine wichtige Anlaufstation.⁴⁴⁴ Jürgen Schwarz (DSU) sprach davon, dass der Chef der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Wolfgang Bötsch, ihm seinen persönlichen Referenten zur Verfügung gestellt habe.⁴⁴⁵

Die Geschwister aus dem Westen halfen bei Bedarf vor allem auch bei einem der größten Probleme der neuen Parteien in der Volkskammer: der dünnen Personaldecke. Denn Lothar de Maizière sollte mit seiner Befürchtung recht behalten, dass sie »erhebliche Schwierigkeiten« bekommen würden, »die notwendigen Posten im Apparat mit Sachkompetenten und Verwaltungserfahrenen zu besetzen«.⁴⁴⁶ In der Fraktionssitzung vom 24. April wurde der Vorstand von den Arbeitskreisen gebeten, »so schnell wie möglich Hilfe aus Bonn zu erhalten.«⁴⁴⁷ Und die Mitglieder der AG Recht der CDU/DA-Fraktion suchten noch im Juni händeringend nach Juristen oder Rechtsanwälten, weil sie der Antrags- und Gesetzes-»Flut nicht mehr gewachsen« waren und gegenüber ihren sozialdemokratischen Kollegen den Kürzeren zu ziehen drohten: »Die SPD hat das alles voll im Griff, die werden von drüben unterstützt.«⁴⁴⁸ Sie selbst hatten lediglich vage Zusicherungen, dass jemand kommen würde, aber das half in der konkreten Situation nur wenig. Schon Ende Mai hatte Else Ackermann, die Vorsitzende des Arbeitskreises Recht und Obfrau der Fraktion für den Rechtsausschuss, darauf hingewiesen, dass zu wenige Juristen zur Verfügung standen. Die Anwesenden gaben sich zwar alle erdenkliche Mühe, aber es fehle der juristische Sachverstand. Man hatte sich bereits um Rechtsberater auf Honorarbasis bemüht, aber die waren eben nicht von heute auf morgen zu haben. Roland Becker (AG Verfassung und Recht) berichtete von einem Gespräch mit einer Juristin, die er gerne einstellen würde, aber gebraucht würden drei oder vier, für jede Arbeitsgruppe einer, und er wisse nicht, woher er sie nehmen solle.⁴⁴⁹

⁴⁴³ »Ein ungewöhnlicher Tag für Helmut Kohl«, *BZ* vom 25. August 1990. Von dieser Sitzung existiert kein Tonbandmitschnitt. Vgl. auch H. KOHL, *Ich wollte*, 1996, S. 459 f. u. H. TELTSCHIK, *329 Tage*, S. 351 f.

⁴⁴⁴ Vgl. auch W. JÄGER/M. WALTER, *Allianz für Deutschland*, 1998, S. 72.

⁴⁴⁵ Interview Schwarz. Sein Fraktionskollege Hansjoachim Walther hingegen konnte sich an eine individuelle Betreuung durch die CSU nicht erinnern, Interview Walther.

⁴⁴⁶ Fraktionssitzung am 2. April 1990, ACDP, TA 07-012 6100.

⁴⁴⁷ Stichwortprotokoll der VI. Fraktionsversammlung am 24.4.1990, 15.00 Uhr im Haus der Parlamentarier, ACDP 07-012 6013, Bl. 10.

⁴⁴⁸ Fraktionssitzung am 19. Juni 1990, ACDP, TA 07-012 6112.

⁴⁴⁹ Fraktionssitzung am 29. Mai 1990, ACDP, TA 07-012 6109.

Die westdeutsche Unterstützung konnte auch immateriell und eher symbolisch sein: Die demonstrativen Besuche prominenter Westpolitiker in der Volkskammer, die von den Kameraleuten aufmerksam registriert wurden, waren ebenfalls eine Art Hilfestellung, die jedoch auch Widerspruch provozierte. Werner Schulz (Bündnis 90/Grüne) behauptete, die Anwesenheit von westdeutschen Politikern auf der Zuschauertribüne habe den vom Westen ausgeübten Druck geradezu körperlich erfahrbar gemacht.⁴⁵⁰ Allerdings hatten auch seine eigenen Parteikollegen aus dem Westen darauf hingewiesen, dass die »Volkskammersitzungen, die jeweils donnerstags stattfinden, jederzeit besucht werden« könnten und das Berliner Koordinierungsbüro bei Bedarf Gästekarten besorgen würde.⁴⁵¹ So dass diejenigen, die überhaupt keinen Besuch bekamen, wie die PDS, regelrecht beleidigt reagierten: Uwe-Jens Heuer beispielsweise rief, nachdem Reinhard Höppner am 17. Juni freundlich die westdeutsche Prominenz oben auf der Tribüne begrüßt hatte: »Wollen wir die Plätze tauschen? Die kommen runter, wir gehen rauf.«⁴⁵²

Der Faktor Zeit

Am 22. Mai befand ein von der Arbeitsmoral seiner Fraktionskollegen leicht entnervter Wolfgang König (CDU/DA), sie gewöhnten sich zu sehr an das Verhalten der Bonner Kollegen: »Man schwätzt zu laut, man kommt und geht, wie man will.« Mittlerweile gehe es in der Fraktion sehr akademisch zu: Obwohl auf der Einladung als Sitzungsbeginn 16 Uhr vermerkt sei, genehmigten sich viele noch ein akademisches Viertel, von *c. t.* sei aber nie die Rede gewesen.⁴⁵³

Diese Ermahnung lenkt den Blick auf ein ganz entscheidendes Moment der Arbeit der Volkskammer – den Faktor Zeit. Er ist für ihre Tätigkeit in seiner Bedeutung kaum zu überschätzen.⁴⁵⁴ Das begann bei ihrer kurzen »Lebensdauer« von lediglich 181 Tagen, ging weiter über die tägliche Arbeit, die bedingt durch äußere Ereignisse und andere Faktoren unter permanentem zeitlichen Druck stand und endete bei der zeitlichen Ökonomie des parlamentarischen Alltags, beispielsweise bei Fragen der Redezeit.

Anfangs waren die Abgeordneten noch von einer Mandatsdauer von zwei bis vier Jahren, verbunden mit einer ruhigen Phase des Einarbeitens ausgegangen.⁴⁵⁵ Dass das eine Fehleinschätzung war, wurde sehr schnell deutlich. Bereits mit dem Wahlsieg der *Allianz für Deutschland* am 18. März war klar, dass ein Großteil der Bürger der DDR eine möglichst schnelle Vereinigung mit der Bundesrepublik und die Anpassung an die dortigen Lebensverhältnisse wünschte. Diese unterschiedlichen Tempovorstel-

⁴⁵⁰ Interview Schulz.

⁴⁵¹ Elisabeth Weber in der Fraktionsvorstandssitzung vom 23. April 1990, W. HÖLSCHER/P. KRAATZ, *Die Grünen*, 2015, S. 494.

⁴⁵² PV, 15. Tagung am 17. Juni 1990, S. 535.

⁴⁵³ Fraktionssitzung am 22. Mai 1990, ACDP, TA 07-012 6108.

⁴⁵⁴ Vgl. R. SCHIRMER, *Parlament ohne Zeit?*, 2009.

⁴⁵⁵ Interview Bergmann-Pohl.

lungen von Bevölkerung und Politik setzten die Abgeordneten enorm unter Druck. Denn den Beschleunigungsprozess »brachten die Abgeordneten jedes Mal mit, wenn sie aus dem Wahlkreis kamen.«⁴⁵⁶ Bereits Ende April tauchen denn auch die ersten Hinweise auf den »forcierten Zeitdruck« in den Plenardebatten auf und nahmen von da an immer mehr zu.⁴⁵⁷ Die Parlamentarier begannen ein »Leben im Zeitraffer«⁴⁵⁸, das kaum noch Zeit zum Frühstück ließ.⁴⁵⁹

37 Tagungen – rechnet man die Festsitzung vom 2. Oktober hinzu, waren es 38 – in 181 Tagen, einige als äußerst kurzfristig anberaumte Sondersitzungen,⁴⁶⁰ und oftmals von extremer Länge, zusammen mit den üblichen Fraktions-, Arbeitskreis- und Ausschusssitzungen: Das bedeutete einen äußerst dichtgedrängten Arbeitsplan, der kaum Luft ließ, um Dinge wirklich durcharbeiten zu können und für manche ein Pensum, das kaum zu schaffen war. »Manchmal habe ich den Eindruck, daß alle wesentlichen Entscheidungen der Volkskammer in Sondersitzungen gefallen sind, die sehr kurzfristig angesetzt wurden und bei denen keine abgestimmten Regierungsvorlagen auf der Tagesordnung standen.«⁴⁶¹ Diesen Eindruck teilte Reinhard Höppner mit Jes Albert Möller.⁴⁶² In der Sondersitzung des 21. Mai wurde beispielsweise der Gesetzentwurf zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in erster Lesung beraten und am 22. Juli, der zweiten Sitzung, die an einem Sonntag stattfand, das Gesetz zur Einführung der Länder diskutiert. Der 8. August verlief dann ähnlich spektakulär wie die Sondersitzung am 17. Juni. Denn neben einigen zweiten Lesungen wurden – mit diversen Unterbrechungen – von 15 Uhr bis um 2.20 Uhr am nächsten Morgen das Gesetz zur ersten gesamtdeutschen Wahl und der Vereinigungstermin behandelt. Die letzte Sondersitzung, am 22. August, begann um 21.10 Uhr, ebenfalls im Anschluss an die reguläre Plenartagung und dauerte bis um 3 Uhr früh des folgenden Tages. Sie wurde vom Ministerpräsidenten beantragt und war vom Präsidium in einer eilig zusammengerufenen Sitzung um 19.10 Uhr recht knapp mit elf zu neun Stimmen gebil-

⁴⁵⁶ Interview Schröder.

⁴⁵⁷ PV, 4. Tagung am 20. April 1990, S. 81. Vor allem von Juni an häufen sich Begriffe in den Reden wie »Zeit«, »Tempo« oder »Beschleunigung«.

⁴⁵⁸ K. LANDGRAF, *Tor*, 2013, S. 525.

⁴⁵⁹ »Keine Zeit für die Größe der Arbeit«, *Die Zeit* vom 29. Juni 1990.

⁴⁶⁰ Die erste der insgesamt sieben Sondersitzungen am 8. Mai war eine Gedenkveranstaltung anlässlich des »Tags der Befreiung Deutschlands vom Gewaltregime des Dritten Reiches«. Sie dauerte eine Stunde und bestand nur aus einer Ansprache der Volkskammerpräsidentin. Sowohl sie als auch die Sondertagung am 29. Juni wurden nicht im Fernsehen übertragen. Die Sondersitzung des 17. Juni, ein Sonntag, galt der Lesung zweier Gesetze und fand im Anschluss an eine gesamtdeutsche Feierstunde anlässlich des Volksaufstands von 1953 statt vgl. hierzu Kap. 3. Die dritte Sondersitzung, am 29. Juni, schloss nach einer kurzen Pause direkt an die reguläre Plenartagung an und dauerte gerade einmal zehn Minuten. Sie diente der Bildung einer »parlamentarischen Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Vorgänge auf dem Energiesektor, insbesondere des Kraftwerkes Boxberg, und Prüfung der Einbeziehung der Treuhandstelle«, PV, 20. Tagung (Sondertagung) am 29. Juni 1990, S. 815 f.

⁴⁶¹ R. HÖPPNER, *Beitritt zum heutigen Tage*, 2000, S. 117.

⁴⁶² J. MÖLLER, »Dann nimmt doch«, 2009, S. 40.

ligt worden.⁴⁶³ Thema war – und das nun wirklich zum letzten Mal – das Datum des Beitritts der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes.

Selbst wenn sie es gewollt hätten und selbst wenn die Erwartungen der Wähler nicht so hoch gewesen wären, die Abgeordneten hatten es schlicht nicht in der Hand, ihr Arbeitstempo selbst zu bestimmen. Den Takt gaben die nationalen wie internationalen Verhandlungen auf Regierungsebene vor, ob bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zwischen den Vier Mächten UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich, der Bundesrepublik und der DDR oder den deutsch-deutschen Verhandlungen zum Einigungsvertrag. Die Volkskammer spielte hier nur eine unter- bzw. nachgeordnete Rolle.⁴⁶⁴ In vielen Fällen reagierte die Volkskammer eher als sie agierte. Waren zu einem bestimmten Thema einmal Fakten geschaffen, wie beispielsweise die Einrichtung der fünf Länder, führte das wiederum zu einer Beschleunigung der Ereignisse⁴⁶⁵ und setzte das Parlament erneut unter Zugzwang.

Hinzu kam, dass, einfach weil das Fachwissen fehlte, bei jedem im Plenum behandelten Thema quasi von Null angefangen wurde. Dieser Einarbeitungsprozess war ungeheuer zeitraubend. Angesichts kiloschwerer Papierberge, die zu diesem Zweck durchgearbeitet werden mussten, führte das nur zu oft zu einem Gefühl ständiger Überforderung und Ohnmacht: »Reflexionen können wir uns nicht leisten – abends denken wir nur noch an die Dusche.«⁴⁶⁶

Im Parlament sind Zeitfragen Machtfragen und dementsprechend streng geregelt. Entgegen den Erinnerungen einiger Abgeordneter, die rückblickend behaupteten, jeder habe im Plenum so lange reden können, wie er wollte,⁴⁶⁷ legte die Volkskammer die Redezeiten der Fraktionen im Voraus fest und kontrollierte ihre Einhaltung durchaus streng. Eine unbegrenzte Redezeit hätte sie sich angesichts des Bergs an Aufgaben, den sie zu bewältigen hatte, auch überhaupt nicht leisten können. Nicht zuletzt die Abgeordneten selbst waren in dieser Hinsicht sehr penibel und wachsam, besonders wenn sie eine Benachteiligung vermuteten, weil Mitglieder anderer Fraktionen angeblich länger hatten reden dürfen, als es ihnen zustand. Um sich gegen derartige Kritik zu wappnen, besorgte sich das Präsidium zeitweilig sogar eine Stoppuhr. So ausgestattet war Sabine Bergmann-Pohl in der Lage, Kritik am Präsidium zurückzuweisen (»Wir haben die Zeiten vorhin gestoppt, und wir geben jedem die gleiche Redezeit«⁴⁶⁸). Genauso konnte Stefan Gottschall auf die Frage, ob er die Zeit beim

⁴⁶³ PV, 29. Tagung am 22. August 1990, S. 1362 f. und Beschlußprotokoll der 27. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer am 22. August 1990, BArch DA 1/18794. Zur Sitzung vgl. auch S. EISEL, Beitrittsbeschluss, 2005.

⁴⁶⁴ W. WEIDENFELD/K.-R. KORTE, Handbuch, 1996; Bezeichnenderweise taucht in den Erinnerungen der maßgeblichen Akteure die Volkskammer nicht oder allerhöchstens am Rande auf. Vgl. H. KOHL, Ich wollte, 1996; W. SCHÄUBLE, Der Vertrag, 1991; H. TELTSCHIK, 329 Tage, 1991.

⁴⁶⁵ Interview Höppner.

⁴⁶⁶ »Keine Zeit für die Größe der Arbeit«, *Die Zeit* vom 29. Juni 1990.

⁴⁶⁷ Vgl. das Eingangszitat von Michael Luther, S. 9.

⁴⁶⁸ PV, 7. Tagung am 17. Mai 1990, S. 195.

vorigen Redner auch gestoppt habe, antworten: »Ja, ich kann sie exakt benennen«, und sie dann tatsächlich Minute für Minute aufzählen.⁴⁶⁹

Die Parlamentarischen Geschäftsführer beziehungsweise das Volkskammer-Präsidium legten in ihren Sitzungen Redezeiten und Reihenfolge der Redner für jeden Tagesordnungspunkt exakt fest.⁴⁷⁰ Gemäß einem ersten Übereinkommen bekamen alle Fraktionen die gleiche Redezeit zugeteilt, die Reihenfolge der Redner richtete sich üblicherweise nach der Größe der Fraktionen. Wobei das eine Mal die kleinste Fraktion beginnen durfte, ein anderes Mal die größte. Die Regelung über die Aussprache zur Regierungserklärung am 20. April war dann schon differenzierter: Zwar erhielt hier auch wieder jede Fraktion 15 Minuten plus jeweils separat fünf Minuten zur Erörterung von Sachfragen, aber die Zahl der Redner war entsprechend der Größe der Fraktionen unterschiedlich: Die CDU durfte acht Redner aufstellen, die SPD fünf, die PDS drei, alle anderen Fraktionen je einen. Beginnen sollte die Opposition. Doch das führte prompt zu Protesten. PDS und Bündnis 90/Grüne sahen sich durch die getroffene Absprache diskriminiert. Denn zusammengerechnet hatten die Koalitionsparteien insgesamt 2 Stunden und 15 Minuten Zeit, um ihre Haltung zur Regierungserklärung darzulegen, Bündnis 90/Grüne und PDS jedoch nur 25 Minuten. Grüne und PDS argumentierten, dass im Deutschen Bundestag die Opposition die gleiche Redezeit erhalte wie die Regierungsseite. Es war einer der seltenen Momente, in denen Gregor Gysi (PDS) den Deutschen Bundestag als nachahmenswertes Vorbild anführte:

»Ich glaube, an dieser Stelle könnten wir wirklich einmal vom Bundestag lernen, in dem es undenkbar wäre, daß dem Vorsitzenden der Fraktion der stärksten Oppositionspartei die Redezeit zu einer Regierungserklärung nach einer Neuwahl auf 15 Minuten beschränkt wird. [...] In diesen Rahmen paßt es auch, daß eine von uns für heute ordnungsgemäß nach der Geschäftsordnung beantragte Aktuelle Stunde vom Präsidium abgelehnt wurde.«⁴⁷¹

Das Präsidium ließ schließlich als Kompromiss die Oppositionsparteien jeweils einen Redner mehr stellen, als es ihrer Fraktionsstärke entsprach. Daran sehe man, dass das Präsidium – einvernehmlich – darum bemüht sei, den Ansprüchen der Opposition einigermaßen gerecht zu werden, wies Reinhard Höppner die Kritik am Präsidium zurück.

Jens Reich (Bündnis 90/Grüne) verbat sich allerdings »Almosen« bei der Zuweisung von Redezeiten, denn These und Gegenthese müssten gleichberechtigt dargestellt werden können.⁴⁷² Angelika Barbe (SPD) hingegen versuchte es mit einem Handel. Sie bat in der Aussprache Reinhard Höppner darum, »noch zum Schwangerschaftsabbruch sprechen zu dürfen« mit dem Argument »Ich bin eine

⁴⁶⁹ PV, 22. Tagung am 6. Juli 1990, S. 926.

⁴⁷⁰ PV, 2. Tagung am 12. April 1990, S. 19; Vgl. die Beschlussprotokolle der Beratungen der Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen der Volkskammer BArch DA 1/19097 sowie derjenigen des Präsidiums, ebd., DA 1/18793.

⁴⁷¹ PV, 4. Tagung am 20. April 1990, S. 73.

⁴⁷² Ebd., S. 80.

von den drei Frauen, die hier sprechen durften. Ich bitte darum, meine Redezeit zu verlängern.«⁴⁷³ Doch Höppner war nur zu einem Kompromiss bereit, wenn ein anderer Redner der SPD-Fraktion sich entsprechend kürzer fasste. Als Barbe daraufhin in Richtung CDU-Fraktion fragte, ob dort jemand bereit sei, ihr »etwas abzugeben«, schritt Höppner ein: »Tut mir leid, damit können wir nicht anfangen. [...] Sonst krieg ich die Debatte jetzt bei jedem weiteren Redner. Es ist schade, es ist aber nun gerade meine Fraktion und da muß ich besonders konsequent sein.«⁴⁷⁴ Barbe bekam schließlich von ihrem Fraktionskollegen Konrad Elmer eine Minute seiner Redezeit abgetreten.

Sobald jedoch darauf verzichtet wurde, Redezeiten zu vereinbaren, wie zur ersten Fragestunde am 26. April, funktionierte es nicht. Reinhard Höppner musste eingestehen, dass sich das Präsidium den Ablauf der Stunde etwas anders, also vor allem konzentrierter und straffer, vorgestellt hatte, aber der irrigen Meinung war, dazu brauche es keine Vorgaben.⁴⁷⁵

Die Fraktionsgeschäftsführer beschlossen im Mai Grundsätze für die Redezeiten: Es sollte, erstens, Ausgewogenheit herrschen zwischen Koalition und Opposition. Zweitens musste die Redezeit der Minister bei der Redezeit der Fraktionen berücksichtigt werden und drittens musste für einen Ausgleich gesorgt werden, wenn diese Ausgewogenheit nicht herrschte.⁴⁷⁶ Außerdem bekam diejenige Fraktion, die einen Antrag einbrachte, im Schnitt fünf Minuten mehr zur Verfügung, als die Fraktionen, die dazu Stellung nahmen. Und in der Regel wurde nach Fraktionsgröße verfahren, so erhielten CDU/DA, SPD und PDS meistens 20 Minuten Redezeit, alle anderen Fraktionen 15 Minuten.⁴⁷⁷

Die PDS reichte Anfang Juli im Ausschuss einen Antrag zur Änderung des Entwurfs der Geschäftsordnung ein, in der § 18 ergänzt werden sollte um den Passus

»Jede Fraktion hat Anspruch auf die gleiche Redezeit. In der Aussprache zu Regierungserklärungen ist den Fraktionen der Opposition eine längere Redezeit einzuräumen. Zur Begründung von Vorlagen kann der einbringenden Fraktion eine längere Redezeit eingeräumt werden.«⁴⁷⁸

Damit konnte sie sich jedoch nicht durchsetzen. Die endgültige Geschäftsordnung der Volkskammer bestimmte in puncto Redezeit nur, dass das Präsidium die Dauer der Redezeit zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und ihre Aufteilung auf die Fraktionen vorschlägt.⁴⁷⁹

⁴⁷³ Ebd., S. 86.

⁴⁷⁴ Ebd.

⁴⁷⁵ PV, 5. Tagung am 26. April 1990, S. 110. Zur Fragestunde vgl. S. 190.

⁴⁷⁶ Protokoll der Beratung der Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen am 29. Mai 1990, BArch DA 1/16738b, Bl. 64.

⁴⁷⁷ Insofern stimmt die Behauptung Christa Lufts nicht, es habe keine Redezeiten gegeben, die nach Fraktionsgröße festgelegt worden seien, vgl. Interview Luft.

⁴⁷⁸ Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung Drucksache 115, BArch DA 1/17469.

⁴⁷⁹ § 18 GO VK. Der Deutsche Bundestag ist in dieser Hinsicht ausführlicher und präziser. Wenn im Ältestenrat nichts anderes vereinbart wird, darf der einzelne Abgeordnete nicht länger

An Regelungen war also kein Mangel. Als Unterschied zum Deutschen Bundestag kann man allenfalls sehen, dass die Unterschiede zwischen Koalition und Opposition nicht besonders groß waren. Die Schwierigkeit lag eher woanders. *Der Tagesspiegel* monierte in seiner Schlussbetrachtung der Volkskammer: »Dieses Parlament ist niemals ökonomisch mit der Zeit umgegangen. Es mutete sich Tagesordnungen zu, die viel zu lang waren und deshalb auf mehrere Tage hätten verteilt werden müssen.«⁴⁸⁰ Und die *Neue Zürcher Zeitung* attestierte ihr »stete Unpünktlichkeit«.⁴⁸¹ Denn Einige hielten sich einfach nicht an die vorgegebenen Zeiten. Und je umfangreicher die Tagesordnungen waren, desto stärker fielen solche Verzögerungen ins Gewicht. Das gab auch die DFF-Kommentatorin zu bedenken: Es sei ein »Gebot gepflegten Parlamentarismus«, dass man sich an die Redezeit halte, damit solche Tagungen nicht ins Endlose ausufernten und man konstruktiv zu Ergebnissen kommen könne.⁴⁸²

Dabei waren die Zeiten strikt einzuhalten. 30 Sekunden nach dem Läuten der Glocke durch die Sitzungsleitung musste der Redner seine Ausführungen beenden.⁴⁸³ Diese Glocke gab es sogar gleich in zweifacher Ausführung. Am 20. April brachte Reinhard Höppner erstmals den »Afrikaner« mit in den Plenarsaal, eine kleine hölzerne Glocke aus Afrika, die ihm von einem Freund geschenkt worden war. Er werde, wenn fünf Minuten der Redezeit vorbei seien, zunächst diese Holzglocke läuten – »sie klingt ein bisschen freundlicher als diese hier neben mir« – und wenn er dann den Redner wirklich um Abbruch seiner Rede bitte, »zu etwas drastischeren Methoden greifen«, und die eigentliche, metallene Glocke einsetzen.⁴⁸⁴ Die Holzglocke war allerdings bereits in der 9. Tagung schon wieder verschwunden. Nach einer längeren Pause kam sie erstmals wieder am 22. Juli zum eher symbolischen Einsatz. Dann erst wieder in der 36. Tagung, um laut Höppner nach dem überstürzten Auszug aus dem Palast der Republik etwas Vertrautes in der neuen Umgebung zu haben. Zum letzten Mal tauchte sie in der allerletzten Sitzung auf, dieses Mal nur noch als Reminiszenz an die vergangenen Sitzungen.⁴⁸⁵

Um wenigstens dem Problem der bei wichtigen Abstimmungen fehlenden oder zu spät erscheinenden Abgeordneten beizukommen, führte man mit dem 13. Juni ein Klingelzeichen analog dem des Deutschen Bundestages ein. Das hatten die Parlamentarischen Geschäftsführer vereinbart.⁴⁸⁶ Jeweils zehn Minuten vor den Abstimmungen waren drei kurze Töne zu hören, was es den Mitgliedern der Ausschüsse ermög-

als 15 Minuten sprechen. Nur auf Verlangen einer Fraktion kann ihr Redner bis zu 45 Minuten Redezeit in Anspruch nehmen (§ 35 GO BT).

⁴⁸⁰ »In einem untergehenden Staat die Demokratie etabliert«, *Der Tagesspiegel* vom 23. September 1990.

⁴⁸¹ »Überwiegend positive Bilanz der Volkskammer«, *NZZ* vom 2. Oktober 1990.

⁴⁸² 5. Tagung am 26. April 1990: 0:03:55–0:04:10.

⁴⁸³ Beschlussprotokoll der Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 19.4.1990 (unkorrigiert), BArch DA 1/18793.

⁴⁸⁴ PV, 4. Tagung am 20. April 1990, S. 80.

⁴⁸⁵ PV, 38. Tagung am 2. Oktober 1990, S. 1867.

⁴⁸⁶ Beratung der Parlamentarischen Geschäftsführer am 12. Juni 1990, BArch DA 1/16738b.

lichte, noch bis kurz vorher zu beraten, und dann direkt und vor allem rechtzeitig in den Plenarsaal zu kommen.⁴⁸⁷

⁴⁸⁷ Fraktionssitzung am 12. Juni 1990, ACDP, TA 07-012 6III. K. ZÄHLE, Klingel, 2012.

Drittes Kapitel

Inszenierungen und Symbolik

1. Inszenierungen¹

Politik als Theater

Dem amerikanischen Soziologen Erving Goffman verdanken wir die Beobachtung, dass alle Menschen Theater spielen, überall und zu jeder Zeit.² Jeder von uns schlüpft je nach Anlass in die unterschiedlichsten Rollen und versucht, den damit verbundenen Erwartungen gerecht zu werden. Das ist auch bei Parlamentsmitgliedern nicht anders. Spätestens wenn sie ihre ureigene »Bühne«, den Plenarsaal, betreten, werden sie nur noch in dieser Rolle wahrgenommen, sind also nur noch der oder die Abgeordnete, nicht mehr die Person XY.

Dennoch ist es noch einmal etwas völlig anderes, wenn in Bezug auf die Politik vom Theater die Rede ist, oder präziser: von der Politik *als* Theater. Es suggeriert Täuschung, Inszeniertheit, das Gegenteil von Authentizität. Diese normalerweise ausschließlich negativ konnotierte Gleichsetzung hat eine lange Tradition, deren Geschichte und nicht nur metaphorischem Zusammenhang Autoren wie Paul Friedland oder Susan Maslan nachgegangen sind.³ Sie haben gezeigt, dass es vor allem die seit der Französischen Revolution gewandelte Vorstellung von Repräsentation – auf dem Theater wie in der Politik – ist, die für diese In-Eins-Setzung verantwortlich ist: »[R]epresentative democracy and modern theatricality are not merely related; they are conceptual siblings.«⁴ Und Theorie und Praxis der Repräsentation, wie sie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erfunden wurden, sind laut Friedland nach wie vor vorherrschend.⁵

Diese neue abstrakte Form der Repräsentation erzeugte aber Misstrauen.⁶ Denn die Repräsentierten hatten nach der Wahl keinen direkten Einfluss mehr auf das, was im Parlament passierte, ein Eingreifen ins Geschehen war ausgeschlossen.⁷ Sie waren damit zu passiven Beobachtern degradiert. Um dieses Misstrauen abzubauen, sind

¹ Dieses Kapitel ist eine erweiterte Fassung von B. TÜFFERS, *Volkskammer im Fernsehen*, 2014.

² E. GOFFMAN, *Theater*, 2011.

³ P. FRIEDLAND, *Political Actors*, 2003; DERS., *Parallel Stages*, 2002; S. MASLAN, *Revolutionary Act*, 2005. Vgl. auch M. ABÉLÈS, *Parliament, politics and ritual*, 2006, S. 19–40; D. KOLESCH, *Politik als Theater*, 2008; T. MEYER, *Theatralität*, 2003.

⁴ P. FRIEDLAND, *Political Actors*, 2003, S. 3.

⁵ Ebd., S. 13.

⁶ A. BIEFANG, *Neuformierung*, 2013, S. 133.

⁷ Im Theater des 19. Jahrhunderts passierte mit dem Einziehen der berühmten »vierten Wand« Vergleichbares, es hatte sich von seinen Zuschauern unabhängig gemacht.

moderne Parlamente von der permanenten öffentlichen Kommunikation abhängig. Gleichzeitig war »[d]er neuartige Politikertypus des Volksvertreters [...] zur öffentlichen Inszenierung seiner selbst verdammt. Er musste sein Medienimage beachten, wenn er wiedergewählt werden wollte.«⁸ Als Folge waren Abgeordnete gezwungen, gleichsam zu »politischen Schauspielern zu mutieren«.⁹

Das bedeutet jedoch nicht Eingleisigkeit, Kommunikation in nur eine Richtung. Denn genau wie die Akteure auf der Bühne reagieren die Repräsentanten im Parlament antizipierend, sie sind sich der Erwartungen ihres Publikums, das heißt der Repräsentierten bewusst, oder glauben zumindest, sie zu kennen. Alle drei Mitspieler – Parlament, Medien und Öffentlichkeit – beeinflussen die jeweils anderen beiden und zwingen zu Reaktionen in einer trialogischen Kommunikationssituation.¹⁰

In Berichten oder Interviews der Volkskammerabgeordneten über ihre Tätigkeit, aber vor allem in den Darstellungen der Presse tauchen auffallend häufig Theatermetaphern auf. Da finden sich Begriffe wie: Trauerspiel, Sommertheater, Amateurtheater, Laienschauspieler, Bühne, Tribüne, Vorhang, Improvisation, Rolle, Schau, Darstellung, Aktionen hinter den Kulissen, um nur einige herauszugreifen;¹¹ Das *Neue Deutschland* beschwerte sich über »billige Theatereffekte«¹², die *taz* »über niederes Volksschauspiel«¹³. Und von der Arbeit der Volkskammer bitter enttäuschte Bürger wählten in ihren Briefen Formulierungen wie »Laien-Spielschar«, »Schmierentheater in Berlin« und dass »es wieder ein richtiges Theater war mit der ganzen Quatscherei.«¹⁴

Aber es waren nicht nur die Beobachter des Geschehens, die sich so äußerten, sondern auch die Akteure selbst: Die PDS beispielsweise sprach in ihren fraktionsinternen Papieren ständig von der Volkskammer als »Tribüne«, die zur »öffentlichen Darstellung«¹⁵ der Politik der Partei genutzt werden müsse. Und auch andere Abgeordnete liebten dieses Vokabular seiner Plastizität und Anschaulichkeit wegen, selbst wenn sie im Überschwang manchmal zu dick auftrugen. Werner Schulz (Bündnis 90/Grüne) beispielsweise polterte am 22. August: »Die letzte Sondertagung, die [...] immerhin eine Menge Geld gekostet hat, war eine weitere Burleske in einem dra-

⁸ So A. BIEFANG, *Neuformierung*, 2013, S. 133.

⁹ Ebd.

¹⁰ Vgl. A. BURKHARDT, *Das Parlament und seine Sprache*, 2003, S. 124.

¹¹ »Trauerspiel im Sommertheater«, *ND* vom 23. Juli 1990; »Politisches Sommertheater – erster Akt«, *ND* vom 28./29. Juli 1990; »Letzter Vorhang: Volkskammer tritt von der Bühne ab«, *ND* vom 2. Oktober 1990.

¹² *ND* vom 24. Juli 1990.

¹³ »Haarscharf an der Einheit vorbeigesegelt«, *taz* vom 19. Juni 1990.

¹⁴ Diverse Schreiben an Wolfgang Thierse vom 18. und 24. August 1990, in: AdSD, Mappe 98 und 100.

¹⁵ Jochen Willerding, »Standpunkt zur weiteren Arbeit der PDS-Fraktion in der Volkskammer der DDR«, 23. Juli 1990, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 311. Ebenso: Interne Einschätzung zur Tätigkeit der PDS-Fraktion, Bericht vor dem Parteivorstand am 21. Juli, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 54. u. 123 c. Vgl. auch Vorschlag zur Konstituierung und zur Arbeitsweise der Fraktion der PDS in der Volkskammer, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 35 (»entscheidende Tribüne der politischen Auseinandersetzung zwischen den politischen Kräften der DDR«).

matischen Trauerspiel, ein Stück aus dem Tollhaus.«¹⁶ Und Günter Nooke (Bündnis 90/Grüne) meinte im Hinblick auf den Status der Grünen als Oppositionspartei: »Man darf es uns nicht übelnehmen, wenn wir die Rolle, die wir in diesem Parlament zugewiesen bekommen haben, nun auch spielen.«¹⁷

Wenn die Volkskammerabgeordneten selbst sich dieser Terminologie bedienten, geschah es zumeist in selbstkritischer Absicht. Der unvoreilhaftesten Charakterisierung als Laienschauspieler, soll heißen: Polit-Amateure, konnten sie nämlich nicht viel abgewinnen. Doch für einen Mann wie Hans-Jochen Tschiche (Bündnis 90/Grüne) war etwas anderes viel schlimmer: »Das Stück Vereinigung ist im Westen geschrieben worden. Auch die Regie lag in den Händen der Bonner Regierung.«¹⁸ Und er nahm seine Formulierung, leicht abgewandelt, an anderer Stelle wieder auf: »... Von den Profi-Politikern im Westen ist das Schauspiel geschrieben worden. Sie haben die Regisseure gestellt, die Inszenierung bestimmt. Jetzt fällt das Stück durch und nun sollen die Schauspieler daran Schuld sein.«¹⁹

Auch wenn viele Abgeordnete gekränkt waren, wenn man sie als Laienschauspieler bezeichnete, von ihrer Selbstwahrnehmung war dieses Bild manchmal gar nicht so weit entfernt.²⁰ Im Grunde traten auch sie – reichlich unvorbereitet – vor Publikum und übernahmen eine Rolle in einem Stück. Verglichen wurden sie dabei immer, auch unausgesprochen, mit dem Deutschen Bundestag. Auch dort galt die Gleichung: Politik ist Theater. Aber im Unterschied zu Ostberlin saßen in Bonn die Profis. Auf der Bonner Bühne fand das richtige politische Theater statt, hier kannten die Darsteller ihre Rollen in- und auswendig, agierten mit wohleinstudierten Gesten und Rhetorik, während die Darstellung in Ostberlin oft ungeschickt wirkte, improvisiert, wo Fehler gemacht wurden, der Einsatz verpasst, wo wiederholt und geprobt werden musste.

Ist im Zusammenhang mit Politik von Inszenierung die Rede, ist dieser Begriff in der Regel negativ konnotiert. Verstellung, Täuschung, Manipulation sind nur einige der Assoziationen, die sich bei vielen einstellen. So verwandt wird Inszenierung dann vor allem zum »in strategischer Absicht erzeugten Schein«²¹ und die Kritik an ihr dient zumeist dazu, die »Lügenhaftigkeit [...], das Nicht-Natürliche, das künstlich Hergestellte, kurz: das Unauthentische der gegenwärtigen Kultur« hervorzuheben.²²

¹⁶ PV, 29. Tagung am 22. August 1990, S. 1358.

¹⁷ PV, 5. Tagung am 26. April 1990, S. 127.

¹⁸ Parlamentarischer Pressedienst der Volkskammer der DDR, Nr. 11, 1. Oktober 1990, S. 13.

¹⁹ »An der Wegscheide«, *Regenbogen*, Nr. 2/90.

²⁰ Es war angeblich der bayerische Ministerpräsident Max Streibl, der das Wort von den Laienspielern prägte, allerdings gemünzt auf die Mitglieder des Kabinetts de Maizière, und sich damit ziemlich unbeliebt machte. Kritisch über diese Bezeichnung äußerten sich zum Beispiel Sabine Bergmann-Pohl und Lothar de Maizière, Mandat für deutsche Einheit, 2000, S. 57, 69, oder auch Gerhard Pohl, Parlamentarischer Pressedienst der Volkskammer der DDR, Nr. 11, S. 11.

²¹ T. MEYER/M. KAMPMANN, *Politik als Theater*, 1989, S. 89.

²² Zur Problematik des auf die Politik bezogenen Inszenierungs-Begriffs vgl. E. FISCHER-LICHTE, *Theatralität*, 2004, Zitat S. 17; C. SCHEURLE, *Kanzler*, 2009, S. 96–100, P. W. MARX, *Legitimes Theater*, 2005, M. WARSTAT, *Theatralität*, 2005, T. MEYER/R. ONTRUP/C. SCHICHA, *Inszenierung*, 2000.

Schuld daran sind die angeblich »geheimen oder offen agierenden Inszenatoren«, »die Manipulatoren in Politik, Wirtschaft, Medien«, wie Erika Fischer-Lichte dieses Deutungsmuster zu Recht kritisiert hat.²³

Genau das wollten die Volkskammerabgeordneten nicht: Sie verstanden sich vielmehr als das genaue Gegenteil. Sie waren mit dem Anspruch angetreten, aufrichtig, unverstellt, authentisch zu sein und sich damit abzusetzen von der Propaganda und dem Stil der alten Volkskammer, aber auch nicht das westdeutsche Modell zu kopieren. Das vertrug sich nur schlecht mit dem, was gemeinhin unter politischer Inszenierung verstanden wird.

Die Volkskammermitglieder mussten sich darauf einstellen und notgedrungen auch damit abfinden, permanent beobachtet und taxiert zu werden: Wolfgang Thierse (SPD) zum Beispiel erhielt stapelweise Zuschriften, deren einziges Thema sein Aussehen war. Er bekam zu lesen, dass sein Bart struppig und ungepflegt sei, dass Kleider Leute machten, Politiker als Männer der Öffentlichkeit durch ihr Erscheinungsbild wirkten, der Habitus wählerwirksam sei und ähnliches mehr.²⁴ Es waren nicht nur Fernsehzuschauer, die sich so äußerten, sondern auch Mitglieder seiner eigenen Partei, die deshalb sogar Stimmenverluste bei den nächsten Wahlen fürchteten.²⁵ Thierses Antwort ist sicher symptomatisch für ein generelles Unbehagen, das viele seiner Volkskammerkollegen mit ihm geteilt haben dürften:

»Unsere Kleidung und unsere Bärte gehören seit langer Zeit zu uns. Es fiel uns wirklich schwer, uns in dieser Zeit, da schon so viele neue Dinge auf uns einstürzten, auch noch an neue Kleidung und womöglich an das eigene bartlose Gesicht morgens im Spiegel gewöhnen zu müssen. Schließlich sind wir doch noch dieselben Menschen, die wir früher waren. Zudem hängt die Qualität von Argumenten nicht davon ab, ob sie von einem bärtigen oder einem rasierten Menschen vorgebracht werden. Und auf Argumente sollte es doch in der Politik ankommen.«²⁶

Für Thierse hatte also der Inhalt klar Vorrang vor der Form. Ihm selbst ging es vor allem darum, authentisch zu bleiben, die eigene Identität zu wahren, über eine Konstante oder Orientierung zu verfügen, in einer Zeit, in der das eigene Leben sich täglich und mit geradezu atemberaubender Geschwindigkeit veränderte. Außerdem sah es jemand wie er, der vor 1989 Erfahrung damit gesammelt hatte, politisch anzuecken, nicht ein, weshalb er sich nun bei Äußerlichkeiten den Erwartungen anderer anpassen sollte. Doch Authentizität ist eine Illusion.²⁷ Und auch eine Nicht-Inszenierung ist eine Form von Inszenierung. Oder um es mit den Worten Barbara Stollberg-Rilings zu sagen: »Man kann im Parlament gar nicht *nicht* symbolisch

²³ E. FISCHER-LICHTE, *Theatralität*, 2004, S. 17. A. BURKHARDT, *Das Parlament und seine Sprache*, 2003, S. 319–336; P. SILLER/G. PITZ, *Politik*, 2000.

²⁴ AdsD, Mappe 98 u. 99.

²⁵ Schreiben an Thierse vom 24. August 1990, AdsD, Mappe 100.

²⁶ Antwort Thierse auf Zuschrift vom 6. September 1990, AdsD, Mappe 98.

²⁷ R. SENNETT, *Verfall*, 2013. Zum Begriff vgl. A. SAUPE, *Authentizität*, 2012; D. WENTZ, *Authentizität*, 2005.

kommunizieren.«²⁸ Das Streben nach Authentizität und Unverstelltheit auf Seiten der Abgeordneten kollidierte mit den offensichtlich sehr konkreten Vorstellungen des Publikums davon, wie ein Parlament und die dort tätigen Parlamentarier zu sein habe. Das was es sah – oder zu sehen glaubte –, entsprach diesen Erwartungen aber oft nicht. So war die Enttäuschung beiderseits groß. In Thierses Fall verstanden seine Kritiker offensichtlich etwas anderes als er unter der Rolle und dem angemessenen Auftreten eines Abgeordneten, sie waren an seiner Art von Authentizität nicht interessiert und fühlten sich in diesem Sinne von ihm nicht repräsentiert. Dabei waren die Parlamentarier doch überzeugt davon, es anders zu machen als ihre Vorgänger: Während die Propaganda der Volkskammer vor dem März 1990 behauptet hatte, dass dort »entsprechend ihrer Rolle in Staat und Gesellschaft und auch ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung [...] die Angehörigen der Arbeiterklasse« dominierten,²⁹ was nicht stimmte, gingen die Abgeordneten der 10. Volkskammer davon aus, dass stattdessen sie nun einen wirklichen Querschnitt der DDR-Gesellschaft darstellten.³⁰ Doch auch diese Annahme war, wie wir bereits gesehen haben, falsch. Somit gingen sie von irrigen Voraussetzungen aus. Wenn die Abgeordneten meinten, besonders authentisch zu sein, meinten sie gleichzeitig auch, den von ihnen Repräsentierten möglichst ähnlich bleiben zu wollen. Nur scheinen die Repräsentierten in ihnen nicht ihr gesellschaftliches Spiegelbild gesehen zu haben. Vielen DDR-Bürgern waren gerade die langbärtigen Pulloverträger, wie sie gehäuft bei den Oppositionsgruppen zu finden waren, eher suspekt.

Dass es im übrigen etwas ganz anderes ist, wenn wirklich ein Schauspieler als Abgeordneter ins Parlament einzieht, zeigt eindrucksvoll das Beispiel des tschechischen Abgeordneten Rudolf Hrušínský.³¹ Hrušínský, langjähriges Mitglied des tschechischen Nationaltheaters und in der ČSSR äußerst populär, kam mit der Wahl vom Juni 1990 als Abgeordneter für das von Václav Havel gegründete Bürgerforum (*Občanské fórum*) ins tschechische föderative Parlament. Ähnlich wie die Sitzungen der 10. Volkskammer wurden auch dessen Sitzungen live und in voller Länge im Fernsehen übertragen, was dazu führte, dass die Abgeordneten zunehmend ihr Verhalten auf die allgegenwärtigen Kameras auszurichten begannen. Die Fähigkeit, sich vor ihnen überzeugend zu präsentieren, wurde schnell zu einem wesentlichen Kriterium für eine erfolgreiche politische Karriere. Als einziger, der die Schauspielerei professionell betrieb, missbilligte Hrušínský das, was er dort sah und hörte: Er reagierte auf seine eigene Art: mit Sprachverweigerung. In den zwei Jahren seiner Zugehörigkeit zum Parlament sprach er dort gerade einmal 850 Worte aufgeteilt auf

²⁸ B. STOLLBERG-RILINGER, *Parlamentarische Kultur*, 2012, S. 99 (Kursivierung im Original).

²⁹ H. KELLE/T. RIEMANN, *Die Volkskammer*, 1989, S. 21. In der 8. Wahlperiode fächerte sich laut Handbuch für den Abgeordneten, 1984, S. 193, die Zusammensetzung auf in 47,2 % Arbeiter, 10,4 % Mitglieder von LPG, werktätige Einzelbauern, Gärtner, 23,0 % Angehörige der Intelligenz, 17,8 % Angestellte, 1,6 % Sonstige.

³⁰ »Des Ostens gesammelte Verwunderung«, *Die Zeit* vom 16. August 1991.

³¹ Ebd. und T. ZÁHRADNÍČEK, *The Most Popular Actor*, 2014.

16 kurze Reden. Seine längste Rede bestand aus 150 Wörtern, und das waren nicht seine eigenen: Er verlas eine Petition von Künstlern.³²

Die Abgeordneten

Gab es dann überhaupt so etwas wie Selbstinszenierung der Abgeordneten in der Volkskammer? Wie sollte das aussehen, wenn sie behaupteten, Inszenierungen, Show, Theater und dergleichen strikt abzulehnen und, siehe das Beispiel Wolfgang Thierse, authentisch, »nur sie selbst« zu sein? In welchem Maß war ihnen ihre Wirkung bewusst und kalkulierten sie sie ein bei ihren Auftritten vor dem Plenum? Wie wollten sie wahrgenommen werden, und versuchten sie, dieses Bild zu beeinflussen? Durchinszeniert und »im Hinblick auf ihre Wahrnehmung im Medium Fernsehen in Szene gesetzt«³³ waren ihre Parlamentsdebatten mit Sicherheit nicht. Dafür fehlte ihnen zum einen die Erfahrung. Zum anderen widersprach es auch einem über Jahrzehnte eingeübten Verhalten. Lothar de Maizière hat darauf hingewiesen, dass es für Ostdeutsche »eine Form des Überlebens gewesen [sei], sich gerade nicht unbedingt selbst darzustellen.«³⁴ In der Volkskammer unterlagen die Abgeordneten nun aber dennoch permanent dem Verdacht der äußerst negativ konnotierten Selbstdarstellung.³⁵ Die war unter ihnen auch deshalb verpönt, weil es sie immer dem Verdacht aussetzte, nicht die gemeinsame Sache im Sinn zu haben, sondern sich berechnend und täuschend auf Kosten anderer profilieren zu wollen.³⁶ Je länger die Volkskammer existierte, je näher die Wahlen rückten, desto mehr meinten einige Abgeordnete dieses Verhalten an ihren Kollegen beobachten zu können.

So unterstellte beispielsweise ein entrüsteter Rüdiger Fikentscher (SPD) seinem Fraktionskollegen Volker Schemmel solche Motive. Dabei war dieser lediglich, als er am 22. Juli als Berichterstatter des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform die Beschlussempfehlung zum Ländereinführungsgesetz vortrug, – »aus heiterem Himmel«, wie Fikentscher meinte – auf seinen Wahlkreis Altenburg in Thüringen zu sprechen gekommen. Er hatte auf eine Frage Sabine Faches (PDS), ihrerseits aus Altenburg, zu einem Exkurs zu einer Bürgerbefragung in Altenburg über die Zuordnung von Landkreisen angesetzt.³⁷ Für Fikentscher war das reine Wahlkampfwerbung in eigener Sache. Doch eigentlich waren es vor allem Oppositionsangehörige, die überall Schaukämpfe oder Scheingefechte zu Wahlkampfzwecken witterten.³⁸ So missfiel dem Abgeordneten der Vereinigten Linken, Thomas Klein, das was er politischen Darstellungsdruck auf offener Bühne und Drang nach öffentli-

³² Ebd., S. 338 f.

³³ E. FISCHER-LICHTE, Diskurse, 2005, S. 24.

³⁴ »Des Ostens gesammelte Verwunderung«, *Die Zeit* vom 16. August 1991.

³⁵ PV, 5. Tagung am 26. April 1990, S. 125.

³⁶ Jürgen Schwarz (DSU), PV, 5. Tagung am 26. April 1990, S. 125.

³⁷ In den ersten Monaten der Volkskammer wäre so ein Verhalten undenkbar, ja lächerlich gewesen, so Fikentscher, vgl. Interview Fikentscher. PV, 27. Tagung am 22. Juli 1990, S. 1212.

³⁸ Z. B. Hans-Jochen Tschiche, PV 32. Tagung am 24. August 1990, S. 1479 f.

cher Repräsentation der politischen Willensbildung der jeweils eigenen Organisation nannte.³⁹

Doch auch, wenn manche es als Unterstellung abtaten: Der 10. Volkskammer waren Inszenierungen als Mittel zur Selbstdarstellung und der Demonstration politischen Anliegen nicht unbekannt. Reinhard Höppner behauptet sogar, dass es eine ganze Reihe von Debatten gegeben habe, die Selbstdarstellung ganzer Gruppen waren. Und zählt dazu vor allem die mit schöner Regelmäßigkeit wiederkehrenden Anträge der DSU zum »Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zum heutigen Tage«. ⁴⁰ Die Mittel waren vielfältig, dazu zählten der Habitus, Rhetorik, aber auch symbolische Aktionen, nonverbale Zeichen, um sich auch ohne Worte mitzuteilen. Unverzichtbar dafür waren Zuschauer, die Öffentlichkeit, die Anwesenheit der Medien, um zu wirken. Vieles davon war auch extra für die Zuschauer außerhalb des Plenarsaals gedacht, nicht nur für die Kollegen darinnen.

Es begann mit der 9. Tagung am 31. Mai. An diesem Tag verhandelte die Volkskammer ihren »Flaggenstreit«. Die DSU hatte als 5. Tagesordnungspunkt beantragt, das Staatswappen der DDR in und an öffentlichen Gebäuden innerhalb einer Woche entfernen zu lassen.⁴¹ Bereits Mitte Mai hatte Gotthard Voigt für seine Fraktion mit einem Seitenblick auf die anwesenden Kameras erklärt: »Ich kann nicht länger unter diesem Emblem hier stehen und mit diesem Zeichen übertragen werden.«⁴² Ein Auftritt, den Per-René Seeger (DBD/DFD) nicht ohne Grund »theatralisch« nannte.⁴³ Nach ausgiebiger Diskussion – lediglich die SPD verzichtete »großzügig auf einen Redebeitrag zu diesem bedeutenden Thema«⁴⁴, wie Wolfgang Thierse spöttisch bemerkte – wurde der Antrag am 31. Mai mit Mehrheit angenommen. Kritische Stimmen, dass die Erörterung dieses Themas wertvolle Zeit für die Behandlung wichtigerer Dinge stehle und sich dieses Problem außerdem ja ohnehin ganz von alleine lösen werde, kamen nicht nur von Seiten der SPD und der Opposition. Sie gab es auch in der CDU/DA-Fraktion.⁴⁵ Paul Krüger zum Beispiel bedauerte, dass man nichts dagegen tun könne, denn der Antrag sei in der Koalitionsrunde abgesprochen und ordnungsgemäß eingebracht worden. Direkt nach der Abstimmung bemängelte die PDS, dass die nötige Zweidrittelmehrheit für ein verfassungsänderndes Gesetz, wie es die Abschaffung des Hoheitszeichens erfordere, nicht erreicht sei. Die Befürworter argumentierten allerdings, dass es überhaupt nicht darum gehe, das Staatswappen abzuschaffen, sondern nur, es von öffentlichen Gebäuden zu entfernen. Deshalb reiche die einfache Mehrheit aus.

³⁹ Interview Klein.

⁴⁰ Interview Höppner. Die DSU stellte insgesamt drei solcher Anträge.

⁴¹ VK Drs. 28; PV, 9. Tagung am 31. Mai 1990, S. 268.

⁴² PV, 7. Tagung am 17. Mai 1990, S. 178. (Die Seitenzählung des Nachdrucks ist an dieser Stelle falsch!).

⁴³ PV, 9. Tagung am 31. Mai 1990, S. 272. Seeger meinte, es gebe Wichtigeres zu tun, als sich um das Staatswappen zu kümmern.

⁴⁴ PV, 9. Tagung am 31. Mai 1990, S. 273.

⁴⁵ Fraktionssitzung vom 29. Mai 1990, ACDP, TA 07-012 6109.

In dieser Situation erfasste einer der Kameralaute wohl eher durch Zufall, während er Horst Kauffmann von den Liberalen bei einer Wortmeldung im Plenum filmte, mit der linken unteren Ecke seines Bildes die Kante eines Stücks Stoff und begann sich daraufhin näher für dieses Motiv zu interessieren. Schließlich zeigte die Großaufnahme, wie Rainer Börner (PDS) eine DDR-Flagge, denn darum handelte es sich, an seinem Platz entfaltet. Dieter Helm, der amtierende Präsident, bat ihn, das zu unterlassen.⁴⁶ Zumal Reinhard Höppner sich nur wenige Minuten zuvor zu den Zuschauerdemonstrationen im Plenarsaal dementsprechend geäußert hatte (»Ich möchte außerdem, weil ich vorhin gerügt habe, daß Demonstrationen in diesem Hause nicht stattfinden dürfen, darauf hinweisen, daß sich der Blick auf Demonstrationen nicht nur auf die Tribüne bezieht.«⁴⁷)



Abb. 18–21 Rainer Börner (PDS) entfaltet eine DDR-Flagge

Direkt im Anschluss verkündete Helm eine fünfzehnminütige Pause, viele Parlamentarier verließen den Saal. Die Kamera schwenkte nun auf zwei Abgeordnete, die sich für die Aufhängung des Staatswappens an der Kopfseite des Saals interessierten.

⁴⁶ PV, 9. Tagung am 31. Mai 1990, S. 274 sowie: 4:16:40–4:16:56.

⁴⁷ PV, 9. Tagung am 31. Mai 1990, S. 274.

Genau in denselben Zusammenhang gehören die Aufnahmen, die eine Woche später, während der Tagung vom 7. Juni über die Bildschirme flimmerten. Jetzt zeigten die Kameras auf einem der Sitzplätze in den Reihen der PDS zwei übereinander stehende Taschen, auf der oberen war in ganzer Breite die Flagge der DDR zu erkennen, die einer der Abgeordneten der Fraktion ganz offensichtlich mit voller Absicht so abgestellt – oder sollte man vielleicht eher sagen: drapiert – hatte, dass sie gefilmt werden konnte beziehungsweise geradezu gefilmt werden musste.⁴⁸



Abb. 22 Sitzplatz in den Reihen der PDS-Fraktion

Bis kurz vor der 10. Tagung am 1. Juni hatte das riesige goldene Staatswappen der DDR mit Hammer und Zirkel im Ährenkranz die Stirnwand des Plenarsaals geschmückt. Nach Annahme des Antrags der DSU-Fraktion in der 9. Tagung, das Wappen sofort entfernen zu lassen, war es dann noch in der Nacht zum 1. Juni abmontiert worden. Die 10. Tagung war also die erste, die in einem Saal ohne Staatswappen stattfand, die DDR war damit gleichsam vor ihrem eigentlichen Ende im Parlament bildlich ausgelöscht. Die eigentliche Demontage hatte – nach Absprache mit der Präsidentin – bewusst nicht dokumentiert werden sollen. Adolf Niggemeier, der sich als Verwaltungschef der Volkskammer um solche Dinge zu kümmern hatte, erklärte, »er habe kein Interesse daran gehabt, daß diese Demontage vermarktet werde«⁴⁹, weshalb Fotografen im entscheidenden Moment keinen Zutritt zum Plenarsaal erhielten. Hundertprozentig scheint das jedoch nicht funktioniert zu haben, denn es gibt Bilder von diesem Moment.⁵⁰

⁴⁸ 11. Tagung am 7. Juni 1990: 1:32:56–1:33:08.

⁴⁹ Protokoll der Dienstbesprechung vom 1. Juni 1990, BAArch DA 1/18748-71.

⁵⁰ Die Handschrift der SPD, 2000, S. 61.

Doch das DDR-Staatswappen tauchte nach seinem offiziellen Verschwinden an anderen Stellen wieder auf: Gleich in der folgenden Sitzungen war es in Form eines Ansteckers an verschiedenen PDS-Abgeordneten zu sehen: Hans-Jürgen Hahn und Rainer Börner hatten sich jeweils ein sehr auffälliges Exemplar ans Revers geheftet. Einen Tag danach konnte man es außer an Börner unter anderem auch an Christine Ostrowski, Margit Jentsch oder Dagmar Enkelmann bewundern. Am 14. Juni wurde es dann zum Thema eines kleinen verbalen Schlagabtauschs: Peter Stadermann stand an diesem Tag mit dem Anstecker am Jackett am Rednerpult. Die Reaktion aus dem Plenum kam prompt. Willibald Böck (CDU/DA) stellte seinen Kollegen mit den Worten zur Rede:

»Herr Abgeordneter, ich möchte Sie befragen zu einer Aussage, die Sie hier nicht mit Worten, sondern mit einer Haltung gemacht haben. Sie tragen dort demonstrativ ein Symbol, das wir in einer der letzten Beratungen aus diesem Hause verbannt haben.«

Und er fuhr mit der Frage fort, ob Stadermann damit die »alte Ordnung wieder restaurieren« wolle.⁵¹ Dieser war darüber regelrecht erbost und tat so, als versuche Böck mit etwas völlig Nebensächlichem vom eigentlichen Thema der Aktuellen Stunde, der prekären Lage der Handwerker und Gewerbetreibenden in der DDR, abzulenken. Eine Erklärung, was es mit seinem doch recht offensichtlichen Provokationsversuch auf sich habe, blieb er Böck und den anderen allerdings schuldig, er bot lediglich an, diesen Punkt in einem privaten Gespräch zu klären.

Weder Stadermann selbst noch andere Abgeordnete der PDS ließen sich davon beirren. So trat einen Tag nach ihm auch Margit Jentsch mit Staatswappen versehen ans Rednerpult.⁵² Und Eva Maria Förtsch, Rainer Börner, Christine Ostrowski, Petra Albrecht, Dagmar Enkelmann waren bis in den Juli hinein immer wieder damit zu sehen.⁵³ Offensichtlich flaute die Begeisterung dann etwas ab. Am 22. August jedoch, – direkt nach der Abstimmung über das Datum des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik – trat Gregor Gysi wieder mit einem solchen Abzeichen am Revers vor das Plenum, um, unterbrochen vom jubelnden Beifall vor allem der CDU/DA-Abgeordneten, zu beklagen, dass: »[d]as Parlament [...] soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober 1990 beschlossen« habe.⁵⁴ Er hatte es extra für diesen Moment angelegt, denn vor der Abstimmung trug er es noch nicht. Bärbel Kozian stand auch noch am 6. September damit am Pult.⁵⁵

Ruth Fuchs schrieb später explizit, dass die »Symboldemontage« im Plenarsaal sie persönlich mehr getroffen habe als alles andere, weil sie das Wappen über Jahre hinweg mit einigem Stolz auf dem Trikot getragen habe.

⁵¹ PV, 13. Tagung am 14. Juni 1990, S. 423 bzw. 4:16:30.

⁵² 14. Tagung am 15. Juni 1990: 0:35:45.

⁵³ 22. Tagung am 6. Juli 1990: 0:42:39.

⁵⁴ 30. Tagung am 22. August 1990: 2:48:30.

⁵⁵ 34. Tagung am 6. September 1990: 3:49:10–3:56:16.

»Demonstrativ nadelte ich mir ein solches Emblem an die Kostümjacke. Es war bedeutend kleiner als das verschwundene, aber es war damit faktisch weiterhin im Saal, statt an der Wand an meiner Brust und an der vieler anderer Mitglieder unserer Fraktion.«⁵⁶

Und zur feierlichen Abschlussitzung der Volkskammer am 2. Oktober erschienen laut Dagmar Enkelmann die PDS-Abgeordneten – »um Farbe zu bekennen« –, in roter oder rot dominierter Kleidung.⁵⁷ Genauer besehen traf das aber nur für einige wenige Mitglieder der Fraktion wie Enkelmann selbst, Ursula Fischer, Solveig Wegener und, soweit erkennbar als einziger Mann, Ilja Seifert zu. Käte Niederkirchner beispielsweise, die die PDS im Präsidium vertrat, hatte eine schwarz-weiße Kostümjacke angezogen.⁵⁸ Somit fiel die Aktion doch ein wenig zu subtil aus, um wirklich als politische Botschaft bemerkt zu werden. Gregor Gysi bekam allerdings nach seiner Rede von der Fraktion offiziell einen großen Strauß roter Rosen überreicht.⁵⁹

Doch »Flagge zu zeigen« war nicht nur das Ausdrucksmittel enttäuschter DDR-Nostalgiker in der PDS. Der Abgeordnete Lothar Klein beispielsweise war Mitglied der DSU-Fraktion und stammte aus Dresden. Er trat am 20. September während der Aussprache zum »Bericht des Ministerpräsidenten über das Moskauer Treffen der Außenminister zu den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen« mit einer außergewöhnlichen Krawatte vor seine Kollegen: Sie zeigte auf den Landesfarben Grün und Weiß das sächsische Landeswappen.



Abb. 23 Lothar Klein (DSU) am 20. September 1990 in der Volkskammer. Das Abzeichen am Revers ist schlecht zu erkennen, dürfte aber ebenfalls das sächsische Landeswappen sein.

⁵⁶ R. FUCHS, Gott schütze, 1990, S. 42 f. Fuchs war in den sechziger und siebziger Jahren mehrfache DDR-Meisterin, Europameisterin und Olympiasiegerin im Speerwurf.

⁵⁷ N. GLOCKE, Spontaneität, 2012, S. 224.

⁵⁸ Vgl. die Fernsehaufzeichnungen der 38. Tagung am 2. Oktober 1990: 0:03:28, 0:05:55.

⁵⁹ Ebd., 0:32:10–0:32:20.

Auch hier ist der Zeitpunkt von Bedeutung: Ende Juli hatte die Volkskammer mit Wirkung vom 14. Oktober die (Neu-)Bildung der fünf Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen beschlossen und damit die föderalen Strukturen wieder etabliert, die Ende 1952 von der DDR-Führung aufgelöst worden waren. Diese fünf Länder, die erst 1945 auf Anordnung der sowjetischen Militärregierung gebildet worden waren, waren im Zuge der Politik des »Aufbaus des Sozialismus« durch 14 Bezirke ersetzt worden. Damit war versucht worden, im Sinne des »demokratischen Zentralismus« bestehende Strukturen von Parlamentarismus, Föderalismus und Gewaltenteilung, die als überlebte Traditionen aus der Kaiserzeit galten, gründlich zu beseitigen.⁶⁰ Schon vor den Wahlen vom März 1990 war die Forderung nach einer Wiederherstellung der Länder laut geworden. Und in seiner ersten Regierungserklärung hatte der frisch gewählte Ministerpräsident Lothar de Maizière die Länderstruktur »eine der Grundbedingungen für die deutsche Einheit, eine Grundstruktur für Demokratie und eine Bedingung für eine erfolgreiche Umstrukturierung unserer Wirtschaft« genannt.⁶¹

Nicht nur Lothar Klein nahm diese Entwicklung zum Anlass, sich bewusst als sächsischer Abgeordneter zu präsentieren, denn in der Sitzung demonstrierte außer ihm noch der aus Riesa stammende CDU/DA-Abgeordnete Michael Albrecht auf dieselbe auffällige Weise seine Heimatverbundenheit.⁶² Der Auftritt der beiden war schon ein deutliches Anzeichen für den sich immer mehr in den Vordergrund drängenden Wahlkampf. Am 14. Oktober fanden die ersten Landtagswahlen in der DDR statt, Anfang Dezember wurde der erste gesamtdeutsche Bundestag gewählt. Sabine Bergmann-Pohl fand es rückblickend

»bemerkenswert, daß sich schon bald nach Beginn des politischen Wandels ›Landesbewußtheiten‹ zeigten. Obwohl die Länder im Jahre 1952 zerschlagen worden waren, regten sich sehr schnell die Sachsen und die Brandenburger, die Thüringer und die Mecklenburger, die Pommern und die Sachsen-Anhaltiner. Das war meines Erachtens eine gute Ausgangsposition für eine ganz normale föderative Entwicklung in unserer neuen Gesellschaft und unserem Staat.«⁶³

Es ging dabei nicht allein um die beabsichtigte Angleichung an die föderale Struktur der Bundesrepublik, sondern zeigte laut Michael Richter auch, wie tief die Verankerung des Föderalismusgedanken in der Bevölkerung war. Ein Punkt, den auch der Grüne Bernd Reichelt in der ersten Lesung des Ländereinführungsgesetzes hervorhob. Für ihn scheint dieses Phänomen weit weniger erstaunlich gewesen zu sein, als für Bergmann-Pohl, denn er sagte:

»Die DDR konnte trotz 40jähriger Bemühungen der Partei- und Staatsführung eigentlich keine eigene Identität entwickeln. Das Zugehörigkeitsgefühl zu den Ländern im geschicht-

⁶⁰ Vgl. H. MIELKE, *Die Auflösung*, 1995.

⁶¹ PV, 3. Tagung am 19. April 1990, S. 49.

⁶² PV, 36. Tagung am 20. September 1990, S. 1767 f. bzw. 520:00–525:55. M. RICHTER, *Sachsen*, 2004.

⁶³ S. BERGMANN-POHL, *Die frei gewählte Volkskammer*, 2000, S. 61.

lichen und im kulturellen Zusammenhang ist im wesentlichen geblieben. Das spüren wir gerade, wenn die Emotion zur Länderbildung in der Bevölkerung jetzt hochkommt. Wir waren in diesem Hause nicht einzig über den Weg der Aufgabe der Souveränität der DDR, aber ich glaube, in der Länderbildung gibt es einen Konsens. Die Länder werden der Bezugsrahmen der Bürger der DDR in der Zukunft sein, wenn es die DDR nicht mehr gibt.«⁶⁴

In der Tat scheint es kaum in einer anderen Frage einen so breiten Konsens aller politischen Kräfte gegeben zu haben wie in dieser.⁶⁵

Somit war das Zur-Schau-Stellen der neuen regionalen Identität, wie sie mit dem Tragen der Sachsen-Krawatte zum Ausdruck kam, zum einen als ein klares politisches Statement gegen die zentralistisch organisierte DDR und für die föderale Neuordnung zu verstehen. Es war aber auch Zeichen einer nie ganz verschwundenen Identifikation mit der Region, in der man lebte, und bei den sächsischen Abgeordneten war diese Identifikation möglicherweise stärker als bei anderen. Von Abgeordneten aus dem künftigen Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg beispielsweise trat nämlich niemand in solch auffälliger Weise hervor. Im Übrigen waren beide, Klein wie Albrecht, mit ihrer Begeisterung für alles Sächsisches nicht alleine, es handelte sich wirklich um ein fraktionsübergreifendes Phänomen. Während Kleins Fraktionskollege Norbert Koch, der sächsische Landesvorsitzende der DSU, am 21. Juni im Plenum die erste Strophe des Sachsenlieds von Maximilian Hallbauer aus dem Jahr 1842 zitierte:

»Gott sei mit dir, mein Sachsenland,
blüh' frei und fröhlich fort!
Ein frommes Herz und fleiß'ge Hand,
das sei dein Losungswort!
Hell leuchte deiner Tugend Glanz,
du edle Perl' im deutschen Land! [*eigentlich »Kranz«, d. Verf.*]
Glück auf, mein Sachsenland!«

(die Aufforderung »Singen!« ignorierte er)⁶⁶, trat Christine Ostrowski (PDS) am 6. Juli »als äußeres Zeichen meiner Verbundenheit mit der zukünftigen Landeshauptstadt Sachsens« eigens schwarz-gelb gekleidet ans Rednerpult.⁶⁷

Was die hier geschilderten Fälle eint, ungeachtet der unterschiedlichen Botschaften, die damit vermittelt werden sollten, war das Medium, das die Abgeordneten dafür wählten. Eigneten sich doch gerade Wappen und Flaggen hervorragend für symbolische Aktionen jedweder Art. Einfacher, nachdrücklicher und einprägsamer konnte man kaum versinnbildlichen, wie man zur DDR stand. Gleichgültig, zu welchem Thema der jeweilige Redner sprach und wie überzeugend er das tat, diese

⁶⁴ PV, 17. Tagung am 22. Juni 1990, S. 670. Vgl. auch M. RICHTER, Entstehung der neuen Bundesländer, 2007, DERS., Föderalisierung, 2007, S. 57.

⁶⁵ Vgl. Ebd. u. DERS., Grundzüge, 2002.

⁶⁶ PV, 16. Tagung am 21. Juni 1990, S. 583. Koch wurde später u. a. auch Vorsitzender des Geschichtsvereins Erster Sachsenbund zu Dresden e. V.

⁶⁷ PV, 22. Tagung am 6. Juli 1990, S. 936. Die Fernsehübertragung bricht vorher ab.

zweite, visuelle Information war eindeutig und immer präsent. Dazu bedurfte es keiner Worte.

Abzeichen zu tragen, um die politische Gesinnung oder die Zugehörigkeit zu verschiedensten Organisationen, Gruppierungen oder Parteien zu demonstrieren, war in der DDR gang und gäbe. Der dort vorhandene Vorrat an Anstecknadeln und Medaillen war geradezu unerschöpflich.⁶⁸ Auffällig ist nur, dass sie auch in der 10. Volkskammer, also quasi unter geänderten politischen Vorzeichen, ein willkommenes Mittel der nonverbalen Kommunikation, des stummen Protests oder auch des Identitätsausweises blieben. In Anbetracht der Tatsache, dass es vor allem die Abgeordneten der PDS waren, die davon Gebrauch machten, kann man wohl eher sagen, dass die geänderten politischen Vorzeichen gerade der Grund dafür waren, dass sie benutzt wurden. Es hatte aber wohl vor allem auch praktische Gründe: Am Revers getragene Nadeln oder Embleme waren einfach zu handhaben, quasi immer sichtbar, auch wenn der Träger saß oder hinter dem Rednerpult stand, und vor allem nicht verboten; zumindest scheint niemand an ihnen Anstoß genommen zu haben.

Außer diesen, stark auf Außenwirkung zielenden Aktionen gab es im Zusammenhang mit dem hier behandelten Thema in der Volkskammer ein weiteres interessantes Phänomen zu beobachten. Während die bislang geschilderten Beispiele alle im Kontext des Streits um das abgehängte Staatswappen und der Ausbildung bzw. Beibehaltung regionaler und nationaler Identität zu sehen sind, geht es beim für ein Parlament ungewöhnlichen Erscheinungsbild einiger Abgeordneter um etwas anderes: Fünf Mitglieder der Volkskammer (aus unterschiedlichen Fraktionen) waren von Beruf Forstbeamte und zumindest drei von ihnen saßen regelmäßig in entsprechender Uniform im Plenarsaal.⁶⁹ Ein Umstand, der auch einigen Zeitungsjournalisten auffiel.⁷⁰

⁶⁸ Die Zahlen gehen wohl in die Tausende. Vgl. den zehnbändigen, im Eigenverlag von Frank Bartel herausgegebenen Spezialkatalog der staatlichen Auszeichnungen, Auszeichnungen gesellschaftlicher Organisationen, der Parteien etc. Von ihm stammt auch der Hinweis, um welches Abzeichen es sich auf dem Foto Stadermanns genau handelt.

⁶⁹ Neben Angela Kummert (PDS), Bertram Hönicke (CDU/DA) und Renate Schneider (DSU) waren das Gert Wunderlich (CDU/DA) und Dr. Günter Kilius (SPD). Renate Schneider wechselte später zur Zivilkleidung.

⁷⁰ »Neuer Geist im alten Haus«, *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 6. April 1990, der Angela Kummert erwähnt, sowie »Lediglich Luise Morgenstern von der SPD gibt als Beruf ›Hausfrau‹ an«, *Die Welt* vom 26. Mai 1990. Detlev Ahlers bezeichnete darin wiederum Angela Kummert als »weiter[en] optische[n] Glanzpunkt der Kammer« und »einzige konsequente Uniformträgerin des Hauses«.



Abb. 24 Dipl.-Forstingenieurin Renate Schneider (DSU)



Abb. 25 In der Mitte des Bildes: Revierförster Bertram Hönicke (CDU/DA)



Abb. 26 Oberförsterin Angela Kummert (PDS)

Darüber hinaus gab es mit Klaus Domke von der CDU-Fraktion einen weiteren Abgeordneten, der vor allem durch seine Berufskleidung auffiel: Er trug als evangelischer Pfarrer Kollar, den typischen schmalen weißen ringförmigen Kragen der Kleriker zu schwarzem Hemd.



Abb. 27 Klaus Domke (CDU)

Die Frage, die sich angesichts dieser Bilder stellt, ist natürlich, welche Vorstellung von Repräsentation zugrunde liegt, wenn Abgeordnete sich als Vertreter eines Landes, einer Region oder eines Berufes darstellen und nicht in erster Linie als Parlamentarier. Sicherlich wirkte bei denjenigen, die in Berufskleidung ins Parlament kamen, noch zum Teil die alte Vorstellung vom ehrenamtlichen Abgeordneten nach, wie sie für vier Jahrzehnte in der DDR gegolten hatte. Das Zeigen der aus der Volkskammer verbannten DDR-Fahne hingegen ist eindeutig als politischer Protest zu werten. Und stellt damit genauso einen Identitätsausweis dar wie die vor allem bei den in der Volkskammer vertretenen Sachsen so beliebten alt/neuen Landesfarben- und wappen.

Noch eine weitere Variante der Inszenierung im Parlament muss an dieser Stelle erwähnt werden. Sie war nicht unbedingt auf die Anwesenheit der Kameras, aber auf jeden Fall auf die der Mikrophone angewiesen, um potentielle Adressaten und das heißt hier ebenfalls wieder Wähler zu erreichen. Denn in diesem Fall ging es um die Inszenierung durch Sprache. Mehrere Volkskammerabgeordnete kamen aus der sächsischen Lausitz und gehörten der dort lebenden sorbischen Minderheit an.⁷¹ Die Verfassung der DDR von 1974 hatte in Artikel 40 den »Bürgern sorbischer Nationalität« das »Recht zur Pflege ihrer Muttersprache und Kultur« garantiert. Wenngleich die Sorben und ihre Interessen in der DDR von der Staatsführung instrumentalisiert wurden, hatten sie dennoch über gewisse Sonderrechte verfügt. Beispielsweise entsandten die Sorben eigene Vertreter in die Volkskammer. Durch den deutsch-deutschen Einigungsprozess fürchteten die Sorben diese verbrieften Rechte nun zu verlieren, d.h. beispielsweise keine eigenen Zeitungen mehr herausgeben und ihre Sprache pflegen zu können. Schon in der Fraktionssitzung vom 15. Mai vermisste Maria Michalk (CDU/DA) eine Erklärung der Volkskammer zur Situation der Sorben im Land. »Ihre Leute« hätten darauf gewartet und in den Medien sei nichts erwähnt worden. So merkten die Leute nicht, was hier für sie getan werde.⁷²

Mit einigen wenigen Sätzen auf Sorbisch versuchten deshalb diese Abgeordneten sich in der Tagung vom 12. Juli, als in erster Lesung das »Gesetz zum Schutz und zur Förderung des sorbischen Volkes« behandelt wurde, das den Status bzw. die Rechte dieser ethnischen Minderheit im künftigen gemeinsamen Staat klären sollte, als deren Interessenvertreter zu profilieren.⁷³

Reden

Selbstverständlich ist generell die Art und Weise, wie im Plenum gesprochen wird, also kurz: die Rhetorik, ein wesentlicher Bestandteil parlamentarischer Inszenierung, nicht nur, wenn es, wie im Fall der sorbischen Abgeordneten, um eine besondere

⁷¹ Jurij Groß (PDS), Georg Zschornack (DBD/DFD), Stanislaw Tillich und Maria Michalk (beide CDU/DA).

⁷² Fraktionssitzung am 15. Mai 1990, ACDP, TA 07-012 6107.

⁷³ Vgl. dazu die Beiträge von Jurij Groß (PDS), Georg Zschornack (DBD/DFD) und Maria Michalk (CDU/DA), PV, 23. Tagung am 12. Juli, S. 986–992.

Sprache geht.⁷⁴ Einen besonderen Status haben in diesem Zusammenhang die parlamentarischen Jungferreden, die als ein Beispiel für *rites of institution* gelten.⁷⁵ Dieser Begriff impliziert, dass es eine kleinere Anzahl von Neulingen gibt, die in einen Kreis von Erfahrenen, Arrivierten aufgenommen werden und sich mit diesem Aufnahme-ritual bewähren müssen, um von nun an als vollwertiges Mitglied zur Gemeinschaft dazuzugehören. Für das Parlament bedeutet das, dass der Abgeordnete erst dadurch als solcher sichtbar, erst wirklich zum Abgeordneten wird. In der 10. Volkskammer gab es anfangs aber nur Jungferreden. Sie erlebte sozusagen einen kollektiven Einsetzungsritus, weil alle Abgeordnete Neulinge waren. Das ist ihren Reden auch deutlich anzumerken. Zu Beginn dominierte der Typ der Referate, so dass die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* noch eine Woche nach der konstituierenden Sitzung titelte: »Die Volkskammer muss mühsam das Sprechen wieder lernen.«⁷⁶ In den ersten Tagungen war allen Beteiligten anzumerken, wie ungewohnt die Situation für sie war. Aber auch zu diesem frühen Zeitpunkt waren schon Unterschiede zu erkennen: Redner, die geradezu quälend langsam und in einschläfernder Diktion ihre vorbereiteten Texte herunterlasen, während andere, wie zum Beispiel Thomas von Ryssel (Die Liberalen) oder Hans-Jochen Tschiche (Bündnis 90/Grüne) ohne Vorlage brillant zu reden verstanden.

Doch nicht nur das persönliche Talent war ausschlaggebend. Es gab ganze Berufsgruppen, die in rhetorischer Hinsicht einen Vorteil vor den anderen Volkskammermitgliedern hatten. Etwas polemisch könnte man das Rotteck/Welckersche Staats-Lexikon zitieren:

»Treten Geistliche in einer parlamentarischen Versammlung auf, so wird es sie meistens Mühe kosten, den eigenthümlichen Ton und selbst die besondere Art der Kanzelvorträge abzulegen; der größten Zahl von ihnen wird dies nie vollkommen gelingen.«⁷⁷

In der Tat erkannte man auch in der Volkskammer die Pfarrer oder theologisch Geschulten zumeist an der Art, wie sie sprachen. Es fanden sich unter ihnen aber auch die rhetorisch überzeugendsten Abgeordneten, einfach weil sie es in der Regel gewöhnt waren, vor Publikum zu sprechen. Hans-Jochen Tschiche, der grundsätzlich frei sprach, ist dafür ein Beispiel. Wolfgang Ullmann, Joachim Gauck, Richard Schröder, aber auch ein Mann wie Reinhard Höppner, der zwar selbst kein Pfarrer war, aber in einem von der Kirche geprägten Umfeld lebte, gehörten dazu. Die zweite Gruppe von Abgeordneten, die von Berufs wegen Übung darin hatte, öffentlich zu reden und deshalb von Beginn an rhetorisch überzeugen konnte, waren die Juristen: als Beispiele wären Lothar de Maizière (CDU), Gregor Gysi oder auch Uwe-Jens Heuer (beide PDS) zu nennen. Erwähnt werden müssen auch noch Wolfgang Thierse (Germanist) oder Werner Schulz, der, einmal auf seine rhetorischen Fähigkeiten angesprochen, sagte, dass er offensichtlich schon seit seiner Kindheit »eine Neigung zum Reden«

⁷⁴ Zur Geschichte vgl. u. a. A. SCHULZ, *Volksredner*, 2012.

⁷⁵ Vgl. P. BOURDIEU, *Language and symbolic power*, 1991.

⁷⁶ *FAZ* vom 14. April 1990.

⁷⁷ G. F. KOLB, *Redekunst*, 1865, S. 357.

gehabt habe.⁷⁸ Und der dieses Talent später in der Oppositionsarbeit ausbaute, »mit öffentlichen Veranstaltungen im Gemeindehaus und in der Kirche. Dabei lernten wir auch das freie Reden vor Publikum.«⁷⁹

Das Manko, aus einer Gesellschaft weitgehend ohne politische Öffentlichkeit, das heißt eben auch ohne freie Rede zu kommen, war den Beteiligten natürlich bewusst. Und sie hatten selbstverständlich ein Gespür für die sehr unterschiedliche Qualität der Redebeiträge in der Volkskammer. Stephan Hilsberg (SPD) bedauerte beispielsweise, dass das erste Auftreten Sabine Bergmann-Pohls nach ihrer Wahl zur Präsidentin der Kammer zwar »sehr, sehr menschlich« gewesen sei, auf der anderen Seite aber eine ein wenig bessere Rhetorik dem Anlass angemessener gewesen wäre.⁸⁰ Daraus sprach nicht nur die Enttäuschung, den eigenen Kandidaten, den er natürlich für geeigneter hielt, nicht auf diesen Posten gebracht zu haben.

Zu wissen, dass man unter permanenter Beobachtung stand, tat ein Übriges, um stärker auf die Wirkung des eigenen Auftritts zu achten. Dementsprechend suchten die Fraktionen oder die einzelnen Abgeordneten selbst nach Mitteln, um Fehler zu vermeiden. Die PDS hatte in ihrer Klausurberatung zu Beginn der Legislaturperiode eigens eine Diskussionsrunde mit einem Psychologen eingeplant, der die Videos der 6. Volkskammertagung »unter psychologischen Aspekten des Auftretens der Mitglieder der PDS-Fraktion« auswerten sollte.⁸¹ Und auch für die Grünen war so etwas zumindest eine Überlegung wert. Jens Reich vermisste eine »gute Manöverkritik nach Plenumauftritten; man müßte das Video ansehen; wir brauchen wohl auch einen unabhängigen Beobachter (Interviewtrainer o. ä.), der sich nicht scheut, harte Urteile abzugeben, wenn ein Flop da war.«⁸² Bei den Liberalen findet sich im Protokoll der Fraktionssitzung vom 26. Juni als Tagesordnungspunkt 9 der Hinweis auf ein vom 2. bis 5. August 1990 in Braunschweig stattfindendes Rhetorikseminar.⁸³ Und in den Unterlagen Gunter Weißgerbers (SPD) schließlich ist das detaillierte Programm eines dreitägigen Rhetorikseminars im März 1990 enthalten, das »Dimensionen der Verständlichkeit« ebenso behandelte wie richtiges Atmen und Körperhaltung oder den Aufbau einer Kurzrede.⁸⁴

Ein einziges Mal war die Art des Vortrags Anlass für einen Zwischenruf: »Vorlesen: Note 1!« erschalle aus den Reihen der CDU/DA-Fraktion als Reaktion auf die Rede Bärbel Kozians (PDS) in der ersten Lesung des »Gesetzes über die Schiedsstellen in den Gemeinden.«⁸⁵ Dessen Ironie bleibt jedem völlig verborgen, eigentlich

⁷⁸ »Gegen Windmühlen reden«, *FAZ* vom 30. Dezember 2014.

⁷⁹ S. REKER, *Der Deutsche Bundestag*, 1999, S. 376.

⁸⁰ <http://dbtg.tv/cvid/539534>.

⁸¹ »Konzeption zum Ablauf der Klausurberatung vom 25.–26. Mai 1990 im Erholungsobjekt Üdersee«, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 243.

⁸² Jens Reich, »An die Abgeordneten des Neuen Forum in der Fraktion Bündnis 90/Grüne«, ohne Datum, AGG, B.III.1.8.

⁸³ ADL, LI-27, Bl. 6.

⁸⁴ AdsD, 1/GWAG000002.

⁸⁵ PV, 34. Tagung am 6. September 1990, S. 1592.

ist er sogar komplett unverständlich, der Kozians Beitrag nicht auch gleichzeitig hört und sieht, denn nur dann ist zu erkennen, dass sie mit gesenktem Kopf in größter Monotonie und ohne Punkt und Komma durch ihren Text rattert.⁸⁶

Doch das war harmlos, verglichen mit dem, was den Liberalen am 20. April widerfuhr. Das Beispiel aus den Anfangswochen der Volkskammer zeigt, wie schmerzhaft der parlamentarische Lernprozess für einzelne Abgeordnete und ihre Fraktion sein konnte. Vor allem die kleinen Parteien hatten damit zu kämpfen, dass das Reservoir an Personen, die ihre Sache im Plenum überzeugend vertreten konnten, sehr überschaubar war und misslungene Auftritte deshalb noch stärker negativ zu Buche schlugen als bei den größeren. Gerade zu Beginn konnten die Fraktionen aber schlicht noch nicht wissen, ob diejenigen, die für sie im Plenarsaal ans Rednerpult traten, ihrer Aufgabe wirklich gewachsen waren. Solange man mangels Erfahrung und Informationen die Stärken und Schwächen der eigenen Mitglieder nicht einschätzen konnte, war man auf Vermutungen und einen gehörigen Vertrauensvorschuss angewiesen. Das bot natürlich keine Garantie für das Gelingen der Operation und barg immer ein gewisses Risiko. So verleiteten bestimmte Prämissen manchmal zu Schlussfolgerungen, die sich später als falsch herausstellten. Dass man mit der Annahme, Pfarrer seien grundsätzlich gute Redner, auch fürchterlich schief liegen konnte, mussten die Liberalen am 20. April 1990 erfahren.

An diesem Tag ging in der Aussprache zur Regierungserklärung Helmut Krause als zweiter Redner für die Freidemokraten ans Pult. Zuvor hatten bereits die Fraktionsvorsitzenden jeweils 15 Minuten lang Gelegenheit gehabt, den Standpunkt ihrer Fraktionen darzulegen. Krause, ein Pfarrer aus Thüringen, begann in der Tat in sehr pastoralem Duktus, langsam, mit langen Pausen. Es folgten sechs wahrhaft quälende Minuten einer Rede, bei der nie richtig klar wurde, um was es ging. Krause blieb unkonkret, verhedderte sich in unglücklich gewählten Metaphern und unpräzisen Formulierungen. Es war schnell offensichtlich, dass sich hier jemand um Kopf und Kragen redete. Seine Fraktion war ihm in diesem Moment keine Hilfe. Die Liberalen verharren regungslos auf ihren Sitzen und verweigerten jegliche Unterstützung, obwohl er auf ihren Beistand dringend angewiesen gewesen wäre. Sie reagierten nicht auf Pausen, in denen sie eigentlich Beifall hätten klatschen können bzw. müssen, sondern ließen ihren Kollegen in dieser heiklen Situation hängen, was seine Unsicherheit umso größer werden ließ. Das Zusammenspiel zwischen ihm und seiner Mannschaft funktionierte nicht. Nach fünf Minuten wurde er zum ersten Mal mit Reinhard Höppners afrikanischem Holzglöckchen daran erinnert, dass sich seine Redezeit dem Ende zuneigte, eine Minute später kam dann die offizielle Metallglocke zum Einsatz. Als Krause schließlich auch noch den Fehler beging, auf Zwischenrufe aus dem Plenum einzugehen, verlor er völlig den Faden. Die Rede endete in schallendem Gelächter der Abgeordneten.

⁸⁶ 34. Tagung am 6. September 1990: 3:49:10–3:56:16.

Was seinen Auftritt aber vollends zum Debakel werden ließ, waren die dazu gezeigten Fernsehbilder, die man nicht anders als diffamierend oder desavouierend bezeichnen kann:⁸⁷ Der Beginn war noch so, wie eigentlich immer, wenn Abgeordnete am Pult standen: Die ersten drei Minuten verharrte die Kamera auf dem Redner.



Abb. 28

Doch kurz vor Beginn der vierten Minute begann sie, sich andere Motive zu suchen, denn im Saal kam Unruhe auf. Zuerst schwenkte sie für sieben Sekunden auf einen offensichtlich nicht zuhörenden, weil Texte lesenden Abgeordneten.



Abb. 29

⁸⁷ 4. Tagung am 20. April 1990, 3:14:00–3:20:00.

Dann kam für knapp 15 Sekunden Joachim Gauck (Bündnis 90/Grüne) ins Bild, der Krause für alle hörbar die Frage: »Worum geht es?« stellte. In der nächsten Einstellung blieb der Blick der Kamera an Krauses Fraktionsvorsitzendem Rainer Ortleb hängen, der mit versteinerten Miene den Ausführungen seines Parteikollegen zuhörte, dessen Blick aber deutlich anzumerken war, dass er innerlich kochte.



Abb. 30

Von nun an war Krause fast nur noch zu hören, das Bild beherrschten andere: Der nächste Schnitt zeigte erst einen Zeitung lesenden Abgeordneten, dann folgte die Kamera den beiden PDS-Abgeordneten Martina Schönebeck und Petra Albrecht, die demonstrativ kopfschüttelnd den Saal verließen,



Abb. 31

um weiter auf Wolfgang Ullmann zu schwenken, der mit vor Lachen rotem Kopf am Präsidiumstisch saß,



Abb. 32

dann weiter auf einen erst mitleidig und eher zögernd lächelnden, später in das allgemeine Lachen einfallenden Günther Maleuda.



Abb. 33

Schließlich zog die Kamera in die Totale und zeigte das allgemeine Lachen im Saal (die einzigen, die erkennbar und verständlicherweise nicht einstimmte, war die FDP-

Fraktion), ging wieder zurück in Nahaufnahme auf einen Tränen lachenden Wirtschaftsminister Gerhard Pohl,



Abb. 34

dann zurück auf den immer noch laut lachenden Wolfgang Ullmann.



Abb. 35

Zu guter Letzt zeigte sie den Sozialdemokraten Frank Heltzig, auch er lauthals lachend.



Abb. 36

All das war akustisch untermalt von der zunehmenden Unruhe im Saal und der vom Vorsitzenden geläuteten Glocke. Das Protokoll hingegen vermerkt lediglich »Unmut«, »Bewegung« und »Heiterkeit«, was die Situation nicht annähernd adäquat wiederzugeben vermag.⁸⁸

Parteiintern hatte der verpatzte Auftritt ein Nachspiel. In der Vorstandssitzung desselben Tages übte Parteivize Wolf-Rainer Cario Manöverkritik. Er habe zweieinhalb Stunden im Autoradio die Volkskammersitzung verfolgt und müsse zugeben, dass der Einstand sehr gut gewesen sei. Doch damit bezog er sich lediglich auf den Anfang der Debatte, den Beitrag Rainer Ortlebs als Fraktionsvorsitzenden zur Regierungserklärung. Cario fuhr nämlich fort:

»Umso schlimmer war dann nachher der Einbruch [...], der schlimmste Beitrag den es heute gab, kam aus der liberalen Fraktion von einem Herrn Krause und das hat wehgetan, wenn ein Abgeordneter der Liberalen ausgelacht wird.«

Es folgte eine eindringliche Bitte:

»Wir können als Parteivorstand dort nicht reinregieren [gemeint ist die Fraktion, d. V.], aber daß man sich doch so abstimmt, daß man sagt, der kann reden, der ist intelligent genug, um das wirklich auch locker zu bringen. Es ist peinlich, wenn eine Partei, die schon so klein ist, so klein vertreten ist, wie unsere in diesem Parlament, daß die dann noch ausgelacht wird, weil sie offensichtlich einen nicht zur Rede Fähigen ans Rednerpult geschickt hat.«⁸⁹

Ortleb unternahm im Anschluss eher halbherzig den Versuch einer Rechtfertigung: Er musste zugeben, dass es »nicht sonderlich gut« gewirkt habe, was auf den Bildschirmen zu sehen gewesen sei. Man habe aber immer das Problem, »wenn man erst eine gute Nummer geboten hat [gemeint war wohl sein eigener Auftritt] und die

⁸⁸ PV, 4. Tagung am 20. April 1990, S. 90.

⁸⁹ 4. Sitzung Parteivorstand, 20. April 1990, ADL, LI-16, Bl. 44.

schlechte Nummer kommt hinterher, dann ist die gute Nummer auch nur noch die Hälfte wert.«⁹⁰

Doch weil Krause schließlich Theologe sei und Predigten halten könne, hatten sie eigentlich gehofft, »daß das Reden nicht ganz das Problem sein müßte.«⁹¹ Die Hoffnung hatte getrogen. Krause selbst sprach von einer Art *Blackout*, den er im Plenum hatte. Doch die Fraktionsführung hatte aus diesem Vormittag zumindest die Erkenntnis gewonnen, dass die Redebeiträge kontrolliert werden mussten, von nun an musste der Fraktionsvorsitzende jeweils seine Zustimmung erteilen. Warum die Fraktion in diesem Fall noch nicht so vorgegangen war, sagte Ortleb auch: Für die Praxis, solche Dinge im Voraus festzulegen, seien ja gerade die alten Blockparteien verschrien gewesen, und diese Art der Bevormundung habe man eigentlich beenden wollen. Aber es brauche wohl Zeit herauszufinden, »wer aus dem Handgelenk reden kann und wer nicht und wie er eben auftritt und wie er reagieren kann.«⁹² Dieser Lernprozess sei zwar schmerzhaft (»wie man das Kind mit der Hand mal an die heiße Ofenplatte halten muß«), aber unerlässlich. »Also haben wir zwar verloren, aber doch gewonnen.«⁹³ Er hoffte in Zukunft auf die Unterstützung des Parteivorstands, der »harte Kritik« liefern solle, »wenn wir jämmerlich in der Volkskammer ausgesehen haben.«⁹⁴ Helmut Krause jedenfalls hat nach dem 20. April nicht mehr für seine Fraktion im Plenum gesprochen.⁹⁵

Die Liberalen wurden noch ein weiteres Mal Opfer des Gespöts ihrer Kollegen. Doch das war eher ein harmloser Scherz. Das Bündnis aus BFD (seinerseits ein Zusammenschluss von F.D.P. der DDR, LDPD und Deutsche Forumpartei) und NDPD hatte bis zum August unter dem Namen »Bund Freier Demokraten – Die Liberalen« firmiert, schloss sich aber auf seinem Parteitag am 11. August 1990 der bundesdeutschen »F.D.P.«⁹⁶ an und trat vom 12. August an in der Volkskammer unter dem Namen »F.D.P.-Fraktion in der Volkskammer« auf. Hanns-Ulrich Meisel (Bündnis 90/Grüne) ließ es sich nicht nehmen, am 24. August auf diesen Umstand hinzuweisen und nahm es lediglich ganz wörtlich, als er den Namen »F Punkt D Punkt P Punkt« ausbuchstabierte und damit Gelächter erntete. Beides, die konkrete Formulierung wie das anschließende Lachen im Plenum, ist dem Stenographischen Bericht nicht zu entnehmen. Dort steht zwar korrekt »F.D.P.«, was aber nicht deutlich werden lässt, dass Meisel die Interpunktion mitsprach.⁹⁷

⁹⁰ Ebd., Bl. 42.

⁹¹ Ebd., Bl. 48.

⁹² Ebd., Bl. 42.

⁹³ Ebd., Bl. 48.

⁹⁴ Ebd., Bl. 42. Vor diesem Hintergrund ist auch der oben erwähnte Hinweis auf das Rhetorikseminar zu sehen.

⁹⁵ Krause war Mitglied des Petitionsausschusses sowie des Ausschusses für Jugend und Sport.

⁹⁶ Die westdeutsche FDP beschloss Ende 1968, ihrer Abkürzung Punkte hinzuzufügen, verzichtete von 2001 an aber wieder darauf, weil die Verwendung des Parteikürzels in dieser Form nicht internettauglich war. Vgl. »Von der F.D.P. zur FDP«, *Spiegel online*, 6. Mai 2001. [12.12.2014]

⁹⁷ PV, 32. Tagung am 24. August 1990, S. 1467.

Krauses Beispiel demonstriert, neben der Bedeutung, die die Rhetorik für einen gelungenen Auftritt im Plenum hatte, gleich mehrere Dinge: In diesem frühen Stadium der Arbeit der Volkskammer hatten es alle Beteiligten weitgehend mit Unbekannten zu tun (bezeichnend war schon die von Wolf-Rainer Cario gewählte Formulierung »... von einem Herrn Krause« für seinen Parteikollegen), da waren Fehlentscheidungen kaum zu vermeiden. Nur waren sie in diesem Fall eben sehr deutlich geworden. Und nicht jeder Pfarrer ist gleichzeitig ein mitreißender politischer Redner, auch wenn man bei ihnen durchaus eine gewisse Übung im Sprechen vor Publikum voraussetzen kann. Vor allem aber zeigt die Szene, welche fatalen Auswirkungen auf den Gesamteindruck es haben konnte, dass sich die Kameraleute einfach für sie lohnende Motive suchten und sie in einer bestimmten Abfolge zusammenstellten. An dieser Stelle sei noch einmal in Erinnerung gerufen, dass das Britische Unterhaus in seinen *Rules of Coverage* genau solche Aufnahmen strikt verboten hat, was der gezeigten Situation zwar einiges von seiner Dynamik nimmt, aber auch ausschließt, dass Abgeordnete regelrecht bloßgestellt werden.⁹⁸

Souveräne rhetorische Beiträge hingegen wurden nicht nur geschätzt oder bewundert, sie konnten auch einschüchternd wirken, wie der Diplom-Ingenieur Dieter Fröncke (CDU/DA) bekannte, als er am 28. September ans Pult trat: »[N]ach einem Akademiker zu sprechen, wenn man sich auf eine Rede nicht vorbereitet hat und unter diesen bedrückenden Aspekten, ist nicht leicht.«⁹⁹ Vor ihm hatte Jochen Steinecke (F.D.P.) gesprochen und zugegeben, Kontakte zur Staatssicherheit gehabt zu haben. Der allerdings wunderte sich selbst ein wenig darüber, wie rasch er sich daran gewöhnt hatte, vor einem größeren Publikum zu sprechen.¹⁰⁰

Das Präsidium

Inszenierungen, bewusste wie unbewusste, fanden also in der Volkskammer auf allen Ebenen statt. Bei einer bestimmten Gruppe von Parlamentariern jedoch wird ein gewisses Maß an Inszenierung sogar vorausgesetzt: den Mitgliedern des Präsidiums und insbesondere dem Parlamentspräsidenten bzw. im Fall der 10. Volkskammer der Parlamentspräsidentin.

Der Parlamentspräsident fungiert als Zeremonienmeister der Plenarsitzungen. Zu meist erhöht und zentral sitzend dirigiert er ihren Ablauf, erteilt oder entzieht das Rederecht, greift ein, schlichtet, wenn nötig, rügt oder verweist im Extremfall des Saales, er kontrolliert, gestützt auf die Geschäftsordnung, das Geschehen. Zu seiner Rolle gehört es, souverän zu sein. Von ihm erwarten alle die Beherrschung des Reglements. Dementsprechend ist seine Verunsicherung nicht vorgesehen. In dem Moment, in dem etwas schiefläuft, in dem er oder sie der Situation nicht mehr Herr wird, wird diese Illusion zerstört. Richard Schröder (SPD) umschrieb das Dilemma

⁹⁸ Vgl. Kapitel 1, Imageprobleme.

⁹⁹ PV, 37. Tagung am 28. September 1990, S. 1839.

¹⁰⁰ Interview Steinecke.

des Volkskammerpräsidiums so: »Das Hauptproblem war auch gar nicht so sehr die Frage, nach welchen Regeln verfahren wird, sondern wer dafür sorgen kann, dass nach Regeln verfahren wird.«¹⁰¹ Die Abgeordneten hätten kein Sensorium dafür gehabt, dass es sich hier um eine Frage des Könnens handele, »es war ihnen nicht bewusst, dass es einer bestimmten Übung bedarf, um eine – egal welche – Geschäftsordnung zu praktizieren.«¹⁰²

Die 10. Volkskammer war ein Parlament, in dem gerade zu Anfang viel improvisiert werden musste. Im Gegensatz zu ihrer Vorgängerinstitution, deren völlig erstarrte und ritualisierte Abläufe komplett durchinszeniert und vorhersehbar waren.¹⁰³ In der 10. Volkskammer gab es auf einmal viele unterschiedliche Akteure, die jeweils eigene Ziele verfolgten. Das Präsidium versuchte mit Hilfe eines Drehbuchs, die Sitzungen unter Kontrolle zu halten, was in dem Moment nicht mehr funktionierte, in dem die anderen versuchten, ihren Interessen zum Durchbruch zu verhelfen.

Das Wort Drehbuch ist dabei durchaus wörtlich zu nehmen: Die Verwaltung der Volkskammer hatte dem Präsidium für die einzelnen Tagungen regelrechte Drehbücher, sogenannte Leitfäden, geschrieben, in denen von der Begrüßung der Vertreter des Diplomatischen Corps bis zum Dank an die jeweiligen Redner Wort für Wort der Fortgang der Tagung festgelegt war und an denen sich der oder die Vorsitzende nur entlangzuhangeln brauchte.¹⁰⁴ Das war noch ein Überbleibsel der alten Volkskammer.¹⁰⁵ Diese Leitfäden verschafften dem Präsidium eine gewisse Sicherheit, was den vorschriftsmäßigen Ablauf der Sitzungen anging, gaukelten Souveränität aber nur vor und erstickten jegliche Spontaneität im Keim. Schwierig wurde es immer dann, wenn die Debatte sich verselbständigte und vom Manuskript abzuweichen begann. Also vor allem, wenn Fragen zur Geschäftsordnung aufkamen, die per Definition nicht vorhersehbar waren und auf die das Präsidium *ad hoc* reagieren musste, wenn Unklarheiten auftraten oder wenn die Parlamentarier genau das taten, was von ihnen erwartet wird: miteinander zu diskutieren und aufeinander zu reagieren.

Auch der Deutsche Bundestag kennt derartige Regieanweisungen, hier heißen sie Sprechzettel und werden den Vorsitzenden von Ausschüssen oder auch dem Bundestagspräsidenten für die Leitung der Sitzungen an die Hand gegeben. Auf ihnen ist ebenfalls detailliert der Ablauf der Sitzung verzeichnet, auch da mit bereits fertigen Formulierungen. Dennoch sind die Sitzungsleiter in der Regel so erfahren, dass sie Abweichungen von diesem Fahrplan souverän handhaben können.

Aber wodurch zeichnet sich eine gute Sitzungsleitung aus? Der Präsident oder die Präsidentin muss erstens in der Lage sein, mögliche Entwicklungen, Situationen zu antizipieren und muss in Alternativen denken können. Er muss zweitens

¹⁰¹ Interview Schröder.

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ C. SCHEURLE, Kanzler, 2009.

¹⁰⁴ Siehe dazu die Unterlagen der Volkskammerverwaltung zu den einzelnen Tagungen, BArch DA 1/17816–1/17853. Vgl. auch Interview Höppner.

¹⁰⁵ Vgl. das Interview mit dem Leiter des Sekretariats der Volkskammer Herbert Kelle vom 30. September 2003.

die Geschäftsordnung so sehr verinnerlicht haben und so souverän anwenden können, dass er (oder sie) bei auftretenden Problemen oder ungewöhnlichen Situationen verschiedene Lösungswege aufzeigen kann, um Konflikte schnell und eindeutig zu regeln.

Die Leitung einer (Plenar-)Sitzung erfordert die Übernahme einer Rolle, zu der es gehört, in jeder Situation sicher und souverän zu wirken – selbst wenn man es nicht ist. Wie Erving Goffman betont, muss der Hauptakteur in solchen Fällen »auf den Augenblick der Reflexion verzichten, die ihm gerade die Sicherheit geben könnte. Er muß sofort eine Entscheidung fällen, damit das Publikum sicher sein kann, daß sein Urteil richtig ist.«¹⁰⁶ Goffmans Beispiel ist ein Baseballschiedsrichter, aber es gilt natürlich gleichermaßen für einen Parlamentspräsidenten. Die Szenen, in denen das Fernsehpublikum unfreiwillig zum Ohren- und Augenzeugen der Meinungsverschiedenheiten und Beratungen im Volkskammerpräsidium wurde, weil das Mikrofon offenstand, oder in denen es mitbekam, wie Reinhard Höppner seinen Kollegen soufflieren musste, was als nächstes zu tun sei, hätte es also eigentlich überhaupt nicht geben dürfen, denn sie machten die Illusion von Souveränität schlagartig und nachhaltig zunichte.¹⁰⁷ Beherrscht der Zeremonienmeister die eigene Zeremonie nicht, gibt er sich und die anderen schnell der Lächerlichkeit preis. Er erfüllt die in ihn gesetzten Erwartungen nicht und der Betrachter ist enttäuscht.

Dazu einige Beispiele, die zeigen, was in der 10. Volkskammer falsch lief oder falsch laufen konnte. Oft lag es an der fehlerhaften Behandlung von Geschäftsordnungsanträgen, manchmal auch an falsch durchgeführten Abstimmungen, dass eine Sitzung zu entgleisen drohte. Gleich zu Beginn der 2. Tagung wurden die Autoritätsprobleme Sabine Bergmann-Pohls als Präsidentin offensichtlich. Mitglieder der Grünen-Fraktion warfen ihr Parteilichkeit vor und verließen aus Protest über ihre Auslegung der Geschäftsordnung den Saal. Als Bergmann-Pohl versuchte, mit einer Abstimmung über Beendigung der Debatte die Angelegenheit einfach abzuwürgen, trat Lothar de Maizière ans Mikrofon und bat um eine Pause von 15 Minuten, weil »das, was im Moment passiert, des Hohen Hauses nicht würdig« sei.¹⁰⁸

Zu Beginn der 14. Tagung war die PDS dagegen, die 2. Lesung des Treuhandgesetzes auf den dritten Tagesordnungspunkt vorzuziehen, obwohl das Präsidium zusammen mit den Parlamentarischen Geschäftsführern genau das beschlossen hatte. Ein Antrag Wolfgang Ullmanns, die Lesung ganz von der Tagesordnung zu streichen, war bereits abgelehnt worden. Die Kritiker bemängelten, dass sie den Ausschuss-Entwurf viel zu spät erhalten hatten und sich mit ihm erst vertraut machen müssten. Es entwickelte sich ein heftiger Schlagabtausch, vor allem zwischen PDS und Präsidium, in dessen Verlauf Reinhard Höppner wieder erklärend und moderierend eingreifen

¹⁰⁶ E. GOFFMAN, *Theater*, 2011, S. 31.

¹⁰⁷ Vgl. zum Beispiel die Sitzung vom 17. Mai 1990, PV, S. 194, 196 bzw. 3:18:00–3:33. Das Mikrofon ließ sich erst von Juni an vom Präsidiumstisch an- und ausschalten, nachdem eine neue Technik installiert worden war. PV, 11. Tagung vom 7. Juni 1990, S. 333.

¹⁰⁸ PV, 2. Tagung am 12. April 1990, S. 22 f.

musste.¹⁰⁹ Bergmann-Pohl war oft nicht in der Lage zu beurteilen, welche Kritik der Abgeordneten an Entscheidungen des Präsidiums gerechtfertigt war und welche nicht und wie sie die ungerechtfertigte abwehren sollte. Genauso, wie ihr die korrekte Reihenfolge von Geschäftsordnungsanträgen nicht immer klar war.

Am 8. Juni hatte hingegen Käte Niederkirchner (PDS) eindeutig einen schwarzen Tag erwischt.¹¹⁰ Das lag in diesem Fall vor allem an der Mehrdeutigkeit und der mangelnden Präzision ihrer Aussagen und dass sie, was die verhandelte Materie angeht – die 1. Lesung des Sozialhilfegesetzes –, offenkundig nicht auf dem aktuellsten Stand war. Der Streit endzündete sich an der Frage, an welchen Ausschuss der Antrag des Ministerrats zum Sozialhilfegesetz federführend zu überweisen sei. Das Präsidium hatte den Ausschuss für Arbeit und Soziales vorgesehen. Marianne Birthler (Bündnis 90/Grüne) wies aber in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung darauf hin, dass es inzwischen einen Antrag gebe, der stattdessen den Ausschuss für Familie und Frauen vorschlägt, weil der Gesetzentwurf schließlich in der Verantwortung dieses Ministeriums liege. Von diesem Antrag schien Niederkirchner aber nichts zu wissen. Sie übergibt Birthlers Zwischenbemerkung daher einfach, musste sich dann aber korrigieren. Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/Grüne), der neben ihr saß, soufflierte, sie solle über den Antrag abstimmen lassen. Dabei unterlief dem Präsidium ein Formfehler, auf den es aus dem Plenum von Eckhard Altmann (CDU/DA) aufmerksam gemacht wurde. Denn erst, wenn ein Antrag an die Ausschüsse überwiesen ist, kann festgestellt werden, welcher der Ausschüsse federführend ist. Nun schaltete sich die Ministerin für Arbeit und Soziales, Regine Hildebrandt, ein und erklärte, da das Ministerium für Familie und Frauen zuständig sei, müsse der Entwurf auch in den entsprechenden Ausschuss verwiesen werden. Daraufhin verzichtete Niederkirchner erst einmal auf die von ihr angekündigte Abstimmung. Ein klein wenig Luft verschaffte sie sich dadurch, dass sie Familienministerin Christa Schmidt den Antrag begründen ließ. Doch als es danach wiederum um die Frage ging, an welchen Ausschuss der Antrag federführend überwiesen werden sollte, gab es erneut Chaos. Dieses Mal zweifelte die PDS die Beschlussfähigkeit des Hauses an. Schließlich wandte Niederkirchner sich hilflos an Reinhard Höppner. Sie war während dieser sieben Minuten völlig ins Schwimmen geraten, erkennbar an den sich häufenden Verzögerungslauten (»Äh«) und Unterbrechungen, und musste sich ständig rückversichern.¹¹¹

Am 29. Juni war es dann ihr Kollege Jürgen Schmieder (FDP), der die Verhandlung nicht richtig in den Griff bekam. Ab einem gewissen Zeitpunkt war nicht mehr klar zu erkennen, ob man sich noch in der Aussprache oder bereits in der Abstimmung befand. Missverständnisse und Fehleinschätzungen seitens des Sitzungsleiters kamen hinzu. Als gleichzeitig mehrere Geschäftsordnungsanträge gestellt wurden, war

¹⁰⁹ PV, 14. Tagung am 15. Juni 1990, S. 460 f.

¹¹⁰ PV, 12. Tagung am 8. Juni 1990, S. 389, 397 und 3:06:54–3:13:50.

¹¹¹ Deutlich wird das allerdings nur durch die Fernsbilder und den dazugehörigen Ton, der stenographische Text wirkt wesentlich geschlossener und vermittelt dadurch einen völlig falschen Eindruck der Szene.

Schmieder nicht mehr in der Lage zu entscheiden, was in diesem Moment vorrangig behandelt werden musste.¹¹²

Stefan Gottschall (DSU) hingegen scheiterte am 24. August bei der Behandlung eines F.D.P.-Antrags zur »Strafverfolgungspraxis zum Schwangerschaftsabbruch«. Er ließ nach Ende der Aussprache über eine Überweisung in die Ausschüsse abstimmen, wie das Präsidium es zuvor beschlossen hatte. Aus dem Plenum erhoben jedoch Abgeordnete Einspruch gegen dieses Vorgehen, die gleich in die zweite Lesung eintreten wollten. Gottschall ließ sich von Roland Claus (PDS) in eine Diskussion verwickeln, ob nun § 53 oder 54 der Geschäftsordnung relevant sei, verhedderte sich völlig und musste schließlich die Sitzung für eine Auszeit unterbrechen, während derer sich das Präsidium beriet.¹¹³

Die Autorität zu wahren bedeutete auch, Angriffe und Kritik aus dem Plenum gar nicht erst zuzulassen bzw. nicht weiter darauf einzugehen. Reinhard Höppner hatte ein feines Gespür für derartige Situationen. Er unterband beispielsweise erfolgreich Versuche, seine Ordnungsrufe zu kommentieren: Wenn er Kommentare von der einen Seite nicht zulasse, könne er das auch von der anderen Seite nicht tun.¹¹⁴ Ihm war anders als seinen Kollegen klar, dass seine Rolle es nicht zuließ, Dinge zu verhandeln: Was der Präsident tat und sagte, stand nicht zur Diskussion. Dass die Rolle ihm andererseits aber erlaubte, Dinge festzulegen, vor allem wenn es sich um die Auslegung der Geschäftsordnung handelte. Höppner verweigerte in bestimmten Situationen einfach die Kommunikation und das wurde akzeptiert. Genauso verbat er sich Beifall oder Missfallensäußerungen. Er behielt sich die Auslegung von Einzelfällen vor, wie es ihm § 74 der Geschäftsordnung zugestand, war allerdings auch so geschickt, darüber abstimmen zu lassen, ob es sich in bestimmten Situationen um einen Einzelfall handelte, die er entscheiden konnte, oder vielmehr um grundsätzliche Fragen, für die dann der Geschäftsausschuss zusammentreten musste.

Normalerweise äußerst gelassen und verbindlich konnte er unter Umständen auch ungehalten werden: Als Christine Ostrowski (PDS) am 8. Juni im Namen ihrer Fraktion in einem Antrag zur Geschäftsordnung das Präsidium aufforderte, eine gegen Gerd Poppe ausgesprochene Rüge zurückzunehmen,¹¹⁵ weil die Geschäftsordnung lediglich Ordnungsrufe kenne, und dann auch noch anfang, Reinhard Höppner die Geschäftsordnung zu erklären, wies dieser sehr bestimmt darauf hin, dass die Fraktion sich, wie beim Fußball, durchaus im Nachhinein über die Leistung des Schiedsrichters beschweren dürfe, nicht aber während des Spiels. Es könne immer sein, dass

¹¹² Die Fernsehübertragung war zu diesem Zeitpunkt bereits beendet. PV, 19. Tagung am 29. Juni 1990, S. 797 bis Ende der Tagung.

¹¹³ PV, 32. Tagung am 24. August 1990, S. 1491 ff.

¹¹⁴ PV, 12. Tagung am 8. Juni 1990, S. 371.

¹¹⁵ Poppe hatte die Reaktion von Präsidium und Abgeordneten auf die studentische Flugblattaktion tags zuvor im Plenarsaal kritisiert und war daraufhin von Höppner mit der Begründung zurechtgewiesen worden, dass Demonstrationen in der Volkskammer grundsätzlich verboten und vom Präsidium zu unterbinden seien. Daher seien auch Reden, die solche Demonstrationen rechtfertigten und unterstützten ausdrücklich zu rügen. Ebd., S. 368.

das Präsidium irre. »Aber die Verhandlungsgrundlage ist einem Präsidium entzogen, wenn über die Entscheidungen des Präsidiums, seien sie richtig oder falsch, während dieser Sitzung weiter diskutiert wird.«¹¹⁶ Eine weitere Erörterung lehnte er strikt ab. Ostrowski quittierte das mit dem Hinweis, die Weltöffentlichkeit höre zu, und warf ihm »politische Unkultur« vor. Ein anderes Mal forderte Höppner Abgeordnete der Grünen auf, das Gelächter über das Präsidium einzustellen, andernfalls würde er sie des Saales verweisen.¹¹⁷

Die Auseinandersetzung um die Auslegung der Geschäftsordnung in der Tagung vom 13. September zeigt quasi exemplarisch das Vorgehen Reinhard Höppners in strittigen Fällen und macht die Unterschiede zum Vorgehen seiner Kollegen deutlich.¹¹⁸ Eine Gruppe von Abgeordneten aus unterschiedlichen Fraktionen hatte den Antrag auf Abberufung Innenminister Diestels gestellt. Doch in der Geschäftsordnung fanden sich zwar Regelungen zur Wahl des Ministerpräsidenten und der Minister, aber keine zu einer Abwahl. Höppner entschied, den Satz »Soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, entscheidet die einfache Mehrheit«, zur Grundlage der Abberufung zu machen. Da es aber Kritik an dieser Entscheidung gab, ließ er darüber abstimmen, ob der Geschäftsausschuss sich dieser Frage annehmen sollte, was dann auch der Fall war. Er war in solchen Situationen durchaus bereit, eigene Fehler einzugestehen, ließ sich aber nicht treiben, sondern bestimmte die Diskussion. Der zweite große Unterschied zu seinen Kollegen war, dass er seine einzelnen Schritte präzise erklärte, so dass alle anderen nachvollziehen konnten, warum er etwas so tat, wie er es tat.

Die in Berichten über die 10. Volkskammer oft anzutreffende Gegenüberstellung von Sabine Bergmann-Pohl und Reinhard Höppner als Beispiele für eine missglückte bzw. gelungene Sitzungsleitung vereinfacht dennoch unzulässig und ist auch nicht ganz fair. Zweifelsohne war Bergmann-Pohl von ihrer Aufgabe oft überfordert. Das Präsidium der Volkskammer bestand aber aus der Präsidentin und ihren insgesamt sechs Stellvertretern, die sich im Vorsitz in unregelmäßigen Abständen abwechselten und von denen bis auf Reinhard Höppner niemand Ahnung von der Leitung solcher Sitzungen hatte. Es war vor allem seine Erfahrung als Präses der Synode der Evangelischen Kirche in der Kirchenprovinz Sachsen, die ihn für dieses Amt geradezu prädestinierte und die er allen anderen voraus hatte. Denn die Leitung kirchlicher Gremien in der DDR war eine der ganz wenigen Möglichkeiten gewesen, parlamentarische Verfahren einzuüben. Da nutzte es auch nichts, dass beispielsweise Käte Niederkirchner schon in der Endphase der 9. Volkskammer zum Mitglied des Präsidiums gewählt worden war.¹¹⁹ Denn die Anforderungen waren nicht vergleichbar. Dementsprechend viel ging schief. In Presse und Öffentlichkeit oder den Erinnerungsberichten Beteiligter wurde hauptsächlich Sabine Bergmann-Pohl zur Zielscheibe der Kritik, die Feh-

¹¹⁶ Ebd., S. 373, sowie 1:09:26–1:10:56.

¹¹⁷ PV, 27. Tagung am 22. Juli 1990, S. 1238.

¹¹⁸ PV, 35. Tagung am 13. September 1990, S. 1703 ff.

¹¹⁹ PV, 11. Tagung am 13. November 1989, S. 361.

ler der anderen fielen mehr oder weniger unter den Tisch.¹²⁰ Das liegt natürlich auch daran, dass Reinhard Höppner ganz zu Anfang fraktionsübergreifend als Kandidat für diesen Posten gehandelt worden war, CDU und DA schließlich aber doch darauf bestanden hatten, ihn mit ihrer Kandidatin zu besetzen. Höppner hatte zwar danach die etwas herausgehobene Funktion eines Ersten Stellvertreters inne, war aber trotzdem nur Stellvertreter. Damit musste Bergmann-Pohl den hohen Erwartungen gerecht werden, die mit ihrem Amt verbunden waren, was ihr nie wirklich gelang.

De facto war Höppner das Gesicht des Präsidiums. Das zeigt sich auch an der Zahl der Sitzungen, die jeweils von ihnen geleitet wurden. Sieht man sich einmal genauer an, wer wie lange mit der Sitzungsleitung betraut war, stellt man schnell fest, dass Bergmann-Pohl diese Aufgabe zwar oft, aber dennoch nur halb so oft wie Höppner übernahm.¹²¹ Allerdings war sie auch gleichzeitig, neben ihrem Amt als Volkskammerpräsidentin, Staatsoberhaupt der DDR und musste in dieser Funktion eine Reihe anderer Termine wahrnehmen.

Doch das vage und ungute Gefühl, dass Höppner mit seinem souveränen Auftreten Bergmann-Pohl des Öfteren die Schau stahl, war auch in ihrer eigenen Fraktion verbreitet. Wolfgang König, Hans-Joachim von Essen und Reiner Krziskewitz vertraten übereinstimmend die Meinung, dass es für die Außenwirkung von CDU/DA nicht gut sei, wenn jemand anderer in der Tagung den Vorsitz führe, während die Präsidentin nur danebensitze. Sei sie anwesend, solle sie die Sitzungen auch leiten, das mache sonst »in der Optik der Bevölkerung einen schlechten Eindruck«. Und im Fall ihrer Abwesenheit sollten sich die Stellvertreter abwechseln, nicht dass »Dr. Höppner grundsätzlich alles« mache.¹²²

Gerade am Auftreten des Parlamentspräsidenten oder der -präsidentin werden die Unterschiede zwischen Volkskammer und Parlamenten mit »eingespielten« Abläufen sichtbar. Diese Unterschiede haben auch etwas damit zu tun, welcher Stellenwert zereemoniellen Elementen eingeräumt wird und wie die Präsidenten selbst ihre eigene Rolle verstehen. Der Präsident des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert, führt das auffallende zurückhaltende Erscheinungsbild des Bundestages auf dessen Eigenschaft als »Arbeitsparlament« zurück, dementsprechend nüchtern und pragmatisch agiere er.¹²³

Das Zeremoniell des Britischen Unterhauses hingegen ist knapp 450 Jahre alt. Es ist hauptsächlich auf die Person des Speakers ausgerichtet, der eine viel weiterreichende Rolle als der deutsche Parlamentspräsident hat, und wurde mit der Zeit immer komplexer.¹²⁴ Jede Parlamentssitzung in London beginnt mit dem rituellen Gang des

¹²⁰ Vgl. H. MODROW, Neues Deutschland, 1998, S. 456.

¹²¹ Exakte Werte sind nicht zu ermitteln, aber Höppner hatte den Vorsitz ca. 90 Stunden inne, während es bei Bergmann-Pohl lediglich ca. 50 waren. Weit dahinter lagen Jürgen Schmieder mit ca. 26 Stunden, Käte Niederkirchner, ca. 14, Dieter Helm, ca. 13, Stefan Gottschall, ca. 8 und Wolfgang Ullman, ca. 3 Stunden [eigene Zählung, d. Verf.].

¹²² Fraktionssitzung am 15. Mai 1990, ACDP, TA 07-012 6107.

¹²³ Ebd., S. 469.

¹²⁴ Vgl. F. ARMITAGE, The Speaker, 2010, S. 326. Vgl. auch M. G. MÜLLER, Politische Liturgie, 2003, v. a. Kapitel 2.1. T. KAISER, Brachialgewalt, 2012, S. 200 ff.

Speakers zum Plenarsaal. Eine Prozession [»at a slow formal pace«]¹²⁵, die angeführt wird vom *Doorkeeper* und dem *Serjeant at Arms*, der den Amtsstab, den sogenannten *Mace* trägt, und gefolgt vom *Trainbearer* (also dem Schleppenträger), dem Parlamentskaplan und dem Sekretär des Speakers. Alle sechs tragen eine traditionelle Amtsrobe, die sie von den normalen *Members of Parliament* und den Mitarbeitern des Parlaments unterscheidet. Der Speaker wird auf seinem Weg durch das Haus laut angekündigt, Gäste des Parlaments sind aufgefordert, während der Prozession stillzustehen, nicht zu sprechen und respektvoll zu sein. Anders als von ihnen erwartet man von den MPs, denen der Zug begegnet, außerdem eine Verbeugung vor dem Speaker. Hat dieser den Plenarsaal betreten, werden die Türen geschlossen, der Kaplan spricht ein Gebet. Erst nachdem dieser Teil der Zeremonie vorbei ist, dürfen Besucher die Tribüne betreten. Erst seit jüngster Zeit verzichten die Speaker auf das Tragen einer Perücke und die traditionelle aus dem 18. Jahrhundert stammende seidene Robe und Schnallenschuhe.

Bundestagssitzungen sind demgegenüber weitaus schlichter gehalten, aber sie haben zumindest einen genau definierten Anfang: Seit der Parlamentsreform der fünfziger Jahre erhebt sich das Plenum zu Beginn der Sitzungen, nachdem ein Gong ertönt und der Präsident von den Saaldienern angekündigt worden ist und erwartet dessen Eintreten stehend. Ist er, angeführt von den Saaldienern, am Präsidiumstisch angelangt, eröffnet er mit der Aufforderung an die Abgeordneten, Platz zu nehmen, die Sitzung. Das führt zu augenblicklicher Ruhe im Saal.¹²⁶ Diese Prozedur ist, wenn auch in äußerst abgespeckter Form, englischen und französischen Vorbildern nachempfunden und wurde 1954 eingeführt, weil man doch ein gewisses Unbehagen angesichts der seit 1949 im Deutschen Bundestag herrschenden, bewusst gewählten Formlosigkeit verspürt hatte. Diese zur Schau gestellte Bescheidenheit war vor allem die Reaktion auf Pomp und politische Inszenierung, wie sie die Nationalsozialisten praktiziert hatten.

Doch es erschien dem damaligen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier schlicht unangemessen, »wenn der Präsident erst einen in lauter Unterhaltung begriffenen durcheinanderlaufenden Haufen mit seiner Glocke zum Aufmerken bringen müsse. Er sei schließlich nicht der Lehrer einer Grundschulklasse.«¹²⁷ Bereits 1950 war im Organisationsausschuss des Bundestages von seinem Vorsitzenden Karl Mommer angeregt worden, an dieser Formlosigkeit etwas zu ändern, zum einen, in-

¹²⁵ M. SANDFORD, *Traditions and customs*, 2013.

¹²⁶ Vgl. M. F. FELDKAMP/D. KUNZE, *Mit Frack im Parlament*, 2009, S. 48 ff., vgl. auch M. F. FELDKAMP, *Frack und Cut*, 2006.

¹²⁷ E. GERSTENMAIER, *Streit und Friede*, 1981, S. 366 f. Beinahe gleichlautend die Argumentation des Vorsitzenden des Organisationsausschusses des Deutschen Bundestages, Karl Mommer (SPD), in einem Schreiben an die Vorstände der im Bundestag vertretenen Fraktionen vom 7. Dezember 1950: »Es entspricht nach Ansicht des Organisationsausschusses nicht der Würde des Hauses, wenn der Präsident sich durch herumstehende Gruppen den Weg bahnen und im Stimmengewirr durch Glockenzeichen erst Gehör verschaffen muß. Das Erheben von den Plätzen ehrt im Präsidenten die Institution und schafft die Voraussetzung für sofortige Konzentration auf die Arbeit«. Abgedruckt in: M. F. FELDKAMP/D. KUNZE, *Mit Frack im Parlament*, 2009, S. 40.

dem man die Saaldierer förmlicher kleidete, zum anderen, indem man die Stellung des Präsidenten durch zeremonielle Elemente hervorhob. Eine eher militärische Anmutung, wie sie die Zeremonien in Frankreich oder Großbritannien hatten, wurde jedoch aus naheliegenden Gründen verworfen.¹²⁸ Im Rahmen der Einführung dieses »kleinen Zeremoniells« am 27. Januar 1955 erhielten die Saaldierer daher einen Frack, während sie zuvor lediglich einen dunklen Anzug getragen hatten.

Ist das Zeremoniell im Deutschen Bundestag schon vergleichsweise formlos, vor allem wenn man es zum Beispiel mit dem des Britischen Parlaments vergleicht, gab es in der Volkskammer eigentlich überhaupt keines.¹²⁹ Die Sitzungen der 10. Volkskammer der DDR fingen meistens irgendwie an. Manchmal hatte das Präsidium schon längst seine Plätze auf dem Podium eingenommen, bevor alle Abgeordneten im Saal waren und sich – in der Regel erst nach der Aufforderung, die Türen zu schließen und Platz zu nehmen – endlich setzten. Das hatte unweigerlich zur Folge, dass die Sitzungen beinahe ständig später begannen als vorgesehen. Und das, obwohl die Volkskammer ohnehin schon ein Pünktlichkeitsproblem hatte. Kamen dann noch kurz vor Tagungsbeginn spontan einberufene Fraktions- oder Ausschußsitzungen hinzu, konnte sich die Eröffnung der Sitzung schon einmal um bis zu eine Stunde verschieben. Ähnlich sah es nach Sitzungsunterbrechungen aus: Am extremsten sicher in der 36. Tagung, als nach der langen Unterbrechung, die durch die Podiumsbesetzung der Hungerstreikenden aus der Normannenstraße entstanden war, Reinhard Höppner ausnahmsweise einmal die Contenance zu verlieren schien, weil sich die Abgeordneten auch auf seine Aufforderung hin nicht gleich setzen wollten. Er schob sichtlich entnervt noch die Ankündigung hinterher, dass er es nicht mehr so machen werde wie bei der letzten Zweidrittelabstimmung, nämlich herumzulaufen, um nach Stimmen auf die Suche zu gehen.¹³⁰

Weil die Volkskammer ohnehin schon unter massivem Zeitdruck stand, wollte das Präsidium diese Verzögerungen nicht länger tolerieren und erklärte am 13. Juni, dass mit der folgenden Woche »die Tagungen pünktlich beginnen« sollten.¹³¹ Insbesondere der Kommentator des DFF quittierte die ständigen Verspätungen mit zunehmendem Unverständnis. (»Auch das gehört zum Stil dieses Parlaments«¹³²) Und pries dann etwas pikiert den Deutschen Bundestag als leuchtendes Vorbild, während die Kameraeinstellung, quasi als stummer Vorwurf, die Uhr über dem Eingang an der Seite des Plenarsaals zeigte:

»Sie sehen die Uhr hier im Saal zeigt vier Minuten nach halb drei, um halb drei wollte man weitermachen. Trotz 21 Tagesordnungspunkten haben die Abgeordneten es offensichtlich

¹²⁸ Vgl. ebd., S. 35–47.

¹²⁹ Vgl. dazu auch N. LAMMERT, *Würde der Demokratie*, 2008.

¹³⁰ Da die Sitzung nach der Pause noch nicht wieder aufgenommen war, fehlt diese Bemerkung in den Stenografischen Berichten, 36. Tagung am 20. September 1990 bzw. 3:09:50–3:10:05.

¹³¹ BArch DA 1/18794, Bl. 29.

¹³² Hans-Joachim Jahn in seinem Kommentar zu Beginn der 30. (Sonder-)Tagung, die um 21.10 Uhr statt wie vorgesehen um 21 Uhr begann und, mit zwei Unterbrechungen, bis um 3 Uhr am Morgen des nächsten Tages dauerte. 30. Tagung am 22. August 1990: 0:01:04.

nicht allzu eilig zur Fortsetzung ihres Programms.« – »Das wird vielleicht ein Punkt sein, den sie sich im Bundestag etwas abgewöhnen müssen. Wie man hört, werden dort die Zeiten sehr exakt eingehalten und ich glaube, für eine zugkräftige Parlamentsarbeit kann so etwas nur sehr gut sein. Aber die Abgeordneten sehen das noch ein wenig anders«. ¹³³

Irgendwann resignierte auch er. Eine Verzögerung von bis zu 15 Minuten habe sich in zwischen ja eingebürgert und auf der vorletzten Tagung dürfte sich das wohl kaum mehr ändern. ¹³⁴

Ein Charakteristikum des Parlamentspräsidiums ist normalerweise seine Überparteilichkeit. Ein Grundsatz, dem sich wohl nicht alle Mitglieder des Volkskammerpräsidiums gleichermaßen verpflichtet fühlten: Martin Clemens (CDU/DA) hatte mitunter den Eindruck, dass am Präsidiumstisch Abgeordneten-Kollegen saßen, »die von oben ihre Fraktion leiten« ¹³⁵. Gemünzt war diese Bemerkung zweifellos auf Wolfgang Ullmann von Bündnis 90/Grüne. Es ging dabei weniger darum, dass dieser mehrfach für seine Fraktion zu bestimmten Themen Stellung nahm, vor allem zu Verfassungsfragen. Das taten die anderen Präsidiumsmitglieder in mehr oder minder starkem Maß auch. Das war ihnen auch nicht verboten, solange sie das nicht von der Präsidiumsbank aus, sondern erkennbar als Abgeordnete vom Rednerpult aus taten. Doch Ullmann verhielt sich hin und wieder so, dass man nicht genau wusste, in welcher Rolle er gerade sprach, bei ihm verwischten die Grenzen. ¹³⁶ Er sprang zwischen seinen Funktionen als einfacher Abgeordneter, Berichterstatter des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform und Mitglied des Volkskammerpräsidiums hin und her. Vor allem Sabine Bergmann-Pohl behagte das Auftreten Ullmanns nicht: Sie konstatierte im Präsidium »im Hinblick auf Demokratieverständnis und Sitzungsleitung sehr unterschiedliche Auffassungen«. ¹³⁷

In der PDS scheint dieses Thema vor allem zwischen Fraktion und Partei umstritten gewesen zu sein. Im Fraktionsvorstand gab es eine Diskussion um die Rolle der eigenen Mitglieder im Präsidium und zwar vor allem um das Verhältnis zwischen Parteipolitik und Präsidium. Hier träten die Probleme im Verhältnis der Partei zum Parlamentarismus in besonders zugespitzter Form zutage. Das sei vor allem immer dann der Fall, wenn das Amt Überparteilichkeit verlange, aber Fraktion und Partei erwarteten, dass in diesen Ämtern den Interessen der Partei Geltung verschafft werde. ¹³⁸

Angesichts dessen sah sich das Volkskammerpräsidium dazu veranlasst, die eigene Rolle zu definieren: So wurde bestimmt, dass Zwischenfragen nur von den Mikrofonen zwischen den Bänken – nur sie waren Saalmikrofone im Sinne der Geschäftsord-

¹³³ 34. Tagung am 6. September 1990: 3:32:00–3:32:37.

¹³⁴ 35. Tagung am 13. September 1990: 8:28:58–8:29:23.

¹³⁵ Fraktionssitzung am 15. Mai 1990, ACDP, TA 07-012 6107.

¹³⁶ Im Vergleich dazu die Wortmeldungen der Bundestagspräsidenten, vgl. P. SCHINDLER, Datenhandbuch, 1999, S. 1693 f.

¹³⁷ Fraktionssitzung am 15. Mai 1990, ACDP, TA 07-012 6107.

¹³⁸ Die Fraktion der PDS in der Volkskammer der DDR 26. August 1990, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 108 f.

nung –, gestellt werden konnten, und das heißt: nicht von Mitgliedern des Sitzungsvorstands, die zur Neutralität verpflichtet waren. Außerdem sollten Beifalls- und Missfallenskundgebungen sowohl vom Sitzungsvorstand als auch von Regierungsmitgliedern unterlassen werden.¹³⁹

2. Symbolische Aktionen

Normalerweise achtete das Volkskammerpräsidium sehr genau darauf, symbolische Aktionen im Plenarsaal zu unterbinden. Es behandelte solche Situationen nicht anders als die meisten Parlamente. Im Parlament als einem *der* Orte institutionalisierter Kommunikation hat die Verständigung grundsätzlich verbal, in Rede und Gegenrede, zu erfolgen. Und sie ist streng reglementiert: wer wann wie lange von welchem Platz aus über welches Thema spricht, ist im Vorhinein festgelegt. Deshalb ist es dort auch nicht gestattet, mit nonverbalen Mitteln auf sich aufmerksam zu machen. Das gilt als unparlamentarisch, als ein Verhalten, das zu sanktionieren ist und normalerweise auch sanktioniert wird.¹⁴⁰ Ungeachtet dessen gab es in der 10. Volkskammer symbolische Aktionen verschiedenster Art, die sich über diesen Imperativ hinwegsetzten.

Zu den seltenen Ausnahmen von dieser Regel – und eher Ritual als Symbol – gehört die Ehrung verstorbener Abgeordneter. Als Ausnahmesituation unterbricht sie den normalen Gang der Geschäfte, lässt das Parlament als Ganzes innehalten und bewusst für einen Moment auf das verzichten, was es ausmacht: Die Rede. Karsten Lichau hat dieses Ritual treffend »akustische Inszenierung politischer Einheit« genannt.¹⁴¹ Auch in der 10. Volkskammer gab es einen solchen Moment. Zu Beginn der 16. Tagung gedachte das Plenum mit einer Schweigeminute der Abgeordneten Renate Nierade von Bündnis 90/Grüne, die in der Nacht vom 17. auf den 18. Juni auf der Heimfahrt von der Sondertagung, vermutlich wegen Übermüdung, tödlich verunglückt war. Ihr Platz war an diesem Tag mit einem Blumenstrauß geschmückt.¹⁴²

In weiteren Formen des Gedenkens war man noch ungeübt und konnte sich nicht auf eingespielte Abläufe verlassen. Das war in der 2. Tagung zu beobachten. Die Präsidentin hatte eben eine gemeinsame Erklärung aller Fraktionen zur »Verantwortung

¹³⁹ Beschlußprotokoll der 13. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 6. 6. 1990, BArch DA 1/18794, Bl. 21.

¹⁴⁰ In der jüngeren deutschen Parlamentsgeschichte waren es in erster Linie die Grünen, die mit symbolischen Aktionen im Plenarsaal auf sich aufmerksam zu machen versuchten. Während der Debatte zum Nato-Doppelbeschluss am 21. und 22. November 1983 hielten sie Plakate in die Höhe, auf denen Opfer des Nationalsozialismus und der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki zu sehen waren und begannen vor Schluss der Sitzung zu singen. BT Sten. Ber. 10/35 u. 10/36. Dazu und zur anschließenden Behandlung im Ältestenrat: J. BOYER/H. HEIDEMEYER (Hrsg.), 2008, Dok. 53–56 u. Dok. 56 Anlage D.

¹⁴¹ K. LICHAU, *Währenddessen*, 2013, S. 586.

¹⁴² 16. Tagung am 21. Juni: 0:06:58–0:07:42. Die 9. Volkskammer hatte am 11. Januar ebenfalls in einer Schweigeminute ihrer Abgeordneten Johanna Töpfer gedacht, die sich wenige Tage zuvor das Leben genommen hatte. Vgl. Vorgeschichte, S. 44.

der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte« verlesen,¹⁴³ als Konrad Weiß (Bündnis 90/Grüne) mittels eines Geschäftsordnungsantrags und in einer etwas gewundenen Formulierung die Präsidentin darum bat, sie solle doch vorschlagen, sich zum Zeichen des Gedenkens zum Schweigen oder zum Gebet zu erheben. Bergmann-Pohl wollte über diesen Antrag sogar zuerst abstimmen lassen, besann sich aber eines Besseren. Sie schlug schließlich vor, sich dem Antrag anzuschließen, worauf sich die Abgeordneten zu einer Schweigeminute erhoben.¹⁴⁴

Etwas ganz anderes und eigentlich nicht zulässig waren Aktionen wie die vom 12. April: In einer Pause der zweiten Sitzung stand plötzlich ein Pappschild mit dem Satz »Läden leer und Ställe voll, was das wohl werden soll« und der Zeichnung eines stilisierten Schweinchens auf dem Rednerpult. Vor der Volkskammer hatten derweil Bauern ihre Traktoren und Landmaschinen aufgeföhren, um gegen die desolante Lage der Landwirte in der DDR zu demonstrieren. Die Filmaufnahmen zeigen eine Traube von Abgeordneten um das Pult, im inneren Kreis Solveig Wegener und Hans Modrow (beide PDS), die mit anderen Abgeordneten diskutieren, dazu einige Journalisten, die die Szene fotografieren.¹⁴⁵

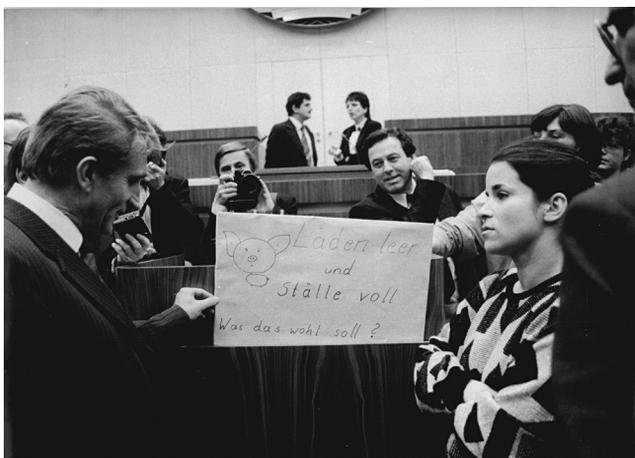


Abb. 37 Kommentar zu den Bauerprotesten vor der Volkskammer am 12. April 1990. Rechts Solveig Wegener (PDS)

In der Zwischenzeit wurden zwar Anstalten gemacht, das Schild zu entfernen, doch es war nach wenigen Sekunden schon wieder am alten Platz. Wer es dort hingestellt hatte, ist nicht zu sehen, der DFF-Kommentator vermutete die Bauernpartei oder die Grünen hinter dieser Aktion. Ob es »parlamentarische Anerkennung« finden oder

¹⁴³ VK Drs. 4.

¹⁴⁴ 2. Tagung am 12. April 1990: 0:15:55–1:16:50.

¹⁴⁵ 2. Tagung am 12. April 1990: 0:58:50–1:02:20.

eher als störend empfunden werde, ob überhaupt das Gespräch um das Pult diesen Fragen gewidmet sei, wusste er von seinem Platz aus aber nicht zu beurteilen.¹⁴⁶ Zumindest war der Urheber der Aktion so geschickt, eine Sitzungspause zu nutzen, was ihm einerseits eine Rüge durch den Präsidenten ersparte, aber andererseits dennoch die nötige Aufmerksamkeit bescherte, denn die Kameras liefen währenddessen.

Mit einem Schild auf sein politisches Anliegen aufmerksam zu machen, versuchte auch ein unbekannter Autor in der 36. Sitzung. Der Zettel mit den Zeilen »Null-Diät für Besetzer! Dicke Diäten für Rumsitzer!« lehnte an einer Wasserflasche auf einem der Tische der Grünen-Fraktion.¹⁴⁷ Das war nicht nur eine Kritik an der nach Meinung einiger Abgeordneter zu hohen Bezahlung der Parlamentarier, sondern vor allem eine Anspielung auf die spektakuläre Aktion der Hungerstreikenden in der Stasi-zentrale in der Berliner Normannenstraße.

Die Urheber dieser Aktionen spekulierten immer darauf, dass ihre Schilder oder Nachrichten irgendwann von den Kameras bemerkt würden. Das war auch nicht anders in der 30. Tagung, einer turbulenten, mehrfach unterbrochenen Sitzung, in der über das Datum des Einigungsvertrags gestritten wurde und an deren Ende die Abstimmung über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 stand. Während Jürgen Schwarz (DSU) – einmal mehr – in einer sehr pathetischen Rede die Zustimmung der Abgeordneten für den Antrag seiner Fraktion auf sofortigen Beitritt forderte, hatten sich der Fraktionsvorsitzende der CDU, Günther Krause, Konrad Weiß von Bündnis 90/Grüne, der Fraktionsvorsitzende der Liberalen Rainer Ortleb und der Parlamentarische Geschäftsführer des DBD/DFD Per-René Seeger um den Platz von SPD-Fraktionschef Wolfgang Thierse auf der linken Saalseite versammelt. Ohne sich groß um Schwarz zu kümmern, waren sie in eine intensive Diskussion vertieft. Diese Szene erregte die Aufmerksamkeit eines Kameramanns, der die Gruppe in Großaufnahme einfing. In der Verlängerung dieser Einstellung sah man einige Bänke weiter Solveig Wegener (PDS) sitzen, die erkannt hatte, dass sie von der Kamera erfasst wurde. Man sieht, wie sie sich unter die Bank beugt, eine Zeitung hervorzieht und sie aufschlägt. Es folgt ein Kameraschwenk zurück auf den Redner. Nach dem nächsten Schnitt ist wieder Wegener, nun in Großaufnahme, zu sehen. Dieses Mal mit der Titelseite der *Jungen Welt* und der Schlagzeile des Aufmachers: »Welches Datum hätten Sie gern?« vor dem Gesicht, mit der sie so einen stummen Kommentar zum Geschehen im Plenarsaal beisteuerte.¹⁴⁸

Eine Rüge gab es auch hier nicht. Zeitung lesende Abgeordnete sind im Plenarsaal kein so seltener Anblick, sie gehören sozusagen zum parlamentarischen System dazu.¹⁴⁹ Dass es in diesem Fall nicht beim Lesen blieb, sondern zu einer Inszenierung umfunktioniert wurde, entging dem Präsidium, denn die Interaktion Wegeners mit

¹⁴⁶ Ebd., 1:02:00–1:02:18.

¹⁴⁷ 36. Sitzung am 20. September 1990: 4:24:31–4:24:42.

¹⁴⁸ 30. Tagung am 22. August 1990: 0:40:30–0:40:50. Die *Junge Welt* war das Zentralorgan der FDJ und die auflagenstärkste Tageszeitung in der DDR.

¹⁴⁹ F. BÖSCH, *Parlamente und Medien*, 2012, S.373.

der Kamera war von dort aus gar nicht zu erkennen. Erst durch die Kameras betrachtet wurde die Szene zur politischen Aussage.



Abb. 38–43: Solveig Wegener (PDS) bemerkt, dass sie gefilmt wird und hält daraufhin das Titelblatt der Jungen Welt in die Kamera.

Volker Manhenke (SPD), der am 7. Juni mit einem gewaltigen Stoß Akten in den Plenarsaal kam, wollte hingegen etwas anderes demonstrieren. Ihm ging es darum, auf die Arbeitsbelastung der Abgeordneten aufmerksam zu machen: »Für unsere Bürger zur

Kenntnis habe ich dieses Paket hier einmal mitgebracht, das wir heute verhandeln.«¹⁵⁰ Er entging noch einer Ermahnung durch das Präsidium. Aber als Bündnis 90/Grüne zwei Wochen darauf einen Berg von Unterschriften für den Volksentscheid zum Verfassungsentwurf des Runden Tisches sehr telegen neben dem Rednerpult stapelte, äußerte der die Sitzung leitende Reinhard Höppner verhalten Kritik:

»Ich möchte der Ordnung halber darauf hinweisen, daß zu Erklärungen von Fraktionen in der Regel keine symbolischen Gesten gehören [...] Ich denke, wir sollten es aber so, wie es jetzt geschehen ist, tolerieren. Trotzdem bitte ich darum, daß die Unterschriften nun auch wieder herausgetragen werden. Wir haben sie gesehen und haben die Erklärung gehört.«¹⁵¹

Allerdings hielt das den Vorsitzenden der DSU-Fraktion, Hansjoachim Walther, nicht davon ab, zum Rednerpult zu gehen und seelenruhig in den Unterschriftenlisten zu blättern, was wiederum ein Abgeordneter der Grünen als Aufforderung verstand, ihm unter dem Gelächter und dem Beifall der Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne und der PDS einen Kugelschreiber zu reichen, damit auch er noch unterschreiben konnte. Erst danach kehrte wieder Ruhe ein.

Weil Höppner in diesem Fall so vorgegangen war, konnte er ein anderes Mal schlecht die Annahme einer weiteren Unterschriftenaktion verweigern. Am 13. September überreichte ihm Christine Grabe (Bündnis 90/Grüne) nach einer persönlichen Erklärung eine Sammlung von 21 560 Unterschriften auf mehreren Plakattrollen, mit denen die Besetzer der Stasizentrale in der Ostberliner Normannenstraße unterstützt werden sollten.¹⁵²

Im Folgenden werden fünf Begebenheiten in der Volkskammer detaillierter geschildert, die ebenfalls das Attribut symbolisch verdienen. Es handelt sich um so unterschiedliche Dinge wie die Wahl des Volkskammerpräsidenten in der konstituierenden Sitzung, den Verlauf der Sitzung vom 17. Juni, das Sammeln von Spenden vor laufender Kamera im Plenarsaal, der Sitzstreik einiger Abgeordneter am 28. September und den Auszug ganzer Fraktionen oder einzelner Abgeordneter aus dem Plenarsaal. Bei allen Unterschieden ist ihnen jedoch gemeinsam, dass damit etwas demonstriert werden sollte, was über den parlamentarischen Alltag hinausweist. In jedem einzelnen Fall gab die Volkskammer damit über ihr Selbstverständnis Auskunft.

Die Wahl des Volkskammerpräsidenten

Die konstituierende Sitzung eines jeden Parlaments ist ein zeremonieller Akt. Sie markiert immer einen Neuanfang.¹⁵³ Oder wie Thomas Mergel es ausdrückt: »Die Eröffnungssitzung stellt [...] die zentrale und labilste Phase im Übergangsritus dar:

¹⁵⁰ PV, II. Tagung am 7. Juni, S. 347. Es handelte sich um 600 Seiten für 18 Steuergesetze.

¹⁵¹ PV, 17. Tagung am 22. Juni 1990, S. 643 f. bzw. 1:38:08.

¹⁵² PV, 35. Tagung am 13. September 1990, S. 1640 f. sowie 0:38:19–0:42:31. Grabe gehörte selbst zu den im Hungerstreik befindlichen Besetzern.

¹⁵³ P. MANOW, Im Schatten, 2008, S. 108 f.

die Schwellenphase, in der das Alte nicht mehr und das neue noch nicht ist.«¹⁵⁴ Sie dient »sowohl der inneren Strukturierung des Kollektivs der Abgeordneten wie auch der symbolischen Inbesitznahme des Raumes.«¹⁵⁵ Die feste Form und der geregelte Ablauf überspielen dabei existierende Unsicherheiten. Sie stellen »die Kontinuität der Institution unter gewandelten Bedingungen – mit neuer Besetzung und Mehrheitsverhältnissen« – sicher.¹⁵⁶ Mergel formulierte das für ein Parlament – den Deutschen Reichstag der Weimarer Republik –, das zwar auch nach einer Phase politischen Aufbruchs und Unsicherheit seine Arbeit aufnahm, aber immerhin in einer parlamentarischen Tradition stand. Wie sehr musste dies erst für ein Parlament wie die 10. Volkskammer gelten, das seine Form erst finden musste?

Die 10. Volkskammer der DDR konstituierte sich am 5. April 1990 auf vergleichsweise nüchterne Art. Ohne Blumenschmuck wie die Nationalversammlung in Weimar am 6. Februar 1919. Und ohne feierliches Rahmenprogramm wie bei der allerersten Sitzung des Deutschen Bundestags im September 1949. Damals hatte das Orchester der Stadt Bonn im ebenfalls mit Blumen dekorierten Plenarsaal Platz genommen und passenderweise Ludwig van Beethovens »Die Weihe des Hauses« gespielt, bevor die eigentliche Sitzung begann.¹⁵⁷ Direkt im Anschluss an die Rede des neugewählten Bundestagspräsidenten Erich Köhler folgte der letzte Satz aus der 5. Sinfonie Beethovens, dann erst wurde die Tagesordnung fortgesetzt. In der Volkskammer gab es weder Blumen noch Musik, und erst recht nicht ging es so bunt und gleichzeitig streng zeremoniell zu wie bei dem jährlichen mit der Ansprache der Königin beginnenden *State Opening of Parliament* in Großbritannien.¹⁵⁸ Dennoch hatte man auch in Ostberlin die Absicht, diese erste Sitzung »in Würde und den Erwartungen der Öffentlichkeit gemäß« zu gestalten.¹⁵⁹

In der Regel gibt sich das Parlament in der konstituierenden Sitzung mit der Wahl von Präsident und Präsidium eine Leitung, bestimmt über die Geschäftsordnung, nach der künftig verfahren werden soll und macht sich damit überhaupt erst arbeitsfähig. Noch geht es nicht um Sachthemen. Zwar sind Wahlen generell feierliche Akte, symbolische, rituelle oder gar sakrale Handlungen.¹⁶⁰ Der symbolische Charakter der Wahl eines Parlamentspräsidenten und des Präsidiums wird jedoch dadurch noch gesteigert, dass es sich in den wenigsten Fällen um eine wirkliche Wahl, das heißt eine Auswahl unter mehreren Kandidaten handelt. Denn parlamentarischem Brauch gemäß steht dieser Posten der stärksten Fraktion zu. Und obwohl es sich nur um eine

¹⁵⁴ T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2012, S. 139.

¹⁵⁵ Ebd.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ Beethoven schrieb die Ouvertüre anlässlich der Wiedereröffnung des Theaters in der Josephstadt im September 1822. Siehe dazu B. WINTGENS, *Neues Parlament*, 2014.

¹⁵⁸ <http://www.parliament.uk/documents/lords-information-office/2014/state-opening-of-parliament-H-145.pdf> [29.5.2015]

¹⁵⁹ So jedenfalls der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende Präsident der Volkskammer, Günther Maleuda, in der Besprechung mit Vertretern der Fraktionen am 29. März 1990, BARH DA 1/19094.

¹⁶⁰ Y. DÉLOYE/O. IHL, *L'acte de vote*, 2008, S. 38 f.

stillschweigende Übereinkunft handelt, wird sie normalerweise von den Fraktionen respektiert und nicht in Frage gestellt.

Im Deutschen Bundestag gab es lediglich einmal, nämlich in der 1. Legislaturperiode eine Wahl des Parlamentspräsidenten mit mehreren Kandidaten.¹⁶¹ Im September 1949 trat Erich Köhler (CDU) gegen Hans Böhm (SPD) an. Allerdings wurde der nicht von seiner eigenen Fraktion, sondern ohne sein Einverständnis von der KPD vorgeschlagen.¹⁶² Sowohl während der ersten als auch während der zweiten Wahlperiode musste jedoch ein Nachfolger für die amtierenden Präsidenten gefunden werden.¹⁶³ Dabei wurden beide Male auch Stimmen für andere als den vorgeschlagenen Kandidaten abgegeben. Am kompliziertesten erwies sich die Wahl Eugen Gerstenmaiers, der an die Stelle des knapp zwei Wochen zuvor verstorbenen Hermann Ehlers treten sollte. Im ersten Wahlgang am 16. November 1954 war Gerstenmaier der einzige Kandidat. Da er dabei aber nicht auf die erforderliche Mehrheit kam, war ein zweiter Wahlgang nötig, den er nun gegen Ernst Lemmer, einen Kandidaten aus der eigenen Fraktion, jedoch nominiert von der FDP, bestreiten musste. Dieser Vorschlag schien immerhin so vielen Abgeordneten attraktiv, dass es Gerstenmaier erst im dritten Wahlgang gelang, sich gegen Lemmer mit einer äußerst knappen Mehrheit von lediglich 14 Stimmen durchzusetzen.¹⁶⁴

Der konstituierenden Sitzung der 10. Volkskammer hingegen war bereits eine Auseinandersetzung zwischen den beiden potentiellen Koalitionspartnern SPD und CDU vorausgegangen, wer das Amt des Volkskammerpräsidenten überhaupt übernehmen sollte. Zugestanden hätte es, als zahlenmäßig stärkster Fraktion, der CDU. Aber dort fragte man sich, ob es politisch nicht klüger sein könne, den Sozialdemokraten generös den Posten zu überlassen und damit die eigene »Demokratiefähigkeit« unter Beweis zu stellen. Mit dem Hintergedanken, dass das eventuell Signalwirkung für die ausstehenden Koalitionsverhandlungen haben könnte.¹⁶⁵ Genau das scheint die SPD aber als den Versuch aufgefasst zu haben, moralischen Druck auf sie auszuüben, auch wenn alle sachlichen Gründe für den von ihr aufgestellten Reinhard Höppner sprachen.¹⁶⁶

Denn mit dem Mathematiker Höppner konnte die SPD einen äußerst überzeugenden Kandidaten vorweisen, der auch Anhänger in den Reihen der anderen Parteien hatte. Das Lob für Höppner war überraschend einhellig: Lothar de Maizière, der, wie

¹⁶¹ Es handelt sich dabei um eine Ausnahme. Die erste Wahlperiode ist nicht nur aus diesem Grund nicht wirklich repräsentativ für die Arbeit des Bundestages. Er arbeitete beispielsweise auch bis Anfang 1952 mit einer nur vorläufigen Geschäftsordnung, vgl. S. 276, Anm. 181.

¹⁶² BT Sten. Ber. 1/1 (7. September 1949), S. 3. Für die Abstimmung spielte das keine Rolle, Böhm erhielt 15 Stimmen, genauso viele, wie die KPD-Fraktion Abgeordnete hatte.

¹⁶³ Erich Köhler trat am 18. Oktober 1950 krankheitsbedingt zurück, Hermann Ehlers verstarb am 29. Oktober 1954.

¹⁶⁴ BT Sten. Ber., 2/55 (16. November 1954), S. 2694–2698.

¹⁶⁵ Fraktionssitzung am 4. April 1990, ACDP, TA 07-012 6101.

¹⁶⁶ Protokoll über das erste Koalitionsgespräch zur Regierungsbildung zwischen den Parteien der Allianz für Deutschland, den Parteien der Fraktion der Liberalen und der SPD am 3.4.1990 (o. Autor, o. Datum), AdsD, Mappe 11.

einige andere CDU-Mitglieder auch, Höppner aus der kirchlichen Arbeit kannte, beschrieb ihn als einen Mann, »der wie kaum ein anderer Geschäftsordnungsdebatten gewachsen«¹⁶⁷ sei. Auch der Fraktionsvorsitzende der CDU, Günther Krause, hielt ihn für eine passende Wahl, er mache vor den Medien eine gute Figur und sei überdies ein gutes Gegengewicht gegen den Vorschlag der PDS, die aus ihren Reihen den letzten Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow, für das Amt nominiert hatte.¹⁶⁸ Denn egal, wer den Präsidenten nun stellen würde, CDU oder SPD, in einem Punkt waren sich beide völlig einig: eine Wahl Modrows zum neuen Parlamentspräsidenten galt es unbedingt zu verhindern. Deshalb musste ein starker Kandidat ins Rennen geschickt werden, der für möglichst viele zustimmungsfähig war.

Trotz taktischer Überlegungen im Hinblick auf die Koalitionsbildung entschied sich die CDU-Fraktion letztlich doch für einen eigenen Kandidaten oder besser: für eine Kandidatin. Sie schickte die Pneumologin Sabine Bergmann-Pohl ins Rennen, die sich nach diesem Posten gewiss nicht gedrängt hatte und fraktionsintern alles andere als unumstritten war. In den beiden für das Thema entscheidenden Fraktionssitzungen der Christdemokraten am 2. und 4. April war einer der Haupteinwände gegen sie, dass der Kandidat für diesen Posten unbedingt jemand mit Erfahrung in der Leitung von großen Gruppen und mit Kenntnissen in Verfahrensfragen sein müsse. Das wusste man aus der Zeit am Zentralen Runden Tisch, wo man sich mit solchen Dingen sehr schwer getan hatte. Was heißen sollte, dass Bergmann-Pohl als Ärztin eher nicht die passende Besetzung war. Manche hatten andererseits Bedenken, einen Pfarrer zu wählen, weil das in der Bevölkerung nicht gut ankomme, was nun wiederum gegen Bergmann-Pohls fraktionsinternen Gegenkandidaten Martin Göttsching, einen Theologen und Pfarrer aus Thüringen, sprach. Ohnehin erhofften sich viele durch das Abtreten des Postens an die SPD eine Verbesserung des Klimas in einer möglichen Koalition, das durch den Wahlkampf stark gelitten hatte. Bergmann-Pohls Befürworter hingegen argumentierten, die CDU-Wähler erwarteten, dass man in der Volkskammer so auftrete, wie sich das für die stärkste Fraktion gehöre. Die Mehrheit entschied sich schließlich mit 105 zu 40 Stimmen doch recht deutlich für Bergmann-Pohl, allerdings gab es auch zehn ungültige Stimmen.¹⁶⁹

In der 10. Volkskammer wurde die Entscheidung für einen Parlamentspräsidenten zu einer wirklichen Wahl. Denn gleich fünf der sieben Fraktionen hatten eigene Kandidaten nominiert. Bergmann-Pohl trat am 5. April nicht nur gegen Höppner und Modrow, sondern auch gegen Günther Maleuda von der DBD/DFD an, der bereits vom 13. November 1989 bis zum 7. März 1990 als Präsident der Volkskammer amtierte hatte, und gegen Wolfgang Ullmann von Bündnis 90/Grüne. Zur Überraschung vieler kam sie nicht gleich im ersten Anlauf auf die erforderliche Mehrheit von 201 Stim-

¹⁶⁷ Fraktionssitzung am 2. April 1990, ACDP, TA 07-012 6100.

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ Fraktionssitzungen am 2. und 4. April 1990, ACDP, TA 07-012 6100 u. 6101.

men, so dass ein zweiter Wahlgang zwischen ihr und Reinhard Höppner nötig wurde.¹⁷⁰ Bergmann-Pohl entschied ihn mit 214 gegen 171 Stimmen für sich.

Die PDS hatte sich anfangs, ungeachtet der herrschenden Mehrheitsverhältnisse, wohl in der Tat der Illusion hingegeben, Hans Modrow könne gewählt werden. Und nicht nur das. Sie hielt es offensichtlich auch für möglich, dass ihm »die Funktionen als Staatsratsvorsitzender bzw. Präsident oder als Ministerpräsident übertragen werden könnten.«¹⁷¹ Auch das *Neue Deutschland* hing diesem Glauben an. Uwe Stemmler schrieb am Tag der konstituierenden Sitzung in seinem Kommentar: »Möglicherweise wird die geheime Wahl einen erfahrenen Parlamentarier auf den Volkskammerpräsidentensessel bringen; unter den Kandidaten sind immerhin Dr. Günther Maleuda und Dr. Hans Modrow.«¹⁷² Gregor Gysi schließlich pries Modrow während seiner Vorstellung als jemanden, der »Geschichte, Gegenwart und Zukunft« des Landes verkörpere, »großes Vertrauen nicht nur in seiner Partei, sondern in der Bevölkerung überhaupt« genieße und der in den letzten Monaten seine Überparteilichkeit unter Beweis gestellt habe.¹⁷³ Der Verlauf des 5. April holte die Partei allerdings schnell in die Realität zurück. Modrow erhielt 65 Stimmen, eine weniger, als die PDS Sitze hatte, und landete damit auf dem dritten Platz, hinter Bergmann-Pohl und Höppner, aber noch vor Wolfgang Ullmann und Günther Maleuda. Es bewahrheitete sich damit, was der DFF-Kommentator schon während der Wahl prophezeit hatte, Modrow war lediglich »Zählkandidat«.¹⁷⁴

Für die Wahl der Stellvertreter hatten sich die beiden potentiellen Koalitionspartner CDU und SPD auf einen besonderen Modus geeinigt,¹⁷⁵ der wiederum vor allem dazu dienen sollte, eine Wahl Modrows – dieses Mal zu einem der Vizepräsidenten der Kammer – zu verhindern. Jede Fraktion nominierte zwei Kandidaten, von denen einer auf dem Wahlzettel wieder gestrichen werden musste. Modrow erhielt auf diese Weise nur 95 Stimmen, während die ebenfalls von der PDS aufgestellte Käte Niederkirchner auf 249 Stimmen kam. Auf genau dieselbe Weise wurde auch Günther Maleuda (DBD/DFD) ausgebremst, der wie Modrow noch einmal zur Wahl als Vizepräsident antrat, obwohl er als Präsidentenkandidat bereits gescheitert war. Für ihn stimmten 141 Abgeordnete, für seinen Fraktionskollegen Dieter Helm allerdings

¹⁷⁰ 390 Stimmen wurden abgegeben. Laut Anwesenheitsliste (BArch DA 1/18722) fehlten von der SPD vier Abgeordnete, von CDU/DA zwei und von DSU, PDS u. Bündnis 90/Grüne jeweils einer. Im ersten Wahlgang erhielt Bergmann-Pohl 188 Stimmen, Höppner 83, Maleuda 22, Modrow 65 und Ullmann 31, eine Stimme war ungültig. Die »Allianz für Deutschland« verfügte über insgesamt 192 Stimmen, die Liberalen über 23.

¹⁷¹ »Vorschlag zur Konstituierung und zur Arbeitsweise der Fraktion der PDS der Volkskammer«, Anlage 2, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 41. Vgl. dazu auch die Schilderungen von Ruth Fuchs und Hans Modrow: R. FUCHS, Gott schütze, 1990, S. 20, H. MODROW, Neues Deutschland, 1998, S. 452.

¹⁷² »Auftakt in der Volkskammer«, *ND* vom 5. April 1990.

¹⁷³ Die Reaktionen der anderen Abgeordneten schwankten zwischen »Heiterkeit« und der Aufforderung aufzuhören. PV, 1. Tagung am 5. April 1990, S. 4.

¹⁷⁴ 1. Tagung am 5. April 1990: 0:23:42.

¹⁷⁵ Vgl. »Wie SPD und CDU Modrow und Maleuda ausbremsen«, *Die Welt*, 7. April 1990.

203. Diese Kränkung zu vergessen fiel Maleuda anscheinend auch vier Jahre danach noch schwer: Denn er warf im Rückblick den Koalitionsfraktionen und besonders den beiden seiner Meinung nach für den Deal verantwortlichen Parlamentarischen Geschäftsführern Martin Gutzeit (SPD) und Gerhard Pohl (CDU) vor, Demokratie und Macht zu ihren eigenen Gunsten ausgelegt zu haben.¹⁷⁶

Mit der Wahl von Sabine Bergmann-Pohl (CDU/DA) und ihrer sechs Stellvertreter Reinhard Höppner (SPD), Käte Niederkirchner (PDS), Stefan Gottschall (DSU), Jürgen Schmieder (Die Liberalen), Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/Grüne) sowie Dieter Helm (DBD/DFD) war das Präsidium komplett. Die Zahl sieben war das Ergebnis einer interfraktionellen Einigung. Bis zum März 1990 hatte der Volkskammerpräsident nur einen Stellvertreter, wenngleich auch damals schon alle Fraktionen im Präsidium vertreten waren.¹⁷⁷ Käte Niederkirchner (PDS) behauptete zwar, dass diese neue üppige Besetzung auf einen Demokratisierungsprozess im Präsidium zurückzuführen sei.¹⁷⁸ Dahinter stand aber wohl vor allem die für die DDR typische Konsens-Fixierung, die es als ideal betrachtete, dass die Arbeit des Präsidiums vom »Zusammenwirken aller politischen Parteien und Massenorganisationen geprägt« war.¹⁷⁹

Die Stimmabgabe bei beiden Wahlen, zum Präsidenten wie zu den Stellvertretern, war geheim.¹⁸⁰ Darauf hatten sich die Fraktionen im Vorhinein geeinigt. Was nötig war, weil der Beschluss über die vorläufige Geschäftsordnung der Volkskammer an diesem Tag erst als Punkt 6 auf der Tagesordnung stand, das heißt, für den Tagesordnungspunkt 1, die Wahl des Präsidenten, galt noch die alte Geschäftsordnung vom 7. Oktober 1974.¹⁸¹ Die aber sagte zum Thema Präsidium lediglich, *dass* die Volkskammer auf ihrer ersten Tagung ein Präsidium wählt, über das *Wie* sagte sie nichts.¹⁸²

Mit ihrer Entscheidung gegen eine offene Stimmabgabe bewegte sich die Volkskammer ganz in der parlamentarischen Tradition, der zufolge Wahlen im Parlament – im Gegensatz zu Abstimmungen – grundsätzlich geheim stattfinden.¹⁸³ So war zwar in der Besprechung zur Vorbereitung der konstituierenden Sitzung von dem zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden Präsidenten Maleuda die Möglichkeit erwogen worden, offen abzustimmen, – er plädierte im übrigen auch bei der Wahl der an-

¹⁷⁶ G. MALEUDA, Entdecker Parlamentarismus, 1994, S. 151.

¹⁷⁷ § 23 GO VK vom 7. Oktober 1974.

¹⁷⁸ PV, 6. Tagung am 10. Mai 1990, S. 167.

¹⁷⁹ H. KELLE/T. RIEMANN, Die Volkskammer, 1989, S. 57.

¹⁸⁰ Die SPD-Fraktion hatte für die Wahl der Vizepräsidenten mit knapper Mehrheit beschlossen, ihren Abgeordneten keine Empfehlung für die Stimmabgabe zu geben. Protokoll der Fraktionssitzung am 3. April 1990, AdsD, Mappe 18.

¹⁸¹ Auch der erste Deutsche Bundestag arbeitete bis zu seiner 5. Sitzung ohne Geschäftsordnung und von da an bis zum 1. Januar 1952, an dem die endgültige in Kraft trat, mit einer vorläufigen, der modifizierten des Reichstages vom 31. Dezember 1922. Vgl. BT Sten. Ber. 1/5, S. 19 f.

¹⁸² § 22 (1) GO VK vom 7. Oktober 1974: »Die Volkskammer wählt auf ihrer ersten Tagung für die Dauer der Wahlperiode das Präsidium der Volkskammer«. Das war die mehr oder weniger wörtliche Übernahme des Art. 55, 1 der Verfassung der DDR (i. d. F. vom 7.10.1974).

¹⁸³ Vgl. W. SEUFFERT, Über geheime Abstimmungen, 1978, hier S. 18 f.

deren Mitglieder des Präsidiums dafür –, aber sie wurde schließlich verworfen.¹⁸⁴ Mit der Absprache von CDU und SPD über den besonderen Wahlmodus war das ohnehin obsolet. Zusätzlich einigte man sich auf die Verwendung von Wahlumschlägen – ein Novum in der DDR –, sowie auf »zwei gläserne Wahlurnen«, die dann zur Auszählung auf zwei Tischen im Plenarsaal geleert werden sollten.¹⁸⁵

Der genaue Ablauf der Wahlen am 5. April ist aus mehreren Gründen interessant. Nachdem der Alterspräsident Lothar Piche (DSU) die Sitzung eröffnet hatte, stellten Vertreter der einzelnen Fraktionen ihren Kandidaten dem Plenum jeweils kurz vor. Normalerweise ist das in Parlamenten nicht üblich und vor allem auch nicht nötig, da diese Funktion in der Regel von langjährigen, renommierten Abgeordneten übernommen wird. In der Volkskammer hingegen war es unerlässlich, weil man einander nicht kannte.¹⁸⁶ Nach der Vorstellungsrunde erklärte Piche detailliert das weitere Vorgehen und eröffnete die Wahl. Zuerst holten die Abgeordneten vor dem Plenarsaal ihren Stimmzettel ab, machten dort in den Konferenzräumen 1 und 2 in jeweils 8 »für die Presse nicht erreichbar[en]«¹⁸⁷ Wahlkabinen ihr Kreuz und kehrten dann wieder in den Saal zurück, um den Zettel in eine der beiden, auf zwei Tischen rechts und links des Präsidiumstischs aufgestellten Plexiglasurnen¹⁸⁸ zu werfen. Gefilmt wurde davon vom Fernsehen nur das, was sich im Plenarsaal abspielte.¹⁸⁹

Doch weshalb transparente Urnen? Ein Vergleich mit anderen Parlamenten zeigt, dass das nicht unbedingt selbstverständlich ist. Zwar bedient sich auch der Deutsche Bundestag seit 1961 – verplombter – Plexiglasurnen.¹⁹⁰ Aber ein derart gesteigertes Bedürfnis nach Transparenz der Wahlhandlung existiert in Italien oder Frankreich beispielsweise nicht: Die italienische *Camera dei Deputati* nutzt als Urne für Wahlen in der Kammer einen mit grünem Satin ausgekleideten Weidenkorb, *l'insalatiera* – die Salatschüssel – genannt. Sie gehört seit 1918 zum Inventar der Kammer, das der Architekt des Erweiterungsbaus des *Palazzo Montecitorio*, Ernesto Basile, bei der Konzeption des neuen Plenarsaals gleich mit entworfen hatte. In der *Assemblée nationale* in

¹⁸⁴ Protokoll der Besprechung am 29. März 1990, BArch DA 1/19094. In der Fraktionssitzung der CDU/DA am 4. April 1990 bat übrigens Bertram Hönicke darum, über die Stellvertreter nicht *en bloc* abzustimmen, auch wenn das mehr Arbeit bedeute, »sonst kann uns ja sonst was untergejubelt werden«, ACDP TA 07-012 6101.

¹⁸⁵ »Legende für die geheime Wahl des Präsidenten der Volkskammer«, BArch DA 1/18741.

¹⁸⁶ Bei der Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums, bat Werner Schulz (B90/Grüne) sogar ausdrücklich darum, dass die Kandidaten bei Nennung ihres Namens aufstehen, damit alle sehen konnten, um wen es sich handelt, PV, 1. Tagung am 5. April 1990, S. 7.

¹⁸⁷ »Legende für die geheime Wahl des Präsidenten der Volkskammer«, BArch DA 1/18741.

¹⁸⁸ Zur symbolischen Bedeutung der Urne vgl. O. IHL, *L'urne électorale*, 1993 sowie Y. DÉLOYE/O. IHL, *L'acte de vote*, 2008, S. 107–170.

¹⁸⁹ Siehe allerdings den kurzen Bericht der »Aktuellen Kamera am Abend« vom 5. April 1990, der die Wahlkabinen vor dem Plenarsaal zeigt: DRA, ID-Nr. 073282.

¹⁹⁰ Noch in der ersten Wahlperiode wurden die Stimmzettel in einem von Hans Schwippert entworfenen und von dem Metallplastiker Joseph Jaekel gestalteten Messinggefäß gesammelt, in das die Wappen aller – damals elf – (westlichen) Bundesländer und Berlins eingraviert waren. Die Urne ist im Deutschen Bundestag ausgestellt. Während der zweiten und dritten Wahlperiode nahm man dann rechteckige, ebenfalls undurchsichtige Kästen als Urne.

Paris verwendet man je nach Bedarf eine oder mehrere klassizistische grüne Vasen mit Goldrand, antiken Urnen nachempfunden und schon seit der Französischen Revolution für diesen Zweck im Einsatz.¹⁹¹ Auch sie sind nicht transparent.



Abb. 44 Wahl des Präsidenten der Volkskammer am 5. April 1990, 2. Wahlgang, Stimmabgabe im Plenarsaal

Allerdings geraten bei der Verwendung nicht-transparenter Urnen zwei Forderungen miteinander in Konflikt. Einerseits soll eine geheime Wahl garantiert werden, und das erstreckt sich eben nicht nur auf die tatsächliche Stimmabgabe, die, vor den Blicken anderer geschützt, gewöhnlich in einer Wahlkabine oder hinter einem Vorhang stattfindet – das war auch in der Volkskammer der Fall –, sondern eben auch darauf, dass nicht nachvollziehbar sein sollte, wer welchen Stimmzettel in die Urne wirft. Eine undurchsichtige Urne sichert also größtmögliche Anonymität der Wahl. Sie erleichtert andererseits aber auch Wahlbetrug, denn die Kontrolle des Grundsatzes *one man, one vote* ist damit nicht mehr gewährleistet oder zumindest erschwert.¹⁹²

Mit der Nutzung der transparenten Urne soll diese Form von Betrug ausgeschlossen werden. Doch was die beiden Wahlakte, die am 5. April im Palast der Repub-

¹⁹¹ Vgl. C. BIGAUT, *Votations parlementaires*, 2001.

¹⁹² Aus diesem Grund sind in Frankreich bei Wahlen seit 1988 per Gesetz durchsichtige Urnen vorgeschrieben (Code électoral, Article L 63). Die Vasen der *Assemblée nationale* bilden eine Ausnahme. In Deutschland ist es genau umgekehrt: Dort gibt es transparente Urnen im Parlament, undurchsichtige bei Bundestags-, Landtags- und sonstigen Wahlen. Vgl. auch O. IHL, *Vote public*, 2001 u. DERS., *L'urne électorale*, 1993, S. 49–54 sowie die Arbeiten von Hubertus Buchstein: H. BUCHSTEIN, *Öffentliche Stimmabgabe*, 2002 u. DERS., *Freie Parlamentswahlen*, 1998.

lik über die Bühne gingen, so besonders machte, war weniger die Art der Urne, sondern vor allem die Art der Stimmauszählung. Sie fand, anders als gemeinhin üblich, vor aller Augen im Plenarsaal statt. Um einen Tisch vor der Ministerratsbank, der zusätzlich durch eine Schnur von den Abgeordneten abgetrennt war, versammelten sich, nachdem alle Stimmen abgegeben waren, der Direktor der Volkskammer Herbert Kelle, der die Auszählung leitete, und die 14 Schriftführer der Fraktionen. Kelle nahm jeden einzelnen der 390 abgegebenen Stimmzettel, verlas, mit dem Zusatz »Abgeordneter« oder »Abgeordnete« versehen, laut den dort angekreuzten Vornamen und Namen, sofern vorhanden auch den akademischen Titel, und gab den Zettel dann an die Schriftführer weiter, die ihn auf einen von fünf Stapeln legten. Erst in einem zweiten Schritt wurden die Stapel ausgezählt.



Abb. 45 u. 46 Wahl des Volkskammerpräsidenten am 5. April 1990, Sortieren und Verlesen der Stimmzettel im Plenarsaal

Die Entscheidung der Volkskammer, den Wahlvorgang so und nicht anders abzuwickeln, ist vor allem vor dem Hintergrund der Erfahrungen zu sehen, die die DDR-Bürger mit Wahlen im Allgemeinen und mit den manipulierten Kommunalwahlen im Mai 1989 im Besonderen gemacht hatten. Denn obwohl schon das alte Wahlgesetz von 1976 die Öffentlichkeit der Stimmauszählung vorgeschrieben hatte, war die Praxis der Auszählung in der DDR bis zu diesem Zeitpunkt eher »von dem Bemühen der Wahlvorstände geprägt, Einblicke der interessierten Öffentlichkeit zu minimieren«.¹⁹³ Offiziell nahm sich das natürlich anders aus: »Unter den Augen der Öffentlichkeit werden die Wahlurnen ausgeschüttet und dann beginnt die Auszählung der Stimmen« kommentierte Hans-Joachim Jahn am Abend des 7. Mai 1989 die Bilder der *Aktuellen Kamera* aus einem der Wahllokale. In einer Aktion staatlich inszenierter Pseudotransparenz beobachteten die Menschen dort, dichtgedrängt an den Wänden stehend, wie die Urnen geleert und die Stimmen gezählt wurden.¹⁹⁴ Der Vorsitzende der Wahlkommission der DDR, Egon Krenz, konnte noch am selben

¹⁹³ § 37 (1) WahlG vom 24. Juni 1976, GBl. DDR I. S. 301; H. M. KLOTH, Zettelfalten, 2000, S. 108.

¹⁹⁴ Aktuelle Kamera am Abend vom 7. Mai 1989.

Abend das Ergebnis von 98,85 Prozent der Stimmen für die Kandidaten der Nationalen Front bei einer Wahlbeteiligung von 98,77 Prozent verkünden.¹⁹⁵

Das war die makellose Fassade. Dahinter hatte einmal mehr in der Geschichte der DDR eine Wahlfälschung größten Stils stattgefunden. Es waren beispielsweise mehr Stimmen abgegeben worden, als es Wähler gab, Nein-Stimmen wurden nicht zur Kenntnis genommen und bei der Zusammenfassung der Ergebnisse aus den einzelnen Wahllokalen blieb ausreichend Gelegenheit für weitere Manipulationen. Trotzdem wurde die Kommunalwahl 1989 zum »Katalysator der Demokratiebewegung« und zur entscheidenden Zäsur bei der Auflehnung gegen das Regime.¹⁹⁶ Das lag an den Mitgliedern von zahlreichen Bürgerrechtsgruppen, die den Gesetzestext ernst genommen und unter hohem persönlichen Risiko in den Wahllokalen die Auszählung kontrolliert, Listen geführt, die Abweichungen festgehalten und die Verantwortlichen schließlich mit den Resultaten konfrontiert hatten.

Diese Geschehnisse bildeten die Folie für das, was sich am 5. April in der Volkskammer abspielte. Das Prozedere dort sollte das genaue Gegenteil sein: so viel Transparenz und Kontrolle wie irgend möglich. Deshalb die transparenten Urnen und die Auszählung *coram publico*. Im Grunde genommen war die Art, wie an diesem Donnerstag gewählt und ausgezählt wurde, aber auch eine exakte Kopie des 13. November 1989. An diesem Tag waren bei der Wahl Günther Maleudas zum Volkskammerpräsidenten erstmals die »gläsernen« Urnen zum Einsatz gekommen und die Wahlzettel vor aller Augen direkt im Plenarsaal gezählt worden.¹⁹⁷ Diesen Ablauf kannte Maleuda, er war sogar allgemein als vorbildlich gelobt worden. Aus seiner Sicht sprach daher alles dafür, genau so noch einmal vorzugehen, obwohl damals schon die Umständlichkeit und Langatmigkeit des Verfahrens kritisiert wurde.¹⁹⁸ Das war wohl auch der Grund, warum die Verwaltung der Volkskammer, die für den Ablauf der konstituierenden Sitzung zuständig war, bevor ein neues Präsidium diese Aufgabe übernahm, dieses Verfahren exakt wiederholte.

Natürlich gebe es moderne technische Mittel, eine solche Abstimmung viel zügiger abzuwickeln. Dessen sei man sich auch in der Volkskammer bewusst, räumte der Kommentator im DFF ein. Zum Beispiel hatten noch während der letzten Sitzungen der 9. Volkskammer diverse Firmen Angebote zur Installation elektronischer Abstimmungsanlagen bei der Verwaltung der Volkskammer eingereicht.¹⁹⁹ Aber, so fuhr der Kommentator fort, eine

¹⁹⁵ ND vom 8. Mai 1989.

¹⁹⁶ H. M. KLOTH, Zettelfalten, 2000, S. 115.

¹⁹⁷ Einen Unterschied gab es nur bei der Wahl der anderen Mitglieder des Präsidiums, sie fand am 13. November offen und *en bloc* statt. Vgl. Kap. Vorgeschichte, S. 38.

¹⁹⁸ Protokoll der Besprechung am 29. März 1990, BArch DA 1/19094.

¹⁹⁹ Vgl. BArch DA 1/17909. So zum Beispiel eine in Köln ansässige Firma, die sich durch den »technische[n] Abstimmungsvorgang bei der Wahl des Herrn Krenz zum Staatsratsvorsitzenden« veranlasst sah, der Volkskammer ein Angebot für eine Anlage zu schicken. Alle Interessen wurden allerdings auf eine Entscheidung durch das Präsidium der kommenden Volkskammer vertröstet. Schreiben an Volkskammerpräsident Sindermann vom 29. Oktober 1989, ebd.

»solche rein technische Lösung [hätte] den Nachteil, dass die Stimmabgabe doch anonym bliebe und dass sich sowohl für die Abgeordneten als auch für Sie, meine Damen und Herren, die Sie die Tagung über den Bildschirm verfolgen, dass es Ihnen nicht möglich wäre, die jeweilige Entscheidung auch personell nachzuvollziehen.«²⁰⁰

Das war Unsinn, denn »personell nachvollziehen« konnte man die Entscheidung natürlich auch mit dem am 5. April angewandten Verfahren nicht. Zu sehen war lediglich, wie die Abgeordneten ihre Zettel in die Urnen warfen und wie diese sich langsam füllten, doch wer wie abgestimmt hatte, konnte man nicht erkennen. Ihr Kreuz hatten die Parlamentarier schließlich in der Wahlkabine gemacht. Und wirklich viel sehen konnten die Fernsehzuschauer durch das Gedränge vor den Urnen ohnehin nicht. Die Abgeordneten schoben sich an den Kästen vorbei in zwei Reihen aus dem Saal heraus- und wieder hinein. Es konnte lediglich kontrolliert werden, ob sich die Schriftführer möglicherweise verzählten. Genau das taten die Abgeordneten, die während der Auszählung alle im Saal blieben, auch. Erstaunlich viele unter ihnen sieht man während dessen Strichlisten führen.²⁰¹ Aus diesem Grund konnten die CDU-Mitglieder auch schon in Jubel und langanhaltenden Beifall für Sabine Bergmann-Pohl ausbrechen und beginnen, ihr zu gratulieren, als die Auszählung offiziell noch gar nicht abgeschlossen war.²⁰²

Das Verfahren in der Volkskammer war damit zwar so transparent und nachvollziehbar wie nur irgend möglich, eine Demonstration demokratischen Wählens *par excellence*, aber es war auch ungeheuer umständlich und langwierig. Auch wenn von Beginn an klar war, dass die Sitzung anders verlaufen würde als alles, was man, mit Ausnahme des November 1989, bisher aus dem Palast der Republik kannte, hielt der Tag doch einiges an Überraschungen und Ungewissheiten parat. Der erste Wahlgang nahm mit circa 15 Minuten für die Abgabe der Stimmen und 30 Minuten für die Auszählung insgesamt 45 Minuten in Anspruch, der zweite, mit dem man nicht gerechnet hatte, dauerte dann noch einmal so lange. Der eher komplizierte Modus für die Ermittlung der anderen Mitglieder des Präsidiums erforderte noch einmal geraume Zeit.

Demokratische Verfahren sind langwierig, zumindest das konnte jeder nun sehen. Doch was war angemessen? Erfahrungswerte hatte man nicht. Die Wahl des vorletzten Volkskammerpräsidenten Horst Sindermann war noch »eine Sache von wenigen Minuten« gewesen, weil »natürlich alles vorher abgestimmt und abgesprochen« war.²⁰³ Diejenige Günther Maleudas am 13. November 1989 dauerte schon knapp 2 Stunden – allein weil eine Stichwahl nötig wurde –, die offene *en-bloc*-Abstimmung über seine Stellvertreter dann jedoch nicht wesentlich mehr als fünf Minuten.²⁰⁴ Demgegenüber war der Wahlakt vom 5. April unbestreitbar etwas zäh, was ihm offensichtlich einiges von seiner Wirkung nahm. Bilder von wartenden, sich unterhaltenden Abgeordneten

²⁰⁰ 2. Tagung am 12. April 1990: 0:24:21–0:24:50.

²⁰¹ Dieses Bild ist schon von der 9. Volkskammer bekannt.

²⁰² 1. Tagung am 5. April 1990: 1:37:27–1:37:54.

²⁰³ Kommentar 1. Tagung am 5. April 1990: 0:23:42.

²⁰⁴ Vgl. die Aufzeichnungen DRA ID Nr. 168427, 168431 u. 168433.

wirken nicht besonders feierlich. Jedenfalls begann sich sowohl bei den Abgeordneten als auch bei den Journalisten nach einer gewissen Zeit Ungeduld breitzumachen, bei den Fernsehzuschauern vermutlich auch. Dem erleichterten Klatschen, das unter den Abgeordneten aufkam, war deutlich anzumerken, dass sich viele eine Straffung des Verfahrens wünschten. Und auch die Kommentatorin war ungeduldig geworden, die noch vor der Wahl der Stellvertreter die Hoffnung geäußert hatte: »Da nicht namentlich aufgerufen wird, wird es dieses Mal hoffentlich etwas schneller gehen.«²⁰⁵

Doch auch wenn diese konstituierende Sitzung insgesamt neuneneinhalb Stunden dauerte, (mit mehreren Unterbrechungen, unter anderem einer eineinhalbstündigen Mittagspause) – verglichen mit der Praxis in anderen Parlamenten ist ein derartig zeitaufwendiges Prozedere eher die Regel als die Ausnahme. In Italien werden bei der Wahl des Parlamentspräsidenten zu Beginn der Legislaturperiode die Abgeordneten einzeln namentlich aufgerufen, gehen dann in die Wahlkabine und müssen dort den Namen des Kandidaten ihrer Wahl selbst auf den Wahlzettel schreiben. Es werden also nicht nur vorgegebene Namen einfach angekreuzt. Beim Auszählen der Stimmen durch Mitglieder des Präsidiums wird ebenfalls jeder Wahlzettel im Plenarsaal laut vorgelesen. Bis das Ergebnis feststeht, sind in der Regel mehrere Wahlgänge nötig, dementsprechend lange dauert die konstituierende Sitzung, hin und wieder sind es sogar mehrere Tage.

In Frankreich werden zuerst die Schriftführer vom Alterspräsidenten ausgelost, dann die Abgeordneten durch einen Saaldiener namentlich aufgerufen. Gewählt wird ebenfalls vor dem Plenarsaal, ihren Stimmzettel werfen die Abgeordneten in die direkt unterhalb des Präsidentenstuhls stehende Urne. Die Auszählung selbst, für die die Sitzung unterbrochen wird, findet nicht im Plenarsaal statt. Und auch der Deutsche Bundestag ruft die Namen der Abgeordneten einzeln, allerdings in sehr schneller Folge, auf, zur Auszählung der Stimmen durch die Schriftführer, die nicht im Saal stattfindet, wird die Sitzung unterbrochen.²⁰⁶

Doch die Volkskammer zog Konsequenzen und versuchte einen Kompromiss zu finden zwischen größtmöglicher Transparenz und Praktikabilität. Die Auszählung der Stimmen bei der Wahl des Ministerpräsidenten in der 2. Tagung fand zumindest vor dem Plenarsaal statt. Offensichtlich hatte man das Misstrauen recht schnell abgelegt, das noch in der ersten Sitzung eine Auszählung im Saal angeraten sein ließ. Jetzt betrachtete man die Kontrolle des Vorgangs durch die Schriftführer als ausreichend,

²⁰⁵ Kommentar I. Tagung am 5. April 1990: 2:11:02.

²⁰⁶ Bis zur 9. Wahlperiode dauerte die konstituierende Sitzung des Deutschen Bundestages im Schnitt zwei Stunden, was unter anderem daran lag, dass sich die Fraktionen jeweils zuvor darauf geeinigt hatten, bei der Wahl der Vizepräsidenten von den Vorgaben der Geschäftsordnung abzuweichen und auf eine geheime Wahl zu verzichten. Das änderte sich mit der 10. Wahlperiode und dem Einzug der Grünen ins bundesdeutsche Parlament. Zum einen kam es jetzt verstärkt zu Geschäftsordnungsdebatten, zum anderen wurden auch die Vizepräsidenten des Bundestages geheim gewählt. Die konstituierende Sitzung der 10. Wahlperiode dauerte so insgesamt acht Stunden, die der 11. siebeneinhalb und diejenigen des ersten gesamtdeutschen Parlaments im Dezember 1990 knapp sechseinhalb.

weder die übrigen Abgeordneten noch die Kameras wurden dafür mehr gebraucht. Für die Wahl der Mitglieder des Ministerrats am selben Tag kündigte Vizepräsident Höppner eigens an, dass die Wahl selbst zwar an derselben Stelle, sprich im Plenarsaal, stattfinden werde, und sie insofern wieder öffentlich sei, aber sobald der Wahlgang abgeschlossen sei, die Beratungen fortgesetzt würden.²⁰⁷

Spenden

In einem symbolischen Kontext sind auch die mehrfach und sehr öffentlichkeitswirksam im Plenarsaal stattfindenden Spendenaktionen zugunsten sozialer und humanitärer Zwecke zu sehen, bei denen die Abgeordneten vor laufender Kamera Geld sammelten. Die Spendenbereitschaft unter den Parlamentariern war hoch. Unter anderem auch deshalb, weil sie seit Verabschiedung der Diätenregelung einem Dauerfeuer öffentlicher Kritik ausgesetzt waren.²⁰⁸ Sie mussten sich gegen den Vorwurf zur Wehr setzen, im Vergleich zu allen anderen DDR-Bürgern für ihre Arbeit als Parlamentarier zu viel zu verdienen. Aber die Sammelaktionen nur allein als Reaktion auf die Proteste zu sehen greift zu kurz. Vielen war es ein wirkliches Bedürfnis zu spenden, weil ihnen die Höhe ihres Gehalts selbst unangenehm war. Reinhard Höppner beispielsweise entgegnete auf einen der vielen Briefe, in denen sich Bürger über die angeblich zu hohen Diäten beschwerten, dass er einen Teil davon für wohltätige Zwecke zur Verfügung stelle.²⁰⁹

Erstmals hatte sich am 22. Juni der Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit Hans-Wilhelm Ebeling während der Plenarsitzung an die Abgeordneten und – via Bildschirm – an alle DDR-Bürger mit der Bitte gewandt, für die Erdbebenopfer in Iran zu spenden. Am Tag zuvor hatte am Kaspischen Meer ein verheerendes Beben der Stärke 7,7 zwischen 40- und 50 000 Tote und unzählige Verletzte gefordert. Die Kamera filmte während der eindringlichen Bitte Ebelings die Reihen der Abgeordneten. Nach deren Beifall trat, bevor Reinhard Höppner zum nächsten Tagesordnungspunkt, der Fragestunde, übergehen konnte, Andreas Amende (SPD) an eines der Saalmikrofone und schlug vor: »Wir könnten doch gleich jetzt hier sammeln«²¹⁰ und erklärte sich auch sofort bereit, die Sache zu organisieren. Die Kameras folgten ihm ein Stück auf seinem Weg aus dem Saal, dann richteten sie ihre Aufmerksamkeit auf den Minister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft Peter Pollack, der inzwischen ans Rednerpult gegangen war, um Fragen zu seinem Geschäftsbereich zu beantworten.

Betrachter dieser Aufnahme konnten allerdings schon eine zunehmende Unruhe im Saal bemerken, immer wieder liefen Abgeordnete, die ihre Plätze verlassen hatten, durchs Bild. Schließlich wandte sich die Kamera vom Minister ab und zeigte nicht

²⁰⁷ PV, 2. Tagung am 12. April 1990, S. 35.

²⁰⁸ Vgl. zur Regelung der Diäten in der Volkskammer Kap. 2, S. 159–164.

²⁰⁹ Antwort Höppner vom 1. August 1990 auf eine Zuschrift, BArch DA 1/16731.

²¹⁰ PV, 17. Tagung am 22. Juni 1990, S. 636 f. bzw. 0:34:58.

mehr ihn, sondern in Großaufnahme einen Tisch auf der linken Saalseite mit einer jener beiden durchsichtigen Plexiglas-Urnen, die in der konstituierenden Sitzung für die Wahl des Präsidiums genutzt worden waren, und um die sich nun Abgeordnete drängten.²¹¹ Auch ein Fotograf stand inzwischen dort, um die Szene festzuhalten. Pollack war in diesem Moment nur noch zu hören. Stattdessen zeigte das Fernsehen, wie immer mehr Abgeordnete Amendes Vorschlag als Aufforderung betrachteten und zur Urne gingen. Das war der Moment, in dem Höppner die Sitzung unterbrach, weil es ihm »zu sehr in Pause« überging. Pollacks Antwort sei zu wichtig, um sie in der allgemeinen Unruhe untergehen zu lassen. »Wenn das Spenden Ihnen jetzt so wichtig ist, dann unterbrechen wir jetzt hier für drei Minuten.«²¹² Auch die Kameraleute entzogen dem Minister ihre Aufmerksamkeit, sie filmten eine Totale durch die gesamte Breite des Saals von links nach rechts am Präsidiumstisch entlang, mit dem Fluchtpunkt auf den sich um den Tisch mit der Urne drängenden Abgeordneten. Pollack befand sich in dieser Einstellung genau in der Mitte des Bildes und wirkte sehr verloren.²¹³ Schließlich galt in einer Totalen von der Rückwand des Saals nach vorne das Interesse nur noch den beiden Tischen.²¹⁴ Zum Schluss, nach insgesamt gut vier Minuten, er hatte sein selbst gesetztes Limit damit exakt eingehalten, erteilte Höppner dem Minister wieder das Wort, der seinen Beitrag noch einmal von vorne beginnen musste. Amende gab noch in der laufenden Sitzung öffentlich das Ergebnis der Sammlung bekannt: 20200 Mark der DDR plus 220 DM, was von den Abgeordneten mit Beifall quittiert wurde. Auch Minister Ebeling bedankte sich.²¹⁵

Die zweite Sammlung gab es gleich in der darauffolgenden Sitzung. Dieses Mal wandte sich Jens Reich (Bündnis 90/Grüne) an die Abgeordneten und berichtete über eine Ferienaktion für die Kinder von Tschernobyl, für die dringend Geld benötigt wurde. Nach dem GAU im Atomreaktor der ukrainischen Stadt am 26. April 1986 waren die Stadt und deren Umgebung massiv radioaktiv verstrahlt. Die dort lebenden Kinder wurden für die Sommerferien eingeladen, um sich für weit weg von der Gefahrenzone ein wenig erholen zu können. Reich nutzte wie Ebeling die Anwesenheit des Fernsehens und gab Namen und Adresse einer Verantwortlichen bekannt, falls jemand weitere Informationen brauche. Den Abgeordneten war dazu bereits ein Brief auf ihre Pulte gelegt worden.

Da es Ende Juni war und die Währungsunion kurz bevorstand, schlug Jochen Steincke (Die Liberalen) vor: »Stellen Sie vorn einen Karton hin, wir legen rein, und organisieren Sie doch dann mit der Bank den Umtausch«. Auf den Zwischenruf »Nach der Währungsunion!« präzierte er: »Dann packen wir jetzt das Doppelte rein, wir haben doch keine Zeit, ehe die Banken durch sind, ist der 15. oder 31.7. Macht es doch

²¹¹ Zur Urne vgl. den vorigen Abschnitt.

²¹² Ebd., 0:35:12.

²¹³ Ebd., 0:35:21.

²¹⁴ Ebd., 0:36:54.

²¹⁵ Er teilte bei dieser Gelegenheit über das Fernsehen die Nummer des bei der Staatsbank der DDR eingerichteten Spendenkontos mit, PV, 17. Tagung am 22. Juni 1990, S. 658.

kurz und helf!«²¹⁶ Reinhard Höppner wickelte diese zweite Aktion inzwischen schon sehr routiniert ab und schlug vor, wieder die beiden »vertrauten gläsernen Kästen« aufzustellen. Am Abend konnte Sitzungsleiter Stefan Gottschall dann verkünden, dass insgesamt 4595 Mark plus 120 DM zusammengekommen waren.²¹⁷

Der dritte Spendenaufruf am 22. August erging zugunsten eines Ferienlagers für behinderte Kinder am Scharmützelsee, südöstlich von Berlin gelegen, dessen Finanzierung gefährdet war. Dieses Mal war die Angelegenheit bereits so weit institutionalisiert, dass die Präsidentin der Volkskammer selbst die Aufgabe übernahm, an die Großzügigkeit der Abgeordneten zu appellieren, und im Auftrag des Behindertenverbandes sogar ein konkretes Spendenziel nannte, nämlich 30 000 DM.²¹⁸ Das Präsidium hatte eindeutig aus den vorigen Aktionen gelernt und sich vorbereitet: Um den laufenden Parlamentsbetrieb nicht zu stören, standen die Urnen schon bei Sitzungsbeginn bereit und zur Sammlung selbst wurde eine Sitzungspause genutzt. Der Plan einer möglichst zügigen und geräuschlosen Abwicklung schlug aber dennoch fehl, weil die meisten Abgeordneten doch wieder erst in letzter Minute und gleichzeitig zum Tisch strömten. Weil die Urne schon für den nächsten Tagesordnungspunkt gebraucht wurde, es stand die Abstimmung über das Wahlgesetz an, drängte Bergmann-Pohl zur Eile, diejenigen Abgeordneten, die spenden wollten, sollten das »sofort« tun.²¹⁹



Abb. 47 Spendensammlung im Plenarsaal am 22. August 1990

²¹⁶ PV, 18. Tagung am 28. Juni 1990, S. 687. (Wegen einer Bild- und Tonstörung in den Aufzeichnungen setzt die Fernseh-Übertragung erst später ein.)

²¹⁷ Ebd., S. 730.

²¹⁸ PV, 29. Tagung am 22. August 1990, S. 1355 bzw. 0:02:42–0:03:47.

²¹⁹ Ebd., 0:53:10–0:56:40.

Die Auszahlung ergab 13,465 DM plus »250 Schilling«²²⁰ Dass die Öffentlichkeit dem ungewöhnlichen Treiben im Plenarsaal aufmerksam zusah, erwies sich tags darauf: Der FC Berlin hatte den Spendenbetrag um 10 000 DM erhöht.²²¹

Der 17. Juni 1990

In die Kategorie Symbolpolitik gehört zweifelsohne auch die Sondertagung der Volkskammer am 17. Juni. Reinhard Höppner bezeichnete sie ein Jahr später in einem Artikel in *Die Zeit* als einen der »dramatischsten Tage der kurzen Geschichte des ersten frei gewählten Parlaments der DDR.«²²² Und der Untertitel des Artikels »Der letzte 17. Juni in der DDR – zwischen Pathos und Panik« beschreibt die damals in der Kammer herrschende Atmosphäre ziemlich präzise. Anlässlich des Jahrestages des DDR-Volksaufstands von 1953 hatten sich bereits am Morgen die Abgeordneten der Volkskammer und des Deutschen Bundestages im Schauspielhaus am Ost-Berliner Gendarmenmarkt zu einer Feierstunde eingefunden. Angeregt worden war sie von westdeutscher Seite, nämlich von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Heinrich Lummer, der seine Idee in einem Brief an die Volkskammerpräsidentin folgendermaßen begründet hatte:

»Da die DDR unter veränderten historischen Bedingungen ohnehin gehalten sein wird[,] ihre jüngere Geschichte aufzuarbeiten, wozu auch der 17. Juni gehört, erscheint es mir vernünftig zu sein, für dieses Jahr eine gemeinsame Veranstaltung beider deutscher Parlamente in Berlin zu planen.«²²³

In der Bundesrepublik war der 17. Juni 1953 bis zur Wiedervereinigung ein zentrales Datum deutscher Erinnerungskultur, symbolisch hochaufgeladen und von 1954 bis 1990 als »Tag der deutschen Einheit« gesetzlicher Feiertag.²²⁴ Das Datum hatte zwar im Lauf der Zeit etwas an Strahlkraft eingebüßt, war aber insbesondere während der christlich-liberalen Koalition unter Helmut Kohl wieder zum Moment nationaler Selbstvergewisserung aufgewertet worden. Laut Edgar Wolfrum war »diese Restauration« der Versuch, »Identität wieder stärker rituell und weniger diskursiv zu konstruieren.«²²⁵

In der DDR hingegen herrschte staatlicherseits verständlicherweise nie ein besonders großes Interesse, an diesen Tag eigens zu erinnern – schließlich handelte es sich um ein nationales Trauma. Der offiziellen Verlautbarung gemäß hatte es sich bei den

²²⁰ PV, 29. Tagung am 22. August 1990, S. 1362.

²²¹ PV, 31. Tagung am 23. August 1990, S. 1428.

²²² »Beinahe ein Tag der Einheit«, *Die Zeit* vom 14. Juni 1991. Vgl. auch R. HÖPPNER, Beitritt zum heutigen Tage, 2000, S. III ff.

²²³ Vgl. das Schreiben Lummers an die Präsidentin der Volkskammer vom 10. April 1990, BArch DA 1/16629.

²²⁴ Vgl. dazu E. WOLFRUM, *Geschichtspolitik und deutsche Frage*, 1998; E. FRIE, 17. Juni, 2006; I.-S. KOWALCZUK, 17. Juni 1953, 2013.

²²⁵ E. WOLFRUM, *Geschichtspolitik und deutsche Frage*, 1998, S. 411.

Ereignissen im Juni 1953 um einen »faschistischen«²²⁶ oder »gegenrevolutionären Putschversuch mit operativer Anleitung aus dem Westen« gehandelt. So formulierte es jedenfalls der Ministerratsvorsitzende Otto Grotewohl auf dem 15. Plenum des ZK der SED am 24. Juli 1953. Der Tag wurde tabuisiert: »In der DDR war er so verdrängt, dass jeder um ihn wusste.«²²⁷

Doch schon die Planung der Veranstaltung im Schauspielhaus erwies sich als kompliziert. Im Präsidium der Volkskammer waren verschiedene Möglichkeiten einer gemeinsamen Veranstaltung diskutiert worden. Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/Grüne) plädierte für ein symbolisches Gedenken an die Opfer des 17. Juni in Anwesenheit der vier Siegermächte, eventuell am Potsdamer Platz. Reinhard Höppner (SPD) war unentschlossen, meinte aber, auf irgendeine Weise müsse der Tag begangen werden. Die Präsidiumsmitglieder sollten das Thema in ihren Fraktionen ansprechen, um die Meinungen dort zu sondieren. Eine Veranstaltung am Potsdamer Platz oder auch am Brandenburger Tor sei denkbar. Eine Sondersitzung der Parlamente, gleichzeitig, aber an unterschiedlichen Orten, mit Austausch von Gästen auch.²²⁸ Eine ebenfalls ins Auge gefasste gemeinsame Plenarsitzung beider vollständigen Parlamente jedoch schied aus, denn dem standen völkerrechtlichen Probleme und Vorbehalte der Alliierten entgegen. Allein Ost-Berlin als Ort zu wählen hätte die Sowjetunion brüskieren können, weshalb sich Höppner bei der sowjetischen Botschaft rückversicherte, ob dagegen Bedenken bestünden. Er plädierte aus diesem Grund auch dafür, den 17. Juni nicht als »Tag der deutschen Einheit« zu begehen und ihn möglichst »unverfänglich« zu gestalten. Mit einer Konfrontation mit der UdSSR sei niemandem gedient.²²⁹ Mit dem Schauspielhaus in Ostberlin waren die sowjetischen Verantwortlichen jedoch einverstanden.

Einen passenden Redner zu finden, dauerte ebenfalls seine Zeit. Nachdem die Schriftstellerin Christa Wolf abgesagt hatte, sollte Reinhard Höppner im Auftrag des Präsidiums mit einem weiteren Literaten, Günter de Bruyn, Kontakt aufnehmen, hatte aber offensichtlich keinen Erfolg.²³⁰ Schließlich, nachdem auch Friedrich Magirius, Pfarrer an der Leipziger Nikolaikirche, nicht zur Verfügung stand,²³¹ erklärte sich der Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, Manfred Stolpe, bereit, die Festrede zu halten. Die beiden Parlamentspräsidentinnen Rita Süßmuth und Sabine Bergmann-Pohl sprachen Grußworte, das Berliner Sinfonieorchester spielte Beethovens Egmont-Ouvertüre und Mendelssohns 5. Sym-

²²⁶ I.-S. KOWALCZUK, 17. Juni, 2013, S. 7.

²²⁷ E. FRIE, 17. Juni, 2006, S. 101.

²²⁸ Beschlußprotokoll der Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 17.4.1990, BArch DA 1/18793, S. 5.

²²⁹ Beschlußprotokoll der Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 2.5.1990, BArch DA 1/18793.

²³⁰ Beschlußprotokoll der Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 8.5.1990, BArch DA 1/18793.

²³¹ Beschlußprotokoll der 12. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 30.5.1990, ebd.

phonie. Und zuvor fanden noch zwei konfessionell getrennte Gottesdienste statt, ein katholischer in der St. Hedwigs-Kathedrale, ein evangelischer in der Marienkirche.

Im Anschluss an die Feierstunde war eine Sondertagung der Volkskammer anberaumt worden, auf deren Tagesordnung nur die jeweils 2. Lesung des sogenannten Verfassungsgrundsätze- und des Treuhandgesetzes standen, die also eigentlich keinen Bezug zu diesem Gedenktag hatte.²³² Den Beschluss, eine Sondersitzung durchzuführen, hatte die Volkskammer sehr kurzfristig, erst zwei Tage zuvor, gefasst, um genügend Zeit für die 2. Lesung des Treuhandgesetzes zu haben.²³³

Es konnte, so Reinhard Höppner rückblickend, »[n]iemand [ahnen], wie sehr der Tag der Deutschen Einheit die Phantasie der Abgeordneten beflügeln und sie zu herausragenden Aktivitäten anregen würde.«²³⁴ Denn offensichtlich fühlten sich gleich mehrere Fraktionen durch dieses besondere Datum animiert, viel Grundsätzlicheres als die angesetzten Tagesordnungspunkte zu diskutieren. Zumindest leise angedeutet hatte sich das bereits zwei Tage zuvor, als laut Höppner die ersten Gerüchte kursierten, am 17. Juni solle auch über den Beitrittstermin verhandelt werden. Die CDU/DA-Fraktion war am 12. Juni mit einem Sechs-Punkte-Programm an die Öffentlichkeit getreten, nach dem »im Sommer« der Beitritt erklärt werden, und das Grundgesetz auf dem Gebiet der DDR dann zwischen den Landtagswahlen im September und gesamtdeutschen Wahlen im Dezember in Kraft treten sollte.²³⁵ Sie hatte sich ausdrücklich nicht auf ein konkretes Datum festgelegt, weil die Entwicklung der Zwei-plus-vier-Verhandlungen sowie der Verlauf der deutsch-deutschen Gespräche berücksichtigt werden mussten. Doch diese Unbestimmtheit setzte eine Diskussion in Gang, die bis in den August andauern sollte, und in der bald ein Datum das nächste jagte.²³⁶ Als nächstes preschten die Liberalen vor, die den Beitritt mit der Ratifizierung des Staatsvertrages im Juni erklären wollten. Am 17. Juni erreichte die Debatte ihren ersten Höhepunkt.

Die Tagung selbst geriet geradezu zum Massenauflauf westdeutscher Politprominenz. Viele der Bonner Spitzenpolitiker nutzten ihre Anwesenheit in der Stadt anlässlich der Feierstunde auch zu einem Besuch der Volkskammer. Für die CDU saßen Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, der Verhandlungsführer für den Einigungsvertrag, Innenminister Wolfgang Schäuble, der Chef des Bundeskanzleramts Rudolf Seiters und der Generalsekretär der Partei, Volker Rühle, auf der Gästetribüne. Für die SPD hatten dort ihr Parteivorsitzender Hans-Jochen Vogel, die Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Stellvertretende Bundesvorsitzende Hertha Däubler-Gmelin, die SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs sowie Peter Conradi, Mitglied des Parteirats der SPD, Platz genommen. Und für die Grünen waren Petra Kelly und Gerd Bastian erschienen und beobachteten das Ge-

²³² VK Drs. 55 a u. 55 b.

²³³ PV, 14. Tagung am 15. Juni 1990, S. 487, 489, 492.

²³⁴ »Beinahe ein Tag der Einheit«, *Die Zeit* vom 14. Juni 1991.

²³⁵ »Beitritt nach Art. 23 noch im Sommer«, *NZ* vom 13. Juni 1990.

²³⁶ Offiziell festgelegt wurde der Termin erst in der Tagung vom 22./23. August 1990.

schehen unten im Saal.²³⁷ Immer wieder schwenkten zu Beginn der Sitzung die Fernsehkameras hoch zur Besuchergalerie und nahmen die einzelnen, getrennt voneinander sitzenden, Gruppen ins Bild.²³⁸

Kohl und die anderen CDU-Mitglieder hatten begleitet vom Beifall vieler Abgeordneter vor Beginn der Sitzung dort oben Platz genommen. Die DFF-Kommentatorin fand es erwähnenswert, dass zum ersten Mal überhaupt ein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland an einer Sitzung der Volkskammer teilnahm. Aber ihre Vermutung, dass seine Ankunft auf der Besuchergalerie ein Zeichen dafür sei, dass die Sitzung nun bald beginnen werde, erwies sich als falsch. Den hohen Gästen wie auch den Fernsehzuschauern wurde vorläufig einiges an Geduld abverlangt, weil die Sitzung, die ursprünglich für 14 Uhr angesetzt war, um 15 Uhr noch immer nicht begonnen hatte.²³⁹ Nicht nur die Kommentatorin wusste sich darauf anfangs keinen Reim zu machen.

Nachdem sich dann doch fast alle im Saal eingefunden hatten, verließ ihn die gesamte SPD-Fraktion auf einmal wieder. Erneut entstand eine Pause. Die Kameralaute vertrieben sich die Zeit mit Motivsuche, mal filmten sie in Gesamtaufnahme die leeren Bänke der SPD, mal Abgeordnete, die die Wartezeit mit Zeitunglesen überbrückten, mal Regierungsmitglieder, die angeregt diskutierten. Zwischendurch wurde immer wieder eine der beiden Saaluhren über den Eingangstüren herangezoomt, die mittlerweile 15.10 Uhr anzeigte. Für die Fernsehzuschauer wurde das ganze untermalt mit Musik, die der DFF zu seinen Bildern einspielte.

Grund für die Verspätung waren eilig einberufene Fraktionsitzungen. In ihnen musste geklärt werden, wie mit den zusätzlich eingebrachten Tagesordnungsanträgen verfahren werden sollte. Schon am Abend zuvor war durchgesickert, dass sowohl die DSU als auch einige Abgeordnete der CDU und sogar eine Gruppe um Konrad Weiß von Bündnis 90/Grüne plane, in der Sitzung jeweils den sofortigen Anschluss der DDR an das bundesdeutsche Staatsgebiet nach Art. 23 GG zu beantragen. Folge war eine nächtliche Krisensitzung der Fraktionsvorsitzenden mit dem Ministerpräsidenten. Reinhard Höppner bereute es nach eigenen Worten im Nachhinein, auf dieser Sitzung detailliert die verschiedenen Möglichkeiten erläutert zu haben, wie solch ein Antrag abgefasst werden konnte. Denn es sollte sich herausstellen, dass die Antragsteller das sozusagen als Gebrauchsanweisung verstanden und sämtliche Versionen durchspielten.

²³⁷ PV, 15. Tagung am 17. Juni 1990, S. 534. Der Stenographische Bericht erwähnt nicht alle der hier Genannten, sondern nur diejenigen, die von Reinhard Höppner offiziell begrüßt wurden.

²³⁸ 15. Tagung am 17. Juni 1990: 0:20:54–0:33:50 u. 0:48:08–0:48:16.

²³⁹ Es war also beileibe nicht so, wie Konrad Weiß sich zu erinnern meinte, dass nämlich Bundeskanzler Kohl ganze vier Stunden auf der Tribüne gesessen und gewartet habe, vgl. M. JANDER, Interview, 2001, S. 774. Paul Krüger hingegen behauptet, hinter den Kulissen habe es einen mehrstündigen interfraktionellen Disput gegeben. Nachdem eine einvernehmliche Lösung gefunden worden sei »und die Sitzung endlich beginnen konnte, waren viele hochkarätige Gäste und auch der Bundeskanzler bereits nicht mehr anwesend.« (P. KRÜGER, Zur Arbeit der CDU/DA-Fraktion 2000, S. 158 f.) Auch diese Schilderung ist nicht ganz korrekt.

Als die Sitzung endlich begann, forderte Jürgen Schwarz im Namen der DSU, noch bevor in die Tagesordnung eingetreten werden konnte, diese um einen Antrag auf Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 GG »zum heutigen Tag«, zu erweitern. Schwarz wurde dafür mit Pfui-Rufen bedacht. Bevor abgestimmt werden konnte, ob der verspätet eingebrachte Antrag überhaupt die nötige Zweidrittelmehrheit hatte, um auf die Tagesordnung gesetzt zu werden, meldete sich Konrad Weiß im Namen einer *ad hoc* gebildeten interfraktionellen Arbeitsgruppe zu Wort. Er erklärte, dass diese Gruppe ursprünglich ebenfalls geplant hatte, einen Antrag einzubringen, Mitglieder von CDU und SPD nach Fraktionssitzungen ihre Unterschriften allerdings wieder zurückgezogen hätten. Nachdem sein interfraktioneller Antrag durch diesen Rückzieher geplatzt war, blieb Konrad Weiß nur, die Gründe für sein Vorgehen zu erläutern. Er hätte einen Beitritt nach Art. 146 GG, also nach der Einberufung einer gesamtdeutschen verfassungsgebenden Versammlung, bevorzugt, nur sei das nicht durchzusetzen gewesen. Deshalb habe eine kleine Gruppe von Abgeordneten beschlossen,

»das kleinere Übel zu wählen, nämlich den gesetzlosen Zustand, der durch die zu erwartenden Verfassungsgrundsätze hergestellt wird, zu beenden und den Beitritt zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu beantragen, allerdings unter konkreten Konditionen.«²⁴⁰

Die SPD stufte das als Trotzreaktion ein, die Liberalen sprachen von versuchtem Harakiri.²⁴¹

Schließlich wurde der Antrag der DSU bei nur 92 Gegenstimmen als Tagesordnungspunkt 3 zugelassen, das heißt, die erforderlichen zwei Drittel der Abgeordneten waren dafür. Die neue Lage erforderte eine erneute Pause, damit die Fraktionen sich beraten konnten, so dass die Sitzung nach noch nicht einmal einer Viertelstunde bereits wieder unterbrochen war. Noch verfolgten die westdeutschen Besucher oben auf der Tribüne das Geschehen. Nach der Pause forderte die PDS vom Ministerpräsidenten eine Stellungnahme. De Maizière vermied es wohlweislich, Partei für die eine oder andere Seite zu ergreifen. Er bestand lediglich auf einer gewissenhaften Prüfung der Anträge und plädierte deshalb für Überweisung des DSU-Antrags in die Ausschüsse. Wie so oft an diesem Tag standen Abgeordnete auf, in diesem Fall die Koalitionsparteien SPD und CDU/DA, und spendeten ostentativ Beifall. Zuvor schon waren die Vertreter der westdeutschen Parteien von ihren Partnerfraktionen stehend mit Beifall und Jubel begrüßt worden. Nur die PDS, die oben auf der Tribüne niemanden hatte, den sie beklatschen konnte, wirkte beleidigt und kommentierte das Geschehen mit den Worten: »Wollen wir die Plätze tauschen? Die kommen runter, wir gehen rauf.«²⁴²

Es folgte die Aussprache zum DSU-Antrag. Die Enttäuschung war Hansjochim Walther (DSU) anzumerken, als er schließlich an der Reihe war und feststellen

²⁴⁰ PV, 15. Tagung am 17. Juni 1990, S. 536 f.

²⁴¹ Konrad Elmer, ebd., S. 537 sowie Rainer Ortleb ebd., S. 538.

²⁴² Zwischenruf von Uwe-Jens Heuer, PV, 15. Tagung am 17. Juni 1990, S. 535.

musste, dass die »hohe[n] Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland [...] [l]eider [...] zum Teil schon wieder nach Hause gegangen« waren.²⁴³ Während der Erklärung Lothar de Maizières hatten zumindest Hans-Jochen Vogel und Hertha Däubler-Gmelin noch ausgeharrt. Doch nun war von den Gästen niemand mehr da. Der Antrag verschwand schließlich in den Ausschüssen.

Gereizte Diskussionen, pathetische Auftritte, große Unruhe im Saal: Die gesamte Sitzung war gekennzeichnet durch eine aufgewühlte Stimmung. Thomas Lindenberger bezeichnete sie als eine jener »Sternstunden des Parlaments«, in denen in einer ergebnisoffenen Konstellation dem Austausch von Argumenten ein auf der individuellen Entscheidung der Abgeordneten gegründeter Beschluss folgt.²⁴⁴ Von diesen Sternstunden, »die für die Erreichung des eindeutigen Wählerauftrags, nämlich möglichst rasch die Vereinigung mit der Bundesrepublik auf dem Wege des Beitritts herbeizuführen [...] von entscheidender Bedeutung waren«, habe es in der 10. Volkshammer gleich ein paar gegeben.²⁴⁵ Das scheint sehr euphemistisch. Es war wohl vor allem unüberlegt und überstürzt.

Auch wenn der 17. Juni in dieser Beziehung sicherlich heraussticht aus der Reihe der Plenarsitzungen: Besuch aus Bonn war nichts Außergewöhnliches. Ihn gab es auch an weniger symbolträchtigen Tagen: Am 20. April war Hans-Jochen Vogel schon einmal zu Gast auf der Tribüne gewesen. Am 8. Juni beobachteten Mitglieder des Bundestags-Ausschusses Deutsche Einheit, unter anderem Karl Voigt (SPD), das Geschehen.²⁴⁶ Am 29. Juni kamen der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau und Regierungssprecher Hans Klein.²⁴⁷ Am 5. Juli Egon Bahr. Kurt Biedenkopf beobachtete die Sitzung am 22. August,²⁴⁸ zwei Tage später kamen dann mit Wolfgang Mischnick, dem Vorsitzenden der liberalen Bundestagsfraktion, und Dieter-Julius Cronenberg, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, erstmals hochrangige FDP-Politiker. Und am 6. September schließlich sogar Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Von außen musste das auf viele so wirken, als seien diese Auftritte gezielt geplant worden. Doch was davon inszeniert war, ist nicht immer eindeutig festzustellen. Von Weizsäcker beispielsweise hatte sich genau den Tag ausgesucht, an dem die erste Lesung des Einigungsvertrags angesetzt war. Lothar de Maizière konnte noch den Bericht der Regierung erstatten. Die Aussprache jedoch wurde auf den 13. September vertagt.²⁴⁹ Weizsäcker war im Grunde genommen umsonst gekommen, sofern Hans-Joachim Jahn mit seiner Vermutung richtig lag, dass mit dieser Terminwahl ein Zeichen gesetzt werden sollte.²⁵⁰ Kritiker dieser Auftritte unterstellten jedoch etwas ganz anderes: »Die entscheidenden Debatten« hätten »unter Aufsicht« der Herren

²⁴³ Ebd., S. 538.

²⁴⁴ T. LINDENBERGER, *Der lange Sommer*, 2009, S. 347.

²⁴⁵ Ebd.

²⁴⁶ 12. Tagung am 8. Juni 1990: 3:55:42.

²⁴⁷ Kommentar in der 19. Tagung am 29. Juni 1990: 4:00:43–4:00:49.

²⁴⁸ 29. Tagung am 22. August 1990: 0:45:18.

²⁴⁹ PV, 34. Tagung am 6. September 1990, S. 1565 ff.

²⁵⁰ Kommentar Jahn, 34. Tagung am 6. September 1990: 3:33:40.

vom Rhein stattgefunden, die nicht etwa zu einem Staatsbesuch ins Nachbarland gekommen waren, sondern kontrollierten, wie ihre Weisungen befolgt wurden.«²⁵¹

Doch manchmal war es eben einfach nur eine Verlegenheitslösung oder purer Zufall, dass an bestimmten Tagen bestimmte westdeutsche Politiker zu Gast waren. Kurt Biedenkopf jedenfalls notierte am 26. August in sein Tagebuch: »Weil ich sonst nichts vorhatte, besuchte ich die Sitzung der Volkskammer und verfolgte die nächtlichen Verhandlungen von der Diplomatentribüne aus.«²⁵²

Der Sitzstreik vom 28. September 1990

Die aufsehenerregendste symbolische Aktion allerdings gab es ganz kurz vor Schluss, als am 28. September, in der letzten regulären Plenarsitzung, Mitglieder von Bündnis 90/Grüne und SPD gegen Mittag einen gut einstündigen Sitzstreik vor dem Rednerpodium initiierten.²⁵³ Anfangs von den Kameras unbemerkt, setzten sich neun Abgeordnete, unter anderem Konrad Weiß, Vera Wollenberger, Angelika Barbe, Christine Grabe und Marianne BIRTHLER, auf den Boden rund um den Präsidiumstisch. Erst als ein konsternierter und aufgebrachter Reinhard Höppner sagte: »Bitte, das geht nicht. Wenn Sie sich jetzt hier vorn hinsetzen, dann muß ich davon Gebrauch machen: Dann müssen Sie den Raum verlassen«, nahmen auch die Kameralleute von der Gruppe Notiz. Höppner unterbrach schließlich die Sitzung. Eine Traube von Abgeordneten und Journalisten begann sich um die Sitzenden zu versammeln. Der Eklat war perfekt.

Die Streikenden bedienten sich eines seit den sechziger Jahren vor allem in der amerikanischen Bürgerrechts- und später Friedensbewegung üblichen Protestmittels. Auch wenn dessen Hauptmerkmale passiver Widerstand und vor allem Gewaltfreiheit sind, war das im parlamentarischen Rahmen eindeutig eine Spielart der Obstruktion, denn die Streikenden verhinderten damit den ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzung. Es ging ihnen zwar nicht darum, den kompletten Betrieb lahmzulegen oder um eine Demonstration gegen das parlamentarische Verfahren an sich. Aber sie wehrten sich mit unparlamentarischen Mitteln gegen eine von der Mehrheit der Abgeordneten getroffene Entscheidung. Anlass der Aktion war ein Thema, das geraume Zeit ein Schattendasein geführt hatte, an diesem Tag die Abgeordneten aber mit Wucht wieder einholte: ihre mögliche Verstrickung in die Spitzeltätigkeit des MfS.²⁵⁴

Noch vor der konstituierenden Sitzung der Volkskammer Anfang April hatten die neugewählten Abgeordneten in einer Erklärung versichern müssen, nicht als Informanten für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet zu haben. Die Überprüfung dieser Aussagen oblag den einzelnen Fraktionen, eine Aufgabe, der sie mehr oder weniger schnell und gründlich nachkamen. Die SPD hatte in ihrer Sitzung am

²⁵¹ R. FUCHS, *Gott schütze*, 1990, S. 102.

²⁵² K. H. BIEDENKOPF, *Von Bonn nach Dresden*, 2015, S. 294.

²⁵³ 37. Tagung, 28. September 1990: 3:43:50–4:39:20.

²⁵⁴ Vgl. auch D. PRIES, *Stasi-Mitarbeiter*, 2008.

21./22. März alle Mitglieder, die in Stasitätigkeiten verwickelt waren, aufgefordert, dies sofort der Fraktionsführung mitzuteilen oder von ihrem Mandat zurückzutreten.²⁵⁵ Doch gerade die SPD sollte mit Ibrahim Böhme den prominentesten Fall eines Belasteten in ihren Reihen haben. Es dauerte bis zum 31. August, bis Böhme sein Mandat niederlegte und die Volkskammer verließ. Die Abgeordneten von DBD/DFD hatten sich eigenen Angaben zufolge bereits alle einer Überprüfung unterzogen.²⁵⁶ Die PDS gab öffentlich bekannt, dass sich alle 66 Mitglieder der Fraktion bereiterklärt hätten, sich überprüfen zu lassen.²⁵⁷ Die Grünen hingegen hatten sich laut Marianne Birthler im März in einer Fraktionssondersitzung lediglich gegenseitig davon informiert, ob und in welcher Form es einen Kontakt zur Staatssicherheit gab.²⁵⁸

Über den mühsamen Prozess der Wahrheitsfindung sind wir am besten im Fall der CDU/DA-Fraktion informiert. Im Manuskript des Fraktionsältesten Eberhard Goldhahn für die konstituierende Fraktionssitzung findet sich eine längere Passage zu diesem Thema.²⁵⁹ Er stellte fest, dass die Stasiproblematik wie ein Schatten auf dem Land liege. Man könne und wolle die Vergangenheit aber nicht verdrängen, sondern müsse sich damit auseinandersetzen. Nach der Wahl sei es nun die Aufgabe der Volkskammer, diesen Teil der Vergangenheitsbewältigung in die Hände zu nehmen, während sich zuvor die Arbeitsgruppe Sicherheit, der Zentrale Runde Tisch und weitere Gremien dieser Frage angenommen hätten. »Für das Wirken von demokratisch nicht legitimierten Gremien ist deshalb jetzt kein Raum mehr.«²⁶⁰ Mit Vorwürfen werde man leben müssen, doch die strafrechtliche Verfolgung sei Sache der Justiz. Dem Vorschlag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines Untersuchungs-Ausschusses werde sich die CDU jedoch nicht widersetzen. Zusammen mit den anderen Fraktionen müsse aber ein Antrag erarbeitet werden, der präzise vorschläge, in welcher Weise dieser Ausschuss das Thema behandelt. Allerdings räumte Goldhahn dieser Arbeit keinen Vorrang ein, sie werde nebenher laufen müssen. Er betonte, dass die Mitglieder der Volkskammer ihre Legitimation aus freien Wahlen erhalten hätten und als Abgeordnete Immunität genössen, die respektiert werden müsse. Sollte sich herausstellen, dass ein Volkskammermitglied die moralischen Voraussetzungen für seine Aufgaben nicht erfülle, sei es allein seine Sache, daraus Konsequenzen zu ziehen. Nicht akzeptabel sei, dass Überprüfungen stattfänden, bevor jemand das Amt, in das er gewählt wurde, ausübe.

Doch in der Fraktion wurden unterschiedliche Prioritäten gesetzt: Während Udo Haschke der Meinung war, die CDU dürfe auf keinen Fall als diejenige Partei daste-

²⁵⁵ Fraktionssitzung am 21./22. März 1990, AdsD, Mappe 13.

²⁵⁶ PV, 2. Tagung am 12. April 1990, S. 26.

²⁵⁷ »PDS lässt sich überprüfen«, *FR* vom 2. April 1990.

²⁵⁸ PV, 37. Tagung am 28. September 1990, S. 1816 f.

²⁵⁹ Redemanuskript Eberhard Goldhahns, der als ältestes Fraktionsmitglied die Sitzung eröffnete, für die konstituierende Fraktionssitzung am 27. März 1990, ACDP, 07-012 3897. Daraus geht nicht hervor, ob die Rede auch wirklich so gehalten wurde. Von der Sitzung existiert kein Tonbandprotokoll.

²⁶⁰ Ebd.

hen, die eine Überprüfung verhindere,²⁶¹ war für Wolfgang Braun etwas anderes entscheidend: Die DDR habe jetzt andere Probleme, wie zum Beispiel die Länderneugründung oder die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.²⁶² Günther Krause wies allerdings darauf hin, dass die Fraktion verpflichtet sei, den Beschluss des Präsidiums zur Stasi-Problematik mitzutragen. Ein Antrag, über die Empfehlung des Präsidiums abzustimmen, wurde mehrheitlich angenommen, allerdings bei 21 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen.²⁶³

Lothar de Maizière ermahnte seine Fraktion am 4. April, dass alle anderen Fraktionen mit ihren Überprüfungen schon fast fertig seien, sie seien die letzten. Die DSU habe ihre 25 Leute checken lassen, die SPD sei heute und gestern eifrig zugange gewesen, bei ihr gebe es allerdings noch kein abschließendes Ergebnis. Er drängte zur Eile: Die Fraktion solle den ersten Prüfungsdurchgang bis zur zweiten Volkskammertagung am 12. April abgeschlossen haben.²⁶⁴ Zumindest Sabine Bergmann-Pohl war zu diesem Zeitpunkt bereits überprüft.²⁶⁵ Den Betroffenen wurde zuerst die Möglichkeit eingeräumt, mit dem Fraktionsvorsitzenden zu sprechen, erst wenn nach diesem Gespräch noch Unklarheiten oder Zweifel bestünden, sollte der Prüfungsausschuss tätig werden.²⁶⁶ Offensichtlich geriet die Sache aber ins Stocken. Günther Krause gestand in der Fraktionssitzung am 18. September ein, dass ihnen viel Ärger erspart geblieben wäre, hätte sie die Angelegenheit bereits im Mai geregelt, jetzt drohe sie zum Wahlkampfthema zu werden.²⁶⁷ Die CDU hatte in der Tat bis zum Schluss mit diesem Problem zu kämpfen. Am 20. September kritisierte Udo Kamm in einer turbulenten Fraktionssitzung kurz vor der Plenarsitzung, dass einige Fraktionsmitglieder ihre Bereitschaftserklärung nicht abgegeben hatten, es fehlten immer noch sieben Stück.²⁶⁸ Dabei unterstellte er den Säumigen keinen bösen Willen. Damals, als die Fraktionsmitglieder die Bereitschaftserklärung unterschreiben sollten, habe schlicht der Überblick gefehlt, wer überhaupt zur Fraktion gehört: »Wir haben uns damals alle noch nicht gekannt, vielleicht war der ein oder andere nicht da.«²⁶⁹ Und selbst am 28. September fanden noch zwei Treffen der Fraktion statt, eine um kurz vor sieben Uhr morgens vor Beginn der Plenarsitzung, die zweite in einer Pause. In beiden Fällen war das Thema die Stasiüberprüfung.²⁷⁰

In der zweiten Plenarsitzung am 12. April, hatten die Abgeordneten auf Antrag aller Fraktionen einen Sonderausschuss mit dem sperrigen Namen »Zeitweiliger Prüfungsausschuss der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hinsicht-

²⁶¹ Stichwortprotokoll der konstituierenden Fraktionssitzung, ACDP 07-012 3897, Bl. 6.

²⁶² Ebd., Bl. 10.

²⁶³ Ebd., Bl. 11.

²⁶⁴ Fraktionssitzung am 4. April 1990, ACDP, TA 07-012 6101.

²⁶⁵ PV, 1. Tagung, 5. April 1990, S. 9.

²⁶⁶ So die Erläuterung Bertram Wiczoreks, PV, 2. Tagung am 12. April 1990, S. 26.

²⁶⁷ Fraktionssitzung am 18. September 1990, ACDP, TA 07-012 6122.

²⁶⁸ Fraktionssitzung am 20. September 1990, ACDP, TA 07-012 6123.

²⁶⁹ Ebd.

²⁷⁰ Fraktionssitzung am 28. September 1990, ACDP, TA 07-012 6124.

lich früherer Mitarbeit von Abgeordneten der Volkskammer für das ehemalige MfS/AfNS« eingesetzt,²⁷¹ zunächst unter Leitung des SPD-Abgeordneten Dankward Brinksmeier, vom 28. August an dann mit Peter Hildebrand (Bündnis 90/Grüne) als Vorsitzendem.²⁷² In der Einleitung erklärten die Antragsteller damals die Gründe: Die Volkskammer benötige

»neben der Legitimation durch freie Wahlen vor allem das Vertrauen der Bevölkerung. Die Bürger unseres Landes müssen wissen, daß ihre Abgeordneten nicht durch die Schatten der Vergangenheit gelähmt oder durch immer wieder aufkommende Anschuldigungen erpreßt werden könnten. Das Vertrauen in die moralische Integrität und die politische Handlungsfähigkeit der jungen Demokratie muß wachsen.«²⁷³

Die Aufgabe des Ausschusses bestand darin, den Abgeordneten, die als hauptamtliche oder informelle »Mitarbeiter des MfS/AfNS auf Grund einer Verpflichtungserklärung oder gegen Geld zum Nachteil von Mitbürgern für das MfS/AfNS tätig gewesen sind«, zu empfehlen, ihr Mandat niederzulegen. Bei denjenigen Volkskammermitgliedern, bei denen die Überprüfung ihrer Angaben einen Verdacht ergab, sollte er weiter nachforschen und durfte dafür die einschlägigen Akten im Ministerium für Staatssicherheit einsehen. Jede Fraktion entsandte einen Vertreter in den Ausschuss, dessen Arbeit von da an von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet verlief.

Fünf Monate später, am 20. September, brachten die Grünen einen zusätzlichen Antrag auf die Tagesordnung, der lediglich aus dem knappen Satz bestand, dass der Prüfungsausschuss die Namen derjenigen Abgeordneten zu nennen habe, denen eine klare Empfehlung zur Niederlegung ihres Mandats ausgesprochen worden sei.²⁷⁴ Denn nun rannte ihnen die Zeit davon. Schon seit einiger Zeit kursierten Namen in der Presse. Für die 144 Abgeordneten, die in den Bundestag entsandt wurden, war eine Überprüfung ohnehin unumgänglich. Die Diskussion führte dazu, dass Rainer Börner (PDS) am 20. September im Plenarsaal eine Erklärung abgab, dass er für die Stasi gearbeitet hatte. Er verlas dabei einen von ihm verfassten Brief an die Besetzer der Stasi-Zentrale in der Normannenstraße Bärbel Bohley, Reinhard Schult und Wolfram Kempe.²⁷⁵ Börner blieb vorerst der einzige, der freiwillig zu diesem Schritt bereit war. Horst Kober, ebenfalls PDS, gab zumindest noch am selben Tag sein Mandat zurück. Bei ihm wurde eine Woche später öffentlich, dass sich der Verdacht der informellen Mitarbeit bestätigt hatte.²⁷⁶

²⁷¹ Der Entwurf des Antrags hatte die SPD am 31. März formuliert, BArch DA 1/19094. VK Drs. 5 vom 12. April 1990, PV, 2. Tagung am 12. April 1990, S. 27–27.

²⁷² Brinksmeier musste den Posten räumen, weil er wohl unrechtmäßig Kopien von Akten gemacht und damit den erforderlichen Datenschutz verletzt hatte. Laut Lothar de Maizière war die SPD deshalb »stinksauer«. Fraktionssitzung am 21. August 1990, ACDP, TA 07-012 6118.

²⁷³ PV, 2. Tagung am 12. April 1990, S. 24.

²⁷⁴ PV, 36. Tagung am 20. September 1990, S. 1784–1787. VK Drs. 246.

²⁷⁵ Der Brief ist abgedruckt in *ND* vom 22. September 1990: »Wie gehen wir in Zukunft miteinander um?«.

²⁷⁶ Er fiel in Kategorie 1. Vgl. die nächste Anmerkung. Kober war der einzige, der unter diesen Umständen sein Mandat zurückgab.

Die Plenarsitzung des 28. September war bereits für 7.30 Uhr angesetzt, um den SPD-Abgeordneten noch die Teilnahme am Berliner Vereinigungsparteitag der Sozialdemokraten zu ermöglichen, der am selben Tag im ICC in Westberlin stattfand. Doch die Hoffnung, bis spätestens um 10.30 Uhr die komplette Tagesordnung abgearbeitet zu haben, sollte sich nicht erfüllen. Denn die Sitzung dauerte schließlich bis 23.30 Uhr. Sie begann mit einer Erweiterung der Tagesordnung: um einen Antrag aus den Reihen von CDU/DA und FDP zum Thema Stasimitgliedschaft, wurde fortgesetzt mit dem Abschlussbericht des Vorsitzenden des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS und dem Vorschlag des Ministerrats »für den Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die Verwahrung der Akten und Dateien des ehemaligen MfS/AfNS«, und sollte schließlich in TOP 4 und 5 den Abschlussbericht und die Beschlussempfehlung des Zeitweiligen Prüfungsausschusses behandeln. Mit einem Änderungsantrag des Volkskammerpräsidiums sollte beschlossen werden, dass die Namen der belasteten Abgeordneten, gestaffelt in sechs Kategorien je nach Grad der Belastung, am selben Tag in der Kammer durch die Präsidentin bekanntgegeben würden.²⁷⁷ Diese weigerte sich jedoch aus Gewissensgründen, die Namen zu verlesen. Wolfgang Ullmann hingegen, der für Bergmann-Pohls Weigerung Verständnis hatte, war dazu bereit.

Den Antrag der Grünen vom 20. September lehnte der Ausschuss in seiner Beschlussempfehlung mit der Begründung ab, die Namen der Betroffenen würden lediglich den Fraktionsvorsitzenden bzw. dem Ministerpräsidenten genannt. Einer Veröffentlichung darüber hinaus stünden juristische und moralische Gründe entgegen.²⁷⁸ Doch nun zweifelte der liberale Abgeordnete Steinecke generell die Verfassungsmäßigkeit der Namensnennung an, weshalb erst der Verfassungsausschuss einberufen werden musste, um diese Frage zu klären.²⁷⁹ Von nun ging es hoch emotional zu. Christine Grabe (Bündnis 90/Grüne), die selbst in der Normannenstraße am Hungerstreik teilgenommen hatte, brach nach dem leidenschaftlichen Plädoyer von Konrad Weiß für eine Veröffentlichung der Namen sogar in Tränen aus und musste von Fraktionskollegen getröstet werden.²⁸⁰

²⁷⁷ Kategorie 1: Verdacht der informellen Mitarbeit bestätigt, Ausschuss spricht nach Akteneinsicht dringende Empfehlung zur sofortigen Mandatsniederlegung aus. Kategorie 2: Verdacht informeller Mitarbeit bestätigt. Der/Die Betroffene hat Mandat bereits niedergelegt. Kategorie 3: Karteintrag als informeller Mitarbeiter nachgewiesen, Akteneinsicht war nicht möglich. Kategorie 4: Karteinträge sind vernichtet, nicht auffindbar o. unvollständig. Empfehlung nach Punkt 1 nicht ausgeschlossen, kann aber nicht ausgesprochen werden. Kategorie 5: Fehlende Bereitschaftserklärung, Überprüfung durch den Ausschuss nicht möglich. Kategorie 6: Karteintrag als informeller Mitarbeiter, aber nach Akteneinsicht keine ausreichenden Gründe, Mandatsniederlegung zu empfehlen. PV, 37. Tagung am 28. September 1990, S. 1817 f. Vgl. dazu auch D. PRIES, Stasi-Mitarbeiter, 2008, S. 33–38, bes. Anm. 148 u. 155.

²⁷⁸ VK Drs. 246 a vom 28. September 1990.

²⁷⁹ Steinecke hatte beim Präsidium schriftlich einen Antrag eingereicht, in dem er die Verfassungsmäßigkeit des Vorgehens anzweifelte. PV, 37. Tagung am 28. September 1990, S. 1824.

²⁸⁰ PV, 37. Tagung am 28. September 1990, S. 1825 und 3:33:33–3:33:42.

Als nach längerer Pause und wiederholten Beratungen der einzelnen Fraktionen sowie der Fraktionsvorsitzenden mit dem Ausschuss der Tagesordnungspunkt 5 schließlich doch vertagt werden sollte, griffen die Grünen Abgeordneten zum ihrer Meinung nach letzten Mittel, um die Behandlung des Themas zu erzwingen und begannen ihren Sitzstreik. Denn in diesem Stadium der Entwicklung war eine Vertagung gleichbedeutend mit einer Beerdigung erster Klasse. Wann hätte sich die Volkskammer noch damit beschäftigen sollen? Die nächste und gleichzeitig letzte Sitzung am 2. Oktober war eine Festsetzung und einen Tag später existierte die DDR bereits nicht mehr.

Der Kommentator des DFF war schließlich ein wenig ratlos: »Verehrte Zuschauer, sie sehen selbst, was hier in der Volkskammer los ist, die Emotionen haben sich doch mächtig aufgeheizt.«²⁸¹ Minuten später rätselte er, wie bzw. ob es unter diesen Umständen überhaupt weitergehen könne. Die Sitzung wurde schließlich nach diesem »mittelschwerem Eklat«²⁸² mit mehr als zwei Stunden Verspätung – zwischendurch hatte sich Reinhard Höppner sogar zu den Streikenden dazugesetzt, was nicht nur die Fotojournalisten freute, »ein fast schon drolliges Bild«,²⁸³ – fortgesetzt. Doch auch danach bot sie noch Überraschungen. Denn kurze Zeit später wurde erstmals die Öffentlichkeit von einer Sitzung ausgeschlossen.²⁸⁴

Auszug aus dem Plenarsaal

Ein beliebtes Mittel des parlamentarischen Protests ist der demonstrative Auszug einzelner Abgeordneter oder gleich einer ganzen Fraktion aus dem Plenum. Er will Empörung über das Verletzen parlamentarischer Spielregeln, also über als inakzeptabel empfundenenes Verhalten oder Aussagen anderer Abgeordneter demonstrieren, und funktioniert nur vor Publikum. Es ist das »Ritual der Kommunikationsverweigerung«,²⁸⁵ das allerdings zu den »Demonstrationsrechten« der Opposition gehört.²⁸⁶ Von ihnen machte auch die Opposition in der 10. Volkskammer Gebrauch, und das gleich mehrfach. Im Gegensatz zu Aktionen wie dem von den Grünen initiierten Sitzstreik am 28. September war mit dem Auszug aus dem Plenarsaal allerdings nie beabsichtigt, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments an sich zu beeinträchtigen, also beispielsweise Abstimmungen zu verhindern oder es zu bestimmten Entscheidungen zu nötigen.²⁸⁷ Den Initiatoren ging es nicht um Obstruktion, sondern um Aufmerksamkeit und sichtbaren Protest.²⁸⁸

²⁸¹ 37. Tagung am 28. September 1990: 3:44:26–3:44:40.

²⁸² Ebd.

²⁸³ So Hans-Joachim Jahn, ebd., 353.00.

²⁸⁴ Vgl. dazu Kap. I. 3.

²⁸⁵ K.-P. KLEIN, *Argumentation*, 1985, S. 392.

²⁸⁶ H.-P. SCHNEIDER, *Parlamentarische Opposition*, 1989, S. 1079.

²⁸⁷ Diese Form der Obstruktion kam beispielsweise in der 1. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages mehrfach vor, vgl. P. SCHINDLER, *Datenhandbuch*, 1999, S. 1986 f.

²⁸⁸ Zu den Mechanismen der Obstruktion in europäischen Parlamenten seit ihrem Aufkommen Ende des 19. Jahrhunderts vgl. H. TE VELDE, *Parlamentarische Obstruktion*, 2012 sowie T. KAISER, *Brachialgewalt*, 2012.

Den Anfang setzten gleich in der 2. Tagung die Grünen. Grund war eine Auseinandersetzung mit der Präsidentin um die korrekte Auslegung der Geschäftsordnung, bei der das Präsidium in Bedrängnis geriet und die Sitzung unterbrochen werden musste.²⁸⁹ Über die Rechtmäßigkeit eines Antrags auf Ergänzung der Geschäftsordnung, am Vorabend eingebracht von der CDU-Fraktion, allerdings mit einem formalen Fehler, entstand ein heftiger Streit. In dessen Verlauf warfen die Grünen Bergmann-Pohl vor, parteiisch zu sein. Dabei lag das Problem eher darin, dass sie sich in der Interpretation der Geschäftsordnung unsicher war und einer klaren Festlegung dadurch auszuweichen versuchte, dass sie die Debatte für beendet erklärte. An diesem Punkt verließen einzelne Mitglieder der Grünen-Fraktion unter Protest den Saal.

Zwei Sitzungen später war erstmals die PDS-Fraktion an der Reihe. Es begann damit, dass zwei ihrer Abgeordneten, Martina Schönebeck und Petra Albrecht, während der verunglückten Rede Helmut Krauses aufstanden und aus dem Saal gingen, um deutlich zu machen, was sie von seinem Beitrag hielten.²⁹⁰ Die komplette Fraktion verließ den Plenarsaal dann, als der DSU-Abgeordnete Joachim Nowack zur Erklärung des Ministerpräsidenten Stellung nahm. Nowack warf der PDS vor, keine moralischen Konsequenzen aus 40 Jahren Unterdrückung, Verbrechen und Misswirtschaft gezogen zu haben und stattdessen zu meinen, mit einer einfachen Entschuldigung sei alles abgetan. Zu allem Überflus bemühte er einen Vergleich mit der NS-Zeit: Man hätte sonst ja auch Joseph Goebbels das Recht einräumen können, sich dreimal zu entschuldigen und die ganze Angelegenheit wäre erledigt gewesen. An dieser Stelle protestierten nicht nur Abgeordnete der PDS. Nowack erhielt für diese Äußerungen allerdings auch – wenngleich schwachen – Beifall aus den Reihen von DSU und CDU.²⁹¹ Nachdem Nowack geendet hatte und Hans-Joachim von Essen (CDU/DA) zum Rednerpult gegangen war, betraten die PDS-Abgeordneten wieder den Saal. Der Vorfall wurde als so gravierend empfunden, dass sich auch das Volkskammerpräsidium in seiner Sitzung am 25. April damit beschäftigte und zu dem Schluss kam, dass die »Präsidentin bzw. der Vizepräsident persönliche Angriffe während der Debatte auf Plenartagungen, die an eine Verleumdung grenzen, rügen« sollten.²⁹²

Die PDS wiederholte das Auszugs-Manöver am 1. Juni, dieses Mal wegen der heftigen Angriffe Paul Krügers (CDU/DA), der ihr zur Last legte, dass »sie und ihre jungen Sympathisanten mit linken Kampfmethoden gegen die junge Demokratie« vorgehen und »sich der Vergangenheitsbewältigung entziehen« wollten. Anlass für die Erklärung, die Krüger im Namen seiner Fraktion außerhalb der Tagesordnung verlas, war eine Demonstration tags zuvor im Lustgarten, an der unter anderem auch PDS-Abgeordnete teilgenommen hatten. Deren Fraktionschef Gregor Gysi und Wolfgang

²⁸⁹ PV, 2. Tagung am 12. April 1990, S. 22 f. Vgl. dazu ausführlicher Kap. III. 3.

²⁹⁰ 4. Tagung am 20. April 1990: 3:18:57. Für die Details siehe dieses Kapitel, S. 250–255.

²⁹¹ PV, 4. Tagung am 20. April 1990, S. 93 bzw. 3:43:53–3:44:30.

²⁹² Beschlussprotokoll der Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 25.4.1990, BArch DA 1/18756, Bl. 84.

Ullmann von Bündnis 90/Grüne hätten dort »demagogische« Reden gehalten, so der Vorwurf. Im Anschluss seien Teilnehmer zur Volkskammer gestürmt, hätten Parlamentarier in übelster Weise beschimpft und Minister in ihrer Bewegungsfreiheit behindert. Die Erklärung stellte dann noch einen Zusammenhang dieser Ereignisse mit dem »Eklat« in der letzten Volkskammersitzung her, als von Gästen auf der Tribüne ein »provokantes Transparent« entrollt worden sei. Bezeichnenderweise habe sich Uwe-Jens Heuer »überaus herzlich bei den Provokateuren« bedankt.²⁹³ Noch während Krüger sprach, waren einige, längst nicht alle, PDS-Abgeordnete aufgestanden und gegangen, zum Beispiel die gleich in der ersten Reihe sitzenden Dietmar Keller und Dagmar Enkelmann. Da sich die Szene aber nur wenige Minuten vor Ende der Sitzung abspielte, kehrten die ausgezogenen PDS-Vertreter an diesem Tag nicht mehr in den Plenarsaal zurück. Die Wirkung der Aktion war schon aus diesem Grund nicht besonders durchschlagend. Und auch den Kameralen war es offensichtlich nicht mehr der Mühe wert, die Szene festzuhalten. Sie hielten ihre Objektive während der Erklärung weiter auf Krüger gerichtet.²⁹⁴

Am 21. Juni protestierten dann einige PDS-Abgeordnete mit ihrem Auszug gegen die Äußerungen des DSU-Abgeordneten Paul Latussek zur Oder-Neiße-Grenze. Die Volkskammer hatte gerade mit großer Mehrheit (allerdings auch bei sechs Gegenstimmen und 18 Enthaltungen) die Erklärung zur Anerkennung der polnischen Westgrenze verabschiedet,²⁹⁵ als Latussek im Namen seiner Fraktion eine Erklärung zur Abstimmung abgab. Die Fraktion erklärte darin, keinen wiederholten Erklärungsbedarf zur Oder-Neiße-Grenze zu sehen. Stattdessen vermisse sie von Seiten Polens eine versöhnende Hand, wie sie der tschechische Staatspräsident Václav Havel ausgestreckt habe.²⁹⁶ Anhand der Fernsehbilder ist der Protest der PDS-Abgeordneten allerhöchstens zu erahnen, denn auch hier blieb die Kamera in einer halbnahen Einstellung auf den Redner gerichtet – Latussek verlas die Erklärung von einem der Saalmikrofone in der Nähe seines Sitzplatzes – und so sieht man nur einzelne Abgeordnete im Bildhintergrund ihre Plätze verlassen.²⁹⁷

Am 13. Juli, während der öffentlichen Anhörung zum Thema Handel hingegen hielt es wiederum die Grünen-Fraktion nicht mehr auf ihren Plätzen.²⁹⁸ Sie protestierten mit ihrer Aktion gegen die ihrer Meinung nach verfehlte Planung des Hearings, weil sie sich nicht zur Kulisse einer Werbeaktion zweier Handelsgesellschaften degradieren lassen wollten, also gingen sie nach draußen.

Am 22. Juli zog wiederum ein Teil der PDS-Fraktion aus dem Saal aus, gefolgt von einigen Grünen-Mitgliedern. Dieses Mal wegen einer Erklärung, die Georg Janovsky (CDU/DA), ein gebürtiger Böhme, in eigenem Namen und dem seiner Frak-

²⁹³ PV, 10. Tagung am 1. Juni 1990, S. 297.

²⁹⁴ 10. Tagung am 1. Juni 1990: 2:01:03.

²⁹⁵ VK Drs. 91.

²⁹⁶ PV, 16. Tagung am 21. Juni 1990, S. 566.

²⁹⁷ 16. Tagung am 21. Juni 1990: 0:20:36–0:22:12.

²⁹⁸ Vgl. dazu auch Kap. 2, S. 143 ff. Von der Anhörung existiert kein Protokoll, sie wurde aber live und in voller Länge im Fernsehen übertragen. 24. Tagung am 13. Juli 1990: 2:17:10–3:39:49.

tionskollegen Hartmut Ulbricht, Kay Reimann, Reinhard Anders, und Dörte Martini zum Berge zum Ländereinführungsgesetz abgab. In der Erklärung wurde die Anerkennung der Existenz der schlesischen Lausitz gefordert, deren Bewohner sich nicht einfach zu Sachsen machen lassen wollten,²⁹⁹ denn die Schlesier sollten sich also solche fühlen dürfen. Bislang sei es ihnen jedoch versagt gewesen, ganz im Gegensatz zu Sachsen, Thüringern oder Mecklenburgern. Auch hier war der Redner in halbnahe Einstellung im Bild. An der entscheidenden Stelle sieht man am unteren Bildrand unscharf Köpfe auftauchen. Daraufhin vergrößert sich der Bildausschnitt, die Kamera geht in die Halbtotale, die Köpfe im Vordergrund werden schärfer, so dass die Aufmerksamkeit schließlich mehr auf die Abgeordneten gerichtet ist, die den Saal verlassen (Gregor Gysi blieb als einer von wenigen auf seinem Platz sitzen), als auf den Redner selbst.³⁰⁰

Am 22. August schließlich war der Stein des Anstoßes für die PDS ein erneuter Vergleich mit dem Nationalsozialismus, den dieses Mal der DSU-Abgeordnete Jürgen Schwarz meinte ziehen zu müssen, indem er den »Scherbenhaufen DDR« ein »Erbe der SED-Vergangenheit« nannte, das einem Vergleich mit dem Nationalsozialismus und seinen Folgen standhalten könne.³⁰¹ Während das den meisten PDS-Abgeordneten nur noch ein müdes und mitleidiges Lächeln entlockte, nahmen es doch einige wenige von ihnen wieder zum Anlass, aus dem Saal zu gehen.

Während also die Grünen mit ihrem Auszug entweder gegen eine von ihnen als die Opposition diskriminierend empfundene Auslegung der Geschäftsordnung oder anstößige Aussagen anderer Abgeordneter demonstrierten, verließ die PDS vor allem auch dann den Saal, wenn sie sich als Gruppe angegriffen und diffamiert fühlte.³⁰²

Doch nicht nur die Opposition war auf den Geschmack gekommen. Zur Abwechslung verließen am 17. Juni, während Hans Modrow (PDS) sprach, – von den Kameras nicht beachtet –, sowie am 20. Juli bei einer Rede von Michael Schumann (PDS) auch Abgeordnete der Koalitionsparteien den Saal.³⁰³ Beide Male ging es um die historische Verantwortung der SED. Am 17. Juni spielte sicher auch eine Rolle, dass die Atmosphäre in der Volkskammer ohnehin angespannt war und allein das symbolisch aufgeladene Datum zu theatralischen Aktionen zu verleiten schien. Als Hans Modrow für die von ihm zwischen November 1989 und März 1990 geleitete Regierung beanspruchte, an der Überwindung des DDR-Systems mitgewirkt zu haben, und als er überdies seine Initiative »Für Deutschland, einig Vaterland« auf eine Stufe mit dem »Zehn-Punkte-Programm« Helmut Kohls³⁰⁴ stellte und beanspruchte, dass er

²⁹⁹ PV, 27. Tagung am 22. Juli 1990, S. 1236.

³⁰⁰ 27. Tagung am 22. Juli 1990: 3:49:08–3:50:16.

³⁰¹ PV, 29. Tagung am 22. August 1990, S. 1357.

³⁰² Ähnliches gab es auch im Deutschen Bundestag: z. B. BT Sten. Ber. 6/67, S. 3684 f.

³⁰³ PV, 15. Tagung am 17. Juni 1990, S. 539 und 26. Tagung am 20. Juli 1990, S. 1142.

³⁰⁴ Bundeskanzler Helmut Kohl hatte, ohne vorherige Ankündigung oder Absprache mit den Alliierten, diesen »Stufenplan zur Deutschen Einheit« am 28. November 1989 in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages vorgestellt. BT Sten. Ber. 11/177, S. 13 510–13 514. Hans Modrow präsentierte seine Konzeption am 1. Februar 1990 auf einer Regierungspressekonferenz,

sich wie Kohl der historischen Herausforderung gestellt hätte, gingen einige Abgeordnete demonstrativ hinaus.

Als am 20. Juli, debattiert wurde das Rehabilitierungsgesetz in erster Lesung, Michael Schumann bei einem Wortwechsel mit Christine Lucyga (SPD) über die Verantwortung der SED für die politischen Zustände in der DDR erklärte, dass diese Verantwortung »vorwiegend – wenn auch nicht ausschließlich – bei der ehemals führenden Partei« gelegen habe, »die Ursachen für die politischen Zustände« aber auch »in der Haltung jedes Staatsbürgers«, und dass eine Einteilung der Gesellschaft in Schuldige und Unschuldige nicht gehe, da sahen Abgeordnete der Koalitionsparteien wieder den Punkt gekommen, den Saal zu verlassen. Sie betraten ihn erst wieder, als Schumann seinen Beitrag beendet hatte. Ein ähnliches Schauspiel wiederholte sich in der sehr aufgeheizten Stimmung zwei Tage später, als es wieder CDU-Abgeordnete waren, die aus dem Saal gingen, dieses Mal allerdings, weil der Liberale Johannes Kney ihnen unterstellte, sich bei der Ablehnung eines von den Liberalen eingebrachten Antrags zum Beitrittstermin mit der PDS zusammengetan zu haben. Wodurch er sich fast zurückversetzt fühlte »in beste Zeiten des alten guten Sozialismus«. ³⁰⁵

Dass auch die Fraktionen von CDU/DA und SPD vom Mittel des Auszugs aus dem Plenarsaal Gebrauch zu machen begannen, war jedoch vor allem ein Anzeichen für die zunehmenden Spannungen zwischen den Koalitionspartnern. Der demonstrative Protest gegen Kney war erst der Anfang. (Nur zwei Tage später erklärten die Liberalen ihren Austritt aus der Koalition, weil sie die Haltung der Regierung in der Frage des Beitrittstermins und des Verfahrens für die ersten gesamtdeutschen Wahlen nicht mehr zu unterstützen bereit waren.) Als es im Juli auch zwischen den beiden großen Koalitionären zu kriseln begann, äußerte sich das unter anderem in Aktionen wie derjenigen vom 8. August, als ein überwiegender Teil der Abgeordneten der SPD-Fraktion den Saal verließ. Gerade hatte Günther Krause (CDU) einen Antrag seiner Fraktion eingebracht, der gesamtdeutsche Wahlen am 14. Oktober ermöglichen sollte und dabei Finanzminister Walter Romberg (SPD) auf schärfste attackiert, weil dieser durch »Haushaltsnachforderungen in zweistelliger Milliardenhöhe [...] zu einem Teil zur Katastrophenstimmung« im Land beigetragen habe, wo stattdessen die Förderung von »Investitionsbereitschaft, Zuversicht und Vertrauen in die Leistungsbereitschaft« der Bürger angebracht gewesen sei. ³⁰⁶ Um deutlich zu machen, dass sie diese Kritik keinesfalls billigen konnten, standen die Sozialdemokraten auf und gingen.

Und selbst den sich seit einiger Zeit immer offensichtlicher auftuenden Riss innerhalb der SPD-Fraktion bekamen die Zuschauer an den Bildschirmen zu sehen. Denn an jenem Tag verließen SPD-Abgeordnete ein zweites Mal den Saal, nun allerdings aus Protest gegen die eigenen Fraktionskollegen: Bei der Abstimmung über den

für den Wortlaut vgl. »Hans Modrow unterbreitete Konzept ›Für Deutschland, einig Vaterland«, *ND* vom 2. Februar 1990.

³⁰⁵ PV, 27. Tagung am 22. Juli 1990, S. 1245.

³⁰⁶ PV, 28. Tagung am 8. August 1990, S. 1299.

von der Regierung eingebrachten Entwurf zum Wahlgesetz³⁰⁷ enthielten sich entgegen voriger Ankündigung in der Fraktions-Vollversammlung Ibrahim Böhme, Dankward Brinksmeier, Andreas Amende sowie Frank Jauch der Stimme. Rüdiger Natzius machte seine Stimme ungültig, nachdem er erfahren hatte, dass die für das Gesetz nötige Zweidrittelmehrheit ohnehin nicht erreicht werde. Das Ergebnis war, dass die Koalition diese wichtige Abstimmung verlor.

Die Erklärung, zu der Ibrahim Böhme im Anschluss ansetzte, um zu erläutern, warum sich diese fünf gegen die eigene Fraktion entschieden hatten, wollten sich einige seiner Kollegen nicht mehr anhören und verließen aus Protest den Saal.³⁰⁸ Böhme erntete trotzdem Beifall, allerdings von der falschen Seite, denn es klatschten PDS und Bündnis 90/Grüne. In den eigenen Reihen erregte das Verhalten der fünf Abtrünnigen nur maßlose Wut, vor allem deshalb, weil es die SPD war, die auf Einberufung der Sondersitzung bestanden hatte.³⁰⁹ Ihretwegen waren eigens Abgeordnete aus dem Urlaub zurückbeordert worden, es galt wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit Anwesenheitspflicht. Allerdings waren 12 Fraktionsmitglieder nicht erschienen, sieben waren erst gar nicht angereist. Bei namentlichen Probeabstimmungen in der Fraktion hatten alle Anwesenden angegeben, für den Antrag zu votieren, andernfalls hätte man die Plenarsitzung womöglich vertagt. Da dann aber im entscheidenden Moment mehrere Abgeordnete der Koalitionsfraktionen im Plenum fehlten, war klar, dass das Ergebnis zumindest knapp ausfallen würde.

Demonstrativ den Saal zu verlassen kann Eindruck machen, diese Methode hat allerdings auch Grenzen. Die vergleichsweise auszugsfreudige PDS war sich durchaus darüber im Klaren, dass der Effekt einer zur Schau getragenen Entrüstung im Laufe der Zeit und mit wiederholter Anwendung zusehends zu verpuffen drohte. Es musste also gut überlegt sein, warum, wann und wie man den Saal verließ. Und es musste auch darüber nachgedacht werden, wie man die Rückkehr gestaltete. Schon Herbert Wehner hatte 1975 seinen Oppositionskollegen auf dem Weg aus dem Bonner Plenarsaal süffisant mitgegeben: »Das ist der Nachteil derer, die herausgehen: sie müssen wieder hereinkommen.«³¹⁰ Eine verpatzte Rückkehr konnte die Wirkung der Aktion sofort zunichtemachen, und war dann das einzige, was dem Zuschauer im Gedächtnis blieb. Oder der theatralische Auftritt drehte sich im schlimmsten Fall ins Lächerliche. Dann mussten die Rückkehrer sich Kommentare wie den des DSU-Abgeordneten Jürgen Schwarz anhören: »Ich begrüße die fröhlichen Wanderer von der SPD. Ich hoffe, sie bleiben bei meiner Rede noch ein bißchen drin.«³¹¹

³⁰⁷ VK Drs. 173 u. 173a.

³⁰⁸ PV, 28. Tagung am 8. August 1990, S. 1348.

³⁰⁹ »Bericht über Plenarsitzung zum Wahlvertrag am 8. 8. 1990«, (Bericht Kschenka, 21. August 1990), AdsD, Mappe 124. Vgl. auch den bei P. Gohle zitierten Vermerk Walter Zöllers an Gerhard Jahn. Zöller vermutete, dass Angelika Barbe und Gert Hartmann sich vor der Abstimmung drücken wollten, und deshalb gar nicht erst erschienen waren, P. GOHLE, SDP-Gründung, 2014, S. 363 f.

³¹⁰ BT Sten. Ber. 7/155, Sitzung vom 13. März 1975, S. 10 839.

³¹¹ PV, 28. Tagung am 8. August 1990, S. 1307.

In der PDS-Fraktion war man der Auffassung, der Auszug nach der Beschimpfung durch den DSU-Abgeordneten Joachim Nowack in der 4. Tagung habe sich als wirkungsvolles Mittel erwiesen, um dessen Vergleich zwischen Gysi und Goebbels »als Ungeheuerlichkeit und als Beschädigung der demokratischen Kultur sichtbar zu machen.«³¹² Aber sie wollte

»in Zukunft [...] auf die noch geschlossenere Reaktion der Fraktion sowohl beim Auszug als auch beim Wiedereinzug [...] achten. Natürlich ist klar, daß der Auszug nur angewendet werden darf in Extremsituationen und kein Mittel ist, das ständige Anwendung finden soll.«³¹³

Vielleicht sei es im Gegenteil gerade gut, durch das eigene Auftreten zu zeigen, »daß Scharfmacherei, Hetze und dergleichen mehr, nicht nur die politische Kultur beschädigen, sondern den Demokratisierungsprozeß ernsthaft beschädigen können.«³¹⁴ Gerade deshalb sollten sie sich eines demokratischen Stils befleißigen.³¹⁵

Die Liberalen hingegen wollten an diesem Tag gerade nicht den Eindruck erwecken, aus Protest den Saal zu verlassen. Rainer Ortleb entschuldigte sich am 20. April auf der Parteivorstandssitzung für sein Zuspätkommen damit, dass er bis jetzt seine Volkskammerpflichten wahrgenommen habe. Es sei heute etwas turbulent in der Tagung zugegangen, wie es möglicherweise in Zukunft öfter vorkommen werde. Zwischendurch sei die PDS aus-, dann wieder eingezogen. Da die Liberalen ohnehin nicht in voller Stärke anwesend gewesen seien – es fehlten sechs Abgeordnete –, hätte ein vorzeitiger Aufbruch aus der Plenarsitzung ebenfalls als bewusster Auszug ausgelegt werden können. »Also mussten wir, obwohl die Diskussion keine spannenden Dinge zutage förderte, doch bleiben.«³¹⁶

³¹² »Zur Einschätzung der Debatte zur Regierungserklärung« (undatiert), ADS, VK/10. WP 64, Bl. 6. PV, 4. Tagung am 20. April 1990, S. 93.

³¹³ »Schlußfolgerungen für das Auftreten unserer Fraktion«, ADS, VK/10. WP 64, Bl. 6.

³¹⁴ »Zur Einschätzung der Debatte zur Regierungserklärung«, ebd., Bl. 5.

³¹⁵ Ebd.

³¹⁶ Protokoll 4. Sitzung des Parteivorstands, ADL, LI-16, Bl. 14.

Viertes Kapitel

Das ideale Parlament?

Erstaunlicherweise sind im Zusammenhang mit der Arbeit der letzten Volkskammer der DDR sämtliche klassischen Topoi der Parlamentarismuskritik von Anfang an sofort vorhanden. Immerhin hatten weder die Abgeordneten selbst, noch diejenigen, die ihnen bei ihrer Arbeit zusahen, seien es professionelle Beobachter wie die Medien, seien es die Fernsehzuschauer, viel Erfahrung mit dieser Spielart des Parlamentarismus. Kritisiert wurde von der fürstlichen Bezahlung der Abgeordneten, als Folge der Entscheidung, das Mandat hauptamtlich auszuüben, über ihre Faulheit, erkennbar am leeren Plenarsaal, bis hin zum »Parteiengezänk« anstelle der sachbezogenen Diskussion zum Wohle aller, all das, was schon immer am Parlament kritisiert wurde. Diese Kritik ist so alt wie die Institution selbst.¹

Und sie hat sehr viel zu tun mit den Vorstellungen von einem Idealzustand, also wie ein Parlament, wie Abgeordnete sein sollen. Demgegenüber muss die Realität notwendigerweise defizitär bleiben.

»Es ist wohl das alte Ölgemälde von den Volksvertretern, wie sie einander in achtungsvollem Dialog von der Triftigkeit ihrer Argumente überzeugen und in öffentlicher Deliberation des Pro und Contra die Entscheidungen gewinnen, fernab von irgendwelchen Interessen, geleitet von ihrem ›Gewissen‹ und ganz dem ›Gemeinwohl‹ hingegeben. In diesem schönen Bild aus dem 19. Jahrhundert, das allerdings zu keiner Zeit und nirgendwo Realität gewesen ist, kontrolliert ›das‹ Parlament eine Regierung, die es nicht selbst installiert hat – wie es nunmehr seit 65 Jahren in Artikel 65 des Grundgesetzes vorgeschrieben ist – und die es nicht durch eine andere ersetzen konnte.«²

Obwohl auf die Kritik am Deutschen Bundestag bezogen, könnte Wolfgang Zehs Klage auch den Urteilen über die 10. Volkskammer gelten. Nicht nur ihre Beobachter hatten ein sehr ähnliches Ideal, an dem sie die Volkskammer maßen, auch den Abgeordneten selbst waren solche Vorstellungen nicht fremd. Sie formten die politische Kultur der Volkskammer nicht unerheblich.

Die »politische Kultur« der 10. Volkskammer

Das Bild war allerdings nicht einheitlich. Eine deutliche Grenze verlief zwischen den Oppositionsparteien und den Mitgliedern der Regierungskoalition. Das begann bei

¹ H. WASSER, Parlamentarismuskritik, 1974; W. DURNER, Antiparlamentarismus, 1997. C. SCHMITT, Die geistesgeschichtliche Lage, 1923.

² So Wolfgang Zeh in seiner Rezension von Roger Willemsens »Das Hohe Haus. Ein Jahr im Parlament«, W. ZEH, Fragwürdige Absicht, 2014, S. 708.

der sehr grundsätzlichen Frage, welche Art von Demokratie man haben wollte, die repräsentative oder eine eher basisdemokratische, direkte. Mit der starken Ausrichtung der Volkskammer am Bonner Modell war die Richtung eigentlich vorgezeichnet und ließ keinen großen Spielraum für alternative Lösungen. Doch bei den Oppositionsfraktionen gab es nichtsdestoweniger eine eindeutige Präferenz für basisdemokratische Verfahren und Entscheidungen:³ Ganz klar war die Haltung von Thomas Klein, dem fraktionslosen einzigen Abgeordneten der Vereinigten Linken. Er warf seinen Parlamentskollegen vor, »dass eine große Anzahl der Abgeordneten, insbesondere der Koalitionsparteien, ihrem Demokratieverständnis entsprechend nur das gelten ließen, was über die Koalitionsmehrheit durchgesetzt« werde. Sie sollten sich aber nicht täuschen in ihrer Annahme, dass die Zeit der Straße vorbei und nur das Parlament der Ort von Politik sei.⁴ Für ihn war die repräsentative Demokratie allerhöchstens ein Schritt, zwar in die richtige Richtung, aber dennoch nur eine Etappe. Die Vereinigte Linke jedenfalls hatte laut Klein ein »weitergehendes Demokratieverständnis«. Im Parlament habe er »Arroganz der Macht und Ignoranz gegenüber den Interessen der Bevölkerung« erlebt. Insofern bleibe »den Opfern von Politik, den Betroffenen« gar nichts anderes übrig, »als das, was sie erreichen wollen, selbst zu vertreten«. Außerparlamentarische Opposition war für ihn jedoch nicht gleichbedeutend mit antiparlamentarischer Opposition.⁵

Auch Christine Grabe (Bündnis 90/Grüne) war mit der Art und Weise, wie Politik in der Volkskammer praktiziert wurde, nicht einverstanden und liebäugelte mit der direkten Demokratie: Es sei gut und richtig,

»daß diese Menschen [gemeint waren die Besetzer der Stasizentrale in der Berliner Normannenstraße, d. V.], die noch Ideale haben und beseelt sind von den Ideen, die die alte Herrschaft überwunden haben, mit Zivilcourage und staatsbürgerlicher Verantwortung den verwirrten und überlasteten Parlamentariern und der krisengeschüttelten dezimierten Regierung zeigen, wo es langgehen sollte.«⁶

In einer Erklärung zu ihrem Abstimmungsverhalten beim Einigungsvertrag – sie hatte mit Nein gestimmt – führte Grabe ihre Haltung eine Woche später noch weiter aus: »Wir die sogenannten Volksvertreter, haben diesem bisher leeren Wort nicht wirklich neuen Inhalt gegeben. Wir haben uns selbst zuerst sattgemacht.« Ihrer Meinung nach war die Arbeit »hier [...] kein Erfolg, und ich bin froh, daß mir die Gelegenheit gegeben worden ist, außerparlamentarisch zu zeigen: Wir leben noch. Die Bürgerbewegungen müssen sich nur immer ihrer Kraft bewußt sein. Angst darf uns nicht wieder lähmen.«⁷

³ Vgl. u. a. W. KÜHNEL/W. WIELGOHS/M. SCHULZ, Die neuen politischen Gruppierungen, 1990.

⁴ PV, 6. Tagung am 10. Mai 1990, S. 191. Zum Demokratieverständnis der Vereinigten Linken vgl. auch R. ECKERT, Aktivitäten, 1999.

⁵ Interviews, Parlamentarischer Pressedienst der Volkskammer der DDR, Nr. 11, S. 6.

⁶ PV, 35. Tagung am 13. September 1990, S. 1640.

⁷ PV, 36. Tagung am 20. September 1990, S. 1754.

Dementsprechend unterwarf sie sich auch bis zum Schluss nur ungering parlamentarischen Regeln und Verfahren oder ließ erkennen, dass sie deren Sinn bezweifelte: Am 20. September beantragte sie das Rederecht für die Besetzer der Stasizentrale in der Normannenstraße und ignorierte Reinhard Höppners Hinweis, dass dieses Recht nur Abgeordneten zustehe. Sie argumentierte, dass Detlev Karsten Rohwedder ja schließlich auch die Gelegenheit gegeben worden sei, vor dem Plenum zu sprechen. Das ignorierte allerdings, dass der Präsident der Treuhandgesellschaft seinen Bericht über die Arbeit der Gesellschaft am 13. September auf Wunsch des Parlaments und im Auftrag des Vorsitzenden des Ministerrats erstattet hatte.⁸ Höppner bot ihr als Kompromiss an, eine Anhörung zu beantragen, alles weitere sei dann allerdings eine Sache der Ausschüsse. Genau das wollte Grabe natürlich nicht. Ihr ging es um einen Auftritt im Plenum, vor Kameras, was ihr Höppner jedoch nicht gestattete.

Andere waren nicht ganz so streng in ihren Ansichten. Doch bei ihnen war zumindest noch deutlich die Begeisterung für die Arbeitsweise und das Selbstverständnis des Zentralen Runden Tisches zu spüren. Zu ihnen gehörten ebenfalls in erster Linie Vertreter von Bündnis 90/Grüne, den alten Bürgerrechtsgruppen und der PDS. So hatten einige von ihnen zusammen mit Gewerkschaftsvertretern am 21. Juni um 9 Uhr morgens vor der Volkskammersitzung als »kleine Reminiszenz an vergangene Zeiten«, wie die DFF-Kommentatorin es nannte, im Lustgarten sogar einen symbolischen Runden Tisch aufgebaut, um an die dort praktizierte Form der Verhandlung zu erinnern und gegen die Verabschiedung des Staatsvertrags zu protestieren.⁹

Matthias Platzeck hat die Desillusionierung beschrieben, die vor allem die ehemaligen Bürgerrechtler vom 18. März 1990 an befiel. Er räumte selbstkritisch ein, dass sich in den Wochen nach der Volkskammerwahl »die Grenzen der Politikfähigkeit der ehemaligen Bürgerbewegungen« gezeigt hätten.¹⁰

»Gewiss, die Demokratie entfaltete sich jetzt – aber dies geschah anders, als wir es uns in unseren bürgerbewegten Träumen ausgemalt hatten. Sie verlor ihre Spontaneität, ihre Fröhlichkeit, ihre Gemeinschaftlichkeit. ›Wir treffen uns, diskutieren so lange, bis alle einig sind, und beschließen dann gemeinsam‹ – mit diesem Gestus hatten wir angefangen, doch damit war es jetzt vorbei. Plötzlich wurden Gesetzgebungsverfahren mühsam und bürokratisch in den Parlamentsausschüssen eingeleitet – das kannten wir so nicht.«¹¹

Obwohl auch Befürwortern direkter Demokratie im Grunde genommen klar war, »dass man ein 80-Millionen-Land oder auch nur ein 15-Millionen-Land nicht nach den Idealen der athenischen Markt-Demokratie gestalten kann«,¹²

Gerade die Sozialdemokraten konnten solchen Vorstellungen überhaupt nichts abgewinnen. Während Wolfgang Ullmann von Bündnis 90/Grüne in der SPD ein »Musterbeispiel für die Begrenzung der Partei als politisches Willensbildungsins-

⁸ PV, 36. Tagung am 20. September 1990, S. 1735 f.

⁹ 16. Tagung am 21. Juni 1990: 0:02:23–0:02:55.

¹⁰ M. PLATZECK, *Zukunft*, 2009, S. 65.

¹¹ Ebd., S. 63.

¹² Interview Reich.

trument« sah und das für ein Defizit hielt, denn die Bürger müssten »das Recht auf basisdemokratische Vertretung haben«, Parteien würden an dieser Stelle versagen,¹³ wollte die SPD gerade das und nichts anderes sein. Eine Partei und kein »unverbindlicher Diskutierklub«. Ihr Pragmatismus und streng am repräsentativen parlamentarischen System ausgerichtetes Vorgehen hob sich deutlich ab gegen solche hochfliegenden Pläne einer neuen Art von Politik.¹⁴

Während bei diesem Thema die Fronten relativ klar waren, sah es bei der Haltung zur Frage des freien Mandats, dem Verhältnis des einzelnen Abgeordneten zu seiner Fraktion und welche Rechte und Pflichten sich daraus ableiten, anders aus.¹⁵ Die Grünen – wie die PDS – waren äußerst stolz darauf, sich keinem »Fraktionszwang« zu unterwerfen. Jens Reich erklärte am 17. Juni im Plenum:

»In Grundfragen gibt es in unserer Fraktion Meinungsverschiedenheiten, und in solch prinzipiellen Fragen sind wir der Meinung, daß die Meinungsverschiedenheiten so, wie sie da sind, auch ausgedrückt werden sollen. Wir haben keinen Fraktionszwang.«¹⁶

Damit sah er sich in der Tradition der Paulskirchenparlamentarier: »Wir glaubten, wie die Revolutionäre 1848, an die freien Abgeordneten, die sich bei einzelnen Fragen zusammenschließen«.¹⁷ Die Frage, ob die Revolutionäre 1848 wirklich so dachten und agierten, stellte er sich nicht, gab aber zumindest zu: »Das halten viele für naiv«.¹⁸

Sein Fraktionskollege Wolfgang Ullmann hatte die Haltung von Demokratie Jetzt zu dieser Frage bereits Anfang April 1990 in einem Interview mit der *taz* erläutert: »Wir wollen auch in diesem Parlament als eine Bürgerbewegung und nicht als eine Partei arbeiten. Wir haben deswegen den Fraktionszwang aufgehoben und mithin Sachfragen den Vorrang gegeben.« Er hoffe, so fügte er hinzu, dass »eine solche Praxis die Arbeit des Parlaments beeinflussen« werde.¹⁹ Konsequenterweise verlangte er deshalb auch, bei der Besetzung von Ausschüssen die Mehrheitsverhältnisse in der Volkskammer zu ignorieren. Er wollte »eine Stimme für eine Fraktion«,²⁰ konnte sich damit jedoch nicht durchsetzen. Die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen der Volkskammer entsprachen denen im Plenum.²¹

In der PDS lautete die Devise vor der konstituierenden Sitzung am 5. April: »Die Fraktion praktiziert kein für jedes ihrer Mitglieder verbindliches Abstim-

¹³ »Anwalt der Bürgerbewegung«, *Die Zeit* vom 16. Februar 1990.

¹⁴ R. SCHRÖDER, *Die SPD-Fraktion in der Volkskammer*, 2000, S. 163.

¹⁵ Vgl. dazu auch die entgegengesetzten Positionen von Claus Arndt und Hildegard Hambrücher in: H.-P. SCHNEIDER/W. ZEH, *Parlamentsrecht*, 1989, S. 643–700.

¹⁶ PV, 15. Tagung am 17. Juni 1990, S. 537.

¹⁷ »Die SED zersplitterte die Opposition«, *taz* vom 18. März 2010.

¹⁸ Ebd. Zum »Fraktionswesen des deutschen Parlamentarismus 1848/49« vgl. M. BOTZENHART, *Deutscher Parlamentarismus*, 1977, v. a. S. 415–440.

¹⁹ »Sachfragen vor Fraktionszwängen«, *taz* vom 5. April 1990.

²⁰ Ebd.

²¹ Die genaue Verteilung der Ausschusssitze auf die Fraktionen wurde, wie im Deutschen Bundestag auch, mit Hilfe des Proportionalverfahrens von Sainte-Laguë/Schepers errechnet, vgl. P. SCHINDLER, *Datenhandbuch*, 1999, S. 3914.

mungsverhalten.«²² Danach hieß es: »Kein Fraktionszwang, aber eindeutige politische Orientierung der Fraktion.«²³ Das war eine Praxis, deren sich die PDS-Abgeordneten gerne rühmten, weil es angeblich ihre Sachbezogenheit und Konsensbereitschaft unter Beweis stellte, ebenso wie ihre Bereitschaft, zum Wohl der Allgemeinheit tätig zu sein und nicht alles dem Ziel eines möglichst guten Abschneidens bei den Wahlen unterzuordnen. Ende Juli konnten sie allerdings auch in einem von ihrem Fraktionskollegen Hans-Joachim Willerding verfassten Positionspapier lesen, dass beileibe nicht alle dieses Vorgehen für hilfreich oder sinnvoll hielten – und zwar *gerade* im Hinblick auf die anstehenden Wahlen:

»(3) Es gilt, einerseits in diesem Sinne konstruktiv an der Gesetzgebungstätigkeit der Volkskammer mitzuwirken, andererseits die Grundzielstellungen der Partei nicht aus dem Auge zu verlieren. Der Verweis auf sogenannte ›Realitäten‹ und die Berücksichtigung mancher Standpunkte unserer Partei durch die anderen Fraktionen kann in grundsätzlichen Fragen keine Begründung für Zustimmung oder Enthaltung sein (Beispiel: Debatte um den DDR-Haushalt im 2. Halbjahr 1990 vom 22. Juli 1990). Die potentiell latente Gefahr opportunistischen Abstimmungsverhaltens sollte also klar gesehen werden. (4) Dies gilt insbesondere – und ist von besonderer Bedeutung – im Vorfeld der Landtags- und gesamtdeutscher Wahlen. Die Volkskammer wird im Herbst 1990 eines der wichtigsten Foren für den Wahlkampf der PDS sein.«²⁴

Bei der von ihm als Beispiel genannten Haushaltsdebatte hatten einige PDS-Abgeordnete, obwohl die Fraktion Etatkürzungen ablehnte, für den Entwurf des Ministerrats gestimmt oder sich der Stimme enthalten.²⁵ Was Hans-Jochen Tschiche (Bündnis 90/Grüne) zu der Bemerkung veranlasste:

»Daß es politische Vernunft gibt, zeigt die Tatsache, daß es in diesem Hohen Hause auch wechselnde Koalitionen gibt. Es ist immerhin erstaunlich, daß CDU und PDS an einem Punkt gemeinsam stimmen. Das ist für mich das Zeichen, daß politische Vernunft über Parteienegoismus hinwegsehen kann.«²⁶

Und Gregor Gysi gab anlässlich der Sonderveranstaltung des Deutschen Bundestages zum 10. Jahrestag der ersten freien Volkskammerwahl am 17. März 2000 die Geschichte zum Besten, wie er von einem nicht unerheblichen Teil seiner Fraktion im Stich gelassen worden war.

»Da sind Dinge passiert, die Sie als Fraktionsvorsitzender kaum aushalten. Alle 66 PDS-Abgeordneten haben zum Beispiel über den Entwurf eines Gesetzes der de-Maizière-Regierung beraten. Wir waren uns darin einig, dass wir ihn ablehnen. Ich bin auch heute noch der Meinung, zu Recht. Was passierte aber? In der Volkskammer redeten die Vertreter der Re-

²² Vorschlag zur Konstituierung und zur Arbeitsweise der Fraktion der PDS in der Volkskammer, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 37.

²³ »Überlegungen nach der konstituierenden Sitzung der Volkskammer«, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 291.

²⁴ Jochen Willerding, »Standpunkt zur weiteren Arbeit der PDS-Fraktion in der Volkskammer der DDR«, 23. Juli 1990, ADS, VK/10. WP 65, Bl. 311 f.

²⁵ 27. Tagung am 22. Juli 1990: 2:53:46–2:54:03.

²⁶ PV, 27. Tagung am 22. Juli 1990, S. 1226.

gierung und aller Fraktionen. Dann erfolgte die Abstimmung und ein Drittel der Abgeordneten meiner Fraktion stimmte zu. (Heiterkeit) Sie werden verstehen, dass ich deshalb ein bisschen sauer war, weil wir das nicht abgesprochen hatten. Wir hatten zwar keinen Abstimmungszwang, aber sie hätten es ankündigen können. Man will ja als Fraktionsvorsitzender darüber informiert sein. Ich habe dann zu ihnen gesagt: »Das finde ich, ehrlich gesagt, nicht besonders fair; ihr hättet wenigstens vorher sagen können, dass ihr anders abstimmen wollt.« Sie sagten darauf: »Wir wollten erst wie verabredet abstimmen. Aber uns hat überzeugt, was de Maizière gesagt hat.«²⁷

Doch nicht allein die Opposition hegte große Sympathien für den ungebundenen, nur seinem Gewissen verpflichteten Abgeordneten. CDU/DA beispielsweise hatten – als einzige – einen entsprechenden Passus sogar in ihre Geschäftsordnung aufgenommen, allerdings mit gewissen Kautelen:

»In der CDU-Volkskammerfraktion gibt es keinen Fraktionszwang. Die Abstimmung ist frei. Die Mitglieder sind verpflichtet, in wichtigen Fragen ihre von der Fraktionsmehrheit abweichende Abstimmungsabsicht dem Vorsitzenden oder der Fraktionsversammlung mitzuteilen.« (§ 15 (1))²⁸

Für die Liberalen hatte deren Fraktionsvorsitzender Rainer Ortleb dem FDP-Parteivorstand erläutert, man habe sich geeinigt, dass jeder in der Fraktion eine Empfehlung erhalten könne, wie die Fraktion abstimmen werde. Aber wer das nicht wolle, tue es eben nicht. Trotzdem bitte man – und so werde es auch in der Koalition gehandhabt – um eine Erklärung, wer in etwa wie stimmen wolle.²⁹ Und in der SPD hieß es schließlich, das Verhalten bei Plenarsitzungen solle zwar vorher so weit wie möglich abgestimmt werden, was auch die Verabredung eines differenzierten Verhaltens beinhalte.³⁰ Dennoch gebe es in der SPD keinen Fraktionszwang, wie Volker Schemmel am 22. August im Plenum beteuerte.³¹

In der Theorie lag man also gar nicht weit auseinander. Doch wie sah die Realität aus? Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass es in der 10. Volkskammer eine weit aus geringere fraktionelle Geschlossenheit gab als beispielsweise im Deutschen Bundestag. Das hat zum einen damit zu tun, wie das Beispiel von Grünen und PDS zeigt, dass viele Abgeordnete, längst nicht alle, in einer freien Stimmabgabe ohne Bindung an die Entscheidung der eigenen Fraktion *per se* etwas Positives, genuin Demokratisches sahen und nicht einen Verstoß gegen eine vielleicht lästige, aber unumgängliche Fraktionsdisziplin.

Anhänger dieser Sichtweise waren aber durchaus auch in der CDU/DA-Fraktion zu finden. Allerdings konnte die Regierungskoalition von CDU/DA, SPD, DSU und Liberalen, die zumindest bis Ende Juli über eine erdrückende Mehrheit verfügte, auch relativ gelassen mit einer gewissen Zahl von Abweichlern umgehen. Sie waren bei Ab-

²⁷ www.glasnost.de/docsoo/ooo3gyssi.html [12.10.2015].

²⁸ ACDP, 07-012 6013.

²⁹ Protokoll der 4. Sitzung des Parteivorstands am 20. April 1990, ADL, L1-16.

³⁰ Martin Gutzeit, »Zur Arbeit der Fraktion« vom 1.5.1990, AdsD, Mappe 26.

³¹ 29. Tagung am 22. August 1990, S. 1358.

stimmungen schlicht nicht relevant, dafür waren es jeweils zu wenige, so dass sich die Frage nach einer möglicherweise fehlenden Handlungsfähigkeit des Parlaments nicht stellte. Das änderte sich, als die Koalition im Sommer auseinanderbrach. Denn nun kam es auf einzelne Stimmen an. Und nun kann man in der Tat eine stärkere Kontrolle und Disziplinierungsmaßnahmen beobachten. Es gab Probeabstimmungen, Anwesenheitsverpflichtungen und zumindest den Versuch, Ausreißer wieder einzufangen.

In der Regel wurde in der Volkskammer halb-offen abgestimmt, das heißt, die Abgeordneten hoben im Saal sitzend die Hand und teilten so Pro, Contra oder Enthaltung mit. Die Stimmenzahl wurde vom Präsidiumstisch aus entweder grob ermittelt oder es wurde, wenn die Mehrheitsverhältnisse nicht klar erkennbar waren, ausgezählt.³² Bei diesen Abstimmungen, die es zuhauf gab, war fraktionsübergreifendes Votieren in der Tat nicht selten.

Anders die zehn namentlichen Abstimmungen, die in der Volkskammer stattfanden.³³ Hier musste sich beweisen, wie es um die fraktionelle Geschlossenheit stand. Denn in ihnen ging es nicht allein darum, Mehrheitsverhältnisse festzustellen. Namentliche Abstimmungen werden immer dann beantragt, wenn exakt sichtbar werden soll, wer wie votiert. Die Gründe, sie zu beantragen sind vielfältig: Eine namentliche Abstimmung kann die Geschlossenheit einer Fraktion demonstrieren. Oder sie kann als Disziplinierungsinstrument dienen, in der Hoffnung, dass es sich der ein oder andere Abgeordnete, der die Meinung seiner Fraktion nicht teilt, unter dem Blick der Öffentlichkeit noch einmal überlegt, ob er das wirklich so deutlich machen will oder nicht doch lieber auf die Mehrheitsmeinung einschwenkt. Man kann damit aber auch umgekehrt versuchen, Meinungsverschiedenheiten in einer Fraktion sichtbar zu machen, insbesondere wenn der Antragsteller der Opposition angehört.

Bei den namentlichen Abstimmungen in der 10. Volkskammer gab es zwar immer eine gewisse Zahl Abtrünniger, die sich den in den Fraktionen getroffenen Abmachungen verweigerten. Dennoch war, bis auf eine Ausnahme, der Zusammenhalt der Fraktionen ziemlich hoch. Beim ersten Beispiel, der Abstimmung über den Vertrag zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 21. Juni, hielt sich die Zahl derjenigen Abgeordneten, die aus der Reihe tanzten, in Grenzen, lediglich vier stimmten gegen ihre eigenen Fraktionen: Bei der SPD votierte als einziger Ibrahim Böhme mit Nein, bei der PDS enthielt sich Herbert Richter und bei DBD/DFD lehnten Karin Bencze und Günther Maleuda das Gesetz ab.³⁴ Am 22. Juli sah es schon anders aus, denn an diesem Tag ging es um eines der umstrittensten Volks-

³² Im Gegensatz zum Deutschen Bundestag ist das Abstimmungsverhalten in den Stenografischen Berichten jedoch nicht nach Fraktionen aufgelistet. Die Protokolle vermerken jeweils nur, ob ein Gesetz/Antrag mit Mehrheit/einstimmig angenommen oder abgelehnt wurde, oder, wenn die Stimmen ausgezählt wurden, die Zahlenverhältnisse.

³³ In der 16. Tagung am 21. Juni (Drs. 24 a), 27. Tagung am 22. Juli (Antrag der CDU zu Drs. 148), 28. Tagung am 8. August (Drs. 173/173 a), 29. Tagung am 22. August (Drs. 193), 30. Tagung am 22. August (Drs. 200 u. Drs. 201), 34. Tagung am 6. September (Drs. 221 u. Drs. 87 c) und 36. Tagung am 20. September (Drs. 217 a).

³⁴ PV, 16. Tagung am 21. Juni 1990, S. 625–630.

kammerthemen überhaupt: den Beitrittstermin. Zur Debatte stand ein Antrag von CDU/DA.³⁵ Bei der namentlichen Abstimmung, die ebenfalls von der CDU beantragt worden war, offenbarten sich in der sonst so geschlossen votierenden SPD-Fraktion Risse. Neun ihrer Mitglieder enthielten sich, zwei stimmten mit Ja. Überhaupt keine einheitliche Linie mehr war bei den Grünen zu erkennen: drei stimmten mit Ja, vier mit Nein und acht enthielten sich.³⁶ Und auch bei DBD/DFD scherten zwei Mitglieder aus, die mit Ja votierten.

Die fünf Abgeordneten der SPD, die es wagten, am 8. August bei der Abstimmung zum Wahlgesetz mit ihrer Enthaltung bzw. dem Ungültigmachen ihrer Stimme von der Fraktionslinie abzuweichen, bekamen den Zorn ihrer Kollegen deutlich zu spüren.³⁷ Alle anderen Fraktionen mit Ausnahme von DBD/DFD votierten geschlossen. Bei der erneuten, ebenfalls namentlichen, Abstimmung über das Wahlgesetz am 22. August gab es dann nur noch geringfügige Abweichungen, lediglich eine Nein-Stimme in der SPD, eine Enthaltung bei Bündnis 90/Grüne sowie ein Nein und eine Enthaltung bei DBD/DFD.³⁸

Regelrecht chaotisch wurde es nur bei der Abstimmung über den Antrag der DSU zum Beitrittstermin, ebenfalls in der Sitzung vom 22. August. Selbst CDU/DA konnte sich nicht zu einer einheitlichen Haltung durchringen und bot mit 6 Ja-, 54 Nein-Stimmen und 96 Enthaltungen ein Bild heillosen Durcheinanders. Ähnlich unübersichtlich präsentierten sich SPD (24 Ja-, 49 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen) und Liberale (4 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen). Dieses Mal war die Opposition ein Vorbild an Geschlossenheit: Selbst die sonst so individualistisch wirkenden Grünen waren sich (bei einer Enthaltung) in ihrer Ablehnung des Antrags einig.³⁹ Doch der gemeinsame Änderungsantrag von CDU/DA, DSU, FDP und SPD gleich im Anschluss sorgte dann wieder für Klarheit: Nur noch zweimal Nein und zweimal Enthaltung bei den Sozialdemokraten. Dafür aber wieder das bekannte zerfaserte Bild bei Bündnis 90/Grüne: 2 Ja-, 8 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen.⁴⁰

Es folgten noch drei weitere namentliche Abstimmungen, zwei davon am 6. September mit wiederum mit nur wenigen Abweichlern. Lediglich als es um die Arbeitsrechtsverhältnisse im öffentlichen Dienst ging, enthielten sich immerhin sieben CDU-Abgeordnete, obwohl der Antrag auf namentliche Abstimmung von ihrer eigenen Fraktion kam.⁴¹ Und schließlich die Zustimmung zum Einheitsvertrag am 20. September: Hier stimmten ebenfalls lediglich zwei SPD-Abgeordnete mit Nein, während sich ein Grüner enthielt.⁴²

³⁵ Änderungsantrag der Volkskammerfraktion der CDU/DA zur Drucksache 148, o. Drs. Nr.

³⁶ PV, 27. Tagung am 22. Juli 1990, S. 1283 ff.

³⁷ Vgl. S. 302.

³⁸ PV, 29. Tagung am 22. August 1990, S. 1363 ff.

³⁹ PV, 30. Tagung am 22. August 1990, S. 1383 ff.

⁴⁰ Ebd., S. 1385–1388.

⁴¹ PV, 34. Tagung am 6. September 1990, S. 1621–1625.

⁴² PV, 36. Tagung am 20. September 1990, S. 1795–1798.

Auffällig ist die häufige und sehr spezielle Verwendung des Wortes Kultur in der Volkskammer, zumeist in Kombination mit den Adjektiven demokratisch oder politisch. Zu einem »kulturvollen Stil« hatte sich am 1. Dezember 1989 schon der letzte SED-Generalsekretär und vorletzte Staatsratsvorsitzende der DDR Egon Krenz bekannt, als er sich gegen den Vorwurf zur Wehr setzte, er sei gegenüber den Mitgliedern des alten Politbüros zu nachgiebig.⁴³ Aber auch die Abgeordneten der 10. Volkskammer legten darauf großen Wert. Da bat Käte Niederkirchner (PDS) als Sitzungsleiterin beispielsweise am 10. Mai um »kulturvolle Ruhe«⁴⁴, als es im Saal turbulent wurde, Lothar de Maizière argumentierte am 22. August, als er die Einberufung einer Sondersitzung für den Fahrplan zur Herstellung der deutschen Einheit beantragte, dass unter den teilweise chaotischen Verhältnissen der letzten Wochen im Parlament die Parlamentskultur gelitten habe.⁴⁵ Und Christa Luft (PDS) berichtete später desillusioniert von ihren ersten Erfahrungen als Abgeordnete im 11. Deutschen Bundestag: In der Volkskammer sei es »wesentlich kulturvoller« zugegangen.⁴⁶ Ihre Fraktionskollegen Uwe-Jens Heuer und Gerhard Riege teilten ihre Sicht, in der Volkskammer habe es zumindest immer wieder das Bemühen gegeben, »über Fraktionsgrenzen hinaus um politische Kultur zu ringen.«⁴⁷ Beide verbanden damit sogar die Hoffnung, dass die Volkskammer in dieser Hinsicht stilbildend sein könne: »Vielleicht war sie die Kinderstube eines guten Parlaments, ein Vorbote einer neuen politischen Kultur.«⁴⁸

Dieser Begriff bedarf der Erklärung, weil er nicht auf Anhieb verständlich ist. Der Kulturbegriff der DDR war äußerst weit gefasst.⁴⁹ So gab es auch ein »Kulturpolitisches Wörterbuch«, in dem unter dem Eintrag »Kulturbedürfnisse (der Werktätigen in der sozialistischen Gesellschaft)« »soziale Sicherheit, Geborgenheit, Gemeinschaftlichkeit, Gleichberechtigung und Kollegialität als Werte sozialistischer Lebensweise« definiert wurden. »Aufmerksamkeit, Ehrlichkeit, Höflichkeit, menschliches Verständnis und Zuverlässigkeit werden sehr geschätzt, Egoismus, Rücksichtslosigkeit, unkollegiales Verhalten und Überheblichkeit dagegen mit Recht abgelehnt.«⁵⁰

Dieser Tradition folgend meinte »Politische Kultur« daher in der Volkskammer vor allem den gesitteten, pfleglichen, fairen Umgang miteinander, also eher »kultivierte Politik«⁵¹, wobei es für sehr viele Volkskammerparlamentarier ganz wesentlich war, dass es auch inhaltlich möglichst ohne Streit zugeht. Das *Neue Deutschland* versprach sich in dieser Hinsicht vor allem von den in der Volkskammer vertretenen Theologen

⁴³ PV, 13. Tagung am 1. Dezember 1989, S. 351.

⁴⁴ Diese Bemerkung fehlt in den Stenografischen Berichten: PV, 6. Tagung am 10. Mai 1990, S. 189, vgl. statt dessen: 5:52:44.

⁴⁵ PV, 29. Tagung am 22. August 1990, S. 1363.

⁴⁶ »Betr.: Berliner Volkskammerer«, *taz* vom 18. März 2000.

⁴⁷ U.-J. HEUER/G. RIEGE, Rechtsstaat, 1992, S. 188.

⁴⁸ Ebd., S. 55.

⁴⁹ Zum weiten Kulturbegriff der DDR vgl. auch W. ROSSADE, Sozialistische Lebensweise, 1981 und DERS., Gesellschaft und Kultur, 1997.

⁵⁰ M. BERGER (Hrsg.), Kulturpolitisches Wörterbuch, 1978, S. 376.

⁵¹ Vgl. T. MERGEL, Kulturgeschichte der Politik, 2012.

und Pfarrern eine ganze Menge. Es hatte – allerdings in Bezug auf die drei Moderatoren des Zentralen Runden Tisches Ducke, Lange und Ziegler, die jedoch stellvertretend auch für die Theologen in der Volkskammer standen – gesagt: »Sie haben den Ausgleich, den Konsens, in die Politik der DDR eingeführt, und das war nach vierzig Jahren Administration ein wertvoller Schritt hin zur Humanisierung der Politik.«⁵²

Das Beispielhafte und Positive daran sollte vor allem die Bereitschaft zum Konsens, der Verzicht auf harte politische Auseinandersetzung sein. Politischer Streit, oder in den Worten der Abgeordneten »Parteienegoismus« bzw. »Parteiengezänk«, war etwas, was ungeachtet der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Fraktion nicht gerne gesehen war, wenn es nicht sogar völlig abgelehnt wurde. So hatte Sabine Bergmann-Pohl direkt nach ihrer Wahl zur Volkskammerpräsidentin auf die Frage, wie sie ihr Verhältnis zu den anderen Parteien betrachte, geantwortet: »Es sind für mich alles Menschen. Ich hoffe, daß wir unsere Beschlüsse für das Volk gemeinsam tragen egal, welcher Partei wir angehören. Wir dürfen jetzt keinen Parteienegoismus mehr walten lassen.«⁵³ Das hatte sie in der konstituierenden Sitzung auch schon im Plenum erklärt: »Über jeglichen Parteienegoismus hinweg muß es uns gelingen, durch eine kluge, von vielen, getragene Politik wieder die Hoffnung in das Leben der Menschen zu geben.«⁵⁴ Glaubt man Konrad Weiß (Bündnis 90/Grüne), scheiterte die Volkskammer an dieser Aufgabe. Er beklagte pubertäre parteipolitische Hahnenkämpfe und behauptete, das Volk habe »Parteiengezänk und Dauerlamento« satt.⁵⁵

Die Sehnsucht nach Konsens war fraktionsübergreifend groß: Joachim Gauck (Bündnis 90/Grüne) erfüllte es »mit tiefer Befriedigung, daß es gesellschaftliche Aufgaben gibt, bei denen man feststellen kann, daß in diesem Hause ein einvernehmliches politisches Handeln möglich ist.«⁵⁶ Doch dieses stark ausgeprägte Harmoniebedürfnis war nicht nur bei den Mitgliedern der Opposition zu beobachten. Auch Jürgen Schwarz (DSU) lobte abschließend vor allem die Arbeit in den Ausschüssen, weil es dort konfliktfreier zugegangen sei als im Plenum:

»Das Unglückliche unserer Situation besteht darin, daß die Mehrheit unserer Bevölkerung nicht sehen konnte, wie korrekt, wie fleißig, wie aufopfernd um die Lösung von Problemen, die Vorbereitung von Gesetzesvorlagen gerungen wurde. Hier lagen die Sternstunden der Abgeordneten. Hier wurde Parteienstreit und Parteiengezänk zurückgestellt, Schwätzer und Hohlreden hatten hier kaum Chancen. Hier gab es endlich auch die menschliche Komponente, die in den Vollversammlungen des Hauses so oft vermißt wurde.«⁵⁷

Und er malte sich aus, wie die Länderparlamente in den neuen Bundesländern ohne die Mängel der Volkskammer sein würden:

⁵² »Von der Kanzlei in das Parlament«, *ND* vom 12./13. Mai 1990.

⁵³ »Mein Vorsatz – ich will menschlich bleiben«, *ND* vom 6. April 1990.

⁵⁴ PV, 1. Tagung am 5. April 1990, S. 5.

⁵⁵ PV, 28. Tagung am 8. August 1990, S. 1320.

⁵⁶ PV, 26. Tagung am 20. Juli 1990, S. 1146.

⁵⁷ PV, 38. Tagung am 2. Oktober 1990, S. 1869.

»Wir wollen zum Beispiel im Sächsischen Landtag zur Sache kommen, den endlosen Geschäftsordnungsdebatten, Verzögerungstaktiken, Verschleppungsmanövern keinen Raum geben. Ein transparenter Landtag bei objektiver Berichterstattung in allen Medien sollte das bewirken, was diese Volkskammer nicht immer bewerkstelligen konnte.«⁵⁸

Da war er wieder, der Traum von der Transparenz. Was die Voraussetzungen anging, war Schwarz optimistisch:

»Dort kann es eigentlich Parteienstreit nicht geben, denn die Probleme liegen so berghoch da, daß also praktisch jeder sofort zur Sache gehen muß. Und wer dann diesen ›Berliner‹ Stil übertragen will, der ist übel beraten. Und ich glaube kaum, daß der noch Chancen hat, in dem Lande gehört zu werden.«⁵⁹

Diese Einstellung zieht sich von der 9. Volkskammer bruchlos in die 10. Der ehemalige Volkskammerpräsident Günther Maleuda hatte bereits die Zusammenarbeit von Zentralem Runden Tisch und Parlament in der Endphase der 9. Volkskammer als verantwortungsbewusstes Wirken gedeutet, das jedoch im Nachhinein totgeschwiegen werde. »Offensichtlich ist ein konstruktives Zusammenwirken von Parlament und außerparlamentarischer Opposition wieder einmal nicht zeit- und regimegemäß.« Doch diesen Idealzustand hatte der Wahlkampf zunichte gemacht, bei dem »persönliche Profilierungssucht und Parteieninteressen« Vorrang gehabt hätten.⁶⁰

Eine gewisse Vorliebe für Konsensentscheidungen gehörte auch zum Selbstverständnis des Volkskammerpräsidiums. Gleich mehrere seiner Mitglieder kommentierten einstimmige Abstimmungen auffällig wohlwollend. So äußerte sich zum Beispiel Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/Grüne) im Juli: »Stimmhaltungen? – Dann ist dieses Gesetz einstimmig angenommen. (Beifall) Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: weiter so!«⁶¹ Oder Stefan Gottschall: »Fast hätten wir es geschafft, einstimmig abzustimmen«⁶² und Jürgen Schmieder: »Dann bedanke ich mich für die Einstimmigkeit. Das war zwar schon einige Male vorgekommen, aber am heutigen Tag ist es ein Novum.«⁶³

Ist das nun ein Nachklang dessen, was Stefan Wolle die »heile Welt der Diktatur« genannt hat?⁶⁴ Auffällig ist diese »Beißhemmung« jedenfalls. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch, was Kurt Biedenkopf über die konstituierende Sitzung des sächsischen Landtags am 27. Oktober 1990 berichtete. Denn die Begeisterung für parteiübergreifenden Konsens hielt sich weit über den 3. Oktober hinaus.

»Immer wieder geht es um den Wunsch, alle wesentlichen Entscheidungen des neuen Parlaments mit Zweidrittelmehrheit zu verabschieden und damit der Gefahr, wie man es sieht, entgegenzusteuern, dass die CDU als Mehrheitsfraktion die anderen Gruppierungen über-

⁵⁸ Ebd., S. 1870.

⁵⁹ Parlamentarischer Pressedienst der Volkskammer der DDR, Nr. 11, S. 5.

⁶⁰ G. MALEUDA, Entdeckter Parlamentarismus, 1994, S. 145, 149.

⁶¹ PV, 27. Tagung am 22. Juli 1990, S. 1248.

⁶² PV, 7. Tagung am 17. Mai 1990, S. 205.

⁶³ PV, 19. Tagung am 29. Juni 1990, S. 796.

⁶⁴ S. WOLLE, Die heile Welt, 1999.

stimmen könnte. Den neu gewählten Parlamentariern fällt es schwer, sich an Mehrheitsentscheidungen zu gewöhnen, auch in den Reihen der Mehrheit selbst. Bisher musste man sich um Konsens bemühen, denn für Mehrheiten am Runden Tisch gab es keine institutionellen Vorkehrungen. So beschwört man diese Praxis auch jetzt und lässt die Auffassung erkennen, dass Mehrheiten, die ohne Konsens entscheiden, im Grunde undemokratisch handeln und an die überwundene Vorherrschaft einer Partei erinnern.«⁶⁵

Doch auch hier besteht die Gefahr, etwas nachträglich zu idealisieren, das längst nicht immer so gut funktioniert hat: Bei der Debatte des Wahlgesetzes für den ersten gesamtdeutschen Bundestag lobte Gregor Gysi das Gesetz zur Wahl der Volkskammer im März 1990 als wesentlich demokratischer, denn es sei hauptsächlich am Runden Tisch ausgearbeitet worden und habe deshalb die Handschrift aller getragen. Gysi wollte wissen, warum nie auch nur einmal angeboten worden sei, zwischen Koalition und Opposition über dieses Wahlrecht wenigstens miteinander zu sprechen.⁶⁶ Doch das verfiel nicht. Als abzusehen war, dass die Koalitionsfraktionen auf das Kooperationsangebot nicht eingingen bzw. überhaupt nicht daran interessiert waren, reagierte die PDS verschnupft.

Mit den näher rückenden Wahlen in Herbst und Winter 1990 und der Auflösung der Koalition nahmen die Gründe für eine stärkere Profilierung der einzelnen Parteien ohnehin zu und das Bedürfnis nach Harmonie ab. Selbst im Präsidium, das sich auf seine konfliktlose Zusammenarbeit einiges zugutehielt, stellte Sabine Bergmann-Pohl ab diesem Zeitpunkt eine Zunahme der parteipolitischen Auseinandersetzungen fest.⁶⁷

Roland Claus (PDS) sprach, nach der Charakterisierung der Arbeit in der Volkskammer gefragt, denn auch nur von einem »gewissen parlamentarischen Miteinander«, das die Abgeordneten entwickelt hätten, das Wort »Corps-Geist« wollte er ausdrücklich nicht verwenden. Er fand, dass die Volkskammer heute zu einem großen Teil romantisiert werde. Jedenfalls konnte er sich nicht an sehr viele fraktionsübergreifende Kompromisse erinnern, Ausnahme waren lediglich die Ausschüsse.⁶⁸ Klaus Steinitz (PDS) verneinte rundheraus, dass es so etwas wie ein Gemeinschaftsgefühl unter den Abgeordneten gegeben habe.⁶⁹ Und sein Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi war ebenfalls der Meinung, dass das im Nachhinein glorifiziert werde. »So doll war die [politische Kultur] nun nicht«. Teilweise sei es sehr persönlich und beleidigend zugegangen.⁷⁰

Aus der Außenseiterposition des einzigen Abgeordneten der Vereinigten Linken, Thomas Klein, nahm sich die Situation ohnehin noch einmal ganz anders aus. Für ihn war die Volkskammer lediglich die grobschlächtigere, archaische Variante des Deutschen Bundestags. Ebenfalls mit den im Parlament üblichen Ausgrenzungs- und Dis-

⁶⁵ K. H. BIEDENKOPF, Von Bonn nach Dresden, 2015, S. 394.

⁶⁶ PV, 28. Tagung am 8. August 1990, S. 1321.

⁶⁷ Interview Bergmann-Pohl.

⁶⁸ Interview Claus.

⁶⁹ Interview Steinitz.

⁷⁰ Interview Gysi.

tanzierungsritualen. Ihr einziger Vorteil sei gewesen, dass jeder es sehen konnte, egal ob es gut »oder verhängnisvoll oder geradezu grotesk« war. Der Vorrat an gemeinsamen Werten und Zielvorstellungen war seiner Meinung nach nur klein.⁷¹

Ungeachtet dieser Einschränkungen war der Umgang miteinander dennoch vorsichtiger und zurückhaltender. Für das Phänomen des Fehlens harter Auseinandersetzungen an Fraktionsgrenzen entlang gibt es gleich mehrere plausible Erklärungen. Laut Richard Schröder (SPD) erleichterte die Tatsache, dass es keine Parteien gab, »die über Jahre programmatisch festgelegt und gegeneinander abgegrenzt waren«⁷² eine solche Form der Entscheidungsfindung natürlich sehr. Zumal die Programme, die die einzelnen Parteien für die Volkskammerwahlen entworfen hatten, für die Gestaltung der DDR gedacht und somit bald gegenstandslos waren.⁷³ Man kann mit Dietrich Herzog diesen Befund um die Feststellung erweitern, dass die meisten Abgeordneten – er nimmt lediglich diejenigen der PDS davon aus – zu jener Zeit »noch wenig auf eine spezielle Hausmacht oder auf bestimmte gesellschaftliche Verbände oder auch klar abgegrenzte Wählerschaften« festgelegt« gewesen seien.⁷⁴ »Persönliche Ambitionen und individuelle Idiosynkrasien« seien noch nicht durch die Institutionen gefiltert gewesen.⁷⁵

Und die *Neue Zürcher Zeitung* wies in ihrem Fazit der Arbeit der 10. Volkskammer auf einen weiteren wichtigen Punkt für dieses Verschwimmen der Grenzen zwischen den Parteien hin: nämlich dass »der Entschluss, sich für eine bestimmte Partei zu engagieren, in den turbulenten Herbst- und Wintermonaten mitunter auf Grund von Zufälligkeiten getroffen worden war.«⁷⁶ Die spätere Bundesfamilienministerin Claudia Nolte hat das sogar explizit angesprochen.⁷⁷ Ihr sei die Entscheidung, in eine Partei einzutreten, alles andere als leichtgefallen, weil »Partei« bis zu diesem Zeitpunkt immer gleichbedeutend gewesen sei mit »SED«.

Wie wenig politisch festgelegt manche der Volkskammermitglieder noch waren, lässt sich auch an den Parteiwechseln einer Reihe von Abgeordneten zum Teil bereits während des Jahres 1990, aber auch danach sehen. Einige arbeiteten sich regelrecht durch das gesamte Parteienspektrum: Matthias Platzeck, als Pateiloser für die Grünen in der Volkskammer trat zur SPD über, seine Fraktionskollegen Vera Wollenberger und Günter Nooke gingen zur CDU. Von der DSU fanden Wolfgang Braun, Peter-Michael Diestel, Manfred Dott, Hans-Wilhelm Ebeling, Joachim Hubertus Nowack und Hansjoachim Walther ihre neue politische Heimat in der CDU, Timo Backofen ging zur SPD. Wolfgang Braun trat auch da später wieder aus. Hans-Gerd Glück, ehemals PDS, schloss sich erst der DSU an, um schließlich zur FUA zu gehen. Die PDS-

⁷¹ PV, 7. Tagung am 17. Mai 1990, S. 190 f.

⁷² »Plötzlich sollte ich für mich selbst werben«, *Die Zeit* vom 18. März 2010. Diese Einschätzung teilt auch Rüdiger Fikentscher, vgl. das Interview.

⁷³ Vgl. Interview Höppner.

⁷⁴ D. HERZOG, 10. Volkskammer, 2000, S. 15.

⁷⁵ Ebd., S. 15 f.

⁷⁶ »Überwiegend positive Bilanz der Volkskammer«, *NZZ* vom 2. Oktober 1990.

⁷⁷ C. CRAWFORD, Gegenteil, S. 652.

Abgeordnete Sylvia-Ivonne Kaufmann wurde Mitglied der SPD, ihre Kollegin Bärbel Kozyan ging zur CDU. Edelbert Richter nahm den umgekehrten Weg von der SPD in die PDS. Herbert Schirmer (CDU) wurde SPD-Mitglied und Hans Watzek ging vom DBD/DFD erst zur SPD, später zur PDS. 18 Volkskammermitglieder traten früher oder später aus ihren Parteien aus, ohne sich danach wieder einer anderen anzuschließen.⁷⁸ Hinzu kam, dass sich mit der DBD/DFD während dieser sechs Monate eine Fraktion sogar ganz auflöste, weil ihre Partei nicht mehr existierte. Ihre Mitglieder schlossen sich zum 1. September teils anderen Fraktionen an oder übten, wie Günter Maleuda, als fraktionslose Abgeordnete ihr Mandat weiter aus.⁷⁹

In einer frühen Analyse der Fraktions- und Parteiwechsler im Deutschen Bundestag hat Heino Kaack 1972 auf die Korrelation von Stabilität des Parteiensystems und Wechselwünschen aufmerksam gemacht: Je stabiler das System, desto geringer die Zahl der Wechsler.⁸⁰ Eine politische Umbruchsituation, wie sie 1989/90 in der DDR zu beobachten war, bot sozusagen den idealen Nährboden für dieses Phänomen, ein wenig der Situation des frühen Deutschen Bundestages vergleichbar.⁸¹

Traditionen

Doch woraus speisten sich die Vorstellungen der Abgeordneten? Woher kam ihr Bild vom Parlament? Schon die alte Volkskammer der DDR war eine geradezu wilde Mischung unterschiedlichster Traditionsbestandteile, wie Roland Schirmer schreibt:

»Unter taktischen Erwägungen [waren] eklektisch Bauplanelemente unterschiedlicher Herkunft und ohne Rücksicht auf deren Kompatibilität in ihre institutionelle Form gepresst [worden]. Bruchstücke des Weimarer Parlamentarismus verband man mit Ideen antifaschistischer Strategien der Kommunistischen Internationale. Fragmente marxistischer Rätekonzeptionen und Ordnungsvorstellungen des Obersten Sowjets.«⁸²

Und davon hatte einiges überlebt. Die parlamentarischen Idealvorstellungen vieler Abgeordneter speisten sich vor allem aus zwei Quellen: der klassischen – in diesem Fall: griechischen – Antike und sozialistischen Traditionen. Das Modell der repräsentativen Demokratie, das die Amerikaner Ende des 18. Jahrhunderts entwickelten, geht auf das Vorbild des antiken Rom zurück. Und auch die Französische Revolution bediente sich in der Folge weitgehend aus Symbolen und Versatzstücken der römi-

⁷⁸ Datengrundlage sind die Angaben aus der Datenbank VOLKPARL.

⁷⁹ Lutz Goepel, Dieter Helm, Joachim Holz und Werner Meyer-Bodemann gingen zu CDU/DA, Werner Marusch, Per-René Seeger und Hans Watzek zur SPD, Georg Zschornack und Karin Benze schlossen sich den Liberalen an.

⁸⁰ H. KAACK, Fraktions- und Parteiwechsler, 1972, S. 5. Für die Sicht auf die postkommunistischen Staaten Europas vgl. jetzt E. SEMENOVA, Parliamentary Party Switching, 2015.

⁸¹ In der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestags gab es 109 Fraktions- und Parteiwechsel, in der darauffolgenden waren es mit 107 fast genauso viele, in der vierten hingegen gab es nur noch zwei. H. KAACK, Fraktions- und Parteiwechsler, 1972, S. 18 f.

⁸² R. SCHIRMER, Institutionelle Evolution, 2012, S. 171.

schen Republik. Wenngleich diese antiken Traditionsbestände im Frankreich des späten 18. Jahrhunderts sehr eklektisch und selektiv genutzt wurden, ohne sie im einzelnen genau zu kennen.⁸³

Das leuchtende Vorbild war aber gerade nicht die römische Republik, sondern vor allem das antike Griechenland. Es steht gleichbedeutend für den Ursprung der Demokratie, für die politische Versammlung freier Bürger, für Deliberation und daran anschließende Mehrheitsentscheidungen.⁸⁴ Vergessen wird von ihren Anhängern dabei gerne, dass es sich um eine äußerst elitäre Veranstaltung handelte, bei der die Hälfte der Bürger ausgeschlossen war, weil weder Sklaven noch Frauen aktiv daran teilhatten. Politik war ausschließlich Sache der männlichen Bürger.

Zum anderen speiste sich die im Umkreis der Volkskammer anzutreffende parlamentarische Idealvorstellung aber auch aus sozialistischen Traditionen.⁸⁵ Vorbilder für die sogenannten sozialistischen Vertretungskörperschaften, als die sich auch die Volkskammer bis 1990 verstand, waren die Pariser Sektionsversammlungen der Französischen Revolution, später die Pariser Commune von 1871 und rätendemokratische Modelle. Die Textstellen, in denen sich Karl Marx oder Lenin über das Parlament äußerten, sind jedoch überschaubar.⁸⁶ Gemeinsam ist ihnen, dass sie am »bürgerlichen Parlamentarismus« kein gutes Haar ließen. Für Marx war es von entscheidender Bedeutung, dass die Commune, »keine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft« sein sollte, »vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.«⁸⁷

Lenin sah den »Ausweg aus dem Parlamentarismus« nicht in der »Aufhebung der Vertretungskörperschaften und der Wählbarkeit [...]«, sondern in deren »Umwandlung [...] aus Schwatzbuden in »arbeitende« Körperschaften [...] vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.«⁸⁸ Die Aufhebung der Gewaltenteilung war jedoch nicht seine Erfindung, sondern lediglich die wörtliche Wiedergabe der Marxschen Formulierungen. Den »korrupten und verfaulten Parlamentarismus in bürgerlicher Gesellschaft« wollte Lenin ersetzen

»durch Körperschaften, in denen die Freiheit des Urteils und der Beratung nicht in Betrug ausartet, denn die Parlamentarier müssen selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst kontrollieren, was bei der Durchführung herauskommt, selbst unmittelbar vor ihren Wählern die Verantwortung tragen. Die Vertretungskörperschaften bleiben, aber den Parlamentarismus als besonderes System, als Trennung der gesetzgebenden von der vollziehenden Tätigkeit, als Vorzugsstellung für Abgeordnete gibt es hier nicht. Ohne Vertretungskörperschaften können wir uns eine Demokratie nicht denken, auch die proletarische Demokratie nicht; ohne Parlamentarismus können und müssen wir sie uns denken, soll die Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft für uns nicht ein leeres Gerede sein.«⁸⁹

⁸³ Vgl. hierzu W. NIPPEL, *Antike oder moderne Freiheit?*, 2008.

⁸⁴ Vgl. jüngst dazu E. FLAIG, *Die Mehrheitsentscheidung*, 2013.

⁸⁵ Vgl. H. KELLE/T. RIEMANN, *Die Volkskammer*, 1989.

⁸⁶ K. MARX, *Bürgerkrieg*, 1973; W. I. LENIN, *Staat und Revolution*, 1972.

⁸⁷ K. MARX, *Bürgerkrieg*, 1973, S. 339.

⁸⁸ W. I. LENIN, *Staat und Revolution*, 1959, S. 50.

⁸⁹ Ebd., S. 51.

Auf diese Weise sollten Vertretungskörperschaften völlig neuen Typs geschaffen werden, während in kapitalistischen Staaten die Parlamente nur demokratische Fassade gewesen seien. Das aus Sicht der sozialistischen Autoren wichtigste Unterscheidungskriterium zwischen bürgerlichem und sozialistischem Parlament war das Parlament als eine arbeitende Körperschaft. Das hatte nichts mit der politikwissenschaftlichen Einteilung in Arbeits- und Redeparlament zu tun, sondern hieß konkret, dass der Abgeordnete arbeitete und zwar im »richtigen Leben«, und dadurch den Kontakt zur Bevölkerung hielt, weil er Teil der Arbeitswelt blieb. Sozialistischer Abgeordneter war man immer nur ehrenamtlich. Berufsparlamentarier gab es nicht. Deshalb war ein sozialistischer Abgeordneter, – von dem überdies Bescheidenheit und vorbildliches persönliches Verhalten erwartet wurde⁹⁰ –, grundsätzlich nicht nur seinen Wählern, sondern auch seinem Arbeitskollektiv gegenüber verantwortlich und rechenschaftspflichtig.⁹¹ Denn von ihm wurde er oder sie als Kandidat geprüft und vorgeschlagen. Er war selbst Werktätiger, der seine berufliche Tätigkeit in der Produktion und anderen Bereichen weiterhin ausübte. Er hielt enge Verbindung mit den Bürgern seines Wahlkreises bzw. den Kollegen im Arbeitskollektiv, war demzufolge mit deren Auffassungen und Problemen vertraut. Der Abgeordnete stand fest im gesellschaftlichen Leben an der Basis, und wusste am besten, wie sich Entscheidungen des höchsten staatlichen Machtorgans auswirkten.⁹² Er wurde auch nicht, wie in derselben Broschüre zu lesen war, von Konzernen ausgehalten und konnte seine Funktion nicht zur persönlichen Bereicherung missbrauchen, was angeblich in westlichen Parlamenten gang und gäbe war.

Für jemanden wie die beiden PDS-Abgeordneten Uwe-Jens Heuer oder Gerhard Riege war diese Vorstellung auch 1990 noch reizvoll:

»Das Faszinierende dieser Idee bestand darin, in den Abgeordneten Mitbürger zu haben, die sich durch die Art ihrer öffentlichen Aufgaben, den Stil ihrer Tätigkeit und die finanzielle Absicherung nicht zu einer von der »normalen« Bevölkerung abgehobenen Gruppe entwickeln. Das kommt der Konzeption vom Parlament als einer Volksvertretung entgegen. Solange der Abgeordnete grundsätzlich in seinem gewohnten Lebenskreis verbleibt, seinen bisherigen gesellschaftlichen Beziehungen verhaftet ist, besteht die Chance, daß er um jene Probleme, Bedürfnisse und Interessen weiß, die in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen eine Rolle spielen, und daß er sich davon in seinem parlamentarischen Wirken bestimmen lassen wird.«⁹³

Sie mussten allerdings einräumen, dass es eine Idealvorstellung war, deren Realisierung immer auch von anderen Umständen abhing. Der tatsächliche Entscheidungsspielraum der Volkskammer sei dann doch so gut wie nicht vorhanden gewesen.⁹⁴

⁹⁰ Ebd., S. 127, 110.

⁹¹ Handbuch für den Abgeordneten, S. 21.

⁹² H. KELLE/T. RIEMANN, Die Volkskammer, 1989, S. 20 f.

⁹³ U.-J. HEUER/G. RIEGE, Rechtsstaat, 1992, S. 178.

⁹⁴ Ebd., S. 178 f.

Parlamentarische Anfänge

Auch wenn den Abgeordneten der 10. Volkskammer verständlicherweise alles neu und besonders zu sein schien: Ein Blick auf ähnlich gelagerte parlamentarische Anfänge relativiert den Eindruck der Einzigartigkeit. Schon Helmut Müller-Enbergs hat festgestellt: »Die Volkskammer war [...] nicht das erste deutsche Kurzparlament.«⁹⁵ Aber Parallelen zu anderen Parlamenten finden sich nicht allein in Bezug auf die Dauer. Offensichtlich hatten viele parlamentarische Neustarts mit ähnlichen Problemen zu kämpfen.

Für einen Vergleich bietet sich eine ganze Reihe von Beispielen an: das Paulskirchenparlament von 1848, die Weimarer Nationalversammlung,⁹⁶ der Parlamentarische Rat,⁹⁷ der Deutsche Bundestag 1949, oder die Parlamente der Staaten des Warschauer Paktes, die sich nach dem Umbruch von 1989/90 ebenfalls neu organisieren und definieren mussten. Gerade was die Lebensbedingungen anging, gibt es zum Beispiel beim tschechischen Parlament der Umbruchphase der späten achtziger, frühen neunziger Jahre überraschende Parallelen.⁹⁸

Nicht in allen Fällen handelt es sich um Parlamente, Nationalversammlung und Parlamentarischer Rat waren ausschließlich verfassungsgebende Versammlungen, aber dennoch sind die Strukturen und Voraussetzungen ähnlich. In all diesen Fällen begann etwas Neues unter widrigen äußeren Umständen, seien es Revolutionen wie 1848 und 1918, das Ende eines Krieges – 1918, 1949 – oder das einer Diktatur wie 1949 in Deutschland, mit Akteuren, die über mal mehr, mal weniger Erfahrung in diesem Metier verfügten. Dementsprechend ähnelten sich die anzutreffenden Probleme. Ob es sich um die Schwierigkeiten hinsichtlich der Organisation der Arbeit handelt, den Umgang mit der zur Verfügung oder besser: der nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehenden Zeit, den Platzmangel, fehlendes Mobiliar, unzureichende technische Ausstattung, die enorme Arbeitsbelastung. All das erfuhren die Abgeordneten in unterschiedlicher Zusammensetzung und in unterschiedlichem Maß.

Das Paulskirchenparlament, um mit dem frühesten der hier aufgeführten Beispiele zu beginnen, trat in Frankfurt am Main am 18. Mai 1848 zum ersten Mal zusammen. Die Paulskirche, ein Rundbau, schien für eine derartige Versammlung optimale Voraussetzung zu bieten, sie war der größte und modernste Saal der Stadt. Ihr Architekt, der Frankfurter Stadtbaumeister Johann Georg Christian Hess, hatte ursprünglich geplant, eine an französische Revolutionsarchitektur angelehnte Pantheon-Rotunde zu bauen, die aber aus Kostengründen nicht zu realisieren war. In der 1833 eingeweihten Kirche fanden neben den 500 Abgeordneten im Saal auf der umlaufenden Tribüne noch einmal fast 2000 Personen Platz. Der Raum war damit zwar groß genug, seine akustischen Probleme aber so gravierend, dass nach einiger Zeit eine Zwi-

⁹⁵ H. MÜLLER-ENBERGS, Welchen Charakter hatte die Volkskammer, 1991, S. 237.

⁹⁶ Vgl. T. MERGEL, Parlamentarische Kultur, 2012.

⁹⁷ Vgl. M. F. FELDKAMP, Der Parlamentarische Rat, 1998.

⁹⁸ Vgl. A. GJURIČOVÁ, The MPs' residence, 2014.

schendecke eingezogen werden musste.⁹⁹ Die Abgeordneten litten außerdem unter der Kälte und den miserablen Lichtverhältnissen im Saal, so dass vom 4. November 1848 bis 9. Januar 1849 eine Zentralheizung und Gasbeleuchtung installiert wurde.

Auch das Paulskirchenparlament hatte einen ganzen Berg von Schwierigkeiten zu bewältigen: Auch dort kannten die Abgeordneten einander nicht.¹⁰⁰ Es gab Platz- und Unterbringungsprobleme. Doch nicht nur das. Der Alterspräsident der konstituierenden Sitzung, Friedrich Lang, war mit seiner Aufgabe hoffnungslos überfordert, eine Geschäftsordnung fehlte, er konnte sich akustisch nicht verständlich machen, das Publikum auf den Tribünen verstand deshalb nichts und fing an unruhig zu werden.¹⁰¹ Der erst in der zweiten Sitzung gewählte Präsident, Heinrich von Gagern, hatte ihm gegenüber einen großen Vorteil: Seine, wie beinahe alle Zeitgenossen bewundernd anmerkten, kraftvolle, sonore Stimme. Das Publikum hingegen wurde nicht diszipliniert.

»Was den Verhandlungen der Paulskirche ihren besonderen Ton gab, war die aktive Mitbeteiligung der Zuhörer auf der Galerie. Natürlich trug das nicht zur Erhöhung der Würde und Feierlichkeit bei, aber es hinderte doch, daß die Sache gar zu ledern verlief. [...] Das Mitspielen des Publikums brachte doch etwas Leben in die Bude [...]. Es wurde aus Leibeskräften applaudiert und gezischt.«¹⁰²

Die Bildung der sogenannten Clubs, das heißt Fraktionen, brauchte seine Zeit. Dann jedoch war die Arbeit in Fraktionen und die damit verbundene Abstimmungsdisziplin geradezu das Charakteristikum der Paulskirche, *das* Zeichen für die Modernität dieses Parlaments, auch wenn die Abgeordneten es als ein »notwendiges Übel« betrachteten.¹⁰³ Auch das Ideal der vermeintlich so freien Rede in der Paulskirche, die Deliberation ohne Fraktionszwang, ist bereits seit langem ins Reich der Legende verwiesen.¹⁰⁴ Ein deliberatives Paradies war die Paulskirche also ganz gewiss nicht. Allerdings gelang es auch nicht, die Redezeit auf zehn bis 15 Minuten zu begrenzen.

Die Beschreibung der Lebens- und Arbeitsumstände der Nationalversammlung in Weimar lassen sich quasi eins zu eins auf die Volkskammer übertragen. Ob es nun die räumliche Nähe war, die zu vielerlei Kontakten über die Parteigrenzen hinaus führte.¹⁰⁵ Oder dass der Ort, die relative Isolation in der thüringischen Provinz und ge-

⁹⁹ Vgl. u. a. H. GÖTTERT, *Stimme*, 1998, S. 330; E. HILS-BROCKHOFF/S. HOCK, *Paulskirche*, 1998, S. 30 ff.

¹⁰⁰ Das gleiche gilt für die Preussische Nationalversammlung im selben Jahr, wo die meisten preussischen Abgeordneten »der Welt und einander unbekannt waren«. Abgesehen davon, »daß bei dem ersten Zusammentreten hier in Berlin weder in noch außer der Versammlung Jemand eine bestimmte Vorstellung über den Umfang der Aufgabe und die Art ihrer Lösung hatte. Die Versammlung mußte sich also in den schwierigsten Zeiten in sich und aus sich heraus erst bilden.«, zitiert nach C. STUDDT, *Lothar Bucher*, 1992, S. 37 f.

¹⁰¹ Vgl. T. PAUR, *Briefe*, 1919.

¹⁰² L. BAMBERGER, *Erinnerungen*, 1899, S. 88.

¹⁰³ W. SIEMANN, *Die deutsche Revolution*, 1985, S. 127. M. BOTZENHARDT, *Deutscher Parlamentarismus*, 1977, S. 415–441.

¹⁰⁴ W. SIEMANN, *Die deutsche Revolution*, 1985. Autoren wie beispielsweise Armin Burkhardt ignorieren dies jedoch in ihren idealisierten Darstellungen nahezu völlig.

¹⁰⁵ T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2012, S. 43.

meinsame Erfahrungen die Bildung eines dauerhaften Wir-Bewußtseins erleichterten.¹⁰⁶ Oder dass die Gruppenbildung in der Nationalversammlung auch deshalb als Erlebnis begriffen wurde, weil es sich um eine in ihrer Zusammensetzung weitgehend neue Gruppe handelte.¹⁰⁷ Thomas Mergel betont insbesondere den Improvisationscharakter ihrer Arbeit.¹⁰⁸

Auch die Nationalversammlung klagte über unzulängliche Arbeitsbedingungen, den allorts herrschenden Platzmangel und die schlechten Verkehrsverbindungen. Es gab Beschwerden über zu geringe Anwesenheit der Abgeordneten im Plenarsaal sowie massive Arbeitsbelastung. Zur Sitzung am 11. Mai 1932 kamen gerade einmal neun Abgeordnete. Oft wurden Sitzungen wegen Beschlussunfähigkeit abgebrochen.¹⁰⁹ Und Fahrgemeinschaften kannten auch die Reichstagsabgeordneten, nur waren es dort eben Zugabteile und nicht gemeinsam genutzte Autos.¹¹⁰

Auch die Parallelen zu den Anfängen des Deutschen Bundestags sind offensichtlich. Dieser begann zum Beispiel seine Arbeit am 21. September 1949 gänzlich ohne Geschäftsordnung. Dieser Zustand hielt an bis zur fünften Sitzung, vom 20. September 1949 an arbeitete er zumindest nach einer vorläufigen Geschäftsordnung – nämlich der modifizierten des Deutschen Reichstags in der Fassung vom 31. Dezember 1922 – aber das immerhin bis 1952. In jenem Jahr trat im Januar die eigentliche Geschäftsordnung in Kraft.¹¹¹

Die äußerst unkomfortablen Arbeits- und Lebensbedingungen der Abgeordneten in Bonn sind legendär und oft geschildert.¹¹² Es gab zu wenige Büros und kaum Versammlungsräume. Die CDU-Fraktion tagte im Bonner Bürgerverein, die FDP in einem Hotel in der Colmantstraße und die KPD in der Gaststätte Fleischhauer.¹¹³ Abgeordnete teilten sich Arbeitszimmer, in denen zudem auch noch Sekretärinnen und Mitarbeiter untergebracht werden mussten. »Herr Kollege oder Frau Kollegin, brauchen Sie heute nachmittag die Schreibmaschine?« war eine gängige Frage.¹¹⁴ Gewohnt wurde zur Untermiete bei Privatleuten, in Familienpensionen oder Hotels und angesichts der angespannten Wohnungslage setzten die Bonner Verantwortlichen ihre ganze Hoffnung auf die »rheinische Gastfreundschaft«.¹¹⁵

Ein Blick über den Tellerrand hinaus, auf Nationalversammlung oder Paulskirchenparlament hilft auch, die Arbeitsleistung der jeweiligen Parlamente einzuordnen. Denn die Volkskammer hielt sich rückblickend zugute, ein besonders fleißiges Par-

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Ebd., S. 47.

¹⁰⁹ Vgl. ebd., S. 181–184.

¹¹⁰ A. BIEFANG, *Die andere Seite*, 2009, S. 189 f.

¹¹¹ BT Sten. Ber. 1/5 (20. September 1949), S. 19 f. sowie 1/179 (6. Dezember 1951), S. 7411–7440, BGBl. II 1952 S. 389 ff.

¹¹² H. VOGT, »Der Herr Minister«, 1999. R. PÖRTNER (Hrsg.), *Kinderjahre*, 1989. B. WINTGENS, *Turn your radio on*, 2014.

¹¹³ H. VOGT, »Der Herr Minister«, 1999, S. 73.

¹¹⁴ G. KRÜGER, »Herr Kollege«, 1989, S. 439.

¹¹⁵ Ebd., S. 72.

lament gewesen zu sein, das während seiner kurzen Lebensdauer von 181 Tagen ein enormes Arbeitspensum bewältigt habe.¹¹⁶

Die 10. Volkskammer war zwar ein parlamentarischer Neuanfang, aber es gibt Kontinuitäten zur Volkskammer von vor dem März 1990, denn aus dem Nichts war auch sie nicht entstanden. Hilfreich waren in der Umbruchphase strukturelle Parallelen zum westdeutschen Parlamentarismus, weil eine parlamentarische Fassade immer aufrechterhalten worden war.¹¹⁷ Das war eigentlich Ergebnis eines »Konstruktionsfehlers«: Der Versuch, 1949 in der DDR eine Volksvertretung »eigenen Typs« ins Leben zu rufen, ohne die angeblichen Fehler des verhassten »bürgerlichen« Parlamentarismus – beispielsweise Gewaltenteilung oder hauptamtliche Abgeordnetentätigkeit – missglückte. Man behalf sich mit der Übernahme oder besser dem Fortbestand überkommener Elemente zumindest der Form nach. So gab es schließlich trotz aller Abgrenzungsbemühungen auch in der Volkskammer Fraktionen, ein Präsidium oder Ausschüsse. Man fühlt sich dabei zwar an den Walter Ulbricht zugeschriebenen Satz, dass es vor allem »demokratisch aussehen« müsse, erinnert, aber im entscheidenden Moment konnten diese Voraussetzungen genutzt werden.¹¹⁸

Roland Schirmer hat darauf hingewiesen, dass jedoch gerade die Abgeordneten eine wie auch immer geartete Kontinuität zu ihrer Vorgängerinstitution leugneten.¹¹⁹ Die personelle Kontinuität zur 9. Volkskammer war, was die Abgeordneten angeht, zwar in der Tat denkbar gering, lediglich 14 der 400 Parlamentarier waren bereits Mitglieder der alten Volkskammer gewesen.¹²⁰ Für eine gewisse institutionelle Kontinuität sorgte im Fall der Volkskammer aber vor allem das Personal der Verwaltung. Stellvertretend seien zwei Personen an ihrer Spitze genannt: Herbert Kelle und Adolf Niggemeier. Kelle war seit 1974 Leiter des Sekretariats der Volkskammer,¹²¹ Ko-Autor der Broschüre »Die Volkskammer – wie sie arbeitet«, Verfasser von Aufsätzen wie »Die Volkskammer der DDR – Verkörperung und Instrument der Souveränität des werktätigen Volkes« und offensichtlich immer noch sehr der alten DDR verhaftet.¹²² Er ging mit dem 1. September 1990 in den Vorruhestand, wollte aber, wie er Sabine Bergmann-Pohl versicherte, »auch künftig, wenn dies möglich ist, meine langjährigen Kenntnisse und interparlamentarischen Erfahrungen« einbringen.¹²³ Seinen Posten

¹¹⁶ Vgl. T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2012, S. 179 f. Mergel führt dort für die Paulskirche 230 Versammlungen innerhalb eines Jahres an, für die Nationalversammlung 179 Sitzungen in 16 Monaten. Der Weimarer Reichstag war allerdings Spitzenreiter.

¹¹⁷ W. PATZELT, *Parlamentarische Geltungsgeschichten*, S. 298; DERS., *Die Volkskammer und ihre Geltungsgeschichte*, hier v. a. S. 50 f.; R. SCHIRMER, *Selbstsymbolisierung*, S. 137 f.

¹¹⁸ »Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.« Zitiert nach »Es muß demokratisch aussehen ...«, *Die Zeit* vom 7. Mai 1965.

¹¹⁹ Dieser Aspekt habe aber auch von wissenschaftlicher Seite bislang zu wenig Beachtung gefunden. R. SCHIRMER, *Parlament ohne Zeit*, 2009, S. 125–128.

¹²⁰ Sie kamen von SED (6), NDPD (2), LDP (1), CDU (2) und DBD (3), vgl. auch Einleitung, Anm. 10.

¹²¹ Vgl. P. J. LAPP, *Volkskammer*, 1975, S. 139.

¹²² H. KELLE, *Zeuge der Arbeit*, 2002.

¹²³ Kelle an Bergmann-Pohl vom 14. Mai 1990, AdsD, Mappe 224.

übernahm am 1. Juni Adolf Niggemeier.¹²⁴ Das Präsidium hatte ihn bei einer Enthaltung am 30. Mai auf diesen Posten berufen. Jahrgang 1931 und studierter Jurist, hatte er von 1954 an die Abteilung Rechtspolitik im Parteivorstand der CDU der DDR geleitet. Volkshammerabgeordneter war er seit 1967, wurde im November zum Fraktionsvorsitzenden der Block-CDU gewählt, war Mitglied des Volkshammerpräsidiums und von März bis April 1990 einer der Geschäftsführer der CDU-Fraktion.

Nach dem 3. Oktober 1990

Zwei Monate im Deutschen Bundestag

Gelegenheit zu sehen, ob es wirklich kulturelle Unterschiede zu anderen Parlamenten gab und wie groß sie waren, ergab sich für einige Abgeordnete quasi sofort. Denn für 144 der 400 Volkshammerabgeordneten war die Zeit im Parlament mit dem 2. Oktober 1990 nicht zu Ende. Sie zogen, – ein absolutes Novum – bis zur ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember gemäß Artikel 42 des Einigungsvertrages, von ihren Fraktionen ausgewählt, für zwei Monate als Delegierte in den Deutschen Bundestag.¹²⁵ Und saßen somit bereits zwei Tage nach Ende der Arbeit der Volkshammer wieder in einer Plenarsitzung. Es folgten bis zum 2. Dezember acht weitere. Bei dieser Gelegenheit wurden ihnen nicht allein die Unterschiede zwischen Volkshammer und Bundestag bewusst, sie mussten auch erkennen, dass das Bild, das sie sich im Lauf der Jahre mit Hilfe der Presse oder des Westfernsehens vom Bundestag gemacht hatten, nicht dem entsprach, was sie nun selbst erlebten, »vergleichbar etwa mit dem Übergang vom Zuschauer im Parkett zum Akteur auf der Bühne«.¹²⁶

Der Parteirat der SPD hatte für die Auswahl derjenigen Kollegen, die nach Bonn gingen, Kriterien formuliert, über die allerdings in der Fraktion abgestimmt wurde: Abgeordnete, die für die neuen Landtage kandidierten, sollten von vornherein außen vor bleiben. Die übrigen Aspiranten mussten sofort arbeitsfähig und unbedingt integer sein – das bezog sich vor allem auf eine eventuelle frühere Stasimitarbeit – und Sachkenntnisse aus den Arbeitskreisen mitbringen, außerdem sollten alle ostdeutschen Länder sowie Ostberlin repräsentiert sein. Ein Platz wurde für ein ehe-

¹²⁴ Beschlusprotokoll der 12. Sitzung des Präsidiums der Volkshammer der DDR am 30.5.1990, BArch DA 1/18793.

¹²⁵ Gemäß der Stärke ihrer Fraktionen in der Volkshammer entsandten die CDU/DA 63, die SPD 33, die PDS 23, VL 1 (der Platz wurde von der PDS zur Verfügung gestellt), die FDP 9, die DSU 8 und Bündnis 90/Grüne 7 Abgeordnete. Vgl. VK Drs. 251. Die DSU hatte zwar unter Berufung auf das Wahlergebnis vom März 1990 noch Anspruch auf einen weiteren Delegierten geltend gemacht, es blieb aber bei acht. Vgl. »Künftige Abgeordnete des Bundestages aus der DDR«, *NZ* vom 6. September 1990. »Des Ostens gesammelte Verwunderung«, *Die Zeit* vom 16. August 1991. Vgl. – auch für diejenigen ostdeutschen Abgeordneten, die dann in den 12. Bundestag gewählt wurden – J. E. KRIEGER, *Rollenorientierungen*, 1998.

¹²⁶ U.-J. HEUER/G. RIEGE, *Rechtsstaat*, 1996, S. 191.

maliges DBD-Mitglied freigehalten.¹²⁷ Von vornherein fest gebucht hingegen waren zum einen die fünf Mitglieder des Fraktionsvorstands und die Vorsitzenden von vier Arbeitskreisen, zum anderen vier Fraktionsmitglieder, die durch den Länderproporz feststanden. Die übrigen 20 Plätze waren heiß umkämpft, es hatten sich offensichtlich doppelt so viele Kandidaten beworben wie Plätze zur Verfügung standen.¹²⁸

Die Grünen verfahren ähnlich. Die insgesamt sieben Kandidaten wurden gebeten, ihre persönlichen Pläne vorzustellen, auch bei ihnen musste gewährleistet sein, dass alle Gruppierungen der Fraktion vertreten waren.¹²⁹ Das Ergebnis der fraktionsinternen Abstimmung fand jedoch keine Gnade vor den Augen des Parteivorstands. Also wurden in der folgenden Sitzung noch einmal eventuelle Änderungen diskutiert. Doch am Ende blieb es bei der einmal getroffenen Entscheidung. Die Fraktion war der Meinung, die Kandidatenwahl sei ihre Angelegenheit und keine der Partei.¹³⁰

Gerade von der PDS wissen wir, dass sie ihre Delegierten auf den 4. Oktober so gut wie möglich vorzubereiten versuchte: In der Fraktion hatte jemand zu diesem Zweck systematisch sowohl die Stenografischen Berichte der Bundestagsdebatten von Mitte März bis Juli 1990 als auch die *Zeitschrift für Parlamentsfragen* sowie *Das Parlament* ausgewertet und die Ergebnisse zu einer mehr als dreißigseitigen Informationsbroschüre zusammengestellt.¹³¹ Über »Stil und Atmosphäre der Debatten« in Bonn wusste der Autor zu berichten, dass sie »von Spitzfindigkeit, Wortklauberei, aber auch von guter Kenntnis jeder Partei über das Wirken der anderen gekennzeichnet« seien. »Fast in jedem Fall wird der Redner mit Zwischenrufen attackiert, die er immer beantwortet, auch wenn sie nicht im Zusammenhang mit dem Sachgegenstand stehen.« Der kritische Unterton war hier kaum zu überhören. Doch »bei realistischer Betrachtung muß hier vor allem den Spitzenpolitikern eine auffallend detaillierte Fach- und Sachkenntnis in großer Breite zugesprochen werden, egal ob sie als Frager oder Befragter agieren.« Von besonderem Interesse war die Art und Weise, wie mit der Opposition umgegangen wurde, denn das war die Lage, in der man sich die nächsten Monate befand.

Der Empfang durch die bundesdeutschen Kollegen in der ersten gemeinsamen Plenarsitzung am 4. Oktober im Berliner Reichstag war ausgesprochen freundlich und es war viel Anerkennung für die in den vorangegangenen sechs Monaten geleistete Arbeit zu hören. Dass man den Neankömmlingen zuliebe allerdings von dem vor-

¹²⁷ Der ehemalige DBD-Abgeordnete war Per-René Seeger. Bei der Abstimmung über dieses Verfahren gab es in der Fraktion 15 Enthaltungen und eine Neinstimme. Fraktionssitzung 4. September 1990, AdSD, Mappe 59.

¹²⁸ »Thierse: Wir können nicht nur Berliner nach Bonn schicken«, *Hannoversche Allgemeine* vom 5. September 1990.

¹²⁹ Sitzung 28. August 1990, AGG, B.III.1.5.

¹³⁰ Sitzung 4. September 1990, ebd. In den Bundestag entsandte die Fraktion Marianne Birthler, Ernst Paul Dörfler, Joachim Gauck, Matthias Platzeck, Werner Schulz, Hans-Jochen Tschiche, Wolfgang Ullmann und als Ersatz Vera Wollenberger, Jens Reich, und Konrad Weiß.

¹³¹ »Zur Unterstützung der PDS-Abgeordneten für ihre Tätigkeit im Bundestag« (handschriftliche Ergänzung; August 1990). ADS, VK/10. WP 65. Das Papier war gegliedert in die Abschnitte: Atmosphäre im Bundestag, Informationen über Debatten jüngster Gesetzentwürfe, Sachausagen von Personen und Parteien zur deutschen Einheit und Äußerungen zur PDS.

bestimmten Gang der Dinge abgewichen wäre, konnte man nicht behaupten. Die altingesessenen Bonner Abgeordneten dachten überhaupt nicht daran, ihr gewohntes Prozedere zugunsten der ostdeutschen Parlamentarier zu ändern. Die Neuen hatten sich einzufügen. Das schien einige zu enttäuschen: »Die naive parlamentarische Kunst der Volkskammer fand im Bonner Parlament kein aufgeschlossenes Publikum«, beklagte sich das PDS-Autoren-Paar Heuer/Riege und das war wohl nicht ironisch gemeint.¹³²

Die Sitzung, der auf der Gästetribüne im Reichstag neben dem Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker auch seine Vorgänger Karl Carstens und Walter Scheel, der Präsident des Europäischen Parlaments, Enrique Baron Crespo, die ehemaligen Bundestagspräsidenten Kai-Uwe von Hassel und Rainer Barzel sowie die ehemaligen Stadtkommandanten Berlins, der Regierende Bürgermeister der Stadt und diverse Berliner Senatsmitglieder beiwohnten, verlief nach Begrüßung, der Vereidigung der neuen Minister und einer Erklärung der Bundesregierung zur Politik der ersten gesamtdeutschen Bundesregierung durch Bundeskanzler Helmut Kohl völlig programmgemäß und unspektakulär. In jeweils ersten Lesungen wurden die Änderung von Bundeswahlgesetz und Parteiengesetz sowie das Gesetz zum Zwei-plus-Vier-Vertrag behandelt.

Empfindlich reagierten die Bonner allerdings, als ihnen gleich von mehreren ihrer neuen Kollegen Verfahren und Verhalten der Volkskammer zur Nachahmung empfohlen wurden. Insbesondere Gregor Gysis Auftritt kam nicht gut an. Die vom Vorsitzenden der PDS-Gruppe¹³³ geübte Stilkritik und seine Forderung nach mehr »Kultur« und »Würde« fanden die meisten wohl deplatziert:

»Sie können uns viel vorwerfen, aber nicht, daß wir uns bisher nicht kultur- und würdevoll benommen haben [...] Wenn ich erlebe, in welcher Art und Weise Sie nicht zuhören und Zwischenrufe machen, von denen Sie wissen, daß sie sowieso keiner versteht und sie deshalb auch nicht beantwortet werden können, dann frage ich mich, ob das wirklich das Bild ist, das wir abgeben sollten. Lassen Sie uns lieber ein Bild der ernsthaften und sachlichen Auseinandersetzung entwerfen. Das alles sollte mit ein bißchen mehr Würde, ein bißchen mehr Toleranz und vor allem ein bißchen mehr Kultur verbunden sein.«¹³⁴

¹³² U.-J. HEUER/G. RIEGE, Rechtsstaat, 1996, S. 191.

¹³³ Die in den II. Bundestag delegierten 24 Abgeordneten der PDS besaßen keinen Fraktions-, sondern lediglich Gruppenstatus. Sie hatten, unterstützt von Bündnis 90/Grüne, den Antrag gestellt, als Fraktion anerkannt zu werden, was vom Ältestenrat jedoch abgelehnt worden war. Vgl. P. SCHINDLER, Datenhandbuch, 1999, S. 898 sowie für die Debatte über den Antrag der PDS BT Sten. Ber., II/230 (24. Oktober 1990), S. 18 185–18 193.

¹³⁴ BT Sten. Ber., II/228 (4. Oktober 1990), S. 18 045. Seine Fraktionskollegen Heuer und Riege hieben in dieselbe Kerbe: »Der weitgehend gefügte Block der rund 500 Abgeordneten aus den alten Bundesländern ließ sich in seinem Verständnis von parlamentarischem Leben kaum beeinflussen. Er war in seinen Maßstäben fest, und er blieb das wohl auch mit Erfolg. Wo in einem Bewußtsein gelebt wird, das die Staatsverfassung, der man verpflichtet ist gleichsam den Höhepunkt des nationalen und internationalen demokratischen Verfassungsdenkens darstelle, ist der Boden karg für neue Blüten parlamentarischer Kultur.« U.-J. HEUER/G. RIEGE, Rechtsstaat, 1992, S. 191 f.

Otto Graf Lambsdorff (FDP) erwiderte ihm unaufgeregt, dass der Bundestag nicht gewillt sei, sich etwas vorschreiben zu lassen, schon gar nicht von der PDS:

»Sie beklagen das Bild, das wir hier abgeben, kaum daß Sie hier sind. Tun Sie etwas zur Verbesserung; denn wir sind sicher alle lernfähig. Aber das Bild, das die früheren Volkskammern unter dem Vorsitz der entsprechenden Herren damals abgegeben haben, wollen wir hier nicht sehen – damit wir Klarheit haben.«¹³⁵

Auch Marianne Birthler (Bündnis 90/Grüne) wurde vom FDP-Abgeordneten Torsten Wolfram freundlich, aber doch bestimmt beschieden, dass im Bundestag nach der Geschäftsordnung des Bundestages und nicht nach derjenigen der Volkskammer verfahren werde, als sie auf den besonderen und ihrer Ansicht nach nachahmenswerten Modus der Wahl der Vizepräsidenten der Volkskammer aufmerksam machte.¹³⁶

Die Sitzung des folgenden Tages fand dann schon nicht mehr in Berlin, sondern in Bonn statt. Der Deutsche Bundestag war zurück im parlamentarischen Alltag. Ein klein wenig hatte auch er sich auf die neue Situation einstellen müssen. Um eine so große Zahl von zusätzlichen Abgeordneten im seit September 1986 genutzten engen Bonner Wasserwerk unterzubringen, ohnehin schon ein Ausweichquartier, hatten eigens die Armlehnen der Stühle abmontiert und die Stuhlreihen enger gestellt werden müssen. Zumindest, was den Platz anging, kam man sich sehr nahe.

Einige der Neuzugänge fremdelten deutlich mit dem, was sie dort erwartete und fanden ihre Vorurteile vielfach bestätigt. Hans-Jochen Tschiche (Bündnis 90/Grüne) beispielsweise kritisierte: »Was mir an diesem Parlament aufgefallen ist, sind die Rituale. Sie sind weder willens noch in der Lage, einander zuzuhören«¹³⁷ [...]. »Ich habe Angst, daß ich mich daran gewöhne, wie hier Politik gemacht wird«.¹³⁸ Auch Vera Wollenberger fand, im Bundestag sei mehr »Ritual und Routine«.¹³⁹ Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/Grüne) hingegen fühlte sich von dem »fläzigen Ton« im Bundestag regelrecht »abgestoßen«.¹⁴⁰ Sylvia-Yvonne Kaufmann (PDS) war ernüchert von der »politische[n] ›Kultur‹ im Hohen Haus« und sah »ihr bescheidenes Wissen um bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus« bestätigt.¹⁴¹ Constanze Krehl (SPD) empfand das ganze System als »zu starr« und vermisste »ein bißchen mehr Schwung«.¹⁴² Manfred Koslowski (CDU) waren die Debatten zu »plakativ und mit Schaustellerei verbunden«.¹⁴³ Für Wolfgang Thierse (SPD) war seine Premiere im Deutschen Bundestag hingegen schlicht ein »Anlaß zu staunender Freude«.¹⁴⁴

¹³⁵ BT Sten. Ber., 11/228 (4. Oktober 1990), S. 18 050.

¹³⁶ Ebd., S. 18 067.

¹³⁷ BT Sten. Ber., 11/229 (5. Oktober 1990), S. 18 153.

¹³⁸ Ebd., S. 18 154.

¹³⁹ »In Bonn kann man Platzangst kriegen«, *taz*, 6. Oktober 1990.

¹⁴⁰ Interview Ullmann.

¹⁴¹ »Alltag im Wasserwerk«, *ND* vom 8. November 1990.

¹⁴² »Wir sind doch vorläufig nur symbolisch in Bonn«, *Bonner Rundschau* vom 13. November 1990.

¹⁴³ Ebd.

¹⁴⁴ BT Sten. Ber., 11/228 (4. Oktober 1990), S. 18 055.

Die Unterstützung der Neuen war durchaus ansehnlich. Beispielsweise erhielt auch die Gruppe der PDS für die parlamentarische Arbeit einen monatlichen Grundbetrag von 213 158 DM plus einen monatlichen Zuschlag von 7 726 DM pro Abgeordneten.¹⁴⁵ Die meisten waren gerade von der üppigen technischen Ausstattung, die man ihnen zügig zur Verfügung stellte, sehr angetan und positiv überrascht.¹⁴⁶ Lediglich Solveig Wegener beklagte, »nicht all die Voraussetzungen [zu haben], die ein normaler Bundestagsabgeordneter hat«, weil der PDS unter anderem nur 24 »nicht sehr üppig bemessene« Büroräume zur Verfügung stünden.¹⁴⁷ Vizepräsident Heinz Westphal erklärte, dass es für alle neu Hinzugekommenen nur jeweils einen Raum gebe, die PDS also keine Ausnahme sei, und bat zu berücksichtigen, dass sie schließlich eine Lage zu meistern gehabt hätten, in der nicht alles gleich zur Verfügung gestanden habe.¹⁴⁸ Er versprach, dass sich die Situation nach dem 2. Dezember bessern würde.

Auf der formalen Ebene verlief die Integration der Neuen zweifelsohne sehr gut und auch bei der personellen Repräsentanz in Führungsgremien war zumindest das notwendige Minimum gewahrt worden.¹⁴⁹ Perfektion und Professionalität des Bonner Betriebes wurden von den Volkskammerabgeordneten zwar mit Staunen und Bewunderung zur Kenntnis genommen, wirkten aber gleichzeitig abschreckend, vielen erzeugte es nach eigenen Worten zu viel Distanz.¹⁵⁰

Einige begannen sich sogar gleich völlig überflüssig zu fühlen, denn auch ohne sie wäre alles haargenau so abgelaufen. Sie waren sozusagen in einen laufenden Betrieb gekommen, der auf sie und ihren Kenntnisstand keinerlei Rücksicht nahm, und ihnen auch keine Zeit gewährte, sich einzuarbeiten. Für diejenigen Delegierten, die von einer bereits existierenden Fraktion aufgenommen wurden und auf die Hilfe eines eingespielten Mitarbeiterstabes zurückgreifen konnten, war das nicht so problematisch wie beispielsweise für die PDS, die gleich aus mehreren Gründen einen schwereren Stand als die anderen hatte.

Als am 5. Oktober ein ganzer Stapel von Vorlagen ohne Aussprache zur Abstimmung stand¹⁵¹ – darunter das Stromeinspeisungsgesetz, das Gesetz über den Forstabsatzfonds und allein acht Beschlussempfehlungen zu so unterschiedlichen Dingen wie der Änderung der Außenwirtschaftsverordnung, der Aufnahme Taiwans in das GATT oder drei EG-Richtlinien im Kfz-Bereich – zog die PDS daraus die Konsequenzen, enthielt sich bei den Abstimmungen über die beiden Gesetzentwürfe und verließ schließlich den Saal vor der Abstimmung über die Beschlussempfehlungen, weil sie nicht über etwas abstimmen wollte, das kennenzulernen sie gar nicht

¹⁴⁵ P. SCHINDLER, Datenhandbuch 1999, S. 898. BT Sten. Ber., 11/230 (24. Oktober 1990), S. 18 185–18 193.

¹⁴⁶ »In ein fremdes Land geraten?«, *Die Zeit* vom 23. November 1990.

¹⁴⁷ BT Sten. Ber. 11/230 (24. Oktober 1990), S. 18 191.

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ »Wir hätten uns mehr gewünscht«, *Das Parlament*, Nr. 9, 22. Februar 1991.

¹⁵⁰ »In ein fremdes Land geraten?«, *Die Zeit* vom 23. November 1990.

¹⁵¹ Vgl. BT Sten. Ber., 11/229 (5. Oktober 1990), S. 18 164.

die Möglichkeit gehabt hatte.¹⁵² Dagmar Enkelmann begründete den Schritt ihrer Gruppe damit, dass sie weder an den Ausschusssitzungen teilgenommen hätten noch die betreffenden Vorlagen kennen würden. Während Teile der Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD darauf mit Gelächter und Beifall reagierten, äußerte Bundestags-Vizepräsident Richard Stücklen Verständnis, weil er wusste, »wie schwierig es ist, über Details abzustimmen, wenn man gerade einen Tag an den Beratungen teilnimmt«. Das könne man nicht verlangen.¹⁵³

Politische Karrieren in der Zeit nach der Volkskammer

Was taten die Abgeordneten nach ihrer Volkskammerzeit?¹⁵⁴ Von den 144 Abgeordneten, die für drei Monate bis zur Wahl im Dezember 1990 in den Bundestag delegiert wurden, war gerade die Rede. Von ihnen unternahmen immerhin 105 den Versuch, in der ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember 1990 in den Bundestag gewählt zu werden. 56 gelang es, ein Mandat zu erringen, 49 gingen leer aus. Dabei war eine Kandidatur für sie nicht einfach oder gar ein Selbstläufer, denn die Parteibasis entschied sich oftmals für andere Kandidaten. Wobei durchaus ein gewisser Neid im Spiel sein konnte. Den Volkskammerabgeordneten, die in den Bundestag delegiert worden waren, wurden die hohen Diäten ebensowenig gegönnt, wie es nicht akzeptiert wurde, dass sie sich in ihren Heimatwahlkreisen nicht besonders oft blicken ließen. In dieser Zeit hatten andere die Chance genutzt, sich dort eine Hausmacht aufzubauen.¹⁵⁵

Von den insgesamt 409 Volkskammerabgeordneten traten 149 als Kandidaten zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 an. 74 von ihnen gelang der Einzug ins Bonner Parlament, 75 schafften es nicht.¹⁵⁶ Das muss jedoch nicht heißen, dass die damals Gescheiterten eine oder gar mehrere Legislaturperioden später ihr Ziel nicht doch noch erreichten. Denn immerhin 13 ehemalige Abgeordnete zogen 1994, 1998 oder wie Gerhard Botz (SPD), Katharina Landgraf (CDU), Lothar Bisky (PDS/Die Linke) und Steffen Reiche (SPD) auch erst 2005 zum ersten Mal in den Bundestag ein.¹⁵⁷

Einige wenige waren bereits während der sechs Monate, in denen die Volkskammer existierte, ausgeschieden, um auf andere politische Posten, in der Regel in den Kom-

¹⁵² Vgl. ebd., S. 18163.

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ Vgl. zur Entwicklung bis ins Jahr 2000: C. HAUSMANN, Elitenpool, 2000, S. 538–540 und DERS., Biographisches Handbuch, 2000, S. XXIV–XXX und LXXII–LXXV. Hieraus auch die folgenden Zahlen. Für die Zahlen ab dem Jahr 2000 eigene Auflistung anhand der Angaben in VOLKPARL. Vgl. auch R. GEBAUER/S. JAHR, Second life, 2012 sowie H.-U. DERLIEN/S. LOCK, Eine neue politische Elite?, 1994.

¹⁵⁵ »In ein fremdes Land geraten?«, *Die Zeit* vom 23. November 1990.

¹⁵⁶ 40 Kandidaten der CDU waren erfolgreich, 27 nicht, SPD: 17 erfolgreich/19 nicht, PDS: 10/19, FDP: 2/3, DSU: –/7, Bündnis 90/Grüne: 5/3.

¹⁵⁷ Alle vier waren in den Jahren zuvor vor allem in den jeweiligen Parteigremien und/oder den Landtagen aktiv gewesen. Steffen Reiche war zehn Jahre Landesminister in Brandenburg.

munen oder Kreisen, zu wechseln.¹⁵⁸ Insgesamt 88 ehemalige Volkskammerabgeordnete gingen in die neugebildeten Landtage.¹⁵⁹ In der folgenden Wahlperiode verringerte sich deren Zahl auf 58, in der darauf folgenden auf 49.

Auch im Europaparlament sind nach 1990 24 ehemalige Volkskammermitglieder zu finden, 18 davon zwischen 1991 und 1994 als sogenannte Abgeordnete mit Beobachterstatus, die von ihren Fraktionen bestimmt wurden.¹⁶⁰ Nach 1989 fanden die nächsten regulären Wahlen zwar erst wieder 1994 statt. Doch da das Europaparlament die Zahl seiner Abgeordneten nicht während der Wahlperiode einfach erhöhen konnte, man aber der Meinung war, dass bis zur nächsten Wahl die Bürger der ehemaligen DDR nicht im EU-Parlament von Abgeordneten vertreten werden sollten, die sie nicht gewählt hatten, wurde in die Geschäftsordnung ein neuer Artikel aufgenommen, der es gestattete, 18 Abgeordnete als Beobachter zuzulassen.¹⁶¹ Eine Sonderregelung, die allerdings nicht unumstritten war. 13 ehemaligen Volkskammerabgeordneten gelang es, bei der Wahl 1994 dann wieder ins Europaparlament einzuziehen. In der 5. Wahlperiode, von 1999 an, saßen elf Ehemalige in den Parlamenten von Brüssel und Straßburg. Lothar Bisky (PDS/Die Linke) und Werner Schulz (Bündnis 90/Grüne) kamen sogar erstmals im Jahr 2005 bzw. 2009 ins Europaparlament.

Vielfach führte die Karriere aus der Volkskammer auch zu Funktionen in der Exekutive. Lieber der »Weg in die konkrete Verantwortung zu Hause« als nutzlose Redeschlachten, fruchtloses Geschäftsordnungsgerangel, als vergeudete Zeit, laute ihre Devise, wie es ein *Zeit*-Journalist formulierte.¹⁶² Ehemalige Volkskammerabgeordnete stellten nach 1990 insgesamt sechs Ministerpräsidenten in den neuen Bundesländern: In Sachsen-Anhalt war das zuerst Gerd Gies (1990/91, CDU), später dann Reinhard Höppner (1994 bis 2002, SPD), in Mecklenburg-Vorpommern von 1990 bis 1992 Alfred Gomolka (CDU) und von 1998 bis 2008 Harald Ringstorff (SPD); in Brandenburg von 2002 bis 2013 Matthias Platzeck (SPD). Das Beispiel Stanislaw

¹⁵⁸ Vgl. Kap. 2, S. 158 f.

¹⁵⁹ Vgl. die Angaben in C. HAUSMANN, *Biographisches Handbuch*, 2000, S. XXVI. Vgl. H. A. WELSH, *Parliamentary Elites*, 1996. Am Beispiel des 12. und 13. Berliner Abgeordnetenhauses hat Helmar Schöne die kulturellen Unterschiede der west- und ostdeutschen Parlamentarier untersucht. Die Erfahrungen der ostdeutschen Abgeordneten entsprechen dabei weitgehend denen der Bundestagsmitglieder, vgl. H. SCHÖNE, *Probleme und Chancen*, 1999. Vgl. auch J. LINCK, *Landtag*, 2010; S. KÖNEN, *Wo sind*, 2009.

¹⁶⁰ Für die Namen im Einzelnen vgl. VK Drs. 250 und PV, 37. Tagung am 28. September 1990, S. 1860.

¹⁶¹ Laut Geschäftsordnung (Art. 13) des Europaparlaments kann der Präsident »nach der Unterzeichnung eines Vertrags über den Beitritt eines Staates zur Europäischen Union [...] nach Zustimmung der Konferenz der Präsidenten das Parlament des Beitrittsstaates auffordern, aus den Reihen seiner Mitglieder Beobachter zu benennen, deren Anzahl der Zahl der dem Staat zugewiesenen künftigen Sitze im Europäischen Parlament entspricht. Diese Beobachter nehmen bis zum Inkrafttreten des Beitrittsvertrags an den Verhandlungen des Parlaments teil und können in den Ausschüssen und Fraktionen das Wort ergreifen. Sie sind nicht berechtigt, an Abstimmungen teilzunehmen oder sich innerhalb des Parlaments in ein Amt wählen zu lassen. Ihre Teilnahme hat keinerlei rechtliche Auswirkungen auf die Verhandlungen des Parlaments.«

¹⁶² »Vorhut im Wasserwerk«, *Die Zeit* vom 14. September 1990.

Tillichs (CDU) zeigt überdies, dass zwischen dem Mandat in der Volkskammer und der Übernahme eines solchen Amtes ein immenser zeitlicher Abstand liegen konnte. Tillich wurde 2008 zum sächsischen Ministerpräsidenten gewählt. Zuvor war er von 1991 bis 1999 Abgeordneter des Europäischen Parlaments, von 1999 bis 2002 und dann wieder von 2004 bis 2008 Minister in verschiedenen Ressorts in Sachsen. Außer Tillich gingen 28 weitere Minister auf Landesebene aus der 10. Volkskammer hervor, beispielsweise Marianne Birthler oder Regine Hildebrandt, um nur zwei zu nennen.¹⁶³ Auf Bundesebene gab es zehn Minister, fünf davon von 1990 bis 1991 ohne eigenen Geschäftsbereich (für besondere Aufgaben), sowie fünf Parlamentarische Staatssekretäre. Wolfgang Thierse war von 1998 bis 2005 Bundestagspräsident, von 2005 bis 2013 Bundestagsvizepräsident. Die höchste Stufe der politischen Karriereleiter erklommen hat allerdings Joachim Gauck, der 2012 zum Bundespräsidenten gewählt wurde.

Von 56 ehemaligen Volkskammermitgliedern sind nach dem Oktober 1990 keine weiteren politischen Aktivitäten oder auch nur Ambitionen (beispielsweise erfolgreiche Kandidaturen) bekannt.

Christopher Hausmann spricht angesichts der Tatsache, dass zwei Drittel ihrer Abgeordneten ihre politische Karriere nach dem Oktober 1990 fortführten, von der 10. Volkskammer daher zu Recht von einem »Elitenpool der neu entstehenden politischen Führungsgruppen im Osten Deutschlands«.¹⁶⁴ Er merkt allerdings auch an, dass es kein Phänomen von langer Dauer war, sondern die Parteikarrieren zum einen weitgehend beschränkt auf die fünf neugegründeten Bundesländer blieben, zum anderen viele sich nach einiger Zeit entweder aus der Politik zurückzogen oder aber von anderen Mitgliedern ihrer Partei überholt wurden, also ein Generationenwechsel stattfand. Für Rosemarie Priebus (CDU) beispielsweise war nach einer Legislaturperiode im Bundestag Schluss, denn »im Endeffekt bin ich nicht zur Politikerin geboren: Ich kann nicht besonders gut reden und habe Schwierigkeiten, Dinge zu vermitteln, hinter denen ich nicht wirklich stehe. Dieses Eingebundensein in Parteidisziplin lag mir nicht besonders.«¹⁶⁵

Hausmann kam zu dem Schluss, dass von den eigentlichen politischen Spitzenposten Ostdeutsche tendenziell ausgeschlossen seien.¹⁶⁶ Allerdings endet seine Analyse im Jahr 2000, wodurch einige weitere Entwicklungen von ihm nicht mehr erfasst werden konnten. Weder Joachim Gauck als Bundespräsident noch Angela Merkel als

¹⁶³ Bei C. HAUSMANN, *Biographisches Handbuch*, sind nicht aufgeführt: Lorenz Caffier (CDU), seit 2006 Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, seit 2011 stellvertretender Ministerpräsident, Peter Kauffold (SPD) 1998 bis 2002 Kultusminister, ebenfalls Mecklenburg-Vorpommern und Gerry Kley (FDP) 2002 bis 2006 Minister für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt.

¹⁶⁴ Ebd., S. 528.

¹⁶⁵ »Demokratie, wie sie eigentlich gemacht werden sollte«, <https://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2015/03/25-jahre-erste-freie-wahlen-zur-volkskammer-rosemarie-priebus.html> [19.3.2015].

¹⁶⁶ C. HAUSMANN, *Biographisches Handbuch*, 2000, S. XXVIII.

Bundeskanzlerin – die allerdings keine Volkskammerabgeordnete, sondern stellvertretende Regierungssprecherin war –, wurden daher von ihm berücksichtigt. Ebenso wenig wie die Tatsache, dass Matthias Platzeck im November 2005 zum Bundesvorsitzenden der SPD gewählt wurde (aus Gesundheitsgründen musste er das Amt bereits im April 2006 wieder aufgeben). Ein weiterer Einwand, den Hans-Ulrich Derlien und Stefan Lock geltend machen, ist ebenfalls zu berücksichtigen. Sie haben darauf aufmerksam gemacht, dass das »post-revolutionäre Elite-Vakuum« natürlich auch deshalb bestand, weil »immerhin [...] innerhalb eines Jahres Kandidaten für vier verschiedene Wahlen gefunden werden« mussten.¹⁶⁷ Angesichts noch nicht wirklich tragfähiger Parteistrukturen eine Herkulesaufgabe.

¹⁶⁷ H.-U. DERLIEN/S. LOCK, 1994, Eine neue politische Elite?, S. 92.

Schluss

Zurück zum Anfang: War die 10. Volkskammer der DDR wirklich ein parlamentarischer Sonderfall? Konnte sie in der kurzen Zeit ihrer Existenz eine eigenständige parlamentarische Kultur entwickeln, die sie grundlegend von etablierten westlichen Parlamenten unterschied? Und welche Bedeutung hatte das für die demokratische Entwicklung in den fünf neugebildeten deutschen Bundesländern?

Für Werner J. Patzelt, der 1991/92 und dann ein zweites Mal 1994 Parlamentarier in den fünf 1990 neugebildeten Bundesländern zu ihrem Selbstverständnis befragt hat, ist die Sache eindeutig. Er bilanziert sehr nüchtern, dass das, was nach dem März 1990 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR an Parlamenten entstanden ist, mitnichten eine neue Art von Parlamentarismus gewesen sei, sondern lediglich die Modifikation des ansonsten gleichen Modells. Er vermag in ihren Mitgliedern auch keinen neuen Abgeordnetentyp zu erkennen, sondern abweichend von westlichen Politikmustern sozialisierte und rekrutierte Parlamentarier, die sich auf die westdeutsche Abgeordnetenrolle hin entwickelten. Es habe sich also lediglich um einen Assimilierungsprozess gehandelt, der Personen an politische Schlüsselstellen führte, die gemäß der Funktionsweise des neuen Systems agierten.¹ Das ist auf der einen Seite sicher richtig, geht aber auf der anderen Seite zu schnell über Spezifika hinweg, die die 10. Volkskammer auszeichneten, viel von dem Selbstverständnis der Abgeordneten erkennen lassen und die wichtig sind, um sie und ihren Lernprozess zu verstehen.

Mit dem Wahlsieg der konservativen »Allianz für Deutschland« am 18. März 1990 war für das erste und gleichzeitig letzte frei gewählte Parlament der DDR ein Weg vorgezeichnet, der politischen Alternativen eigentlich kaum eine Chance ließ. Denn die »Allianz« war mit einem Wahlprogramm angetreten, das ganz klar einen freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, die staatliche Einheit Deutschlands auf föderaler Basis und nach Artikel 23 des bundesdeutschen Grundgesetzes sowie eine konsequente sozial und ökologisch orientierte Marktwirtschaft forderte.² Weder ein wie auch immer gearteter »Dritter Weg«³ noch eine Vereinigung nach Artikel 146 GG, die beispielsweise von Parteien wie der PDS oder von Bündnis 90/Grüne präferiert wurde, kamen danach noch ernsthaft in Frage. Die 10. Volkskammer war somit ein reines Übergangsparlament, dessen Ziel klar war. Weitaus weniger klar war, wie dieses Ziel mit 400 bzw. 409, wenn man die Nachrücker hinzuzählt, parlamentarischen Neulingen erreicht werden sollte.

Ihre Vorgängerinstitution, die 9. Volkskammer, eignete sich nicht zur Orientierung oder gar als Vorbild. Bis weit in den Herbst 1989 hinein war sie eine typisch sozialistische Vertretungskörperschaft geblieben: Ohne Kompetenzen, von margina-

¹ W. J. PATZELT, *Ostdeutsche Parlamentarier*, 1997, v. a. S. 178–180.

² »Allianz für Deutschland« zu den Volkskammerwahlen am 18. März«, *NZ* vom 7. Februar 1990.

³ M. SABROW, *Der vergessene »Dritte Weg«*, 2010.

ler politischer Bedeutung, diente sie einem diktatorischen System lediglich als demokratische Fassade. Diese Volkskammer war dominiert worden von der SED, die Existenz der Blockparteien CDU, NDPD, LDPD, DBD und der Massenorganisationen wie FDJ, FDGB, DFD und Kulturbund gaukelte politische Pluralität nur vor. Wahlen zur Volkskammer waren bis zum März 1990 eine Farce, da nur über eine Einheitsliste abgestimmt wurde und das Ergebnis immer bereits im Vorhinein feststand. Auch die Funktion der Abgeordneten in diesem System war eine andere: Die DDR kannte keine Berufsparlamentarier. Die Mitglieder der Volkskammer waren ehrenamtlich tätig, trafen sich nur wenige Male im Jahr zu Tagungen und zu ihren vorrangigen Aufgaben gehörte es, den Bürgern die von der politischen Führung getroffenen Entscheidungen zu vermitteln.

So änderten auch die zögerlichen, spät einsetzenden Versuche einer Selbstbehauptung, als die Volkskammer im November 1989 erstmals mit Abstimmungen mit Gegenstimmen und Enthaltungen auf sich aufmerksam machte, als die Abgeordneten Informationen einforderten und auf ihre Rechte pochten, an dieser Situation nichts. Die Tatsache, dass von diesem Zeitpunkt an im Plenarsaal diskutiert, gefragt und kritisiert wurde, machte die Volkskammer noch nicht zu einem Parlament im eigentlichen Sinne.

Waren somit die institutionellen Kontinuitäten zwischen 9. und 10. Volkskammer schon gering – wenngleich es sie gab, sowohl in der Verwaltung als auch bei der Gestaltung bestimmter Verfahren vor allem in den ersten Wochen nach der Wahl – gab es personell so gut wie überhaupt keine Kontinuität. Die Wahl vom 18. März 1990 bedeutete einen fast vollständigen Elitenwechsel, nur 14 ehemaligen Abgeordneten gelang der Sprung in die neue Volksvertretung.

Eine Vorbildfunktion hatte hingegen der Zentrale Runde Tisch. Für eine kurze Zeit war er nach dem Zusammenbruch des alten Systems *der Ort* politischer Entscheidungsfindung, und obwohl auch ihm die demokratische Legitimation durch Wahlen fehlte, war die dort praktizierte Art des Aushandelns politischer Fragen zwischen gleichberechtigten Partnern (den Vertretern der Oppositionsgruppen und denen des alten Regimes), moderiert von den unparteiischen Vertretern der Kirche, für viele beispielhaft. Für einige Abgeordnete der 10. Volkskammer blieb er der Idealfall demokratischer Diskussion und Entscheidungsfindung, auch als er sich schon längst überlebt und die Volkskammer wieder eine aktive Rolle übernommen hatte.

Von beiden, der 9. Volkskammer wie dem Runden Tisch, unterschied sich die Arbeit der 10. Volkskammer grundsätzlich. Auch wenn die Wahrnehmung der Abgeordneten dem nicht entsprach: Die 10. Volkskammer war in ihrer Zusammensetzung alles andere als ein Querschnitt der DDR-Gesellschaft. Ihr hoher Akademikeranteil und die für die DDR ungewöhnlich hohe Zahl von konfessionell Gebundenen machte sie eher zu einer Ausnahmerecheinung. Was die politischen Biographien betrifft, fanden sich viele Mitglieder der ehemaligen Blockparteien, zumeist aus der zweiten Reihe, unter den neuen Abgeordneten, herausgehobene Funktionen in den Fraktionen wurden fast ausschließlich mit ihnen besetzt. Eine Ausnahme bildeten hier lediglich die Fraktionen der Neugründungen SPD und Bündnis 90/Grüne.

Mit der Aufgabe, so schnell wie möglich die rechtliche Angleichung an Westdeutschland zu organisieren und sich danach selbst aufzulösen, funktionierte die 10. Volkskammer von Beginn an nach dem Muster des Bonner Parlaments, sowohl was die Organisationsstrukturen als auch was die Arbeitsweise anging. Ihre Abgeordneten allerdings waren dazu eigentlich kaum in der Lage, denn zu ihrer neuen Aufgabe waren sie oft eher zufällig gelangt, ihnen fehlte jegliche parlamentarische Erfahrung, sie kannten einander nicht und viele von ihnen machten sich mit falschen Vorstellungen oder zumindest im Unklaren über das, was sie vom 5. April an erwartete, an ihre Arbeit. Sie sahen sich mit einem bereits bestehenden System konfrontiert, mit dessen Funktionsweise sie sich erst hätten vertraut machen müssen, nur fehlte ihnen dafür die Zeit.

Vielen der Neuparlamentarier wurde erst in Berlin wirklich klar, dass gewählt zu sein bedeutete, ihre bisherige Arbeit aufzugeben und zumindest für einen gewissen Zeitraum – von dem niemand sagen konnte, wie lange er dauern würde – ihr Mandat hauptamtlich auszuüben. Hatte sich die alte Volkskammer mit zwei, drei Tagungen im Jahr begnügt, nahm die Tagungsfrequenz von April 1990 an anasant zu. Im Schnitt gab es jede Woche eine Plenarsitzung, dazu kamen die üblichen Fraktions-, Arbeitskreis-, Ausschuss- und Sondersitzungen, zum Teil tagte man mehrere Tage hintereinander oder manchmal bis tief in die Nacht. Auch wenn viele Volkskammermitglieder anfangs davon ausgegangen waren, zumindest für einige Stunden in der Woche weiter ihrem Beruf nachgehen zu können und darin noch das alte DDR-Ideal des ehrenamtlichen Abgeordneten durchschimmert, wurden sie schon in den ersten Tagen ihres Parlamentarierdaseins eines Besseren belehrt: Aus ihnen waren gleichsam über Nacht Berufspolitiker geworden – zumindest, was den Arbeitsaufwand angeht.

Dabei fand diese Arbeit unter äußerst ungünstigen Voraussetzungen statt. Es fehlte an Übernachtungsmöglichkeiten für die Abgeordneten, so dass die meisten schließlich ausgerechnet in einem ehemaligen Ledigenheim für Stasioffiziere untergebracht wurden. Das Haus musste erst notdürftig renoviert werden, war nicht rechtzeitig fertig und bot außerdem zu wenig Platz. Doch der Zwang zu Improvisationen, Zusammenrücken und Kompromiss förderte auch den Abbau des anfangs vorhandenen Misstrauens. Dafür stehen auch die gemeinsamen fraktionsübergreifenden Feierabendaktivitäten, beispielsweise das Singen zur Gitarre oder Fußballspielen.

Auch die Arbeitsbedingungen waren alles andere als optimal. Die einem normalen Parlamentsbetrieb entsprechende Infrastruktur fehlte beinahe völlig. Es gab kaum Arbeits- und Versammlungsräume, keine ausreichende Ausstattung mit Büromaterial, schlechte bis kaum vorhandene Telekommunikation, selbst der Transport von und zum Parlament war problematisch. Die auf die alten Verhältnisse eingerichtete Verwaltung der Volkskammer war dem gestiegenen Arbeitspensum kaum gewachsen.

Beide Tagungsorte, der Plenarsaal im Palast der Republik wie das Haus der Parlamentarier, waren für den parlamentarischen Sitzungsbetrieb nicht optimal. Der Palast, weil er ein Mehrzweckbau war, den sich die Volkskammer mit anderen Nutzern teilen musste, das Haus der Parlamentarier, weil er über keinen wirklichen Plenarsaal verfügte.

Ohne die Hilfe der westdeutschen Schwesterparteien und des Deutschen Bundestages wäre unter diesen Voraussetzungen die Arbeit wohl nicht zu leisten gewesen. Die materielle wie immaterielle Unterstützung umfasste alles, von der Versorgung mit Technik, Bürogeräten und -material über Geldleistungen bis hin zur Information, Schulung oder Beratung. Parteien wie die SPD und Die Grünen hatten eigene Büros nur zu diesem Zweck in Ostberlin eingerichtet, Bonner Kollegen waren in größeren Abständen in fast allen Fraktionen zu Besuch. Die westdeutsche Unterstützung war unverzichtbar, führte aber stellenweise auch zu Unzufriedenheit und Frustration, manche beklagten eine Anpassung an das westdeutsche Modell bis zur eigenen Unkenntlichkeit.

Alle parlamentarischen Verfahren mussten in der 10. Volkskammer erst eingeübt werden, ob es der Ablauf einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde war, das richtige Verfassen und Einbringen von Anträgen, wie man sich im Plenarsaal für einen Antrag zur Geschäftsordnung meldet, oder auch welche Fragen sinnvollerweise in Fraktionssitzungen behandelt werden und welche besser in den Arbeitsgruppen. In Anbetracht dieser Umstände kann es nicht verwundern, dass vieles schiefging oder sich erst im Lauf der Zeit einspielte. Wie man beispielsweise eine Parlamentssitzung mit Hilfe der Geschäftsordnung leitet, wusste eigentlich nur der Stellvertretende Parlamentspräsident Reinhard Höppner, der das vor allem seiner Erfahrung als Präses und Sitzungsleiter von Kirchensynoden verdankte.

Während das Schwierigkeiten waren, vor denen ausnahmslos alle Fraktionen standen, musste sich jede einzelne von ihnen, je nach Größe und Stellung im parlamentarischen Gefüge, auch mit individuellen Fragen und Problemen auseinandersetzen. So war die PDS beispielsweise lange damit beschäftigt zu klären, wie sie ihre Rolle als Oppositionspartei definieren und ausfüllen sollte. Während es bei CDU/DA eher um die Frage ging, wie bei einer zahlenmäßig so großen Fraktion Abstimmungs-, Diskussions- und Arbeitsprozesse organisiert werden konnten, um rasch und effektiv auf sich ständig verändernde Situationen reagieren zu können. Bei Bündnis 90/Grüne hingegen kann man beobachten, wie die Herkunft ihrer Akteure aus der DDR-Oppositionsbewegung und die damit verbundenen politischen Erfahrungen zu einer Präferenz für Elemente direkter Demokratie und der stärkeren Einbindung der Bürger in politische Entscheidungen führten. Nicht wenige von ihnen hatten nach wie vor Vorbehalte gegen politische Parteien mit ihren rigiden Strukturen und Hierarchien und betrachteten deshalb auch die im Parlament praktizierten Verfahren mit einem gewissen Misstrauen.

Eine Besonderheit der 10. Volkskammer war die Dauerbeobachtung durch das Fernsehen. Ihr mühsamer Prozess der Selbst-Parlamentarisierung spielte sich dank der permanenten Liveberichterstattung vor aller Augen ab. Jeder Schritt, jede Entscheidung im Plenarsaal konnte so verfolgt werden. Doch auch wenn das von den Beteiligten grundsätzlich als etwas Positives gesehen wurde, hatte es ungeahnte und unerwünschte Nebeneffekte: Denn die Zuschauer vor den Bildschirmen bekamen neben all der parlamentarischen Routine, die sich durchaus bald einstellte, auch Dinge zu Gesicht, die mit ihren Vorstellungen und Erwartungen nicht übereinstimmten. Da-

von zeugen die vielen Beschwerden, die bei der Volkskammer eingingen. Erklärungsversuche blieben vielfach wirkungslos. Als Folge hatte die Volkskammer innerhalb kürzester Zeit ein Imageproblem. Mit dafür verantwortlich war sicherlich, dass das Fernsehen zeigen konnte, was es wollte, weil seine Arbeit in der Kammer nicht reguliert war. Und nicht zuletzt bestimmten auch die Journalisten des DFF durch ihre Kommentare das Bild, dass sich die Zuschauer von ihrem Parlament machten und das damit seiner Kontrolle entzogen war.

Die Volkskammer musste lernen, dass der Umgang mit der Öffentlichkeit, seien es Besucher, Fernsehzuschauer oder die Medien, schwierig und oft sehr ambivalent war. Die Parlamentarier schwankten zwischen dem Bemühen um größtmögliche Transparenz und gleichzeitig dem Bedürfnis nach Schutz, Abschottung und Kontrolle. Symptomatisch dafür waren die Auseinandersetzung um die Bannmeile wie auch der Ausschluss von Besuchern und Presse in der letzten regulären Plenarsitzung: Auf der einen Seite hielten sich die Abgeordneten viel darauf zugute, engen Kontakt zur Bevölkerung zu halten, nicht abgehoben zu sein, wie es angeblich der Bundestag in Bonn war. Deshalb legten sie so auffällig Wert auf die, wie wir wissen falsche, Feststellung, dass es um den Palast der Republik keine Bannmeile gegeben habe. Auf der anderen Seite war die Volkskammer, in dem Moment, wo sie von einer ehemals politischen Randexistenz ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte, stärkerer Kritik ausgesetzt und wurde vermehrt zum Ziel von Demonstrationen und Protest. Und dagegen versuchte sie sich zu schützen.

Die Fernsehübertragungen der Plenarsitzungen beeinflussten die Arbeit der Abgeordneten auch auf andere Weise. Obwohl die Parlamentarier vehement verneinten, auf Publikumsreaktionen zu schießen, und für sich reklamierten, authentisch und unverstellt zu sein, zeigen gerade die ungewöhnlichen Vorkommnisse, die sich in diesem Parlamenten ereigneten, dass sie sich des Effekts in der Öffentlichkeit bewusst waren. Immer, wenn mit eigentlich unparlamentarischen Mitteln versucht wurde, auf sich aufmerksam zu machen – durch Protestaktionen, Zeigen von Botschaften, Fahnen oder ähnlichem – kam es zur Interaktion mit den Kameras. Alle Fraktionen kalkulierten die Anwesenheit des Fernsehens für ihre Auftritte mit ein und versuchten sich so gut es ging, darauf vorzubereiten und ein gutes Bild abzugeben.

Sich über die eigene Rolle klar zu werden, war für alle parlamentarischen Akteure ein mühsamer Prozess. In vielem war die 10. Volkskammer unsicher, zögerlich und auch halbherzig. Insbesondere die Frage, in welchem Verhältnis sie zu den Bürgern, ihren Wählern stand, war nicht einfach zu beantworten. Die Volkskammerabgeordneten scheuten oft davor zurück, eigene, durchaus legitime und wohlbegründete Ansprüche gegen äußere Widerstände zu behaupten. Ob es die Diätenfrage war, die sie am liebsten ganz unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt hätten, weil sie sich dem Vorwurf der Selbstbedienung und ungerechtfertigter Privilegien ausgesetzt sahen. Oder darum, die Bannmeile durchzusetzen, um ungestört von Demonstrationen und Protesten zu sein, was dem Parlament wohl heftigste Kritik eingetragen hätte. Lieber nahmen sie Störungen und Unannehmlichkeiten in Kauf. Ihr Image war nicht das beste und Maßnahmen dieser Art hätten ihr Ansehen bei den Bürgern nur noch

weiter sinken lassen. Anderen Nutzern im Palast der Republik Räume zu kündigen, um die eigene Arbeitsfähigkeit gewährleisten zu können, wurde beispielsweise wohl nie ernsthaft erwogen.

Diese Angst vor der Konfrontation, eine gewisse Scheu vor offen ausgetragenen Konflikten war aber auch im Umgang miteinander zu beobachten. Bei allen war das Bemühen um konstruktive Zusammenarbeit zu erkennen. Die 10. Volkskammer gilt generell als konsensorientiert, weniger an heftiger politischer Auseinandersetzung entlang starrer Fraktionsgrenzen interessiert als an sachbezogener und fraktionsübergreifender Problemlösung. Man sollte allerdings vorsichtig sein, das gleich als eine neuartige Form von Parlamentarismus zu deuten, die dem vermeintlich kalten, unnahbaren, professionellen Bonner bzw. Berliner Betrieb eine frischere, spontanere, »menschlichere« Variante entgegensetzte. Eine Darstellung, die gleichermaßen gespeist von Idealvorstellungen, Wünschen wie ersten prägenden Eindrücken, nicht zuletzt einige Abgeordnete der 10. Volkskammer selbst gerne verbreiteten. Solche Idealvorstellungen waren es wohl auch, die die Erinnerungen vieler an diese Zeit so auffallend verfälschten.

Die unzweifelhaft vorhandene Konsensorientierung hatte sicher mit der noch nicht besonders klaren Ausdifferenzierung der politischen Parteien, der Schwere der Aufgabe, der gemeinsamen Ziele trotz aller Unterschiede im Detail zu tun, aber eben auch mit fehlender parlamentarischer Übung und Unsicherheit im Umgang miteinander. Von der Fraktionslinie abweichendes Verhalten bei Abstimmungen ließ sich bei den herrschenden Mehrheitsverhältnissen recht gut ertragen. Aber auch in der Volkskammer wurde, nachdem diese Verhältnisse mit der Auflösung der Koalition nicht mehr so klar waren, für Abstimmungen, in denen es wirklich darauf ankam, in den Fraktionen deutlich mehr als zuvor auf Disziplin geachtet.

Das Urteil, das eine ganze Reihe von Volkskammermitgliedern nach der letzten Tagung über die eigene Arbeit fällte, war nicht besonders wohlwollend und wurde im Lauf der Zeit sogar eher noch kritischer. Das hatte vor allem mit einem Gefühl der Ohnmacht und mangelnder Selbstbestimmung zu tun, das viele Abgeordnete empfanden. Der ungeheure Zeitdruck, dem sie ausgesetzt waren, die politischen Rahmenbedingungen – vorgegeben durch die internationale wie innerdeutsche Entwicklung –, die kaum Raum ließen für eigene Lösungen, die Arbeit in einem parlamentarischen System, das sie übernommen hatten und nicht wesentlich selbst gestalten konnten, führte nicht selten zu Frustration darüber, dass sie zumeist nur reagieren konnten und nicht wirklich agierten. So konnten sie wenige eindeutige Pluspunkte ihrer Arbeit verbuchen, an erster Stelle das Stasiunterlagengesetz, das erst auf Drängen des Parlaments in den Einigungsvertrag aufgenommen wurde. Aber beispielsweise der Wunsch nach der Verabschiedung einer eigenen Verfassung, wie ihn die Opposition hegte, war unerfüllt geblieben.

Doch diese Sicht der Dinge ist zu negativ. Sicherlich war der Handlungsspielraum der 10. Volkskammer unter den gegebenen Umständen nicht groß. Doch die 409 Abgeordneten der 10. Volkskammer waren die ersten, die das Einmaleins der parlamentarischen Demokratie auf dem Gebiet der DDR lernten. Sie waren damit Pioniere,

Multiplikatoren demokratischen und parlamentarischen Verständnisses, die ihre im Schnelldurchgang erworbenen Erfahrungen später weitertrugen, vor allem in die Parlamente der fünf östlichen Bundesländer und in die Kommunen. Neben ihrer täglichen legislativen Arbeit war ihnen quasi automatisch auch die Aufgabe zugefallen, verlorengegangenes Vertrauen in die politischen Strukturen wiederherzustellen, zu demonstrieren, wie eine parlamentarische Demokratie funktioniert – und damit sozusagen Werbung für das neu entstehende parlamentarische System zu machen. Die Volkskammer fungierte nicht nur in dieser Hinsicht als »Schule der Demokratie«.

Abkürzungsverzeichnis

ACD	Archiv der Christlichen Demokratie
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
ADS	Archiv des Demokratischen Sozialismus
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AFI	Abrüstung, Frieden und Internationales
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit der DDR
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AGG	Archiv Grünes Gedächtnis
AK	Aktuelle Kamera
AK	Arbeitskreis
APuZ	Aus Parlament und Zeitgeschichte
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
AVL	Aktionsbündnis Vereinigte Linke
BArch	Bundesarchiv
BBC	British Broadcasting Corporation
BGBI.	Bundesgesetzblatt
B.J.Pol.S.	British Journal of Political Sciences
BStU	Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BT	Bundestag
BZ	Berliner Zeitung
CDU	Christlich Demokratische Union
CSPD	Christlich-Soziale Partei Deutschlands
ČSSR	Československá socialistická republika
CSU	Christlich Soziale Union
c. t.	cum tempore
DA	Demokratischer Aufbruch
DA	Deutschland-Archiv
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film AG
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DFE	Deutscher Fernsehfunke
DJ	Demokratie Jetzt
DM	Deutsche Mark
DRA	Deutsches Rundfunkarchiv
Drs.	Drucksache
DSU	Deutsche Soziale Union
DtZ	Deutsch-deutsche Rechtszeitschrift
EG	Europäische Gemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDU	Freie Deutsche Union
FPT	Forum-Partei Thüringen

FR	Frankfurter Rundschau
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GAU	größter anzunehmender Unfall
GBL	Gesetzblatt
GG	Grundgesetz
GG	Geschichte und Gesellschaft
GL	Grüne Liga
GO	Geschäftsordnung
GP	Grüne Partei
HO	Handelsorganisation
HPM	Historisch-Politische Mitteilungen
HZ	Historische Zeitschrift
ICC	Internationales Congress Centrum
i. d. F.	In der Fassung
IFM	Initiative Frieden und Menschenrechte
IM	Informeller Mitarbeiter (der Staatssicherheit)
KB	Kulturbund der DDR
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
mdr	Mitteldeutscher Rundfunk
MdV	Mitglied der Volkskammer
MfS	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
MPs	Members of Parliament
MVK	Mitglied der Volkskammer
ND	Neues Deutschland
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NF	Neues Forum
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
NZ	Neue Zeit
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OibE	Offizier (der Staatssicherheit) in besonderem Einsatz
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PVK	Protokolle der Volkskammer
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
RT	Reichstag
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SDP	Sozialdemokratische Partei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sonderforschungsbereich
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stasi	Staatssicherheitsdienst
Sten. Ber.	Stenographische Berichte
SZ	Süddeutsche Zeitung
TA	Tonbandaufzeichnung der Fraktionssitzungen von CDU/DA

taz	die Tageszeitung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UFV	Unabhängiger Frauenverband
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEB	Volkseigener Betrieb
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VK	Volkskammer
VL	Vereinigte Linke
Vopo	Volkspolizist
WP	Wahlperiode
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZRT	Zentraler Runder Tisch

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1 BArch, Bild 183-1990-0129-021/Gabriele Senft
Abb. 2 DRA, IDNR 157564 (10:03:34:02)
Abb. 3 DRA, IDNR 145484 (10:16:37:14)
Abb. 4 DRA, IDNR 145484 (10:19:24:20)
Abb. 5 BArch, Bild 183-1990-0601-413/Karl-Heinz Schindler
Abb. 6 BArch, Bild 183-1990-0607-024/Bernd Settnik
Abb. 7 BArch, Bild 183-1990-0712-016/Hubert Link
Abb. 8 BArch DA 1/17900, Bl. 210
Abb. 9 Neues Deutschland vom 9./10. Juni 1990/Burkhard Lange
Abb. 10 Berliner Zeitung vom 9./10. Juni 1990/Wulf Olm
Abb. 11 BArch, Bild 183-1990-0608-015/Peer Grimm
Abb. 12 Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik 9. Wahlperiode, hg. v. Sekretariat der Volkskammer, Berlin 1987, S. 57
Abb. 13 BArch DA 1/18179, Bl. 5
Abb. 14 DRA, IDNR 159384 (10:43:17:10)
Abb. 15 Foto privat
Abb. 16 BStU, MfS HA XX/Fo/161/Bild 4
Abb. 17 Neue Zeit vom 28. März 1990/Tietz
Abb. 18 DRA, IDNR 162444 (16:05:00:20)
Abb. 19 DRA, IDNR 162444 (10:05:04:16)
Abb. 20 DRA, IDNR 162444 (16:05:11:16)
Abb. 21 DRA, IDNR 162444 (16:05:13:01)
Abb. 22 DRA, IDNR 163984 (11:41:13)
Abb. 23 DRA, IDNR 136610 (12:46:50)
Abb. 24 DRA, IDNR 163984 (11:48:08)
Abb. 25 DRA, IDNR 168314 (17:41:26:20)
Abb. 26 DRA, IDNR 136039 (10:35:09)
Abb. 27 DRA, IDNR 163984 (12:26:52)
Abb. 28 DRA, IDNR 152064 (12:39:23:05)
Abb. 29 DRA, IDNR 152064 (12:42:44:07)
Abb. 30 DRA, IDNR 152064 (12:43:44:14)
Abb. 31 DRA, IDNR 152064 (12:44:00:07)
Abb. 32 DRA, IDNR 152064 (12:44:24:06)
Abb. 33 DRA, IDNR 152064 (12:44:31:01)
Abb. 34 DRA, IDNR 152064 (12:44:45:03)
Abb. 35 DRA, IDNR 152064 (12:44:49:16)
Abb. 36 DRA, IDNR 152064 (12:44:55:00)
Abb. 37 BArch, Bild 183-1990-0412-022/Klaus Oberst
Abb. 38 DRA, IDNR 136266 (23:05:45:24)
Abb. 39 DRA, IDNR 136266 (23:05:55:00)

- Abb. 40 DRA, IDNR 136266 (23:05:56:10)
- Abb. 41 DRA, IDNR 136266 (23:05:57:11)
- Abb. 42 DRA, IDNR 136266 (23:06:07:16)
- Abb. 43 DRA, IDNR 136266 (23:06:09:12)
- Abb. 44 DRA, IDNR 140624 (13:15:34:02)
- Abb. 45 DRA, IDNR 140624 (11:48:30:03)
- Abb. 46 DRA, IDNR 140624 (11:58:11:05)
- Abb. 47 DRA, IDNR 136262 (17:30:08:02)

Archivalien

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Bestand 07-012 – Ost-CDU Parteiarbeit

3611, 3756, 3771, 3897, 3958, 6013, 6027

Bestand 07-012 – Ost-CDU Parteiarbeit (Tonbandaufzeichnungen der Fraktions-sitzungen)

6100–6124

Archiv Demokratischer Sozialismus

Bestand PDS-Fraktion in der Volkskammer der DDR (10. Wahlperiode) – VK/10. WP

62, 64–68

Archiv Grünes Gedächtnis

Bestand B III – Bündnis 90/Grüne, Volkskammerfraktion (1990)

1.1–1.9, 1.14, 1.46 (2)

Archiv des Liberalismus

Bestand A43 – Deutsche Forumpartei

4, 7

Bestand L1 – Bund Freier Demokraten

16, 27 f., 34, 36, 47, 71

Archiv der sozialen Demokratie

Bestand SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR

Mappe 1, 11, 13–92, 97–100, 107, 112 f., 124, 127, 137, 215, 218, 224, 230 f., 238, 252 ff.

Depositum Gunter Weißgerber

1/GWAG000002

Bundesarchiv

Bestand DA 1 (Volkskammer der DDR)

16625, 16627 ff., 16728, 16731, 16738 b, 17469 f., 17473, 17494, 17521, 17584, 17816, 17821, 17853, 17865 f., 17884, 17886, 17900, 17909, 18177 ff., 18185, 18193, 18270, 18273, 18722, 18741, 18743, 18748, 18753, 18755 f., 18766, 18769, 18793 f., 18796, 18921, 19094, 19097

Bestand DA 3 (Zentraler Runder Tisch)

1, 6, 8, 13, 88

Deutscher Bundestag Mediathek

Erste frei gewählte Volkskammer

http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/parlamentarismus/10_volkskammer/mediathek/

Deutsches Rundfunkarchiv

Bestand 9. Volkskammer

ID Nr. 031405, 135835, 135840, 135867, 135869, 135871, 135911, 135934, 135936, 135951–135955, 135967 ff., 136003, 136010, 136013, 139344 f., 139364 ff., 139604, 139725, 139824, 139866, 139984, 140047, 140144, 140205, 140284, 140304, 140384, 168432, 168422, 168427, 168431, 168433, 168444, 168447, 182333

mdr-Archiv

Mandat zur Auflösung. Die 200 Tage der letzten Volkskammer, sachsenspiegel, Videoreportage 31.3.2010, mdr, von Patricia Klieme (Länge: 30 min.)

Im Rahmen des SFB 537 »Institutionalität und Geschichtlichkeit« (Projekt K »Instrumentelle und symbolische Funktionen von Repräsentationsinstitutionen«) an der Technischen Universität Dresden von Roland Schirmer durchgeführte Interviews mit

Sabine Bergmann-Pohl

Willibald Böck

Roland Claus

Peter Michael Diestel

Eppelmann

Rüdiger Fikentscher

Gregor Gysi

Uwe-Jens Heuer

Reinhard Höppner

Herbert Kelle (30. September 2003)

Christa Luft

Hans-Jürgen Misselwitz

Rainer Ortleb (19. Mai 2004)

Jens Reich

Richard Schröder

Werner Schulz

Jürgen Schwarz

Klaus Steinitz

Wolfgang Ullmann

Hans-Joachim Walther

Literatur

- Abélès, Marc: *Un ethnologue à l'Assemblée*, Paris 2000.
- Ackermann, Else: Das Gewissen ist der innere Gerichtshof des Menschen, in: Beate Neuss/Hildigund Neubert (Hrsg.), *Mut zur Verantwortung. Frauen gestalten die Politik der CDU, Köln/Weimar/Wien 2013*, S. 143–168.
- Agethen, Manfred: Die Akten der Ost-CDU und Der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Eine Bestandsbeschreibung, in: *HPM 2* (1995), S. 309–311.
- Ágh, Attila: The Experiences of the First Democratic Parliaments in East Central Europe, in: *Communist and Post-Communist Studies 28* (1995), S. 203–214.
- Aischmann, Bernd: Rundfunkberichterstattung von den Volkskammertagungen Oktober bis Dezember 1989. Anmerkungen und Überlegungen, in: *Radio im Umbruch. Oktober 1989 bis Oktober 1990 im Rundfunk der DDR. Darstellungen, Chronik, Dokumentation, Presseresonanz, Berlin 1990*.
- Armitage, Faith: The Speaker, Parliamentary Ceremonies and Power, in: *The Journal of Legislative Studies 16* (2010), S. 325–337.
- Arndt, Adolf: *Geist der Politik. Reden*, Berlin 1965.
- Ascher Barnstone, Debora: *The transparent state: architecture and politics in postwar Germany*, London 2005.
- Bästlein, Klaus: »Meine Akte gehört mir!« Der Kampf um die Öffnung der Stasi-Unterlagen, in: *DA 44* (2011), S. 72–78.
- Bamberger, Ludwig: *Erinnerungen*, Berlin 1899.
- Bäuerlein, Heinz: Damit sich der Bürger ein Bild machen kann. Wie sich der Deutsche Bundestag auf Fernsehübertragungen einstellt, in: *ZParl 23* (1992), S. 216–230.
- Bentham, Jeremy: *Writings on the Poor Laws, Vol. 1*, ed. by Michael Quinn, Oxford 2001.
- Berger, Manfred (Hrsg.): *Kulturpolitisches Wörterbuch*, Berlin (Ost) 1978.
- Bergmann-Pohl, Sabine: Wie die Politik mein Leben veränderte, in: Beate Neuss/Hildigund Neubert (Hrsg.), *Mut zur Verantwortung. Frauen gestalten die Politik der CDU, Köln/Weimar/Wien 2013*, S. 355–367.
- Bergmann-Pohl, Sabine: Die Volkskammer der DDR im Jahr 1990. Ein Parlament im Umbruch, in: Julian Krüper/Heiko Sauer (Hrsg.), *Staat und Recht in Teilung und Einheit*, Tübingen 2011, S. 58–67.
- Bergmann-Pohl, Sabine: Von der Volkskammer in den Bundestag. Erfahrungen einer Ärztin in Zeiten des Umbruchs, in: Rita Süßmuth (Hrsg.), *Mut zur Macht in Frauenhand*, Herford 2001, S. 228–235.
- Bergmann-Pohl, Sabine: Die frei gewählte Volkskammer, in: Richard Schröder/Hans Misselwitz (Hrsg.), *Mandat für deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz*, Opladen 2000, S. 49–65.
- Bergmann-Pohl, Sabine: *Abschied ohne Tränen: Rückblick auf das Jahr der Einheit*, aufgez. von Dietrich von Thadden, Berlin 1991.

- Biedenkopf, Kurt H.: Von Bonn nach Dresden. Aus meinem Tagebuch Juni 1989 bis November 1990, München 2015.
- Biefang, Andreas: Die Neuformierung der parlamentarischen Bilderwelt seit 1800, in: Jörg Feuchter/Johannes Helmuth (Hrsg.), *Parlamentarische Kulturen vom Mittelalter bis in die Moderne. Reden – Räume – Bilder*, Düsseldorf 2013, S. 131–150.
- Biefang, Andreas: Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im »System Bismarck« 1871–1890, Düsseldorf 2009.
- Bigaut, Christian: *Votations parlementaires*, in: Pascale Perrineau/Dominique Reynié (Hrsg.), *Dictionnaire du vote*, Paris 2001, S. 933–938.
- Birthler, Marianne: *Halbes Land. Ganzes Land. Ganzes Leben. Erinnerungen*, Berlin 2014.
- Bispinck, Henrik/Hoffmann, Dierk/Schwartz, Michael/Skyba, Peter/Uhl, Matthias/Wentker, Hermann: Die Zukunft der DDR-Geschichte. Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschung, *VfZ* 53 (2005), S. 547–570.
- Bösch, Frank: Parlamente und Medien. Deutschland und Großbritannien seit dem späten 19. Jahrhundert, in: Andreas Schulz/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, S. 371–388.
- Bösch, Frank: Politik als kommunikativer Akt. Formen und Wandel der Gesprächsführung im Parteivorstand der fünfziger und sechziger Jahre, in: Moritz Föllmer (Hrsg.), *Sehnsucht nach Nähe. Interpersonale Kommunikation in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert*, Stuttgart 2004, S. 197–213.
- Bösenberg, Jost-Arend: *Die Aktuelle Kamera. Nachrichten aus einem versunkenen Land*, Berlin 2008.
- Bösenberg, Jost-Arend: *Die Aktuelle Kamera (1952–1990). Lenkungsmechanismen im Fernsehen der DDR*, Potsdam 2004.
- Bogisch, Manfred: *Das Ende der DDR und die LDPD. Selbstbefreiung, Illusionen, Vereinnahmung*, Berlin 2009.
- Botzenhardt, Manfred: *Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1850*, Düsseldorf 1977.
- Buchez, Philippe/Roux-Lavergne, Pierre-Célestin (Hrsg.): *Histoire parlementaire de la Révolution française, ou Journal des assemblées nationales depuis 1789 jusqu'en 1815, précédée d'une introduction sur l'histoire de France jusqu'à la convocation des États-Généraux*, 40 vol., Paris 1834–1838, Bd. 26, 1836.
- Bourdieu, Pierre: *Language and Symbolic Power*, Cambridge 1991.
- Breitbach, Michael: *Die Bannmeile als Ort von Versammlungen. Gesetzgebungsgeschichte, verfassungsrechtliche Voraussetzungen und ihre verfahrens- und materiellrechtlichen Folgen*, Baden-Baden 1994.
- Brendgens, Guido: *Demokratisches Bauen. Eine architekturtheoretische Diskursanalyse zu Parlamentsbauten in der Bundesrepublik Deutschland*, Aachen 2008.
- Buchstein, Hubertus: Öffentliche Stimmabgabe in modernen Gesellschaften. Begründung einer Alternative im 19. Jahrhundert, in: *Politisches Denken. Jahrbuch*, 2002, S. 1–17.

- Buchstein, Hubertus: Freie Parlamentswahlen. Die Argumente für die geheime Stimmabgabe in der Frankfurter Nationalversammlung und im Preußischen Abgeordnetenhaus, in: ZParl 29 (1998), S. 706–726.
- Burkhardt, Armin: Das Parlament und seine Sprache. Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation, Tübingen 2003.
- Burkhardt, Armin: »Verehrte Abgeordnete! [...] Danke schön.« Zum Kommunikationsstil der Volkskammer in ihrer Phase der Selbstabwicklung, in: Ruth Reiher/Antje Baumann (Hrsg.), Vorwärts und nichts vergessen. Sprache in der DDR – Was war, was ist, was bleibt, Berlin 2004, S. 74–88.
- Burkhardt, Armin: Vom »Akklamations-« zum »Abwicklungsparlament«. Zur Sprache der Volkskammer, in: Ruth Reiher/Antje Baumann (Hrsg.), Mit gespaltener Zunge? Die deutsche Sprache nach dem Fall der Mauer, Berlin 2000, S. 73–98.
- Burkhardt, Armin: Debattieren im Schaufenster. Zu Gebrauch und Pervertierung einiger parlamentarischer Sprachformen im Deutschen Bundestag, in: Andreas Schulz/Andreas Wirsching (Hrsg.), Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum, Düsseldorf 2012, S. 301–331.
- Burkhardt, Armin: Zwischen Diskussions- und Schaufensterparlamentarismus. Zur Diagnose und Kritik parlamentarischer Kommunikation – am Beispiel von Zwischenfragen und Kurzdialogen, in: Andreas Dörner/Ludgera Vogt (Hrsg.), Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne, Berlin/New York 1995, S. 73–106.
- Burkhardt, Armin: »Die Stenographie ist ja überhaupt eine unheimliche Sache!« (Konrad Adenauer) – Zur Sprache des deutschen Parlamentarismus, in: Neue Stenographische Praxis 40 (1991), S. 41–77, 41 (1992), S. 73–127, 43 (1994), S. 33–55, 65–87.
- Burkhardt, Armin: Ein Parlament sucht(e) seine Sprache. Zur Sprache der Volkskammer, in: Armin Burkhardt/K. Peter Fritzsche (Hrsg.), Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von »Wende« und »Vereinigung«, Berlin/New York 1992, S. 155–197.
- Burkhardt, Armin: »geredet, geträumt, gezögert, gezankt«. Zur politischen Kommunikation in der Paulskirche, in: Ders./Kornelia Pape (Hrsg.), Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation, Wiesbaden 2000, S. 68–97.
- Butzer, Hermann: Diäten und Freifahrt im Deutschen Reichstag. Der Weg zum Entschädigungsgesetz von 1906 und die Nachwirkung dieser Regelung bis in die Zeit des Grundgesetzes, Düsseldorf 1999.
- Coghill, Ken/Lewis, Colleen/Steinach, Katrin: How should elected members learn parliamentary skills: An overview, in: Parliamentary Affairs 65 (2012), S. 505–519.
- Crawford, Claudia: Das Gegenteil von Macht ist Ohnmacht, in: Beate Neuss/Hildigund Neubert (Hrsg.), Mut zur Verantwortung. Frauen gestalten die Politik der CDU, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 651–662.
- Cullen, Michael S.: Parlamentsbauten zwischen Zweckmäßigkeit, Repräsentationsanspruch und Denkmalpflege, in: Hans-Peter Schneider/Wolfgang Zeh: Parlaments-

- recht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Berlin/New York 1989, S. 1845–1889.
- Déloye, Yves/Ihl, Olivier: *L'acte de vote*, Paris 2008.
- Delporte, Christian: *L'orateur et l'image télévisée. Le laboratoire des années 1950*, in: Fabrice d'Almeida (Hrsg.), *L'éloquence politique en France et en Italie de 1870 à nos jours*, Rom 2001, S. 217–230.
- Derlien, Hans-Ulrich/Lock, Stefan: Eine neue politische Elite? Rekrutierung und Karrieren der Abgeordneten in den fünf neuen Landtagen, in: *ZParl 25* (1994), S. 61–94.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): *Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages*, 11. Wahlperiode Teil 1, 7. Ergänzungslieferung, Darmstadt 1990.
- Deutschland 1990. Dokumentation zu der Berichterstattung über die Ereignisse in der DDR und die deutschlandpolitische Entwicklung, hg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Zentrales Dokumentationssystem, bearb. v. Anna Maria Kuppe, Bde. 13, 33, 36, 40, 54, 55, Bonn 1995.
- Dieckmann, Walther: »Inszenierte Kommunikation«. Zur symbolischen Funktion kommunikativer Verfahren in (politisch-)institutionellen Prozessen, in: Ders., *Politische Sprache. Politische Kommunikation. Vorträge, Aufsätze, Entwürfe*, Heidelberg 1981, S. 255–272.
- Döring, Herbert: Die Sitzordnung der Abgeordneten: Ausdruck kulturell divergierender Auffassungen von Demokratie?, in: Andreas Dörner/Ludgera Vogt (Hrsg.), *Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne*, Berlin/New York 1995, S. 278–289.
- Durner, Wolfgang: *Antiparlamentarismus in Deutschland*, Würzburg 1997.
- Eckert, Rainer: Die Aktivitäten kleinerer oppositioneller Gruppen, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.), *Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft*, Opladen 1999, S. 695–717.
- Eisel, Stephan: Der Beitrittsbeschluss der DDR-Volkskammer, in: *HPM 12* (2005), S. 303–312.
- Elster, Jon (Hrsg.): *The Roundtable Talks and the Breakdown of Communism*, Chicago/London 1996.
- Feldkamp, Michael F.: Frack und Cut im Bundestag. Die Einführung des Bundestagsfracks vor 50 Jahren, in: *ZParl 37* (2006), S. 481–492.
- Feldkamp, Michael F.: *Der Parlamentarische Rat 1948–1949*, Göttingen 1998.
- Feldkamp, Michael F./Kunze, Dirk: *Mit Frack im Parlament. Ein Beitrag zur parlamentarischen Kultur und politischen Symbolik im Deutschen Bundestag*, Baden-Baden 2009.
- Fenno, Richard F.: *Watching Politicians. Essays on Participant Observation*, Berkeley 1990.
- Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Bd. 88: *Palast der Republik, Teil 1: Hausverwaltung*, bearb. v. Roswitha Schröder, Koblenz 2003.
- Fischer, Ilse (Hrsg.): *Von der frei gewählten Volkskammer zum vereinten Deutschland. Politik- und Alltagserfahrungen sozialdemokratischer Volkskammerabgeord-*

- ner. Dokumentation einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 23./24. September 2010 in Berlin, Bonn 2013.
- Fischer, Jörg-Uwe: Parlamentsdebatten: politische Erziehung oder politisches Theater? Zur Diskussion um die Rundfunkübertragungen von Reichstagsdebatten und -reden während der Weimarer Republik, in: *ZParl* 25 (1994), S. 637–652.
- Fischer-Lichte, Erika: Theatralität als kulturelles Modell, in: Dies./Christian Horn/Sandra Umathum u. a. (Hrsg.), *Theatralität als Modell in den Kulturwissenschaften*, Tübingen 2004, S. 7–26.
- Fischer-Lichte, Erika: Diskurse des Theatralen, in: Dies./Christian Horn/Sandra Umathum/Matthias Warstat (Hrsg.), *Diskurse des Theatralen*, Tübingen 2005, S. 12–32.
- Flach, Karl-Hermann/Maihofer, Werner/Scheel, Walter: *Die Freiburger Thesen der Liberalen*, Hamburg 1972.
- Flamm, Stefanie: Der Palast der Republik, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, 3 Bde., München 2001, Bd. II, S. 667–682.
- Franklin, Bob (Hrsg.): *Televising Democracies*, London/New York 1992.
- Franks, Suzanne/Vandermark, Adam: *Televising Parliament: Five Years On*, in: *Parliamentary Affairs* 48 (1995), S. 57–71.
- Frevert, Ute: Vertrauen – eine historische Spurensuche, in: Dies. (Hrsg.), *Vertrauen. Historische Annäherungen*, Göttingen 2003, S. 7–66.
- Frevert, Ute: *Vertrauensfragen. Eine Obsession der Moderne*, München 2013.
- Frie, Ewald: 17. Juni 1953. Aufstand in der DDR, in: Dirk Blasius/Wilfried Loth, *Tage deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006, S. 93–104.
- Fried, Johannes: *Der Schleier der Erinnerung. Grundzüge einer historischen Memoirik*, München 2004.
- Friedland, Paul: *Political Actors. Representative Bodies and Theatricality in the Age of the French Revolution*, Ithaca/London 2003.
- Friedland, Paul: *Parallel Stages. Theatrical and Political Representation in Early Modern and Revolutionary France*, in: Colin Jones/Dror Wahrman (Hrsg.), *The Age of Cultural Revolutions. Britain and France 1750–1820*, Berkeley 2002, S. 218–250.
- Fuchs, Ruth: »Gott schütze unser deutsches Vaterland!« *Erlebnisse einer Volkskammerabgeordneten*, Berlin 1990.
- Führer, Karl Christian/Hickethier, Knut/Schildt, Axel: *Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung*, in: *AfS* 41 (2001), S. 1–38.
- Gauck, Joachim: *Winter im Sommer – Frühling im Herbst. Erinnerungen*, München 2009.
- Gebauer, Ronald/Jahr, Stefan: *Second Life in the Bundestag? Former GDR Delegates in German Parliaments*, in: *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 37 (2012), S. 153–162.
- Gergs, Hanjo/Hausmann, Christopher/Pohlmann, Markus: *Political and economic elites in the transformation process in eastern Germany*, in: Heinrich Best/Ulrike

- Becker (Hrsg.), *Elites in Transition. Elite Research in Central and Eastern Europe*, Opladen 1997, S. 203–248.
- Gerstenmaier, Eugen: *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt am Main 1981.
- Gibbons, Virginia: *Lights, Camera, Inaction? The Media Reporting of Parliament*, in: *Parliamentary Affairs* 60 (2007), S. 700–708.
- Giese, Florian: »Herzlichen Glückwunsch vom Massenmedium Fernsehen«. Die politische Berichterstattung im DDR-Fernsehen in der kurzen Ära Krenz, in: *Horch und Guck. Zeitschrift zur kritischen Aufarbeitung der SED-Diktatur* 49 (2004), S. 8–14.
- Gill, David/Schröter, Ulrich: *Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums*, Berlin 1991.
- Gjuričová, Adéla: *The MPs' residence in Prague-Opatov and the Czechoslovak Parliament after 1989*, in: Adéla Gjuričová/Andreas Schulz/Luboš Velek/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1860–1990*, Düsseldorf 2014, S. 231–238.
- Gjuričová, Adéla/Schulz, Andreas: *Über die Köpfe der Menschen hinweg? Lebenswelten von Abgeordneten in der Moderne*, in: Adéla Gjuričová/Andreas Schulz/Luboš Velek/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1860–1990*, Düsseldorf 2014, S. 9–27.
- Glaeßner, Gert-Joachim (Hrsg.): *Der lange Weg zur Einheit. Studien zum Transformationsprozeß in Ostdeutschland*, Berlin 1993.
- Glocke, Nicole: *Spontaneität war das Gebot der Stunde. Drei Abgeordnete der ersten und einzigen frei gewählten DDR-Volkskammer berichten*, Halle 2012.
- Göttert, Karl-Heinz: *Geschichte der Stimme*, München 1998.
- Goffman, Erving: *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag*, München 2011.
- Gohle, Peter: *Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90*, Bonn 2014.
- Goodsell, Charles T.: *The Architecture of Parliaments: Legislative Houses and Political Culture*, in: *B.J.Pol.S.* 18 (1988), S. 287–302.
- Grashoff, Udo: *»In einem Anfall von Depression ...« Selbsttötungen in der DDR*, Berlin 2006.
- Gröf, Wolfgang: *»In der frischen Tradition des Herbstes 1989«. Die SDP/SPD in der DDR: Von der Gründung über die Volkskammerarbeit zur deutschen Einheit*, Bonn 1996.
- Großmann, Thomas: *Fernsehen, Revolution und das Ende der DDR*, Göttingen 2015.
- Die Grünen im Bundestag. *Sitzungsprotokolle und Anlagen 1983–1987*, bearb. v. Josef Boyer/Helge Heidemeyer, Düsseldorf 2008.
- Die Grünen im Bundestag. *Sitzungsprotokolle und Anlagen 1987–1990*, bearb. v. Wolfgang Hölscher/Paul Kraatz, Düsseldorf 2015.

- Gutzeit, Martin: Aufbau, Organisation und Arbeit der SPD-Fraktion der Volkskammer, in: »Die Handschrift der SPD muss erkennbar sein«. Die Fraktion der SPD in der Volkskammer der DDR, hg. v. SPD-Bundestagsfraktion, Berlin 2000, S. 23–36.
- Gutzeit, Martin/Hilsberg, Stephan: Die SDP/SPD im Herbst 1989, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.), Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999, S. 607–686.
- Gysi, Gregor: Das Profil meiner Fraktion – Positionen und Bilanz, in: Richard Schröder/Hans Misselwitz (Hrsg.), Mandat für deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz, Opladen 2000, S. 177–181.
- Haas, Stefan: Die kommunikationstheoretische Wende und die Geschichtswissenschaft, in: Andreas Schulz/Andreas Wirsching (Hrsg.), Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum, Düsseldorf 2012, S. 29–43.
- Hain, Simone/Schroedter, Michael/Stroux, Stephan: Die Salons der Sozialisten. Kulturhäuser in der DDR, Berlin 1996.
- Handbuch für den Abgeordneten, hg. v. Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR Potsdam-Babelsberg, Berlin 1984.
- Hausmann, Christopher: Biographisches Handbuch der 10. Volkskammer der DDR (1990), Köln u. a. 2000.
- Hausmann, Christopher: Die 10. Volkskammer der DDR 1990: Elitenpool der ersten Stunde, in: ZParl 31 (2000), S. 527–541.
- Herles, Helmut/Rose, Ewald (Hrsg.): Parlaments-Szenen einer deutschen Revolution. Bundestag und Volkskammer im November 1989, Bonn 1990.
- Hertle, Hans-Hermann/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 2013.
- Herzberg, Wolfgang/von zur Mühlen, Patrick (Hrsg.): Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen, Bonn 1993.
- Herzog, Dietrich: Die 10. Volkskammer der DDR: Ein verantwortungsbewusstes und tüchtiges Parlament, in: Richard Schröder/Hans Misselwitz (Hrsg.), Mandat für deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz, Opladen 2000, S. 11–20.
- Heuer, Uwe-Jens: Im Streit. Ein Jurist in zwei deutschen Staaten, Baden-Baden 2002.
- Heuer, Uwe-Jens/Riege, Gerhard: Der Rechtsstaat – Eine Legende? Erfahrungen zweier Rechtswissenschaftler 1990/91 in Volkskammer und Bundestag, Baden-Baden 1992.
- Heurtin, Jean-Philippe: The Circle of Discussion and the Semicircle of Criticism. Parliamentary Architectures as Theories of Political Representation, in: Bruno Latour/Peter Weibel, Making Things Public. Atmospheres of Democracy, Cambridge 2005, S. 754–769.
- Hickethier, Knut: Geschichte des deutschen Fernsehens, u. Mitarbeit von Peter Hoff, Stuttgart/Weimar 1998.
- Hils-Brockhoff, Evelyn/Hock, Sabine: Die Paulskirche. Symbol demokratischer Freiheit und nationaler Einheit, Frankfurt am Main 1998.

- Hitzler, Ronald: Die Politik des Zwischenrufs. Zu einer kleinen parlamentarischen Form, in: ZParl 21 (1990), S. 619–630.
- Hodenberg, Christina von: Expeditionen in den Methodendschungel. Herausforderungen der Zeitgeschichtsforschung im Fernsehzeitalter, in: Journal of Modern European History 10 (2012), S. 24–48.
- Höppner, Reinhard: Wunder muss man ausprobieren. Der Weg zur deutschen Einheit, Berlin 2009.
- Höppner, Reinhard: Die Volkskammer als Schule der Demokratie – Zur Einführung, in: Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Revolution und Demokratie. Fünf Jahre nach der freien Volkskammerwahl am 18. März 1990. Dokumentation des 3. Wittenberger Gesprächs am 17./18. März 1995, München 1995, S. 9–15.
- Höppner, Reinhard: Beitritt zum heutigen Tage. Das allgegenwärtige Thema des Beitritts der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, in: Richard Schröder/Hans Misselwitz (Hrsg.), Mandat für deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz, Opladen 2000, S. 107–121.
- Holfelder, Moritz: Palast der Republik. Aufstieg und Fall eines symbolischen Gebäudes, Berlin 2008.
- Hospach, Frank Julius: Diäten in Deutschland. Eine verfassungsgeschichtliche Studie, Stuttgart 1992.
- House of Commons Broadcasting Committee (Hrsg.), The Rules of Coverage. First Report of Session 2002–03, Report together with formal minutes and appendices. Ordered by The House of Commons to be printed 11 June 2003, London 2003.
- House of Commons Administration Committee (Hrsg.), Television: Rules of Coverage. Second Report of Session 2012–13, Report together with formal minutes and evidence. Ordered by The House of Commons to be published 21 May 2012, London 2012.
- Hubert, Peter: Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933–1945, Düsseldorf 1992.
- Hünninghaus, Annegret: Bündnis 90/Grüne in der Volkskammer der DDR. Eine Bestandsbeschreibung, in: Grünes Gedächtnis 2009, S. 67–70.
- Ihl, Olivier: L'urne électorale. Formes et usages d'une technique de vote, in: Revue française de science politique, 43 (1993), S. 30–60.
- Ihl, Olivier: Vote public et vote privé, in: Pascale Perrineau/Dominique Reynié (Hrsg.), Dictionnaire du vote, Paris 2001, S. 960–965.
- Iłonszki, Gabriella/Edinger, Michael: MPs in Post-Communist and Post-Soviet Nations: A Parliamentary Elite in the Making, in: The Journal of Legislative Studies 13 (2007), S. 142–163.
- Jäger, Wolfgang/Walter, Michael: Die Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90, Köln/Weimar/Wien 1998.
- Jäger, Wolfgang/Walter, Michael: Die liberale Parteienlandschaft der DDR 1989/90, in: liberal 40 (1998), S. 66–71.
- Jäger, Wolfgang/Walter, Michael: Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Transformationsprozeß 1989/1990, in: HPM 4 (1997), S. 141–168.

- Jander, Martin: »Das war eine spontane Entscheidung«, Interview mit Konrad Weiß, in: DA 34 (2001), S. 768–776.
- Jesse, Eckhard: Die Volkskammer der DDR: Befugnisse und Verfahren nach Verfassung und politischer Praxis, in: Hans-Peter Schneider/Wolfgang Zeh, *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch*, Berlin/New York 1989, S. 1821–1844.
- Jordan, Katrin: Vom Hohenzollernschloss zum Volkspalast. Ein kurzer Abriss zur Geschichte des Schlossplatzes, in: Alexander Schug (Hrsg.), *Palast der Republik. Politischer Diskurs und private Erinnerung*, Berlin 2007, S. 20–29.
- Kaack, Heino: Die soziale Zusammensetzung des Deutschen Bundestages, in: Uwe Thaysen/Roger H. Davidson/Robert G. Livingston (Hrsg.), *US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich*, Opladen 1988, S. 128–151.
- Kaack, Heino: Fraktions- und Parteiwechsler im Deutschen Bundestag, in: *ZParl 3* (1972), S. 3–27.
- Kaiser, Tobias: »Brachialgewalt [...] in der Kathedrale der nationalen Legislative«. Gewalt als Extrem parlamentarischer Kommunikation, in: Andreas Schulz/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, S. 195–226.
- Kalweit, Werner: Zur Konzeption und Praxis der Volkskammer 1949–1989, in: Werner J. Patzelt/Roland Schirmer (Hrsg.), *Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis*, Wiesbaden 2002, S. 182–186.
- Kammradt, Steffen: *Der Demokratische Aufbruch. Profil einer jungen Partei am Ende der DDR*, Frankfurt am Main 1997.
- Kelle, Herbert: Zeuge der Arbeit der Volkskammer über fast drei Jahrzehnte, in: Werner J. Patzelt/Roland Schirmer (Hrsg.), *Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis*, Wiesbaden 2002, S. 195–205.
- Kelle, Herbert/Riemann, Tord: *Die Volkskammer – wie sie arbeitet*, Berlin 1989.
- Kelle, Herbert/Schulze, Gerhard: Die Volkskammer der DDR – Verkörperung und Instrument der Souveränität des werktätigen Volkes, in: *Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR* (Hrsg.), *Staat und Recht 33* (1984), S. 771–779.
- Keller, Dietmar: »Wir lernten Demut, Diskussionsfähigkeit, Toleranz und Demokratie«, in: Eckhard Jesse/Thomas Schubert (Hrsg.), *Friedliche Revolution und Demokratie. Perspektiven nach 25 Jahren*, Berlin 2015, S. 73–87.
- Keller, Dietmar/Scholz, Joachim: *Volkskammerspiele. Der Demokratie schuldig – die Schuld der Demokratie. Eine Dokumentation aus der Arbeit des letzten Parlaments der DDR*, Berlin 1990.
- Kissler, Leo: *Parlamentsöffentlichkeit: Transparenz und Artikulation*, in: Hans-Peter Schneider/Wolfgang Zeh (Hrsg.), *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin/New York 1989, S. 993–1020.
- Klein, Klaus-Peter: *Argumentation in politisch-parlamentarischer Debatte. Linguistische Anmerkungen zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Georg Stötzel (Hrsg.), *Germanistik – Forschungsstand und Perspek-*

- tiven. Vorträge des Deutschen Germanistentages 1984, Berlin/New York 1985, S. 380–399.
- Kloth, Hans Michael: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«, Berlin 2000.
- Kloth, Hans Michael: Einige Zahlen zur 10. Volkskammer, in: ZParl 22 (1991), S. 467–473.
- Kögler, Brigitta-Charlotte: Alles hat seine Zeit, in: Beate Neuss/Hildigund Neubert (Hrsg.), Mut zur Verantwortung. Frauen gestalten die Politik der CDU, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 321–333.
- Könen, Susanne: Wo sind die Rebellen hin? Dissidentierendes Abstimmungsverhalten in ost- und westdeutschen Landtagen, Wiesbaden 2009.
- Kohl, Helmut: »Ich wollte Deutschlands Einheit«, dargestellt v. Kai Diekmann u. Ralf Georg Reuth, Berlin 1996.
- Kolb, G. F.: Redekunst (parlamentarische), in: Karl von Rotteck/Carl Theodor Welcker, Das Staats-Lexikon, Encyclopädie der sämtlichen Staatswissenschaften für alle Stände (Preußen – Rußland), Bd. 12, Leipzig 1865, S. 350–362.
- Kolesch, Doris: Politik als Theater: Plädoyer für ein ungeliebtes Paar, in: APuZ 42 (2008), S. 35–40.
- Koß, Michael: Von der SED zur PDS. Die Partei zwischen Niedergang, Selbstauflösung und Neuanfang, in: Martin Gutzeit/Helge Heidemeyer/Bettina Tüffers (Hrsg.), Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90, Düsseldorf 2011, S. 181–191.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953, München, 2013.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.
- Kraatz, Paul: Die Grünen im Bundestag 1987–1990, Einleitung, in: Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1987–1990, bearb. v. Wolfgang Hölischer/Paul Kraatz, Düsseldorf 2015, S. 11*–44*.
- Kranenpohl, Uwe: Als die Volkskammer (fast) zum Parlament wurde ... »Sozialistischer Parlamentarismus« in der DDR 1989/90, in: ZParl 41 (2010), S. 121–145.
- Krehl, Constanze: »Wir haben unsere Aufgabe so schlecht nicht gemacht«, in: »Die Handschrift der SPD muss erkennbar sein«. Die Fraktion der SPD in der Volkskammer der DDR, hg. v. SPD-Bundestagsfraktion, Berlin 2000, S. 11–14.
- Kreuzer, Helmut/Thomsen, Christian W.: Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland, 5 Bde., München 1994
- Krieger, Joachim Edward: Rollenorientierungen, Rollenerwartungen und Rollenverhalten von Ost-Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Eine empirische Untersuchung, Frankfurt am Main u. a. 1998.
- Krüger, Gerhard: »Herr Kollege, brauchen Sie heute die Schreibmaschine?«, in: Rudolf Pörtner (Hrsg.), Kinderjahre der Bundesrepublik. Von der Trümmerzeit zum Wirtschaftswunder, Düsseldorf u. a. 1989, S. 438 f.

- Krüger, Paul: Für einen geordneten Einigungsprozeß – zur Arbeit der CDU/CDA-Fraktion, in: Richard Schröder/Hans Misselwitz (Hrsg.), Mandat für deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz, Opladen 2000, S. 153–162.
- Kühnel, Wolfgang/Wielgoths, Jan/Schulz, Marianne: Die neuen politischen Gruppierungen auf dem Wege vom politischen Protest zur parlamentarischen Interessenvertretung. Soziale Bewegungen im Umbruch der DDR-Gesellschaft, in: ZParl 21 (1990), S. 22–37.
- Kuhrmann, Anke: Der Palast der Republik. Geschichte und Bedeutung des Ost-Berliner Parlaments- und Kulturhauses, Petersberg 2006.
- Kuhr, Eberhard (Hrsg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999.
- Lammert, Norbert: Die Würde der Demokratie. Das parlamentarische Zeremoniell des Deutschen Bundestages, in: Andreas Biefang/Michael Epkenhans/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Das politische Zeremoniell im Deutschen Kaiserreich 1871–1918, Düsseldorf 2008, S. 469–480.
- Lammert, Norbert: Der Beitrag der Volkskammer zur Geschichte des deutschen Parlamentarismus, in: DA, 6.8.2015 (abrufbar unter: www.bpb.de/210490).
- Landgraf, Katharina: Das Tor zur Politik, in: Beate Neuss/Hildigund Neubert (Hrsg.), Mut zur Verantwortung. Frauen gestalten die Politik der CDU, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 523–531.
- Lapp, Peter Joachim: Ausverkauf. Das Ende der Blockparteien, Berlin 1998.
- Lapp, Peter Joachim: Ehemalige DDR-Blockparteien auf der Suche nach Profil und Glaubwürdigkeit, in: DA 23 (1990), S. 62–68.
- Lapp, Peter Joachim: Anspruch und Alltag der Volkskammer vor dem Umbruch 1989/90, in: ZParl 21 (1990), S. 115–125.
- Lapp, Peter Joachim: Die Volkskammer der DDR, Opladen 1975.
- Lengsfeld, Vera: Ich wollte frei sein. Die Mauer, die Stasi, die Revolution, München 2011.
- Lengsfeld, Vera: Von nun an ging's bergauf ... Mein Weg zur Freiheit, München 2002.
- Lenin, Wladimir I.: Staat und Revolution, Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, Berlin 1959.
- Le Torrec, Virginie: Aux frontières de la publicité parlementaire: les assemblées et leur visibilité médiatisée, in: Réseaux 1 (2005) (n 129–130), S. 181–208 (abrufbar unter: www.cairn.info/revue-reseaux1-2005-1-page-181.htm).
- Lewis, Colleen: Barriers to Prioritising Education and Training for Parliamentarians: Role Complexity and the Media, in: Parliamentary Affairs 65 (2012), S. 699–714.
- Lichau, Karsten: ... Währenddessen auf zwei Minuten jeder Ton und jede Bewegung aussetzt ... Die Schweigeminute als akustische Inszenierung politischer Einheit, in: Gerhard Paul/Ralph Schock (Hrsg.), Sound des Jahrhunderts. Geräusche, Töne, Stimmen 1889 bis heute, Bonn 2013, S. 586–591.

- Linck, Joachim: Wie ein Landtag laufen lernte. Erinnerungen eines westdeutschen Aufbauhelfers in Thüringen, Köln/Weimar/Wien 2010.
- Lindenberger, Thomas: Der lange Sommer einer kurzen Demokratie: die DDR zwischen Wende und Vereinigung, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009, S. 343–352.
- Lindenberger, Thomas: Vergangenes Hören und Sehen. Zeitgeschichte und ihre Herausforderung durch die audiovisuellen Medien, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 1 (2004), H. 1 (abrufbar unter: www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Lindenberger-1-2004).
- Lippold, Rainer: Der mißlungene erste Gesetzgebungsakt der neuen DDR-Volkammer, in: *DtZ* 1 (1990), S. 118 f.
- Loewenberg, Gerhard: Paradoxien des Parlamentarismus. Historische und aktuelle Gründe für Fehlverständnisse in Wissenschaft und Öffentlichkeit, in: *ZParl* 38 (2007), S. 816–827.
- Luft, Christa: *Zwischen Wende und Ende. Eindrücke, Erlebnisse, Erfahrungen eines Mitglieds der Modrow-Regierung*, Berlin 1991.
- Maleuda, Günter: Entdeckter Parlamentarismus. Die Volkammer der Deutschen Demokratischen Republik im Prozeß der »Wende«, in: Siegfried Prokop (Hrsg.), *Die kurze Zeit der Utopie. Die »zweite DDR« im vergessenen Jahr 1989/90*, Berlin 1994, S. 140–154.
- Manow, Philip: Kuppel, Rostra, Sitzordnung – das architektonische Bilderprogramm moderner Parlamente, in: Jörg Feuchter/Johannes Helmrath (Hrsg.), *Parlamentarische Kulturen vom Mittelalter bis in die Moderne. Reden – Räume – Bilder*, Düsseldorf 2013, S. 116–129.
- Manow, Philip: *Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation*, Frankfurt am Main 2008.
- Manow, Philip: Der demokratische Leviathan – eine kurze Geschichte parlamentarischer Sitzanordnungen seit der französischen Revolution, in: *Leviathan* 32 (2004), S. 319–347.
- Marschall, Stefan: Das Parlament in der Mediengesellschaft – Verschränkungen zwischen parlamentarischer und massenmedialer Arena, in: *PVS* 42 (2001), S. 388–413.
- Marschall, Stefan: TV-Berichterstattung aus dem Parlament: in neuer Form, auch mit neuem Format?, in: *ZParl* 28 (1997), S. 279–293.
- Martenson, Sten: *Parlament, Öffentlichkeit und Medien*, in: Hans-Peter Schneider/Wolfgang Zeh, *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch*, Berlin/New York 1989, S. 261–288.
- Marx, Karl: *Der Bürgerkrieg in Frankreich (Adresse des Generalrats vom 30.5.1871)*, in: *Karl Marx/Friedrich Engels – Werke*, Bd. 17, Berlin (Ost) 1973, S. 313–365.
- Marx, Peter W.: Legitimes Theater? Anmerkungen zu politischen Inszenierungsstrategien der Berliner Republik, in: Birgit Haas (Hrsg.), *Macht. Performativität, Performanz und Polittheater seit 1990*, Würzburg 2005, S. 131–140.

- Maslan, Susan: *Revolutionary Act. Theater, Democracy and the French Revolution*, Baltimore 2005.
- Matzerath, Josef: *Parlamentseröffnungen im Reich und in den Bundesstaaten*, in: Andreas Biefang/Michael Epkenhans/Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Das politische Zeremoniell im Deutschen Kaiserreich 1871–1918*, Düsseldorf 2008, S. 207–232.
- Mayntz, Gregor: *Der unbekannte Star. Die Präsenz des Bundestages in den Medien*, in: Heinrich Oberreuter/Uwe Kranenpohl/Martin Sebald (Hrsg.), *Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung*, Wiesbaden 2002, S. 200–214.
- Mayntz, Gregor: *Die Fernsehberichterstattung über den Deutschen Bundestag. Eine Bilanz*, in: *ZParl* 24 (1993), S. 351–366.
- Mayntz, Gregor: *Zwischen Volk und Volksvertretung: Entwicklung, Probleme und Perspektiven der Parlamentsberichterstattung unter besonderer Berücksichtigung von Fernsehen und Deutschem Bundestag*, Bonn 1992.
- Mehlhorn, Ludwig: *Demokratie Jetzt*, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.), *Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft*, Opladen 1999, S. 573–597.
- Menduni, Enrico: *Radio, televisione e Parlamento*, in: Luciano Violante (Hrsg.), *Il Parlamento, Storia d'Italia, Annali* 17, Turin 2001, S. 907–930.
- Mergel, Thomas: *Funktionen und Modi des Sprechens in modernen Parlamenten. Historische und systematische Überlegungen*, in: Andreas Schulz/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, S. 229–246.
- Mergel, Thomas: *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2012.
- Mergel, Thomas: *Parlamentarische Kulturen in der Moderne – Brüche und Kontinuitäten*, in: Jörg Feuchter/Johannes Helmrath (Hrsg.), *Parlamentarische Kulturen vom Mittelalter bis in die Moderne. Reden – Räume – Bilder*, Düsseldorf 2013, S. 35–50.
- Mergel, Thomas: *Kulturgeschichte der Politik, Version: 2.0*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 22. 10.2012, (abrufbar unter: docupedia.de/zg/Kulturgeschichte_der_Politik_Version_2.0_Thomas_Mergel?oldid=97420).
- Merkel, Ina (Hrsg.): *»Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation« Briefe an das DDR-Fernsehen*, Berlin 2000.
- Meyer, Christine: *Kulturpaläste und Stadthallen der DDR. Anspruch und Realität einer Bauaufgabe*, Hamburg 2005.
- Meyer, Thomas: *Die Theatralität der Politik in der Mediendemokratie*, in: *APuZ* 53 (2003), S. 12–19.
- Meyer, Thomas/Ontrup, Rüdiger/Schicha, Christian: *Die Inszenierung des Politischen. Zur Theatralität von Mediendiskursen*, Wiesbaden 2000.
- Meyer, Thomas/Kampmann, Martina: *Politik als Theater. Die neue Macht der Darstellungskunst*, Berlin 1998.

- Meyer-Goldenstädt, Günter: Brücke zwischen Parlament und Bürger, in: Das Parlament Nr. 3–4 (1967), S. 5.
- Mielke, Henning: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaat nach sowjetischem Modell 1945–1952, Stuttgart 1995.
- Mit gespitztem Bleistift und wachem Sinn – Aus der Arbeit des Stenographischen Dienstes der ehemaligen Volkskammer, in: NStPr 39/3-4 (1990) 86–88.
- Modrow, Hans: Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998.
- Möller, Jes: »Dann nehmt doch Regine Hildebrandt«. Stolz und selbstbewusst: Die SPD-Fraktion in der Volkskammer, in: Perspektive 21, Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik (Sonderausgabe) 43 (2009), S. 37–46.
- Morat, Daniel: Der Klang der Zeitgeschichte. Eine Einleitung, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 8 (2011), H. 2 (abrufbar unter: www.zeithistorische-forschungen.de/2-2011/id=4607), Druckausgabe: S. 172–177.
- Mühlberg, Felix: Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR, Berlin 2004.
- Müller, Jürgen: »The Sound of Silence«. Von der Unhörbarkeit der Vergangenheit zur Geschichte des Hörens, in: HZ 292 (2011), S. 1–29.
- Müller-Enbergs, Helmut: Welchen Charakter hatte die Volkskammer nach den Wahlen am 18. März 1990?, in: ZParl 22 (1991), S. 450–467.
- Müller-Enbergs, Helmut: Zwischen Bewahrung und Modernisierung. Politische Einstellungen in der letzten Volkskammer der DDR, in: Dietrich Herzog/Hilke Rebenstorf/Bernhard Weßels (Hrsg.), Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie, Opladen 1993, S. 248–271.
- Müller-Enbergs, Helmut: Schritte auf dem Weg zur Demokratie: Die Rolle der Bürgerbewegungen in der Volkskammer, in: Gert-Joachim Glaeßner (Hrsg.), Eine deutsche Revolution. Der Umbruch in der DDR, seine Ursachen und Folgen, Frankfurt/Bern/New York 1991, S. 94–107.
- Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgoß, Jan (Hrsg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1992.
- Müller, Marion G.: Politische Liturgie der Parlamente. Ein Vergleich parlamentarischer Zeremonialstrukturen in Großbritannien, USA, Deutschland, Frankreich und der Europäischen Union, Habilitationsschrift (masch.) Hamburg 2003.
- Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 2000.
- Neubert, Ehrhart: Der »Demokratische Aufbruch«, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.), Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999, S. 537–572.
- Neugebauer, Gero: Die SDP/SPD in der DDR: Zur Geschichte und Entwicklung einer unvollendeten Partei, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen 1994, S. 75–104.

- Neugebauer, Gero/Stöss, Richard: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996.
- Niggemeier, Adolf (Bearb.): Die CDU/DA-Fraktion in der Volkskammer der DDR März – September 1990. Sitzungsprotokolle und andere Dokumente, eingeleitet und bearbeitet von Rechtsanwalt Adolf Niggemeier ehemals Direktor der Verwaltung der Volkskammer. Eine Arbeit zur Darstellung von Wirksamkeit von Christlich-Demokratischer Union und der Partei des Demokratischen Aufbruchs in der 10. Wahlperiode der Volkskammer der DDR in Auftrag gegeben vom CDU/DA-Fraktionsvorstand, 2. Bde., o.O. o. J. (unveröffentlichtes Manuskript).
- Nippel, Wilfried: Antike oder moderne Freiheit? Die Begründung der Demokratie in Athen und in der Neuzeit, Frankfurt am Main 2008.
- Oberreuter, Heinrich: Idee, Norm und Realität sozialistischer Vertretungskörperschaften, in: Werner J. Patzelt/Roland Schirmer (Hrsg.), Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis, Wiesbaden 2002, S. 75–86.
- Oberreuter, Heinrich: Medien als Akteure des Wandels: Zur Rolle des Fernsehens bei der Wende, in: Theo Stammen/Heinrich Oberreuter/Paul Mikat (Hrsg.), Politik – Bildung – Religion. Hans Maier zum 65. Geburtstag, Paderborn u. a. 1996, S. 361–375.
- Olschewski, Andreas: Die Verschriftung von Parlamentsdebatten durch die stenographischen Dienste in Geschichte und Gegenwart, in: Armin Burkhardt/Kornelia Pape (Hrsg.), Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation, Wiesbaden 2000, S. 336–353.
- Patzelt, Werner J.: Politiker und ihre Sprache, in: Andreas Dörner/Ludgera Vogt (Hrsg.), Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne, Berlin/New York 1995, S. 17–54.
- Patzelt, Werner J.: Parlamente und ihre Macht. Kategorien und Fallbeispiele institutioneller Analyse, Baden-Baden 2005.
- Patzelt, Werner J.: Parlamentarische Geltungsgeschichten, in: Gert Melville/Hans Vorländer (Hrsg.), Geltungsgeschichten. Über die Stabilisierung und Legitimierung institutioneller Ordnungen, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 285–318.
- Patzelt, Werner J.: »Seiteneinsteiger, Neulinge, Osis ...«: Die Integration ostdeutscher Abgeordneter in »gesamtdeutsche« Parlamente, in: ZParl 31 (2000), S. 542–568.
- Patzelt, Werner J.: Die Volkskammer als Gegenstand vergleichender Parlamentarismusforschung, in: Werner J. Patzelt/Roland Schirmer (Hrsg.), Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis, Wiesbaden 2002, S. 13–25.
- Patzelt, Werner J.: Die Volkskammer und ihre Geltungsgeschichte, in: Werner J. Patzelt/Roland Schirmer (Hrsg.), Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis, Wiesbaden 2002, S. 42–73.
- Patzelt, Werner J.: Parlamentarische Rekrutierung und Sozialisation. Normative Erwägungen, empirische Befunde und praktische Empfehlungen, in: ZfP 46 (1999), S. 243–282.

- Patzelt, Werner J.: Ostdeutsche Parlamentarier in ihrer ersten Wahlperiode: Wandel und Angleichung, in: *Historical Social Research* 22 (1997), S. 160–180.
- Patzelt, Werner J.: Die gesellschaftliche Vernetzung ostdeutscher Parlamentarier, in: *Historical Social Research* 20 (1995), S. 87–122.
- Paulus, Stefan: Das bauliche Herz der Demokratie. Parlamentsarchitektur im öffentlichen Raum, in: Andreas Schulz/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, S. 389–422.
- Paur, Theodor: *Briefe aus der Paulskirche 1848/49*, Berlin 1919.
- Pawlowski, Rita (Hrsg.): »Unsere Frauen stehen ihren Mann«. *Frauen in der Volkskammer der DDR 1950–1989. Ein biographisches Handbuch*, Berlin 2008.
- Peters, Gunnar: Das ungeschriebene amtliche Handbuch der 10. Volkskammer der DDR, in: *ZParl* 41 (2010), S. 142–146.
- Peters, Gunnar: Ungleiche Parlamente – 11. Bundestag und 10. Volkskammer (1990), in: *Totalitarismus und Demokratie. Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung* 6 (2009), S. 69–85.
- Peters, Gunnar: Verfassungsfragen in der 10. Volkskammer der DDR (1990), in: *DA* 37 (2004), S. 828–839.
- Peters, Gunnar: Die Tätigkeit der alten und neuen Parteien in der frei gewählten Volkskammer, in: Martin Gutzeit/Helge Heidemeyer/Bettina Tüffers (Hrsg.), *Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90*, Düsseldorf 2011, S. 199–210.
- Pfäuf, Thomas: Aspekte der Entwicklung liberaler Kräfte in der DDR vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), *Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern*, Opladen 1994, S. 105–112.
- Pflugbeil, Sebastian: Das Neue Forum, in: Eberhard Kuhr (Hrsg.), *Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft*, Opladen 1999, S. 507–536.
- Platzek, Matthias: *Zukunft braucht Herkunft: deutsche Fragen, ostdeutsche Antworten*, Hamburg 2009.
- Pörtner, Rudolf (Hrsg.): *Kinderjahre der Bundesrepublik. Von der Trümmerzeit zum Wirtschaftswunder*, Düsseldorf u. a. 1989.
- Preuss, Ulrich K.: The Roundtable Talks in the German Democratic Republic, in: Jon Elster (Hrsg.), *The Roundtable Talks and the Breakdown of Communism*, Chicago/London 1996, S. 99–134.
- Pries, Dorit: Stasi-Mitarbeiter in deutschen Parlamenten? Die Überprüfung der Abgeordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR, Diss., Berlin 2008.
- Raschke, Joachim: *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind. Mit Beiträgen von Gudrun Heinrich, Christoph Hohlfeld, Björn Johnsen u. a.*, Köln 1993.
- Reichelt, Hans: *Blockflöten – oder was? Zur Geschichte der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) 1948–1990*, Berlin 1997.

- Reiser, Marion/Hülksen, Claudia/Schwarz, Bertram/Borchert, Jens: Die Reden der Neulinge und andere Sünden. Parlamentarische Sozialisation und Parlamentskultur in zwei deutschen Landtagen, in: ZParl 42 (2011), S. 820–834.
- Reker, Stefan (Hrsg.): Der Deutsche Bundestag. Geschichte und Gegenwart im Spiegel von Parlamentariern aus fünf Jahrzehnten, Berlin 1999.
- Revolution und Demokratie. Fünf Jahre nach der freien Volkskammerwahl am 18. März 1990. Dokumentation des 3. Wittenberger Gesprächs am 17./18. März 1995, Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.), München 1995.
- Richter, Michael: Die Blockpartei CDU und die friedliche Revolution 1989/90, in: Tilman Mayer (Hrsg.), Deutscher Herbst 1989, Berlin 2010, S. 119–127.
- Richter, Michael: Die Bildung der Allianz für Deutschland, HPM 5 (2008), S. 335–346.
- Richter, Michael: Die Entstehung der neuen Bundesländer 1989/90, in: Ders./Thomas Schaarschmidt/Mike Schmeitzner (Hrsg.), Länder, Gaue und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert, Dresden 2007, S. 279–306.
- Richter, Michael: Föderalisierung als Ergebnis der friedlichen Revolution in der DDR 1989/90, in: Gerhard Besier/Katarzyna Stokłosa (Hrsg.), 15 Jahre Deutsche Einheit. Was ist geworden?, Berlin 2007, S. 57–71.
- Richter, Michael: Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90, Göttingen 2004.
- Richter, Michael: Zwischen zentralistischer Tradition und föderativem Neuanfang. Grundzüge der Länderbildungspolitik der DDR-Regierung im Jahr der deutschen Einheit, in: Peter März (Hrsg.), Die zweite gesamtdeutsche Demokratie. Ereignisse und Entwicklungslinien. Bilanzierungen und Perspektiven, München 2002, S. 225–242.
- Richter, Michael: Zur Entwicklung der Ost-CDU im Herbst 1989, in: HPM 1 (1994), S. 115–133.
- Ritter, Jürgen/Lapp, Peter Joachim: Die Grenze. Ein deutsches Bauwerk, Berlin 1997.
- Rossade, Werner: Gesellschaft und Kultur in der Endzeit des Realsozialismus, Berlin 1997.
- Rossade, Werner: Sozialistische Lebensweise und weiter Kulturbegriff in der Führungsideologie der SED, in: DA 14 (1981), S. 277–285.
- Ryle, Michael: Televising the House of Commons, in: Parliamentary Affairs 44 (1991), S. 185–207.
- Sabrow, Martin: Der vergessene »Dritte Weg«, in: APuZ 11 (2010), S. 6–13.
- Sänger, Eva: Einfluss durch Öffentlichkeit? Zur Bedeutung des Zentralen Runden Tisches im Umbruch der DDR, in: Eckart, Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hrsg.), Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln u. a. 2009, S. 154–169.
- Sandford, Mark: Traditions and customs of the House: House of Commons Background Paper, Standard Note: SN/PC/06432, 2. August 2013, Parliament & Constitution Centre.

- Achim Saupe, Authentizität, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22. 10.2012, (abrufbar unter: docupedia.de/zg/Authentizit.C3.A4t_Version_2.0_Achim_Saupe?oldid=97377).
- Schatz, Heribert: Televising the Bundestag, in: Bob Franklin (Hrsg.), Televising Democracies, London/New York 1992, S. 234–253.
- Schäuble, Wolfgang: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, hg. v. Dirk Koch/Klaus Wirtgen, Stuttgart 1991.
- Scherzer, Landolf: Der Letzte, Berlin 2000.
- Scheurle, Christoph: Die deutschen Kanzler im Fernsehen. Theatrale Darstellungsstrategien von Politikern im Schlüsselmedium der Nachkriegsgeschichte, Bielefeld 2009.
- Schildt, Axel: Hegemon der häuslichen Freizeit: Rundfunk in den 50er Jahren, in: Ders./Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 458–476.
- Schildt, Axel, Der Beginn des Fernsehzeitalters – Fernsehen in den 50er Jahren, in: Ders./Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 477–492.
- Schiller, Dietmar: Parlamente im Fernsehen. Zwischen Partnerschaft und Vernunft, in: Die Politische Meinung 450 (2007), S. 23–26.
- Schiller, Dietmar: Brennpunkt Plenum. Die Präsentation von Parlamenten im Fernsehen. Britisches House of Commons und Deutscher Bundestag im Vergleich, Wiesbaden 2002.
- Schiller, Dietmar: Nachrichtenfaktor Parlament: Deutscher Bundestag und britisches House of Commons im Fernsehen, in: Heinrich Oberreuter/Uwe Kranenpohl/Martin Sebald (Hrsg.), Der Deutsche Bundestag im Wandel: Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung, Wiesbaden 2002, S. 215–240.
- Schiller, Dietmar: »Images of Parliament«. Zur Dechiffrierung der televisuellen Signatur von Parlamentsdebatten, in: Wilhelm Hofmann (Hrsg.), Die Sichtbarkeit der Macht. Theoretische und empirische Untersuchungen zur visuellen Politik, Baden-Baden 1999, S. 145–162.
- Schindler, Peter (Hrsg.): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, 3 Bde., Berlin 1999.
- Schirmer, Roland: Die institutionelle Evolution der Volkskammer der DDR: Vom alternativen Anspruch einer sozialistischen Vertretungskörperschaft hin zum sich selbst auflösenden Übergangsparlament des Beitritts zum Grundgesetz, in: Werner J. Patzelt (Hrsg.), Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien, Baden-Baden 2012, S. 161–209.
- Schirmer, Roland: Die letzte Volkskammer der DDR – ein Parlament ohne Zeit?, in: Werner J. Patzelt/Stephan Dreischer (Hrsg.): Parlamente und ihre Zeit: Zeitstrukturen als Machtpotentiale, Baden-Baden 2009, S. 123–155.
- Schirmer, Roland: Machtzerfall und Restabilisierung der Volkskammer im Lauf der Friedlichen Revolution, in: Werner J. Patzelt (Hrsg.), Parlamente und ihre Macht.

- Kategorien und Fallbeispiele institutioneller Analyse, Baden-Baden 2005, S. 171–215.
- Schirmer, Roland: Die Volkskammer – ein ‚stummes‘ Parlament? Die Volkskammer und ihre Abgeordneten im politischen System der DDR, in: Werner J. Patzelt/Roland Schirmer (Hrsg.), *Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis*, Wiesbaden 2002, S. 94–180.
- Schirmer, Roland: Die Volkskammer der DDR. Eine Einführung, in: Werner J. Patzelt/Roland Schirmer (Hrsg.), *Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis*, Wiesbaden 2002, S. 26–41.
- Schirmer, Roland: Die Volkskammer und deren Selbstsymbolisierung, in: Werner J. Patzelt (Hrsg.), *Parlamente und ihre Symbolik. Programm und Beispiele institutioneller Analyse*, Wiesbaden 2001, S. 136–197.
- Schmid, Josef: Die politische Rolle der Evangelischen Kirchen in der DDR in den achtziger Jahren, in: Helmut Müller-Enbergs/Marianne Schulz/Jan Wielgohs (Hrsg.), *Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen*, Berlin 1992, S. 342–365.
- Schmidt, Ute: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994, Opladen 1997.
- Schmidt, Ute: Transformation einer Volkspartei – Die CDU im Prozeß der deutschen Vereinigung, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), *Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern*, Opladen 1994, S. 37–74.
- Schmidt, Stefan: Aktueller Begriff: Die frei gewählte Volkskammer – Parlamentarische Leistungsbilanz, in: *Deutscher Bundestag (Hrsg.), Dossier 20. Jahrestag der freien Wahl zur Volkskammer der DDR*, Berlin 2010, S. 7 f.
- Schmitt, Carl: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, München/Leipzig 1926.
- Schneider, Hans-Peter: Verfassungsrechtliche Bedeutung und politische Praxis der parlamentarischen Opposition, in: Ders./Wolfgang Zeh, *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch*, Berlin/New York 1989, S. 1055–1086.
- Schneider, Manfred: *Tranzparenztraum. Literatur, Politik, Medien und das Unmögliche*, Berlin 2013.
- Michael Schneider (Hrsg.): »Wir haben die Machtfrage gestellt!« SDP-Gründung und Friedliche Revolution 1989/90, Begleitheft zur gleichnamigen Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2009.
- Schöne, Helmar: *Alltag im Parlament. Parlamentskultur in Theorie und Empirie*, Baden-Baden 2010.
- Schöne, Helmar: *Probleme und Chancen parlamentarischer Integration. Eine empirische Studie zum Ost-West-Integrationsprozess unter Abgeordneten*, Wiesbaden 1999.
- Scholz, Bettina: *Bundestag und Volkskammer. Meinungsprofile von Abgeordneten im Vergleich*, in: Dietrich Herzog/Hilke Rebenstorf/Bernhard Weßels (Hrsg.),

- Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie, Opladen 1993, S. 272–299.
- Scholz, Bettina: Die Abgeordneten der ersten demokratischen Volkskammer. Von parlamentarischen Anfängern zu Berufspolitikern?, in: Gegenwartskunde (Sonderheft 7) (1991), S. 85–98.
- Schröder, Richard: Die SPD-Fraktion in der Volkskammer, in: Richard Schröder/Hans Misselwitz (Hrsg.), Mandat für deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz, Opladen 2000, S. 163–168.
- Schug, Alexander (Hrsg.): Palast der Republik. Politischer Diskurs und private Erinnerung, Berlin 2007.
- Schüttemeyer, Suzanne S.: Öffentliche Anhörungen, in: Hans-Peter Schneider/Wolfgang Zeh, Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Berlin/New York 1989, S. 1145–1159.
- Schulz, Andreas: Vom Volksredner zum Berufssagitor. Rednerideal und parlamentarische Redepraxis im 19. Jahrhundert, in: Andreas Schulz/Andreas Wirsching (Hrsg.), Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum, Düsseldorf 2012, S. 247–266.
- Schulz, Andreas/Wirsching, Andreas: Parlamentarische Kulturen in Europa – das Parlament als Kommunikationsraum, in: Dies.(Hrsg.), Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum, Düsseldorf 2012, S. 11–26.
- Schumann, Silke: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, Berlin 1995. (abrufbar unter: www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421303631).
- Schwarte, Ludger: Parliamentary Public, in: Bruno Latour/Peter Weibel, Making Things Public. Atmospheres of Democracy, Cambridge 2005, S. 786–794.
- Schwießelmann, Christian: Blockflöten im Parteienkonzert? Das Beispiel der Nordost-CDU von der Gründung bis zur Gegenwart, in: DA 42 (2009), S. 414–424.
- Segert, Dieter: The SPD in the Volkskammer in 1990: A New Party in Search of a Political Profile, in: Michael Waller/Bruno Coppieters/Kris Deschouwer, Social Democracy in a Postcommunist Europe, Ilford 1994, S. 103–118.
- Semenova, Elena: Parliamentary Party Switching: A Specific Feature of Post-Communist Parliamentarism?, in: ZParl 46 (2015), S. 272–291.
- Seuffert, Walter: Über geheime Abstimmungen und Wahlen in Parlamenten, Hannover 1978.
- Siemann, Wolfram: Die deutsche Revolution von 1948/49, Frankfurt am Main 1985.
- Siller, Peter/Pitz, Gerhard (Hrsg.): Politik als Inszenierung. Zur Ästhetik des Politischen im Medienzeitalter, Baden-Baden 2000.
- Sommer, Ulf: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter der Führung der SED, Münster 1996.
- Soroka, Stuart N./Redko, Olga/Albaugh, Quinn: Television in the Legislature: The Impact of Cameras in the House of Commons, in: Parliamentary Affairs 68 (2015), S. 203–217.

- Sparrow, Andrew: *Obscure Scribblers. A History of Parliamentary Journalism*, London 2003.
- Stobbe, Dietrich: »Erstaunliches ist passiert in dieser Fraktion!«, in: »Die Handschrift der SPD muss erkennbar sein«. *Die Fraktion der SPD in der Volkskammer der DDR*, hg. v. SPD-Bundestagsfraktion, Berlin 2000, S. 15–22.
- Stollberg-Rilinger, Barbara (Hrsg.): *Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?*, Berlin 2005.
- Stollberg-Rilinger, Barbara : »Parlamentarische Kultur« und »Symbolische Kommunikation«. Grundsätzliche kommentierende Überlegungen, in: Andreas Schulz/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, S. 91–102.
- Studt, Christoph: *Lothar Bucher (1817–1892): Ein politisches Leben zwischen Revolution und Staatsdienst*, Göttingen 1992.
- Te Velde, Henk: Die parlamentarische Obstruktion und die Krise parlamentarischer Politik in Europa um 1900, in: Andreas Schulz/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, 2012, S. 267–283.
- Templin, Wolfgang/Weißhuhn, Reinhard: Die Initiative Frieden und Menschenrechte, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.), *Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft*, Opladen 1999, S. 171–211.
- Teltschik, Horst: *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991.
- Thaysen, Uwe: *Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie*, Opladen 1990.
- Thaysen, Uwe: *Der zentrale runde Tisch der DDR: Wortprotokolle und Dokumente*, bearb. u. hg. v. Uwe Thaysen, 5 Bde., Wiesbaden 2000.
- Thaysen, Uwe: *Der Runde Tisch. Oder: Wer war das Volk? Teil I*, in: *ZParl 21 (1990)*, S. 71–100.
- Thaysen, Uwe: *Der Runde Tisch. Oder: Wer war das Volk? Teil II*, in: *ZParl 21 (1990)*, S. 257–308.
- Thaysen, Uwe/Kloth, Hans Michael (Hrsg.): *Wandel durch Repräsentation – Repräsentation im Wandel: Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratien in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR*, Baden-Baden 1992.
- Tüffers, Bettina: Die Volkskammer im Fernsehen. Strategien der Selbstinszenierung in der 10. Volkskammer der DDR, in: Adéla Gjuríčová/Andreas Schulz/Luboš Velek/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1860–1990*, Düsseldorf 2014, S. 311–332.
- Tüffers, Bettina (Bearb.): *Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966–1969*, Düsseldorf 2009.
- Ullmann, Wolfgang: Eigentum im geteilten und im geeinten Deutschland. Zur legislativen Arbeit der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR, in: Richard Schröder/Hans Misselwitz (Hrsg.), *Mandat für deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz*, Opladen 2000, S. 123–139.

- Ullmann, Wolfgang: Vorschule der Demokratie: Kirche und Runder Tisch – der gemeinsame Boden einer geschichtlichen Erfahrung, in: Ders., *Demokratie – jetzt oder nie! Perspektiven der Gerechtigkeit*, München 1990, S. 157–167.
- Vogt, Helmut: »Der Herr Minister wohnt in einem Dienstwagen auf Gleis 4«. Die Anfänge des Bundes in Bonn 1949/50, Bonn 1999.
- Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 9. Wahlperiode, Protokolle von der 1. Tagung am 16. Juni 1986 bis zur 18. Tagung am 6. und 7. März 1990, Bd. 25.
- Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 9. Wahlperiode, Drucksachen und Sonderdrucke von der 1. Tagung am 16. Juni 1986 bis zur 18. Tagung am 6. und 7. März 1990, Bd. 26.
- Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 10. Wahlperiode, Protokolle 1. bis 9. Tagung, Bd. 27, Nachdruck hg. v. Deutscher Bundestag Referat Öffentlichkeitsarbeit, Berlin 2000.
- Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 10. Wahlperiode, Protokolle 10. bis 25. Tagung, Bd. 28, Nachdruck hg. v. Deutscher Bundestag Referat Öffentlichkeitsarbeit, Berlin 2000.
- Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 10. Wahlperiode, Protokolle 26. bis 38. Tagung, Bd. 29, Nachdruck hg. v. Deutscher Bundestag Referat Öffentlichkeitsarbeit, Berlin 2000.
- Walther, Hansjoachim: Das Profil meiner Fraktion, Positionen und Bilanz, in: Richard Schröder/Hans Misselwitz (Hrsg.), *Mandat für deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz*, Opladen 2000, S. 183–190.
- Warstat, Matthias: Theatralität der Macht – Macht der Inszenierung, Bemerkungen zum Diskussionsverlauf im 20. Jahrhundert, in: Erika Fischer-Lichte/Christian Horn/Sandra Umatham/Matthias Warstat (Hrsg.), *Diskurse des Theatralen*, Tübingen 2005, S. 171–190.
- Wasser, Hartmut: *Parlamentarismuskritik vom Kaiserreich zur Bundesrepublik: Analyse und Dokumentation*, Stuttgart 1974.
- Weber, Elisabeth: Bericht über meine ersten Erfahrungen der Zusammenarbeit von Grünen und Bündnis 90, in: *Grünes Gedächtnis 2009*, S. 23–37.
- Weber, Max: *Politik als Beruf [1919]*, Stuttgart 1992.
- Wefing, Heinrich: *Parlamentsarchitektur. Zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken. Eine Untersuchung am Beispiel des Bonner Bundeshauses*, Berlin 1995.
- Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999*, Frankfurt am Main/New York 1999.
- Weil, Francesca: *Die Runden Tische in der DDR 1989/90*, Berlin 2014.
- Weil, Francesca: »Mein Bestes für das Gesundheitswesen«. Ehemalige IM-Ärzte als Abgeordnete der letzten Volkskammer (1990), DA 39 (2006), S. 853–864.
- Weipert, Axel: *Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920*, Berlin 2015.

- Weipert, Axel: Vor den Toren der Macht. Die Demonstration am 13. Januar 1920 vor dem Reichstag, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 11 (2012), S. 16–32.
- Weiß, Alexander: *Theorie der Parlamentsöffentlichkeit. Elemente einer Diskursgeschichte und deliberatives Modell*, Diss., Göttingen 2007.
- Welsh, Helga A.: *Parliamentary Elites in Times of Political Transition: The Case of Eastern Germany*, in: *West European Politics*, 19 (1996) S. 507–524.
- Welzer, Harald: *Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung*, München 2005.
- Weng, Gerhard: Die Würde des Hauses, in: *ZParl* 17 (1986), S. 248–262.
- Wentz, Daniela: *Authentizität als Darstellungsproblem in der Politik. Eine Untersuchung der Legitimation politischer Inszenierung*, Stuttgart 2005.
- Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, hg. v. Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgoths/Dieter Hoffmann/Andreas Herbst/Ingrid Kirschey-Feix, Berlin 2010.
- Wick, Regina: Die Mauer muss weg – Die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012.
- Wiefelspütz, Dieter: Bannmeile in Bonn – befriedeter Bezirk in Berlin, in: *ZParl* 31 (2000), S. 247–253.
- Wielgoths, Jan: Bündnis 90 – zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), *Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern*, Opladen 1994, S. 143–168.
- Willemsen, Roger: Das Hohe Haus, Frankfurt am Main?, 2014.
- Wintgens, Benedikt: Turn your radio on. Abgeordnete und Medien in der Bundesrepublik Deutschland nach 1949, in: Adéla Gjuríčová/Andreas Schulz/Luboš Velek/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1860–1990*, Düsseldorf 2014, S. 295–310.
- Wintgens, Benedikt: Neues Parlament, neue Bilder? Die Fotografin Erna Wagner-Hehmke und ihr Blick auf den Bundestag, in: Andreas Biefang/Marij Leenders (Hrsg.), *Das ideale Parlament. Erich Salomon als Parlamentsfotograf in Berlin und Den Haag 1928–1940*, Düsseldorf 2014, S. 293–314.
- Wober, J. Mallory: Television in the House of Commons: Education for Democracy?, in: *Parliamentary Affairs* 43 (1990), S. 15–26.
- Wolf, Birgit: *Sprache in der DDR. Ein Wörterbuch*, Berlin/New York 2000.
- Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953–89), in: *GG* 24 (1998), S. 382–411.
- Wunnicke, Christoph: *Die Blockparteien der DDR. Kontinuitäten und Transformation 1945–1990*, Berlin 2014.
- Würde, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hg. v. Otto Brunner/Werner Conze/Reinhard Koselleck, Stuttgart 1992, Bd. VII, S. 637–677.

- Zähle, Kai: Klingel oder Gong? Akustische Signale in der parlamentarischen Praxis, in: ZParl 43 (2012), S. 872–886.
- Zahradníček, Tomáš: The Most Popular Actor Who Refused to Act. Rudolf Hrušínský as a Deputy of the Federal Assembly of Czechoslovakia, 1990–1992, in: Adéla Gjuričová/Andreas Schulz/Luboš Velek/Andreas Wirsching (Hrsg.), Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1860–1990, Düsseldorf 2014, S. 333–340.
- Zeh, Wolfgang: Fragwürdige Absicht und völliges Fehlverständnis: ein vergeudetetes Jahr im Plenum des Bundestages, in: ZParl 45 (2014), S. 708–733.

Personenregister

- Ackermann, Else 182 f., 215, 223
 Agsten, Rudolf 44
 Ahlers, Detlev 110, 244
 Ahnfeld, Lutz 42, 44, 55
 Ahrendt, Lothar 104
 Aischmann, Bernd 53, 84
 Albrecht, Michael 242
 Albrecht, Petra 240, 243, 252, 298
 Altmann, Eckhard 175, 213, 260
 Amende, Andreas 283 f., 302
 Anders, Reinhard 183, 300
 Annes, Dieter 70
 Anys, Lothar 130
 Arndt, Adolf 115
 Arndt, Claus 308
 Axthelm, Hans-Henning 182 f.
- Backofen, Timo 184, 188, 317
 Bahr, Egon 291
 Barbe, Angelika 58, 71, 100, 227 f., 292, 302
 Barzel, Rainer 327
 Basile, Ernesto 277
 Bastian, Gerd 288
 Becker, Roland 183, 223
 Bednareck, Christel 38
 Bednarsky, Kerstin 10, 71
 Beer, Martin 170
 Beethoven, Ludwig van 272, 287
 Behnisch, Günter 115
 Bencze, Karin 70, 183, 311, 318
 Bentham, Jeremy 115
 Bentz, Helmuth 222
 Bergmann-Pohl, Sabine 9, 11 f., 15, 64, 106 f.,
 110, 114, 124 f., 127 f., 131, 133, 141, 154, 156,
 164, 170, 175, 181, 198, 226, 233, 242, 249,
 259 f., 262 f., 266, 268, 274 ff., 281, 285, 287,
 294, 296, 298, 314, 316, 324
 Biedenkopf, Kurt 291 f., 315
 Bierling, Hans-Dirk 182 f.
 Birthler, Marianne 13, 16, 23, 72, 127 f., 132,
 154, 184, 199, 201, 203, 260, 292 f., 326,
 328, 332
 Bisky, Lothar 330 f.
 Bismarck, Otto von 160
 Böck, Willibald 154 f., 240
 Böhm, Hans 273
- Böhm, Tatjana 49 f.
 Böhme, Manfred (»Ibrahim«) 62, 71, 184,
 204, 293, 302, 311
 Börner, Rainer 100, 162, 185, 238, 240, 295
 Bösch, Frank 27
 Bösenberg, Jost-Arend 52
 Bötsch, Wolfgang 223
 Bogisch, Frank 206
 Bohl, Friedrich 76
 Bohley, Bärbel 295
 Bornhöft, Petra 113
 Botz, Gerhard 330
 Braun, Wolfgang 294, 317
 Brecht, Eberhard 100
 Breitbach, Michael 104 f.
 Brick, Thomas 92
 Brinksmeier, Dankward 64, 71, 295, 302
 Bruyn, Günter de 287
 Bücker, Joseph 175
 Burkhardt, Armin 21, 25 f., 39, 90, 322
 Butzer, Hermann 160
- Caffier, Lorenz 332
 Cario, Wolf-Rainer 215, 255, 257
 Carstens, Karl 327
 Claus, Roland 159, 261, 316
 Clemens, Martin 266
 Cocks, Sir Barnet 118
 Conradi, Peter 288
 Crespo, Enrique Baron 327
 Cronenberg, Dieter-Julius 291
- Däubler-Gmelin, Hertha 288, 291
 Daniels, Hans 222
 Degner, Karsten 184
 Deneke, Marlies 185
 Derlien, Hans-Ulrich 333
 Dieckmann, Johannes 35
 Diekwisch, Stefan 222
 Diestel, Peter-Michael 15, 71, 88, 91, 96, 107,
 109 ff., 130 f., 262, 317
 Dietrich, Frank 176
 Dörfler, Ernst Paul 72, 326
 Domke, Klaus 169, 246
 Dott, Manfred 317
 Douffet, Heinrich 178

- Drefahl, Günther 37
 Drefßler, Rudolf 220
 Ducker, Karl-Heinz 46, 169, 314
- Ebeling, Hans-Wilhelm 71, 91, 283 f., 317
 Eberle, Paul 44, 55
 Ehlers, Hermann 273
 Eichler, Heinz 38
 Eid, Uschi 219
 Elmer, Konrad 71, 228
 Emmerlich, Gunter 142
 Enkelmann, Dagmar 9, 11, 106, 188, 240 f., 299, 330
 Eppelmann, Rainer 50, 71, 128, 154, 179
 Essen, Hans-Joachim von 181, 263, 298
 Essler, Rudolf 92, 123, 162
- Fache, Sabine 236
 Felber, Konrad 70, 166
 Fikentscher, Rüdiger 126, 236, 317
 Fischer, Klaus-Christian 10, 70
 Fischer, Ursula 185, 241
 Fischer-Lichte, Erika 234
 Förster, Alfred 61
 Förtsch, Eva Maria 240
 Frevert, Ute 62
 Fried, Johannes 13
 Friedland, Paul 231
 Fritsch, Christina 71
 Frönicke, Dieter 257
 Fuchs, Anke 288
 Fuchs, Ruth 14, 23, 59, 170, 186, 192, 240 f.
- Gabriel, Matthias 159
 Gagern, Heinrich von 322
 Gansel, Norbert 220
 Gauck, Joachim 23, 199, 208, 248, 252, 314, 326, 332
 Gerlach, Johannes 71, 132
 Gerlach, Manfred 37, 42
 Gerstenmaier, Eugen 264, 273
 Gierke-Schnappers, Christiane von 219
 Gies, Gerd 66, 165, 181 f., 331
 Glück, Hans-Gerd 317
 Goebbels, Joseph 298, 303
 Goepel, Lutz 64, 318
 Götting, Gerald 37, 44
 Göttsching, Martin 90, 274
 Goffman, Erving 231, 259
 Gohle, Peter 205, 221
- Goldhahn, Eberhard 156, 181, 210, 293
 Gomolka, Alfred 331
 Gorbatschow, Michail 31
 Gottschall, Stefan 61, 112, 164, 167, 184, 226, 261, 263, 276, 285, 315
 Grabe, Christine 100, 109, 111, 163, 196, 271, 292, 296, 306 f.
 Graffunder, Heinz 139
 Groß, Jurij 10, 71, 247
 Grotewohl, Otto 287
 Grüning, Harald 77
 Grüning, Uwe 183
 Günther, Uwe 219
 Gutzeit, Martin 68, 71, 77, 149, 154, 174, 184, 188, 204–207, 276
 Gysi, Gregor 60, 64, 67, 110, 122, 128 f., 132, 149, 154, 170, 185, 192, 194–197, 204, 227, 240 f., 248, 275, 298, 300, 303, 309, 316, 327
- Hacker, Hans-Joachim 92
 Hager, Kurt 44
 Hahn, Hans-Jürgen 240
 Hallbauer, Maximilian 243
 Hamm-Brücher, Hildegard 308
 Hanisch, Hans-Joachim 54
 Hartmann, Gert 207, 302
 Hartmann, Günter 38, 42
 Haschke, Udo 61, 76, 182, 212, 214, 293
 Hassel, Kai-Uwe von 327
 Hauschild, Hannelore 44
 Hausmann, Christopher 24, 65 ff., 69, 186, 332
 Havel, Václav 235, 299
 Hegewald, Helmar 185
 Helm, Dieter 61, 95, 238, 263, 275 f., 318
 Heltzig, Frank 71, 198, 254
 Henning, Werner 156 ff.
 Hensel, Caritas 219
 Herzog, Dietrich 317
 Hess, Georg Christian 321
 Heuer, Uwe-Jens 9, 11, 23, 61, 91, 111, 124, 154, 185, 190, 193, 196, 224, 248, 290, 299, 313, 320, 327
 Heyl, Wolfgang 36, 38, 44
 Hielscher, Günter 10, 70
 Hildebrand, Peter 189, 295
 Hildebrandt, Regine 143, 260, 332
 Hilsberg, Stephan 71, 249
 Hirche, Walter 222
 Hodenberg, Christina von 17

- Hönicke, Bertram 244 f., 277
 Höppner, Reinhard 14, 45, 60, 69, 87, 95–99, 101, 114, 117, 122 f., 125, 127, 131 f., 140 f., 143 ff., 147, 158, 161 f., 164, 174, 179, 184, 188, 190 f., 195 f., 208, 224 f., 227 ff., 237 f., 248, 250, 259–263, 265, 271, 273–276, 283–289, 292, 297, 307, 331, 338
 Hörold, Harry 55
 Holz, Joachim 70, 318
 Honecker, Erich 27, 34, 44, 139
 Honecker, Margot 44
 Hornhues, Karl-Heinz 222
 Hrušínský, Rudolf 235
 Hüsemann, Dietmar 219
 Hüser, Uwe 220
- Jäger, Renate 129
 Jaekel, Joseph 277
 Jaffke, Susanne 157, 182
 Jahn, Gerhard 205 f., 302
 Jahn, Hans-Joachim 79, 83, 86–89, 98 f., 265, 279, 291, 297
 Janovsky, Georg 299
 Jarowinsky, Werner 38, 44
 Jauch, Frank 302
 Jelen, Frieder 211
 Jentsch, Margit 240
 John, Hans-Joachim 112
 Jork, Rainer 183, 187
- Kaack, Heino 318
 Kamilli, Karl-August 71, 90
 Kamm, Udo 150 f., 177, 182 f., 188, 211 f., 294
 Kauffmann, Horst 238
 Kaufföld, Peter 207, 332
 Kaufmann, Sylvia-Ivonne 318, 328
 Kayser, Birgit 76, 181, 183, 188, 211
 Kelle, Herbert 37, 163, 175, 182, 279, 324
 Keller, Dietmar 23, 185, 195, 198, 299
 Kelly, Petra 288
 Kempe, Wolfram 295
 Kefßler, Uwe 159
 Kiechle, Ignaz 223
 Kiliias, Günter 244
 Kimmel, Annelis 42
 Kirchner, Martin 149, 156 f., 161
 Klein, Hans 291
 Klein, Lothar 241 ff.
 Klein, Thomas 236, 306, 316
 Kleinert, Detlef 222
- Kley, Gerry 332
 Klinkert, Ulrich 155
 Kloth, Hans Michael 24, 65, 67
 Kney, Johannes 301
 Knop, Jutta 159
 Kober, Horst 295
 Koch, Norbert 71, 243
 Kögler, Brigitta-Charlotte 71, 110, 153, 209
 Köhler, Erich 272 f.
 Köhler, Hans-Ulrich 210
 König, Wolfgang 182, 224, 263
 Köpp, Klaus 205
 Köppe, Ingrid 98 f.
 Kohl, Helmut 217, 223, 286, 288 f., 300 f., 327
 Koplanski, Michael 38
 Koslowksi, Manfred 328
 Kottwitz, Almut 219
 Kowalczuk, Ilko-Sascha 24
 Kozian, Bärbel 240, 249 f., 318
 Kracik, Ingrid 86, 89
 Krause, Günther 59, 74, 92 f., 98, 132, 156, 166, 169, 174, 179, 181 ff., 187, 209 ff., 214, 222, 269, 274, 294, 301
 Krause, Helmut 81, 250, 252, 255 ff., 298
 Krehl, Constanze 154, 184, 328
 Krenz, Egon 34 f., 44, 51 f., 279 f., 313
 Krüger, Paul 58, 61, 126, 153, 158, 170, 173, 183, 185, 188, 191, 212 ff., 237, 289, 298 f.
 Krüger, Thomas 68, 71, 159
 Krueger, Werner 114
 Krziskewitz, Reiner 126, 263
 Kühne, Harald-Dietrich 181 ff.
 Kummert, Angela 244, 246
 Kunz, Eva 159
- Lafontaine, Oskar 220
 Lambsdorff, Otto Graf 222, 328
 Lammert, Norbert 16, 263
 Landgraf, Katharina 9, 11, 154, 157, 167, 330
 Lang, Friedrich 322
 Lange, Martin 46, 169, 314
 Latussek, Paul 299
 Lehment, Conrad-Michael 183, 188
 Leicht, Werner 156
 Lemmer, Ernst 273
 Lengsfeld, Philipp 163
 Lenin, Wladimir Iljitsch 319
 Lichau, Karsten 267
 Liebknecht, Karl 163
 Lilla, Martina 219

- Lindenberger, Thomas 291
 Lock, Stefan 333
 Lötzsche, Gesine 140
 Loewenberg, Gerhard 116
 Lucyga, Christine 184, 301
 Luft, Christa 185, 228, 313
 Lück, Helmut 77
 Lummer, Heinrich 286
 Luther, Michael 9, 11, 167, 183, 188, 211
 Luxemburg, Rosa 163, 195

 Magirius, Friedrich 287
 Maizière, Lothar de 49, 60, 74, 76, 83, 108, 122, 127 f., 133, 143, 149, 155, 157, 168 f., 181 f., 185, 197, 202, 210 f., 217, 223, 233, 236, 242, 248, 259, 273, 290 f., 294 f., 309 f., 313
 Maleuda, Günther 10, 23, 37, 39 ff., 45, 51, 64, 70, 110, 183, 209, 253, 272, 274 ff., 280 f., 311, 315, 318
 Manhenke, Volker 270
 Manow, Philip 125, 138
 Marat, Jean-Paul 116
 Martini zum Berge, Dörte 300
 Marusch, Werner 10, 70, 318
 Marx, Hans 84
 Marx, Karl 35, 51, 319
 Maslan, Susan 231
 Matthäus-Meier, Ingrid 220
 Meckel, Markus 68, 71, 154, 205
 Meier, Bernd 90, 185, 188, 216
 Meisel, Hanns-Ulrich 256
 Mendelssohn Bartholdy, Felix 287
 Mergel, Thomas 20, 271 f., 323 f.
 Merkel, Angela 332
 Meyer-Bodemann, Werner 70, 183, 202, 318
 Meyer-Goldenstädt, Günter 79 f.
 Michalk, Maria 183, 247
 Mielke, Erich 38, 44, 53, 186 f.
 Milster, Angelika 142
 Mischnick, Wolfgang 221, 291
 Misselwitz, Hans-Jürgen 68, 158
 Mittag, Günter 34, 44
 Mittwoch, Birgit 86, 88, 106
 Modrow, Hans 10, 14, 38, 47 f., 50, 64 f., 71 f., 122, 149, 170, 185, 192, 199, 268, 274 f., 300
 Mögling, Bernhard 47
 Möller, Claus 183
 Möller, Jes Albert 68, 167, 225
 Mommer, Karl 264

 Moreth, Peter 44
 Mückenberger, Erich 44
 Mühlmann, Manfred 37
 Müller-Enbergs, Helmut 25, 153, 321
 Mugay, Peter-Klaus 76

 Natzius, Rüdiger 302
 Niederkirchner, Käte 10, 38, 44, 61, 71, 185, 192, 241, 260, 262 f., 275 f., 313
 Nierade-Koenig, Ilse Renate 267
 Niggemeier, Adolf 21, 44, 141, 182, 209, 239, 324 f.
 Nitsch, Johannes 65, 176, 183, 187, 191, 211, 223
 Nolte, Claudia 154, 317
 Nooke, Günter 72, 145, 196, 202 f., 233, 317
 Nowack, Joachim Hubertus 71, 91, 298, 303, 317

 Oberreuter, Heinrich 55
 Oehme, Wulf-Ekkehart 77
 Opitz, Bernhard 132, 156
 Ortleb, Rainer 66, 87, 110, 155, 183, 187, 215 f., 221, 252, 255 f., 269, 303, 310
 Ost, Friedhelm 222
 Ostrowski, Christine 240, 243, 261 f.

 Patzelt, Werner J. 25, 335
 Peters, Gunnar 25
 Pfeiffer, Angelika 182
 Pflugbeil, Sebastian 50
 Piche, Lothar 277
 Pietsch, Rainer 196
 Piontek, Klaus 142
 Platzek, Matthias 23, 50, 60, 72, 167, 184, 188, 199 ff., 204, 307, 317, 326, 331, 333
 Pohl, Gerhard 10, 70, 181 f., 233, 254, 276
 Pohl, Wolfgang 216
 Pollack, Peter 283 f.
 Polte, Wilhelm 159
 Poppe, Gerd 50, 72, 95, 109, 147, 184, 188, 199, 201, 218, 261
 Porzner, Konrad 178, 205
 Priebus, Rosemarie 15, 332

 Raschke, Joachim 27
 Raspe, Hans-Dieter 38, 42, 52
 Rau, Johannes 291
 Reber, Stephan 182 f.
 Reddemann, Gerhard 222

- Reich, Jens 14, 33, 184 f., 196, 199, 201, 227, 249, 284, 308, 326
 Reiche, Steffen 68, 71, 330
 Reichelt, Bernd 242
 Reichelt, Matthias 173
 Reichenbach, Klaus 181 f.
 Reider, Sibylle 155, 191
 Reimann, Kay Wolfgang 61, 300
 Richter, Edelbert 318
 Richter, Herbert 311
 Richter, Klaus 220
 Richter, Michael 69, 242
 Riege, Gerhard 11, 23, 59, 111, 124, 313, 320, 327
 Ringstorff, Harald 71, 331
 Robespierre, Maximilien de 115 f.
 Rohmann, Eva 38 f., 42, 44
 Rohwedder, Detlev Karsten 98, 146, 307
 Romberg, Walter 50, 71, 301
 Rommel, Ulrike 49
 Rühle, Volker 288
 Rüttgers, Jürgen 222
 Ruf, Sepp 115
 Ryssel, Thomas von 248
- Schabowski, Günter 44
 Schäuble, Wolfgang 288
 Scharrenbroich, Heribert 222
 Scheel, Walter 327
 Scheler, Manfred 38
 Schemmel, Ernst Otto Volker 71, 184, 236, 310
 Scheurle, Christoph 117
 Schicke, Dietmar 183
 Schiller, Dietmar 18, 80
 Schily, Otto 219
 Schindler, Peter 65
 Schirmer, Herbert 318
 Schirmer, Roland 16, 23, 25, 33, 55, 318, 324
 Schlüsselburg, Verena 44, 54
 Schlüter, Klaus 50
 Schmidt, Christa 260
 Schmidt, Renate 220
 Schmidt, Ute 158
 Schmieder, Jürgen 61, 92, 123, 131, 260 f., 263, 276, 315
 Schmiele, Joachim 184, 188, 202
 Schmude, Michael von 64
 Schneeweiß, Burkhard 10, 70
 Schneider, Renate 244 f.
- Schnitzler, Karl-Eduard von 196
 Schnur, Wolfgang 62
 Schönebeck, Martina 91, 185, 252, 298
 Schönfeldt, Hans-Andreas 98
 Scholz, Bettina 25, 153
 Scholz, Rupert 223
 Schoppe, Waltraud 218
 Schreiber, Werner 222
 Schröder, Jürgen 76, 182
 Schröder, Richard 9, 11, 64, 68, 77, 108, 129, 149, 154, 184, 207, 248, 257, 317
 Schürer, Gerhard 186
 Schüttemeyer, Suzanne S. 142
 Schulmeister, Karl-Heinz 38 f.
 Schult, Reinhard 52, 98 ff., 295
 Schultze, Christian Friedrich 174, 184
 Schulz, Andreas 28
 Schulz, Werner 60, 72, 128, 132, 144, 146 f., 154, 184, 199, 201, 203, 224, 232, 248, 277, 326, 331
 Schumann, Fritz 185
 Schumann, Michael 166, 185, 300 f.
 Schur, Gustav Adolf (»Täve«) 10, 39, 59, 71
 Schwalbe, Clemens 173, 182 f., 188
 Schwanitz, Rolf 9
 Schwarz, Jürgen 61, 91, 223, 269, 290, 300, 303, 314 f.
 Schwippert, Hans 115, 277
 Seeger, Per-René 64, 183, 188, 237, 269, 318, 326
 Seifert, Ilja 241
 Seiters, Rudolf 223, 288
 Selke, Karl-Ernst 68
 Selman, Dagmar 219
 Sept-Hubrich, Gisela 68
 Sindermann, Horst 34–37, 280 f.
 Spary, Peter 222
 Sprafke, Bert 38, 45, 51, 53 f., 86, 89 f.
 Stadermann, Peter 132, 240, 244
 Staegemann, Gerd 10, 42, 44, 70
 Steinberg, Karl-Hermann 135
 Steinecke, Jochen 91, 195 f., 202 f., 257, 284, 296
 Steinitz, Katrin 77, 218
 Steinitz, Klaus 185, 316
 Steinle, Veit 176
 Stemmler, Uwe 275
 Stief, Eberhard 75
 Stobbe, Dietrich 220
 Stockmann, Ulrich 184

- Stollberg-Rilinger, Barbara 26 f., 234
 Stolpe, Manfred 287
 Stoph, Willi 38, 44
 Streibl, Max 233
 Stücklen, Richard 330
 Stückradt, Eberhard 219
 Süßmuth, Rita 175, 287 f.
- Templin, Wolfgang 201
 Thees, Olaf 157
 Thierse, Wolfgang 61, 77, 132, 184, 207, 234–
 237, 248, 269, 328, 332
 Thomas, George 118
 Tillich, Stanislaw 167, 247, 332
 Timm, Gottfried 184
 Tisch, Harry 44
 Töpfer, Johanna 44, 267
 Toeplitz, Heinrich 54
 Tschalamoff, Nikolaj Klaus 154
 Tschiche, Hans-Jochen 68, 92, 199, 221, 233,
 236, 248, 309, 326, 328
- Ulbricht, Hartmut 300
 Ulbricht, Walter 324
 Ullmann, Wolfgang 9, 14, 47, 49 f., 68, 72,
 109, 133, 141, 184, 196, 199 ff., 248, 253 f.,
 259 f., 266, 274 ff., 287, 296, 299, 307 f.,
 315, 326, 328
 Unger, Dietmar-Richard 169
- Viererbe, Rainer 182, 209
 Vogel, Hans-Jochen 207, 220, 288, 291
 Voigt, Gotthard 237
 Voigt, Karl 291
 Vollmer, Antje 218 ff.
- Wagenführ, Kurt 79
 Waigel, Theo 217
 Walther, Hansjoachim 59, 72, 91, 111, 184,
 223, 271, 290, 317
- Wanke, Helga M. 77
 Watzek, Hans 10, 70, 318
 Weber, Elisabeth 72 ff., 219, 224
 Weber, Ernst-Hinrich 182
 Weber, Max 153
 Wegener, Solveig 241, 268 ff., 329
 Wehner, Herbert 302
 Weiß, Konrad 49 f., 72, 93, 197, 199, 202,
 268 f., 289 f., 292, 296, 314, 326
 Weißgerber, Gunter 249
 Weisskirchen, Gert 220
 Weizsäcker, Richard von 291, 327
 Wenzel, Sabine 42
 Westphal, Heinz 329
 Wetzel, Dietrich 219
 Wiczorek, Bertram 95, 182 f.
 Wiefelspütz, Dieter 140, 205
 Wiewynk, Christine 37, 42
 Willerding, Hans-Joachim 10, 44, 55, 71, 185,
 197, 232, 309
 Wirsching, Andreas 28
 Wöstenberg, Dieter 70, 183
 Wolf, Christa 287
 Wolfgramm, Torsten 222, 328
 Wolfram, Cornelia 38
 Wolfrum, Edgar 286
 Wolle, Stefan 315
 Wollenberger, Vera 68, 109, 135, 163, 184 f.,
 196, 199, 201, 292, 317, 326, 328
 Woltemath, Käthe 220
 Wunderlich, Gert 244
 Wundrak, Anett 47, 52
- Zeh, Wolfgang 178, 206, 305
 Ziegler, Martin 46, 169, 314
 Ziel, Alwin 171, 184
 Zillig, Johannes 49
 Zimmermann, Rolf 183
 Zöllner, Walter 205, 220, 302
 Zschornack, Georg 70, 247, 318

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



EX OFFICINA

2016

Schriften

Elzevir/Caspari (dtl)

Umschlag

31 grad branddesign, Berlin

Satz

dtp-studio schwarz auf weiss, Berlin

Druck und Herstellung

Ruksaldruck GmbH + Co. KG, Berlin

Printed in Germany